



IT8.7/2-1993
2013:10

Printed on Kodak Professional Paper - Made by Wolf Faust (www.coloraid.de)

Charge: R131030

Bürgerhaus

schuß an

träge.

1911.

XVI Band

3/335



TA 56

Stadterchiv Karlsruhe

Abt.: 3

Nr.: B 35

Stadt Karlsruhe
Amt für
Archiv, Büchereien und Sammlungen



V B 252

Bücher-Inv. Nr. _____

Alphabetisches Inhaltsregister

Im Jahrgang

1911.

Gegenstand.	Verfasser.	Seite.
<u>A.</u>		
Absonderungsbau des Krankenhauses, Albuerstraße	Errichtung der Dampfheizung und Wasserversorgung im Kesselbau sowie Heizung u. Wasserversorgung, Kesselbau für den Kesselbau Kesselbau	125 257
Arbeiter städt.	Errichtung einer Heizungsanlage im Kesselbau	293
Auer Straße,	Errichtung einer Wasserversorgungsanlage im Kesselbau	145
<u>B.</u>		
Bahnhofverlegung,	Plan- und Maßstabentwurf und Ausführung mit der Groß. Wasserversorgungsanlage	323
Barnwald,	Plan- und Maßstabentwurf der Wasserversorgungsanlage	15
No.	" " " " " " " "	245
No.	Errichtung einer Wasserversorgungsanlage für den Kesselbau	117

Gegenstand.	Gegenstand.	Nr.
Barth, Herm. & Hans,	Abtragung von Vorpostenanlagen zur Kollstraße	25
Baumann Karl,	Motorkraft für ein Stück Gemeindegelände	117
Beante, städt.,	Festsetzung des Grenzstreitums u. Aufstellung mit Küstergeländeberechnung	61
" "	Berechnung einer Füllungsgröße	293
Beichel Fr., Malbäume,	Einrichtung	207
Beleuchtung elektr. der Eisenbahn u. Karl Friedrich-Strasse		285
Beleuchtungsanlage in der Stlinger Straße (Gebiet des neuen Hofes)		343
Bestattungsweisen,	Grabsetzung des Friedhofes	371
Betriebsanrichtungen	im Gefängnisgebiet, deren Einrichtung	345
Bier,	Verkaufsfähigkeit und Preis	315
Billing & Zoller'sches	Anwesen, abgeteilt, Errichtung eines Holzplatzes und Verkaufes	259
Blum Georg Hof,	Antrag wegen Verpachtung des Gemeindegeländes	31
Boeckhstraße	zwischen Hof- und Friedhof, deren Verpachtung	297
Braun Anton XI Hof,	Ankauf eines Hauses Nr. 66 für die Stadt	143
Brot Straße Nr. 66,	Ankauf eines Hauses für die Stadt	143

C.

Centrifugalpumpe,	Aufstellung eines solchen in der Hofstraße des Marktes	105
Chem. Fabrik Ruppert,	Errichtung von Gasmotoren zur Abmahlung des Anwesens	141

Gegenstand.	Betreff.	Seite
Christ Philipp, Eintr., Hausverkauf infolge Güterpfändung in der Rottach. Kasse		1
Creditüberschreitungen bei der Güterpfändung der Rottach		44

D.

Daxlanden,	Geländekausch zwischen dem Schwall und	349
"	" " Robert Schäfer	267 269
"	Einpfändung der Güterpfändung zwischen	149
"	" " Maffelstein "	163
Diefenbacher Wiltz.	Geländekausch an demselben im Kommunal-	245
Diensteinkommen	Stadt. Kasse, Einpfändung zwischen	61
Dornänenärar Gröph.	Erwerb von Hausgrundstücken an demselben für die	
	Leibig - Kasse für die Einpfändung	19
Durlacher Strasse 21, 23, 25,	Ankauf dieser Häuser für die Rott	121
Dürmersheimer Strasse	Ankauf dieser Häuser in demselben in demselben	
	Kasse für die Rott	305
Dürer Aug., Einpfändung, tiefer Kasse, Einpfändung der Einpfändung	an demselben	201

E.

Ehrenbürgerrecht,	Einpfändung der Häuser an demselben in demselben	201
Einpfändungstaxe,	Einpfändung der Häuser	311

Gegenstand.	Verz.	Seite.
Eisenbahnverwaltung, Grösch., Geländeaufst. und Bauverwaltung mit Hofbau und Aufst. der Hofhofverwaltung	323	
Entwässerungskanal, Grünwieschen, Aufst. der Hofhofverwaltung	305	
Ecklinger Straße, Aufst. der Hofhofverwaltung, Aufst. der Hofhofverwaltung	343	

F.

Festhalle,	Aufst. der Hofhofverwaltung	183
Feuerbestattung,	Aufst. der Hofhofverwaltung	311
Fichteschule	(Hofhofverwaltung), Aufst. der Hofhofverwaltung	209.223

G.

Gabler Joh., Aufst., Geländeaufst. an Hofhofverwaltung	115	
Gartenstadtgebiet, Aufst. der Hofhofverwaltung	145	
Gartenstadtgesellschaft, Aufst. der Hofhofverwaltung	145	
Gartenstraße	175	
Ho.	247	
Gaswerk II (östl.), Aufst. der Hofhofverwaltung	243	
Gasleitung,	343	
Ho.	149	
Gasrohrstränge,	109	

Gegenstand.	Betreff.	Seite
Geibelstraße zwischen Rhein- u. Glimmerstraße, innere Gasfällung	Gemeindebeschlüsse wegen des Beitrags zu dem Wasser- & Kanalbau für die hies. Bürger.	23
Gemeindebesteuerung im Erdwege nach dem Gesetz von 1906 und 1910, Druckpreis im Oberbürgermeisteramt		93
Geranienstraße, Grundstücksumlegung, Aufpflanzung von Myrteln		295
Geschäftsleitender Vorstand der Stadtver.	Anfertigung der Mitgliedskarte des Stadtbau n. 10	203
Gesellschaft f. Brauerei etc. vom J. Sommer,	Ankauf des Grünwinkler Grundstückes zum Kaufbau für die Stadt	305
Gewerbeschule,	Anfertigung eines neuen Fels Atlas u. Werkstattplan - Druck	7.
Gleisanlage der Straßenbahn,	zwischen Schiff. Br. und Hauptstraße, innere Anordnung	179
Greisenaustraße	Anfertigung der Grundstücke, Gasfällung	31
Grünwinkler kath. Kirchehof	Grundstücksumlegung zum Kaufbau	249
Grünwinkel,	Ankauf des Grünwinkler Grundstückes für die Stadt	305
Grundstücksumlegung	von Robert Gieseler - Verplattung	267
" "	" Kaiser Hotel - " "	349
" "	in der Landau für die Grundstücksanordnung	269
" "	für einen öffentlichen Platz in der Röntgenstraße	3
Grundstücksumlegung	zu der Grünwinkler, Aufpflanzung von Myrteln	295
" "	in der Gasfällung, " " der Bürger	253

Gegenstand.	Gegenstand.	Nro.
<u>H.</u>		
Handarbeits- u. Haushaltungslehreinnen, Fortbildung	germano-italiana Hallau	137
Helck, Rathhaus, Altpfarrkirche		291
Herrschaftsgewinn, Kulturen - Kulturen - Entfaltung		253
Hilfspumpstation, im Hüttenwerk, neue Maschinen, Lufthaltung eines Aufzugs		105
Hochbauamt, Altpfarrkirche mit dem Rathhaus, Reichel		207
Höhere Mädchenschule mit Gymn.-Abt., Neue Fortbildung		209. 223

<u>K.</u>		
Kaiserstraße, Altpfarrkirche Altpfarrkirche		285
Kanalkostenbeiträge, siehe die betr. Straßen		—
Kapellenstraße 1. 18, Altpfarrkirche Altpfarrkirche für die Kirche		213
Karlstraße, Fortbildung der Fortbildungsbau der Kirche		25
" zur Fortbildung u. Altpfarrkirche, Altpfarrkirche		239
" zur Fortbildung u. Altpfarrkirche, Altpfarrkirche		235
Karl Friedrich-Straße, Altpfarrkirche Altpfarrkirche		285
Karlstor-Platz, Altpfarrkirche Altpfarrkirche		301
Kath. Kirchenfond in Grünau, Altpfarrkirche Altpfarrkirche		249
Kinderspielplatz, Fortbildung eines Platzes auf dem Altpfarrkirche		259

Gegenstand.	Betreff.	Seite
Kirchenbauer Kauf. Wien, Geländekauf zur Vogelpfau		29
Kleiner Festhallaal, Effen Zimmern		183
Krankenhaus, Errichtung des Krankenhauses in. Gräflich-Karner- spiegel im Abbruchgebäude		125
Kreditüberschreitungen bei der Gabelspiegel von Voothen		44

L.

Lehrer an der Volksschule, Errichtung der Gabelspiegel		124
Lessingscheule (Effen Märschpfeile mit Gärten. - Abt.), Neue Fingerringe		209.22.
Liebigstraße, fündig der Fingerringe, davon Gabelspiegel		19.
Löhritz, Kauf, Geländekauf an Kaufmann im Bauwesen		15.

M.

Mangold, Kauf, Geländekauf im Gabelspiegel		253
Meep, Erzgeb. Kauf, Abbruch des Gabelspiegels an Kaufmann (Effen Märschpfeile - in. Märschpfeile - Abt.)		251
Melder Erzgeb. Kauf, Abbruch des Gabelspiegels an Kaufmann		27.

N.

Neubuchroeg, zur Errichtung in. Abbruch, Errichtung des Errichtung		257
Neufeldacker, Geländekauf an Kaufmann v. Feldeneck		37

Gegenstand.	Verz. d. d. d.	Nr.
<u>O.</u>		
Ortsstatut	über den Besitz der Mitglieder des Stadt. - Raths (Festsetzung auf 10)	203
Ortsstatutarische Bestimmungen	über die Benutzung der öffentlichen Plätze zu Kaufmann	187. 189.
<u>P.</u>		
Pöge Carl, Kaufm., Bau,	Gebäudeversicherung von Kaufmann zu Kaufmann	17
Peter W., Kaufm., Bau,	Vertrag wegen Neubau der Eisenbahn	301
Pflasterung der	Lindenstraße zw. Löffing & Gaffelstr., in Göttingen. zw. Löffing & Gaffelstr. in der Rheinstraße zw. Löffing & Gaffelstr.	175
<u>Platz, öffentlicher, die</u>	<u>Verfüzung eines Feldes in der Fiedersdorf</u>	3
<u>R.</u>		
Rastatter Straße,	Verfüzung eines Baggerwerks in Kaufmann	145
Rein grüner u. Blauer	Grün u. Blau, Vertrag wegen Neubau der Gebäudeversicherung in Kaufmann	31
Restkredite von 1910,	Kaufmannsversicherung	44
Revisionsgebern im	Kaufmannsversicherung, von Kaufmann u. Kaufmann	281
Rheinhafen,	Verfüzung eines Kaufmanns Kaufmann etc.	271
"	Zurückführung der Kaufmanns Kaufmann mit der Kaufmann	139
"	Zurückführung der Kaufmanns Kaufmann (Kaufmann, Kaufmanns Kaufmann etc.)	345

Gegenstand.	Betreff.	Seite
Rheinhofenerweiterung künftige, Gäländkauf und Einzug		144 269
"	"	119
Rheinstraße	zw. Philippstr. & Pfaffenstraße, danach Pflasterung	175
Rottelstraße,	Erweiterung an Christenpfad Verlegung des Pfades	1
Rüppert,	Verkauf eines Volkshausgrundes des Pfades	261
Ruhegehaltberechtigung,	Aufstellung öffentl. Bauwerks mit Folgen	61

S.

Satzungen, neue, für die Gäländkaufverträge für Märzen		209.22
Schäfer Kob., dgl., Erweiterung des Grundstückes des Pfades		267
Schulhaus,	Verkauf eines Grundstückes im Rüppert	261
Schwall Kon. Hof, Gäländkauf und Bau des Hauses		349
Seldeneck Hof. v., Gäländkauf und Verkauf des Grundstückes		37
Sinner, Gäländkauf für den Bau des Hauses, Verkauf des Grundstückes		305
Sofienstraße	zw. Saffing- & Pfaffenstr., danach Pflasterung	175
Sonnenbad,	die Verstellung eines Grundstückes im Grundstück an der Pfaffenstr.	39
Sonntagsruhe	im Gemeindegebiet, Zusatz zu den Bestimmungen	187.19
	n. 15. 12. 1904	
Spielplatz,	Verkauf eines Grundstückes auf dem Grundstück des Pfades	259
Stadtverordneten-Vorstand,	Erweiterung des Hofes des Grundstückes des Pfades	203

Gegenstand.	Betreff.	Seite
Verbrauchssteuerordnung, deren Abänderung		375
Verladebrücke,	Aufstellung eines solchen am Hafenort	241
Vierordtbad,	Errichtung eines Luft- & Sommerbades bei Sinspeltan	39
Vogesenstraße	Belüftungsbau von Einfuhrwegen nach Sinspeltan	29
Volksschule,	Errichtung eines neuen städt. Hallen für Hand- verarbeit- und Gefäßherstellung	137
"	Errichtung der Gefäßherstellung für die Sinspeltan	124
Volksschulhaus,	Errichtung eines solchen in Ruppertan	261
Voranschlag 1911.	Belüftungsbau des Oberbühnenraumes	77
"	Ausgabe des Baubudgets - Hoffmanns	91

W.

Wasserbeschädigte	im Fährweg, Betrag von 4000 M	205
Wasserleitung,	Errichtung eines solchen in der Sinspeltan Str. (ab Sinspeltan nach Sinspeltan)	343
"	Verbindungsgasse Sinspeltan (Sinspeltan - Sinspeltan)	235
"	denen Sinspeltan nach Sinspeltan	163
Währle Sinspeltan,	Ausgabe des Sinspeltan Sinspeltan Nr. 21 von Sinspeltan	122
Weier,	Verbindungsgasse auf Sinspeltan	315
Weingard Sinspeltan,	Belüftungsbau von Sinspeltan auf Sinspeltan	35
Weissinger Sinspeltan,	Ausgabe des Sinspeltan Sinspeltan Nr. 25 von Sinspeltan	121
Werthan Sinspeltan,	" " " " " 23 " Sinspeltan	123
Wiener Sinspeltan,	Belüftungsbau von Sinspeltan Sinspeltan Sinspeltan	26
Würg, Sinspeltan,	Ausgabe des Sinspeltan Sinspeltan 18 für die Sinspeltan	243

Z.

Zentrifugalpumpe,	Aufstellung eines solchen in der Sinspeltan Sinspeltan im Sinspeltan	105
Zieran, Sinspeltan,	Verbindungsgasse, Sinspeltan Sinspeltan	123

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Karlsruhe, den 2. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß dem Architekten Philipp Christ und dessen Kindern Emilie,* Edith und Albert Christ hier für Schaden, der ihnen infolge der Umlegung von Grundstücken an der Rottel-Strasse erwächst, aus laufenden Mitteln des Jahres 1911 eine Entschädigung von 1 000 M. gezahlt werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

Die Grundstücke an der Rottel- und Lauterberg-Strasse zwischen der Ettlinger und Treitschke-Strasse sollen nach den einschlägigen Bestimmungen des Ortsstrassengesetzes zur Gewinnung geeigneter Bauplätze umgelegt werden; die Beteiligten haben dem vom Tiefbauamt ausgearbeiteten Umlegungsprojekt zugestimmt.

Auf dem Grundstück des Architekten Christ und seiner Kinder, das in das Umlegungsgebiet fällt, aber in andere Hände übergeht, stehen zwei Lagerschuppen, die abgebrochen und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden sollen. Zur Deckung der hierdurch erwachsenden Kosten soll die Stadt nach Vereinbarung mit Architekt Christ einen Beitrag von 1 000 M. zahlen. Bei Berechnung dieser Entschädigung wurde davon ausgegangen, daß, auch wenn das Umlegungsprojekt nicht zur Durchführung käme, die Schuppen über kurz oder lang (etwa in 5 Jahren) einem Neubau hätten weichen müssen; bei dieser Sachlage kann nicht davon die Rede sein, daß etwa die Kosten der Verlegung selbst zu ersetzen wären, wohl aber verliert Architekt Christ und seine Kinder infolge der Umlegung etwa 5 Jahre lang die Zinsen aus dem Kapital, das nötig ist, um schon jetzt gleichwertige Schuppen zu erstellen und das in den Schuppen lagernde Gerüstholz zc. in den Neubau verbringen zu lassen. Diesen Zinsverlust zu ersetzen, entspricht der Billigkeit.

Die Neubautkosten der fraglichen Schuppen betrugen nach dem Feuerversicherungsbuch im Jahre 1900 6083 M ; zieht man hiervon einen entsprechenden Betrag für Abnutzung der Gebäude und die Summe ab, um die voraussichtlich der Materialwert die Abbruchkosten übersteigt, und schlägt einige Hundert Mark für Transportkosten zu, so gelangt man zu einer Summe von rund 5000 M ; hieraus 4 % auf 5 Jahre ergibt die Summe von 1000 M .

Es käme in Frage, ob die Stadt ihrerseits diese Summe auf sich behalten soll, oder ob sie nicht auf die Beteiligten umzulegen wäre. Es besteht indessen keinerlei Aussicht, daß diese sich hierzu bereit finden ließen; es hat ohnedies mehrjähriger Verhandlungen bedurft, bis alle Beteiligten dem Projekt zugestimmt haben; es muß vielmehr, wenn die Stadt diesen Betrag nicht übernimmt, nach Lage der Verhandlungen das Umlegungsprojekt als gefährdet angesehen werden. Bei dem großen Interesse, das die Stadt an einer sachgemäßen Einteilung der Bauplätze gerade in jener Gegend hat, und da die Stadt bei dem Umlegungsprojekte auf die einfachste Art in den unentgeltlichen Besitz des Straßengeländes gelangt, empfiehlt es sich nach Meinung des Stadtrats, diese 1000 M auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Die Pläne des Umlegungsprojekts können von den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses auf der Stadtrats-Expeditur, Zimmer Nr. 76, eingesehen werden.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Ministerium des Innern
vom 9. März 1911 No. 11562.

Karlsruhe, den 9. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. die in dem angeschlossenen Plane mit brauner Farbe kenntlich gemachten Grundstücke Lagerbuch Nr. 6 020, 6 021, 6 030, 6 031, 6 032, 6 033, 6 034, 6 826, 6 827, 6 828, 6 829, 6 830, 6 831, 6 832, 6 833, 7 010, 7 009, 6 807, 6 808, 6 809, 6 811, 6 835, 6 837, 6 838 im Gesamtflächenmaße von 25 416 qm zum Preise von 18 M pro qm angekauft und
2. die Kaufsumme im Betrage von 457 488 M — „
 die Verkehrssteuer im Betrage von 7 155 „ 60 „
 die Reichsstempelabgabe im Betrage von 3 050 „ 60 „
 und Kosten der Beurkundung zc. im Betrage von 1 176 „ 10 „

zusammen . . 468 870 M 30 „

aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

In dem unter dem 27. September 1910 endgültig genehmigten Ortsbauplan ist südlich der Südent-Strasse zwischen Voeth- und Brauer-Strasse ein größerer freier Platz vorgesehen; seine Fluchten und diejenigen der einmündenden Straßen sind in dem angeschlossenen Plane mit roten Linien kenntlich gemacht. Das in den Platz fallende und das anstoßende Gelände ist mit Ausnahme der den Platz kreuzenden Feldwege derzeit in Privatbesitz. Der Stadtrat hat sich entschlossen, die im Plane mit brauner Farbe angelegten Grundstücke anzukaufen.

Es sind dies die Grundstücke:

Lager- buch Nr.	Flächen- inhalt qm.	Eigentümer.
6 020	811	Braun Heinrich IV, Landwirts Ehefrau, Emilie geb. Rastätter.
7 009	813	Dieselbe.
6 021	1 008	Kunz Barbara, ledig.
7 010	1 011	Dieselbe.
6 833	415	Birkenmeier Ernst, Milchkuranstaltsbesitzer.
6 832	406	Birkenmeier August, Privatmann.
6 030	971	Müller Adolf, Lehrers Ehefrau, Anna geb. Braun.
6 831	971	Dieselbe.
6 031	414	Ochs Rudolf, Schreiners Witwe, Philippine geb. Martin.
6 830	415	Dieselbe.
6 032	517	Fischer Emil, Landwirt.
6 829	517	Dieselbe.
6 033	642	Fischer Anton II, Landwirt.
6 828	643	Dieselbe.
6 034	645	Butz Johann III, Landwirts Ehefrau, Anna geb. Braun und Genossen.
6 827	646	Dieselben.
6 826	637	Elzäher Wilhelm, Kaufmann und Fuchs Bernhard, Kaufmann.
6 807	1 090	Birkenmeier Ernst, Milchkuranstaltsbesitzer.
6 808	2 657	Martin Cyriak, Landwirts Witwe, Karolina geb. Rastätter und Genossen.
6 835	1 374	Dieselben.
6 809	3 701	Frank Georg, Möbeltransporteurs Ehefrau, Barbara geb. Speck.
6 811	2 208	Rastätter Bernhard III, Landwirts Ehefrau, Barbara geb. Braun und Genossen.
6 837	1 452	Agtmann Anton I, Landwirt.
6 838	1 452	Braun Engelbert, Landwirt, und Zoller Wilhelm Valentin, Oberpost-assistenten Ehefrau, Barbara Magdalena geb. Braun.

Die Vertragsbedingungen sind im Wesentlichen folgende:

Es wird lastenfreie Übergabe verlangt, der Kaufpreis ist alsbald nach dem Eigentumsübergang bar zu entrichten; die Stadt wird ermächtigt, 1 % des Kaufpreises in Anrechnung auf denselben als Provision an den Agenten, der den Kauf vermittelt hat, auf Rechnung des Verkäufers zu bezahlen; die Kosten der Beurkundung des Vertrags und der Eintragung des Eigentums zum Grundbuch sowie die Reichsstempelsteuer trägt die Stadt, ebenso die Verkehrssteuer, sie kommt nur in Erhebung, soweit die Grundstücke nicht für öffentliche Zwecke (Platz, Straßen) verwendet werden. Die Zustimmung des Bürgerausschusses und die Staatsgenehmigung zur Verwendung von Anlehensmitteln bleibt vorbehalten.

Die Gründe, die den Stadtrat zum Ankauf der fraglichen Grundstücke veranlaßt haben, sind folgende:

Der Platz wird infolge seiner günstigen Lage, seiner glücklichen Form, fast völligen Geschlossenheit einer der schönsten Schmuckplätze der Stadt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß die Bauwerke, die an den Platz zu stehen kommen, sich in einen einheitlichen künstlerischen Rahmen einfügen, wie es bei dem dieserhalb berühmten Schloß- und Marktplatz, sowie bei dem Friedrichsplatz der Fall ist, und neuerdings von einem hiesigen Architekten bei dem Handplatz zur Durchführung kommt. Diese Voraussetzung wird aber sicherlich dann nicht eintreten, wenn mehrere Eigentümer, jeder nach seinen Wünschen ohne Rücksicht auf die Nachbarbauten sein Haus erstellt, wie es z. B. bei dem Gutenberg-Platz der Fall ist. Diese Gefahr ist bei dem in Frage stehenden Platz umso größer, als die nördliche Platzwand in einem Bogen verläuft, dessen Ausbau nur dann in ästhetisch befriedigender Weise erfolgen wird, wenn die Bauten sich einer künstlerischen Idee unterordnen. Dieselbe Schwierigkeit bietet die südlich in den Platz einmündende Straße, die mit ihrer staffelförmigen Bauflucht ebenfalls zu besonderer Vorsicht mahnt. Um das gewünschte Ziel zu erreichen, ist nur der eine Weg denkbar, daß die Stadt sich in den Besitz nicht nur des Platzes, der ja ohnehin von ihr über kurz oder lang erworben werden muß, sondern auch in den Besitz des anstoßenden Baugeländes setzt, das Gelände sachgemäß in Bauplätze aufteilt und diese später mit der Auflage wieder verkauft, daß die Straßenfront und das Dach nach einem bestimmten Plane auszuführen ist. Bei der großen Bedeutung, die gerade schöne Platzbilder für das Aussehen und den künstlerischen Ruf einer Stadt haben, hofft der Stadtrat, die Zustimmung des Bürgerausschusses zu diesem Plane zu erhalten; ein ähnliches Vorgehen ist übrigens, wie hier bemerkt werden soll, auch bei dem Vorplatz für den neuen Bahnhof beabsichtigt, wo lediglich die Stadt und die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung als Besitzer der anstoßenden Bauplätze in Frage kommen.

Was die Größe der angekauften Fläche betrifft, so ist zu bemerken, daß es zunächst nicht in der Absicht des Stadtrats lag, die Grundstücke Lagerbuch Nr. 6020, 6021, 6030, 6031, 6032, 6033 und 6034 zu erwerben, diese Parzellen stehen aber im Eigentum der Besitzer der südlich anstoßenden Grundstücke Lagerbuch Nr. 7009, 7010, 6831 u. s. w., mit denen zusammen sie tatsächlich als einheitliche Grundstücke bewirtschaftet werden (die Grenze zwischen ihnen ist nur grundbuchmäßig — frühere Gemarkungsgrenze), und die Eigentümer haben sich zur Abtretung nur der südlichen Parzellen nicht bereit finden lassen; auch wäre der südliche Teil der Grundstücke Lagerbuch Nr. 6808 und 6807 an sich nicht erforderlich. Es ist aber außerordentlich erwünscht, einiges Gelände in Vorrat zu haben; die zu erwerbende Fläche östlich des Platzes hat nämlich nicht genügende Bautiefe, auch sind die Grenzen des zu erwerbenden Gebiets für die Bebauung nicht überall günstig; es soll aus diesen Gründen ein Umlegungsverfahren nach Maßgabe des Ortsstraßengesetzes durchgeführt werden, und das überflüssige Gelände bietet hierbei erwünschte Tauschobjekte.

Was die finanzielle Seite betrifft, so muß gesagt werden, daß der Preis von 18 M. an und für sich gewiß kein niederer ist. Vergleicht man indessen, was für Baugelände in der Nähe in den letzten Jahren bezahlt wurde, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Preis nicht unangemessen ist. Es wurde bezahlt für

Lagerbuch Nr.	im Jahre	M	q
5 985	1908	17	48
5 985a			
6 016			
6 016a			
6 017	1909	20	—
6 042			
3 507	1907	29	73
6 735	1910	34	95
5 990			

Die Lage dieser Grundstücke ist aus dem beigegebenen Plan zu ersehen; sie liegen sämtlich an unfertigen Straßen, nur das Grundstück Lagerbuch Nr. 3 507 stößt im Norden an die fertiggestellte Südend-Straße und ist daher mit Straßenkosten belastet, bei dessen schmaler Front sind diese aber nicht sehr erheblich und können daher auf den Kaufpreis keinen großen Einfluß gehabt haben. Käufer des Grundstücks Lagerbuch Nr. 6 042 war die Stadt selbst.

Von der anzukaufenden Fläche von insgesamt 25 416 qm würden nach deren derzeitigen Begrenzung 9 514 qm in den Platz und in Straßen fallen, 15 902 qm ständen als Baugelände zur Verfügung. Infolge des Umlegungsverfahrens, das wie bereits erwähnt, durchgeführt werden soll, wird sich die Fläche des verwertbaren Baugeländes aber deshalb noch vermehren, weil auch die übrigen an der Umlegung Beteiligten im Verhältnis des Flächengehalts ihrer Grundstücke zu dem Platz und den Straßen Gelände opfern müssen, die Stadt also nicht die ganze Platzfläche endgültig aufbringen muß, sondern zum Teil in Baugelände Ersatz erhält.

Da das Baugelände nicht weit entfernt von der Peripherie des Ortsetters und den fertiggestellten Straßen liegt, die Bautätigkeit sich vermutlich auch, schon wegen des neuen Bahnhofes, vornehmlich dem Beierheimer Feld zuwenden wird, und es im Übrigen die Stadt in der Hand hat, das fragliche Baugebiet zu jedem ihr günstig erscheinenden Zeitpunkt zu erschließen, so darf damit gerechnet werden, daß die Bauplätze in nicht zu ferner Zeit werden wieder abgestoßen werden können, und zwar zu einem Preise, der die Erwerbungs-kosten der Stadt, Zinsen und Straßenkosten nicht nur deckt, sondern vermutlich übersteigen wird. Man darf hiernach sagen, daß der vorgeschlagene Ankauf finanziell wohl vertretbar ist.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Karlsruhe, den 31. Dezember 1910.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen:

1. daß ein Gebäude für eine zweite Gewerbeschule auf dem der Stadt gehörigen Grundstücke des alten Krankenhauses errichtet,
2. daß zur Erlangung geeigneter Entwürfe das nachstehende Ausschreiben für einen Wettbewerb erlassen wird, wobei dem Stadtrat die Befehung des Preisgerichtes und die Bestimmung der Einzelheiten des Ausschreibens vorbehalten bleibt,
3. daß die auszufehenden Preise im Gesamtbetrage von M 9000 aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1911 bestritten werden.

Der Stadtrat:
Dr. Kleinschmidt.

Rendek.

Begründung.

1. Die Schülerzahl der hiesigen Gewerbeschule hat sich in den letzten 10 Jahren folgendermaßen entwickelt:

a. Vor Einführung des Schulzwanges:

am 1. Dezember 1901:	695	Schüler in 23 Klassen	+ 137*)	Gäste	
" 1. " 1902:	717	" " 23 "	+ 44	"	
" 1. " 1903:	758	" " 23 "	+ 34	"	
" 1. " 1904:	659	" " 28 "	+ 19	"	
" 1. " 1905:	771	" " 31 "	+ 200	"	in 11 Fachkursen.

b. Nach Einführung des Schulzwanges für die Gewerbeschule durch Ortsstatut von 1906:

am 1. Dezember 1906:	1291	Schüler in 57 Klassen	+ 472	Gäste in 22 Fachkursen	
" 1. " 1907:	1584	" " 69 "	+ 287	" " 15 "	
" 1. " 1908:	1608	" " 72 "	+ 542	" " 24 "	
" 1. " 1909:	1541	" " 79 "	+ 381	" " 20 "	
" 1. " 1910:	1614	" " 83 "	+ 398	" " 20 "	

*) Darunter 105 Teilnehmerinnen an den damaligen gewerblichen Unterrichtskursen für Frauen und Jungfrauen.

II. Seitdem die Schülerzahl infolge der Einführung des Schulzwanges so außerordentlich zugenommen hat, genügen die Räume des jetzigen Schulhauses (Zirkel Nr. 22) zur Unterbringung der Gewerbeschule nicht mehr. Daß die Notwendigkeit, weitere Räume bereitzustellen, allgemein zugegeben wird, ließen die Verhandlungen des Bürgerausschusses über den Voranschlag der Gewerbeschule in den Jahren 1909 und 1910 erkennen.

Für die allgemeine Gestaltung des Bauprogrammes kommt dabei in Betracht, daß sich der Raumbedarf für eine Gewerbeschule in den letzten Jahren nicht nur entsprechend der größeren Schülerzahl, sondern darüber hinaus infolge der gesteigerten Ansprüche an die Leistungen der Schule ganz bedeutend gesteigert hat. Insbesondere werden jetzt außer den Lehrsälen auch Werkstätten in größerem Umfang als früher gefordert. Die Fachschule kann sich nicht mehr auf theoretischen Unterricht beschränken, sondern es wird von ihr verlangt, daß sie auch die praktische, in der Werkstatt zu gewinnende Vorbildung des Gewerbetreibenden für seinen Beruf mit berücksichtigt. Das gilt sowohl für den Unterricht der Lehrlinge, wie für die Weiterbildung der Gesellen und Gehilfen in den Gäste-Kursen.

Von den Gewerben, die nach dem jetzigen Ortsstatut zum Besuche der Gewerbeschule verpflichtet sind, kommt insbesondere für folgende Gruppen ein Werkstätten-Unterricht größeren Umfangs in Betracht:

1. Blechner, Installateure, Metallarbeiter;
2. Buchbinder, Lithographen etc.;
3. Buchdrucker, Schriftsetzer;
4. Photographen, Graveure;
5. Drechsler, Schreiner;
6. Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker;
7. Maler.

Aus der Berücksichtigung des Werkstätten-Unterrichts ergibt sich für den geplanten Neubau ein erheblicher Bedarf an Werkstättenraum, insbesondere auch deshalb, weil im alten Schulgebäude in dieser Hinsicht ein Mangel besteht.

III. Auf Veranlassung des Gewerbeschulrats sind durch den Vorstand der Gewerbeschule verschiedene Bauprogramme aufgestellt worden, die den für eine sachgemäße Unterbringung der Schule erforderlichen Bedarf an Lehrsälen, Werkstätten und sonstigen Räumen darlegen. Für die Ausführung der vielfach durchgearbeiteten Bauprogramme fragt sich zunächst: Soll die Gewerbeschule auch fernerhin in einem einzigen Gebäude vereinigt bleiben oder soll zu dem jetzigen Schulhaus ein zweites hinzukommen? Welcher Bauplatz kommt in Betracht?

Was die Wahl des letzteren anbetrifft, so ist zu erwägen, daß die Gewerbeschule von Schülern aus allen Stadtteilen besucht wird und deshalb im mittleren Teile der Stadt, von allen Seiten bequem erreichbar, liegen soll. Das alte Schulhaus liegt ausgezeichnet zentral. Ein Neubau wird, auch wenn künftig zwei Schulgebäude benutzt werden sollen, ebenfalls zentral liegen müssen, denn die Gewerbeschule ist nach Berufsklassen gegliedert und bei einer Teilung wird insofern zweckmäßiger Weise das Schülermaterial nicht nach Stadtteilen, sondern nach Berufen getrennt werden. Auch bei denjenigen Gewerben, deren Klassen so zahlreich sind, daß eine Teilung nach Stadtbezirken möglich wäre, verbietet sich das mit Rücksicht auf die Werkstätten, welche im Falle einer solchen Teilung doppelt beschafft werden müßten.

IV. Ein geeigneter Bauplatz inmitten der Stadt steht zur Verfügung. Bei der Räumung des alten Krankenhauses im Herbst 1907 hat der Stadtrat dieses Grundstück sofort für einen späteren Schulhausbau, in erster Linie für die Gewerbeschule, in Aussicht genommen.

Die Grundfläche des alten Krankenhauses nebst Hofraum beträgt 4329 Quadratmeter; davon ist jedoch die Fläche des im Hofe stehenden sogenannten Neubaus, der die ambula-

torische Klinik und Schulzahnklinik enthält und seiner jetzigen Bestimmung erhalten bleibt, sowie des Leihhauses mit zusammen 1794 Quadratmeter abzuziehen. Zu den verbleibenden 2535 Quadratmeter kommen die ebenfalls der Stadt gehörigen Nachbargrundstücke Schwanenstraße Nr. 2 und Nr. 4, die mit alten zum Abbruch reifen Häusern bebaut sind, mit 539 Quadratmeter hinzu.

V. Der verfügbare Raum genügt zur Errichtung eines Gebäudes von solcher Größe, daß darin die ganze Gewerbeschule untergebracht werden könnte. Unter diesem Gesichtspunkt einer ungeteilten Unterbringung wurde im Winter 1909/10 vom städtischen Hochbauamt ein Vorprojekt ausgearbeitet. Das Projekt sah in einem Kellergeschoß, drei Stockwerken und einem ausgebauten Dachgeschoß insgesamt 130 Räume vor (23 Lehrsäle, 25 Werkstätten, 48 Nebenräume, 34 sonstige Räume). 128 30 28

Bei nochmaliger Durcharbeitung des Bauprogramms und Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände ergeben sich jedoch überwiegende Gründe für Beibehaltung des alten Schulgebäudes, sodaß der Neubau nur einen Teil der Gewerbeschule aufzunehmen hat.

Zunächst stellte sich heraus, daß sich das Schulhaus Zirkel 22 für anderweite Schulzwecke nicht besonders eignet, weil es keinen auch nur einigermaßen genügenden Hofraum besitzt.

Sodann ist zu bedenken, daß die Lehrsäle und Werkstätten des alten Schulgebäudes allmählich mit großen Kosten für die Zwecke der Gewerbeschule eingerichtet worden sind. Eine Benutzung für andere Zwecke würde Umbauten erfordern und neue Kosten verursachen, die bei Weiterverwendung des Gebäudes für die Gewerbeschule nicht entstehen.

Der entscheidende Vorzug einer Teilung der Gewerbeschule besteht aber darin, daß bei geringerem Kostenaufwand für den Neubau doch im ganzen der verfügbare Raum für die Gewerbeschule infolge der Beibehaltung des alten Gebäudes erheblich größer ausfällt, als wenn ein Neubau die ganze Schule aufnehmen muß.

Das alte Schulhaus enthält einschließlich der Schuldienerwohnung und des Kellers 38 Räume (16 Lehrsäle, 10 Werkstätten, 11 sonstige Räume). Für den Neubau braucht bei einer Teilung der Schule nicht das ganze Gelände des alten Krankenhauses, sondern nur etwa zwei Drittel dieses Grundstücks verwendet zu werden. Darauf läßt sich ein Neubau erstellen, der 90 bis 100 Räume enthält.

Sowohl in diesem Vorrat an Räumen als in dem Umstande, daß etwa ein Drittel des Bauplatzes zunächst unbenuzt bleibt, liegt ein für die weitere Entwicklung der Anstalt wertvolles Moment.

VI. Auf der eben erwähnten Grundlage ergibt sich für die künftige Unterbringung der Gewerbeschule etwa folgendes Programm:

1. Im alten Schulhaus Zirkel Nr. 22 bleiben etwa 40 Klassen mit 800 bis 900 Schülern. Hierfür dürften in Betracht kommen (die Ziffern geben den höchsten Stand des Jahres 1909 an):

1. Friseur	3 Klassen	62 Schüler
2. Sattler, Tapezierer, Gärtner	3 "	53 "
3. Schneider, Schuhmacher	3 "	71 "
4. Kleidermacherinnen	10 "	278 "
5. Putzmakerinnen	3 "	67 "
6. Maler	6 "	106 "
7. Maurer	6 "	119 "
8. Zimmerleute	1 "	16 "
9. Sammellassen	2 "	30 "

zusammen . . 37 Klassen 802 Schüler.

Da sich jetzt 82 Klassen mit maximal 1700 bis 1800 Schülern (einschließlich der Gäste über 2000) in dem Gebäude behelfen müssen, wird diese zunächst vorgesehene Belegung nötigenfalls noch eine mäßige Erhöhung gestatten, ohne daß wieder Raummangel eintritt. Außerdem gewährt das Vorhandensein eines zweiten Gebäudes die Möglichkeit zu etwaigen Verschiebungen je nach der Stärke der Fachklassen.

2. Im Neubau ist etwa die gleiche Anzahl von Pflichtschülern unterzubringen. Nach dem höchsten Stande des Jahres 1909 bleiben für das neue Schulhaus:

1. Buchdrucker, Schriftsetzer	4 Klassen	92 Schüler
2. Photographen, Graveure, Buchbinder, Lithographen	3 "	74 "
3. Schreiner	5 "	97 "
4. Feinmechaniker	5 "	106 "
5. Maschinenschlosser	12 "	286 "
6. Bau- und Kunstschlosser, Schmiede	11 "	260 "
7. Blechner, Installateure, Kupferschmiede	3 "	66 "
8. Sammelklasse	1 "	33 "

zusammen . . 44 Klassen 1014 Schüler.

Ferner hat das Gebäude die Mehrzahl der Gästeturse und die seit 1909 bestehende Blechner-Fachschule aufzunehmen; auch muß Raum für Zuwachs vorgesehen werden.

Die hier unterzubringenden Berufe bedingen einen großen Bedarf an Werkstätten. Das von der Schulleitung aufgestellte Bauprogramm sieht demgemäß 20 Lehrsäle (16 für den Pflichtunterricht, 4 für Gästeturse) mit 13 Nebenräumen und 19 Werkstätten mit dazu gehörigen kleinen Nebenräumen vor. Für die Verwaltung müssen Räume vorhanden sein; ferner empfiehlt sich die Schaffung eines Ausstellungsraumes mäßiger Größe, an dem es auch für anderweite städtische Zwecke zur Zeit fehlt.

VII. Um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob und wie sich das Bauprogramm auf der zur Verfügung stehenden Fläche verwirklichen läßt, hat das städtische Hochbauamt ein Vorprojekt ausgearbeitet. Die Grundriß-Disposition gelangt zu 19 Lehrsälen, 22 Werkstätten, 37 Nebenräumen, 31 sonstigen Räumen, insgesamt 109 Räumen verschiedener Größe, läßt also erkennen, daß der Bauplatz reichlich genügt. Dabei sind für die Blechner-Fachschule sehr reichliche Räume vorgesehen, die im Falle der Aufhebung dieser Schule ohne Schwierigkeit für die Gewerbeschule nutzbar gemacht werden können.

Mit Rücksicht auf die vom Bürgerausschuß mehrfach geäußerten Wünsche soll unter den hier ansässigen selbständigen Architekten ein Wettbewerb veranstaltet werden, um Entwürfe für das neue Schulgebäude zu erhalten. Die Veranstaltung eines öffentlichen Wettbewerbs empfiehlt sich in diesem Falle auch mit Rücksicht darauf, daß die Besonderheit der Aufgabe es angezeigt erscheinen läßt, einen möglichst weiten Kreis von Sachverständigen zu der Lösung heranzuziehen.

VIII. Die allgemeinen Bedingungen für den Wettbewerb sind auf Grund des oben dargelegten Bauprogramms ausgearbeitet und aus dem nachstehenden Entwurf einer Einladung zum Wettbewerb zu ersehen. Zu dem Inhalt des Ausschreibens sei noch folgendes bemerkt:

1. Die Aufforderung ist auf die hier ansässigen selbständigen Architekten beschränkt; eine weitere Ausdehnung des Kreises der Bewerber dürfte nicht notwendig sein, da von hiesigen Fachleuten voraussichtlich eine genügende Anzahl brauchbarer Entwürfe eingereicht wird.

2. Die Besetzung des Preisgerichts und dessen etwa notwendig werdende Ergänzung steht dem Stadtrat zu. Es ist in Aussicht genommen 5 Mitglieder zu ernennen: einen Vertreter des Stadtrats, 3 Architekten, 1 Gewerbeschulmann.

3. Die als Preise auszufehenden Beträge müssen dem geschätzten Bauwert von etwa 850 000 M unter Berücksichtigung der vom Verein Deutscher Architekten und Ingenieure aufgestellten Normen angepaßt werden, wobei sich ein Betrag von 9 000 M ergibt, der zweckmäßig auf 3 Preise verteilt wird.

4. Sobald der Bürgerausschuß die erforderlichen Mittel für Aussetzung der Preise bewilligt hat, werden die in Aussicht genommenen Preisrichter um eine Äußerung ersucht werden, ob sie das Amt zu übernehmen bereit und mit dem Inhalt der Bestimmungen für den Wettbewerb einverstanden sind. Sofort nach Eingang der Zustimmungserklärungen wird das öffentliche Ausschreiben (unter Berücksichtigung etwaiger vom Stadtrat nach Anhörung der Preisrichter für zweckmäßig erachteter Änderungen des Textes) erlassen. Als Frist für die Einreichung der Entwürfe dürfte ein Zeitraum von drei bis vier Monaten vorzusehen sein.

5. An die in der Beilage wiedergegebenen „allgemeinen Bestimmungen für den Wettbewerb“ werden sich die besonderen Bestimmungen über den Bauplatz, die Einzelheiten des Gebäudes (z. B. Stockwerkhöhe, Mindestmaße der Räume und dergleichen), die einzureichenden Ausarbeitungen und den Kostenüberschlag anschließen. Dabei sind insbesondere auch die von dem Herrn Vorstand der Gewerbeschule gestellten Forderungen bezüglich der Lage und Verwendung der einzelnen Räume bekannt zu geben. Denn zweifellos hängt die Benutzbarkeit der Lehrsäle und Werkstätten für die verschiedenen Berufsabteilungen der Schule davon ab, daß die zusammengehörigen Räume in einer entsprechenden Verbindung stehen. Deshalb werden in den besonderen Bestimmungen für den Wettbewerb die Forderungen des Bauprogramms der Schule bis in die Einzelheiten enthalten sein, damit nicht Entwürfe, die den Bedingungen eines allgemein gehaltenen Wettbewerbes genügen, für die praktische Ausführung außer Betracht bleiben müssen, weil sie den Bedürfnissen des Schulbetriebes nicht genug Rechnung tragen.

Dr. Kleinschmidt.

Entwurf.

Bedingungen

für den

Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für ein neues Gewerbeschulgebäude in Karlsruhe.

Die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe beabsichtigt durch einen öffentlichen Wettbewerb unter den hier ansässigen, selbständigen Architekten Entwürfe für die Erbauung eines Gewerbeschulgebäudes nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen zu erlangen.

Allgemeine Bestimmungen.

Für die Bearbeitung der Entwürfe ist die Verordnung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 14. November 1898 „die Schulhausbaulichkeiten betreffend“ maßgebend. (Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden Nr. XXXIV 1898).

Die Entwürfe sind mit einem Kennwort oder Zeichen versehen bis zum nachmittags 6 Uhr beim Sekretariat des städtischen Hochbauamts abzuliefern. Nach Ablauf dieses Termins eingelieferte Entwürfe werden von dem Wettbewerb ausgeschlossen.

In einem versiegelten Briefumschlag mit demselben Kennwort oder Zeichen hat der Verfasser des Entwurfs seinen Namen anzugeben.

Das Preisrichteramt haben die nachstehenden Herren übernommen:

1.
2.
3.
4.
5.

Sollte der eine oder der andere dieser Herren verhindert sein, das Preisrichteramt auszuüben, so behält sich der Stadtrat entsprechende Ersatzwahlen vor.

Die Preisrichter haben das Preisausschreiben vor der Veröffentlichung geprüft und gebilligt.

Das Preisgericht wird baldmöglichst nach dem Einlieferungstermin zusammentreten und sein Urteil in einem Gutachten niederlegen, von welchem jeder Bewerber auf Verlangen eine Ausfertigung erhält.

Für die besten, den gestellten Bestimmungen entsprechenden Entwürfe sind folgende Preise ausgesetzt:

1. ein erster Preis von 4 000 Mark,
2. ein zweiter Preis von 3 000 Mark,
3. ein dritter Preis von 2 000 Mark.

Es bleibt dem Preisgericht überlassen, erforderlichenfalls eine andere Verteilung der Preise vorzunehmen, doch soll die Gesamtsumme von 9 000 Mark auf höchstens drei Preise verteilt werden.

Falls besondere Gründe vorliegen, kann das Preisgericht einen weiteren Entwurf zum Betrage von 1 000 Mark zum Ankauf vorschlagen.

Die preisgekrönten beziehungsweise angekauften Entwürfe werden Eigentum der Stadtgemeinde. Diese ist berechtigt, sie nach Belieben für die Ausführung zu benützen. Das Recht der Veröffentlichung der Entwürfe verbleibt dem Verfasser.

Eine Zusicherung bezüglich der Ausarbeitung der Pläne für die Ausführung oder der Übertragung der Bauausführung wird den Bewerbern nicht gemacht.

Nach Bekanntgabe des Preisrichterspruchs werden die Entwürfe während 14 Tagen öffentlich ausgestellt.

Im übrigen sollen die Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben im Gebiete der Architektur und des Bauingenieurwesens, aufgestellt vom Verbands der Deutschen Architekten- und Ingenieurvereine (33. Versammlung in Düsseldorf 1904) maßgebend sein.

Besondere Bestimmungen.

Die für den Wettbewerb geltenden besonderen Bestimmungen sowie Lagepläne des Bauplatzes sind auf dem Sekretariat des städtischen Hochbauamts zu erhalten.

~~Beschlussfassung vom 17. II. 1911.~~

*Von der Tagelohnung befreit.
Löhre ist Zinsekontoaus)*

Karlsruhe, den 12. Januar 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, der Bürgerschaft wolle seine Zustimmung erteilen,

daß mit Herrn Ingenieur Fritz Löhre, Inhaber der Centralheizungs-Bauanstalt gleichen Namens dahier, der nachstehend abgedruckte Kaufvertrag abgeschlossen werde.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Dr. Bierau.

Zwischen

der Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat, einerseits
und

Herrn Ingenieur Fritz Löhre, Inhaber der Centralheizungs-Bauanstalt gleichen Namens dahier, andererseits wird folgender

Vertrag

abgeschlossen.

§ 1.

Die Stadtgemeinde verkauft an Herrn Ingenieur Fritz Löhre dahier das im Bannwaldgebiet zwischen der Bannwald-Allee und Griesbach-Straße gelegene 500 qm umfassende, im beiliegenden Plan rot angelegte Gelände zum Preise von 10 M pro Quadratmeter, somit um den Gesamtpreis von 5 000 M

— Fünftausend Mark —.

In diesem Preis sind sämtliche Straßen- und Kanalkosten inbegriffen.

§ 2.

Der Kaufpreis ist beim Eigentumsübergang bar zu entrichten.

Falls nicht vor dem Grundbucheintrag Barzahlung geleistet wird, hat Käufer — unbeschadet der in Absatz 1 bestimmten Verpflichtung — für den Kaufpreis nebst 4 1/2 % Verzugszinsen den Eintrag einer ersten Sicherungshypothek zu Gunsten der Stadtgemeinde auf dem veräußerten Grundstück zu bewilligen.

§ 3.

Der Käufer verpflichtet sich, für sich und seine Rechtsnachfolger innerhalb der nächsten 3 Jahre eine industrielle Anlage auf dem gekauften Gelände zu errichten und dieses innerhalb der nächsten 10 Jahre nur für industrielle Zwecke, also insbesondere nicht zu Gelände- oder Bauspekulationen zu verwenden oder zu veräußern.

Die Erbauung von Wohnunnen für die Eigentümer, Beamten, Bediensteten oder Arbeiter der auf dem Gelände errichteten Anlagen ist jederzeit gestattet.

Bei Nichteinhaltung der in Absatz 1 bezeichneten Verpflichtung ist die Stadtgemeinde Karlsruhe berechtigt, die Rückübertragung des Grundstücks gegen Erstattung des Kaufpreises von 5 000 M zu verlangen.

Für Sicherung dieses Rückübertragungsanspruches ist eine Vormerkung zum Grundbuch einzutragen.

§ 4.

Die Kosten der Beurkundung des Vertrages, der Eintragung im Grundbuch sowie die Verkehrs- und Reichsstempelsteuer trägt der Käufer.

§ 5.

Bürgerausschußgenehmigung und Staatsgenehmigung wegen Veräußerung des Geländes bleibt vorbehalten.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Staatseingetragung mit Erlass Grossh. *Ingolfmann*
vom 27. *Januar* 1911 No. 6673.

Karlsruhe, den 10. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen,

daß an Herrn Kaufmann Karl Page hier und Frau Elisabeth Page Witwe in Mannheim von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 5018 b an der Honfell-Straße 651 qm zum Preise von 10 M pro Quadratmeter sowie gegen Ersatz der Straßenkosten nach Maßgabe des in der Anlage abgedruckten Vertrages verkauft werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Dr. Gierau.

Begründung.

Herr Karl Page dahier, welcher Teilhaber der Firma Gebrüder Page, Schleppschiffahrt, in Mannheim ist, beabsichtigt zur besseren Überwachung des im hiesigen Rheinhafen sich abspielenden regen Schiffahrtsverkehrs seiner Firma in nächster Nähe des Hafens ein Wohnhaus für sich zu errichten und in demselben zugleich die Geschäftsräume der hiesigen Zweigniederlassung unterzubringen. Zu diesem Zwecke wünscht er das im anliegenden Plan rot bezeichnete Gelände von insgesamt 651 qm auf seinen und seiner Mutter Namen von der Stadtgemeinde zu kaufen und das dazwischen liegende mit den Buchstaben d-e-h-e-d bezeichnete Gelände, das wegen seiner Eigenschaft als Landgrabengelände nach gesetzlicher Bestimmung nicht veräußert oder dinglich belastet werden darf, zu mieten. Als Kaufpreis wurden 10 M pro Quadratmeter vereinbart, wozu die Käufer noch die auf dem Grundstück ruhenden Straßen-, Gehweg- und Kanalkosten mit 7309 M 17 S zu übernehmen haben, sodaß sich der Kaufpreis insgesamt auf 13819 M 17 S oder rund 21 M pro Quadratmeter beläuft. Der Mietzins für das 298 qm umfassende Landgrabengelände wurde pro Quadratmeter auf 50 S jährlich bemessen.

Siegrist.

Zwischen

der Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat, einerseits
undHerrn Kaufmann Karl Page, Rhein-Straße 34 hier, sowie Frau Elisabeth Page Witwe
in Mannheim, anderseits

wird folgender

Vertrag

abgeschlossen.

§ 1.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe verkauft an Herrn Kaufmann Karl Page und Frau Elisabeth Page Witwe in Mannheim die im anliegenden Plan des Obergeometers Börner vom 13. Dezember 1910 mit Lagerbuch Nr. 5 018 f und 5 018 e bezeichneten Teilflächen des Grundstücks Lagerbuch Nr. 5 018 b im Flächenmaß von $555 + 96 = 651$ qm zum Preis von 10 M pro Quadratmeter.

Die Käufer übernehmen zudem die auf dem Gelände lastenden Straßen-, Gehweg- und Kanalkosten mit 7 300 M 17 S, sodaß sich der Kaufpreis insgesamt auf . . . 13 819 M 17 S

— Dreizehntausend achthundert neunzehn Mark 17 Pfennig —

beläuft.

§ 2.

Der Kaufpreis ist beim Eigentumsübergang bar zu entrichten.

Falls nicht vor dem Grundbucheintrag Barzahlung geleistet wird, haben die Käufer — unbeschadet der in Absatz 1 bestimmten Verpflichtung — für den Kaufpreis nebst $4\frac{1}{2}\%$ Verzugszinsen den Eintrag einer ersten Sicherungshypothek zu Gunsten der Stadtgemeinde auf den veräußerten Flächen zu bewilligen.

§ 3.

Die Käufer verpflichten sich, im Laufe des nächsten Jahres auf dem gekauften Grundstück ein Wohnhaus zu errichten. Andernfalls ist die Stadtgemeinde Karlsruhe berechtigt, die Rückkaufnahme des Grundstücks gegen Rückzahlung des Kaufpreises zu verlangen. Zur Sicherung dieses Anspruches ist eine Vormerkung zum Grundbuch zu bewilligen.

§ 4.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe vermietet ferner an Herrn Kaufmann Karl Page sowie Frau Elisabeth Page Witwe das im Plan des Obergeometers mit den Buchstaben o-d-e-h-c bezeichnete Landgrabengelände im Flächenmaß von 298 qm um den Mietzins von jährlich 50 S pro Quadratmeter, somit . . . 149 M

— Einhundert neunundvierzig Mark. —

Das Mietverhältnis ist beiderseits unkündbar, es beginnt mit dem Eigentumsübergang des in § 1 bezeichneten Geländes.

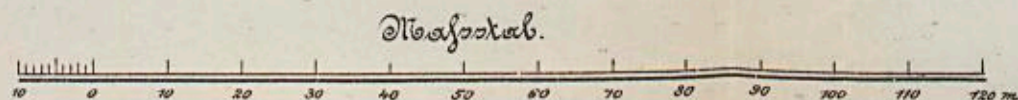
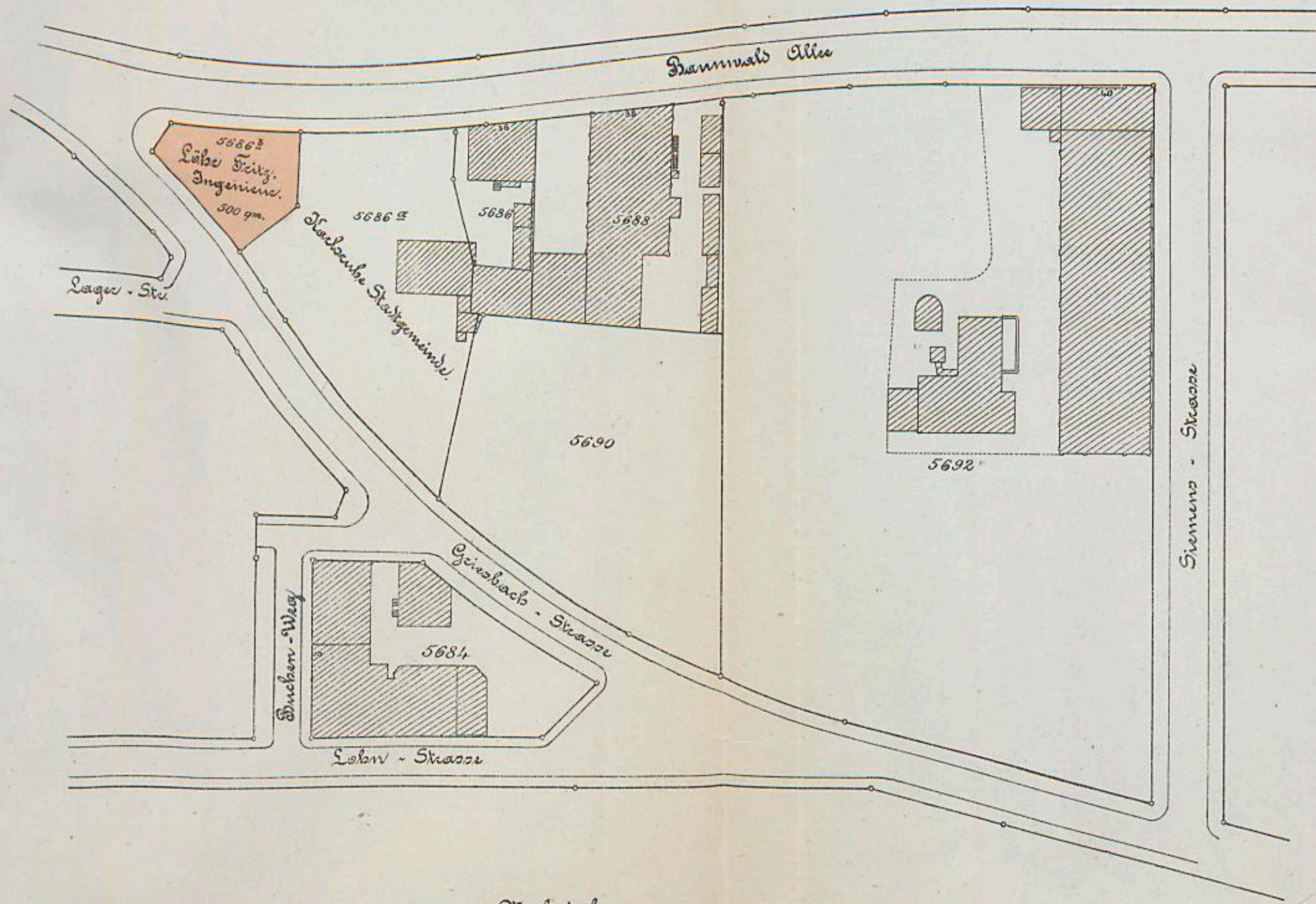
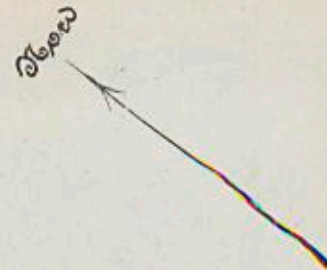
Der Mietzins ist nach Ablauf eines jeden Jahres zahlbar. Bauten über dem gemieteten Gelände dürfen nur mit Zustimmung des Stadtrates errichtet werden; bei Ausführung derselben ist insbesondere die Bestimmung des § 83 b Ziffer 5 Absatz 2 der städtischen Bauordnung zu beachten.

§ 5.

Die Kosten der Beurkundung des Vertrages, der Eintragung im Grundbuch sowie die Verkehrs- und Reichssteuer tragen die Käufer.

§ 6.

Bürgeransehungsgenehmigung und Staatsgenehmigung wegen Veräußerung des Geländes bleibt vorbehalten.



Karlsruhe, den 16. Januar 1911

Stadt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. 1. d. Januar
vom 9. März 1911 No. 11564.

Karlsruhe, den 31. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

- I. die in anliegendem Lageplan rot angelegte Strecke der Liebig-Straße südlich der Kriegs-Straße nach Maßgabe des Ortsbauplans als Ortsstraße hergestellt und mit Kanalisation sowie mit Gas- und Wasserleitung versehen werde,
- II. wegen Erwerbs von Straßengelände und Kostenrückerlages mit der Karlsruher Terrain-Gesellschaft sowie mit Großherzoglichem Domänenärar die nachstehend abgedruckten Verträge abgeschlossen werden,
- III. der erforderliche Aufwand im Gesamtbetrag von 30 880 Mk aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Reudeck.

Begründung.

Die Karlsruher Terrain-Gesellschaft A.-G. in Liquidation und Großherzogliches Domänen-ärar haben die Herstellung der im Lageplan rot angelegten zirka 188 m langen Strecke der Liebig-Straße südlich der Kriegs-Straße beantragt. Da die bei Straßenherstellungen üblichen Bedingungen von den Beteiligten angenommen wurden, schloß man vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses die nachstehend abgedruckten Verträge ab, nach denen das erforderliche Straßengelände unentgeltlich abgetreten wird und auch die Straßenkosten sofort nach Herstellung der Straße, also unabhängig von der Bebauung der Grundstücke, zu zahlen sind.

Nach dem Voranschlag des Tiefbauamts wird die Herstellung jener Straßenstrecke folgenden Aufwand verursachen:

a. Straßenbau und Gehweganlage	14 800 Mk,
b. Kanalisation	9 500 „
c. Gasleitung	2 830 „
d. Wasserleitung	3 750 „

Summa . . . 30 880 Mk,

die aus Anlehensmitteln zu decken sind.

Die nach den §§ 3 der beiden Verträge der Stadt zu ersetzenden Beträge belaufen sich voranschlagsmäßig auf

a. Straßenbau und Gehweganlage	14 800 Mk.,
b. Kanalisation *)	14 700 „,
c. Straßenunterhaltung auf 5 Jahre **)	1 430 „,

Summa . . . 30 930 Mk.,

Dr. Paul.

I.

Vertrag

zwischen der Stadtgemeinde Karlsruhe

und

der Karlsruher Terrain-Gesellschaft A.-G. in Liquidation

vom 9. Januar 1911.

§ 1.

Die Karlsruher Terrain-Gesellschaft A.-G. in Liquidation tritt von ihrem Grundstück Lagerbuch Nr. 4 015 an die Stadtgemeinde Karlsruhe unentgeltlich die im Meßbriefauszug vom 1. Oktober 1910 bezeichneten Teilflächen von

a. 1 556 qm neue Lagerbuch Nr. 4 015 e und

b. 889 qm „ „ „ 4 015 f

zu lastenfreiem Eigentum zwecks Straßenherstellung ab.

§ 2.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe verpflichtet sich, die Viebig-Straße südlich der Kriegs-Straße als Ortsstraße herzustellen, mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitung zu versehen.

§ 3.

Die Karlsruher Terrain-Gesellschaft hat der Stadtgemeinde außer den kraft allgemeinen Ortsstatuts über Beizug zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle sowie über Herstellung der Gehwege, Rinnen u. für ihr Grundstück Lagerbuch Nr. 4 015 zu zahlenden Beiträgen

a. die entsprechenden auf die Grundstücke Lagerbuch Nr. 4 020 und 4 021 (Eigentum der Architekt Treutmann Eheleute) ordsstatutarisch entfallenden Beiträge für Kanalisation und Gehwegherstellung,

b. die auf ihr eigenes Grundstück Lagerbuch Nr. 4 015 sowie auf Lagerbuch Nr. 4 020 und 4 021 entfallenden Straßenkosten nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten (Beschluß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) zu ersetzen; diese Beträge sollen jedoch, abweichend von § 7 dieser allgemeinen Grundsätze, sofort nach Fertigstellung der Straße fällig werden.

§ 4.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags, der Eintragung im Grundbuch sowie die Reichsstempelsteuer trägt die Karlsruher Terrain-Gesellschaft.

*) Nach dem Gemeindebeschluß vom 21. Juni 1909 wird der Berechnung nicht der Aufwand für den jetzt zu bauenden Straßenkanal zu Grunde gelegt, sondern der feste Betrag von 40 Mk. pro Frontmeter, d. i. ein Teil des Aufwands der Stadt für das gesamte Kanalnetz, auf die Frontmeter aller an kanalisierte Straßen stoßenden Grundstücke umgelegt.

**) Der Aufwand der Stadt wird aus laufenden Mitteln bezahlt.

§ 5.

Für Erfüllung der in diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen hat die Karlsruher Terrain-Gesellschaft auf Verlangen des Stadtrats Sicherheit zu leisten.

§ 6.

Bürgerausschußzustimmung sowie Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln behält sich der Stadtrat vor.

II.

Vertrag

zwischen der Stadtgemeinde Karlsruhe
und
Großherzoglichem Domänenärar
vom 16. Januar 1911.

§ 1.

Großherzogliches Domänenärar tritt von seinem Grundstück Lagerbuch Nr. 4 026, dessen Inhalt nach Verichtigung 12 228 qm umfaßt, die im Meßbriefauszug vom 1. Oktober 1910 bezeichnete Teilfläche von 692 qm, neue Lagerbuch Nr. 4 026 a, an die Stadtgemeinde Karlsruhe unentgeltlich zu lastenfreiem Eigentum zwecks Straßenherstellung ab.

§ 2.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe verpflichtet sich, die Liebig-Straße südlich der Kriegs-Straße als Ortsstraße spätestens binnen 2 Jahren herzustellen und mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitung zu versehen.

§ 3.

Großherzogliches Domänenärar hat der Stadtgemeinde Karlsruhe außer den kraft allgemeinen Ortsstatuts über den Bezug zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle sowie über Herstellung der Gehweg, Rinnen etc. für die neuen Grundstücke Lagerbuch Nr. 4 018 a und 4 026 zu zahlenden Beiträgen die auf jene beiden Grundstücke entfallenden Straßenkosten nach Maßgabe der allgemeinen Grundsätze über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten (Beschluß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) zu ersehen; diese Beträge sollen jedoch, abweichend von § 7 dieser allgemeinen Grundsätze, sofort nach Fertigstellung der Straße fällig werden.

§ 4.

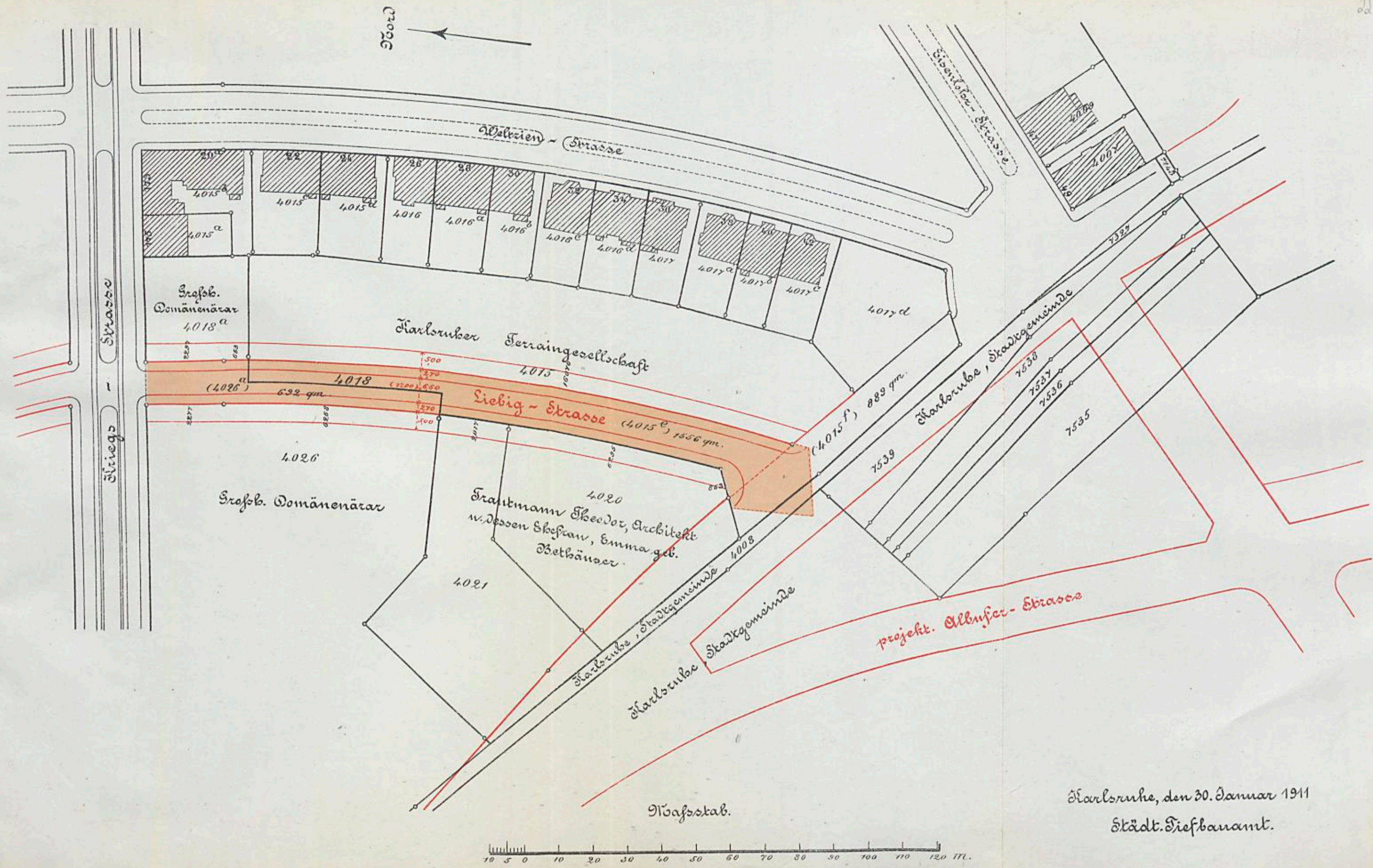
Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags, der Eintragung im Grundbuch sowie die Reichs- und Stempelsteuer trägt Großherzogliches Domänenärar.

§ 5.

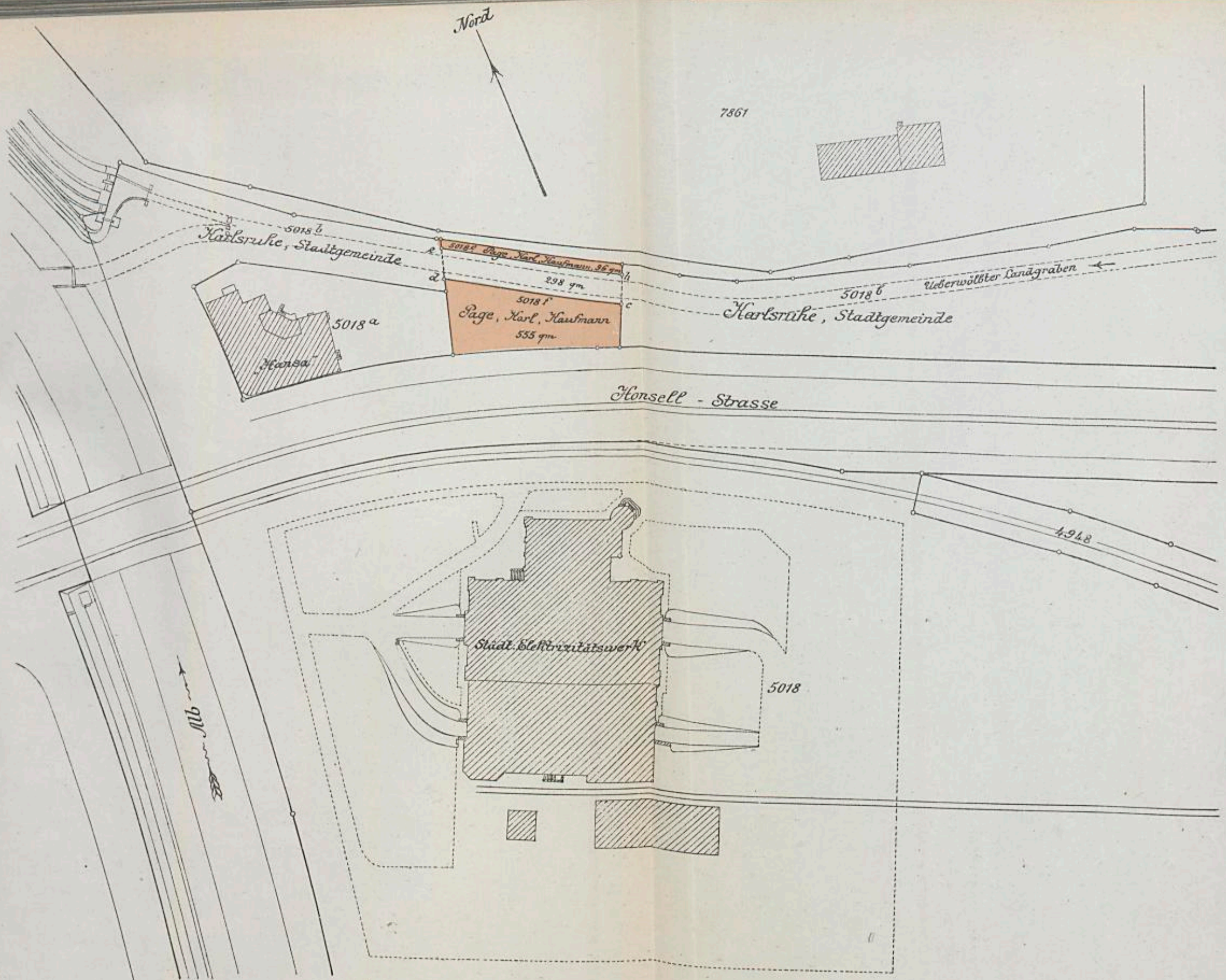
Bürgerausschußzustimmung sowie Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln behält sich der Stadtrat vor; seitens Großherzoglichen Domänenamts wird die Genehmigung dieses Vertrags durch Großherzogliche Forst- und Domänenverwaltung vorbehalten.

§ 6.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe beansprucht gemäß § 33² Verkehrssteuergesetzes Verkehrssteuerfreiheit.



Karlsruhe, den 30. Januar 1911
Städt. Tiefbauamt.



Karlsruhe, den 16. Januar 1911.

Stadt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 1. März 1911 No. 11093 (Anlehensmittel).

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Bezirksamt
vom 20. April 1911 No. 40913.

Karlsruhe, den 23. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. der in dem angeschlossenen Plane rot angelegte Teil der Geibel-Straße ortsplanmäßig hergestellt und mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitung versehen,
2. die in die Straße fallenden Teile der Grundstücke Lagerbuch Nr. 4778 a, 4778, 4726, 4726 a, 4727, 4728, 4729, 4730, 4731, 4737, 4738, 4739, 4752, 4753 im Flächenmaß von insgesamt 2676 qm zum Preise von 12 M für den Quadratmeter erworben,
3. der zu 1 und 2 erforderliche Aufwand im voranschlagsmäßigen Betrage von 63 441 M 80 S, aus Anlehensmitteln bestritten und
4. folgender Gemeindebeschluß erlassen werde:

„Die Eigentümer der an der Geibel-Straße, Strecke von Grundstück Lagerbuch Nr. 4753 (einschließlich) bis zur Rhein-Straße, angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßengesetzes“ (Beschluß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benüßbar hergestellt ist.“

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

Die Geibel-Straße ist bisher nur in ihrem nördlichen Teil hergestellt.

Es ist schon lange der Wunsch von Anliegern, daß sie ortsplanmäßig bis zur Rhein-Straße durchgeführt werde. Es ist aber erst in letzter Zeit gelungen, die Verhandlungen mit den Beteiligten zu einem Abschluß zu bringen, der es der Stadt ermöglicht, diesen Wunsch zu erfüllen.

Den Ankauf eines Teils des Straßengeländes (498 qm zum Preise von 12 M) ist vom Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 11. Oktober 1910 (siehe die Vorlage vom 30. September 1910) bereits genehmigt worden; es war dort mit Rücksicht auf den besonderen

Fall (Konkurs der Grundstückseigentümer) Barzahlung vorgesehen worden. Alle übrigen Beteiligten treten das Straßengelände (2676 qm) unter folgenden Bedingungen ab: es wird lastenfreie Übergabe verlangt, der Kaufpreis beträgt 12 M für den Quadratmeter und ist erst nach Herstellung der Straße fällig; er wird nur insoweit ausbezahlt, als er den vom Verkäufer als Angrenzer der neuen Ortsstraße zu leistenden Beitrag für Herstellung der Straße, des Kanals und des Gehwegs übersteigt und im übrigen gegen diesen Beitrag aufgerechnet. Wegen Verwendung der abgetretenen Fläche zur Straße wird Verkehrsteuerfreiheit beansprucht. Die Kosten der Beurkundung des Vertrags und seiner Eintragung im Grundbuch sowie Reichsstempelsteuer sind auf die Stadtgemeinde Karlsruhe anzusetzen, die sich Ersatz durch Verrechnung auf die Straßenkosten vorbehält. Bürgerausschuß sowie Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln wird vorbehalten.

Die Kosten für die Straße betragen voranschlagsmäßig (ohne den unter dem 11. Oktober 1910 bereits bewilligten Kredit von 6058 M 20 S.) für

1. Erwerb des Straßengeländes, Kaufkosten und Reichsstempelsteuer	32 641 M 80 S.,
2. den Bau der Straße und der Gehwege	13 100 " 00 "
3. Kanalisation	11 000 " 00 "
4. Gasleitung	3 100 " 00 "
5. Wasserleitung	3 600 " 00 "

63 441 M 80 S.

Die Anlieger sollen zum Ersatz der Kosten beigezogen werden. Bezüglich der Gehwegs- und Kanalisationskosten sind die Gemeindebeschlüsse vom 21. Juni 1909 maßgebend. Bezüglich der Geländeerwerbung und Straßenherstellungskosten soll der oben angeführte Gemeindebeschluß erlassen werden. Die Absicht, diesen Beschluß herbeizuführen, ist vorschrittsmäßig bekannt gemacht worden; Einsprachen wurden keine erhoben. Die nach § 22 Absatz 2 des Ortsstraßengesetzes erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Anlieger zur sofortigen Fälligkeit der Straßenkosten ist erteilt.

Hiernach sind von den Anliegern voranschlagsmäßig folgende Beiträge an die Stadt teils in bar, teils durch Aufrechnung auf den Kaufpreis für das Gelände zu leisten:

1. für Geländeerwerb (6058,20 M + 32 641,80 M)	38 700 M 00 S.,
2. für Straßenbau und Gehweganlage	13 100 " 00 "
3. für Kanalisation *)	16 231 " 60 "
4. für Straßenunterhaltung auf die Dauer von fünf Jahren **)	2 200 " 00 "

70 231 M 60 S.

Dr. Paul.

*) Nach dem Gemeindebeschluß vom 21. Juni 1909 wird der Berechnung nicht der Aufwand für den jetzt zu bauenden Straßenkanal zu Grunde gelegt, sondern der feste Betrag von 40 M pro Frontmeter, d. i. ein Teil des Aufwands der Stadt für das gesamte Kanalnetz, auf die Frontmeter aller an kanalisierte Straßen stoßenden Grundstücke umgelegt.

**) Der Aufwand der Stadt wird aus laufenden Mitteln bezahlt.

Bürgerausschusszustimmung am 17. I. 1911.

Karlsruhe, den 24. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. die in der Anlage abgedruckten Verträge über den Ankauf von 275 qm Vorgartengelände in der Karl-Straße abgeschlossen und
2. zur Zahlung

der Kaufpreise mit	2 750 M — S.
der Entschädigungen mit	2 416 " 40 "
der Kosten und Reichsstempelsteuer mit	84 " 10 "
	<hr/> 5 250 M 50 S.

Ansehungsmittel verwendet werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

I.

Vertrag

vom 4. Oktober 1910.

§ 1.

Die Herren Fabrikant Hermann Barth und Kaufmann Hans Barth treten hiermit von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 3 439 das nach der Karl-Straße zu gelegene Vorgartengelände im Maße von 199 qm

— Einhundertneunzigneun Quadratmeter —,
welches im Plan des Obergeometers Wörner vom 18. Juni 1909 mit Lagerbuch Nr. 3 439 a bezeichnet ist, an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum zwecks Verbreiterung der Karl-Straße ab.

§ 2.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe zahlt für die abgetretene Fläche pro Quadratmeter . . . 10 M

— Zehn Mark —,

somit 1 990 M

— Eintausendneunhundertneunzig Mark —

und übernimmt die erstmalige Herstellung der abgetretenen Fläche als Gehweg sowie die Schaffung einer Einfahrt durch Unterbrechung der Gehwegbordsteine und Straßenrinne auf eigene Kosten.

Die Stadtgemeinde zahlt ferner als Entschädigung für die Beschaffung eines neuen Geländers nebst Toren sowie für die Verlegung einer Firmentafel und des auf der abzutretenden Fläche lagernden Holzes den Betrag von 2 072 M 40 S

— Zweitausendhiebzigzwei Mark 40 Pfennig. —

§ 3.

Die Kosten dieses Vertrags insbesondere auch die Reichsstempelabgabe trägt die Stadtgemeinde Karlsruhe.

§ 4.

Zustimmung des Bürgerausschusses sowie Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln wird vorbehalten.

§ 5.

Das Eigentum an der abgetretenen Fläche geht auf die Stadtgemeinde Karlsruhe mit dem Tage über, an welchen nach Zustimmung des Bürgerausschusses die in § 4 noch vorbehaltene Staatsgenehmigung beim Stadtrat eintrifft. Im gleichen Zeitpunkt ist auf Nachweis der Lastenfreiheit der in § 2 genannte Kaufpreis fällig.

Die in § 2 Absatz 2 genannte Entschädigung ist zu leisten, sobald die betreffenden Arbeiten ausgeführt sind, frühestens jedoch in dem im vorstehenden Absatz bezeichneten Zeitpunkt.

II.

Vertrag

vom 15. November 1910.

§ 1.

Frau Anton Wörner, Ingenieur, geschiedene Ehefrau Anna geborene Schwarz tritt von ihrem Grundstück Lagerbuch Nr. 3 440 b Karl-Straße 69 das nach der Karl-Straße zu gelegene Vorgartengelände im Maßstabe von 36 qm, welches im Plan des Obergeometers Wörner vom 18. Juni 1909 mit Lagerbuch Nr. 3 440 c bezeichnet ist, an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum ab zwecks Verbreiterung der Karl-Straße.

§ 2.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe zahlt für die abgetretene Fläche pro Quadratmeter .	10 M
— Zehn Mark —	
somit	360 M
— Dreihundert sechzig Mark —	
und vergütet für die bereits erfolgte Herstellung der abgetretenen Fläche pro Quadratmeter 4 M,	
somit	144 M
— Einhundert vierundvierzig Mark —	
zusammen also	504 M
— Fünfhundert vier Mark. —	

Die Stadtgemeinde übernimmt ferner die bei der späteren Straßenverbreiterung erforderliche Zurücklegung der Gehwegbordsteine auf eigene Kosten.

§ 3.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags und seiner Eintragung im Grundbuch trägt die Stadtgemeinde, desgleichen die Reichsstempelsteuer.

§ 4.

Der Kaufpreis sowie die Entschädigung gemäß § 2 dieses Vertrags ist fällig, sobald nach Erteilung der in § 5 vorgesehenen Genehmigungen die Besitzeinräumung vom Stadtrat verlangt und die Lastenfreiheit der abgetretenen Fläche von den Verkäufern nachgewiesen wird.

§ 5.

Zustimmung des Bürgerausschusses und Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln wird vorbehalten.

III.

Vertrag

vom 13. Oktober 1910.

§ 1.

Rechnungsrat Leopold Meißner und dessen Ehefrau Wilhelmine geborene Kniebühler treten von ihrem Grundstück Lagerbuch Nr. 3720 Karl-Straße Nr. 50 das nach der Karl-Straße zu gelegene Vorgartengelände im Maße von 40 qm, welches im Plan des Obergemeisters Wörner vom 18. Juni 1909 mit Lagerbuch Nr. 3720 a bezeichnet ist, an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum ab zwecks Verbreiterung der Karl-Straße.

§ 2.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe zahlt für die abgetretene Fläche pro Quadratmeter 10 M., somit 400 M.

— Vierhundert Mark —,

sowie eine Minderwertentschädigung von 200 M.

Die Stadtgemeinde übernimmt die erstmalige Herstellung der abgetretenen Fläche als Gehweg, sowie die bei der späteren Straßenverbreiterung erforderliche Zurücksetzung der Gehwegbordsteine auf eigene Kosten.

§ 3.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags und seiner Eintragung im Grundbuch trägt die Stadtgemeinde, desgleichen die Reichsstempelsteuer.

§ 4.

Der Kaufpreis sowie die Minderwertentschädigung gemäß § 2 dieses Vertrags ist fällig, sobald nach Erteilung der in § 5 vorgesehenen Genehmigungen die Besitzeinräumung vom Stadtrat verlangt und die Lastenfreiheit der abgetretenen Fläche von den Verkäufern nachgewiesen wird.

§ 5.

Zustimmung des Bürgerausschusses und Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln wird vorbehalten.

Begründung.

Der Bürgerausschuß hat am 25. Juli 1910 (siehe die Vorlage vom 6. Juli 1910) unter anderem genehmigt, daß zur Verbreiterung der Karl-Straße die nachverzeichneten Vorgärten auf dem Wege der Enteignung erworben und der entstehende Aufwand auf Anlehensmittel verrechnet werden, nämlich

27 qm von Anwesen Lagerbuch Nr. 3 430 Karl-Straße Nr. 53,	
34 " " " " " 3 432 " " " 57,	
199 " " " " " 3 439 " " " 67,	
36 " " " " " 3 440 a " " " 69,	
40 " " " " " 3 720 " " " 50.	

Wegen der beiden erstgenannten Grundstücksteile ist inzwischen das Enteignungsverfahren eingeleitet worden; dagegen haben die Eigentümer der drei zuletzt genannten Grundstücke sich nachträglich bereit finden lassen, die oben abgedruckten Verträge mit der Stadt abzuschließen. Diese Verträge, sind auf derselben Grundlage abgeschlossen, wie die übrigen, am 25. Juli 1910 genehmigten Verträge. Die Lage der fraglichen Grundstücke ist aus den der Bürgerausschußvorlage vom 6. Juli 1910 beigegebenen Plänen zu ersehen.

In dieser Vorlage war der voraussichtlich im Enteignungsverfahren entstehende Aufwand auf 5 500 M geschätzt. Da jetzt nur noch zwei Vorgärten von insgesamt 61 qm im Enteignungsverfahren zu erwerben sind, wird für deren Erwerbung einschließlich der Kosten vermutlich ein Betrag von 1 000 M ausreichen.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 9. März 1911 No. 11565.

Karlsruhe, den 31. Januar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. nachfolgender Vertrag wegen des Ankaufs des in die künftige Vogesen-Straße fallenden Grundstücks der Frau Bernhard Kirchenbauer, Bauunternehmers Witwe, Lagerbuch Nr. 4893 im Umfang von 1913 qm zum Preis von 14 M 50 S pro qm abgeschlossen werde, und
2. der Kaufpreis mit 27 738 M 50 S sowie Zinsen, Reichsstempelsteuer und Kosten im geschätzten Betrag von 600 M somit insgesamt 28 338 M 50 S aus Anlehensmitteln gedeckt werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

Das der Frau Bernhard Kirchenbauer, Bauunternehmers Witwe, gehörige unbebaute Grundstück Lagerbuch Nr. 4893 fällt nach anliegendem Plan in seinem ganzen Umfang von 1913 qm in die künftige Vogesen-Straße. In einem solchen Falle ist die Stadtgemeinde unabhängig davon, ob die Straße, in die das ganze Grundstück fällt, sofort hergestellt wird, gemäß § 8 Absatz 2 des Ortsstraßengesetzes zur Übernahme verpflichtet. Auf Antrag der Eigentümerin ist diese Verpflichtung der Stadtgemeinde in vorliegendem Falle durch Bezirksrats-Entscheidung vom 29. Dezember 1908 ausdrücklich festgestellt worden. Über die Höhe der der Eigentümerin zu gewährenden Entschädigung müßte im Enteignungsverfahren nach den Grundsätzen des Zwangsenteignungsgesetzes entschieden werden, wenn keine Einigung über den Preis zustande gekommen wäre. Das Ergebnis lange dauernder Verhandlungen ist nun im nachstehenden Vertrag niedergelegt, wonach ein Preis von 14 M 50 S pro qm sowie 4 % Zins vom 1. Januar d. J. ab zu zahlen ist, eine Entschädigung, die der Stadtrat für vertretbar hält. Der von der Stadt demnach jetzt zu übernehmende Betrag wird ihr jedoch nicht endgültig zur Last bleiben, sondern samt den noch auflaufenden Zinsen bei der Herstellung der Straße von den Angrenzern gemäß dem noch zu erlassenden Ortsstatut nach den vom Bürgerausschuß festgelegten Grundsätzen seiner Zeit zurückerhoben werden.

Dr. Paul.

Vertrag

vom 31. Januar 1911 zwischen

Frau Bernhard Kirchenbaur, Bauunternehmers Witwe
und
der Stadtgemeinde Karlsruhe.

§ 1.

Frau Bernhard Kirchenbaur, Bauunternehmers Witwe, tritt ihr Grundstück Lagerbuch Nr. 4893, das in die künftige Vogesen-Straße fällt, im ganzen Umfang mit 1913 qm an die Stadtgemeinde Karlsruhe laßtenfrei zum Zweck jener Straßenherstellung ab.

§ 2.

Die Stadtgemeinde zahlt für die abgetretene Fläche pro qm 14 M 50 S, somit insgesamt 27738 M 50 S.

— Zwanzigsiebentausendsiebenhundertdreißigacht Mark 50 Pfennig —
nebst 4 % Zins vom 1. Januar 1911 und trägt gegenüber der Verkäuferin auch die Kosten der Beurkundung des Vertrags, seiner Eintragung im Grundbuch sowie die Reichsstempelsteuer.

§ 3.

Freiheit von der badischen Verkehrsteuer wird wegen der Verwendung des abzutretenden Grundstücks zu Straßenzwecken beansprucht.

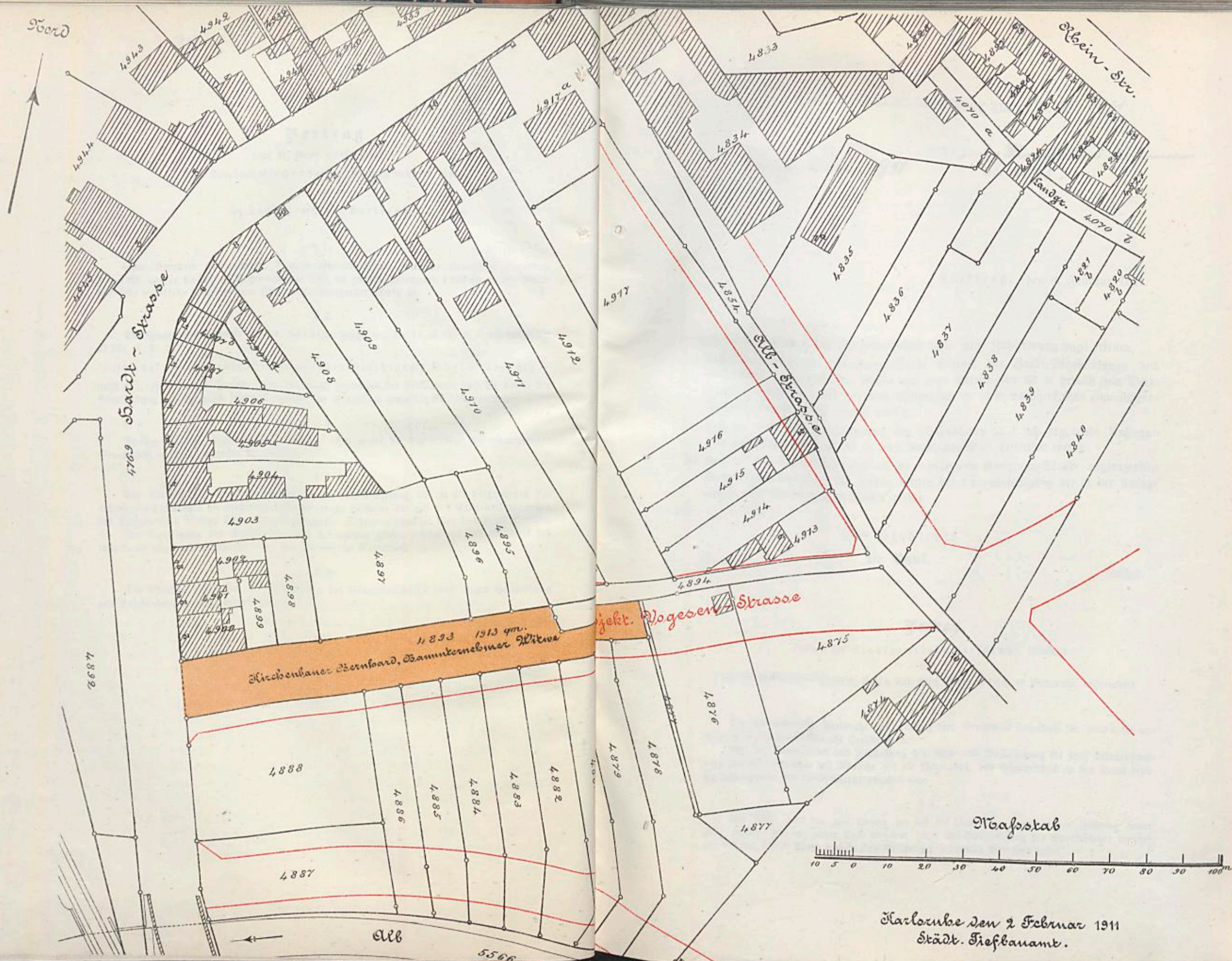
§ 4.

Der Eintrag des Eigentumsübergangs darf nach Einholung der im § 5 vorgezeichneten Genehmigungen nicht ohne die gleichzeitig heute beantragte Löschung der auf das Grundstück zugunsten des Privatmanns Philipp Weber hier eingetragenen Sicherungshypothek über 15000 M erfolgen.

Die Auszahlung des Kaufpreises nebst bedungenen Zinsen erfolgt auf den Nachweis des laßtenfreien Eigentumsübergangs durch den Eintrag im Grundbuch.

§ 5.

Der Stadtrat behält sich die Zustimmung des Bürgerausschusses sowie wegen Verwendung von Anlehensmitteln Staatsgenehmigung vor.



Karlruhe den 2 Februar 1911
Städt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Stadtberechnung mit Anl. 11563. Ministerium des Innern
vom 9. März 1911 No. 11563.

Karlsruhe, den 6. Februar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,

- I. daß die verlängerte Gneisenau-Straße westlich der Hardt-Straße längs dem Grundstück Lagerbuch Nr. 8649 a auf eine Strecke von 32 m gemäß dem Ortsplan ausgeführt und der von Westen her in diese Straßenstrecke einmündende Feldweg, soweit nötig, erhöht werde,
- II. daß der aus der Durchführung der Maßnahmen zu I sich ergebende Aufwand von insgesamt 9257 M 60 S, aus Anlehensmitteln bestritten werde,
- III. daß mit den Eigentümern des an die verlängerte Gneisenau-Straße angrenzenden Grundstücks Lagerbuch Nr. 8649 a wegen der Kostenbeteiligung der in der Anlage abgedruckte Vertrag abgeschlossen werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Sacher.

Vertrag

zwischen der Stadtgemeinde Karlsruhe einerseits
und
den Wirts-Gesellen Heinrich Rein und Wirt Georg Blum in Karlsruhe andererseits.

§ 1.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe stellt entlang dem Grundstück Lagerbuch Nr. 8649 a die verlängerte Gneisenau-Straße als Ortsstraße her.

Von der Kanalisation und Herstellung der Gas- und Wasserleitung für diese Straßenstrecke wird zunächst abgesehen mit Rücksicht auf die Möglichkeit, das Eckgrundstück an den Kanal bezw. die Leitungen in der Hardt-Straße anzuschließen.

§ 2.

Die Stadt wird den von Westen her auf die Ortsstraße einmündenden Feldweg, soweit nötig, erhöhen und mit neuer Decke versehen, sowie die Einfriedigung des Sportplatzes versehen und die auf diesem Platz entstehenden Böschungen sachgemäß herrichten lassen.

§ 3.

Die Auffahrt des über die Grundstücke Lagerbuch Nr. 8649 a, 8648 a und 8646 a führenden Feldwegs haben die Eheleute Heinrich Rein und Herr Georg Blum auf ihrem Eigentum und auf ihre Kosten nach näherer Anordnung des städtischen Tiefbauamts verlegen zu lassen.

§ 4.

Die Eheleute Heinrich Rein und Herr Georg Blum treten von ihrem Grundstück Lagerbuch Nr. 8649 a die zur Herstellung der Straßenstrecke nach § 1 erforderliche Fläche von 157 qm (neue Lagerbuch Nr. 8649 b) gemäß Plan des Obergeometers Wörner vom 2. April 1910 unentgeltlich an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum ab und tragen die Kosten des Vollzugs dieser Abtretung sowie die Reichsstempelsteuer.

§ 5.

Die Eheleute Heinrich Rein und Herr Georg Blum verpflichten sich

- a. von den Kosten der in § 1 erwähnten Straßenstrecke mit 3507 M 60 S und den Kosten der fünfjährigen Straßenunterhaltung mit 330 M die eine Hälfte mit 1918 M 80 S alsbald nach Fertigstellung der Straßenstrecke der Stadtgemeinde Karlsruhe zu bezahlen und die andere Hälfte mit 1918 M 80 S insolange zu 4 % zu verzinsen, bis der gegenüber dem Grundstück Lagerbuch Nr. 8649 a liegende Teil des städtischen Grundstücks Lagerbuch Nr. 8786 im Sinne des § 22 2 des Ortsstraßengesetzes bebaut wird, spätestens jedoch auf die Dauer von 10 Jahren von Fertigstellung der Straßenstrecke an gerechnet,
- b. von den Kosten der in § 2 genannten Maßnahmen mit 5750 M den Betrag von 1603 M 91 S (das ist der Aufwand, der für die spätere Umwandlung des Feldwegs in eine Ortsstraße bedeutungslos ist) alsbald nach Herstellung des erhöhten Feldwegs an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu bezahlen und den Rest mit 4146 M 09 S (Kosten der Auffüllung) zu 4 % insolange zu verzinsen, bis an Stelle des erhöhten Feldwegs eine Ortsstraße hergestellt ist. Sollten die tatsächlichen Kosten für die Auffüllung andere sein als 2 M pro Quadratmeter, so werden die vorstehend genannten Beträge entsprechend geändert.

§ 6.

Die Eheleute Heinrich Rein und Herr Georg Blum haben die schriftliche Zustimmung des Eigentümers der Grundstücke Lagerbuch Nr. 8649 und 8648 zu der beabsichtigten Aufschüttung auf diesen Grundstücken nachzuweisen und etwaige Ansprüche des Eigentümers oder Pächters jener Grundstücke zu befriedigen.

Zu gleicher Weise haben die Genannten der Stadtgemeinde Karlsruhe für einen infolge der Änderungen des Sportplatzes etwa eintretenden Pachtverlust Ersatz zu leisten.

§ 7.

Die Obengenannten haben für die Erfüllung der ihnen durch diesen Vertrag auferlegten Verpflichtungen auf Verlangen des Stadtrats Sicherheit zu stellen und haften jeder samstverbindlich für Erfüllung dieses Vertrags.

§ 8.

Zu diesem Vertrag behält sich der Stadtrat die Zustimmung des Bürgerausschusses sowie die Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln vor.

Begründung.

Die Wirte Heinrich Rein und Blum haben an der Ecke der Hardt- und der zu verlängernden Gneissau-Straße ein Wirtschaftsgebäude erstellt und die Wirtschaftskonzession erhalten. Sie sind an die Stadt mit dem Wunsche herangetreten, die verlängerte Gneissau-Straße, soweit ihr Grundstück reicht, ortsplannmäßig herzustellen. Diesem Antrag soll unter den in dem vorstehenden Vertrag festgelegten Bedingungen entsprochen werden.

Auf die Anlage eines Kanals und der Gas- und Wasserleitung kann mit Rücksicht auf die Möglichkeit des Anschlusses an den Kanal und die Leitungen der Hardt-Straße zur Zeit verzichtet werden. Es kommen also nur die Kosten der Herstellung der Fahrbahn und der Gehwege in Betracht, diese betragen nach dem Voranschlag des Tiefbauamts

a. für den Straßenbau	2 850 M — S.
b. für die Gehweganlage	657 " 60 "
dazu kommen die Kosten für 5 jährige Unterhaltung der Straße . . .	330 " — "

Summe . . 3 837 M 60 S.

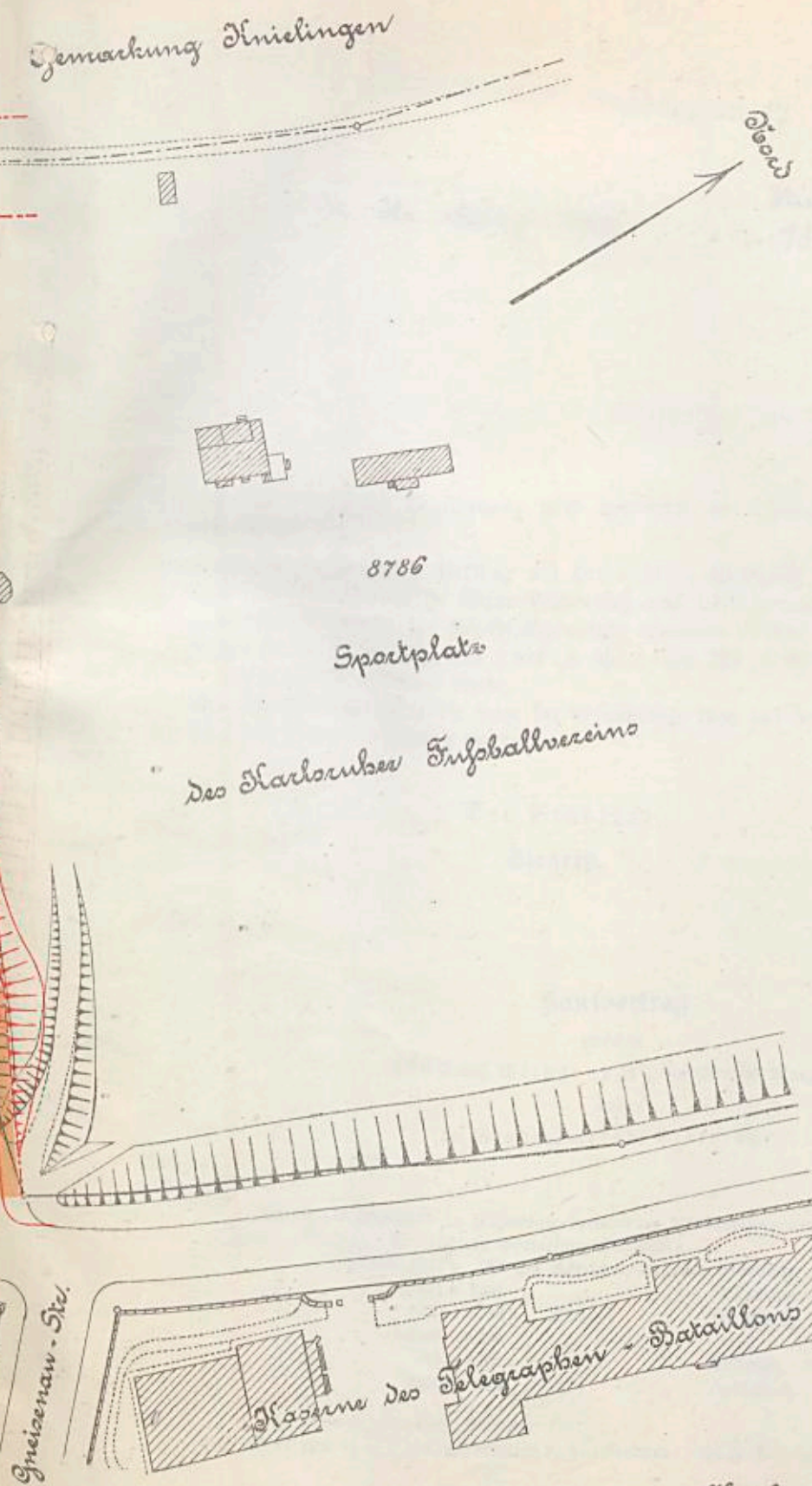
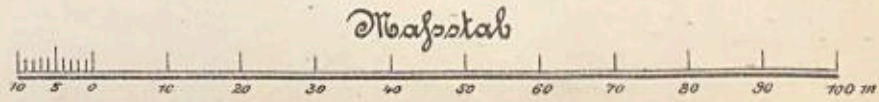
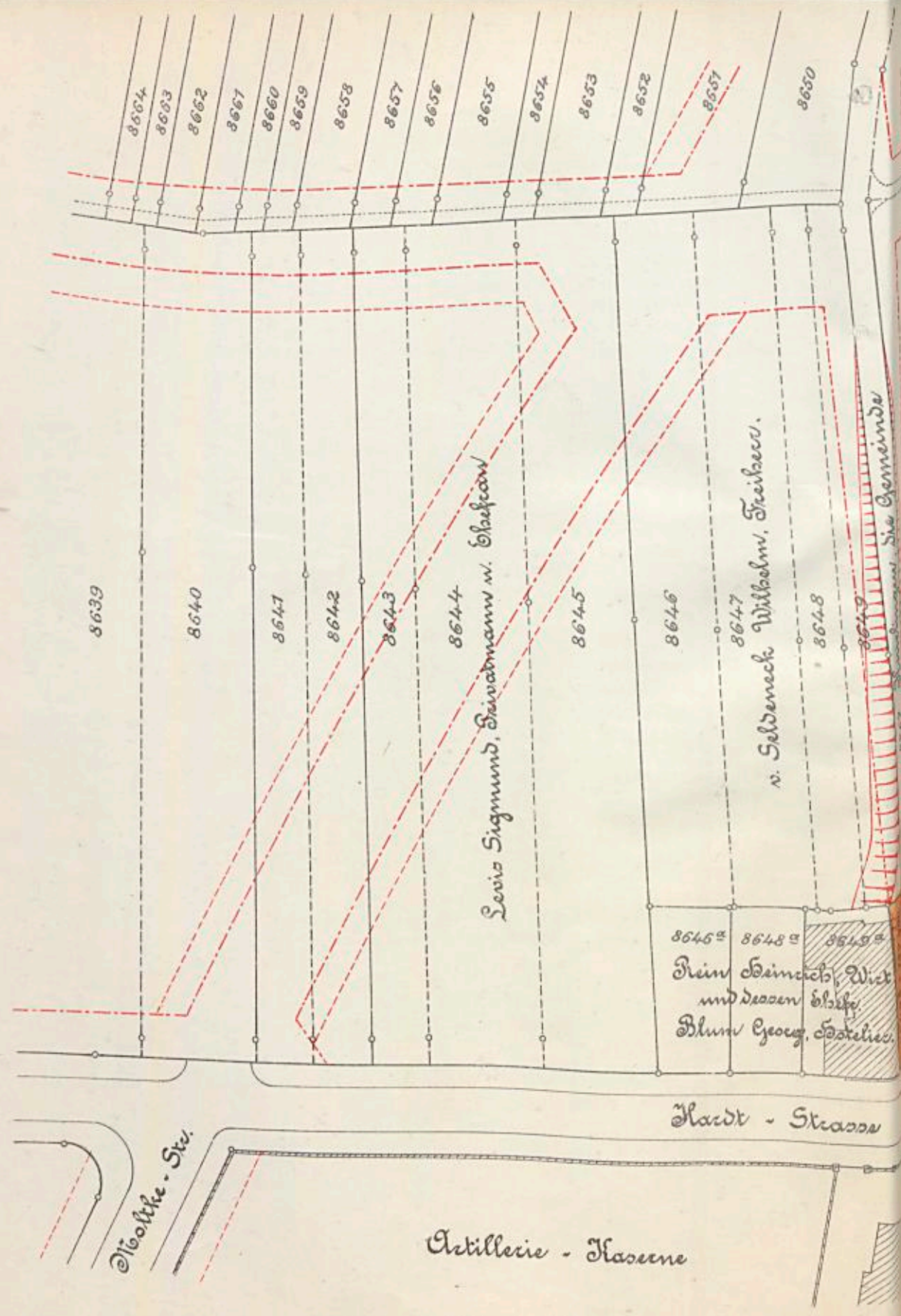
Diese Kosten sind je zur Hälfte (1 918 M 80 S.) von den Anliegern an der Straße zu tragen, einerseits von den Herren Blum und Rein, anderseits von der Stadt, die nördlich mit Grundbesitz anstößt.

Die Einhaltung der durch den Baufluchtenplan festgelegten Straßenhöhe erfordert aber ferner eine Änderung der Höhenlage des von Westen her in die neue Straße einmündenden Feldwegs, die sich auf eine Länge von 100 Meter erstreckt und einen Aufwand von insgesamt 5 750 M erfordert.

Diese Kosten setzen sich zusammen aus den für die Auffüllung zc. aufzuwendenden Betrag von 4 146 M 09 S.
und dem Betrag von 1 603 " 91 "
der für Herstellung einer neuen Decke, Herrichtung von Böschungen, Verfestigung der Einfriedigung zc. nötig wird.

Der Betrag von 4 146 M 09 S. ist später bei ortsplanmäßiger Herstellung des westlichen Teils der Straße von den Anliegern zu ersetzen; für den Betrag von 1 603 M 91 S. ist ein dritter Ersatzpflichtiger nicht vorhanden, die Herren Blum und Rein haben sich daher bereit erklärt, diese Kosten zu übernehmen. Da im übrigen die Herstellung der Straße im gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich im Interesse der Herren Blum und Rein erfolgt, entspricht es der Billigkeit, daß sie der Stadt den Teil des Aufwands, den sie nicht endgültig zu tragen und alsbald nach Herstellung der Straße zu ersetzen haben, angemessen verzinsen. (Siehe die betreffende Bestimmung in § 5 des Vertrags).

Dr. Paul.



Karlsruhe, den 9. Februar 1911.
Stadt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 17. I. 1911.

Stadtsanctionierung mit Erlass Grossh. Ministerium vom 21. März 1911
No. 13445.

Karlsruhe, den 7. Februar 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß

1. die im nachstehenden Vertrag mit Herrn Franz Weingand in Hilpertsau aufgeführten Grundstücke im Gesamtflächenmaß von 7503 qm zum Preise von 35 \mathcal{L} pro Quadratmeter für die Stadtgemeinde erworben werden und
2. der Aufwand in Höhe von 2626 \mathcal{M} 05 \mathcal{S} und 109 \mathcal{M} 90 \mathcal{S} Kosten aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Ein Übersichtsplan über die Lage der Grundstücke kann auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 74 (Registratur) eingesehen werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Kaufvertrag

zwischen

Herrn Franz Weingand in Hilpertsau im Murgtal

und

der Stadtgemeinde Karlsruhe.

§ 1.

Herr Franz Weingand in Hilpertsau verkauft an die Stadtgemeinde Karlsruhe die nachverzeichneten Grundstücke der früheren Gemarkung Darlanden:

Lagerbuch	4001 a	936 qm	Ackerland, Gewinn	Hammader,
"	4271 b	1391	"	"
"	2470	1766	"	Wiese
"	2068	726	"	"
"	7835 a	1766	"	"
"	2040 b	918	"	"

somit insgesamt 7503 qm

zum Preise von 35 \mathcal{L} pro Quadratmeter d. h. zusammen 2626 \mathcal{M} 05 \mathcal{S} zu lastenfreiem Eigentum

§ 2.

Der Kaufpreis ist beim Eigentumsübergang auf Nachweis der Lastenfreiheit bar zu entrichten.

§ 3.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags sowie der Eintragung zum Grundbuch einschließlich der Reichsstempelsteuer und Verkehrssteuer trägt die Stadtgemeinde Karlsruhe.

§ 4.

Die Staatsgenehmigung sowie die Zustimmung des Bürgerausschusses wegen der Verwendung von Anlehensmitteln bleibt vorbehalten.

Karlsruhe, den 7. Februar 1911.

Bürgerausschusszustimmung am 17. II. 1911.

Karlsruhe, den 8. Februar 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hiermit beantragt, der Bürgerausschuß wolle zum Verkauf des in den Neufeldäckern zwischen Moltke-Straße und Maxaubahn liegenden Grundstücks Lagerbuch Nr. 5296 im Umfang von 28 qm an Freiherrn Wilhelm Rudolf von Seldeneck zum Gesamtpreis von 360 M seine Zustimmung erteilen.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Reudeck.

*Der Rat hat beschlossen im Jahre 6.4.1911 in Vorlage
(der Zeichnung des Großh. Land- u. Domänenverwalters
wegen) zuzustimmen.*

Karlsruhe, den 6. März 1911.

- Hierdurch wird beantragt, der Bürgerversammlung wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß
1. anschließend an die Südseite des städtischen Bierordtbad's auf dem Gelände des Großherzoglichen Domänenverwalters ein Licht-, Luft- und Sonnenbad in der aus der Planbeilage ersichtlichen Weise errichtet wird,
 2. der erforderliche Aufwand von 20 000 M aus Anlehensmitteln bestritten und in 10 Jahren mit Wirkung vom 1. Januar 1912 ab mit jährlich 2 465 M aus Wirtschaftsmitteln verzinst und amortisiert wird.

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann.

Sacher.

Begründung.

Die Errichtung eines Licht-, Luft- und Sonnenbades als städtische Einrichtung ist beim Stadtrat schon wiederholt angeregt worden. Zuerst war es nur ein kleiner Kreis überzeugter Anhänger dieser neu auf gekommenen Spezialität des Freibades, die der Stadtverwaltung empfehlen zu sollen glaubten, sich der Bewegung anzunehmen, während die Ärzte zur Vorsicht mahnten und es als die Aufgabe der Stadtverwaltung betrachteten, eher vor den Gefahren des übertriebenen Gebrauchs von Sonnenbädern zu warnen, als ihre Anwendung offiziell zu unterstützen. Inzwischen hat aber die Idee des Luft- und Sonnenbades immer weitere Kreise gezogen. In den verschiedensten Städten sind Einrichtungen für Licht-, Luft- und Sonnenbäder entstanden oder in der Entstehung begriffen, entweder im Anschluß an bestehende Schwimmbad-Anstalten oder wo solche nicht vorhanden sind an geeigneten sonstigen Plätzen innerhalb oder außerhalb der Stadt. Auch in Karlsruhe breitete sich das Interesse für die Einrichtung von Luft- und Sonnenbädern immer weiter aus. Nachdem das Knuist'sche Schwimm- und Sonnenbad (Stephanienbad) im Stadtteil Beiertheim, ein privates Unternehmen, das für den Anfang dem Bedürfnis voll entsprochen hätte, infolge der Bahnhofsverlegung eingegangen war, nahm sich der hiesige Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilverein) der Sache an und errichtete auf einem von der Stadtgemeinde gepachteten

Gelände im Gewann Dammerstock ein Luft- und Sonnenbad. Leider fehlte aber bei dieser Einrichtung von Anfang an ein wesentlicher Bestandteil, die Schwimmgelegenheit, denn das Baden in der Alb war auf Grund der vorgenommenen Untersuchung über die Beschaffenheit des Wassers schon vor einigen Jahren polizeilich verboten worden. Um das Albwasser zu Badzwecken benützen zu können, müßte eine kostspielige Kläranlage errichtet werden, wozu sich von privater Seite niemand verstehen würde. Der Stadtrat aber vermochte sich zur Erstellung einer solchen Anlage bisher umso weniger entschließen, als für das eigentliche Badbedürfnis der hiesigen Bevölkerung durch das städtische Bierordtbad und die übrigen Badanstalten der Stadt in ausreichender Weise gesorgt ist und die Stadtgemeinde für das städtische Bad ohnehin jährlich noch erhebliche Kosten aufzuwenden hat. Dagegen schien es wohl erwägenswert, die Frage zu prüfen, ob sich nicht mit dem Bierordtbad selbst die Einrichtung eines Licht-, Luft- und Sonnenbades in geeigneter Weise verbinden ließe. Am nächsten lag der Gedanke, den kleinen Hof zwischen Hauptgebäude, Maschinenhaus und Schwimmhalle als Luft- und Sonnenbad zu benützen. Dieses Projekt erwies sich jedoch als unausführbar, weil infolge der Höhe der umliegenden Gebäulichkeiten nicht genügend Sonne in den Hof gekommen wäre, und die Einrichtung eines Sonnenbades in demselben auch ohnehin mit dem übrigen Betrieb des Bades schwer zu vereinigen gewesen wäre.

Dagegen ließe sich die Einrichtung eines Sonnenbades in der Weise ermöglichen, daß ein Teil des Sallenwäldchens an der Südseite des Bierordtbades hierzu verwendet, mit einer entsprechenden Einfriedigung versehen und mit dem Bierordtbad verbunden würde. Damit wäre den Besuchern des Bierordtbades Gelegenheit gegeben, unmittelbar von der Schwimmhalle ins Freie zu gelangen und die Annehmlichkeiten des Luft- und Sonnenbades mit denen des Schwimmbades zu vereinigen; die Lösung hätte den Vorzug, daß die Stadtgemeinde über ein Sonnenbad inmitten der Stadt verfügen würde, ein Vorzug, von dem mit Sicherheit eine günstige Einwirkung auf die Frequenz des Bierordtbades erwartet werden könnte. Freilich hätte die Lösung auch ihre Schattenseiten. Denn einmal würde es nicht zu vermeiden sein, daß die Besucher des Sonnenbades im ungestörten Genuß der Einrichtung durch den Lärm und Staub der von der Ettlinger Straße als einer stark frequentierten Verkehrsstraße, ausgeht, wesentlich beeinträchtigt werden; auf der anderen Seite würde das Bad dem Stadtteil keineswegs zur Zierde gereichen, auch wenn bei seiner Ausführung nach Möglichkeit auf die Umgebung Rücksicht genommen wird. Wenn sich der Stadtrat gleichwohl entschloß, die Einrichtung eines Luft- und Sonnenbades an der bezeichneten Stelle beim Bürgerausschuß in Vorschlag zu bringen, so geschah es lediglich deshalb, weil vorerst eben eine bessere Lösung nicht möglich ist, dem immer dringenderen Wünsche der Interessenten aber nach Schaffung einer solchen Badegelegenheit die Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte. Wesentlich gestützt wurde dieser Entschluß durch das Gutachten des medizinischen Sachverständigen des Stadtrats, Herrn Professors Dr. Stark, der sich dahin geäußert hat, daß „die Anlage eines Licht-, Luft- und Sonnenbades im gesundheitlichen Interesse erwünscht“ ist, und daß „der Platz am Sallenwäldchen beim Bierordtbad wenn er auch nicht als Ideal für die Anlage eines Sonnenbades bezeichnet werden kann, doch wegen seiner günstigen Lage im Zentrum der Stadt, wegen der möglichen Kombination mit dem Bierordtbad und des Vorhandenseins von Wald doch für den genannten Zweck als günstig bezeichnet werden kann“.

Über die Art der Einrichtung des geplanten Sonnenbades gibt der nachstehende Bericht des Hochbauamts eingehend Aufschluß. Die Ausführung ist als Provisorium gedacht und aus diesem Grunde soll die äußere Umwandlung der Anlage ganz aus Holz erstellt werden, sodaß sie, wenn ihre spätere Beseitigung nötig fällt, ohne wesentlichen Verlust an Materialwert wieder entfernt werden kann. Die Anlage kommt auf domänenärarisches Gelände zu liegen. Die

Stadtgemeinde als Pächterin dieses Geländes ist aber berechtigt, auf demselben von ihr zu unterhaltende Anlagen zu machen und Gebäude zu errichten. Sie ist zu diesem Zweck auch befugt, die vorhandenen Bäume zu entfernen. Von dieser Befugnis wird selbstverständlich nur soweit Gebrauch gemacht werden, als für die Erstellung der Umfassungswand des Bades und für die anreichende Zulassung der Sonnenstrahlen erforderlich ist. Eine Beeinträchtigung des Besuches des Sonnenbades durch die in unmittelbarer Nähe befindliche städtische Fischhalle ist nicht zu befürchten, da die Fischhalle während der Zeit, die für die Benützung des Sonnenbades in Betracht kommt, außer Betrieb sein wird. Die Kosten der Anlage belaufen sich, wie aus dem Bericht des Hochbauamts ersichtlich ist, auf 20000 M. In diesen Kosten ist die Anlage eines schmalen Sträßchens als Zugang zur Fischhalle und für die Befuhr der Kohlen zum Kesselhaus des Bierordtbades an der Süd- und Westseite des Bades mit dem Aufwand von 1550 M mit inbegriffen. Der erstmals aus Anlehensmitteln zu bestreitende Gesamtaufwand soll in 10 Jahren getilgt werden, sodaß sich eine aus der laufenden Wirtschaft zu deckende Tilgungsquote von 2465 M ergibt.

Wie sich die Rentabilität dieser neuen Einrichtung gestalten wird, kann natürlich im voraus mit Sicherheit nicht angegeben werden. Mit hohen Betriebskosten braucht jedenfalls nicht gerechnet zu werden, da die Bedienung des Sonnenbades in der Hauptsache durch das Personal des Bierordtbades mitbesorgt werden kann. Wird für die Betriebskosten einschließlich des nötigen Unterhaltungsaufwands ein Betrag von 1200 M zugrunde gelegt, so beläuft sich die Jahresausgabe für Betrieb, Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals auf rund 3700 M. Nimmt man an, daß etwa $\frac{1}{3}$ der in den Sommermonaten von Mai bis September das Schwimmbad benützenden Personen (das sind zirka 20000) auch das Sonnenbad benützen würden und dafür eine Zuschlagsgebühr von 10 Pfennig zu bezahlen haben, ferner, daß etwa 10000 Personen lediglich das Sonnenbad benützen und dafür 20 Pfennig pro Person entrichten, so ergäbe sich eine Jahreseinnahme von $2000 + 2000 = 4000$ M, nicht inbegriffen die Steigerung der Frequenz des Schwimmbades, die durch die Neueinrichtung des Sonnenbades selbst verursacht werden würde. Es kann bei dieser, mit verhältnismäßig ungünstigen Faktoren rechnenden Aufstellung angenommen werden, daß zum mindesten die entstehenden Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden können.

Dr. Horstmann.

Karlsruhe, den 14. Februar 1911.

Licht-, Luft- und Sonnenbad betreffend.

Der Platz für das Licht-, Luft- und Sonnenbad schließt sich an die Südseite der Schwimmhalle des städtischen Vierordtbades an. Er hat eine Länge von 67 m und eine Breite von 23 m. Der Haupteingang zum Platz ist neben der Schwimmhalle angeordnet.

Gegen die Ettlinger Straße ist der Badeplatz durch eine gedeckte Halle abgeschlossen, deren Dach so hoch konstruiert werden muß, daß der Einblick in den Baderaum von den gegenüberliegenden Häusern aus unmöglich ist. Die Firstlinie des Daches ist deshalb auf 6 m Höhe vom Fußboden an gerechnet, angeordnet. Die Umfassungswand der Halle erhält vom Fußboden bis zur Sattelschwelle eine Höhe von 3,75 m. Das Dach soll mit Pappelsin eingedeckt werden. Die Halle ist von der Ettlinger Straße 9 m zurückgestellt, damit die etwas einförmige Holzwand durch einen mit Gebüsch bepflanzten Vorgarten möglichst verdeckt werden kann.

Der übrige Abschluß des Platzes an der Süd- und Westseite besteht aus einem geschlossenen 2,50 m hohen Plankenzaun mit Eisenpfosten und Eisenrahmen. Die Eisenpfosten sind in Betonklöben eingelassen. Um dem Faulen des Holzes tunlichst zu begegnen, soll die Halle sowohl als auch die Einfriedigung mit einem 40 cm hohen Zementsockel versehen werden. Die inneren Pfosten der Halle sollen auf eiserne Schuhe, welche mit dem Betonfundament verankert sind, aufgesetzt werden. Alle Holzteile sind gehobelt und mit Ölfarbe angestrichen.

Rechts vom Eingang an der Ettlinger Straße führt eine Steintreppe zur Schwimmhalle des Vierordtbades. In dem Vorraum ist die Kasse und der Aufenthaltsraum für den Badewärter gedacht. Links vom Eingang unter der Halle soll ein Raum zur Aufbewahrung von Fahrrädern vorbehalten bleiben. Unter der Halle sind zunächst 50 Auskleideplätze mit verschließbaren Kleiderkasten angeordnet. Einfache Sigebänke an der Südseite und teilweise unter der Halle dienen den Kindern beim Aus- und Ankleiden.

Der Badeplatz selbst besteht aus Ruhe-, Turn- und Spielplatz. Auf dem ersteren sind zwei große Liegepritschen aufgeschlagen; außerdem können hier Liegestühle Aufstellung finden. Der Turn- und Spielplatz ist mit Turngeräten (Recke, Barren, Schweberinge und Rundlauf) ausgerüstet. Die erforderlichen Spielgeräte (Tane, Bälle, Keulen u. s. w.) sind im Voranschlag berechnet. Eine Fläche von 415 qm ist mit Rasen bepflanzt, die übrige Fläche des Platzes ist Sandboden. In der Mitte des Platzes dient eine Brausevorrichtung mit 3 Brausen den Badenden zur Abkühlung und Reinigung. Ein Abort mit Pißstand soll an der Nordseite des Platzes bei der Schwimmhalle errichtet werden.

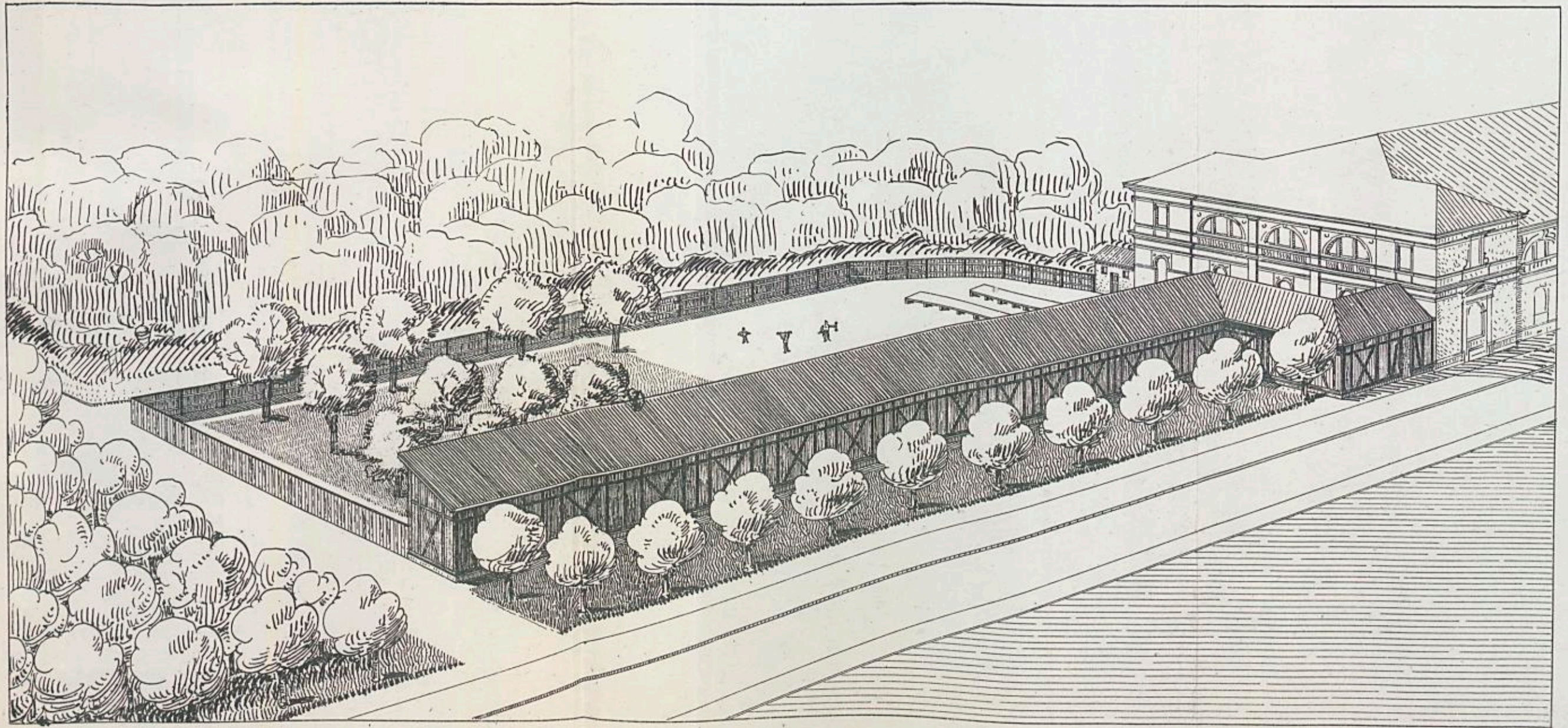
Für den Zugang zur Fischhalle und für die Beifuhr der Kohlen zum Kesselhaus des Vierordtbades ist ein etwa 4,5 m breites Schotter-Sträßchen an der Süd- und Westseite des Bades anzuordnen.

Die Gesamtkosten der ganzen Anlage stellen sich nach dem beiliegenden Kostenvoranschlag auf rund 20 000 Mk.

Städtisches Hochbauamt:

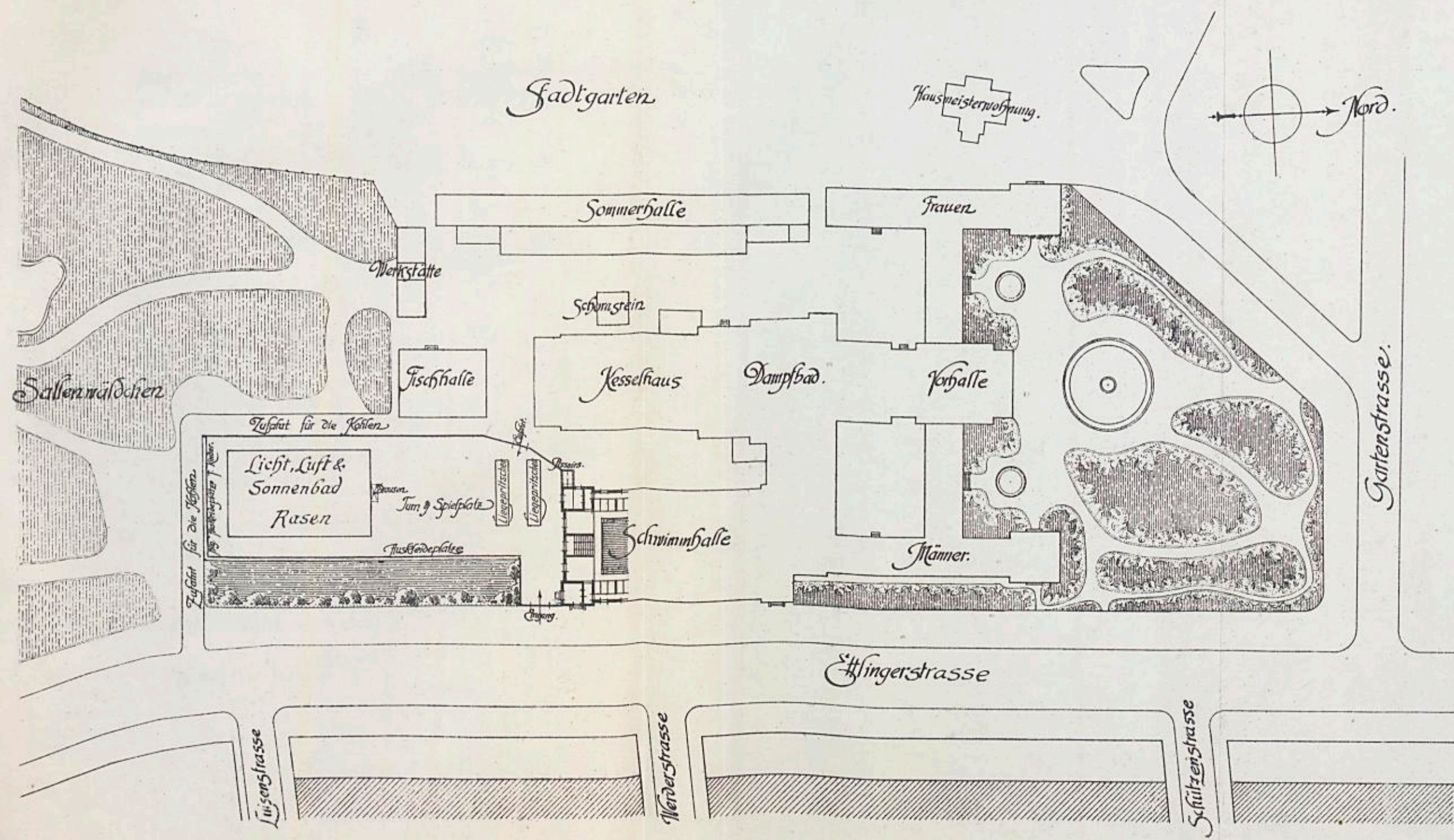
gez. Strieder.

Stadt: Tierordthad Karlsruhe
Entwurf zu einem Licht-, Luft- und Sonnenbad neben der Schwimmhalle.



Stadt: Hochbauamt Karlsruhe
Februar 1911

Stadt: Vierordtbad Karlsruhe
Entwurf zu einem Luft · Licht · & Sonnenbad neben der Schwimmhalle



Stadt: Hochbauamt Karlsruhe
Mai 1900

Gab leicht zu
 Bürgerausschusszustimmung am *27. März 1911.*

Hausbau
 Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
 vom *25. April 1911* No. 19290 bezüglich des
 4200 K.

Karlsruhe, den 13. März 1911.

Der Aufwand für außerordentliche Unternehmungen
 im Jahre 1911 betreffend.

Den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses überreichen wir in der Anlage eine Aufstellung der im Jahre 1911 auszuführenden Arbeiten für außerordentliche Unternehmungen und der voraussichtlich dafür erforderlichen Mittel.

Vollständig kann diese Zusammenstellung nicht sein, da im Laufe des Jahres weitere, jetzt noch nicht vorherzusehende Anforderungen hinzukommen können und der Umfang der Verwendung bewilligter Mittel genau nicht festgesetzt werden kann.

Die Zusammenstellung enthält 73 außerordentliche Kredite (1910: 48) welche sich auf die einzelnen Ämter und Verwaltungen verteilen wie folgt:

1. Tiefbauamt.		Bedarf 1911
a. Straßen, Wege, Brücken	559 514	M
b. Kanalbau	1 842 521	"
zusammen	2 402 035	M
2. Hochbauamt.		
a. Schulhausbauten	400 000	M
b. Theater, Festhalle, Ausstellungsgebäude und dergleichen	38 000	"
zusammen	438 000	"
3. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk.		
a. Gaswerk	297 137	M
b. Wasserwerk	157 137	"
c. Elektrizitätswerk	203 000	"
d. Uhrenanlage	600	"
zusammen	657 874	"
Übertrag	3 497 909	M

	Übertrag . . .	3 497 909 M
4. Straßenbahn		229 045 "
5. Schlacht- und Viehhof (Hochbauamt, Maschinenbauamt)		650 000 "
6. Rheinhafen (Hochbauamt, Maschinenbauamt)		890 902 "
7. Gartenverwaltung		22 302 "
8. Begräbnisanstalten		40 000 "
9. Badanstalten		20 000 "
10. Aufstellung von Dauerbrandöfen und Sonstiges		78 449 "

zusammen . . . 5 428 607 M

An Straßen- und Kanalkosten gelangen zum Ersatz 399 035 "

Restbedarf für außerordentliche Unternehmungen im Jahre 1911 5 029 572 M

Von dem Gesamtbedarf im Jahre 1911 sind vom Bürgerausschuß bereits bewilligt 4 536 597 M, noch nicht bewilligt sind $887\,810 + 4\,200 = 892\,010$ M.

Die Gesamtanforderung von 5 428 607 M verteilt sich nach ihrer Einwirkung auf den Gemeindehaushalt auf folgende Arten von Unternehmungen:

a. Wirtschaftliche Unternehmungen (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerk, Straßenbahn)	886 319 M
b. Unternehmungen, für welche ganz oder teilweise Ersatz geleistet wird (Straßen- und Kanalbauten)	2 402 035 "
c. Anlagen, für deren Benützung Gebühren erhoben werden (Theater, Festhalle, Ausstellungsgebäude, Hafen- und Werftanlagen, Schlacht- und Viehhof, Uhrenanlage, Badanstalten)	1 639 502 "
d. Anlagen, die keinen Ertrag liefern (Schulhäuser, öffentliche Anlagen etc.)	500 751 "

zusammen wieder . . . 5 428 607 M

In der Darstellung sind eine Anzahl von Restkrediten enthalten, deren Verwendungszeit mit dem Jahre 1910 abgelaufen ist; wir stellen für diese Kredite den Antrag:

Der Bürgerausschuß wolle der in Spalte 7 festgesetzten Verwendungsfrist bei den Positionen Ordnungszahl 2, 7, 15, 17, 31, 44, 45, 49, 60, 61 und 69 zustimmen.

Beim Kredit Ordnungszahl 48: Versorgung der Stadtteile Rüppurr, Rintheim, Grünwinkel und der Gemeinde Hagsfeld mit Gas mit 255 500 M hat eine Überschreitung von 1210 M stattgefunden, im Laufe des Jahres wird diese Überschreitung sich noch erhöhen auf etwa 4200 M, verursacht durch Mehrkosten für zahlreichere Anschlüsse als anfänglich angemeldet waren. Wir stellen für diesen Kredit den Antrag:

Der Bürgerausschuß wolle der Überschreitung des Kredits unter Ordnungszahl 48 mit 4200 M seine Zustimmung geben.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Zusammenstellung

der

für außerordentliche Unternehmungen erforderlichen Mittel
im Jahre 1911.

1	2	3	4	5
D. 3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß- beschluß vom	Gesamt- kredit.	Auf- gewendet bis Ende 1910.
	Titel I. Auf ertragbare Liegenschaften.		<i>Ab</i>	<i>Ab</i>
1.	Vertrag mit der Firma Billing & Zoller wegen Geländetauschs	25. Juli 1910	39 113	664
	Titel III. Straßen, Wege, Brücken und vergleichen.			
2.	Herstellung der Essenwein-Straße zwischen Humboldt- und Tulla-Straße und einer Seitenstraße der Essenwein-Straße .	21. Januar 1908	14 634	3 392
3.	Herstellung der Kanonier-Straße zwischen Hardt- und Stoeßer-Straße	15. März 1910	14 500	4 043
4.	Herstellung der Pfauen-Straße zwischen Rastatter- und Löwen-Straße	23. Mai 1910	8 615	36
5.	Herstellung der Weinbrenner-Straße zwi- schen York- und Geranien-Straße . .	23. Mai 1910	39 228	11 410
6.	Geländeerwerb zur Herstellung der Moltke- Händel- und Stoeßer-Straße	7. Dezember 1903	73 386	18 270
7.	Geländeerwerb zur Verbreiterung der Karl-Straße südlich der Krieg-Straße	25. Juli 1910	25 570	20 042
8.	Herstellung der Essenwein-Straße zwischen Sternberg- und Georg-Friedrich-Straße	11. Oktober 1910	93 590	—
9.	Herstellung von Straßen im Gewann Göhren Stadtteil Rüppurr	11. Oktober 1910	53 455	2 147
10.	Herstellung von Straßen im Gartenstadt- gebiet	—	39 910	—
11.	Herstellung eines Teiles der Geibel-Straße	11. Oktober 1910	6 058	—
12.	Herstellung eines Teiles der Liebig-Straße	17. Februar 1911	45 742	—
13.	Umwandlung von Schotterstraßen in Pflasterstraßen	17. Februar 1911	14 810	—
		—	250 000	—

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ber- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für geneh- migte, schon in Ausführung begriffene Unter- nehmungen.	für geneh- migte, noch nicht be- gonnene Unter- nehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht ge- nehmigte Unter- nehmungen.	
<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
38 449	1911	38 449	—	—	
11 242	1911	11 242	—	—	Kosten werden ersetzt . . . 11 242 <i>M</i> .
10 457	1911	10 457	—	—	" " " . . . 10 457 "
8 579	1911	8 579	—	—	" " " . . . 8 579 "
27 818	1911	27 818	—	—	" " " . . . 27 818 "
55 116	1912	—	—	—	Bezahlung hat bei Eingang des Rück- ertrages der Straßenkosten zu erfolgen.
5 528	1913	—	—	—	
93 590	1911	93 590	—	—	Kosten werden ersetzt . . . 93 590 <i>M</i> .
51 308	1911	51 308	—	—	" " " . . . 51 308 "
—	1911	—	—	39 910	" " " . . . 39 910 "
—	1911	—	6 058	—	" " " . . . 6 058 "
—	1911	—	45 742	—	" " " . . . 45 742 "
—	1911	—	14 810	—	" " " . . . 14 810 "
—	—	—	—	250 000	
		202 994	66 610	289 910	

1	2	3	4	5
D.-3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß- beschluß vom	Gesamt- kredit.	Auf- gewendet bis Ende 1910.
	Titel IV. Öffentliche Anlagen und Plätze.		<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>
14.	Umwandlung des Waldgeländes zwischen Bannwald-Allee und Alb in eine öffent- liche Anlage	7. Februar 1902	75 000	10 349
15.	Herstellung des Haydn-Platzes als öffent- liche Anlage	31. Juli 1905	13 500	8 824
16.	Erwerbung von Grundstücken nördlich und südlich der Alb zur Herstellung öffentlicher Parkanlagen	9. Dezember 1909	10 202	—
	Titel V. Öffentliche Entwässerungs- und Kläranlagen.			
17.	Kanalisation der Effenwein-Straße zwi- schen Humboldt- und Tulla-Straße und einer Seitenstraße der Effenwein- Straße	21. Januar 1908	7 600	5 262
18.	Kanalisation des Stadtgebietes östlich der Boech-Straße zwischen Garten- und Südend-Straße, des Veiertheimer Stadt- teils und Herstellung einer Regenwasser- ableitung im Stadtteil Rüppurr . . .	17. Dezember 1908	921 500	495 040
19.	Kanalisation der Kanonier-Straße zwischen Hardt- und Stoeßer-Straße	15. März 1910	12 400	9 163
20.	Ausbau der Kanalisation und Einführung des Schwemmsystems	23. Mai 1910	4 160 000	97 999
21.	Kanalisation der Effenwein-Straße zwischen Sternberg- und Georg-Friedrich-Straße	11. Oktober 1910	5 700	5 454
22.	Überwölbung des Landgrabens auf den noch offenen Strecken in der Gemarkung Karlsruhe	13. Novbr. 1902 23. Februar 1905 19. Februar 1906	424 964	327 097
23.	Entwässerung eines Teiles der Geibel- Straße	17. Februar 1911	11 000	—
	Übertrag . .			

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ver- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für geneh- migte, schon in Ausführung begriffene Unter- nehmungen.	für geneh- migte, noch nicht be- gonnene Unter- nehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht ge- nehmigte Unter- nehmungen.	
M.		M.	M.	M.	
64 651	1 915	10 000	—	—	
4 676	1 915	2 100	—	—	
10 202	—	—	10 202	—	Die endgültige Festsetzung der Kauf- preise erfolgt im Enteignungsverfahren.
		12 100	10 202	—	
2 338	1 911	2 338	—	—	Kosten werden ersetzt . . . 2 338 M.
426 460	1 913	230 000	—	—	
3 237	1 911	3 237	—	—	" " " . . . 3 237 "
4 062 001	1 915	1 500 000	—	—	
246	1 911	246	—	—	" " " . . . 246 "
97 867	1 912	—	—	—	Die Überwölbung kann erst ausgeführt werden nach Erwerb eines zum Bau erforderlichen Geländestreifens.
—	1 911	—	11 000	—	Kosten werden ersetzt . . . 11 000 M.
		1 735 821	11 000	—	

1	2	3	4	5
D.3	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß= beschluß vom	Gesamt= kredit.	Auf= gewendet bis Ende 1910.
	Übertrag . . .		Ab	Ab
24.	Entwässerung eines Teiles der Liebig- Straße	17. Februar 1911	9 500	—
25.	Kanäle im Gartenstadtgebiet	—	86 200	—
	Titel VI. Fluß- und Dammbauten.			
26.	Erstellung zweier Stauwehre in der Alb bei Beiertheim und Rüppurr	11. Oktober 1907	41 000	17 720
	Titel VII. Begräbnisanstalten.			
27.	Errichtung einer Anlage zur Beisehung von Aschenresten beim Krematorium	22. Novbr. 1910	40 000	—
	Titel IX. Schulhausbauten, Turnhallen.			
28.	Errichtung eines Doppelschulhauses an der Süden- und Boeck-Straße	30. Novbr. 1908	1 029 000	785 279
29.	Errichtung eines Gebäudes für eine zweite höhere Mädchenschule	30. Novbr. 1908	578 000	227 984
	Titel XIII. Theater, Festhalle, Aus- stellungsgebäude.			
30.	Fertigung von Plänen und Kostenanschlägen für Erstellung eines neuen Sommer- theaters mit Konzertsaal und einer Ausstellungshalle	8. Mai 1906	38 000	—
	Titel XVI. Wasserwerk.			
31.	Herstellung der Wasserleitung in der Essenwein-Straße zwischen Sternberg- und Georg-Friedrich-Straße	11. Oktober 1910	3 100	—
	Übertrag . . .			

Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ver- wen- dungs- zeit:	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für geneh- migte, schon in Ausführung begriffene Unter- nehmungen.	für geneh- migte, noch nicht be- gonnene Unter- nehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht ge- nehmigte Unter- nehmungen.	
M		M	M	M	
—	1911	1 735 821	11 000	—	
—	1911	—	9 500	—	Kosten werden ersetzt . . . 9 500 M.
—	1911	—	—	86 200	Die Kosten werden ersetzt mit 63 200 M.
		1 735 821	20 500	86 200	
23 271	1911	—	—	—	
		—	—	—	Die Verhandlungen über anderweitige Gewinnung des Wassers sind noch nicht abgeschlossen.
40 000	1911	40 000	—	—	
		—	—	—	
243 721	1913	150 000	—	—	
350 016	1912	250 000	—	—	
		400 000	—	—	
		—	—	—	
38 000	1911	38 000	—	—	
		—	—	—	
3 100	1911	3 100	—	—	
		3 100	—	—	

1	2	3	4	5
D.3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß- beschluß vom	Gesamt- kredit.	Auf- gewendet bis Ende 1910.
	Übertrag . .		M	M
32.	Fortsetzung der Wasserleitung nach den Stadtteilen Beiertheim, Rüppurr und Grünwinkel und Errichtung eines öffentlichen Brunnens im Stadtteil Rintheim	21. Juni 1909	209 700	191 715
33.	Herstellung der Wasserleitung in der Kanonier-Straße zwischen Hardt- und Stoeßer-Straße	15. März 1910	4 500	4 498
34.	Herstellung der Wasserleitung in der Pfauen-Straße zwischen Rastatter- und Löwen-Straße	23. Mai 1910	2 100	—
35.	Herstellung der Wasserleitung in der Geibel-Straße	17. Februar 1911	3 600	—
36.	Herstellung der Wasserleitung in der Liebig-Straße	17. Februar 1911	3 750	—
37.	Herstellung der Wasserleitung im Gartenstadtgebiet	—	10 000	—
38.	Wasserversorgung des Stadtteils Daxlanden	—	181 700	—
39.	Legung eines Wasserrohrstranges in der Karl-Straße zwischen Erbprinzen- und Wald-Straße <i>Amalien</i>	—	8 600	—
40.	Erstellung einer elektrisch betriebenen Centrifugalpumpe für die Hilfspumpstation	—	8 000	—
	Titel XVII. Gaswerk.			
41.	Herstellung der Gasleitung nach dem Stadtteil Beiertheim	4. Mai 1908	55 400	53 136
42.	Errichtung einer mechanischen Kohlen- und Koksbeförderungsanlage im östlichen Gaswerk	14. Mai 1909	243 000	199 304
	Übertrag . .			

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ver- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für geneh- migte, schon in Ausführung begriffene Unter- nehmungen.	für geneh- migte, noch nicht be- gonnene Unter- nehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht ge- nehmigte Unter- nehmungen.	
<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
		3 100	—	—	
17 985	1911	17 985	—	—	
2	1911	2	—	—	
2 100	1911	2 100	—	—	
—	1911	—	3 600	—	
—	1911	—	3 750	—	
—	1911	—	—	10 000	
—	—	—	—	100 000	
—	1911	—	—	8 600	
—	1911	—	—	8 000	
		23 187	7 350	126 600	
2 284	1912	2 264	—	—	
43 696	1911	25 000	—	—	
		27 264	—	—	

1	2	3	4	5
D.3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß= beschluß vom	Gesamt= kredit.	Auf= gewendet bis Ende 1910.
	Übertrag . . .		M	M
43.	Legung eines Gasrohrstranges vom östlichen nach dem westlichen Gaswerk . . .	14 Mai 1909	210 000	165 088
44.	Herstellung der Gasleitung in der Kanonier-Straße zwischen Hardt- und Stoeßer-Straße	15 März 1910	3 000	2 807
45.	Herstellung der Gasleitung in der Pfauen-Straße zwischen Rastatter- und Löwen-Straße	23. Mai 1910	1 950	—
46.	Herstellung der Gasleitung in der Essenwein-Straße zwischen Sternberg- und Georg-Friedrich-Straße	11 Oktober 1910	2 600	—
47.	Errichtung eines neuen Dampfkesselhauses im östlichen Gaswerk und Erweiterung der Einfriedigung daselbst	31. August 1908	150 300	104 235
48.	Versorgung der Stadtteile Rüppurr, Rintheim, Grünwinkel und der Gemeinde Hagsfeld mit Gas	14. Juli 1909	255 500	256 710
49.	Herstellung der Gasleitung in der Geibel-Straße	17. Februar 1911	3 100	—
50.	Herstellung der Gasleitung in der Liebig-Straße	17. Februar 1911	2 830	—
51.	Herstellung der Gasleitung im Gartenstadtgebiet	—	9 500	—
52.	Errichtung einer Ammoniak-Konzentrationsanlage im Gaswerk II	—	100 000	—
53.	Verbesserung und Erweiterung des Wasserleitungsnetzes im Gaswerk II	—	28 000	—
54.	Legung eines Gasrohrparallelstranges in der Kaiser-Allee zwischen Blücher- und Philipp-Straße	—	20 000	—
	Übertrag . . .			

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ver- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für genehmigte, schon in Ausführung begriffene Unternehmungen.	für genehmigte, noch nicht begonnene Unternehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht genehmigte Unternehmungen.	
<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
		27 264	—	—	
44 912	1911	3 500	—	—	
193	1911	193	—	—	
1 950	1911	1 950	—	—	
2 600	1911	2 600	—	—	
46 065	1915	2 000	—	—	
—	1911	4 200	—	—	
—	1911	—	3 100	—	
—	1911	—	2 830	—	
—	—	—	—	9 500	
—	1911	—	—	50 000	
—	1911	—	—	20 000	
—	1911	—	—	20 000	
		41 707	5 930	99 500	

1	2	3	4	5
D.3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß- beschluß vom	Gesamt- kredit.	Auf- gewendet bis Ende 1910.
	Übertrag . . .		<i>Ab</i>	<i>Ab</i>
55.	Legung eines Gasrohrstranges vom Gas- werk I bis zur Jolly-Straße	—	50 000	—
56.	Gasversorgung des Stadtteils Darlanden	—	192 500	—
	Titel XVIII. Elektrizitätswerk.			
57.	Errichtung eines Elektrizitätswerkes . .	28. April 1899 23. Februar 1901	2 200 000 359 431	— —
			2 559 431	2 493 788
58.	Erweiterung des elektrischen Leitungsnetzes	11. Oktober 1907	350 000	194 004
59.	Beschaffung einer Dampfturbine und Er- stellung von Brunnen im Elektrizitätswerk	23. Mai 1910	332 000	48 072
	Titel XIX. Hafen-, Werftanlagen, Getreidespeicher.			
60.	Erweiterung der Betriebseinrichtungen, der Gleise und Straßen, sowie der Wasser- leitung im Hafengebiet	4. Mai 1908	60 000	35 316
61.	Herstellung des Nordbeckens des Rhein- hafens einschließlich der Betriebsein- richtungen	14. Mai 1909	908 050	262 163
62.	Errichtung einer weiteren Werfthalle . .	14. Mai 1909	529 450	48 039
63.	Aufstellung zweier weiterer Krane am Rheinhafen	9. Dezbr. 1909	75 000	16 047
64.	Erweiterung der Entwässerungs-, Beleuch- tungs- und Wasserversorgungsanlagen am Rheinhafen	26. April 1907	69 250	56 985
	Titel XX. Schlacht- und Viehhofanlagen.			
65.	Um- und Neubauten im Schlacht- und Viehhof	22. Novbr. 1910	2 366 400	14 946

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ver- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für genehmigte, schon in Ausführung begriffene Unternehmungen.	für genehmigte, noch nicht begonnene Unternehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht genehmigte Unternehmungen.	
<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
—	1911	41 707	5 930	99 500	
—	—	—	—	50 000	
—	—	—	—	100 000	
—	—	41 707	5 930	249 500	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
65 643	1912	8 000	—	—	
155 996	1912	75 000	—	—	
283 928	1912	120 000	—	—	
—	—	203 000	—	—	
—	—	—	—	—	
24 684	1911	24 684	—	—	
645 887	1914	420 000	—	—	
481 411	1914	375 000	—	—	
58 953	1911	58 953	—	—	
12 265	1911	12 265	—	—	
—	—	890 902	—	—	
2 351 454	1913	650 000	—	—	

1	2	3	4	5
D.3.	Bezeichnung des Kredits.	Bewilligt durch Bürgerausschuß- beschluß vom	Gesamt- kredit.	Auf- gewendet bis Ende 1910.
	Titel XXI. Straßen- und Vorortbahnen.		<i>M</i>	<i>M</i>
66.	Verlegung der Straßenbahn nach Durlach	31. August 1908	142 200	94 248
67.	Erneuerung der Straßenbahngleise in der Kaiser-Straße zwischen Karl-Straße und Durlacher Tor	7. April 1910	196 000	89 555
68.	Instandsetzen des Straßenbahnkörpers in der Rhein-Straße zwischen Philipp- Straße und Westendhalle	—	39 600	—
69.	Instandsetzen der Gleisanlage in der Karl-Straße zwischen Amalien-Straße und Hauptpost	—	16 000	—
70.	Bau einer Straßenbahnlinie nach Stadt- teil Daxlanden	—	—	—
	Titel XXII. Sonstiges.			
71.	Anschluß von Privatuhren an die elek- trische Zentraluhrenanlage	30. Novbr. 1896	10 000	5 185
72.	Aufstellung von Dauerbrandöfen an Stelle von Gasöfen in städtischen Gebäuden .	22. Novbr. 1910	48 000	—
73.	Errichtung eines Licht-, Luft- und Sonnen- bades	—	20 000	—

6	7	8	9	10	11
Kreditrest auf 1. Januar 1911.	Ber- wen- dungs- zeit.	Bedarf für 1911			Bemerkungen.
		für geneh- migte, schon in Ausführung begriffene Unter- nehmungen.	für geneh- migte, noch nicht be- gonnene Unter- nehmungen.	für am 1. Jan. 1911 noch nicht ge- nehmigte Unter- nehmungen.	
<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	
47 952	1911	7 000	—	—	
106 445	1911	106 445	—	—	
—	1911	—	—	39 600	
—	1911	—	—	16 000	
—	—	—	—	60 000	
		113 445	—	115 600	
4 815	1912	600	—	—	
48 000	1911	40 000	—	—	
—	—	—	—	20 000	
		40 600	—	20 000	

Zusammenstellung.

1 Bezeichnung des Kredits.	2 Bedarf für Unternehmungen im Jahre 1911		
	3 genehmigt und in Ausführung.	4 genehmigt, aber noch nicht begonnen.	5 am 1. Jan. 1911 noch nicht genehmigt.
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Titel I Auf ertragbare Liegenschaften	38 449	—	—
III Straßen, Wege, Brücken und dergleichen	202 994	66 610	289 910
IV Öffentliche Anlagen und Plätze	12 100	10 202	—
V Öffentliche Entwässerungs- und Kläranlagen	1 735 821	20 500	86 200
VI Fluß- und Dammbauten	—	—	—
VII Begräbnisanstalten	40 000	—	—
IX Schulhausbauten, Turnhallen	400 000	—	—
XIII Theater, Festhallen, Ausstellungsgebäude	38 000	—	—
XVI Wasserwerk	23 187	7 350	126 600
XVII Gaswerk	41 707	5 930	249 500
XVIII Elektrizitätswerk	203 000	—	—
XIX Hafen-, Werstanlagen, Getreidespeicher	890 902	—	—
XX Schlacht- und Viehhofanlagen	650 000	—	—
XXI Straßen- und Vorortbahnen	113 445	—	115 600
XXII Sonstiges	40 600	—	20 000
	4 430 205	110 592	887 810
Hiervon gelangen an Straßen- und Kanalkosten zum Ersatz		5 428 607	
Restlicher Bedarf für außerordentliche Unternehmungen im Jahre 1911		399 035	
		5 029 572	

Bürgerausschusszustimmung am 27. II. 1911.

3. 100
Müller *eingetragen*

Karlsruhe, den 23. Februar 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,

I. daß gemäß den Bestimmungen des Beamtenstatuts

1. die in nachstehendem Verzeichnis unter D. Z. 1 bis 166 aufgeführten ruhegehaltsberechtigten Beamten das in Spalte 6 angegebene Dienst Einkommen erhalten,
2. die unter D. Z. 1, 3, 4, 8, 9, 10, 11, 18, 20, 21, 23, 24, 25, 27, 28, 30, 33, 36, 38, 39, 41, 42, 45, 46, 47, 50, 60, 64, 66, 67, 68, 70, 71, 73, 76, 79, 83, 87, 89, 91, 97, 100, 102, 103, 105, 106, 108, 111, 118, 121, 131, 139, 142, 143, 149, 150, 156, 161, 162, 164, 165, 166 und 170 aufgeführten Beamten mit Wirksamkeit von dem in Spalte 10 beigesetzten Zeitpunkt an mit Ruhegehaltsberechtigung angestellt werden,

II. daß gemäß § 9 Absatz 1 Ziffer 10 des Sparkassengesetzes die Gehalte der unter D. Z. 167 bis 176 aufgeführten Beamten der städtischen Spar- und Pfandleihkasse in der in Spalte 6 bezeichneten Höhe bestimmt werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

G. Beck.

1	2	3	4	5	6	7
D.-S.	Name.	Stellung.	Ge- halts- klasse.	Bisheriges Dienst- einkommen. M.	Künftiges Dienst- einkommen. M.	Datum der Geburt.
1	Bäumler, Ambros	Wagenführer	F 2	—	1800	4. Novbr. 1874
2	Balz, Eugen	Maschinenmeister bei der Straßenbahn	D 2	3199	3374	23. März 1866
3	Bauer, Karl Ludwig	Schuldiener	F 2	1700	1800	25. Juni 1873
4	Bauersfeld, Karl	Schaffner	F 2	—	1800	26. Juni 1878
5	Baumgärtner, Rob.	Verwaltungsassistent b. Gas- werk	E 1	2470	2630	27. Mai 1873
6	Bayersdörfer, Fr.	Direktor des Schlacht- und Viehhofes	—	7000	7500	24. Novbr. 1864
7	Beck, Christian	Leichenträger	F 2	1600	1700	16. Septbr. 1861
8	Becker, Ludwig	Stadtrechtsrat	—	—	5000	2. Juni 1878
9	Behr, Eugen	Stadtdiener	F 2	—	1700	5. Februar 1869
10	Beichel, Friedrich	Hochbauinspektor	A 1	—	5800	16. Februar 1875
11	Berger, Ludwig	Schaffner	F 2	—	1800	1. Oktober 1872
12	Bertsch, Emil	Sekretariatsassistent beim Rechnungsamt	D 2	2470	2795	12. Septbr. 1873
13	Bertsch, Gustav	Buchhalter bei der Stadt- hauptkasse	C 2	3172	3397	13. März 1868
14	Bitrolf, Friedr. Wilh.	Maschinist für die Zentral- heizung im Rathaus	E 2	2300	2450	20. Februar 1871
15	Bodfeld, August	Kanzleisekretär b. Hochbauamt	C 2	2925	3150	3. Oktober 1871
16	Bossert, Ludwig	Aufseher b. Gaswerk	F 2	1700	1800	23. April 1859
17	Breining, Gustav	Buchhalter b. Gaswerk	C 2	3566	3646	24. Juni 1865
18	Brunner, Alois	Verwaltungsassistent beim Wasserwerk	E 2	—	2250	22. Septbr. 1866
19	Buchner, Robert	technischer Beamter b. Gas- werk	D 1	3775	3975	11. Novbr. 1848
20	Burger, Gustav	Kanzleisekretär	D 1	—	2650	9. Februar 1876
21	Burkhardt, Kurt	Schaffner	F 2	—	1800	15. Juni 1878
22	Carl, Friedrich Dr.	Obertierarzt b. Schlacht- und Viehhof	A 2	5494	5794	6. August 1870
23	Daiber, Mina	Schreibgehilfin b. d. Kranken- kassen	F 1	—	1850	3. April 1868
24	Dannenmaier, Alois	Stadtdiener	—	—	1200	20. Juni 1870
25	Daum, Ferdinand	Schaffner	F 2	—	1800	10. Juni 1875
26	Deimling, Anna, Wwe.	Kanzleissistentin b. d. Stadt- ratskanzlei	E 2	2025	2175	4. Novbr. 1873

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Berechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn-gesellschaft.
1. Januar 1903	1. Januar 1905	wie bisher	
1. Juni 1895	1. Januar 1906	1. Januar 1905	Anrechnung von 1 Dienstjahr bei der Straßenbahn-gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn-gesellschaft.
1. Novbr. 1895	1. Januar 1906	wie bisher	
1. Novbr. 1891	1. Januar 1901	" "	Abbruch eines neuen Dienstvertrags mit Zulagen von 500 M 1911, 1912, 1914 und 1916 unter Wegfall der bisherigen Funktionszulage von 500 M.
1. Oktober 1897	1. Januar 1908	" "	Anrechnung von 6 1/2 Jahren Staatsdienst.
4. März 1908	—	21. Dezbr. 1911	
15. Dezbr. 1900	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Jahren Staatsdienst.
15. April 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn-gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	
16. Septbr. 1897	1. Januar 1908	wie bisher	
1. Oktober 1894	1. Januar 1905	" "	
3. Oktober 1899	1. Januar 1910	" "	
1. Juli 1898	1. Januar 1909	" "	
12. Februar 1885	1. Januar 1899	" "	
16. Oktober 1890	1. Januar 1901	" "	
1. Dezbr. 1900	—	1. Januar 1911	
15. Oktober 1885	1. Januar 1886	wie bisher	
25. Juni 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn-gesellschaft.
1. August 1896	1. Januar 1907	wie bisher	
27. Juni 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1910	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren als Ortsdiener der Gemeinde Daglanden.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn-gesellschaft.
13. Januar 1899	1. Januar 1910	wie bisher	

1	2	3	4	5	6	7
D.3.	Name.	Stellung.	Ge- halts- Klasse.	Bisheriges Dienstentlohn M.	Künftiges Dienstentlohn M.	Datum der Geburt.
27	Deisberg, Paul	technischer Beamter beim Straßenbahnamt	E 1	—	2330	27. Januar 1879
28	Denzler, Gustav	technischer Beamter b. Elektri- zitätswerk	E 2	—	2500	17. Juli 1874
29	Dieterich, Gottlieb	Schaffner	F 2	2000	2100	25. Mai 1868
30	Dörr, August	Wagenführer	F 2	—	1800	20. Oktober 1867
31	Eicheler, Wilhelm	Schaffner	F 2	2000	2100	27. Novbr. 1874
32	Elzenhaus, Julius	technischer Beamter b. Gas- werk	D 2	2710	2885	5. Januar 1867
33	Erb, Christian	Sektionsdiener im Kranken- haus	F 2	—	1760	12. August 1875
34	Feder, Friedrich	Stadtrechner	A 1	6900	7000	11. Dezbr. 1854
35	Feigenbusch, Wilhelm	Kanzleiaffistent beim Armen- und Waisenamt	E 2	2025	2175	26. Juni 1877
36	Fluck, Karl	Kassendiener	F 2	—	1900	16. Juni 1865
37	Frank, Adolf	Stadtrechnungsrat	B 1	5200	5550	18. Februar 1858
38	Freimüller, August	Maschinist im Krankenhaus	E 2	—	1800	24. Septbr 1867
39	Fritz, Friedrich	Schaffner	F 2	—	1800	11. August 1873
40	Fuchs, Johann	technischer Beamter beim Wasserwerk	E 2	2350	2500	23. Juni 1867
41	Füger, Josef	Maschinist b. d. Straßenbahn	E 2	—	2150	9. Juli 1873
42	Fünfle, Christian	Stadtdiener	F 2	—	1500	2. Novbr. 1878
43	Glasner, Friedrich	Aufseher b. Elektrizitätswerk	F 2	1800	1900	5. Mai 1863
44	Göbel, Albert	Buchhalter b. d. Straßenbahn	C 2	2750	2900	27. April 1874
45	Göhler, Eugen	Ingenieur b. elektrotechnischen Amt	B 1	—	4000	24. Novbr. 1875
46	Gräfer, Ernst	Verkehrsmeister bei der Straßen- bahn	E 2	—	2150	5. Dezbr. 1880
47	Gramlich, Friedrich	Schaffner	F 2	—	1800	24. März 1874
48	Grell, Johannes	Aufseher	F 2	1900	2000	4. August 1855
49	Griebel, Alfred	Stadtsekretär beim Armen- und Waisenamt	B 2	3773	4023	28. Februar 1876
50	Grieger, Gustav	Bureauassistent beim elektro- technischen Amt	E 1	—	2250	23. Septbr. 1879
51	Gumprecht, Eduard	Stadtsekretär b. Gemeinde- gericht	B 2	5325	5500	30. Oktober 1852
52	Hacker, Andreas	Aufseher b. Gaswerk	F 2	1800	1900	10. Februar 1865

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Berechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Mai 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	1. Januar 1906	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	1. Januar 1906	wie bisher	
4. Novbr. 1895	1. Januar 1906	" "	
12. Juni 1900	—	1. Januar 1911	
10. Oktober 1870	1. Januar 1885	wie bisher	
1. Septbr. 1898	1. Januar 1909	" "	
1. April 1900	—	1. Januar 1911	
16. Septbr. 1886	1. Januar 1889	wie bisher	
2. Juli 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
12. Oktober 1893	1. Januar 1904	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
19. Oktober 1900	—	1. Januar 1911	
18. Novbr. 1895	1. Januar 1906	wie bisher	
8. April 1895	1. Januar 1906	" "	
23. April 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
7. Mai 1894	1. Januar 1905	wie bisher	
1. Oktober 1900	28. Februar 1906	" "	
1. Juni 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1877	1. Januar 1887	wie bisher	
18. Mai 1885	1. Januar 1899	" "	

1	2	3	4	5	6	7
D-S	Name.	Stellung.	Ge- halts- klasse.	Bisheriges Dienstentlohn. M	Künftiges Dienstentlohn. M	Datum der Geburt.
53	Hartmann, Leonhard	Maschinist b. Schlacht- und Vieh Hof	E 2	2150	2300	26. Februar 1871
54	Hebeisen, Karl	Kanzleisekretär b. Volksschul- rektorat	D 1	2400	2575	21. Oktober 1879
55	Heid, Franz Josef	Diener b. Gaswerk	F 2	1900	2000	8 Juni 1867
56	Heinrich, Josef	Kanzleisekretär b. Rechnungs- amt	D 1	2475	2650	29. März 1879
57	Held, Otto	Stadtbaurat	—	8000	9000	26. August 1866
58	Heusler, Albert	Kassenassistent b. d. Stadt- hauptkasse	E 1	2410	2570	19. Februar 1869
59	Herle, Konrad	Buchhalter bei der Stadt- hauptkasse	D 1	2375	2550	26. Januar 1879
60	Himmelheber, Alb.	Sekretariatsassistent	D 2	—	2500	11. Oktober 1873
61	Hoff, Alfred	Buchhalter bei der Stadt- hauptkasse	C 2	2979	3204	7. März 1873
62	Hoffmann, Franz	Verwalter der städt. Gas- und Wasserwerke	A 2	5373	5673	19. Dezbr. 1863
63	Hofstetter, Otto	Verwalter d. Bierordtbades	C 1	4275	4500	11. April 1869
64	Holz, Karl	Wagenführer	F 2	—	1800	29. Oktober 1876
65	Hornung, Adam	Maschinist b. d. Straßenbahn	E 2	2260	2410	11. August 1868
66	Hunfer, Gottlieb	Schaffner	F 2	—	1800	2. Mai 1866
67	Hutt, Otto	Buchhalter bei der Stadt- hauptkasse	D 1	—	2500	11. Novbr. 1880
68	Jaag, Christian	Schaffner	F 2	—	1800	16. Oktober 1877
69	Jäger, Friedrich	Maschinist im Nebeninschul- haus	E 2	2150	2300	16. April 1866
70	Jahn, Franz	Verwaltungsassistent b. Gas- werk	E 2	—	2300	25. Mai 1868
71	Jegle, Heinrich	Schaffner	F 2	—	1800	19. Juni 1869
72	Jllg, Friedrich	Heizer b. Elektrizitätswerk	F 2	2050	2100	31. Januar 1866
73	Jörg, Karl	Bureauassistent b. elektro- technischen Amt	E 2	—	2200	26. Novbr. 1874
74	Jung, Heinrich	Verwaltungsassistent b. Gas- werk	E 1	2674	2834	15. Dezbr. 1858
75	Kachel, Wilhelm	Stadtssekretär b. Armen- und Waisenamt	C 1	3507	3732	20. Novbr. 1872
76	Regel, Max	techn. Beamter b. Gaswerk	D 2	—	2350	25. April 1878

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Berechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
24 Septbr. 1895	1. Januar 1906	wie bisher	
1. April 1908	1. Januar 1910	" "	
10. August 1896	1. Januar 1907	" "	
4. Mai 1896	1. Januar 1910	" "	
25. Juli 1892	1. Januar 1901	" "	
24. Oktober 1898	1. Januar 1909	" "	
7. Novbr. 1898	1. Januar 1910	" "	
8. Juni 1900	—	1. Januar 1911	
1. Oktober 1895	1. Januar 1906	wie bisher	
1. Februar 1901	1. Januar 1898	" "	
25. Mai 1893	1. Januar 1904	" "	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	1. Januar 1907	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
12. August 1898	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
17. Septbr. 1891	1. Januar 1906	wie bisher	
1. Oktober 1900	—	1. Januar 1911	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
9. März 1891	1. Januar 1902	wie bisher	
16. Juli 1900	—	1. Januar 1911	
1. Septbr. 1895	1. Januar 1906	wie bisher	
17. März 1902	1. Januar 1903	" "	
3. Oktober 1900	—	1. Januar 1911	

1	2	3	4	5	6	7
D.-Z.	Name.	Stellung.	Ge- halts- klasse.	Bisheriges Dienstentommen. M.	Künftiges Dienstentommen. M.	Datum der Geburt.
77	Keller, Karl	Maschinist b. Schlacht- und Viehbof	E 2	2550	2700	10. Juni 1868
78	Kiefer, Christian	Aufseher b. Gaswerk	F 2	1800	1900	31. Juli 1855
79	Kleiber, Friedrich	Revisor b. Kontrollbureau	C 1	—	3324	23. August 1880
80	Koblenzer, Karoline	Badwärterin	F 2	1600	1700	19. Dezbr. 1861
81	Kögel, Karl	Schaffner	F 2	2000	2100	18. Oktober 1868
82	Köhle, Karl	Schaffner	F 2	1900	2000	22. Januar 1868
83	Krager, Paul	Schaffner	F 2	—	1800	25. Juli 1868
84	Künkel, Josef	Kanzleiaffistent b. statistischen Amt	E 1	2470	2630	19. März 1872
85	Lehn, Karl	Kanzleiaffistent b. Militär- bureau	E 1	2685	2845	5. Mai 1871
86	Lenz, Ludwig	Buchhalter bei der Stadt- hauptkasse	C 2	2925	3150	19. Januar 1871
87	Leßle, Christ. Heinrich	Schuldiener i. Vorort Rint- heim	F 2	—	1500	13. Dezbr. 1856
88	Linf, Otto	Kanzleisekretär b. statistischen Amt	C 2	3033	3258	2. Dezbr. 1867
89	Maier, Karl	Maschinist b. Schlacht- und Viehbof	E 2	—	1750	3. Novbr. 1876
90	Mangler, Daniel	Maschinist im Bierordtbad	E 2	2300	2450	27. Januar 1869
91	Martin, Karl	Schaffner	F 2	—	1800	4. Januar 1861
92	Matheis, Wilhelm	Schuldiener a. d. Realschule	F 2	1900	2000	21. Septbr. 1868
93	May, Friedrich	technischer Beamter i. Stadt- garten	E 2	2150	2300	17. Februar 1874
94	Mayer, Josef	Stadtdiener	F 2	1300	1400	25. Septbr. 1870
95	Melzer, Andreas	Schreibgehilfe b. Gaswerk	F 1	1825	1950	29. Novbr. 1876
96	Melzer, Wilhelm	Maschinist b. d. Straßenbahn	E 2	2625	2775	25. Mai 1853
97	Meyer, Fris	Obergärtner f. d. öffentlichen Anlagen	E 2	—	2300	22. April 1871
98	Morisch, Ludwig	Leichenträger	F 2	1700	1800	8. August 1845
99	Müller, Albert	Gemeinderechner und Kassier b. Gaswerk	B 2	3750	4000	25. Januar 1871
100	Müller, Johannes	Standesbuchführer	C 2	—	2600	12. Mai 1880
101	Müller, Leopold	Kassen- und Bureaudiener im Krankenhaus	F 2	1720	1820	20. April 1867
102	Müller, Wilh. Frdr.	Schaffner	F 2	—	1800	14. April 1875

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Berechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
4. Juli 1893	1. Januar 1904	wie bisher	
1. Oktober 1878	1. Januar 1899	" "	
17. April 1905	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 4 1/2 Jahren Staatsdienst.
7. August 1896	1. Januar 1907	wie bisher	
1. Januar 1903	1. Januar 1906	" "	
1. Januar 1903	1. Januar 1908	" "	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
15. Novbr. 1897	1. Januar 1908	wie bisher	
16. Juni 1888	1. Januar 1902	" "	
23. Septbr. 1895	1. Januar 1906	" "	
1. Januar 1907	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 6 Dienstjahren als Polizeidiener in Hinterheim.
10. Novbr. 1890	1. Januar 1901	wie bisher	
10. Mai 1900	—	1. Januar 1911	
29. März 1894	1. Januar 1905	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Juni 1898	1. Januar 1910	wie bisher	
20. März 1899	1. Januar 1910	" "	
1. Januar 1909	1. Januar 1909	" "	
17. Septbr. 1894	1. Januar 1907	" "	
1. Januar 1903	1. Januar 1906	" "	
15. Septbr. 1899	—	1. Januar 1910	
14. Mai 1888	1. Januar 1899	wie bisher	
1. Februar 1894	1. Januar 1905	" "	
1. Juni 1909	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 8 1/2 Jahren Staatsdienst.
1. Oktober 1892	1. Januar 1903	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.

1	2	3	4	5	6	7
Nr.	Name.	Stellung.	Ge- halts- klasse.	Bisheriges Dienstentommen M.	Künftiges Dienstentommen M.	Datum der Geburt.
103	Münch, Georg	Oberschaffner	F 2	—	1800	12. Novbr. 1867
104	Münchenbach, Karl	technischer Beamter b. Gas- werk	C 2	2970	3195	24. Novbr. 1873
105	Nied, Justus	Schaffner	F 2	—	1800	16. Septbr. 1866
106	Dehm, August	technischer Beamter b. Tief- bauamt	C 2	—	3208	4. August 1873
107	Dertel, Josef	Schuldiener	F 1	2300	2425	14. Januar 1839
108	Penner, Georg	technischer Beamter b. Gas- werk	D 2	—	3000	8. Dezbr. 1873
109	Pfeiffer, Johann	Schaffner	F 2	1900	2000	5. Februar 1870
110	Pferrer, Anton	Aufseher b. Gaswerk	F 1	2645	2700	25. Juli 1842
111	Piestrick, Friedrich	Aufseher b. d. Straßenbahn	F 1	—	2050	3. Novbr. 1872
112	Plön, Heinrich	Aufseher b. d. Zentraluhren- anlage	F 1	1925	2050	23. Januar 1873
113	Ragel, Philipp	Aufseher b. Gaswerk	F 2	1700	1800	22. Februar 1860
114	Raupp, Heinrich	Gemeindefekretär f. Rintheim	E 1	1600	1800	4. Novbr. 1860
115	Rehmann, August	Schaffner	F 2	1900	2000	12. März 1860
116	Riedinger, Karl	Stadtschaffner	C 1	3408	3558	24. Novbr. 1867
117	Ritter, Emil	technischer Beamter b. Hoch- bauamt	C 2	3508	3733	23. August 1871
118	Rösch Ludwig	Badgehilfe	F 2	—	1800	15. Mai 1875
119	Roster, Max	Kontrollleur b. d. Straßen- bahn	E 2	2180	2330	14. April 1870
120	Ruprecht, Anton	Kassendiener	F 1	2325	2450	4. Novbr. 1846
121	Schaber, Philipp	Schuldiener	F 2	—	1900	30. August 1871
122	Schäfer, August	Schaffner	F 2	2000	2100	12. Februar 1870
123	Schäfer, Heinrich	technischer Beamter b. Tief- bauamt	D 1	3475	3775	10. Dezbr. 1857
124	Schättgen, Karl	Overbuchhalter b. Gaswerk	C 1	4434	4665	8. Februar 1860
125	Schelhhaas, Georg	technischer Beamter b. Hoch- bauamt	D 2	2961	3136	11. Oktober 1869
126	Scheuinpflug, Frdr.	Sekretariatsassistent	E 1	2520	2680	27. Septbr. 1873
127	Schmidt, Adam	Aufseher b. Schlacht- und Vieh Hof	F 1	2200	2425	18. Januar 1846
128	Schneider, Karl	Botenmeister	F 1	1900	2025	30. Oktober 1869
129	Schoder, Julius	Kanzleiasistent b. Standes- amt	E 1	3015	3080	4. Septbr. 1867

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Verechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
1. Januar 1903 1. April 1897	— 1. Januar 1908	1. Januar 1911 wie bisher	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903 5. Juni 1900	— —	1. Januar 1911 1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Septbr. 1883 21. Mai 1900	1. Januar 1894 —	wie bisher 1. Januar 1911	
1. Januar 1903 1. Mai 1869	1. Januar 1908 1. Januar 1891	wie bisher " "	
1. Januar 1903 17. April 1899	— 1. Januar 1910	1. Januar 1911 wie bisher	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
7. Januar 1895 1. Januar 1907	1. Januar 1905 1. Januar 1909	" "	
1. Januar 1903 1. Juni 1893	1. Januar 1908 1. Januar 1902	" "	
20. Juli 1898	1. Januar 1909	" "	
23. Mai 1900 1. Januar 1903	— 1. Januar 1907	1. Januar 1911 wie bisher	
1. August 1875 29. Septbr. 1900	1. Januar 1886 —	" " 1. Januar 1911	
1. Januar 1903 17. Juni 1889	1. Januar 1906 1. Januar 1900	wie bisher " "	
16. Septbr. 1895 1. Mai 1898	1. Januar 1906 1. Januar 1909	" " " "	
6. Novbr. 1893 15. Januar 1887	1. Januar 1904 1. Januar 1898	" " " "	
1. Januar 1901 20. Januar 1890	1. Januar 1906 1. Januar 1901	" " " "	

1	2	3	4	5	6	7
№.	Name.	Stellung.	Gehalts- klasse.	Bisheriges Dienstentlohn. M.	Künftiges Dienstentlohn. M.	Datum der Geburt.
130	Schupp, Eduard	Schaffner	F 2	1900	2000	16. Oktober 1870
131	Schwarz, Robert	technischer Beamter bei der Straßenbahn	D 2	—	3386	26. Januar 1866
132	Schwindt, Justus	Expeditor	B 2	4825	5200	24. Septbr. 1858
133	Seith, Otto	Betriebsingenieur beim Tief- bauamt	A 2	4575	4875	25. Dezbr. 1873
134	Seiß, Georg	Schuldiener	F 1	2100	2325	26. Oktober 1855
135	Seyffarth, Christian	Buchhalter b. d. Straßen- bahn	D 2	2810	2960	20. März 1872
136	Sensenbrenner, A.	Schaffner	F 2	1900	2000	31. Mai 1873
137	Soutier, Robert	Kanzleisekretär b. Schlacht- und Viehhof	C 2	3191	3416	3. Februar 1873
138	Stadler, Albert	Nachtwächter im Rathhaus	F 2	1700	1800	10. April 1848
139	Stein, Friß	Diener i. Schlacht- u. Viehhof	F 2	2000	2100	28. Februar 1869
140	Stöhr, Friedrich	technischer Beamter b. Tief- bauamt	D 1	3475	3625	9. Septbr. 1858
141	Straub, Johann	Hausmeister	F 1	2380	2505	20. Dezbr. 1859
142	Strieder, Wilhelm	Stadtbaurat	—	9500	9500	27. Januar 1848
143	Traub, Franz	Bureauassistent b. Grund- buchamt	E 1	—	3075	18. Januar 1862
144	Trantwein, Ludwig	Kanzleiaffistent b. Schlacht- und Viehhof	E 2	2150	2250	14. Februar 1870
145	Trötschler, Ludwig	technischer Beamter beim Wasserwerk	C 2	3573	3798	3. Juli 1868
146	Vogel, August	Kanzleiaffistent b. Standes- amt	E 2	2150	2300	8. Septbr. 1870
147	Vogel, Georg	Aufseher b. Gaswerk	F 1	1925	2050	28. Juli 1861
148	Vogt, Heinrich	Maschineningenieur beim Maschinenbauamt	B 1	3582	3832	20. April 1872
149	Wahl, Johannes	technischer Beamter b. Tief- bauamt	C 2	—	2850	10. Oktober 1878
150	Walter, Friedrich	Kanzleiaffistent	E 1	—	2260	31. Juli 1879
151	Walter, Mathias	Stadtdiener b. Gaswerk	F 2	1700	1800	19. Februar 1868
152	Weiler, Alfred	Oberstadtrechnungsrat	A 2	4911	5211	2. Juli 1872
153	Weinberg, Hermann	Verwaltungsassistent beim Wasserwerk	E 1	2100	2260	26. Dezbr. 1879
154	Weiß, Friedrich	Schaffner	F 2	1900	2000	6. April 1871

8

9

10

11

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Verechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
1. Januar 1903	1. Januar 1908	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
20. Oktober 1880	1. Januar 1891	wie bisher	
2. Novbr. 1898	1. Januar 1909	" "	
23. Oktober 1886	1. Januar 1892	" "	
1. Januar 1903	1. Januar 1907	" "	
1. Januar 1903	1. Januar 1908	" "	
23. Mai 1892	1. Januar 1904	" "	
23. Oktober 1882	1. Januar 1908	" "	
21. Oktober 1896	1. Januar 1907	1. Januar 1904	Anrechnung von 3 Dienstjahren als Heilgehilfe im städtischen Krankenhaus.
1. August 1890	1. Januar 1901	wie bisher	
1. Juli 1890	1. Januar 1899	" "	
20. Juni 1885	1. Januar 1893	1. Januar 1890	Anrechnung von 3 Jahren Staatsdienst.
1. Januar 1907	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 6 Dienstjahren als Ratschreiber der Gemeinde Beierthelm.
4. Januar 1897	1. Januar 1908	wie bisher	
6. Septbr. 1902	1. Januar 1901	" "	
14. April 1898	1. Januar 1909	" "	
21. März 1892	1. Januar 1903	" "	
31. August 1896	1. Januar 1907	" "	
1. Januar 1901	—	1. Januar 1911	
26. Februar 1900	—	1. Januar 1911	
1. Juli 1898	1. Januar 1905	wie bisher	
1. August 1898	1. Mai 1902	" "	
19. März 1894	1. Januar 1910	" "	
1. Januar 1903	1. Januar 1908	" "	

1	2	3	4	5	6	7
D.-S.	Name.	Stellung.	Ge- halts- klasse.	Bisheriges Dienst- einkommen. M.	Künftiges Dienst- einkommen. M.	Datum der Geburt.
155	Werner, Josef	Kassenassistent b. d. Kran- kenkassen	E 1	2690	2850	15. April 1867
156	Wildenthaler, Frz.	Buchhalter b. d. Stadthaupt- kasse	C 2	3169	3394	8. Dezbr. 1864
157	Wilhelm, August	Schuldiener	F 2	1805	1905	5. Septbr. 1868
158	Wolf, Elisabeth	Vorsteherin d. Wäscheabtei- lung im Krankenhaus	—	1350	1400	21. Novbr. 1868
159	Wolf, Frieda	Schreibgehilfin b. d. Stadt- ratskanzlei	F 1	1825	1950	12. März 1878
160	Wolf, Karl	Revisor	C 1	3357	3582	25. Juni 1877
161	Wüst, Heinrich	Schaffner	F 2	—	1800	2. Januar 1874
162	Zabler, August	Schaffner	F 2	—	1700	7. Novbr. 1874
163	Ziegler, Jakob	Schaffner	F 2	1900	2000	2. März 1870
164	Ziegler, Tobias	Oberschaffner	F 2	—	1800	19. Septbr. 1862
165	Zierer, Alois	Schaffner	F 2	—	1800	8. Novbr. 1871
166	Zimmermann, Leop.	Maschinist b. d. Straßenbahn	E 2	—	2150	23. Februar 1876
167	Hengst, Friedrich	Schreibgehilfe b. d. Spar- und Pfandleihkasse	—	1000	1150	14. Januar 1892
168	Hölzer, Karl	Buchhalter b. d. Spar- und Pfandleihkasse	C 2	2600	2750	28. Juli 1878
169	Kircher, Karl	Verwalter der städt. Spar- und Pfandleihkasse	A 1	6036	6386 vom 1. 9. 11 an	7. Juli 1866
170	Möloth, Karl	Buchhalter b. d. Sparkasse	D 2	2375	2550	15. Mai 1873
171	Müller, Otto	Kassier der Pfandleihkasse	C 1	4675	4825	10. Mai 1856
172	Ohnimus, August	Verwaltungsassistent bei der Sparkasse, vom 1. April 1911 an Buchhalter (Hilfs- kontrollleur)	E 1 D 2	2800 —	2960 3110	30. Novbr. 1869 —
173	Schroff, Friedrich	Verwaltungsassistent bei der Sparkasse	E 1	—	2260	27. Januar 1878
174	Straub, Hermann	Verwaltungsassistent bei der Sparkasse	E 1	2520	2680	8. Juni 1873
175	Stüber, Gustav	Kassendiener b. d. Sparkasse	F 2	1300	1400	20. Oktober 1880
176	Werner, Ernst	Schreibgehilfe b. d. Sparkasse	—	600	1000	1. August 1891

8

9

10

11

Datum des Eintritts in den städtischen Dienst.	Wirksamkeit der Ruhegehalts-Berechtigung		Bemerkungen.
	bisherige.	beantragte.	
10. Februar 1902	1. Januar 1907	wie bisher	
15. Novbr. 1892	1. Januar 1901	1. Januar 1896	Anrechnung von 5 weiteren Jahren Staatsdienst (2 Jahre sind schon angerechnet.)
20. Septbr. 1897	1. Januar 1908	wie bisher	
1. Juli 1908	1. Januar 1907	" "	
27. Dezbr. 1899	1. Januar 1910	" "	
16. Juni 1906	1. Juli 1907	" "	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren als Wärter bei der Heil- und Pfleganstalt in Emmendingen.
1. Januar 1903	1. Januar 1908	wie bisher	
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1903	—	1. Januar 1911	Anrechnung von 2 Dienstjahren bei der Straßenbahn- gesellschaft.
1. Januar 1908	—	—	
1. Oktober 1894	1. Januar 1909	wie bisher	
1. Septbr. 1898	1. Septbr. 1899	" "	
1. Dezbr. 1900	—	1. Januar 1911	
5. März 1875	1. Januar 1887	wie bisher	
1. Januar 1892	1. Januar 1903	" "	
—	—	—	
1. Juli 1902	—	—	
1. Juli 1893	1. Januar 1904	wie bisher	
15. August 1906	—	—	
12. Dezbr. 1907	—	—	

Bürgerausschusszustimmung am 27. / 30. III. 1911.

Staatsermächtigung mit Erlass Grossh. *Aziesamt*

vom 10. April 1911

No. 12719.

*Eingeführt von dem Amtl. Hauptamt
verpflichtungsmässigen Unterweisungen von
Hilfs- und Vorkurs.*

Karlsruhe, den 3. März 1911.

Den Voranschlag für das Jahr 1911 betreffend.

I. Der Voranschlag der Stadthauptkasse sieht an Ausgaben vor 9 987 114 M
und (einschließlich der Auflage auf den Bürgernutzen) an Einnahmen 5 730 737 "

Der ungedeckte Aufwand von . . . 4 256 377 M
ist durch eine Umlage von 34 S auf 100 M der Steuerwerte des Liegenschafts- und des
Betriebsvermögens, von 16 S auf 100 M des Kapitalvermögens und von 54,4 S auf 1 M
der staatlichen Einkommensteuersätze zu decken.

Die Summe der Ausgaben mit 9 987 114 M
ist gegen die des Vorjahrs mit 9 403 347 "

um . . . 583 767 M
= 6,3 %, die Summe der Einnahmen mit 5 730 737 M
gegen die von 1910 mit 5 558 839 "

dagegen nur um . . . 171 898 M
= 3,1 % gestiegen; infolgedessen hat sich der ungedeckte Aufwand mit . . . 4 256 377 M
gegen den des Vorjahrs mit 3 844 508 "

um . . . 411 869 M

gesteigert, das sind 10,7 %.

Wiederum zeigt sich also die schon wiederholt als bedenklich bezeichnete Erscheinung, daß die Ausgaben viel rascher und stärker anwachsen als die Einnahmen. Teilweise allerdings rührt dies noch von dem Wegfall der Verbrauchssteuern auf Mehl, Brot und Fleisch her, der im Vorjahre nur während 9 Monaten, jetzt aber für das ganze Jahr wirksam geworden ist. Andererseits werden zwar auch die im vorigen Jahr beschlossenen Maßnahmen zur Gewinnung höherer Einnahmen (Erhöhung des Schulgelds der höheren Knabenschulen, der Biersteuer und der Hundsteuer) erst in diesem Jahre mit dem vollen Jahresbetrag wirksam. Immerhin aber wird der Ausfall dadurch kaum ausgeglichen, obwohl der Voranschlag noch mit der Aufrechterhaltung der Verbrauchssteuer auf Wildpret und Geflügel rechnet. Diese hängt von der demnächst zu erwartenden Entscheidung des Reichsgerichts ab. Falls sie negativ lautet, ist mit einem weiteren Ausfall von 30 000 bis

40 000 *M* zu rechnen, da dann auch das Oktroi auf Fische und Brennholz beseitigt werden muß, weil sich deswegen allein die Beibehaltung des Erhebungs- und Kontrollapparats nicht lohnt. Deckungsmittel für diesen Ausfall sind nicht vorhanden.

Sodann wurden zur Erhaltung des Umlagefußes von 35 *S* im Jahre 1910 eine Reihe von Einnahmeposten auf Kosten des Wirtschaftsüberschusses höher angesetzt (Gaswerk 65 700 *M*, Rheinhafen 12 000 *M*, Straßenbahn 20 000 *M*, zusammen 97 700 *M*). Infolgedessen ist der Wirtschaftsüberschuß des Jahres 1910 mit 765 821 *M* 99 *S* gegenüber dem des Jahres 1909 mit 839 603 *M* um 73 781 *M* zurückgegangen. Um diesen Betrag sind die in Einnahme gestellten Deckungsmittel des Vorjahrs für 1911 niedriger als 1910. Ferner sind etwas niedriger die Einnahmen in § 5 (Ertrag und Erlös von Fahrnissen) und § 6 (Jagd- und Fischerei), ferner in § 7 die Einnahmen von einzelnen Gebühren und Strafen, der Staatszuschuß zur Unterhaltung ehemaliger Landstraßen (um 10 855 *M*) und die Überschüsse des Gaswerks und des Wasserwerks, die, wie oben erwähnt, im vorigen Jahre in außerordentlichem Maße erhöht wurden. Dagegen konnten höhere Beträge eingesetzt werden: in § 3 c aus Holz hieben in den städtischen Waldungen 10 450 *M*, in § 4 aus Zinsen und Amortisationsraten 139 684 *M*, in § 7 bei einzelnen Gebühren und Beiträgen, darunter beim Überschuß der Schlachthofkasse mehr 3 165 *M* und bei dem der Elektrizitätswerkstoffe 1 348 *M*, in § 10 von Umlagen 37 000 *M*, von Verbrauchssteuern 36 957 *M*. Höher sind ferner veranschlagt in § 10 die Einnahmen vom Verkehrssteuerzuschlag um 5 000 *M* und von der Warenhaussteuer um 2 000 *M*. Eine Einnahme aus der demnächst in Kraft tretenden Wertzuwachssteuer ist noch nicht vorgesehen, da die Berechnungen über den voraussichtlichen Ertrag, der übrigens keinesfalls beträchtlich sein wird, noch nicht abgeschlossen sind.

Von größeren Ausgabeposten, die sich mindern, sind zu erwähnen der Zuschuß zur Rheinhafenkasse (§ 22 c 2), der um 5 740 *M*, der Zuschuß zum Bestattungswesen (§ 26 a 1) der von 2 284 *M* auf 452 *M* zurückgeht, die Ausgabe für Straßenbeleuchtung (§ 22 f), wobei aber zu berücksichtigen ist, daß bei Durchführung der geplanten Verbesserung der Beleuchtung der Kaiser-Straße und der Karl Friedrich-Straße ein beträchtlicher Mehraufwand entstehen wird. Gesunken sind auch die Zuschüsse an die höheren Knabenschulen (§ 28 c Ziffer 1, 2, 4) infolge der Schulgelderhöhung, ferner der Aufwand für Feste und Feierlichkeiten um 8 200 *M*, obwohl für das Veteranenfest am 19. Januar 8 000 *M* bereits verausgabt und für Aufwendungen aus Anlaß der 42. Jahresversammlung der Naturforscher und Ärzte einschließlich der Herausgabe eines wissenschaftlichen Führers von Karlsruhe 10 000 *M* vorgesehen sind.

Dagegen sind auch eine Reihe von Ausgabeposten gestiegen; diese werden im besondern Teil einzeln aufgeführt und erörtert werden.

II. Für die Berechnung der Umlage, die zur Aufbringung des ungedeckten Aufwands von 4 256 377 *M* erforderlich ist, sind in diesem Jahre erstmals die durch die neuen Gemeindegesetze vom 26. September 1910 geschaffenen Bestimmungen der §§ 96 ff. der Städteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1910 maßgebend. Die dadurch eingeführten Änderungen gegenüber den §§ 82 ff. der bisherigen Städteordnung und ihre Wirkungen sind in der den Herren Stadtverordneten gleichzeitig mit diesen Erläuterungen zugehenden Denkschrift des Unterzeichneten über die Gemeindebesteuerung näher dargelegt. Sie bestehen in der Hauptsache in der Hinausschiebung des Höchstfußes der Umlage vom Kapitalvermögen von 10 auf 16 *S* von 100 *M* und in der Einführung progressiver Steuersätze vom Einkommen an Stelle der Bildung von Einkommensteuerschlägen mit gleichbleibendem Abgabesatz. Zugleich haben die Steuerkapitalien und

die umlagepflichtigen Einkommen eine Zunahme erfahren, die sich beläuft — abgesehen von den privilegierten Grünwinkler Steuerwerten —

beim Liegenschaftsvermögen auf	4 073 680 M.
„ Gewerbevermögen auf	8 191 400 „
„ Kapitalvermögen auf	15 672 400 „

zusammen . . 27 937 480 M.

Die umlagepflichtigen Einkommensteuersätze, d. h. die Beträge die an Staatssteuer vom umlagepflichtigen Einkommen zu entrichten sind, belaufen sich auf 2571 224 M. Eine direkte Vergleichung mit den Einkommensteueranschlüssen, die im Vorjahre noch der Umlageberechnung zu Grunde lagen, ist nicht möglich. Es ist aber der mit 160 vervielfachte Betrag der Normalsteuersätze des umlagepflichtigen Einkommens 47,67 Millionen höher als der 6 fache Betrag der Einkommensteueranschlüsse für 1910 (411 395 840 M gegen 363 724 644 M).

Ein Umlagepfennig erträgt nunmehr 101 737 M.

In der Verteilung des Umlagebedarfs auf die einzelnen Steuerquellen hat nun die neue Gesetzgebung eine kräftige Verschiebung bewirkt, wie sich aus folgender Gegenüberstellung ergibt:

Während bei Umlegung des ungedeckten Aufwands nach den noch 1910 in Geltung gewesenen Bestimmungen die Umlage betragen würde

38,14 % von 100 M Liegenschafts- und Betriebsvermögen (gegen 35 % in 1910),

10 „ „ „ „ Kapitalvermögen (wie 1910) und

228,84 „ „ „ „ Einkommensanschlag (gegen 210 % 1910),

berechnet sich die Umlage nach den neuen Bestimmungen auf

34 % vom Liegenschafts- und Gewerbevermögen,

16 „ vom Kapitalvermögen und

54,4 % der Normalsteuersätze.

Der Umlagefuß sinkt also beim Liegenschafts- und Gewerbevermögen infolge der neuen Gesetzgebung um 4 % (gegen 1910 um 1 %), steigt dagegen beim Kapitalvermögen um 6 %; der Einkommensteuerfuß läßt sich nicht vergleichen.

Bei Umlegung des ungedeckten Aufwands nach dem alten Gesetz hätten gegen 1910 mehr zu tragen:

die Liegenschaften 144 220 M.

das Gewerbevermögen 88 983 „

das Kapitalvermögen 15 673 „

die Einkommen 157 214 „

Nach dem neuen Gesetz aber haben mehr zu tragen als 1910:

das Kapitalvermögen 298 388 M.

das Gewerbevermögen 9 462 „

die Einkommen 125 710 „

dagegen weniger als 1910:

die Liegenschaften 27 132 M.

Somit sind durch die neue Gesetzgebung entlastet:

die Liegenschaften um 144 220 + 27 132 = 171 352 M.

das Gewerbevermögen um 88 883 — 9 462 = 79 421 „

die Einkommen um 157 214 — 125 710 = 31 504 „

dagegen mehr belastet:

das Kapitalvermögen um 298 388 — 15 673 = 282 715 M.

Diese Mehrleistung des Kapitalvermögens kommt somit zu 61 % den Liegenschaften, zu 28 % dem Gewerbevermögen und zu 11 % den Einkommen zu gut.

Das Liegenschaftsvermögen hatte 1907 (vor Inkrafttreten des Vermögenssteuergesetzes) 30,7 % des gesamten Umlagebedarfs zu tragen, im Jahre 1910 betrug diese Belastung 37,7 %, sie geht nunmehr auf 33,4 % zurück.

Das Kapitalvermögen war an dem Gesamtaufwand 1907 mit 13,1 % und 1910 mit 12 % beteiligt. Sein Anteil steigt jetzt auf 17,9 %.

Die Betriebsvermögen hatten 1907: 22 %, 1910: 16,9 % des Umlagenetrags aufzubringen und werden 1911 mit 15,5 % belastet.

Die Einkommen haben 1907: 34,1 % und 1910: 33,4 % des Umlagebedarfs getragen, 1911 beträgt ihr Anteil 33,2 %.

Die neue Form der Einkommensbesteuerung bringt überdies eine Verschiebung der Steuerlast zu Gunsten der kleineren und zu Ungunsten der größeren Einkommen mit sich. Diese Verschiebung bringt sowohl bei der Staats- wie auch bei der Gemeindebesteuerung den Einkommen von 1200 *M* abwärts eine Entlastung, die Einkommen von 1200 *M* bis 20 000 *M* haben annähernd im gleichen Maße wie bisher zu den Gemeindelaften beizutragen, während die höheren Einkommen durch die Progression ganz erheblich mehrbelastet werden.

Nun hat das Gesetz der Gemeinde die Befugnis zuerkannt, vom gesetzlich vorgesehenen Modus der Verteilung der Umlage auf die verschiedenen Steuerquellen abzuweichen, entweder durch Freilassung eines Teils, höchstens aber 25 %, der Liegenschaftsteuerwerte vom Umlagebeitrag, oder aber durch einen verminderten oder erhöhten Beitrag der Einkommen. Der Stadtrat hat indessen aus den in der Denkschrift des Unterzeichneten dargelegten Gründen einstimmig beschlossen, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen, da die gesetzliche Voraussetzung für eine solche Maßnahme, nämlich „eine unerträgliche, gegen früher allzusehr gesteigerte Belastung der Grundeigentümer“ unter den nunmehr bestehenden Belastungsverhältnissen keinesfalls mehr gegeben erscheint und danach auch die staatliche Genehmigung eines solchen Beschlusses ausgeschlossen ist, nachdem das Großherzogliche Ministerium des Innern durch Erlaß vom 30. Januar 1911 ausdrücklich ausgesprochen hat, daß „lediglich zum Zwecke der Lastenverschiebung“ eine Abweichung vom gesetzlichen Verteilungsmodus nicht zulässig sei.

Aus der anliegenden Tabelle ist übrigens ersichtlich, wie sich die Umlage und die Belastungsverteilung gestalten würde, wenn die Liegenschaftsteuerwerte nur mit 75 % zur Umlage herangezogen (IV) oder wenn die Einkommen nicht mit dem 160fachen, sondern dem 180fachen (V) oder dem 200fachen Betrag (VI) der Normalsteuersätze zur Umlage herangezogen würden.

Was insbesondere den vielerörterten Fall der Ermäßigung des Liegenschaftsvermögens betrifft, so würde dieses dadurch gegenüber 1910 eine Entlastung von 280 982 *M* und gegenüber dem normalen Umlageausschlag für 1911 (I der Tabelle) eine solche von 233 850 *M* erfahren; das Betriebsvermögen müßte dagegen 82 452 *M* beziehungsweise 72 990 *M* und das Einkommen 282 040 *M* beziehungsweise 156 330 *M* mehr aufbringen. Der Umlagefuß würde beim Liegenschaftsvermögen auf 28,35 *S* sinken, dagegen beim Betriebsvermögen auf 37,8 *S* und beim Einkommen auf 60,48 % steigen, wogegen das Kapitalvermögen bei seinem Höchstsatze von 16 *S* bleiben würde. Ebenso bliebe auch das Anteilsverhältnis am gesamten Umlageertrag beim Kapitalvermögen mit 17,9 % unverändert, dagegen würde der Anteil des Liegenschaftsvermögens weiter herabgehen auf 27,9 %, der des Betriebsvermögens steigen auf 17,2 % und der des Einkommens auf 37 %. Es würde also das Liegenschafts-

vermögen noch mehr begünstigt, das gewerbliche Vermögen und das Einkommen noch mehr beschwert werden, als die Berechnung auf Grund der Zahlen von 1910 auf Seite 10 der Denkschrift ergeben hatte.

Im einzelnen ist zu den Voranschlägen zu bemerken:

I. Schulen.

a. Volksschulen.

Der Zuschuß (§ 8) steigt von 1 537 083 *M.* auf 1 629 338 *M.*, also um 92 255 *M.*, wozu noch die am Schlusse des Voranschlags der Stadthauptkasse vorgesehenen 26 000 *M.* für Aufbesserung der Hauptlehrer kommen, sodaß der Gesamtmehraufwand 118 255 *M.* beträgt. In der Hauptsache ist dieser Mehraufwand auf die Steigerung des persönlichen Aufwands durch Vermehrung des Lehrpersonals und Gewährung von Zulagen (§ 14) zurückzuführen. Insbesondere machen die Bestimmungen des neuen Schulgesetzes, wonach die Dauer der Schulpflicht gleichmäßig für Knaben und Mädchen auf 8 Jahre festgesetzt ist, die Anstellung von 9 weiteren Lehrkräften erforderlich. Alsdann sind infolge der voraussichtlichen Vermehrung der Schülerzahl um 550 Köpfe 10 weitere Lehrer auf Ostern 1911 einzustellen. Die Eröffnung des neuen Doppelschulhauses an der Südensstraße ermöglicht sodann die Beseitigung von Klassenkombinationen. Der Wegfall von 360 Überstunden erfordert die Einstellung von 12 weiteren Lehrkräften. Infolge der Eröffnung des obengenannten Schulhauses erhöhen sich auch die an die Stadthauptkasse zu zahlenden Mietzinsansätze (§ 18 A) sowie die sachlichen Unkosten (§ 15). Im neuen Doppel-Schulhause der Südensstraße ist auf Ostern 1911 die Unterbringung eines weiteren (des 10.) Hortes (§ 16 F) geplant.

b. Handelsschule.

Der Zuschuß (§ 5 f) beträgt 41 580 *M.* gegen 33 196 *M.*; er ist damit um 8 384 *M.* gestiegen. Hierunter ist der Mehraufwand für die Lehrer und das Dienstpersonal (§ 9) infolge der Errichtung weiterer Klassen enthalten. Für den Fall, daß Staat und Handelskammer angemessene Zuschüsse leisten, ist beabsichtigt, auf Ostern 1911 einen Jahreskurs mit Ganztagsunterricht einzurichten. Schließlich sind die Räume der Handelsschule bislang unzureichend gewesen. Es ist daher vorgesehen, derselben 4 weitere Räume (2 auf Ostern, 2 im Herbst) zuzuweisen, für welche die Handelsschule die erforderlichen Beträge an die Stadthauptkasse abzuliefern hat.

c. Gewerbeschule.

Der Gemeindebeitrag (§ 5 f) beläuft sich auf 101 439 *M.* gegenüber bisherigen 97 142 *M.*. Der persönliche Aufwand (§ 9) steigt um 10 000 *M.*, woran die Staatskasse 5 000 *M.* übernimmt. Neu geregelt sind die Vereinbarungen über die Bestreitung der Kosten der Blechnersachschule (§ 14 h). Hiernach trägt der Staat 55 % des persönlichen Aufwands und von dem gesamten übrigen sachlichen und persönlichen Aufwand, soweit er nicht durch Schul- und Eintrittsgelder und andere Zuschüsse gedeckt ist, weitere 50 % bis zum Höchstbetrage von 1 000 *M.* für einen Kurs. Diese Vereinbarung wurde auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen.

d. Realschulen.

Der Beitrag (§ 5 e) der Gemeinde sinkt von 145 161 *M.* auf 122 928 *M.*, da 1911 erstmals die erhöhten Schulgelder für ein volles Jahr eingesetzt werden konnten. Die Mehr-

aufwendungen für das Lehrer- und Dienstpersonal (§ 9) kommen nahezu vollständig durch den Staatsbeitrag wieder zum Ersatz.

e. Humboldt-Schule.

Auch hier tritt eine Entlastung der Stadthauptkasse ein, indem der bisherige Zuschuß von 84 450 *M* auf 77 526 *M* durch den Mehrertrag an Schulgeldern ermäßigt wird.

f. Goethe-Schule.

Aus der gleichen Ursache wie bei den beiden vorhergehenden Mittelschulen schließt der Voranschlag der Goethe-Schule mit einem Zuschuß von 90 309 *M* gegen 100 753 *M* ab. An den Mehraufwendungen für Gehalte mit 8 000 *M* ersieht der Staat 3 000 *M*.

g. Höhere Mädchenschule mit Gymnasialabteilung.

Am 12. September 1911 soll die neue (II) Höhere Mädchenschule eröffnet werden. Zu gleicher Zeit soll die Viktoria-Schule eingehen. Es ist angenommen, daß etwa $\frac{2}{3}$ der Schülerinnen der Viktoria-Schule in die Höhere Mädchenschule übertreten. Für die neue Schule ist ein Ergänzungsvoranschlag für 4 Monate aufgestellt, der die aus dem Betrieb der zweiten Anstalt fließenden Einnahmen und die notwendigen Mehrausgaben für 4 Monate enthält. Der Zuschuß steigt von 101 837 *M* auf 137 025 *M* für beide Anstalten. Der Aufwand für das Lehrer- und Dienstpersonal erhöht sich für beide Anstalten zusammen um rund 23 000 *M*. Für Lehrmittel und Bücherei der neuen Anstalt sind 7 000 *M* und für Aufrechnung des Mietwertanschlages für das neue Schulgebäude 11 046 *M* vorgesehen.

II. Gemeinnützige Anstalten.

a. Krankenhaus.

Der Zuschuß (§ 5 c) ist veranschlagt auf 395 381 *M* gegen 393 470 *M*; die Einnahmen für Verpflegungs- und Heilkosten (§ 6) werden um 23 000 *M* erhöht, dagegen ist der Aufwand für die bauliche Unterhaltung (§ 18 b 1) um etwa 6 000 *M* gestiegen. An Gehalten und Vergütungen (§ 19) werden 13 000 *M* mehr angefordert. Auch der Aufwand auf das Hausinventar (§ 21) erfährt eine Erhöhung um 10 000 *M*. Das Erholungsheim schließt mit einem allerdings geringen Zuschuß aus der Stadthauptkasse von 750 *M* ab, der im Wesentlichen von dem geringeren Ansatze der Verpflegungsgeldeinnahmen auf Grund der Erfahrungen herrührt.

b. Bestattungsweisen.

Der Zuschuß der Stadthauptkasse zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals (§ 7) beträgt noch 452 *M*. Die Einnahmen aus den Plätztagen (§ 3 e) sind mit 11 000 *M* mehr veranschlagt als im Vorjahr, während die Bestattungstagen (§ 5) eine Minderung um 5 000 *M* erfahren haben. Für Unterhaltung der Friedhofsanlagen (§ 11 d) sind 7 000 *M* mehr angefordert, da die Hauptwasserleitung in der Karl Wilhelm-Straße vom israelitischen Friedhof bis zum neuen Teil des Friedhofes verlängert werden soll. Auch ist eine Instandsetzung der Gräber der Krieger von 1870/71 auf dem alten Friedhof geplant.

c. Stadtgarten.

Während im vorigen Jahre der Voranschlag des Stadtgartens mit einem Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung des Anlehenskapitals (§ 7) von 45 095 *M* vorgelegt wurde, muß 1911 mit einem Zuschuß von 67 606 *M* gerechnet werden. Die Ursache liegt in dem Rückgang

der Gebühren (§ 4) um 7 000 *M* und in dem Mehraufwand für bauliche Unterhaltung der Festhalle (§ 12 b) mit 20 000 *M*, welcher Betrag als 1. Rate für die Herstellung und Verbesserung des kleinen Festhallsaals angefordert ist.

d. Badanstalten.

Der Voranschlag bewegt sich nahezu vollständig im vorjährigen Rahmen. Die Einnahmen aus Bädern (§ 4) sind um 3 000 *M* erhöht. Der Aufwand auf die Gebäude und die Badeeinrichtung (§ 11) sowie der Betriebsaufwand (§ 12) gehen um diese Summe ebenfalls in die Höhe, weshalb der Zuschuß keine wesentliche Veränderung erleidet.

e. Schlacht- und Viehhof.

Der Schlachthof wirft nach § 15 des Voranschlags noch 1911 einen Reinertrag von 74 669 *M* ab, der sich aber tatsächlich als solcher nicht darstellt, da schon im laufenden Jahre aus den Mitteln des § 37 c der Stadthauptkasse ganz bedeutende Aufwendungen für Verzinsung des Baukapitals für den Umbau erforderlich werden. Im übrigen ist eine wesentliche Verschiebung gegenüber dem Vorjahr nicht eingetreten, wenn zu diesem Spezialvoranschlag die von der Stadthauptkasse unter § 7 des Voranschlags 1910 vorgesehenen 60 000 *M* aus der Erhöhung der Schlachthofgebühren hinzugezählt werden.

III. Wirtschaftliche Unternehmungen.

a. Gaswerk.

Der überschuß der Gaswerkskasse (§ 25) ist auf 499 645 *M* veranschlagt. Im Vorjahre war er zu 508 567 *M* angenommen und hat tatsächlich 543 721 *M* betragen. Der Voranschlagsatz kommt somit der Wirklichkeit ziemlich nahe. Der Ertrag vom Gaswerksbetrieb (§ 4) ist von 2 600 170 *M* auf 2 532 730 *M* gekürzt worden, da insbesondere die Preise für Rost der Marktlage entsprechend zu ermäßigen waren. Ferner werden die städtischen Anstalten infolge der Einführung von Rostböfen anstelle der Gasböfen einen geringeren Verbrauch für Gas haben. Als ordentliche Einnahme erscheint in § 7 c erstmals ein Ertrag von 25 000 *M* für die Beamtengehälter und den sachlichen Aufwand des Maschinenbauamts, da die Ausgaben für dieses nunmehr der Direktion des Gaswerks unterstellte Amt im Voranschlag der Gaswerkskasse vorgesehen sind, während sie bisher unter § 36 der Stadthauptkasse verrechnet waren. Für Verzinsung und Tilgung des Anlehenskaptals und für verstärkte Amortisation für rascher abgenützte Anlagen sind in § 14 a 40 000 *M* entsprechend der fortschreitenden Verwendung von Anlehensmitteln bei dem Umbau des Gaswerks mehr angefordert. Der Aufwand für Kohlen (§ 10 a) sinkt von 1 067 000 *M* auf 950 000 *M*, da gegenüber dem Vorjahr eine Ermäßigung des Preises von 40 *S* pro Tonne eingetreten ist und da infolge des größeren Vorrats Ende 1910 5 000 Tonnen weniger für 1911 zu bestellen sind. Die Verwaltungskosten (§ 20) gehen um 58 000 *M* in die Höhe, denen aber die bereits erwähnten 25 000 *M* Einnahmen für das Maschinenbauamt gegenüberstehen. Hier sind auch 6 000 *M* zur Beschaffung einer Maschine zum automatischen Drucken von Adressen auf die Gas-, Wasser- und Stromrechnungen einmalig vorgesehen.

b. Wasserwerk.

Die Ablieferung des Reinertrags an die Stadthauptkasse (§ 23) ist auf 372 979 *M* gegenüber 375 530 *M* festgesetzt. Die Einnahmen aus dem Wasserwerksbetrieb (§ 4) konnten

um 16 000 *M* erhöht werden. Für Beschaffung von Apparaten zur mechanischen Rohrreinigung (§ 14 i) sind einmalig 11 000 *M* vorgesehen. Die übrigen Positionen erleiden keine wesentlichen Änderungen.

c. Elektrizitätswerk.

Die Kasse des Elektrizitätswerks hat im Jahr 1910 einen Überschuß von 176 916 *M* abgeliefert. Trotzdem sieht der Voranschlag für 1911 nur die Ablieferung eines Reinertrags von 9 101 *M* vor. Die Ursachen sind folgende:

Für Stromabgabe an Private und Behörden konnten nur 362 500 *M* eingestellt werden, obwohl das Rechnungs-Ergebnis von 1910 461 328 *M* beträgt. Es wurden nämlich im Jahre 1910 1 673 578 Kilowattstunden mit einem Ertrag von 461 327 *M* 78 *S*, abgegeben, woraus sich ein Durchschnittserlös von 27,6 *S* pro Kilowattstunde ergibt. Unter dieser Stromabgabe befinden sich 290 405 Kilowattstunden Strom für Abnehmer, die im Jahre 1910 vorübergehend größere Arbeiten (beim Kanalbau) auszuführen hatten und deren Strombezug im Jahr 1911 wegfällt. Es bleiben somit noch 1 383 174 Kilowattstunden zu dem Durchschnittssatz von 27,6 *S* = 381 756 *M*. Im Voranschlag 1911 sind nur 362 500 *M* vorgesehen, was daher rührt, daß zur Zeit der Voranschlagsaufstellung der Verbrauch im letzten Vierteljahr 1910 noch nicht bekannt war. Nach der Anmerkung 2 zum Elektrizitätswerks-Voranschlag wurde das Erträgnis des letzten Vierteljahres 1909 dem Voranschlagsatz zugrunde gelegt.

Für Stromabgabe an städtische Anstalten, insbesondere an den Rheinhafen, konnten entsprechend der vermehrten Stromabgabe im Vorjahr 18 000 *M* mehr eingestellt werden. Dagegen ist die Einnahme aus der öffentlichen Straßenbeleuchtung um 8 500 *M* zurückgegangen, weil der Strompreis von 30 *S* auf durchschnittlich 10 *S* pro Kilowattstunde ermäßigt werden soll, da der größte Teil dieses Stromes zu einer Zeit gebraucht wird, in der das Werk schwach belastet ist.

Der Aufwand für Verzinsung, Tilgung und verstärkte Amortisation des Anlehenskapitals ist um 5 857 *M* gestiegen, entsprechend dem Neuaufwand aus Anlehensmitteln.

Für den Umbau von Planrosten in mechanisch betriebene Roste sind 9 000 *M*, welche der Bürgerausschuß unterm 23. Mai 1910 genehmigte, nochmals vorgesehen, da die Zahlung erst 1911 geleistet werden kann.

Seither wurde die Neuanschaffung von Elektrizitätszählern aus Anlehensmitteln bestritten. Nunmehr sind hierfür erstmals 20 000 *M* eingestellt, da sich bei der raschen Abnützung des Zählmaterials empfiehlt, dieselben aus Wirtschaftsmitteln anzuschaffen. Die Kosten für Gasmesser und Wassermesser werden seit längerer Zeit ebenfalls aus Wirtschaftsmitteln bestritten.

d. Rheinhafen.

Als Zuschuß der Stadthauptkasse zur Verzinsung und Tilgung des Anlehenskapitals (§ 7) sind 110 936 *M* (1910 116 676 *M*) eingestellt. Die Einnahmen aus dem Lagergeld und der Ersatz der Feuerversicherungsgebühren (§ 3 b) wurden um 10 000 *M* erhöht. Auch die Gebühren für das Aus- und Eintranen und andere Arbeitsleistungen (§ 5 a) sind um 28 000 *M* in die Höhe gesetzt worden, damit sie der Wirklichkeit näher kommen. Demgegenüber mußten aber auch die Ausgaben eine Erhöhung erfahren. Für Verzinsung und Tilgung des Anlehenskapitals (§ 15 a) sind 9 000 *M* mehr vorgesehen. Der Kessel für den Schwimmschiff ist defekt und zu klein, er muß deshalb (§ 15 c 2) mit einem Aufwand von 3 500 *M* erneuert werden. Die Großherzogliche Rheinbauinspektion fordert für Ausbaggern des Hafengebietes und für Transport des Baggergutes zur künftigen Hafenerweiterung

2 400 *M.*, für die außerordentliche Reinigung des Federbachdückers 300 *M.* und zur Behebung der Schäden infolge des anhaltenden Hochwassers im Jahre 1910 750 *M.* Diese Kosten sind in § 15 g vorgesehen. An Vergütungen des Betriebspersonals (§ 16 a) sind entsprechend dem in den Einnahmen vorgesehenen Mehrbetrage 15 000 *M.* mehr angefordert.

e. Elektrische Straßenbahn.

Der Voranschlag der elektrischen Straßenbahn schließt von den Voranschlägen der wirtschaftlichen Betriebe am ungünstigsten ab. Der Zuschuß der Stadthauptkasse (§ 6) beträgt 221 828 *M.* gegen 116 535 *M.*; während im Vorjahre noch ein Teil der Kosten für die raschere Amortisation aus dem Ertrag des Betriebs bestritten werden konnte, muß 1911 erstmals auch für die Verzinsung und Tilgung des Anlehenskapitals der Zuschuß der Stadthauptkasse herangezogen werden. Dies hat aber glücklicher Weise eine vorübergehende Ursache. Für den Umbau von 11 Motowagen sind nämlich in § 19 h einmalig 77 000 *M.* vorgesehen, die der Bürgerausschuß bereits für 1911 bewilligt hat. Nach Vornahme dieser Arbeiten ist alsdann der ganze Wagenpark in guten Stand gesetzt. Für Verzinsung und Tilgung der Anlehenskapitalien (§ 15 b) sind 33 000 *M.* mehr erforderlich, für die Erstellung eines neuen Brunnens (§ 17 l) 11 400 *M.* Der Betriebsdienst (§ 20) erfordert infolge normaler Gehaltszulagen und Einführung des 5-Minutenbetriebes auf der Linie nach dem Röhlen Krug, wodurch eine Vermehrung des Personals um 16 Mann notwendig wurde, 36 000 *M.* mehr. Die Verwaltungsausgaben (§ 25) steigen um 8 000 *M.*, von denen aber 4 000 *M.* aus Anlehensmitteln wieder zum Ersatz gelangen. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung (§ 4) konnten um 20 000 *M.* erhöht werden.

IV. Sonstige Nebenvoranschläge.

a. Armenkasse.

Die wenig günstige wirtschaftliche Lage macht sich 1911 auch für die Armenkasse bemerkbar. Der Zuschuß der Stadthauptkasse (§ 4) steigt von 401 454 *M.* auf 431 916 *M.*, also um rund 30 000 *M.* Die Ausgaben sind im einzelnen nicht miteinander vergleichbar, weil vom Jahre 1911 ab in der Armenkasse auch die Ausgaben, welche von den Armenverbänden, dem Staat, den Krankenkassen und den Selbstzahlern wieder zum Ersatz gelangen, unter den laufenden Rubriken des Voranschlags gebucht werden, während sie bisher unter Abteilung III als Vorschüsse und Wiederersatz durchgeführt wurden und infolgedessen in dem Voranschlag nicht erschienen sind. Nunmehr gibt der Voranschlag ein vollständigeres Bild über die Ausgaben der Armenbehörde und über ihre Tätigkeit.

b. Milde Fonds.

In dem Voranschlag dieser Kasse, welche den Nachlaß des Grafen Friedrich von Rhena, die Altstadtrat Karl Hoffmannsche Pfründnerhaus-Stiftung, den Friedrich- und Luisehof, den Arbeiterunterstützungsfond, das Privatier Karl Münchsche Vermächtnis und einige kleinere Vermächtnisse enthält, ist eine wesentliche Änderung dem Vorjahre gegenüber nur insofern eingetreten, als nach einer Vereinbarung mit dem Testamentsvollstrecker für den Nachlaß des Grafen Friedrich von Rhena ein Teil der zu wohltätigen Zwecken bestimmten Ausgaben den Prinz Karl und Gräfin Rhenaschen Stiftungen übertragen wurde und die Kasse der milden Fonds diesen Stiftungen zur Bestreitung dieser Ausgaben einen Zuschuß leistet, während im Vorjahre diese Ausgaben in der Kasse der milden Fonds direkt gebucht wurden.

V. Hauptvoranschlag.

Der Rückgang der Deckungsmittel ist bereits im Eingang dieses Berichts erwähnt und begründet. Erstmals erscheint unter den Mietzinsen von Gebäuden (§ 3 a I) ein Betrag von 9 500 *M* Miete aus dem Konservatorium, wogegen die Stadt nach den vertraglichen Abmachungen an den Besitzer dieses Instituts eine lebenslängliche Jahresrente in dieser Höhe zu entrichten hat. Alsdann sind die Nutzungswerte der Nebenkassen (§ 3 a II) den veränderten Verhältnissen angepaßt. Die einzelnen Beträge erscheinen hier in Einnahme und in den Nebenvoranschlägen in Ausgabe. Die vorübergehende Anlage der im Vorjahre einbezahlten Anlehensmittel (§ 4 c) gestattete eine Erhöhung der Zinsen aus Darlehenskapitalien um 44 000 *M*. Die Ablieferung der Betriebe zur Verzinsung und Tilgung der aufgewendeten Anlehensmittel zur verstärkten Amortisation infolge rascherer Abnutzung der Anlagen (§ 4 k) wurde entsprechend den in den Nebenvoranschlägen vorgesehenen Ausgaben um 92 000 *M* erhöht. Über den Mehrertrag an Steuern und Umlagen ist im Eingang berichtet.

Für Unterhaltung der Straßen sind (§ 26 b II) 322 040 *M* gegenüber 271 829 *M*, somit 50 211 *M* mehr angefordert, da eine Anzahl von Straßen im Gesamtumfang von 3 886 qm umgepflastert werden soll; auch ist die Errichtung eines provisorischen Materiallagers östlich des Gaswerks II zum Ersatz des bisher vom Tiefbauamt benutzten Lagerplatzes beim Schlachthof mit einem Aufwand von 13 000 *M* notwendig, von welchem der erste Teilbetrag von 2 600 *M* in § 26 b VIII vorgesehen ist.

Die katholische Pfarrei Daglandeu hat vertragsgemäß 41 Ster gemischtes Scheitholz zu beziehen. Diese Leistung soll abgelöst werden. Zur Ablösung sind in § 27 einmalig 10 648 *M* in den Voranschlag eingestellt.

Infolge der Erhöhung der Schulgelder an den Mittelschulen und der Mehrung der Fälle von Schulgeldbefreiungen erhöht sich der Aufwand für diese in § 28 f von 9 500 *M* auf 17 000 *M*.

Der Beitrag zu den Gehältern der Schutzmannschaft an den Staat (§ 29 a 1) steigt von 177 000 *M* auf 204 531 *M*. Dem Beitrag sind 173 Köpfe zugrunde gelegt. Die bereits infolge der Einverleibung von Daglandeu vereinbarte Vermehrung der Mannschaft wird erst 1911 vollzogen.

Für Beteiligung der Stadt an der hygienischen Ausstellung in Dresden ist unter § 30 l ein Betrag von 2 400 *M* eingestellt.

Die Ausgaben des Jahres 1910 für Beschaffung eines Feuerwehrkraftwagens sind vollzogen und kommen 1911 in Wegfall.

Der Bürgerausschuß hat genehmigt, daß zur Erlangung von geeigneten Entwürfen für eine zweite Gewerbeschule ein Wettbewerb erlassen und die auszufehenden Preise im Gesamtbetrag von 9 000 *M* aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1911 bestritten werden sollen. Dieser Betrag ist nunmehr unter § 34 b im Voranschlag aufgenommen.

Im Jahre 1911 soll ein Beitrag von 10 000 *M* für ein Schau- und Wettfliegen in der Oberrheinischen Tiefebene (§ 34 g VII h) unter der Voraussetzung vorgesehen werden, daß in Karlsruhe Schauflüge veranstaltet werden.

Die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag (§ 35 b) erfordern einen Aufwand von 4 500 *M*.

Der Fond zur Bildung eines Grundstocks für die Feier des 200 jährigen Stadtjubiläums im Jahre 1915 (§ 35 f 3) soll wieder mit 50 000 *M* ausgestattet werden. Die Gesamtsumme des bei der Sparkasse angelegten Fonds betrug einschließlich der aufgelaufenen Zinsen auf Jahreschluß 1910 154 526 *M* 27 *S*.

Die Kosten der Gemeindeverwaltung (§ 36) — ohne die Wahlkosten — sind um 44 011 *M* hauptsächlich infolge der Zulagen an die Beamten und der Steigerung der Ruhegehälter der Beamten und Arbeiter gestiegen; auch ist für Anschaffung von Registrierapparaten zur Buchung der Umlagen und der übrigen Gefälle der Stadthauptkasse, mit denen gleichzeitig eine Kontrolle des Einzugs verbunden ist, ein Betrag von 6 000 *M* vorgesehen. Diese Apparate sind in einigen größeren Städten bereits eingeführt und haben sich bewährt. Für Dienstfahrten der Stadtratsmitglieder und Beamten soll ein Personenautomobil angeschafft werden. Hierdurch tritt eine Kostenersparnis ein.

Das Reichsgericht hat die Stadtgemeinde verurteilt, dem Rechtsanwalt der früheren Gemeinde Beiertheim für seine Ratserteilung bei den Einderleibungs-Verhandlungen 12 000 *M* nebst den aufgelaufenen Zinsen und den Prozeßkosten zu zahlen. Diese Mittel sind unter § 36 c 23 angefordert.

Die Zinsen der Anlehenskapitalien (§ 37) erhöhen sich infolge des Zuwachses der im Vorjahre aufgenommenen Schuld von 5 000 000 *M* nach Abzug des im Vorjahr bereits eingestellten Postens für eine Anlehensaufnahme von 2 000 000 *M* und des Wegfalles der Verzinsung für vorübergehend aufgenommene und nunmehr heimbezahlte Anlehen um restlich 77 000 *M*.

Der Posten für Umlagerückvergütungen (§ 38) mußte um 30 000 *M* erhöht werden.

Für Umwandlung von Allmendlostheilen (§ 39 k) der ehemaligen Gemeinde Daglanden in Geldrenten sind erstmals 1 183 *M* vorgesehen. Das davon betroffene Gelände liegt im Gebiet der Hafenerweiterung.

Die Kosten für die vom Bürgerausschuß im Vorjahr gewünschte Wanderkarte der Umgebung von Karlsruhe belaufen sich auf 3 000 *M*, für die Neuauflage eines Führers durch Karlsruhe auf 1 500 *M* (§ 39 m, v).

Der Fonds für Umpflasterungen soll im Jahre 1911 nicht dotiert werden, da ein größerer Betrag, wie schon erwähnt, unter den ordentlichen Kosten für Unterhaltung der Straßen zu diesem Zweck vorgesehen ist.

Zur ordentlichen Schuldentilgung sind mehr erforderlich 80 500 *M* und für außerordentliche Amortisationen ist mehr eingestellt 73 192 *M* (Seite 218 Ziffer 1 und 2), außerdem erstmals 2 400 *M* zur Bildung eines Erneuerungsfonds für das Feuerwehr-, das Kranken- und das Personenautomobil.

Der Oberbürgermeister:

Siegrist.

Berechnungen über die Umlegung des ungedeckten Gemeindeaufwands.

D.3.	Steuerquellen.	Steuerwerte und Normalsteuereinsätze vom Einkommen	Umlage- fuß.	Umlage- ertrag.	Anteil am Gesamt- ertrag.
	I. Umlegung des 1911er Bedarfs nach dem gesetzlichen Modus.	<i>M</i>	<i>‰</i>	<i>M</i>	<i>%</i>
1.	Liegenschaftsvermögen	413 893 870	34	1 407 239	33,4
2.	Betriebvermögen	192 079 600	34	653 071	15,5
3.	Kapitalvermögen	471 191 900	16	753 907	17,9
4.	Einkommen	2 571 224	54,4 ‰	1 398 746	33,2
				4 212 963	
	II. Umlegung des Bedarfs im Jahre 1910.				
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	35	1 434 371	37,7
2.	Betriebvermögen	183 888 200	35	643 609	16,9
3.	Kapitalvermögen	455 519 500	10	455 519	12,0
4.	Einkommensteuereinsätze (6 fach)	363 724 644	210	1 273 036	33,4
				3 806 535	
	III. Umlegung des 1911er Bedarfs nach Maßgabe der früheren gesetz- lichen Bestimmungen. (Kapitalvermögen 10 ‰; Einkommen mit Normalzuwachs von 2 bzw. 12 Millionen).				
1.	Liegenschaftsvermögen	413 893 870	38,14	1 578 591	37,4
2.	Betriebvermögen	192 079 600	38,14	732 592	17,4
3.	Kapitalvermögen	471 191 900	10	471 192	11,2
4.	Einkommensteuereinsätze (6 fach)	375 000 000	228,84	1 430 250	34,0
				4 212 625	
	IV. Umlegung des 1911er Bedarfs unter Bezug der Liegenschaftsteuer- werte mit 75 ‰.				
1.	Liegenschaftsvermögen	413 893 870	28,35	1 173 389	27,9
2.	Betriebvermögen	192 079 600	37,8	726 061	17,2
3.	Kapitalvermögen	471 191 900	16	753 907	17,9
4.	Einkommen	2 571 224	60,48	1 555 076	37,0
				4 208 433	

D.3.	Steuerquellen.	Steuerverte und Normalsteuersätze vom Einkommen	Umlage- fuß.	Umlage- ertrag.	Anteil am Gesamt- ertrag.
		<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>%</i>
	V. Umlageung des 1911er Bedarfs bei vollem Bezug der Liegenschaften und Erhöhung der Normalsteuertarifsätze auf den 180fachen Betrag.				
1.	Liegenschaftsvermögen	413 893 870	32,36	1 339 361	31,8
2.	Betriebsvermögen	192 079 600	32,36	621 570	14,8
3.	Kapitalvermögen	471 191 900	16	753 907	17,9
4.	Einkommen	2 571 224	58,25	1 497 738	35,5
				4 212 576	
	VI. Umlageung des 1911er Bedarfs bei vollem Bezug der Liegenschaften und Erhöhung der Normalsteuertarifsätze auf den 200fachen Betrag.				
1.	Liegenschaftsvermögen	413 893 870	31,1	1 287 210	30,5
2.	Betriebsvermögen	192 079 600	31,1	597 368	14,2
3.	Kapitalvermögen	471 191 900	15,55	732 703	17,4
4.	Einkommen	2 571 224	62,2	1 599 301	37,9
				4 216 582	

Karlsruhe, den 23. März 1911.

Den Voranschlag der Stadt Karlsruhe für 1911 betreffend.

Die Kommission zur Prüfung des Voranschlags beantragt:

1. Der Bürgerausschuß wolle den vorgelegten Voranschlag in unveränderter Fassung annehmen.
2. Seite 4 § 5 f.

Der Stadtrat möge nochmals in Erwägung darüber eintreten, ob das Schulgeld für den freiwilligen Unterricht in der französischen Sprache mit 3 146 *M* nicht fortfallen kann. Von dem Ergebnis wäre dem Stadtverordnetenvorstand zu gegebener Zeit Mitteilung zu machen.

3. Seite 27 § 15.

Der vorjährige Betrag von 200 *M* für Prämien an fleißige Schüler der Handelsschule sollte zu diesem Zweck wieder Verwendung finden.

4. Seite 82 § 12 b 1.

Die Rate von 20 000 *M* für Herstellung des kleinen Festhallsaals ist im Voranschlag beizubehalten. Der Stadtrat wird jedoch ersucht, dem Bürgerausschuß baldmöglichst eine Vorlage über die Neuherstellung dieses Saales im Laufe dieses Sommers zu unterbreiten.

5. Seite 95 § 20 c 1.

Von dem Betrag von 10 000 *M* für Fahrnisse sollen die für Registrierapparate zur Buchung und Kontrolle der Einlagen vorgesehenen 8 500 *M* im laufenden Jahre nicht verwendet, sondern zurückgestellt werden.

6. Seite 147 § 26 b II Ziffer 2.

Die Summe von 20 736 *M* für Umpflasterung der Karl-Straße zwischen Kaiser-Straße und Wald-Straße soll bewilligt werden. Es soll jedoch nur die Straßenfläche innerhalb der Gleise der elektrischen Straßenbahn mit Steinpflaster, die übrige Fahrbahn aber mit Asphalt gedeckt werden.

Namens der Prüfungskommission:

Der Obmann der Stadtverordneten:

Otto Müller.

Die Gemeindebesteuerung in Karlsruhe

nach den Gesetzen vom 19. Oktober 1906 und vom 26. September 1910.

Einführung.

Über die Höhe der Gemeindebesteuerung, insbesondere über die gesteigerte Belastung des Grund- und Hausbesitzes mit Gemeinde-Umlagen, werden seit einigen Jahren in den Grund- und Hausbesitzer-Vereinen lebhafteste Beschwerden geführt. Man hat in diesen Kreisen die Steigerung der Umlagelasten hauptsächlich dem Gesetz vom 19. Oktober 1906 zur Last gelegt, durch welches mit Wirkung vom 1. Januar 1908 an die Gemeindebesteuerung im Anschluß an die staatliche Vermögenssteuer einer Umbildung unterzogen wurde. Diesen Beschwerden ist es teilweise zuzuschreiben, daß durch Gesetz vom 26. September 1910 die Bestimmungen der Städte-Ordnung über die Heranziehung der Vermögenssteuerwerte zu den Gemeindefumlagen schon wieder Änderungen erfahren haben, während gleichzeitig infolge der Reform des staatlichen Einkommensteuersystems durch Gesetz vom 27. Mai 1910 auch die Bestimmungen über die Gemeindebesteuerung des Einkommens an das neue Staatssteuersystem angepaßt werden mußte (Gesetz vom 26. September 1910, die Änderung der Gemeinde-Einkommenbesteuerung betreffend).

Die so geschaffenen neuen Vorschriften der Gemeinde- und Städteordnung über die Gemeindebesteuerung, die am 1. Januar 1911 in Kraft treten, werden eine Entlastung des Liegenschaftsvermögens in zweifacher Hinsicht bewirken: einmal durch die Hinauffetzung des höchsten zulässigen Umlagefußes für den Steuerwert des Kapitalvermögens von 10 % auf 16 % (§ 108), und sodann durch die Einführung des progressiven Einkommensteuertarifs in die Gemeindebesteuerung (§ 107 Absatz 1), der bisher die Progression hinsichtlich der größeren Einkommen fremd war. Über diese kraft Gesetzes eintretenden Verschiebungen der Gemeindefumlagen hinaus aber räumt das Gesetz in § 107 Absatz 2 der Autonomie der Gemeinden noch weitergehende Maßnahmen zum Zwecke der Entlastung des Liegenschaftsvermögens auf Kosten der übrigen Vermögenswerte und der Einkommen ein: entweder kann auf diesem Wege (durch Gemeindebeschluß mit Staatsgenehmigung) bestimmt werden, daß die Steuerwerte des Liegenschaftsvermögens beim Umlageausschlag nur mit einem ermäßigten Betrag in Berechnung kommen, wobei die Ermäßigung höchstens ein Viertel betragen darf, oder es kann bestimmt werden, daß die Einkommen in einem stärkeren Maße, als das Gesetz es vorsieht, zur Deckung des Umlagebedarfs herangezogen werden (statt mit 1,6 % für einen Umlagepfennig bis zu 2 % der Einkommensteuersätze). Infolgedessen ist in jeder Gemeinde vor Festsetzung der Umlage des Jahres 1911 die Frage zu klären, ob es notwendig oder zweckmäßig ist, in der einen oder der anderen vom Gesetze zugelassenen Weise von dem gesetzlichen Verteilungsmaßstabe abzuweichen.

In Karlsruhe hat überdies der Grund- und Hausbesitzerverein durch Eingaben vom 5. August und 10. September „die Ermäßigung der Liegenschaftswerte“ bis zu 25 %“ beantragt, allerdings ohne diesem Antrag eine sachliche Begründung beizufügen.

Zur Prüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der zulässigen Maßnahme sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist seit Einführung des Vermögenssteuergesetzes eine absolute und relative Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten?
2. Auf welchen Ursachen beruht die Mehrbelastung?
3. In welchem Umfange tritt eine Entlastung des Grund- und Hausbesitzes infolge der neuesten Gesetzesänderung ohne Weiteres ein?
4. Ist eine noch weiter gehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens notwendig und angängig?

Welche Folgen für die Steuerzahler und die Stadtgemeinde würden haben:

- a. die Ermäßigung der Liegenschaftssteuerverwerte,
- b. die Erhöhung des Einkommensteuerfußes?

1. Ist seit Einführung des Vermögenssteuergesetzes eine absolute und relative Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten?

Zur Beantwortung dieser Frage ist die Gegenüberstellung der Steuerkapitalien, des Umlagefußes und des Umlageertrags des Jahres 1907 (altes Gesetz) und der Jahre 1908, 1909 und 1910 (neues Gesetz) erforderlich.

Es betragen:

		Steuerkapitalien bzw. Steueranschlätze	Umlage- fuß	Umlage- Ertrag	
		<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>o/10</i>
1907	Grund- und Häusersteuermkapital	139 752 700	50	698 763	= 30,8
	Gewerbesteuerkapital	100 320 600	50	501 603	= 22
	Kapitalrentensteuermkapital	337 900 810	8,8	297 353	= 13,1
	Einkommensteueranschlag	51 770 575	150	776 559	= 34,1
	Summe			2 274 278	
1908	Liegenschaftsvermögen	395 778 710	32	1 266 492	= 38,3
	Gewerbliches Betriebsvermögen	166 867 200	32	533 975	= 16,2
	Kapitalvermögen	427 105 400	10	427 105	= 12,9
	Einkommensteueranschlag	56 183 190	192	1 078 717	= 32,6
	Summe			3 306 289	
1909	Liegenschaftsvermögen	403 449 090	32	1 291 037	= 37,9
	Gewerbliches Betriebsvermögen	176 256 500	32	564 021	= 16,6
	Kapitalvermögen	443 010 300	10	443 010	= 13
	Einkommensteueranschlag	57 947 737	192	1 112 596	= 32,5
	Summe			3 410 664	
1910	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	35	1 434 371	= 37,7
	Gewerbliches Betriebsvermögen	183 888 200	35	643 609	= 16,9
	Kapitalvermögen	455 519 500	10	455 519	= 12,0
	Einkommensteueranschlag	60 620 774	210	1 273 036	= 33,4
	Summe			3 806 535	

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich:

1. daß die absolute Belastung des Liegenschaftsvermögens mit Gemeindeumlagen gestiegen ist von rund 700 000 M im Jahr 1907 auf 1 266 000 M in 1908 und auf 1 434 000 M in 1910, sowie
2. daß auch der Anteil des Liegenschaftsvermögens an der gesamten Umlagelast, also auch seine relative Belastung sich erhöht hat von 30,8 % der Gesamtumlage in 1907 auf 38,3 % in 1908, 37,9 % in 1909 und 37,7 % in 1910. Damit ist die relative Belastung der Liegenschaftsvermögen wieder etwas höher als sie vor Einführung der Gewerbe- und allgemeinen Einkommensteuer, die 1886 stattfand, gewesen war. Sie betrug nämlich 1880 37,3 %, fiel 1886 auf 31,7 % und erhielt sich ungefähr auf dieser Höhe bis 1907.

2. Auf welchen Ursachen beruht diese Mehrbelastung des Liegenschaftsbesitzes?

Da mit dem 1. Januar 1908 das Vermögenssteuergesetz für die Staatsbesteuerung und die dadurch bedingte Änderung der Gemeindebesteuerung in Wirksamkeit trat, so lag nach der Regel „post hoc, ergo propter hoc“ der Schluß nahe, daß die absolute und relative Mehrbelastung des Liegenschaftsvermögens durch Umlagen lediglich von der neuen Gesetzgebung herrühre. Um aber die wirklichen Ursachen der Verschiebung zu ergründen, darf man nicht einfach die Zahlen von 1907 mit denen der folgenden Jahre vergleichen; man muß vielmehr die Ergebnisse der Jahre der neuen Gesetzgebung mit den Zahlen vergleichen, die sich ergeben hätten, wenn die frühere Gesetzgebung in diesen Jahren (1908/10) in Kraft geblieben wäre. Denn für die Höhe der Umlagelast ist nicht nur das Gesetz, sondern vor allem der Umlagebedarf maßgebend. Nun ergeben aber die obigen Zahlen, daß der Umlagebedarf der Stadt gestiegen ist von 2 274 278 M im Jahre 1907 auf 3 306 289 M in 1908 und auf 3 806 535 M in 1910. Hätte dieser ganz bedeutend gesteigerte Umlagebedarf nach Maßgabe der früheren (noch 1907 geltenden) Gesetzgebung umgelegt werden müssen, so hätte sich für die Jahre 1908 bis 1910 folgendes ergeben:

	Umlagefuß	Grund- und Häusersteuerkapitals	Belastung des und Häusersteuerkapitals	%, des Umlagebedarfs
	M	M		
1908:	72,7	1 047 500	=	31,9
1909:	71,3	1 069 500	=	31,4
1910:	76,5	1 224 000	=	32,1

Hieraus geht hervor, daß auch unter Beibehaltung der alten Gesetzgebung eine bedeutende absolute Mehrbelastung des Grund- und Hausbesitzes eingetreten wäre, nämlich von rund 700 000 M im Jahre 1907 auf 1 047 000 M in 1908 und 1 224 000 M in 1910. Die wirklich eingetretene Mehrbelastung ist freilich noch um rund 200 000 M höher; aber nur dieser Betrag stellt die Mehrbelastung des Liegenschaftsvermögens infolge der Gesetzgebung von 1906 dar.

Die Antwort auf die Frage 2 lautet also:

Die absolute Mehrbelastung der Grund- und Häusersteuerkapitalien mit Gemeindeumlagen ist zum überwiegenden Teil auf die außerordentliche Steigerung des Umlagebedarfs in den Jahren 1908 und 1910, die verhältnismäßige Mehrbelastung dagegen ist größtenteils auf die Steuergesetzgebung des Jahres 1906 zurückzuführen. Dabei ist indessen zu beachten, daß ein großer Teil dieser Mehrbelastung auf die unbedauten Grundstücke (Bauplätze) entfällt, die vor der Neueinschätzung für die Vermögensbesteuerung fast gar nicht an den Gemeindefasten teilgenommen hatten, weil sie dazu nur nach ihrem landwirtschaftlichen Ertragswert, nicht nach ihrem wirklichen (Verkaufs-) Wert herangezogen waren.

3. In welchem Umfange tritt eine Entlastung des Grund- und Hausbesitzes infolge der neuesten Gesetzesänderung von 1910 ohne Weiteres ein?

Wie schon in der Einleitung angeführt, bringt die am 1. Januar 1911 in Kraft tretende neue Gemeindegesetzgebung eine Entlastung des Liegenschaftsvermögens in zweifacher Hinsicht: einmal durch die stärkere Heranziehung des Kapitalvermögens zur Gemeindebesteuerung mittelst abermaliger Hinaufsetzung des höchsten Umlagefußes für das Kapitalvermögen von 10 $\%$ (bis 1907 8,8 $\%$) auf 16 $\%$ und sodann durch die Einführung des progressiven Einkommensteuertarifs in die Gemeindebesteuerung.

Wie diese Bestimmungen im Jahre 1911 tatsächlich wirken werden, kann zurzeit noch nicht berechnet werden, weil weder die Steuerwerte noch der Umlagebedarf für 1911 schon bekannt sind. Es kann also vorerst nur mit den Verhältnissen des Jahres 1910 gerechnet werden.

Eine Berechnung darüber, wie die neuen Bestimmungen in Karlsruhe gewirkt hätten, wenn sie schon im Jahre 1910 in Geltung gestanden hätten, hat folgendes Ergebnis:

Es hätten betragen:

	Steuerwerte bzw. steuerpflichtige Einkommen	Umlagefuß bzw. $\%$	der Umlage- ertrag	
	<i>M</i>	$\%$	<i>M</i>	$\%$
vom Liegenschaftsvermögen	409 820 190	31,5	1 290 934	33,9
vom Betriebsvermögen	183 888 200	31,5	579 248	15,2
vom Kapitalvermögen	455 519 500	15,75	717 443	18,8
das Einkommen	388 128 000	50,4 $\%$ der Tariffätze	1 222 603	32,1
			3 810 228	

Der Vergleich des Ergebnisses mit den oben (Ziffer 1) mitgeteilten tatsächlichen Zahlen des Jahres 1910 zeigt,

daß das Liegenschaftsvermögen entlastet ist: absolut um $1\,434\,371 - 1\,290\,934 = 143\,437$ *M*, im Umlagefuß um $35 - 31,5 = 3,5$ $\%$ und im Anteilsverhältnis um $37,7 - 33,9 = 3,8$ $\%$,

daß das Gewerbevermögen gleichfalls entlastet ist absolut um $643\,609 - 579\,248 = 64\,361$ *M*, um $35 - 31,5 = 3,5$ $\%$ im Fuß und um $16,9 - 15,2 = 1,7$ $\%$ im Anteilsverhältnis,

daß dagegen das Kapitalvermögen eine Mehrbelastung erfährt: absolut um $717\,443 - 455\,519 = 261\,924$ *M*, um $15,75 - 10 = 5,75$ $\%$ im Fuß und um $18,8 - 12 = 6,8$ $\%$ im Anteilsverhältnis,

während das Einkommen in geringem Maße entlastet ist: absolut um $1\,273\,036 - 1\,222\,603 = 50\,433$ *M* und um $33,4 - 32,1 = 1,3$ $\%$ im Anteilsverhältnis.

Die Mehrbelastung des Kapitalvermögens bewirkt also eine so bedeutende Entlastung aller übrigen Steuerträger, daß sie die an sich eintretende Mehrbelastung der Einkommen nicht in die Erscheinung treten läßt, vielmehr trotz dieser Mehrbelastung noch eine Entlastung der Einkommen herbeiführt.

4. Ist eine noch weiter gehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens durch Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte oder Erhöhung des Einkommensteuerfußes gemäß § 107 Absatz 2 der Städteordnung notwendig und angängig?

Wie schon in der Einleitung erwähnt, gestattet § 107 Absatz 2 der Städteordnung in der Fassung des Gesetzes vom 26. September 1910 künftighin der Gemeinde-Autonomie in

zweierlei Art, von dem im Gesetze bestimmten Belastungsverhältnis der Steuerquellen abzuweichen: Es kann bestimmt werden, entweder daß die Steuerwerte des Liegenschaftsvermögens beim Umlageausschlag mit einer Ermäßigung von höchstens einem Viertel in Berechnung kommen, oder daß die Einkommen mit einem niedrigeren oder einem höheren als dem gesetzlichen Verhältnis herangezogen werden. Während nämlich das Gesetz vorsieht, daß für je 1 M Umlage auf das Liegenschaftsvermögen 1,6 % der staatlichen Einkommensteuereinkünfte zu erheben sind, kann dieses Prozentverhältnis bis auf 1,3 % ermäßigt oder bis auf 2 % erhöht werden. Soll von der einen oder der anderen dieser Möglichkeiten Gebrauch gemacht werden, so wäre darüber auf Antrag des Stadtrats vom Bürgerausschuß spätestens bei der Feststellung des Voranschlags Beschluß zu fassen. Dieser Beschluß bedürfte der Staatsgenehmigung und würde für fünf Jahre Geltung haben, also für die Jahre 1911 bis 1915.

Bei der Prüfung der gestellten Frage wird zunächst festzustellen sein, ob die zufolge der mehrerwähnten Gesetzesänderung schon an und für sich eintretende Erleichterung des Liegenschaftsvermögens nicht als ausreichend angesehen werden kann.

Nach den Darstellungen unter Ziffer 3 hätte bei Anwendung der neuen Bestimmungen auf die Umlageberechnung des Jahres 1910 das Liegenschaftsvermögen eine Entlastung um 143 437 M erfahren, während nach dem Ergebnis der unter Ziffer 2 angestellten Untersuchung die dem Liegenschaftsvermögen infolge der Gesetzgebung von 1906 im Jahre 1910 tatsächlich auferlegte Mehrbelastung rund 200 000 M beträgt. Zieht man hieran die Entlastung, die das Gesetz von 1910 ergibt, mit 143 437 M ab, so reduziert sich die Mehrbelastung auf rund 55 000 M oder etwa ein Drittel. Dem entsprechend ist auch das prozentuale Anteilsverhältnis des Liegenschaftsvermögens an der gesamten Umlagelast, das 1907: 30,8 % und 1910: 37,7 % betrug, auf 33,9 % herabgedrückt, während es unter Beibehaltung der bis 1907 in Kraft gewesenen Gesetzgebung 32,1 betragen haben würde.

Man kann also wohl sagen, daß durch die nun in Kraft tretenden gesetzlichen Bestimmungen die Belastung des Liegenschaftsvermögens nahezu auf das Verhältnis von 1907 herabgedrückt und jedenfalls dem Zustand bedeutend genähert wird, der eingetreten wäre, wenn die bis 1907 geltende Gesetzgebung fortgedauert hätte, also die sogenannte Vermögenssteuer in der Gemeindebesteuerung nicht eingeführt worden wäre. Dabei ist noch darauf hinzuweisen, daß, wie am Schlusse von 1 erwähnt, in früherer Zeit (vor Einführung der Einkommensteuer) die anteilsmäßige Belastung der Liegenschaften ebenso hoch war wie 1910; im Jahre 1880 betrug sie z. B. 37,7 %. Ferner ist zu beachten, daß in den 3 Jahren, in denen bis jetzt das Vermögenssteuergesetz in Anwendung gekommen ist (1908 bis 10) dieses Anteilsverhältnis eine langsam sinkende Tendenz gezeigt hat (38,3 %, 37,9 %, 37,7 %), was daher rührt, daß die übrigen Vermögenssteuerverte und die Einkommensteuereinkünfte verhältnismäßig rascher zugenommen haben, als die Liegenschaftssteuerverte. Es ist anzunehmen, daß diese Erscheinung andauert und dadurch allein schon von Jahr zu Jahr das Anteilsverhältnis der Liegenschaften weiter zurückgeht und in kurzer Zeit die frühere Zahl (31 bis 32 %) wieder erreicht.

Schon hiernach wird in Karlsruhe die Voraussetzung, welche die Großherzogliche Regierung für die Genehmigung eines auf die Abweichung vom gesetzlichen Verteilungsmaßstab zielenden Gemeindebeschlusses aufgestellt hat, nämlich „eine unerträgliche, gegen früher allzusehr gesteigerte Belastung der Grundeigentümer“ (Seite 92 der Regierungsvorlage vom 21. Januar 1910) nicht wohl als gegeben anerkannt werden können, um so weniger als — wie unten noch näher dargelegt werden soll — für den einzelnen Grundbesitzer die Anwendung

der vom Gesetze zugelassenen Maßnahmen keine nennenswerte Erleichterung bedeuten, für die Gemeinde aber empfindliche Nachteile mit sich bringen würde.

Immerhin sind Berechnungen über die Wirkung der einzelnen möglichen Abweichungen vom gesetzlichen Verteilungsverhältnis angestellt worden. Ihr Ergebnis ist in der anliegenden Tabelle niedergelegt. Unter V bis VII ist die Wirkung der Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte um 25 %, 18 % und 10 %, unter VIII bis XI die der Heranziehung der Einkommen mit 170-, 180-, 190- und 200fachem Betrag der Normalsteuersätze (= 1,7 %, 1,8 %, 1,9 % und 2 % der Normalsteuersätze pro Umlagepfennig des Liegenschaftsvermögens) dargestellt.

Die Ergebnisse der Berechnungen unter V bis VII zeigen, daß durch Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte eine Entlastung derselben herbeigeführt wird, die schon bei 10 prozentigem Abzug (VII) das Steuererträgnis des Liegenschaftsvermögens unter den Betrag herabdrückt, den es bei Fortdauer der alten Gesetzgebung zu tragen gehabt hätte (II). Diese Entlastung geschieht natürlich auf Kosten aller übrigen Steuerquellen, des Gewerbe- und Kapitalvermögens, sowie des Einkommens. Insbesondere wird in allen drei Fällen der höchste zulässige Umlagefuß (16 S) für das Kapitalvermögen erreicht. Der Umlagefuß des Gewerbevermögens steigt von 31,5 S auf 35, 34 oder 33 S , der des Einkommens von 50,4 % der Staatssteuersätze auf 56 %, 54,4 % und 52,8 %.

Eine Vergleichung mit den Verhältnissen von 1907 (frühere Gesetzgebung) ergibt eine Mehrbelastung des Kapitalvermögens um $728\,831 - 297\,353 = 431\,478 \text{ M} = 145\%$, wogegen die Belastung des Liegenschaftsvermögens nach dem gesetzlichen Verteilungsmaßstab um $1\,290\,934 - 698\,763 = 592\,171 \text{ M} = 84\%$ steigen würde. Die Mehrbelastung der Einkommen, die natürlich gleichfalls die Besitzer von Kapitalvermögen mitbetrifft, würde im Falle V der Anlage $1\,358\,448 - 776\,559 = 581\,889 \text{ M} = 75\%$ betragen.

Eine so rigorose Mehrbelastung des Kapitalvermögens und des Einkommens müßte sowohl vom Standpunkte des allgemeinen städtischen Interesses wie von dem des Hausbesitzes selbst ernstlichen Bedenken begegnen. Dazu kommt ein mehr äußerliches Moment, daß nämlich bei Ermäßigung des Liegenschaftsteuerwerts für jede Art von Steuerkapital ein anderer Umlagefuß entsteht und dadurch das ganze Besteuerungssystem außerordentlich kompliziert, unübersichtlich und schwer vergleichbar wird. Der erhöhte Umlagefuß für das Gewerbevermögen würde überdies dem Bestreben der Stadtverwaltung, neue gewerbliche Unternehmungen für Karlsruhe zu gewinnen, nicht förderlich sein.

In mehrfacher Hinsicht anders wirkt natürlich der erhöhte Beizug der Einkommen (VIII bis XI der Tabelle). Die Mehrbelastung der Einkommen kommt hier allen Kategorien der Vermögenssteuerwerte zu gut, entlastet also nicht nur das Liegenschafts-, sondern auch das Gewerbe- und das Kapitalvermögen. Auch bleibt hier der Umlagefuß für Liegenschafts- und Gewerbevermögen gleich. Um aber eine wirksame Entlastung des Liegenschaftsvermögens zu erreichen, etwa bis zu dem Betrag, den dieses Vermögen im Falle der fortdauernden Geltung des Ertragssteuersystems im Jahre 1910 zu tragen gehabt hätte (1 224 000 M), müßte mit dem 190fachen Betrag der staatlichen Einkommensteuersätze gerechnet werden (X der Tabelle), was die Mehrbelastung des Einkommens noch etwas höher schrauben würde, als im Falle der Ermäßigung der Liegenschaftswerte um 25 % (V der Tabelle), damit aber immerhin nur etwa die nach dem gesetzlichen Verteilungsmodus eintretende Erleichterung der Einkommen gegenüber dem tatsächlichen Zustand von 1910 ausgleichen würde. Denn der Beizug der Einkommen mit 56,43 % der Normalsteuersätze, der in diesem Fall sich ergeben würde, entspricht — abgesehen von der Progression — etwa dem Umlagefuß von 2,10 M , der 1910 für die Einkommensteueranschlüsse bestand.

Es könnte hienach wohl höchstens eine Abweichung vom gesetzlichen Maßstab im Sinne eines erhöhten Bezugs der Einkommen (1,9 %) in Betracht kommen.

Es fragt sich aber weiter, ob eine solche Maßnahme auch vom Standpunkt der einzelnen Steuerpflichtigen aus empfohlen werden kann, ob sie also eine gerechtere Verteilung der Steuerlast in einer für den Steuerpflichtigen fühlbaren und wünschenswerten Weise zu bewirken geeignet ist.

Um darüber einigermaßen Klarheit zu erlangen, sind die Wirkungen der möglichen Maßnahmen für eine größere Zahl von Steuerpflichtigen berechnet worden. Natürlich sind die Ergebnisse sehr verschieden je nach der Art der Steuerkapitalien der einzelnen Pflichtigen; je nachdem ein Steuerpflichtiger nur Einkommen oder auch Vermögen zu versteuern hat und je nachdem dies Vermögen Liegenschaftsbesitz, Gewerbe- oder Kapitalvermögen oder aus mehreren dieser Kategorien zusammengesetzt ist, muß natürlich dieselbe Maßnahme ganz verschiedene Wirkungen für ihn ergeben.

Im ganzen aber läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß wirklich ins Gewicht fallende Entlastungen der einzelnen Hausbesitzer nur bei sehr großen Steuerkapitalien eintreten, daß dagegen bei kleineren Verhältnissen, wie sie insbesondere beim Handwerkerstand, sowie beim mittleren und kleineren Beamten in Betracht kommen, die entstehenden Verschiebungen sehr gering sind und zuweilen nur Pfennigbeträge ergeben, weil eben eine beim Liegenschaftsvermögen eintretende Erleichterung durch die Mehrbelastung des sonstigen Vermögens und des Einkommens meist wieder aufgehoben wird. Andererseits aber würden die lediglich auf unfundiertes Einkommen (Arbeitsverdienst) und auf Renteneinkommen angewiesenen Personen dadurch unverhältnismäßige Mehrbelastungen erfahren. —

Angeichts der fortgesetzten Klagen des Grund- und Hausbesitzervereins über die hohe Umlagebelastung des Hausbesitzes und dessen wenig günstige wirtschaftliche Lage sind nun auch Ermittlungen über die Rentabilität einer größeren Zahl von Häusern verschiedenster Art und Lage angestellt worden. Dabei hat sich zunächst ergeben, daß im Verlauf der letzten drei Jahre in sehr vielen Fällen die Mieten gesteigert worden sind und zwar oftmals nicht nur um den Betrag der Steuererhöhung, sondern um weit höhere Beträge, daß also die Mehrbelastung durch die Umlage vielfach auf die Mieter abgewälzt wurde. Auch aus diesem Grunde erscheint eine weitergehende Entlastung des Liegenschaftsvermögens auf Kosten der Einkommensteuerpflichtigen nicht angängig.

Sodann hat sich ergeben, daß die Höhe der Umlagen für die wirtschaftliche Lage des Hausbesitzes keineswegs eine so tiefgreifende Bedeutung hat, wie die Agitation der Hausbesitzervereine es darstellt. Von den gesamten Ausgaben, die die Besitzer der in die Ermittlung einbezogenen Häuser für diese zu machen hatten, entfällt auf die Umlagen nur 7,33 %, während auf Hypothekenzinsen allein 73,06 %, auf normale Unterhaltung 10,65 %, auf Wasserzins 3,87 %, auf Feuerversicherung 1,74 %, Versicherung gegen Haftpflicht, Wasserschaden u. s. w. 1,46 % kam.

Die Bruttorente der Häuser schwankt zwischen 4,8 und 6,63 % des Kaufwerts, sie beträgt im gesamten 5,71 %. Die Rente des nicht durch Hypotheken belasteten Wertteils (Nettorente des eigenen Kapitals des Besitzers) schwankt zwischen 1,77 und 9,78 %, sie stellt sich insgesamt auf 4,72 %, geht also immerhin noch um fast $\frac{3}{4}$ % über den zur Zeit landesüblichen Zinsfuß von 4 %, der übrigens bei einer Kapitalanlage in Staatspapieren schon nicht mehr erzielt wird, hinaus.

Hienach können auch die Klagen des Hausbesitzervereins über mangelnde Rentabilität der Häuser zur Zeit im allgemeinen nicht mehr als gerechtfertigt angesehen werden. Die fortgesetzten Klagen dieser Art sollten daher verstummen, ganz abgesehen davon, daß sie den Grundkredit schädigen, die Kauf- und Unternehmungslust ersticken und die Anziehungskraft der Stadt schwächen, also auch Wirkungen nach sich ziehen, die keineswegs zum Vorteil der Hausbesitzer reichen.

Nach eingehender Prüfung aller für die gestellten Fragen wichtigen Gesichtspunkte komme ich daher zu dem Ergebnis:

daß für die Stadt Karlsruhe eine Abweichung von der in § 107 Absatz 1 der Städteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 1910 festgesetzten Art der Umlageberechnung auf Grund des Absatzes 2 daselbst weder notwendig noch zweckmäßig ist.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1910.

Siegriß

Oberbürgermeister.

Anlage.

Vergleichende Darstellung des Umlageausfalls.

D.3.	Art der Steuerkapitalien.	Steuerwerte.	Umlage- fuß.	Umlage- ertrag.	Prozent- verhält- niß.
I. Wirklicher Umlageausfall 1907. (Ertragsteuersystem.)					
		<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	
1.	Liegenschaftsvermögen	139 752 700	50	698 763	30,8
2.	Betriebsvermögen	100 320 600	50	501 603	22,0
3.	Kapitalvermögen	337 900 810	8,8	297 353	13,1
4.	Einkommensteueransätze	51 770 575	150	776 559	34,1
				2 274 278	
II. Umlage des 1910er Umlagebedarfs auf die 1907er Steuerkapitalien (Er- tragsteuersystem) nach Hinzurechnung des normalen Zuwachses von 1907 bis 1910.					
1.	Liegenschaftsvermögen	160 000 000	76,5	1 224 000	32,1
2.	Betriebsvermögen	113 000 000	76,5	864 450	22,7
3.	Kapitalvermögen	377 000 000	8,8	331 760	8,7
4.	Einkommensteueransätze	60 662 300	229,5	1 392 200	36,5
				3 812 410	
III. Wirkliche Umlage 1910. (Vermögenssteuersystem nach Gesetz von 1906.)					
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	35	1 434 371	37,7
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	35	643 609	16,9
3.	Kapitalvermögen	455 519 500	10	455 519	12,0
4.	Einkommensteueransätze	60 620 774	210	1 273 036	33,4
				3 806 535	
IV. Normale Umlage des 1910er Be- darfs nach den Bestimmungen über die Gemeindesteuerjahre von 1910.					
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	31,5*)	1 290 934	33,9
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	31,5	579 248	15,2
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>M</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	15,75	717 443	18,8
4.	Einkommen	388 128 000	50,4 $\frac{0}{10}$	1 222 603	32,1
	Summe .		(*) genau 31,46)	3 810 228	

D.3.	Art der Steuerkapitalien.	Steuerverte.	Umlage- fuß.	Umlage- ertrag.	Prozent- verhält- nis.
		<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	
	V. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte auf 75 %.				
1.	Liegenschaftsvermögen 409 820 190 bezw.	307 365 143	26,25	1 075 778	28,3
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	35*)	643 609	16,9
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>M</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	16	728 831	19,1
4.	Einkommen	388 128 000	56 %	1 358 448	35,7
	Summe . .		(*) genau 34,99)	3 806 666	
	VI. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte auf 82 %.				
1.	Liegenschaftsvermögen 409 820 190 bezw.	336 052 556	27,88	1 142 579	29,9
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	34*)	625 220	16,4
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>M</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	16	728 831	19,1
4.	Einkommen	388 128 000	54,4 %	1 319 637	34,6
	Summe . .		(*) genau 33,88)	3 816 267	
	VII. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Ermäßigung der Liegenschaftsteuerwerte auf 90 %.				
1.	Liegenschaftsvermögen 409 820 190 bezw.	368 838 171	29,7	1 217 166	31,7
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	33*)	606 831	15,8
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>M</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	16	728 831	19,0
4.	Einkommen	388 128 000	52,8 %	1 280 822	33,4
	Summe . .		(*) genau 32,7)	3 833 650	
	VIII. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Beizug der Einkommen mit dem 170fachen Betrag der Summe der Normalsteuersätze.				
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	31*)	1 270 443	33,2
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	31	570 053	14,9
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>M</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759,750	15,5	706 055	18,5
4.	Einkommen . . 388 128 000 <i>M</i> bezw.	412 386 000	52,7 %	1 278 397	33,4
	Summe . .		(*) genau 30,85)	3 824 948	

D.3.	Art der Steuerkapitalien.	Steuerwerte.	Umlage- fuß.	Umlage- ertrag.	Prozent- verhält- nis.
		<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	<i>ℳ</i>	
	IX. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Bezug der Einkommen mit dem 180fachen Betrag der Summe der Normalsteuereinfälle.				
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	30,25*)	1 239 706	32,6
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	30,25	556 262	14,6
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>ℳ</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	15,125	688 973	18,1
4.	Einkommen . . . 388 128 000 <i>ℳ</i> bzw.	436 644 000	54,45 $\frac{0}{10}$	1 320 848	34,7
	Summe . .		(*) genau 30,25 $\frac{0}{10}$)	3 805 789	
	X. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Bezug der Einkommen mit dem 190fachen Betrag der Summe der Normalsteuereinfälle.				
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	29,7*)	1 217 166	31,9
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	29,7	546 148	14,3
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>ℳ</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	14,85	676 446	17,8
4.	Einkommen . . . 388 128 000 <i>ℳ</i> bzw.	460 902 000	56,43 $\frac{0}{10}$	1 368 879	35,9
	Summe . .		(*) genau 29,68 $\frac{0}{10}$)	3 808 639	
	XI. Umlegung des 1910er Bedarfs unter Bezug der Einkommen mit dem 200fachen Betrag der Summe der Normalsteuereinfälle.				
1.	Liegenschaftsvermögen	409 820 190	29,2*)	1 196 675	31,4
2.	Betriebsvermögen	183 888 200	29,2	536 954	14,1
3.	Kapitalvermögen 455 519 500 <i>ℳ</i> $\frac{1}{2}$ =	227 759 750	14,6	665 058	17,4
4.	Einkommen . . . 388 128 000 <i>ℳ</i> bzw.	485 160 000	58,4 $\frac{0}{10}$	1 416 667	37,1
	Summe . .		(*) genau 29,13 $\frac{0}{10}$)	3 815 354	

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Jura
vom 22. Mai 1911 No. 23622.

Karlsruhe, den 13. März 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben,

1. daß in der Hilfspumpstation im Stadtgarten an Stelle der Dampfmaschinen eine elektrisch betriebene Zentrifugalpumpe samt Zubehör aufgestellt,
2. daß der hierfür sowie für die erforderlichen baulichen Änderungen in dem Maschinenhaus aufzuwendende Kostenbetrag von 8000 M. aus Anlehensmitteln bestritten und
3. daß zur Tilgung dieses Betrages innerhalb 20 Jahren außer der jährlichen Annuität von 1,1 % dem Anlehensfonds eine Amortisationsrate von jährlich 2,4 % aus Wirtschaftsmitteln zugeführt werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Sacher.

Begründung.

Unterm 11. Oktober 1892 hat der Bürgerausschuß beschlossen, einem Antrage der Direktion der Gas- und Wasserwerke entsprechend, an Stelle zweier älterer Dampfmaschinen und Dampfkessel im städtischen Wasserwerk eine neue Dampfmaschine und 2 neue Dampfkessel aufzustellen, die beiden älteren Maschinen samt Dampfkesseln aber mit einem Kostenaufwand von 30 000 M. behufs Versorgung des Stadtgartens mit Wasser am Fuße des Lauterbergs in einem besonderen Gebäude wieder aufzustellen. Die Errichtung einer Hilfspumpstation wurde damals in erster Linie beantragt, um das im Sommer stark in Anspruch genommene Wasserwerk im Rüppurrer Wald zu entlasten. Für die allgemeine Versorgung des Stadtgebietes muß das Wasser durch das Werk im Rüppurrer Wald auf eine erhebliche Höhe gefördert werden, während für die Wasserversorgung des Stadtgartens eine verhältnismäßig geringe Druckhöhe ausreicht. Seit dem Jahre 1893 versorgt die Hilfspumpstation am Lautenberg, die einen tatsächlichen Aufwand von 37 484 M. erfordert hat, den Stadtgarten während der Sommermonate mit Wasser. Die Anlage ist jedoch nur an trockenen Tagen im Betrieb; bei Regentagen ruht sie. Bei raschem

Eintritt warmen Wetters aber hat sich der Mißstand ergeben, daß die Hilfspumpstation nicht sofort Wasser fördern kann, weil vor der Inbetriebnahme der Pumpen zunächst der Dampfkessel in Dienst gestellt werden muß; bis in diesem der nötige Dampfdruck erreicht wird, vergehen jeweils mehrere Stunden. Um diesem Mißstand abzuhelpen, hat die städtische Gartendirektion die Erstellung eines Hochbehälters für die Wasserversorgung des Stadtgartens beantragt, der im Bedarfsfalle das erforderliche Wasser solange liefern sollte, bis die Pumpen Wasser fördern.

Eine eingehende Untersuchung des Vorschlags der Gartendirektion hat indes ergeben, daß die Kosten eines besonderen Wasserhochbehälters für den Stadtgarten sehr erheblich wären und daß zudem ein solcher Hochbehälter in ästhetischer Beziehung wenig befriedigen würde. Es wurde deshalb nach einer andern Lösung gesucht und gefunden, daß die Aufstellung einer elektrisch betriebenen Pumpe im Anschluß an das städtische Elektrizitätswerk nicht nur den Bedürfnissen des Stadtgartens am besten entsprechen, sondern auch wirtschaftliche Vorteile bieten würde. Die Aufstellung einer elektrisch betriebenen Pumpe läßt sich nunmehr leicht ausführen, weil seit der Inangriffnahme des Bahnhofneubaus ein Kabel des städtischen Elektrizitätswerkes in der Nähe des Lauterbergs vorbeigeführt ist, das Strom für den Betrieb der beim Bau des Bahnhofs verwendeten Maschinen liefert.

Die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke schlägt vor, die alten Maschinen und den Dampfkessel der Hilfspumpstation zu veräußern und im südlichen Teil des Maschinenraums der Hilfspumpstation in einem daselbst zu erstellenden Kellerschacht eine elektrisch betriebene Zentrifugalpumpe nebst den nötigen elektrischen Einrichtungen und Schaltapparaten aufzustellen und die Pumpe einerseits an die Saugleitung des bestehenden Brunnens, andererseits an die Druckwasserleitung des Stadtgartens anzuschließen. Die Kosten der baulichen Veränderungen, der Lieferung und Aufstellung der Pumpe nebst allem Zubehör sowie die Vornahme einiger kleiner Ergänzungen am Druckrohrnetz des Stadtgartens sind zu 8000 *M* veranschlagt.

Während der Betrieb der alten Pumpenanlage eine beständige Überwachung durch einen Maschinisten erforderte, beansprucht die in Vorschlag gebrachte elektrisch betriebene Zentrifugalpumpe nur eine ganz geringe Wartung, die einem Arbeiter des Stadtgartens übertragen werden kann. Nach der Inbetriebstellung der Pumpe kann sie sich selbst überlassen bleiben. Der Aufwand an Heizmaterial für den Betrieb der alten Anlage war ein verhältnismäßig hoher, weil die Dampfmaschinen ohne Kondensation arbeiten. Der Betrieb einer elektrisch angetriebenen Pumpe im Anschluß an das mit wirtschaftlich vorteilhaft arbeitenden Dampfmaschinen ausgestattete städtische Elektrizitätswerk erfordert unter Berücksichtigung sämtlicher Verluste nur einen Bruchteil an Heizmaterial gegenüber dem früheren Betrieb. Der Aufwand für den Betrieb der Hilfspumpstation wird nach Aufstellung einer elektrisch betriebenen Zentrifugalpumpe unter Einrechnung der Verzinsung und Tilgung des im Jahre 1892 aufgewendeten Kapitals und des Betrages für die Neuanlagen bei der gleichen Wasserförderung wie bisher jährlich um rund 2000 *M* geringer sein als beim Betrieb der alten Pumpe. Da, wie bereits erwähnt, eine elektrisch betriebene Zentrifugalpumpe jederzeit ohne besondere Vorkehrungen in Tätigkeit gesetzt werden kann und zudem einen Hochbehälter entbehrlich macht, ist die geplante Neuanlage sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die an eine Wasserversorgungsanlage zu stellenden Anforderungen das zweckmäßigste, was für die Versorgung des Stadtgartens mit Wasser in Vorschlag gebracht werden kann.

Für den Fall, daß später die Aufstellung einer zweiten derartigen Pumpe notwendig wird, soll bei den vorzunehmenden baulichen Änderungen ein entsprechender Platz in dem Maschinenhaus vorgesehen werden.

Rings um den Stadtgartensee sind an das Rohrnetz der Hilfspumpstation mehrere Hydranten angeschlossen. Sie sollen vom nächsten Winter an zur Instandhaltung der Eisbahn des Stadtgartensees in Benützung genommen werden. Zu diesem Zwecke sind aber einige Absperrschieber in die im allgemeinen nicht frostsicher verlegte Stadtgarten-Wasserleitung einzubauen. Die Hydranten sollen während der Instandsetzung der Eisbahn durch einen Schlauch mit der am Nordende des Sees verlegten städtischen Trinkwasserleitung in Verbindung gebracht werden; zur Vermeidung des Rückfließens von Wasser aus der Stadtgartenleitung in die Trinkwasserleitung ist der Schlauch jeweils nach Beendigung der Arbeiten wieder zu entfernen. Ein Einfrieren der Hydrantenleitung ist nicht zu befürchten, weil während der Arbeiten an der Eisbahn das Wasser in dieser Leitung sich stets in Bewegung befindet. Die Kosten für den Einbau der erforderlichen Wasserschieber und für die Beschaffung des Verbindungsschlauches sind zu 200 *M* veranschlagt und in den angeforderten Kredit von 8 000 *M* eingerechnet.

Für die Aufstellung der neuen Pumpe nebst Zubehör wird, wie oben ausgeführt, nur ein Teil des Gebäudes der Hilfspumpstation in Anspruch genommen. Der andere Teil soll der Gartendirektion zur Überwinterung von Zierpflanzen überwiesen werden. Die wegen der Bahnhofsverlegung an den Anlagen des Stadtgartens vorzunehmenden Änderungen werden sich auf den Teil, auf welchem die Pumpstation steht, nicht erstrecken; es kann daher die Frage der weiteren Verwendung dieses Gebäudes unabhängig von der Frage der Neugestaltung des südlichen Teils des Stadtgartens behandelt werden. Sollte die neue Umgebung dieses Gebietes eine Änderung des Gebäudes der Hilfspumpstation — insbesondere etwa die Ersetzung ihres Wellblechdachs durch eine ansprechendere Deckung — gebieten, so läßt sich dies auch nach Aufstellung der elektrisch betriebenen Pumpe jederzeit ausführen.

Die Lebensdauer der neuen Pumpenanlage ist zu 20 Jahren zu schätzen, der bei einem Zinsfuß von 4 % eine Tilgungsquote von rund 3,5 % entspricht. Bei einer Annuität von 1,1 % ist daher eine verstärkte Tilgung von jährlich 2,4 % des Anlagekapitals vorzunehmen.

Siegriß.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 22. Juni 1911 No. 23621.

Karlsruhe, den 5. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß zur Verbesserung der Gasversorgung im südwestlichen und westlichen Stadtgebiet folgende im beigegebenen Übersichtsplan des Gasrohrnetzes rot eingezeichnete Hauptrohrstränge neu hergestellt werden:

1. vom Gaswerk I durch die Sofien-, Lessing- und Garten-Straße bis zur Jolly-Straße, Linie a—b—c—d—e des Plans, lichte Weite 600 mm, mit einem Kostenaufwand von 50 000 Mk.
 2. in der Kaiser-Allee von der Blücher-Straße bis zur Philipp-Straße, Linie f—g des Plans, lichte Weite 300 mm, mit einem Kostenaufwand von 20 000 Mk.
- und daß die für diese Erweiterungen des Gasrohrnetzes aufzuwendenden Kosten im Gesamtbetrage von 70 000 Mk. aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Lacher.

Begründung.

Wie in dem nachstehend abgedruckten eingehenden Bericht der Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke dargelegt ist, haben Gasdruckmessungen im Laufe des Jahres 1910 ergeben, daß sowohl im südwestlichen Stadtgebiet (südlich der Garten-Straße und westlich der Heierheimer Allee) wie auch im Stadtteil Mühlburg der Gasdruck nicht mehr den Anforderungen entspricht, die im Interesse einer geregelten Gasversorgung gestellt werden müssen.

Die Notwendigkeit einer besseren Gasversorgung der erwähnten Stadtgebiete ist durch die im Berichte der Gaswerksdirektion vom 21. März d. J. angeführten Feststellungen erwiesen. Was die zur Abhilfe erforderlichen Maßnahmen anbetrifft, so ist für die in Antrag Nr. 2 geforderte Strecke in der Kaiser-Allee eine weitere Begründung nicht erforderlich; eine

genügende Zufuhr von Gas nach Mühlburg kann eben nur durch Verlängerung des direkten Hauptrohrstranges gesichert werden. Dagegen wurden bezüglich einer besseren Versorgung der Südweststadt verschiedene technische Möglichkeiten geprüft, weil hier auch eine andere als die jetzt vom Gaswerk beantragte Lösung in Frage kommen konnte. Insbesondere kamen folgende Erwägungen in Betracht:

I. Bekanntlich führt ein Druckrohrstrang vom Gaswerk II durch die Krieg-Straße zum Gaswerk I. Mit Rücksicht hierauf wurde von der Gaswerkskommission zunächst erwogen, ob nicht der beantragte neue Rohrstrang gespart und der angestrebte Zweck durch direkte Entnahme aus diesem Druckrohrstrang (unter Einschaltung eines Druckreglers) erreicht werden könne.

Theoretisch war diese Möglichkeit, den Umweg über das Gaswerk I und die Kosten des neuen Hauptrohrs größtenteils zu ersparen, allerdings gegeben. Es müßte dann bei der Abzweigung ein Druckregler aufgestellt werden; da sich dessen Unterbringung in einem Wohnhaus oder öffentlichen Gebäude mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit verbietet, müßte dafür ein besonderes kleines Gebäude errichtet werden. Der Druckregler würde der Überwachung und Bedienung bedürfen; eine Berechnung ergab, daß die kapitalisierten Kosten hierfür in Verbindung mit den übrigen Aufwendungen sich erheblich höher stellen würden als die jetzt beantragte Legung eines Hauptrohrs.

II. Um bei dem unter I erörterten Anschluß an das Druckrohr in der Krieg-Straße zu bleiben, aber die Kosten der Überwachung und Bedienung zu sparen, wurde geprüft, ob nicht statt eines von Hand zu bedienenden vielmehr ein selbsttätiger, automatisch wirkender Druckregler eingebaut werden könne. Dann wäre, infolge des Wegfalls der Bedienungskosten für den Druckregler, der Anschluß an den Druckrohrstrang wahrscheinlich billiger als die Legung eines Hauptrohrs. Die Direktion der Gaswerke wurde beauftragt, sich darüber zu verlässigen, wo solche selbsttätigen Druckregler aufgestellt sind und welche Erfahrungen man damit gemacht hat.

Bei Beantwortung der gestellten Frage wies die Direktion der Gaswerke darauf hin, daß man im Laufe der Zeit aus wirtschaftlichen Gründen wahrscheinlich auf die zentrale Zündung der öffentlichen Gaslaternen übergehen müsse, weil mit einer solchen Zündung sowohl an Gas als auch an Löhnen gespart werden kann. Wenn die Gasversorgung der Südweststadt von dem genannten Druckrohrstrang aus erfolgen soll, so müßte ein aufzustellender, selbsttätiger Druckregler nicht nur die Drucksteigerung im Rohrnetz automatisch dem Gasverbrauch anpassen, sondern auch später, nach Einführung der zentralen Laternenzündung, selbsttätig die Druckwellen für Zündung und Löschung der öffentlichen Gaslaternen im südwestlichen Stadtgebiet geben.

Die Erkundigungen ergaben, daß ein solcher Regler mit zwangsläufiger Druckeinstellung und Druckwellengebung sich noch nirgends in Betrieb befindet. Mit Rücksicht hierauf erklärte die Direktion der Gaswerke, daß sie es vom Standpunkte der Betriebssicherheit nicht verantworten könne, die Gasversorgung eines großen Stadtgebietes von dem Funktionieren eines Apparates abhängig zu machen, der zum erstenmal ausgeführt wird und für dessen stetiges tadelloses Arbeiten die ausführende Firma keine Garantie übernimmt. Beim Versagen dieses Apparates würde der im Druckrohr herrschende hohe Druck in das Ortsnetz gelangen und die schwersten Störungen sowie Schädigungen herbeiführen.

Es muß der Gaswerksdirektion zugegeben werden, daß die bei Verwendung eines automatischen Druckreglers möglichen Ersparnisse (kapitalisiert bestenfalls etwa 14 000 Mk gegenüber dem jetzigen Vorschlag) nicht im Verhältnis stehen zu der Unsicherheit einer solchen Probeanlage und den möglicherweise daraus entstehenden Schäden. Außerdem würde die Anlage

als solche doch wieder eine ständige Überwachung erfordern und dadurch die scheinbare Ersparnis wahrscheinlich aufgehoben werden.

III. Unter diesen Umständen erweist sich der Vorschlag, von einer Anzapfung des Druckrohrs abzusehen, als begründet und es kann nur die Verlegung eines neuen Hauptrohrs in Betracht kommen.

Dieses Hauptrohr soll von dem westlichen Gaswerk I seinen Ausgang nehmen, obwohl die Herstellung von Gas dort in einigen Jahren aufhören und das Gelände größtenteils für andere Zwecke nutzbar gemacht werden soll. Mit Rücksicht auf diese bevorstehende grundlegende Veränderung wurde vor Genehmigung des Projektes auch die Frage eingehend erörtert, ob das Grundstück des Gaswerks I als Mittelpunkt für die Versorgung des westlichen Stadtgebiets auch fernerhin, nach Wegfall der dortigen Produktion, in gewisser Hinsicht beibehalten werden muß.

Diese Frage ist zu bejahen. Eine Prüfung des Gasrohrnetzes als Ganzen zeigt, daß im Gaswerk I der Centralpunkt sich befindet, von dem aus die großen Rohrstränge, die Hauptadern des Verteilungsnetzes für die Weststadt ausgehen. Das erklärt sich aus der früheren Versorgung der Stadt vom westlichen Gaswerk aus, wird aber durch Aufgeben der Fabrikation nicht geändert, denn eine grundlegend andere Orientierung des Rohrnetzes wäre nur durch neue Verlegung von Hauptrohren, unter großen Kosten, für deren Aufwendung kein praktischer Grund besteht, zu erreichen. Auch wenn im Gaswerk I kein Gas mehr erzeugt wird, ist dort die Beibehaltung einer Reglerstation erforderlich, um aus dem Druckrohr die daselbst zusammentreffenden Hauptstränge des Ortsverteilungsnetzes zu versorgen. Eine solche Reglerstation nimmt keinen erheblichen Platz in Anspruch, kann vielmehr in einem kleinen Häuschen untergebracht werden und beeinträchtigt die anderweite Verwertung des Geländes nicht.

Nach Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände läßt sich sonach das von der Gaswerksdirektion vorgelegte Projekt in seiner jetzigen Form als die beste Lösung der gestellten Aufgabe bezeichnen.

Die Verwendung von Anlehensmitteln rechtfertigt sich dadurch, daß hier Erweiterungen, nicht bloße Veränderungen des Gasrohrnetzes herzustellen sind, die zugleich dauernden Wert besitzen.

Die genauen Kostenvoranschläge liegen beim Gaswerk zur Einsicht für die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses auf.

Dr. Kleinschmidt.

Städt. Gas-, Wasser- und
Elektrizitätswerke.

Karlsruhe, den 21. März 1911.

1. Zu Anfang des verflossenen Jahres liefen Klagen über mangelhaften Gasdruck im südwestlichen Stadtgebiet, südlich der Garten-Straße und westlich der Beierthheimer Allee, sowie über ungenügendes Funktionieren der Gasbeleuchtungs- und Gasheizungseinrichtungen daselbst ein. Zwar fand damals in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein außerordentlich großer Gasverbrauch statt, namentlich zu Heiz- und Lötzwecken, da diese Fabrik zu jener Zeit besonders stark beschäftigt war und mit Überstunden arbeitete. Indessen haben genaue Untersuchungen und ausgedehnte Gasdruckmessungen die wir am 22. März 1910 in diesem Stadtgebiet anstellen ließen, ergeben, daß in der Hauptverbrauchszeit eine Druckabnahme von 60 mm auf 36 mm Wassersäule, also um 24 mm eintritt. Da die Druckminderung durch die Waffen- und Munitionsfabrik allein rechnungsgemäß nur 3,5 mm betragen würde, so ist an dem bedeutenden Druckabfall von 24 mm der Gasverbrauch der Patronenfabrik nicht allein beteiligt; vielmehr ist die Ursache darin zu suchen, daß das gesamte Verteilungsrohrnetz in diesem südwestlichen Stadtteil nicht in der Lage ist, das erforderliche Gas unter genügendem Druck zu liefern, weil es an genügend bemessenen Hauptzuleitungssträngen zu diesem Gebiet mangelt, wie dies der beigegebene Übersichtslageplan des Gasrohrnetzes erkennen läßt.

Inzwischen haben sich nun die Druckverhältnisse in diesem Stadtgebiet noch weiter ungünstig entwickelt und die eingangs erwähnten Klagen haben sich vermehrt. Wir glaubten anfänglich, durch eine Verstärkung der in der Beierthheimer Allee von der Krieg- bis zur Borholz-Straße und in dieser bis zur Karl-Straße liegenden Gasrohrstränge von 150 mm, beziehungsweise 100 mm l. B., auf 250 mm l. B. die gewünschte Druckverbesserung erzielen zu können. Allein eine eingehende Prüfung der Sachlage ließ uns erkennen, daß es zweckmäßiger sein wird, gleich gründliche Abhilfe zu schaffen durch Erstellung eines neuen großen Gasrohrstranges von 600 mm l. B., der vom Gaswerk I durch die Sofien-, Lessing- und Garten-Straße bis zur Abzweigung der Jolly- von der Garten-Straße zu führen ist, um ihn dort mit dem örtlichen Verteilungsrohrnetz zu verbinden; dieser Rohrstrang wird zugleich später auch die Aufgabe der Versorgung des Stadtgebietes zwischen der Krieg-Straße, der Brauer-Straße und der Weinbrenner-Straße zu erfüllen haben. Nach Verlauf einiger Jahre, namentlich nach Bebauung des Schmiederschen Terrains, wird sich aber auch die vorerwähnte Verstärkung des Gasrohrstranges in der Beierthheimer Allee nicht umgehen lassen, um das örtliche Gasrohrnetz auch in diesem südwestlichen Stadtgebiet den Anforderungen entsprechend richtig auszugestalten.

Bekanntlich muß nach Auflassung des Betriebes des Gaswerkes I, also bei Erzeugung des gesamten Gasbedarfes der Stadt im jetzigen östlichen Gaswerk, mit Rücksicht auf die Anordnung der Gasrohrleitungen im westlichen Stadtgebiet auch in Zukunft das Gelände des Gaswerkes I oder ein Teil desselben als Mittelpunkt für die Versorgung des Stadtgebietes westlich der Karl-Straße, also der

südwestlichen und westlichen Stadtteile, beibehalten werden, wenn nicht sehr kostspielige und störende Neurohrverlegungen vorgenommen werden sollen. Da vom Gaswerk I aus große Gasrohrstränge nach den verschiedensten Richtungen verlegt sind, von welchen die kleineren Stränge wieder abzweigen, so ist es ohne weiteres klar, daß wesentliche Änderungen im Verteilungsnetz erhebliche Kosten bedingen würden. Es wird daher auch nach Außerbetriebsetzung des Gaswerks I auf dem Gelände des letzteren oder in dessen unmittelbarer Nähe auf die Dauer eine Reglerstation zur Verteilung des Gases in Betrieb gehalten werden müssen, welcher die in diesem Versorgungsgebiet erforderlichen Gasmengen von der Erzeugungsstelle im Gaswerk II aus mittelst des vom Gaswerk II nach dem Gaswerk I im Jahre 1909 bereits verlegten Gasrohrdruckstranges zugeleitet werden.

In Berücksichtigung dieser Verhältnisse wird daher die Gasversorgung des in Rede stehenden südwestlichen Stadtgebietes am billigsten und zweckmäßigsten durch einen vom Gelände des Gaswerks I nach Süden zu verlegenden Hauptgasrohrstrang durchgeführt werden können. Dieser Rohrstrang hat also, wie schon erwähnt, einen doppelten Zweck, nämlich nicht nur den Gasdruck im jetzt schon bebauten und bewohnten südwestlichen Stadtgebiet zu verbessern und eine geordnete Gaslieferung daselbst zu ermöglichen, sondern auch später das jetzt noch nicht bebaute Gebiet dieses Stadtteils ausreichend mit Gas zu versorgen. Die Dimensionen des Rohrstranges müssen daher dieser doppelten Aufgabe entsprechend bemessen werden. Nach Ausbau des genannten, zur Hälfte etwa noch nicht bebauten Stadtgebietes wird der höchste stündliche Gasverbrauch dortselbst schätzungsweise betragen 3 000 bis 3 500 cbm. Da der höchste Gasdruck wegen der besonderen Konstruktion der nassen Gasmesser nicht mehr als 60 mm Wassersäule und der geringste Gasdruck im Interesse eines guten Brennens der hängenden Gasglühlichter nicht weniger als 40 mm betragen soll, muß ein Hauptgasstrang so bemessen sein, daß der höchste Druckabfall etwa 10 mm beträgt; die weitere Differenz zwischen den oben angegebenen Zahlen wird in den Abzweigleitungen und den Hauszuführungen, sowie in den Gasmessern verbraucht. Für die Strecke vom Gaswerk I bis zur Garten-, beziehungsweise Jolly-Straße ist deshalb unter Berücksichtigung der vorstehenden Rissen ein Gasrohrstrang von 600 mm Durchmesser nötig, der später von der Patronenfabrik ab nach Westen in einer Lichtweite von 500 mm Durchmesser weitergeführt werden soll.

Die Kosten dieses Rohrstranges von 600 mm Durchmesser vom Gaswerk I bis zur Jolly-Straße werden sich belaufen auf 50 000 Mk.

2. Gasdruckmessungen, welche am 26. September v. J. im Stadtteil Mühlburg bei einem im Gaswerk I herrschenden Gasdruck von 62 mm vorgenommen worden sind, haben einen unverhältnismäßig großen Druckabfall im westlichen Stadtgebiet erkennen lassen. Wie unter Ziffer 1 dieses Berichtes näher ausgeführt ist, soll der Gasdruck seit Einführung des Hängeglühlichtes nicht unter 40 mm Wassersäulenhöhe betragen. Am 26. September v. J. wurde in der Honzell-Straße bei der Abbrücke 38 mm Gasdruck gemessen. Da wie erwähnt durch die Hausleitungen und die Gasmesser noch ein weiterer Druckabfall bedingt ist, muß eine Verbesserung der Gaszuführung zum westlichen Stadtgebiet als erforderlich bezeichnet werden. Es wird vorgeschlagen, den in der Kaiser-Allee bis zur Blücher-Straße verlegten Rohrstrang von 300 mm l. W. in dieser Lichtweite nach Westen bis zur Philipp-Straße zu verlängern. Die hierfür aufzuwendenden Kosten berechnen sich zu 20 000 Mk.

In Zusammenfassung der vorstehenden Ausführungen beantragen wir, daß zur Verbesserung der Gasdruckverhältnisse im südwestlichen und westlichen Stadtgebiet folgende im

beigegebenen Übersichtslageplan des Gasrohrnetzes „rot“ ange deutete Gashauptrohrstränge neu hergestellt werden:

1. vom Gaswert I durch die Sofien-, Lessing- und Garten-Straße bis zur Jolly-Straße, Linie —a—b—c—d—e— des Plans, Lichtweite 600 mm, mit einem Kostenaufwand von 50 000 „
2. in der Kaiser-Allee von der Blücher- bis zur Philipp-Straße, Linie f—g des Plans, Lichtweite 300 mm, mit einem Kostenaufwand von 20 000 „

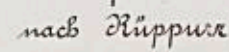
zusammen insgesamt . . 70 000 „.

Da es sich bei diesen Arbeiten um Erweiterungen des vorhandenen Gasrohrnetzes handelt, deren Kosten sohin aus Anlehensmitteln bestritten werden müssen, bitten wir, das Weitere zur Genehmigung dieser Beträge durch den Bürgerschaftsrath veranlassen zu wollen.

H e l d.

Hoffmann.

Gasrohrnetzes.



Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Staatseignung mit Erlass Grossh. *Regierungsamt*
vom 18. März 1911 No. 18812.

Karlsruhe, den 3. März 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen,

daß an Herrn Käufer Johann Gabler in Daglanden von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 16168 daselbst die Teilfläche von 39 qm zum Preise von 3 M. pro qm somit insgesamt für 117 M. zur Vergrößerung seines angrenzenden Grundstückes Nr. 15995 an der Vorderstraße verkauft werde.

Der Lageplan kann auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 74 (Registrierung) eingesehen werden.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Lacher.

Von der Fugenschaft des 25. April 1911
abgepflegt.

(Vierfünftel des Platzes, nütz ihm sein
Gebäude hat, selbst Kauf.)

Karlsruhe, den 10. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß dem Herrn Karl Baumann dahier nach Maßgabe des nachstehend abgedruckten Vertrags das Recht eingeräumt wird, das im anliegenden Plan mit e, f, a, l, p, o, e bezeichnete, 600 qm große Gelände an der Griesbach-Straße zum Preise von 10 M pro Quadratmeter binnen Jahresfrist vom Abschluß des Vertrags an käuflich zu erwerben.

Der Stadtrat:
Siegriß.

Lacher.

Vertrag.

§ 1.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe vermietet an Herrn Karl Baumann das im anliegenden Plan des Obergemeisters Wörner vom 15. Februar 1911 mit e, f, g, h, i, k, p, o, e bezeichnete, 440 qm umfassende Gelände an der Griesbach-Straße (Teilstück von Lagerbuch Nr. 5686 a) zum Mietpreis von 40 S pro Quadratmeter oder insgesamt 176 M jährlich.

Der Mietpreis ist vierteljährlich zu entrichten.

Das Mietverhältnis kann beiderseits mit Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist aufgelöst werden. Die Kündigung darf jedoch seitens des Mieters frühestens auf Schluß des ersten Mietjahres erfolgen.

§ 2.

Gleichzeitig räumt die Stadtgemeinde dem Herrn Karl Baumann das Recht ein, das in § 1 bezeichnete Gelände sowie das im Plan mit a, g, h, i, k, l, a bezeichnete, derzeit an Herrn Diefenbacher vermietete Gelände von 160 qm, somit insgesamt 600 qm binnen Jahresfrist vom Abschluß dieses Vertrages an zum Preise von 10 M pro Quadratmeter jederzeit käuflich zu erwerben.

§ 3.

Falls Herr Baumann von diesem Kaufrecht Gebrauch macht, gelten folgende Bedingungen:
1. Der Kaufpreis von 6000 M ist beim Eigentumsübergang bar zu entrichten. Falls nicht vor dem Grundbucheintrag Barzahlung geleistet wird, hat der Käufer — unbeschadet vorstehender Verpflichtung — für den Kaufpreis nebst 4 1/2% Verzugszinsen den Eintrag einer

ersten Sicherungshypothek zugunsten der Stadtgemeinde auf dem veräußerten Gelände zu bewilligen.

2. Der Käufer verpflichtet sich für sich und seine Rechtsnachfolger innerhalb der nächsten 3 Jahre eine industrielle Anlage auf dem gekauften Gelände zu errichten, soweit eine solche nicht bereits vorhanden ist, und das Grundstück innerhalb der nächsten 10 Jahre nur für industrielle Zwecke, also insbesondere nicht zu Gelände- oder Baufekulation zu verwenden oder zu veräußern.

Die Erbauung von Wohnungen für den Eigentümer, für Beamte, Bedienstete oder Arbeiter der auf dem Gelände errichteten Anlagen ist jederzeit gestattet.

3. Bei Rückübertragung der in Ziffer 2 bezeichneten Verpflichtung ist die Stadtgemeinde berechtigt, die Rückübertragung des Grundstücks gegen Erhaltung des Kaufpreises von 6000 M zu verlangen.

Zur Sicherung dieses Rückübertragungsanspruches hat der Käufer die Eintragung einer Vormerkung zum Grundbuch zu bewilligen.

4. Die Kosten der Beurkundung des Kaufvertrages, der Eintragungen im Grundbuch sowie die Verkehrs- und Reichthumssteuer trägt der Käufer.

§ 4.

Die Bürgerausschuß- und Stadtsenatsgenehmigung zur Veräußerung des Geländes bleibt vorbehalten.

Begründung.

Herr Karl Baumann betreibt in dem mit a, g, h, i, k, l bezeichneten Werkstättenbau eine Stahlspähe- und Stahlwolle-Fabrikation, zu deren Erweiterung er sich das nötige Gelände sichern möchte. Zu diesem Zweck hat ihm der Stadtrat mittelst des vorstehend abgedruckten Vertrages den mit e, f, g, h, i, k, p, o, e bezeichneten Teil des Grundstücks zum jährlichen Mietpreis von 40 M pro Quadratmeter vermietet und ihm zugleich bezüglich des ganzen 600 qm großen Geländes a, f, e, o, p, l, a das Recht eingeräumt, dasselbe binnen Jahresfrist vom Abschluß des Vertrages an um den Preis von 10 M pro Quadratmeter käuflich zu erwerben. Zu dieser Zusage ist die Zustimmung des Bürgerausschusses erforderlich. Der Einkäumung des Kaufrechtes stehen nach Meinung des Stadtrats Bedenken nicht entgegen, da der Preis als angemessen gelten kann. Herr Baumann betreibt zwar seine Fabrikation zurzeit noch in kleinem Umfang, hofft jedoch seinen Betrieb mit der Zeit erweitern zu können. Wegen der näheren Bedingungen für die Ausübung des Kaufrechtes wird auf den nachstehend abgedruckten Vertrag verwiesen. Hiernach ist insbesondere der übliche Vorbehalt angenommen, daß das Gelände nur zu industriellen Zwecken verwendet werden darf. Dem kürzlich von einigen Mitgliedern des Bürgerausschusses anlässlich der Vorlage wegen Abgabe von Gelände an Friß Böhr gestellten Antrag, die Erbauung von Wohnungen für die Beamten, Bediensteten oder Arbeiter bei der Abgabe von Industriegelände zu untersagen, glaubte der Stadtrat nicht stattgeben zu können, da den Käufern die Möglichkeit gegeben wurde, das zur Bewachung des Grundstücks sowie für den Betrieb erforderliche Personal auf dem gekauften Gelände anzusiedeln. Der Stadtrat ist der Meinung, daß die Abgabe von Industriegelände ohne diesen Vorbehalt wesentlich erschwert würde, und daß es sich daher empfiehlt an der Bestimmung grundsätzlich festzuhalten. Der Grundstücksanteil, auf dem die von dem früheren Eigentümer Diesbacher errichtete Werkstätte steht, ist in dem Mietvertrag nicht einbegriffen, weil er bereits an Fabrikant Diesbacher vermietet ist, der ihn seinerseits wieder dem Herrn Baumann in Untermiete überlassen hat.

Siegriß.

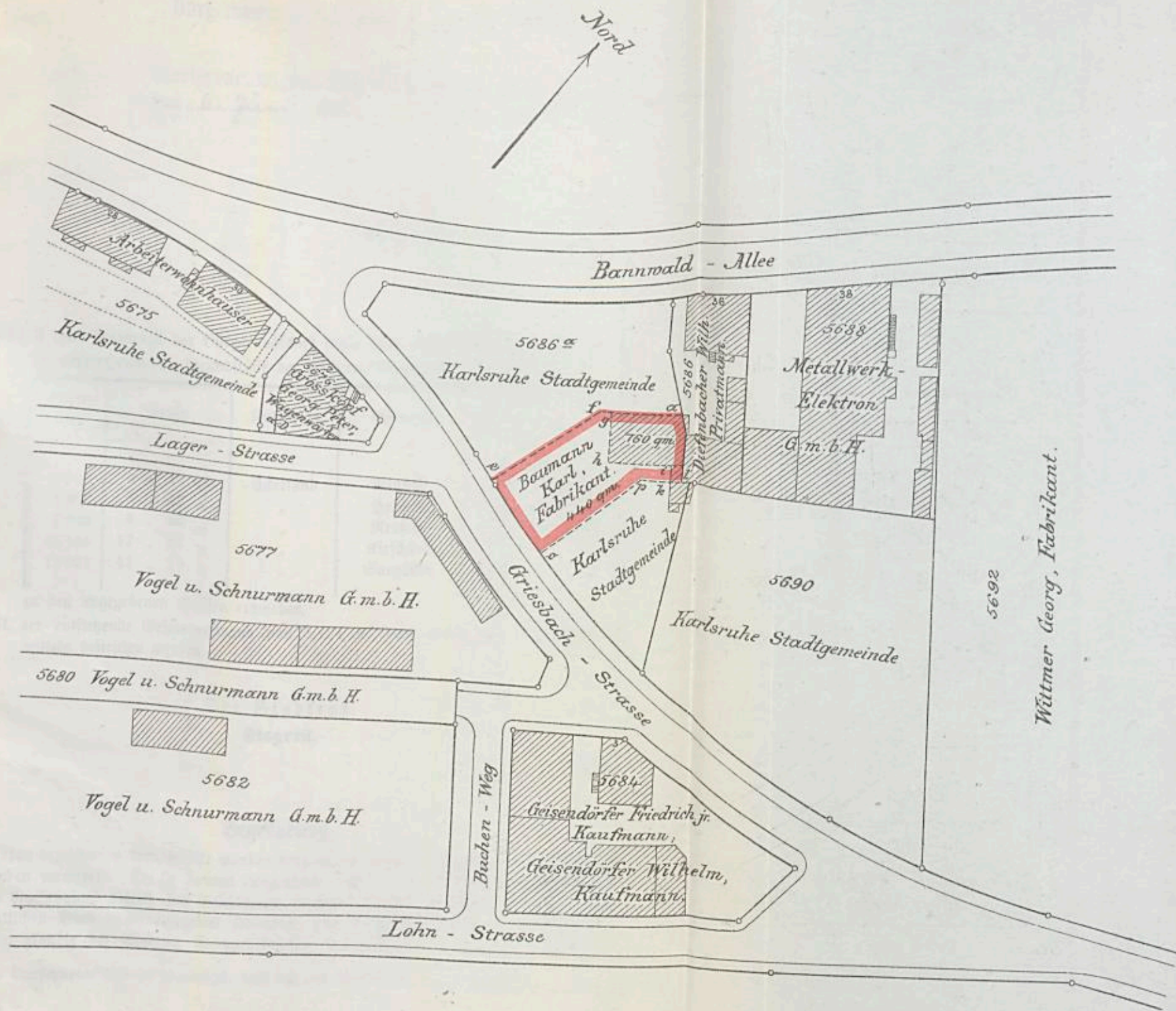


Karlsh



5580 Vog

Vog



Karlsruhe, den 10. April 1911.

Städt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 6. Juni 1911. No. 25885.

Karlsruhe, den 7. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß
I. die nachverzeichneten Grundstücke der früheren Gemarkung Darlanden*)

Lagerbuch	Größe	Kulturart	Gewann	Preis	pro qm
7 639	5 ar 13 qm	Ackerland	Neufeld	580	1,12
7 801	3 „ 15 „	„	Hohleisch	432	1,37
7 735	9 „ 96 „	„	Neufeld	1 507	1,51
15 105	17 „ 27 „	„	Kirschheck	1 705	0,98
15 021	11 „ 15 „	„	Sargäcker	1 500	1,34

zu den angegebenen Preisen erworben,

II, der entstehende Gesamtaufwand von 5 724 M sowie die Kosten aus Ansehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Die oben bezeichneten Grundstücke wurden kürzlich im Wege der freiwilligen Versteigerung in Darlanden veräußert. Da sie zumteil (Lagerbuch 7 639, 7 801, 7 735) im Erweiterungsgebiet des Rheinhafens südlich des Stichkanals, zumteil (Lagerbuch 15 105, 15 021) in dem voraussichtlichen Bauerweiterungsgebiet südöstlich von Darlanden zwischen Federbach und Alb liegen, glaubte der Stadtrat sie vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses

*) Der Übersichtsplan über die Grundstücke kann auf dem Rathaus, Zimmer 74 (Registatur), eingesehen werden.

wegen Verwendung von Anlehnungsmitteln steigern zu sollen. Allerdings sind die Preise für das Gelände südlich des Stichkanals mit 1,12, 1,37 und 1,51 M pro Quadratmeter als hoch zu bezeichnen. Die Grundstücke waren jedoch nicht billiger zu bekommen, da die Darzlander Ziegeleibesitzer, welche an der Ausbeute des lehmhaltigen Geländes jener Gegend in hohem Maße interessiert sind, sich lebhaft an der Steigerung beteiligt haben.

Um nun den Interessen der Ziegeleibesitzer gerecht zu werden und damit zugleich für die Zukunft gegenseitigen Preissteigerungen aus dem Wege zu gehen, beabsichtigt der Stadtrat mit den Ziegeleibesitzern ein Abkommen zu treffen, wonach ihnen die Lehmannteube der vorerwähnten drei Grundstücke sowie des sonstigen im Erweiterungsgebiet des Rheinhafens liegenden Geländes gegen entsprechende Entschädigung überlassen wird.

Dieses Verfahren erscheint unbedenklich, nachdem die Großherzogliche Rheinbaninspektion erklärt hat, daß die Ausbeute der Grundstücke der Durchführung eines späteren Hafen-erweiterungsprojektes nicht hinderlich im Wege stehe, da bei der Anlage künftiger Hafenbecken das Gelände noch unter die Lettenschicht ausgehoben werden müsse, während im übrigen die Entfernung der Lettenschicht eine Verbesserung des Baugrundes bedeute.

Es ist also anzunehmen, daß ein Teil des Kaufpreises auf diesem Wege wieder eingebracht werden wird.

Die Preise für das Gelände südöstlich von Darzlanden können als angemessen gelten.

Siegrift.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Finanzen
vom 6. Juni 1911 No. 25886.

Karlsruhe, den 11. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuss wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. die im anliegenden Plan bezeichneten Grundstücke Lagerbuch Nr. 1911, 1912, 1913 (Hausanwesen Durlacher Straße 21, 23 und 25) im Flächenmaß von 173, 142 und 161 qm nach Maßgabe der nachstehend abgedruckten Verträge um den Preis von 11 000 M für Lagerbuch Nr. 1911, 9 000 M für Lagerbuch Nr. 1912 und 10 000 M für Lagerbuch Nr. 1913 angekauft und
2. der entstehende Gesamtaufwand von 30 000 M sowie die Kosten aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Lacher.

Zwischen

dem Privatmann Jakob Weisinger und seiner Ehefrau Luise geborene Kaffner dahier
einerseits
undder Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat, anderseits
wird folgender**Kaufvertrag**

geschlossen.

§ 1.

Die Eheleute Weisinger verkaufen hiermit das Grundstück Lagerbuch Nr. 1913, Durlacher Straße 25 dahier, im Flächenmaß von 161 qm nebst den darauf bestehenden Bedürfnlichkeiten an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu laienfreiem Eigentum um den Preis von 10 000 M

— Zehntausend Mark. —

§ 2.

Der Kaufpreis ist beim Eigentumsübergang auf Nachweis der Laienfreiheit bar zu entrichten.

§ 3.

Die Verkäufer verpflichten sich den in der Anlage des Großherzoglichen Bezirksamts dahier vom 2. v. Mk. Nr. 127 III verlangten Handgriff an der nach der Dachwohnung des Berder-

hauses führenden Treppe anzubringen und im Abort auf dem Hofe das zur Auflage gemachte Fenster herstellen zu lassen.

Weiterhin übernehmen die Verkäufer die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß die Wohnungen des H. Hemann und Fr. Mehr im 2. und Dachstock des Hinterhauses bis zum Eigentumsübergang geräumt werden.

§ 4.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags, der Eintragung des Eigentumsüberganges zum Grundbuch sowie die Reichsstempelsteuer trägt die Stadtgemeinde Karlsruhe. Die durch Beseitigung der auf dem Grundstück ruhenden Lasten erwachsenden Kosten tragen die Verkäufer.

Die Stadtgemeinde nimmt gemäß § 33 Ziffer 2 des badischen Verkehrssteuer-Gesetzes Verkehrssteuerfreiheit in Anspruch, da das Grundstück zur Anlage eines öffentlichen Verbindungsweges zwischen Durlacher Straße und Kapellen-Straße benützt werden soll.

§ 5.

Wegen Verwendung von Anlehensmitteln bleibt die Staatsgenehmigung sowie die Zustimmung des Bürgerausschusses vorbehalten.

Karlsruhe, den 24. Februar 1911.

Zwischen

den Erben des Schuhmachermeisters Leopold Wehrle

und

der Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat,

wird folgender

Kaufvertrag.

geschlossen.

§ 1.

Die Erben des Schuhmachermeisters Leopold Wehrle verkaufen hiermit das Grundstück Lagerbuch Nr. 1911, Durlacher Straße 21 dahier, im Flächenmaß von 173 qm nebst den darauf befindlichen Gebäulichkeiten an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum um den Preis von 11 000 M

— Elftausend Mark. —

§ 2.

Der Kaufpreis ist beim Eigentumsübergang auf Nachweis der Lastenfreiheit bar zu entrichten.

§ 3.

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrags, der Eintragung des Eigentumsüberganges zum Grundbuch sowie die Verkehrs- und Reichsstempelsteuer trägt die Stadtgemeinde Karlsruhe.

Die durch Beseitigung der auf dem Grundstück ruhenden Lasten erwachsenden Kosten tragen die Verkäufer.

§ 4.

Wegen Verwendung von Anlehensmitteln bleibt die Staatsgenehmigung sowie die Zustimmung des Bürgerausschusses vorbehalten.

Karlsruhe, den 27. März 1911.

Zwischen
der Ehefrau des Kaufmanns Julius Werthan in Frankfurt a. M.
und
der Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat,
wird folgender

Kaufvertrag

abgeschlossen.

§ 1.

Die Ehefrau des Kaufmanns Julius Werthan in Frankfurt a. M., Zulchen geborene Strauß, verkauft hiermit das Grundstück Lagerbuch Nr. 1912, Durlacher Straße 23 dahier im Flächenmaß von 142 qm nebst den darauf befindlichen Gebäulichkeiten an die Stadtgemeinde Karlsruhe zu lastenfreiem Eigentum um den Preis von 9 000 M

— Neuntausend Mark. —

§§ 2 bis 4

wie im Vertrag mit den Erben des Schuhmachermeisters Leopold Wehrle.
Karlsruhe, den 27. März 1911.

Begründung.

Die obenbezeichneten Anwesen sind der Stadtgemeinde zum Kauf angeboten worden. Der Stadtrat glaubte sie vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses für die Stadtgemeinde erwerben zu sollen, nachdem hinsichtlich des Preises eine Einigung auf rund 62 M pro Quadratmeter erzielt worden war. Die darauf stehenden Häuser sind alt und unhygienisch und sollten durch Neubauten ersetzt werden. Wie der angeschlossene Plan zeigt, haben die einzelnen Grundstücke zur Zeit eine für die Bebauung ungeeignete Gestalt, da ihnen die nötige Breite fehlt. Sie müssen daher, um einen geeigneten Bauplatz zu gewinnen, zusammengelegt werden. Durch Zusammenlegung mit dem an der Kapellen-Straße gelegenen Grundstück Lagerbuch Nr. 1949, wäre ferner die Möglichkeit gegeben unter Zuhilfenahme des hinteren Teiles der Grundstücke Lagerbuch Nr. 1911, 1912 und 1913 auch hier einen zweckmäßigen Bauplatz zu schaffen.

Da der Baublock zwischen Durcker Tor, Durlacher Straße, Waldhorn-Straße und Kapellen-Straße etwa 300 m lang und sehr dicht bebaut ist, soll ferner geprüft werden, ob es sich nicht im Interesse der Feuersicherheit sowie zur Erleichterung des Verkehrs empfiehlt, das Grundstück Lagerbuch Nr. 1913 nebst dem an die Kapellen-Straße angrenzenden, bereits im städtischen Eigentum befindlichen Grundstück Lagerbuch Nr. 1948 zur Herstellung eines Verbindungsweges zwischen der Durlacher- und Kapellen-Straße zu verwenden.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Karlsruhe, den 13. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß der auf dem Gelände des städtischen Krankenhauses befindliche Absonderungsbau für Epidemien mit Dampfheizung und Heißwasserversorgung versehen und zu diesem Zweck 3500 Mk aus Wirtschaftsmitteln aufgewendet werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Dr. Hertrich.

Begründung.

Die Direktion des städtischen Krankenhauses begründet obigen Antrag unterm 10. Februar 1911 folgendermaßen:

„Bei der Erstellung des Absonderungsgebäudes wurde seiner Zeit angenommen, daß dieser Bau, der eigentlich nur für schwere Epidemien wie Pest, Cholera u. s. w. bestimmt ist, sehr selten in Benützung genommen wird. Man hat den Bau deshalb nicht an die Dampfheizung angeschlossen, sondern ihn mit Gasöfen und mit Gasapparaten für die Warmwasserversorgung versehen. Wie sich nun aber gezeigt hat, mußte der Bau seit dem Bezug des Krankenhauses wiederholt und längere Zeit mit Typhus- und auch mit Scharlachkranken belegt werden.

Bestmals war der Absonderungsbau vom 25. Oktober 1910 bis 11. Januar 1911 mit Typhuskranken belegt. Die Gasheizung reichte nun kaum aus, die Räume genügend zu erwärmen. Die Apparate für die Warmwasserheizung haben durch den längeren Nichtgebrauch und den Temperaturwechsel in dem leerstehenden Gebäude Schaden gelitten und es steht zu befürchten, daß sie nicht lange halten werden. In dem Bestreben, die Räume und Gänge warm zu halten, haben die Schwestern die Hähnen an den Gasöfen zu weit geöffnet, wodurch eine starke Rußbildung entstand. Die Wände und Decken wurden so schwarz, daß sämtliche Räume schon im letzten Jahre neu gestrichen werden mußten; die Kosten hierfür beliefen sich auf über 1400 Mk.“

Nach Feststellung des Maschinenbauamts wird die Einrichtung der Dampfheizungs- und Heißwasserversorgungsanlage im Absonderungsbau einschließlich Bauarbeiten und Rohrkanal vom Absonderungsbaus für Hautkranke (Hautbau) nach dem Absonderungsbau 3500 Mk kosten. Der Dampf und das Heißwasser werden den Leitungen in dem in nächster Nähe liegenden Hautbau entnommen und in einem circa 350 mm weiten Kanal aus Tonröhren nach dem Absonderungsbau geführt werden.

Den von der Krankenhauskommission wie von der Baukommission gebilligten Antrag empfiehlt der Stadtrat zur Annahme, da die geplante Einrichtung zweckentsprechend erscheint und geeignet ist, den Unterhaltsaufwand zu verringern. Es erscheint wünschenswert, die Abänderungen bereits im Laufe des Sommers vorzunehmen, damit die Möglichkeit gegeben ist, bei hohem Krankenstand den Absonderungsbau im kommenden Winter in Benützung zu nehmen.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911 mit
 der Abänderung, daß in § 6 Abs. 1 Zeile 4 statt
 "Hilfszulagen" gesetzt werden: "Zulagen".

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Min. d. J. u. B., des Kultus und
 Unterrichts vom 1. Juni 1911 No. 5649.

Das kgl. Ministerium des Innern hat mit Erlass
 vom 28. März 1911 No. 38929 zu der kgl. Hofkanzlei Anweisung
 des Oberpräsidenten über die Zulagen für die Gehaltsordnung
 der öffentl. Lehrpersonen Karlsruhe, den 13. April 1911.
 erteilt.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,
 daß die Gehaltsordnung für die Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen
 der Stadt Karlsruhe mit Wirkung vom 1. Januar 1911 die aus der Anlage er-
 sichtliche Fassung erhält
 und dem Lehrpersonal die aus den zugehörigen Übergangsbestimmungen sich
 ergebenden Zulagen gewährt werden.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Reudeck.

Begründung.

1. Durch das Schulgesetz vom 7. Juli 1910 wurden die Einkommensverhältnisse des-
 jenigen Teiles der Karlsruher Lehrerschaft, dessen Bezüge sich ganz oder im wesentlichen nach
 den gesetzlichen Bestimmungen richten, in nachstehender Weise beeinflusst.

1. Die Hauptlehrerinnen erhalten jetzt ein Gesamteinkommen von 2200 bis
 3000 M. (statt bisher 2100 bis 2800 M.); die Zulagefristen sind von 3 auf 2 Jahre
 abgekürzt worden.
2. Die etatmäßigen Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungs-
 Unterricht steigen nunmehr von 2000 bis 2400 M., statt von 1700 bis 2100 M.;
 auch ihnen kommt die Abkürzung der Zulagefristen zugute.
3. Den mit der Eigenschaft nicht etatmäßiger Beamter angestellten vollbeschäftigten
 Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht brachte
 die neue gesetzliche Regelung in § 66 Absatz 2 des Schulgesetzes keinen Vorteil bezüg-
 lich des Höchstgehaltes (1500 M. nach § 3 der Gehaltsordnung), nur einigen Lehrerinnen
 mit mehr als 3 Dienstjahren eine Aufbesserung von der ortstatutarischen Stufe von
 1400 M. auf den gesetzlichen Betrag von 1460 M.
4. Für die Unterlehrer und Unterlehrerinnen wurden die Bezüge, welche sie
 seit 1908 hier bereits hatten, im Gesetze festgelegt (1360 bis 1560 M.).

5. Den vertragsmäßig angestellten technischen Lehrerinnen wurde durch § 66 des neuen Gesetzes ein Mindesteinkommen zugesichert, das sie hier längst besaßen.

II. Den städtischen Hauptlehrern brachte das Gesetz keine materielle Veränderung, denn ihr ortstatutarisches Einkommen (2400 bis 4200 M.) übersteigt die neue gesetzliche Skala (2200 bis 3800 M.) ebenso wie die bisherige (2100 bis 3400 M.).

III. Mit der Eingabe vom 13. Oktober 1910, die seiner Zeit von der Lehrerschaft in Druckeremplaren unmittelbar an sämtliche Mitglieder des Bürgerausschusses verandt worden ist, wendeten sich die hiesigen Hauptlehrer, Hauptlehrerinnen und Unterlehrer an den Stadtrat mit der Bitte um Erhöhung ihrer Bezüge.

In der Eingabe ist beantragt, der Stadtrat wolle mit Wirkung vom 1. Januar 1911:

1. die Bezüge der Hauptlehrer im Anfangsgehalt auf 2600 M., im Höchstgehalt auf 4800 M. erhöhen, letzteres erreichbar durch zehn zweijährige Zulagen von 220 M.;
2. a. den Hauptlehrerinnen die erste Zulage wie den Hauptlehrern im ersten Dienstjahre und
b. den im Höchstgehalte stehenden Hauptlehrerinnen zu den gesetzlichen Bezügen einen angemessenen Zuschuß gewähren;
3. durch einen städtischen Zuschuß von 140 M. die Vergütungen der unständigen Lehrkräfte so erhöhen, daß sie bis zur Dienstprüfung 1500 M., nach der Dienstprüfung 1600 M. und drei Jahre nach der Dienstprüfung 1700 M. betragen.

In einer besonderen Eingabe vom 5. Dezember 1910 beantragten die Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht, der Stadtrat wolle

1. die Dienstjahre aller technischen Lehrerinnen nach der neuen landesherrlichen Verordnung im Falle der Zuruhesetzung vom zweiten Dienstjahre an in Anrechnung bringen und
2. zu dem Gehalte der technischen Lehrerinnen einen angemessenen Zuschuß gewähren.

IV. Der Inhalt der Eingabe vom 13. Oktober 1910 bedarf in zwei Punkten der Berichtigung.

- a. In der Berechnung auf Seite 2/3 der Eingabe ist angenommen, daß der Unterlehrer auf dem Lande im siebenten, in Karlsruhe dagegen erst im zehnten Dienstjahre Hauptlehrer wird. Gegen die Richtigkeit dieser Annahmen, die sich allerdings auf ständig wechselnde Verhältnisse beziehen, soll nichts eingewendet werden. In der Berechnung ist aber die weitere, nicht zutreffende Annahme enthalten, daß der Unterlehrer vom siebenten Dienstjahre an dauernd in der Stadt verbleiben muß und insolgedessen erst später als auf dem Lande Hauptlehrer wird. Dem gegenüber ist zu bemerken, daß schon der ständige Wechsel des nicht etatmäßigen Personals in den meisten Fällen einen andern Verlauf der hier in Betracht kommenden Dienstjahre zur Folge hat; nur ein mäßiger Teil der städtischen Hauptlehrer besteht aus solchen, die als Unterlehrer ihre Anstellung in der betreffenden Stadt haben abwarten können. Aber gerade diese haben freiwillig auf Bewerbung um auswärtige Hauptlehrerstellen verzichtet, die ihnen früher ein höheres Dienst Einkommen hätten bringen können. Die erwähnte Berechnung muß also dahin richtig gestellt werden, daß jeder Unterlehrer im siebenten Dienstjahre Hauptlehrer werden kann, also von da an Hauptlehrergehalt bezieht. Die Schlussumme erhöht sich dadurch für den Karlsruher Lehrer um 1350 M.

Übrigens gilt die ganze Berechnung nur für jetzt neu angestellte Lehrer, denn nur diese treten gleich von Anfang an in den vollen Genuß der neuen Gehaltskala,

während sie den in Dienst befindlichen Lehrern erst allmählich zugute kommt. Für den größten Teil der Lehrerschaft stellen sich die tatsächlichen Ziffern ganz erheblich anders.

- b. Der Vergleich mit den städtischen mittleren Beamten in Abteilung C des Gehaltstarifs (Seite 5 der Eingabe) trifft nicht zu. Denn nur ein kleiner Teil dieser Beamten erhält seine erste Anstellung in Gehaltsklasse C, diese Beamten haben aber eine längere und teurere Ausbildung als die Lehrer (Revisoren, technische Beamte). Die meisten Beamten dieser Klassen rücken erst allmählich aus den geringer bezahlten Stellen der Abteilungen D und E nach C vor; dadurch wird das Gesamtergebnis ihrer Laufbahn meist erheblich anders, als in der von der Lehrerschaft angestellten Berechnung angenommen ist.

V. In fast allen größeren badischen Städten waren seitens der Lehrerschaft ähnliche Anträge auf Gehaltsaufbesserung gestellt wie in Karlsruhe. Mit Rücksicht hierauf traten die Stadtverwaltungen der Städteordnungsstädte ebenso wie in früheren Fällen mit einander in Verbindung, um eine im Interesse der Städte wie der Lehrerschaft erwünschte, möglichst übereinstimmende Behandlung der Angelegenheit zu erzielen. Bei den Verhandlungen hat sich ergeben, daß Mannheim wie bisher eine Sonderstellung einnehmen und die höchsten Sätze gewähren wird, während andererseits die Städte Bruchsal, Lahr und Offenburg sich eine besondere Regelung mit Rücksicht auf ihre einfacheren Verhältnisse vorbehalten. Die Mehrzahl der Städte (Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim, Heidelberg, Konstanz, Baden) wird im wesentlichen nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgehen, wobei allerdings der Unterschied besteht, daß einige Stadtverwaltungen (darunter Karlsruhe) die Neuregelung rückwirkend auf den 1. Januar 1911 vornehmen wollen, während andere die Aufbesserung erst für das kommende Jahr in Aussicht nehmen.

VI. Der Stadtrat hat sowohl die Notwendigkeit einer etwaigen Aufbesserung für die verschiedenen Kategorien von Lehrern, wie auch die aus den Anträgen auf Neuregelung sich ergebende finanzielle Belastung eingehend geprüft und ist zu den Ergebnissen gelangt, die in den beantragten Änderungen der Gehaltsordnung und den zugehörigen Übergangsbestimmungen enthalten sind.

1. Hauptlehrer. Wenn auch die zur Zeit geltenden Einkommenssätze (2400 bis 4200 M.) den Karlsruher Hauptlehrern noch einen merkbaren Vorteil gegenüber dem gesetzlichen Einkommen (2200 bis 3800 M.) gewähren und sich für hiesige Hauptlehrerstellen stets zahlreiche geeignete Bewerber melden, so wird doch mit Rücksicht auf die verteuerten Lebensverhältnisse, die sich für Familien besonders fühlbar machen, eine Aufbesserung der Hauptlehrer in Aussicht zu nehmen sein, um auch fernerhin im Interesse der städtischen Volksschule auf stetigen Zubrang tüchtiger Bewerber rechnen zu können.

Bei Annahme der Anträge wird das Anfangseinkommen von 2400 auf 2500 M., das Höchsteinkommen von 4200 auf 4600 M. steigen. Die zehn zweijährigen Zulagefristen sind beibehalten; die einzelne Zulage erhöht sich demgemäß von 180 M. auf 210 M.

Für die Hauptlehrer an den Volksschulen der Stadtteile Grünwinkel und Daglanden (die Lehrer in den übrigen Vororten haben die städtischen Bezüge schon erreicht) bleibt die bisherige Regelung bestehen, nach welcher diese Lehrer alljährlich, neben den ordentlichen Zulagen, eine außerordentliche Zulage von je 200 M. erhalten und so allmählich in die Einkommenssätze der Gehaltsordnung einrücken.

2. Hauptlehrerinnen. Nach den bisher geltenden Grundsätzen wird den städtischen Hauptlehrerinnen das gesetzliche Einkommen gewährt.

Bei Prüfung der Frage, ob gemäß den gestellten Anträgen die Grundsätze für die Einkommensverhältnisse der Hauptlehrerinnen geändert werden sollen, ist zunächst zu beachten, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an die Hauptlehrerinnen durch die neuen Gehaltsätze des Schulgesetzes von 1910 schon sämtlich eine Aufbesserung erhalten haben. Die 42 zur Zeit im Dienst befindlichen Hauptlehrerinnen haben infolgedessen im ganzen 7 440 *M* Zulage bekommen; dieser Mehraufwand ist im Voranschlag für die Volksschule schon berücksichtigt und hat zu der Steigerung des städtischen Zuschusses gegenüber dem Vorjahr mit beigetragen. Da somit in diesem Jahre die Lehrerinnen sämtlich eine Aufbesserung erhalten haben (im Durchschnitt 177,14 *M*, die im Höchstgehalt stehenden je 200 *M*), erscheint es weder geboten noch sachgemäß, jetzt die bisher geltenden Grundsätze entscheidend zu ändern. Daß bei dem jetzigen System stets ein starker Zudrang bewußt befähigter Bewerberinnen zu hiesigen Stellen besteht, ist bekannt und auch in dieser Hinsicht ein Anlaß zu Veränderungen nicht gegeben.

3. **Unterlehrer und Unterlehrerinnen.** Auf Verufung und Versetzung des unständigen Lehrpersonals hat die Stadtverwaltung auch nach dem neuen Schulgesetz keinen Einfluß. Danach entfällt der Grund, welcher die Gewährung von Zuschüssen zum gesetzlichen Einkommen rechtfertigen könnte, nämlich die Heranziehung besonders tüchtiger nicht etatmäßiger Lehrkräfte durch Gehaltsvorteile. Unter diesem Umstände muß von einer Änderung der bisherigen Grundsätze abgesehen werden, zumal die gegenwärtigen Bezüge der Unterlehrer im Verhältnis zu denen der akademisch gebildeten Lehramtspraktikanten als angemessen zu bezeichnen sind.

4. Technische Lehrerinnen (Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen).

a. **Etatmäßige Lehrerinnen.** Für diese hat das Schulgesetz eine erhebliche Aufbesserung gebracht; das Einkommen beträgt jetzt 2 000 bis 2 400 *M* (statt 1 700 bis 2 100). Die 34 etatmäßigen Lehrerinnen (einschließlich der 10 im Voranschlag für 1911 enthaltenen und der 2 nachträglich beantragten Stellen) haben infolge der neuen Regelung 11 805 *M* mehr erhalten; infolge der verkürzten Zulagefristen erreichen sie früher als bisher das Höchst-einkommen. Aus den bei den Anträgen der Hauptlehrerinnen dargelegten Gründen erscheint die Gewährung von Zuschüssen nicht geboten.

Die Vorschrift über Anrechnung der Dienstjahre im Falle der Zuruheetzung hat bisher, wie die Antragstellerinnen selbst zugeben, in ihrer Handhabung zu Beschwerden keinen Anlaß geboten. Die Stadtverwaltung hat sich schon vor Jahren dazu entschlossen, den technischen Lehrerinnen bei ihrer Zuruheetzung für die vor Verleihung der Beamteneigenschaft an der hiesigen Volksschule zugebrachten Dienstjahre, welche bei Berechnung des staatlichen Ruhegehalts nicht mitgezählt werden, entsprechende Zuschüsse zum Ruhegehalt aus der Stadtkasse zu gewähren. Eine anderweite Regelung, um den älteren Lehrerinnen, die erst nach jahrelanger Dienstzeit die Beamteneigenschaft erhielten, einen gewissen Ausgleich gegenüber ihren jüngeren Kolleginnen zu verschaffen, dürfte sich schwer finden lassen; die jetzige Praxis erscheint richtig und ihre Beibehaltung empfehlenswert.

b. **Technische Lehrerinnen mit nicht etatmäßiger Beamteneigenschaft und vertragsmäßig (voll)beschäftigte Industrieführerinnen** wurden bisher nach der aus § 3 der Gehaltsordnung ersichtlichen Skala mit 1 000 bis 1 500 *M* (Höchstgehalt vom neunten Dienstjahr ab) besoldet.

Eine Besserung der Verhältnisse ist jetzt insofern möglich, als nach einjähriger, der Prüfung nachfolgender Probezeit die Eigenschaft als nicht etatmäßiger Beamter verliehen werden kann (§ 2 der landesherrlichen Verordnung vom 8. August 1910) und weiterhin nur noch zwei (nicht wie bisher fünf) Jahre nicht etatmäßiger Dienstzeit verlangt

werden, bevor die Beförderung in etatmäßige Stellen erfolgen kann (§ 10 Absatz 3 der landesherrlichen Verordnung vom 10. Juli 1909 in Verbindung mit den Eingangswerten der oben erwähnten landesherrlichen Verordnung vom 8. August 1910).

Für die vertragsmäßig angestellten technischen Lehrerinnen erscheint eine kleine Aufbesserung des geringen Anfangseinkommens angemessen. Nach den Anträgen soll dieses Einkommen betragen:

im ersten Dienstjahr	1100 M.
„ zweiten „	1200 „
„ dritten „	1300 „

Im vierten Dienstjahr können die technischen Lehrerinnen dann jeweils als nicht etatmäßige Beamte angestellt werden; in dieser Eigenschaft sollen sie die Bezüge von Unterlehrerinnen erhalten und zwar in der Weise, daß im 4. bis 6. Dienstjahr 1360 M., im 7. und 8. Dienstjahr 1460 M., vom 9. Dienstjahr an 1560 M. gezahlt werden.

Der nach diesen Anträgen für 1911 noch entstehende Mehraufwand ist gering, er beträgt für vertragsmäßige Lehrerinnen 900 M., für nicht etatmäßige Lehrerinnen 300 M.

VII. Der gesamte durch Aufbesserung der Lehrergehälter entstehende Aufwand verteilt sich, wie schon unter I erwähnt, auf solche Zulagen, die infolge gesetzlicher Regelung zu gewähren sind und die Mehraufwendungen bei Annahme obiger Anträge:

1. im Voranschlag der Volksschule für 1911 schon enthalten und mit diesem genehmigt sind die gesetzlichen Aufbesserungen der Hauptlehrerinnen (oben V Nr. 2) und der etatmäßigen technischen Lehrerinnen (oben V Nr. 4) mit 7440 und 11805 M.;
2. der Aufwand für Aufbesserung der Hauptlehrer berechnet sich bei Annahme der gestellten Anträge auf 44490 M. jährlich für den jetzigen Personalstand. Hiervon soll zweckmäßig die Hälfte als Zulage für 1911, die andere Hälfte 1912 gegeben werden, beides ohne Rücksicht auf die ohnehin anfallenden ordentlichen Zulagen. Nach diesen Übergangsbestimmungen sind 1911 für die Hauptlehrer noch 22245 M. aufzuwenden. Dazu kommen die oben berechneten 1200 M. für vertragsmäßig und nicht etatmäßig angestellte technische Lehrerinnen, sodaß sich insgesamt 23445 M. ergeben. Die im Voranschlag der Stadthauptkasse für 1911 Seite 218 eingelegten 26000 M. werden jedoch reichlich aufgebraucht werden, da für 12 neue Hauptlehrerstellen nur die bisherigen Anfangsgehälter von 2400 M. im Voranschlag eingelegt sind und ein Teil dieser Stellen mit dienstälteren Hauptlehrern besetzt wird, die sofort in erhöhte Bezüge eintreten.

VIII. In § 1 Absatz 2 der Gehaltsordnung ist bei der jetzigen Änderung auch der Funktionsgehalt für den Inspektor des Knaben-Handfertigkeitunterrichts eingesetzt worden. Dieser Unterrichtszweig hat sich in den letzten Jahren rasch entwickelt; dementsprechend ist der Umfang der Tätigkeit des Inspektors gewachsen und es erscheint angemessen, diese Stellung mit der gleichgearteten eines Inspektors des Turnunterrichts auch äußerlich durch die gleiche pensionsfähige Zulage von 400 M. (die im Voranschlag der Volksschule schon enthalten ist) in Übereinstimmung zu bringen.

Die übrigen kleinen Änderungen der Gehaltsordnung sowie die Übergangsbestimmungen dürften einer weiteren Erläuterung nicht bedürfen.

Dr. Meinschmidt.

Grundsätze

für die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen
der Stadt Karlsruhe.

I. Gehaltsordnung.

Alte Fassung.

§ 1.

Das dienstliche Gesamteinkommen eines Volksschulhauptlehrers soll jährlich mindestens 2 400 und höchstens 4 200 *M.* betragen.

Innerhalb dieser Grenze ist das Einkommen so zu bemessen, daß es beträgt:

bis einschließlich zum 10. Dienstjahr	2 400 <i>M.</i>
im 11. und 12. Dienstjahr	2 580 „
„ 13. „ 14. „	2 760 „
„ 15. „ 16. „	2 940 „
„ 17. „ 18. „	3 120 „
„ 19. „ 20. „	3 300 „
„ 21. „ 22. „	3 480 „
„ 23. „ 24. „	3 660 „
„ 25. „ 26. „	3 840 „
„ 27. „ 28. „	4 020 „
„ 29. und in den folg. Dienstjahren	4 200 „

Die Oberlehrer erhalten den um 400 *M.* erhöhten Gehalt eines Hauptlehrers der gleichen Altersklasse, ebenso der Inspektor des Turnunterrichts.

Die Inspektorin des Handarbeits- und Haushaltungsunterrichts erhält den um 200 *M.* erhöhten Gehalt einer Hauptlehrerin für Handarbeitsunterricht.

Zustimmung des Bürgerausschusses vom 17. Dezember 1908 und Genehmigung Großherzoglichen Ministeriums des Innern gemäß § 7 g der Städteordnung vom 12. Februar 1909 Nr. 7 381, sowie Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 18. Februar 1909 Nr. B 1 953.

Neue Fassung.

§ 1.

Das dienstliche Gesamteinkommen eines Volksschulhauptlehrers soll jährlich mindestens 2 500 und höchstens 4 600 *M.* betragen.

Innerhalb dieser Grenze ist das Einkommen so zu bemessen, daß es beträgt:

bis einschließlich zum 10. Dienstjahr	2 500 <i>M.</i>
im 11. und 12. Dienstjahr	2 710 „
„ 13. „ 14. „	2 920 „
„ 15. „ 16. „	3 130 „
„ 17. „ 18. „	3 340 „
„ 19. „ 20. „	3 550 „
„ 21. „ 22. „	3 760 „
„ 23. „ 24. „	3 970 „
„ 25. „ 26. „	4 180 „
„ 27. „ 28. „	4 390 „
„ 29. und in den folg. Dienstjahren	4 600 „

Die Oberlehrer erhalten den um 400 *M.* erhöhten Gehalt eines Hauptlehrers der gleichen Altersklasse, ebenso der Inspektor des Turnunterrichts und der Inspektor des Knabenhandfertigkeitsunterrichts.

Die Inspektorin des Handarbeits- und Haushaltungsunterrichts erhält den um 200 *M.* erhöhten Gehalt einer Hauptlehrerin für Handarbeitsunterricht.

Alte Fassung.

§ 2.

Das dienstliche Einkommen der Volksschulhauptlehrerinnen, der etatmäßigen Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht, sowie der Unterlehrer und Unterlehrerinnen richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes.

§ 3.

Das Einkommen der vertragsmäßig mit vierteljährigem Kündigungsrecht und der mit der Eigenschaft nicht-etatmäßiger Beamten angestellten vollbeschäftigten Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht soll betragen:

im 1. Dienstjahr	1 000 M.
" 2. "	1 100 "
" 3. und 4. Dienstjahr	1 200 "
" 5. " 6. "	1 300 "
" 7. " 8. "	1 400 "
" 9. und in den folgend. Dienstjahren	1 500 "

Soweit es sich als angängig erweist, sollen jeweils zwei Dritteile der Gesamtzahl der Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen etatmäßig angestellt werden.

§ 4.

Bei Bemessung des Gesamteinkommens im Sinne obiger Bestimmungen wird die Vergütung für Überstunden (§§ 37 und 46 des Gesetzes über den Elementar-Unterricht) und für sonstige außerordentliche Dienstleistungen nicht eingerechnet.

Als Überstunden gelten diejenigen, welche über die Zahl 30 hinaus in nicht bloß vorübergehender Weise wöchentlich zu erteilen sind. Sie werden mit 60 M. für das Jahr und die Wochenstunde vergütet.

§ 5.

Den ausschließlich oder hauptsächlich mit der Erteilung von Fortbildungsunterricht be-

Neue Fassung.

§ 2.

Das dienstliche Einkommen der Volksschulhauptlehrerinnen, der etatmäßigen Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht, sowie der Unterlehrer und Unterlehrerinnen richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des Schulgesetzes.

§ 3.

Das Einkommen der vertragsmäßig mit vierteljährigem Kündigungsrecht angestellten vollbeschäftigten Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht soll betragen:

im 1. Dienstjahr	1 100 M.
" 2. "	1 200 "
vom 3. Dienstjahr an	1 300 "

Die mit der Eigenschaft nicht-etatmäßiger Beamten angestellten vollbeschäftigten Lehrerinnen für Handarbeits- und Haushaltungsunterricht erhalten das gesetzliche Einkommen einer Unterlehrerin und zwar:

bis zum 6. Dienstjahr	1 360 M.
im 7. und 8. Dienstjahr	1 460 "
vom 9. Dienstjahr an	1 560 "

Soweit es sich als angängig erweist, sollen jeweils zwei Dritteile der Gesamtzahl der Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen etatmäßig angestellt werden.

§ 4.

Bei Bemessung des Gesamteinkommens im Sinne obiger Bestimmungen wird die Vergütung für Überstunden (§§ 55 und 65 des Schulgesetzes) und für sonstige außerordentliche Dienstleistungen nicht eingerechnet.

Als Überstunden gelten diejenigen, welche über die Zahl 30 hinaus in nicht bloß vorübergehender Weise wöchentlich zu erteilen sind. Sie werden mit 60 M. für das Jahr und die Wochenstunde vergütet.

§ 5.

wie bisher.

Alte Fassung.

trauten Lehrern kann der Stadtrat Funktionszulagen bis zu 400 M bewilligen. Außerdem können denselben schon die über die Zahl 24 hinausgehenden Wochenstunden als Überstunden angerechnet werden.

§ 6.

Die Dienstjahre werden vom 1. Januar desjenigen Jahres ab gerechnet, welches dem Jahre folgt, in welchem der Lehrer unter die Zahl der Schulgehilfen aufgenommen war (§ 26 des Elementarunterrichts-Gesetzes). Nur die im Dienste einer öffentlichen Schule verbrachte Zeit kommt dabei in Berechnung.

Für die Lehrerinnen wird nach Umfluß des ersten an der hiesigen Volksschule verbrachten Dienstjahres durch besonderen Beschluß des Stadtrats auf Antrag der Schulkommission festgestellt, mit wievielen Dienstjahren die frühere Beschäftigung im Lehrfach in Rechnung kommen soll.

§ 7.

Sollte nach den obigen Bestimmungen das Dienst Einkommen eines Lehrers den durch Gesetz oder durch eine gesetzesgemäße Verfügung der Staatsbehörde festgestellten Mindestbetrag nicht erreichen, so ist es auf diesen Betrag zu erhöhen.

Neue Fassung.

§ 6.

Die Dienstjahre werden vom 1. Januar desjenigen Jahres ab gerechnet, welches dem Jahre folgt, in welchem der Lehrer unter die Zahl der Schulgehilfen aufgenommen war (§ 44 des Schulgesetzes). Nur die im Dienste einer öffentlichen Schule verbrachte Zeit kommt dabei in Berechnung.

Für die Lehrerinnen wird nach Umfluß des ersten an der hiesigen Volksschule verbrachten Dienstjahres durch besonderen Beschluß des Stadtrats auf Antrag der Schulkommission festgestellt, mit wievielen Dienstjahren die frühere Beschäftigung im Lehrfach in Rechnung kommen soll.

§ 7.

wie bisher.

X *Landw. Anst.*

II. Übergangsbestimmungen.

Die vorstehende Gehaltsordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an in folgender Weise in Kraft.

1. Die am 1. Januar 1911 in Karlsruhe angestellten Hauptlehrer erhalten auf diesen Zeitpunkt eine Gehaltszulage in Höhe der halben Differenz zwischen dem Sollbetrag ihres Gehaltes nach dem bisherigen Tarif und dem Sollbetrag des neuen Tarifs, jedoch höchstens 200 M.
2. Auf 1. Januar 1912 erhalten die Hauptlehrer, unbeschadet des Anfalls der ordentlichen Zulagen, eine weitere Ausgleichszulage in Höhe der noch bestehenden

Neue Fassung.

Differenz zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und dem Sollbetrage des neuen Tarifs.

3. Für die Hauptlehrer der eingemeindeten Vororte, soweit sie noch nicht in die Bezüge der städtischen Gehaltsordnung eingerückt sind, gelten diese Bestimmungen nicht; vielmehr bleibt für diese Hauptlehrer die bisherige Regelung bestehen, nach welcher die Hauptlehrer an den Volksschulen der Vororte in der Weise allmählich in den Gehaltstarif der städtischen Lehrer einrücken, daß ihnen bis zur Gleichstellung mit letzteren alljährlich eine außerordentliche Zulage von 200 M. gewährt wird.
4. Die Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen, welche nicht alsbald etatmäßig angestellt werden können, rücken auf 1. Januar 1911 in das ihnen nach dem neuen Tarif zukommende Gehaltsoll ein.

Bürgerausschusszustimmung am 25. April 1911.

Karlsruhe, den 3. März 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1911 an außer den im Voranschlag der Volksschule für 1911 angeforderten 10 Stellen noch 2 weitere etatmäßige Stellen für Handarbeits- und Haushalts-Hauptlehrerinnen geschaffen werden.

Der Stadtrat:
Dr. Meinschmidt.

Prender

Begründung.

Wie in Anmerkung Nr. 9 zum Voranschlag der Volksschule für 1911 dargelegt ist, sind an der hiesigen Volksschule zur Zeit insgesamt 53 Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen tätig. Nach § 3 der Grundsätze für die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen der Stadt Karlsruhe sollen, soweit es sich als angängig erweist, jeweils zwei Drittel der Gesamtzahl an Industrielehrerinnen etatmäßig angestellt werden; nach diesen Grundsätzen sollten also 34 Hauptlehrerinnen der bezeichneten Art vorhanden sein. Zur Zeit sind 22 etatmäßige Stellen vorhanden; zur Erreichung des normalen Verhältnisses wären daher 12 weitere Stellen zu schaffen.

Nach den bisher geltenden Vorschriften (§ 4 der landesherrlichen Verordnung vom 17. Juli 1892) sollte die etatmäßige Anstellung einer Industrielehrerin regelmäßig nicht vor Zurücklegung einer mindestens fünfjährigen Dienstzeit in der Eigenschaft eines nicht etatmäßigen Beamten geschehen. Dieser Vorbedingung für die etatmäßige Anstellung entsprachen bei Aufstellung des Voranschlags für die Volksschule nur 10 Lehrerinnen, sodaß in diesem Voranschlag nur 10 etatmäßige Stellen neu angefordert wurden.

Gemäß § 1 der landesherrlichen Verordnung vom 8. August 1910, die Anwendung des Beamtengesetzes auf die Lehrer an Volksschulen betreffend, ist neuerdings für die Anstellung von Lehrern u. j. w. die landesherrliche Verordnung vom 10. Juli 1909 maßgebend. Nach § 10 Absatz 3 der letzteren Verordnung genügt aber eine Dienstleistung von zwei Jahren in nicht etatmäßiger Beamteneigenschaft als Voraussetzung für die etatmäßige Anstellung.

Bei dieser veränderten Sachlage entspricht es der Billigkeit, das in § 3 der Grundsätze für die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen vorgesehene Verhältnis herzustellen, d. h. vom 1. Januar 1911 ab 34 etatmäßige Stellen für Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen zu schaffen. Da 10 neue Stellen bereits im Voranschlag der Volksschule vorgesehen sind, werden hier die Mittel für die etatmäßige Anstellung von zwei weiteren Lehrerinnen angefordert. Nach dem Staatsvoranschlag stehen die Stellen staatlicherseits ebenfalls zur Verfügung.

Die in die Stellen zu befördernden Unterlehrerinnen beziehen jetzt 1500 M Gehalt und haben als Hauptlehrerinnen 2000 M Gesamteinkommen anzusprechen. Der beantragte Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag beläuft sich demnach für 1911 auf $500 \times 2 = 1000$ M.

1101 1911, der 3. März 1911

Dr. Kleinschmidt.

Die in die Stellen zu befördernden Unterlehrerinnen beziehen jetzt 1500 M Gehalt und haben als Hauptlehrerinnen 2000 M Gesamteinkommen anzusprechen. Der beantragte Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag beläuft sich demnach für 1911 auf $500 \times 2 = 1000$ M.

Dr. Kleinschmidt.

1101 1911, der 3. März 1911

Die in die Stellen zu befördernden Unterlehrerinnen beziehen jetzt 1500 M Gehalt und haben als Hauptlehrerinnen 2000 M Gesamteinkommen anzusprechen. Der beantragte Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag beläuft sich demnach für 1911 auf $500 \times 2 = 1000$ M.

Die in die Stellen zu befördernden Unterlehrerinnen beziehen jetzt 1500 M Gehalt und haben als Hauptlehrerinnen 2000 M Gesamteinkommen anzusprechen. Der beantragte Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag beläuft sich demnach für 1911 auf $500 \times 2 = 1000$ M.

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911 mit der
 Aufgabe, daß die in den nachstehenden Änderungen,
 mit denen der Punkt für die in den nachstehenden
 vorgeschlagenen Änderungen

Karlsruhe, den 26. April 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, der Bürgerausschuß wolle
 seine Zustimmung dazu erteilen.

F. bis auf Weiteres
 daß der Stadtrat ermächtigt wird, Gelände im Gebiet des Rheinhafens für gewerbliche
 Zwecke unter den üblichen Bedingungen zum Mindestpreis von 10 Mk ohne besondere
 Bürgerausschußzustimmung aus der Hand zu veräußern, sofern nicht im einzelnen
 Fall der geschäftsleitende Vorstand, dem die Verträge vor ihrem endgültigen Abschluß
~~auf Wunsch~~ vorzulegen sind, die Einholung der besonderen Genehmigung verlangt.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

F. bis auf Weiteres

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Innern
vom 24. Juni 1911 No. 29164.

Karlsruhe, den 9. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß
I. die nachverzeichneten Grundstücke der früheren Gemarkungen Daglanden und Rüppurr*)

Lagerbuch	Größe	Kulturart	Gewann	Preis	pro qm
7619	10 ar 43 qm	Ackerland	Reufeld	1043,— M	1,— M
7618	8 " 73 "	"	"	873,— "	1,— "
18418	12 " 51 "	"	Budelacker	1251,— "	1,— "
11740	9 " 74 "	"	Hungerlach	584,40 "	0,60 "
11740 a	9 " 55 "	"	"	573,— "	0,60 "
11774	11 " 50 "	"	"	485,— "	0,42 "

zu den angegebenen Preisen erworben und

II. der entstehende Gesamtaufwand von 4809 M 40 S sowie die Kosten aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Die Grundstücke Lagerbuch 7619 und 7618 liegen im Erweiterungsgebiet des Rheinhafens südlich des Stichkanals. Ihre Erwerbung liegt daher ebenso wie die des Grundstücks Lagerbuch Nr. 18418, welches in das Bauerweiterungsgebiet südöstlich von Daglanden zwischen Federbach und Alb fällt, im Interesse der Stadtgemeinde. Das Gleiche gilt bezüglich der auf der früheren Gemarkung Rüppurr befindlichen Grundstücke Lagerbuch Nr. 11740, 11740 a und 11774, von denen die ersteren beiden Grundstücke inmitten des stadteigenen Geländes der Chemischen Fabrik bei Rüppurr liegen, während das letztere Grundstück südwestlich an dieses Gelände angrenzt.

Die Grundstücke wurden freihändig angekauft mit Ausnahme des letzten Grundstücks (Lagerbuch Nr 11774), das im Versteigerungsweg erworben wurde.

Siegrist.

*) Der Übersichtsplan über die Grundstücke kann auf dem Rathhaus, Zimmer 74 (Registatur) eingesehen werden.

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Innern
vom 8. Juni 1911. No. 26325.

Karlsruhe, den 18. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

- I. das im anliegenden Plan bezeichnete, im Stadtteil Beiertheim Breite Straße Nr. 66 gelegene Grundstück Lagerbuchnummer 9469 im Flächenmaß von 939 qm mit den darauf stehenden Gebäulichkeiten, Wohnhaus, Scheuer und Stallungen zum Preis von 18 000 M durch die Stadtgemeinde angekauft und
- II. der Kaufpreis nebst Kosten und Steuern im Gesamtbetrag von . . . 18 478 M aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Rendek.

Begründung.

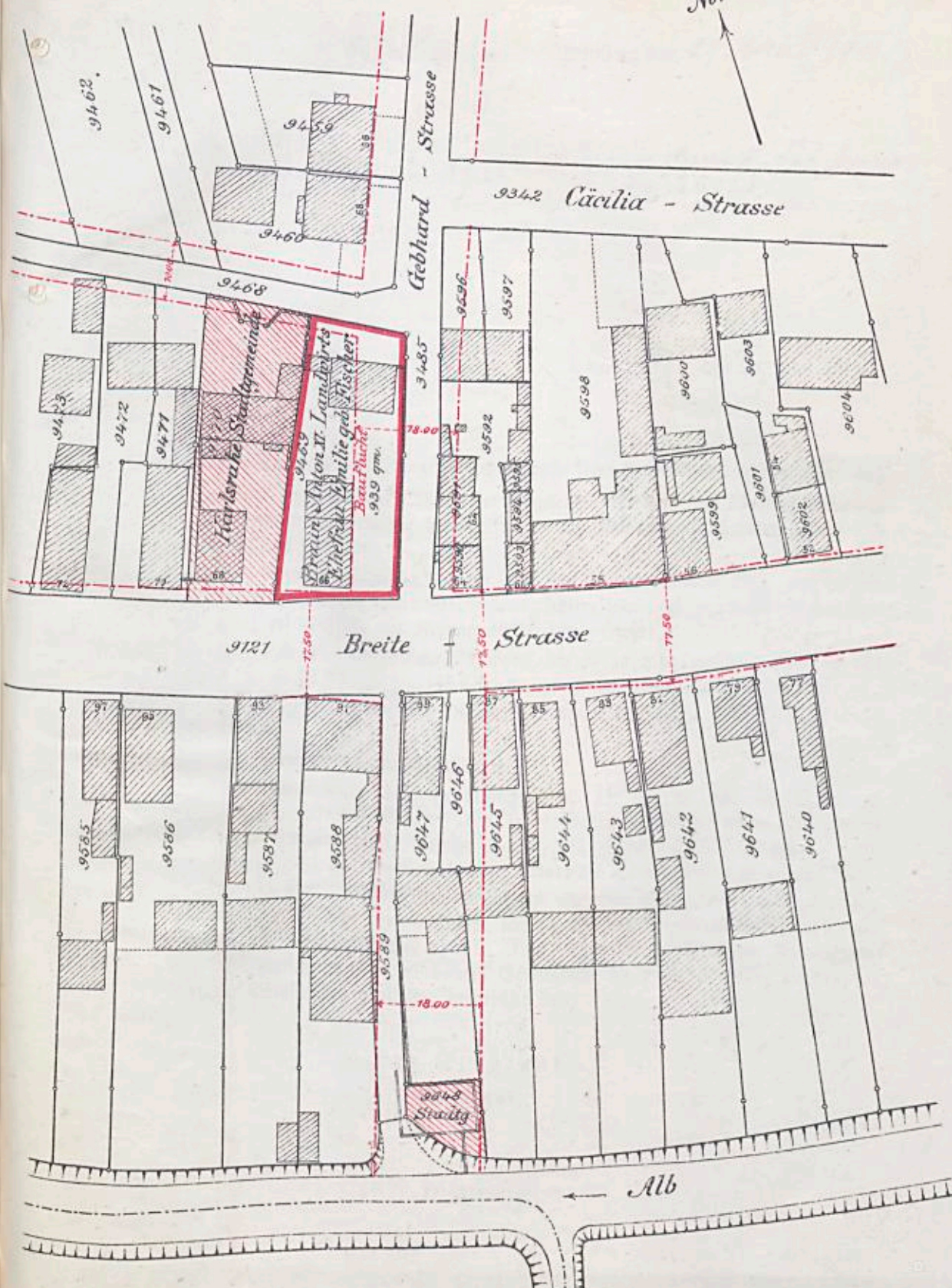
Die Eigentümer des obengenannten Grundstücks, Landwirt Anton Braun XI Eheleute in Beiertheim haben das Anwesen der Stadt zum Kauf angeboten.

Wie sich aus anliegendem Plan ergibt, fallen von dem Grundstück circa 450 qm in die künftigen 3 anstoßenden Straßen. Zudem ist die Stadtgemeinde als Nachbarin am Erwerb interessiert. Auf dem nebenan gelegenen, der Stadtgemeinde gehörigen Grundstück Breite Straße Nr. 68 steht ein Haus, das zur Zeit den katholischen Schul- und Krankenschwestern auf Widerruf mietfrei überlassen ist.

Der Preis von 18 000 M erscheint angemessen.

Dr. Paul.

Plan folgt nach



Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. Lab. Jura
vom 12. Juni 1911 No. 26323.

Karlsruhe, den 20. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

- I. die in dem angeschlossenen Plane rot angelegten Straßen des Gartenstadtgebietes in Rüppurr ortsplanmäßig hergestellt und mit Schmutzwasserkanälen, Gas- und Wasserleitung versehen,
- II. die Auer Straße, Raßatter Straße bis zum Scheibenhardter Weg und die erwähnten Straßen des Gartenstadtgebietes, letztere soweit es zur sachgemäßen Entwässerung erforderlich, mit Regenwasserkanälen versehen,
- III. der zu I. und II. erforderliche Aufwand im voranschlagsmäßigen Betrage von 87 810 Mk + 57 800 Mk = 145 610 Mk aus Anlehensmitteln bestritten,
- IV. der unten abgedruckte Vertrag mit der Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H. abgeschlossen und
- V. folgender Gemeindebeschluß erlassen werde:

„Die Eigentümer der Grundstücke, die an die in den angeschlossenen Plänen rot angelegten Straßen des Gartenstadtgebietes im Stadtteil Rüppurr und zwar Eingangplatz, Straße R-Q-P-O-C, Straße P-N-L, Straße R-c-d-e und Straße c-f-i angrenzen, haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßen-Gesetzes“ (Beschluß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraßen benüßbar hergestellt sind.“

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Sacher.

Plan folgt nach

Vertrag

zwischen

der Stadtgemeinde Karlsruhe einerseits

und

der Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H. andererseits.

§ 1.

Die Stadt wird die in dem angeschlossenen Plane rot angelegten Straßen alsbald herstellen, sie mit Schmutzwasserkanälen, Gas- und Wasserleitung versehen, und für die Beseitigung der Regenwasser Sorge tragen.

§ 2.

Die Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H. wird der Stadt den Aufwand für Herstellung und fünfjährige Unterhaltung der in § 1 genannten Straßen gemäß einem nach § 22 Absatz 2 Satz 2 des Ortsstraßen-Gesetzes herbeizuführenden Gemeindebeschuß alsbald nach Herstellung der Straßen ersetzen.

§ 3.

Bezüglich der Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Gehwege findet der Gemeindebeschuß vom 21. Juni 1909 über Herstellung und Unterhaltung der Gehwege, Rinnen u. dergl. nach § 24 des Ortsstraßen-Gesetzes; auf den Ersatz der Kanalkosten der Gemeindebeschuß vom 21. Juni 1909 über den Bezug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortsstraßen-Gesetzes, namentlich auch dessen § 5 Absatz 2 Anwendung.

Die Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H. wird jedoch die tatsächlichen Kosten, die der Stadt durch den Bau der in § 1 genannten Schmutzwasserkanäle entstehen, vom Tage der Fertigstellung dieser Kanäle bis zum Fälligkeitstermin der ordnungsmäßigen Kanalkostenbeiträge mit 4 % verzinsen und hierfür auf Verlangen des Stadtrats Sicherheit leisten.

§ 4.

Die Stadt gestattet der Genossenschaft in widerruflicher Weise, die häuslichen Abwässer, nachdem sie in der zu errichtenden Kläranlage gereinigt sind, in die städtischen Regenwasserkanäle abzuleiten, und vorbehaltlich näherer Bestimmung über deren Lage die Kanäle, die zu und von der Kläranlage führen, in Straßengelände zu verlegen.

Für Störungen im Betriebe der Kläranlage oder für Schäden innerhalb der entwässerten Grundstücke, welche daraus entstehen können, daß beim Spülen der Schmutzwasserkanäle der Pumpenraum überfüllt und ein Rückfluß in die Grundstücksentwässerungen — Kellerüberflutungen — verursacht wird, oder bei überlasteten Regenkanälen deren Inhalt in die Kläranlage übertritt, übernimmt die Stadt keinerlei Verantwortung.

§ 5.

Die in dem angeschlossenen Plane blau angelegten Wege und Plätze wird die Genossenschaft auf ihre Kosten herstellen und unterhalten.

§ 6.

Die Genehmigung des Bürgerausschusses sowie die Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Ansehungsmitteln werden vorbehalten.

Begründung.

Die Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H. will im Nordosten von Rüppurr, östlich und westlich der Auer Straße, ein etwa 12 ha großes Gelände, das sie von der Domäne erwirbt, der Bebauung erschließen; es sollen lediglich Kleinwohnungen, teils Reihenhäuser teils Landhäuser, erstellt werden.

Es sollen auf Antrag der Genossenschaft zunächst die in dem angeschlossenen Plane rot angelegten Straßen, deren Fluchten vom Bezirksrat unter dem 14. März 1911 festgesetzt wurden, hergestellt, und mit Kanalisation sowie Gas- und Wasserleitung versehen werden. Die Herstellung der im Plane blau angelegten Wege, die lediglich die einzelnen Grundstücke von der Gartenseite her zugänglich machen, und weder zum Anbau noch für den durchgehenden Verkehr bestimmt sind, bleibt der Gartenstadt-Genossenschaft überlassen.

Das Straßengelände wird der Stadt unentgeltlich überwiesen. Da ein großer Verkehr in den fraglichen Straßen nicht zu erwarten ist, sollen sie tunlichst einfach (Schotterfahrbahnen, Doppelrinnen und Übergänge aus Sandsteinpflaster) hergestellt werden, wie dies auch in den Straßen der Gewann Göhren in Rüppurr (siehe Bürgerausschußvorlage vom 7. September 1910) geschehen ist.

Schwierigkeiten hat die Lösung der Entwässerungsfrage bereitet. In Rüppurr soll bekanntermaßen (siehe die Bürgerausschußvorlage vom 30. Oktober 1908) das sogenannte Trennsystem durchgeführt werden; die Regenwasser und Schmutzwasser sollen in getrennten Kanälen, die ersteren dem Reiherbach unmittelbar bei Rüppurr, die letzteren in einem Sammelkanal dem in der Breiten Straße in Beiertheim liegenden Kanal und durch ihn dem Klärwerk in Neurent zugeführt werden. Während die Regenwasserkanalisation in einem Teil von Rüppurr bereits fertiggestellt ist, muß die Ausführung des Schmutzwasserkanals noch auf Jahre zurückgestellt werden, einerseits deswegen, weil er vor Fertigstellung des Klärwerks u. s. w. doch nicht benutzbar wäre, andererseits wegen der erheblichen Kosten, die ein Zuwarten noch empfehlen. Die Gartenstadt-Genossenschaft legt aber begreiflicherweise Wert darauf, eine vollständige und einwandfreie Entwässerung mittels Tiefkanälen durchzuführen; es ist zu diesem Zwecke folgendes in Aussicht genommen: Das Gebiet der Gartenstadt soll an die Regenwasserkanalisation angeschlossen werden, wie dies auch in der Gewann Göhren geschehen ist. Es ist zu diesem Zwecke ein Hauptkanal in der Auer und Rastatter Straße zu verlegen und die einzelnen Straßen des Gartenstadtgebiets soweit nötig mit Kanälen zu versehen. Außerdem soll aber die Stadt die Schmutzwasserkanäle in den im Plane rot bezeichneten Straßen sofort bauen, und zwar so, daß sie künftig ohne Änderungen an den späteren Sammelkanal angeschlossen werden können. Vorerst soll der Inhalt der Kanäle in einer von der Gartenstadt zu erstellenden Kläranlage mit biologischem Klärverfahren gereinigt und in diesem gereinigten Zustande den Regenwasserkanälen und dem Reiherbach übergeben werden. Die wasserpolizeiliche Genehmigung für dieses Klärwerk hat die Gartenstadt bei dem Bezirksamte beantragt.

Die Kosten für die von der Stadt zu leistenden Arbeiten belaufen sich voranschlagsmäßig

1. für Straßen und Gehwege auf	39 910 M.
2. für Schmutzwasserkanäle auf	28 400 " "
3. für Gasleitung auf	9 500 " "
4. für Wasserleitung auf	10 000 " "

87 810 M.

Die Regenwasserkanäle sollen kosten 57 800 " "

zusammen . . 145 610 M.

Der Eigentümer des Geländes — derzeit noch das Großherzogliche Domänenärar, später die Gartenstadt-Genossenschaft — soll zum Ersatz der Kosten gemäß den bestehenden Grundsätzen beigezogen werden.

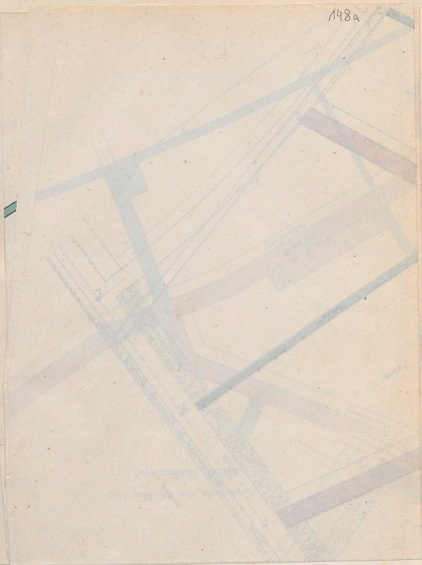
Bezüglich der Gehwege ist der Gemeindebeschluß vom 21. Juni 1909 über Herstellung und Unterhaltung der Gehwege, Rinnen und dergleichen nach § 24 des Ortsstraßen-Gesetzes maßgebend. Wegen der eigentlichen Straßenkosten soll der oben unter Ziffer 5 erwähnte Beschluß herbeigeführt werden; hiernach sind die Kosten für die Gehwege und Straßen einschließlich des Aufwands für die Straßenunterhaltung auf 5 Jahre, nämlich 39 910 *M* (siehe oben unter 1) und 6 720 *M* = 46 630 *M* seitens des Eigentümers alsbald nach Fertigstellung der Straßen zu ersetzen.

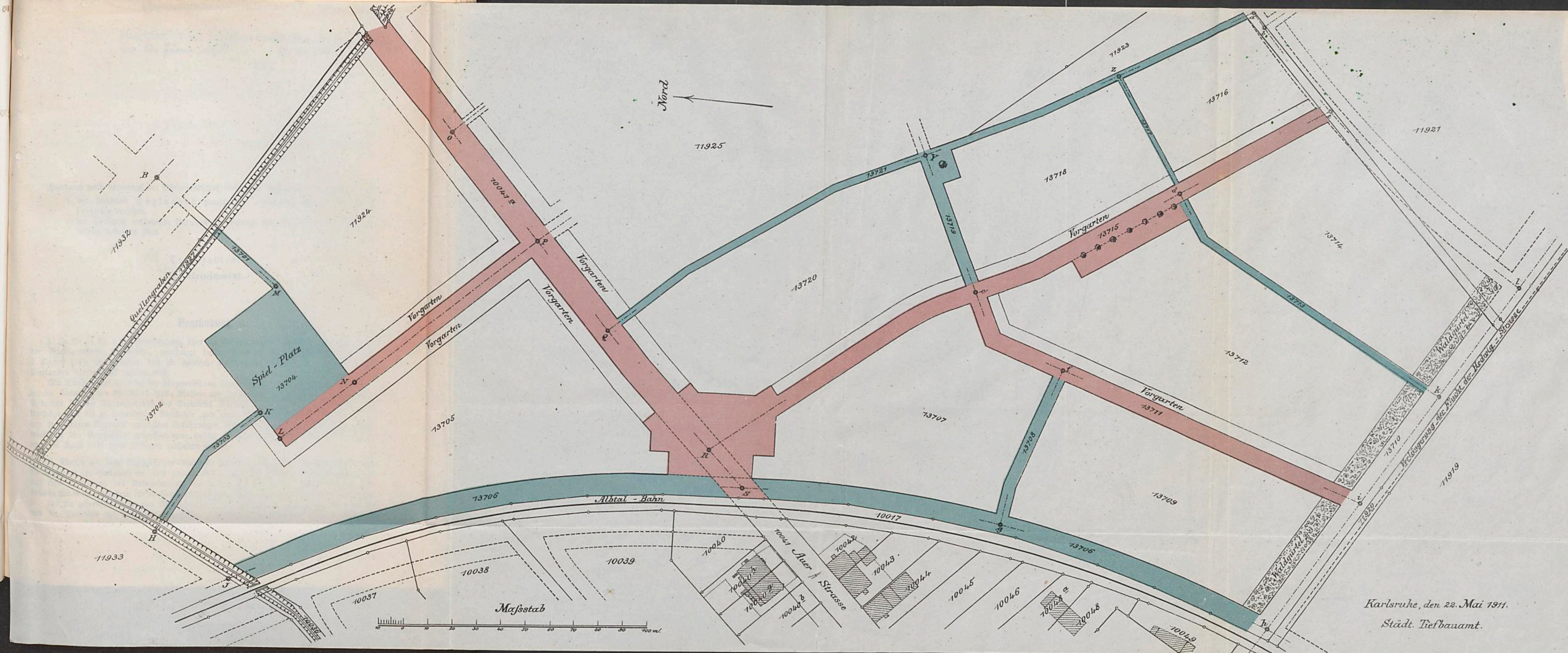
Hinsichtlich der Kanalkosten ist der Gemeindebeschluß vom 21. Juni 1909 über den Beizug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortsstraßen-Gesetzes maßgebend. Darnach haben die Eigentümer 40 *M* für den laufenden Meter der Frontlänge, mit der die Grundstücke an Straßen stoßen, zu ersetzen, was für die Gartenstadt eine Gesamtsumme von rund 63 000 *M* ergibt. Diese Beträge werden aber nach jenem Gemeindebeschlusse nicht sofort fällig; es ist dort (in § 5) mit Rücksicht auf das Trennsystem bestimmt, daß die Beiträge für die auf der früheren Gemarkung Rüppurr gelegenen Grundstücke nicht schon nach Herstellung der Regenwasserkanäle, sondern erst nach Herstellung der Schmutzwasserkanalisation fällig werden. Man könnte zunächst annehmen, daß diese Voraussetzung erfüllt werde, da die Stadt die fraglichen Straßen mit Schmutzwasserkanälen versehe. Demgegenüber muß betont werden, daß man bei der Redaktion dieses Paragraphen an denjenigen Schmutzwasserkanal gedacht hat, der Rüppurr mit dem Klärwerk in Neurent verbinden soll, und nicht an eine Entwässerung, die nur dadurch möglich wird, daß der Grundbesitzer mit erheblichem eigenen Aufwand eine Kläranlage erstellt und unterhält. Der sofortige Einzug der Kanalkosten ist hiernach auf Grund jenes Gemeindebeschlusses nicht möglich, er würde auch insofern eine Unbilligkeit enthalten, als den übrigen Grundbesitzern, die die Kanalkostenbeiträge sofort bezahlen müssen, ein dergleicher Aufwand nicht erwächst; die Leistung der Stadt ist hier und dort nicht dieselbe. Andererseits entstehen aber der Stadt durch die Anlage der Schmutzwasserkanäle im Gartenstadtgebiet Kosten, die sie ohne den Wunsch der Gartenstadt-Genossenschaft jetzt nicht aufwenden würde, und die vor allem für andere Baubezirke in Rüppurr (z. B. Böhren) tatsächlich nicht aufgewendet werden. Um hierin einen billigen Ausgleich zu finden, ist eine Vereinbarung zustande gekommen (siehe § 3 des Vertrags), wonach die Gartenstadt-Genossenschaft die tatsächlichen Kosten, die der Stadt durch den Bau der Schmutzwasserkanäle entstehen, vom Tage der Fertigstellung dieser Kanäle bis zum Fälligkeitstermin der ortstatutarischen Kanalkostenbeiträge mit 4 % verzinst.

Eine Verzinsung des Aufwandes für die Regenwasserkanalisation kommt nach dem Sinne jenes Gemeindebeschlusses nicht in Frage, diese wurde auch in der Gewinn Böhren u. s. w. hergestellt, ohne daß man eine dergleiche Ersatzforderung geltend gemacht hätte; sie kommt im übrigen nicht nur der Gartenstadt zugute, sondern dient auch der Entwässerung der Auer Straße westlich der Abtaltbahn und der Rastatter Straße.

Dr. Paul.

148a





Karlsruhe, den 22. Mai 1911.
Städt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 12. Juni 1911 No. 26 324.

Karlsruhe, den 18. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. der Stadtteil Daglanden gemäß den anliegenden Plänen mit Gas-
leitung versehen,
2. der hierdurch entstehende Aufwand im Betrage von 198 800 Mk aus Anlehens-
mitteln bestritten wird.

Der Stadtrat:

Dr. Meinschmidt.

Ladner.

Begründung.

I. In Nr. II Lit. c der Vereinbarung über die Vereinigung der Gemeinde Daglanden mit der Stadtgemeinde Karlsruhe, genehmigt durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 2. August 1909, ist bestimmt, daß die städtische Gasleitung spätestens im Jahr 1911 nach Daglanden durchgeführt werden muß.

Mit Rücksicht auf diese bei der Eingemeindung übernommene Verpflichtung hat der Stadtrat die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke mit Ausarbeitung eines Projektes für die Gasversorgung des Stadtteils Daglanden beauftragt. Auf Grund einer Umfrage über die zu erwartenden Anschlüsse und einer Schätzung des Verbrauchs, die auf den in anderen Vororten gemachten Erfahrungen beruht, gelangt die Direktion der Gaswerke zu den Ergebnissen und Anträgen, welche in ihrem nachstehend abgedruckten Bericht vom 29. April 1911 nebst Beilagen enthalten sind.

II. Ebenso wie beim Anschluß der Stadtteile Rüppurr, Rintheim und Grünwinkel geht die Direktion der Gaswerke bei ihrer jetzigen Rentabilitätsberechnung von der Annahme aus, daß eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 4,1 % gefordert wird. Die Kosten der Aufstellung von Gasandelaßern für die Straßenbeleuchtung sind dabei im Anlagekapital vorgesehen.

Um die geforderte Rente des Anlagekapitals von 198 800 Mk zu erzielen, ist nach der von der Direktion der Gaswerke angestellten Berechnung bei Annahme eines Selbstkosten-

preises von 9 M und eines Verkaufspreises von 14 M pro cbm Gas ein jährlicher Gasverbrauch von 168 000 cbm für Daglanden erforderlich. Die bei der Umfrage erzielten Anmeldungen genügen nicht, um diesen Mindestverbrauch zu sichern. Nach den in andern Vororten gemachten Erfahrungen kann aber damit gerechnet werden, daß zahlreiche Grundstückseigentümer sich noch während der Rohrverlegungsarbeiten, spätestens aber während des ersten Betriebsjahres zum Gasbezug entschließen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache schätzt die Gaswerksdirektion den nach Beendigung der Bauarbeiten zu erwartenden jährlichen Gasverbrauch auf etwa 150 000 cbm.

III. Nach den bei der Eingemeindung übernommenen Verpflichtungen darf die mangelnde Rentabilität der Gasversorgung von Daglanden kein Anlaß sein, die Ausführung der Anlage noch weiter zu verschieben. Außerdem ist zu erwarten, daß der tatsächliche Gasverbrauch die Schätzung nach einiger Zeit überholt und der Fehlbetrag dann verschwindet. Übrigens haben zwei Umstände dazu beigetragen, das Projekt gegenüber dem ursprünglich berechneten Betrage des Anlagekapitals zu verteuern und damit seine Rentabilität zu beeinträchtigen. Zunächst ergibt sich nämlich ein Mehraufwand durch die Veränderungen der Straßen im Mühlburger Gebiet infolge der Eisenbahnverlegung; sodann nimmt das jetzige Projekt Rücksicht auf den wahrscheinlichen Anschluß weiterer Gemeinden, der dann die Anlage als Ganzes wieder besser rentabel macht.

1. Für den Druckrohrstrang kommt als direkteste und insolgedessen billigste Linie von der Sofien-Straße nach der Hardt-Straße und Grünwinkel der Weg durch die Vogesen-Straße in Betracht. Es muß aber mit einer Änderung dieses Straßenzuges insofern gerechnet werden, als die Eisenbahnverwaltung eine Überführung der Vogesen-Straße über die künftige Eisenbahnlinie plant, die allerdings noch nicht feststeht. Daher empfiehlt es sich, um spätere Umlegungen zu vermeiden, die Verlegung des Druckrohrs auf dem etwas weiteren Wege Sofien-Straße—Rhein-Straße—Hardt-Straße vorzusehen. Diese Änderung hat einen Mehraufwand von 6 300 M gegenüber dem ursprünglichen Projekt zur Folge, wovon allerdings ein Teil dem gleich zu erwähnenden etwaigen Anschluß eines Druckrohrs nach Neurent hin zu gute kommt.

2. Wie sich aus den eingehenden Darlegungen der Gaswerksdirektion ersehen läßt, ist bei der endgültigen Ausgestaltung der jetzt herzustellenden Fernversorgungsanlage bereits auf die Möglichkeit weiterer Anschlüsse an diese Anlage zwecks besserer Ausnutzung derselben Rücksicht genommen worden. Allerdings kommen die Gemeinden der südlichen Hardt (Forchheim, Mörsch, Durmersheim), für deren Anschluß der Druckrohrstrang sehr günstig liegen würde, für eine Gasversorgung von Karlsruhe aus bekanntlich nicht mehr in Betracht. Dagegen wird eine Gaslieferung nach Welsch-Neurent und Deutsch-Neurent von diesen Gemeinden angestrebt und für eine solche Fernversorgung wie auch für etwaige weitere Anschlüsse (Knielingen, Eggenstein) kann der Druckrohrstrang von der Hardtstraße aus, wie im Lageplan angedeutet, ohne weiteres ausgenutzt werden. Es empfiehlt sich, von verschiedenen Lösungen der jetzt gestellten Aufgabe diejenige zu wählen, welche bei möglichst geringen Mehrkosten die ausgedehnteste Ausnutzung auch durch künftige anderweite Verwendung gestattet.

IV. Einer besonderen eingehenden Prüfung ist die Frage unterzogen worden, ob die für das westliche Fernversorgungsgebiet erforderliche Kompressor-Anlage zweckmäßiger im Gaswerk I oder im Gaswerk II aufgestellt wird. Die im Bericht der Gaswerksdirektion ausführlich wiedergegebenen Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß es sich am meisten empfiehlt, zunächst die in dem jetzigen Projekt mit einem Anlagekapital von nur 2 500 M vorgesehene provisorische Kompressor-Anlage zu schaffen. Bei Aufhebung des Gaswerks I

kann dann unter Verwendung der für das Provisorium beschafften Teile mit einem weiteren Aufwand von 12500 M die definitive Kompressor-Station hergestellt werden.

V. Das jetzt auszuführende Projekt sieht im Anschluß an die soeben besprochene Kompressor-Anlage im Gaswerk I einen Druckrohrstrang durch die Sofien-Straße, Rhein-Straße, Hardt-Straße und Grünwinkel bis zur Abzweigung der Kreisstraße nach Daglanden von der Durmersheimer Straße vor. An dieser Straßenkreuzung wird ein Druckregler aufgestellt, der den im Druckrohr herrschenden höheren Gasdruck auf den gewöhnlichen Verbrauchsgasdruck herabmindert.

VI. Mit Rücksicht darauf, daß es sich bei der Gasversorgung von Daglanden um eine selbständige Neuanlage von dauerndem Wert handelt, ist die Verwendung von Anlehensmitteln für die Ausführung gerechtfertigt.

Die genauen Kostenvoranschläge und Pläne liegen bei der Direktion der Gaswerke zur Einsicht für die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses auf.

Dr. Meinschmidt.

Die Versorgung des Stadtteils
Daglanden mit Gas betreffend.

Bereits im Dezember 1907 und Januar 1908 hatten wir zur Gewinnung von Unterlagen für die Versorgung der damaligen Gemeinde Daglanden mit Gas Erhebungen mittelst Fragebogen über die Beteiligung der Bewohner und über den voraussichtlich zu erwartenden Gasverbrauch angestellt. Nachdem am 1. Januar 1910 die Eingemeindung von Daglanden vollzogen war, haben wir auftragsgemäß nochmals an diejenigen Einwohner Fragebogen aussteilen lassen, die sich seiner Zeit bei der ersten Umfrage noch nicht zum Gasbezug entschließen konnten. Zugleich haben wir uns bei den schon von früher vorliegenden Gasbezugsanmeldungen nochmals darüber verlässigt, ob und in welchem Umfange sie aufrecht erhalten werden. Die Ergebnisse dieser im Frühjahr vergangenen Jahres schon angestellten Erhebungen sind in der mitfolgenden Zusammenstellung, Anlage 1, eingetragen; hierauf werden wir später noch zurückkommen.

Die Lieferung des Gases nach dem Stadtteil Daglanden kann auf 4 Arten bewirkt werden:

- A. Durch Anschluß des Ortsnetzes und der Zuführungsleitung in der von Grünwinkel nach Daglanden führenden Kreisstraße an die in der Durmersheimer Straße im Stadtteil Grünwinkel vorhandene Gasleitung von 100 mm Lichtweite. In der Zuleitung würde gewöhnlicher Gebrauchsgasdruck herrschen; der Druck im Ortsnetz wäre, den Reibungsverlusten entsprechend, geringer.
- B. Durch Verbindung des Ortsnetzes mit den Gasbehälterleitungen des Gaswerks I unter Zwischenschaltung eines Druckreglers am Ortseingang; in der Zuleitung wäre Gasbehälterdruck abzüglich der Reibungsverluste, im Ortsnetz Gebrauchsdruck.
- C. Durch Anschluß an den im Jahre 1909 verlegten, vom Gaswerk II zu Gaswerk I führenden Gasdruckrohrstrang von 400 mm Lichtweite und Zwischenschaltung eines Druckreglers am Ortseingang; in der Zuleitung wäre hoher Gasdruck, im Ortsnetz Gebrauchsdruck.
- D. Durch Anschluß an eine im Gaswerk I zu errichtende Kompressoranlage mittelst Gasdruckrohrstranges bis Daglanden und Aufstellung einer Druckreglerstation dasebst. Die Kompressoranlage könnte auch zur Gaslieferung nach Welschneurent, Deutschneurent und eventuell Eggenstein dienen. Die Gasdruckverhältnisse wären wie unter C.

Die über diese 4 Möglichkeitsarten angestellten Berechnungen und Erwägungen lassen erkennen, daß die Ausführung nach A nicht durchführbar ist, weil ein so hoher Druckverlust im Rohrnetz auftreten würde (etwa 25 mm Wasserfäule), daß in Daglanden nur noch ein Gebrauchsgasdruck von etwa 25 mm Wasserfäule vorhanden wäre. Selbst wenn man in der Strecke der Durmersheimer Straße zwischen Zeppelin-Straße und Kreisstraße nach Daglanden einen neuen Hauptrohrstrang von 200 mm Lichtweite einlegen würde, so würde der am Eingang von Daglanden verfügbare Druck nur etwa 33 mm betragen, was zur geordneten Gasversorgung dieses Stadtteils nicht ausreicht.

Die Lösung nach B wäre sehr zweckmäßig und einfach, wenn in Zukunft nur Daglanden vermittelt der zu legenden Verbindungsleitung mit Gas zu versorgen wäre und automatische Zündung der öffentlichen Laternen nicht eingeführt werden würde. Der Gasbehälterdruck im Gaswerk I beträgt etwa 80 mm; zur Speisung von Daglanden sind, wenn ein wirtschaftlich günstiger Rohrquerschnitt zur Verwendung kommen soll und automatische Laternenzündung nicht zur Verwendung kommt, etwa 70 bis 80 mm Druck erforderlich; der Gasbehälterdruck wäre also gerade hinreichend. Sollen noch weitere Orte von dem zu legenden Verbindungsstrang mit Gas versorgt werden, was wahrscheinlich in Bälde sein wird (Teutsch- und Welschneurent, vielleicht auch Eggenstein), so wäre der Behälterdruck nicht mehr ausreichend, weil alsdann in wirtschaftlich günstig bemessenen Zuleitungen Druckverluste bis etwa 140 mm auftreten würden, die einen Anfangsdruck (Verluste + Ortsdruck) von etwa 200 mm bedingen. Da der baldige Anschluß von Teutsch- und Welschneurent an die in Frage stehende Zuleitung in Aussicht steht, so könnte diese Lösung überdies nur für ganz kurze Zeit den Bedingungen genügen und zwar nur dann, wie aus dem obigen hervorgeht, wenn automatische Laternenzündung in Daglanden nicht eingeführt werden soll. Laternenzündung von Hand ist aber kostspielig und kommt nach überschläglicher Rechnung etwa ebenso hoch zu stehen, wie der unter D genannte Kompressorbetrieb. Da aber mit dem Anschluß an die Gasbehälterleitungen im Gaswerk I nichts erspart wird, etwaige unvorhergesehene Reibungswiderstände aber mit einer Kompressoranlage unter allen Umständen überwunden werden können, so empfiehlt sich die Lösung nach B nicht.

Die Ausführung nach Vorschlag C wäre mit Rücksicht auf den in dem Gasrohrstrang von 400 mm Lichtweite herrschenden höheren Gasdruck technisch an sich möglich. Durch diesen Rohrstrang, der im Gaswerk II direkt an die teleskopierten Gasbehälter und bei Bedarf, d. h. wenn ein höherer Druck als der momentane Behälterdruck erforderlich ist, an eine daselbst befindliche Kompressoranlage angeschlossen werden kann, wird ein großer Teil des im Gaswerk II erzeugten Gases an das Gaswerk I geliefert. Man könnte diesen Gasdruckrohrstrang in entsprechend geringerer Lichtweite vom Gaswerk I ab verlängern und bis in die am Eingang des Versorgungsgebietes von Daglanden aufzustellende Druckreglerstation weiterführen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus empfiehlt sich dies aber nicht. Die vom Gaswerk II nach dem Gaswerk I zu liefernde Gasmenge beträgt im Maximum zur Zeit ungefähr 3000 cbm in der Stunde, während in der stärksten Verbrauchsstunde in Daglanden voraussichtlich nur eine Abgabe von etwa 75 cbm eintreten werden wird; letztere beläuft sich sohin nur auf etwa 2,5 % der in dem genannten Rohrstrang zu fördernden Gasmenge.

Zum Transport des Gases vom Gaswerk II nach dem Gaswerk I genügt während der Tagesstunden der Druck der Gasbehälter des Gaswerks II, wenn deren sogenannte Teleskope eingehakt sind, was in der Regel während der Tagesstunden der Fall ist. In den Abendstunden wird das in den Gasbehältern aufgespeicherte Gas je nach den Verhältnissen mehr oder weniger verbraucht, weshalb die Behälter in diesen Stunden stark sinken und die Teleskope oft aushängen. Ist das letztere der Fall, dann sinkt der Behälterdruck auf etwa 80 mm, welcher Druck zur genügenden Förderung von Gas vom Gaswerk II nach dem westlichen Werk nicht mehr genügt. In den Abendstunden muß deshalb in der Regel die oben genannte Kompressorstation des Gaswerks II in Betrieb genommen werden.

Zur Speisung der Gasbehälter des Werkes I genügt ein Druck am Ende des vom Gaswerk II kommenden Druckstranges von wenig über 80 mm. So lange der neue vom Gaswerk I nach Westen zu verlegende Druckstrang nur Daglanden zu versorgen hat, könnte dieser, wie aus dem zur Lösung nach B Gesagten ohne Weiteres hervorgeht, auch von dem vom

Gaswerk II kommenden Druckstrang — unter dem bei der Lösung nach B gemachten Vorbehalt der Zündung der Daglander öffentlichen Laternen von Hand — gespeist werden. Sobald aber noch weitere Versorgungsgebiete zu speisen sind (Teutsch- und Welschneurent zc.), müßte bei der Lösung nach C während der Morgen- und Abendstunden ein größerer Druck gehalten werden, als dies die Gasförderung vom Werk II nach Werk I erfordert, und es müßte wegen der Abgabe von stündlich etwa 200 cbm Gas nach Daglanden, Neurent und Eggenstein das an das Gaswerk I zu fördernde Gas (etwa 3000 cbm in der Stunde) auf einen wesentlich höheren Druck gebracht werden, als sonst erforderlich. Zudem müßte zur Sicherung eines genügenden Druckes im Fernversorgungsgebiet ein besonderer, außergewöhnlich ausgeführter Druckregler im Gaswerk I aufgestellt werden, damit beim Füllen der Gasbehälter aus dem Druckstrang der Druck in diesem nicht unter die erforderliche Höhe sinken kann.

Es erscheint deshalb am zweckmäßigsten und wirtschaftlichsten, wenn für das westliche Fernversorgungsgebiet eine besondere Kompressoranlage im Gaswerk I aufgestellt wird, also die Lösung nach D zur Ausführung kommt. Da aber das Gaswerk I im Laufe der nächsten Jahre außer Betrieb gesetzt werden wird, kann vorläufig nur eine provisorische Kompressoranlage zur Aufstellung kommen, deren neu zu beschaffenden Teile in der später anzulegenden definitiven Anlage wieder Verwendung finden sollen. Das nähere hierüber ist in unserem Bericht vom 3. August 1910 ausgeführt, weshalb wir denselben hier in Abschrift wiedergeben:

„Um die Frage der zweckmäßigsten Art der Versorgung der westlichen Hardtgemeinden mit Gas beantworten zu können, muß zunächst in Betracht gezogen werden, daß die Gasrohrleitungen im westlichen Stadtgebiet so verlegt sind, daß auch in Zukunft das Gelände des Gaswerks I oder ein Teil desselben als Mittelpunkt für die Versorgung des Stadtgebietes westlich der Karl-Straße beibehalten werden muß, wenn nicht sehr kostspielige und störende Rohrverlegungen vorgenommen werden sollen. Da vom Gaswerk I aus große Gasrohrstränge nach den verschiedensten Richtungen verlegt sind, von welchen die kleineren Stränge wieder abzweigen, so ist es ohne Weiteres klar, daß wesentliche Änderungen im Verteilungsnetz erhebliche Kosten bedingen würden.

Es wird daher auch nach Außerbetriebsetzung des Gaswerks I auf dem Gelände des Letzteren oder in dessen unmittelbarer Nähe auf die Dauer eine Reglerstation zur Verteilung des Gases in Betrieb gehalten werden müssen. Eine solche Station muß naturgemäß unter Beaufsichtigung stehen. Das Aufsichts-Personal hätte nebenbei Zeit, eine Kompressorstation zu bedienen, so daß besondere Bedienungskosten bei Errichtung einer solchen Station nicht in Rechnung zu stellen sind.

Dies ist auch der Fall für das mit Schreiben vom 12. Juli d. J. in Vorschlag gebrachte Provisorium. Das Letztere soll bestehen aus einem neu zu beschaffenden Gasfänger (Kompressor), aus einem Umlaufregler und den nötigen Rohrleitungen. Der Gasfänger soll durch einen vorhandenen, zweipferdigen Gasmotor unter Zwischenschaltung der nötigen Transmissionen angetrieben werden. Die Anlagekosten dieses Provisoriums werden sich, wie schon angegeben, belaufen auf etwa 2500 Mk. Die jährlichen Betriebskosten berechnen sich einschließlich Verzinsung und Abschreibung der neu zu beschaffenden Teile zu 1350 Mk.

Würde Daglanden und die westlichen Hardtgemeinden mit Druckgas aus den vom Gaswerk II nach dem Gaswerk I verlegten Gasrohrdruckstrang versorgt werden, so müßte zunächst auf dem Gelände des Gaswerks I ein neuer Druckregler aufgestellt werden, damit die gleichzeitige Speisung des Ferngebietes und der auf dem Gelände

des Gaswerks I befindlichen Gasometer möglich wäre. Die Kosten der nötigen Anlage würden sich belaufen auf ebenfalls etwa 2500 M. Unter Berücksichtigung der nötigen Verzinsung und Abschreibung und des durch den erhöhten Druck im Verbindungsstrang zwischen Gaswerk I und II eintretenden Gasverlustes würden sich die jährlichen Betriebskosten für die Erzeugung des nötigen Druckes zur Versorgung des in Frage stehenden Ferngebietes vom Gaswerk II aus belaufen auf etwa 1850 M. Wenn zunächst das vorgeschlagene Provisorium zur Ausführung kommt, müßte nach Außerbetriebsetzung des Gaswerks I eine definitive Kompressorstation auf dem Gelände des Letzteren oder in dessen unmittelbarer Nähe errichtet werden. Die Anlagekosten der definitiven Station würden unter Verwendung der für das Provisorium neubeschafften Teile und bei Aufstellung der nötigen Reserve zu stehen kommen auf etwa 10 000 M. — S/

Die nötigen Neurohrverbindungen berechnen sich zu rund 2 500 " — "

also die Gesamtkosten zu rund 12 500 M. — S/

Die definitive Kompressorstation würde bestehen aus 2 kleinen Gasmotoren und 2 Gasfagern nebst 1 Umlaufregler und den nötigen Rohrleitungen.

Die jährlichen Betriebskosten berechnen sich einschließlich Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals zu etwa 2350 M.

Die Versorgung des in Frage stehenden Ferngebietes mit Gas nach Außerbetriebsetzung des Gaswerks I vom Gaswerk II aus berechnet sich unter den gleichen Voraussetzungen wie oben zu rund 3000 M.

Diese Kosten sind wesentlich höher als während der Zeit, so lange das Gaswerk I noch in Betrieb ist, weil bei der Fernversorgung vom Gaswerk II nach Außerbetriebsetzung des Gaswerks I die gesamte Gasmenge, welche durch den Druckrohrstrang nach dem westlichen Stadtgebiet geführt wird, während eines großen Teils des Tages unter höherem Druck gefördert werden müßte, als es sonst nötig wäre.

Die Versorgung des in Frage stehenden Ferngebietes vom Gaswerk I aus ist daher wirtschaftlicher als vom Gaswerk II aus, weshalb für die nächste Zeit die Errichtung des genannten Provisoriums und für später die Errichtung einer definitiven Kompressorstation auf dem Gelände des Gaswerks I empfohlen werden muß.

Von dieser Kompressorstation im Gaswerk I aus wird eine Gasdruckrohrleitung von 200 mm Lichtweite durch die Sofien-, Rhein-, Hardt- und Durmersheimer Straße bis zu der nach Daglanden ziehenden Kreisstraße geführt; an der Kreuzung der Durmersheimer- und Kreisstraße wird eine Druckreglerstation zwecks Herabminderung des im Druckstrang herrschenden höheren Gasdruckes auf den gewöhnlichen Verbrauchsgasdruck für das Ortsnetz eingeschaltet. Dieser Druckregler wird gleichzeitig — ähnlich wie dies für die Gasversorgung von Rintheim und Hagsfeld geschehen — so eingerichtet, daß er die zur selbsttätigen Zündung und Löschung der in Daglanden aufzustellenden öffentlichen Laternen erforderlichen Druckwellen gibt.

Die Größenverhältnisse der Kompressoranlage und des Druckrohrstranges sollen derart bemessen werden, daß gegebenen Falles auch noch andere Ortschaften, wie Welschneurent, Deutschneurent, Eggenstein u., ferner noch weiter nördlich gelegene Ortschaften, sowie Knie-lingen, in diese Gasfernversorgungsanlage ohne Schwierigkeit einbezogen werden können. Ebenso ist auch auf die später zu erwartende Gasconsumsteigerung Rücksicht genommen. Der beigegebene Übersichtsplan, Anlage II, läßt das Projekt deutlich erkennen und gibt Aufschluß über den Umfang der beabsichtigten Gasfernversorgungsanlage.

Auf Grund des Ortsplanes mit eingezeichnetem Rohrnetz ist eine Nachprüfung möglich, welche Straßen in die Gasversorgung einbezogen werden sollen und bei welchen einstweilen die Verlegung von Gasrohrleitungen noch unterbleiben kann. Wir wollen jedoch nicht unterlassen, auf Grund der in den übrigen bereits mit Gas versorgten Vororten Beiertheim, Rüppurr, Grünwinkel und Rintheim, sowie in der Gemeinde Hagsfeld gemachten Erfahrungen darauf hinzuweisen, daß vor Beginn und hauptsächlich während der Ausführung der Rohrverlegungsarbeiten noch weitere Anmeldungen einlaufen werden, so daß heute noch nicht gesagt werden kann, ob aus Straßenstrecken, von welchen bis jetzt keine Anmeldungen vorliegen, nicht später doch noch solche erfolgen werden. Nach unserer Ansicht müßte daher das Projekt vorerst in der auf dem Plan angedeuteten Weise zur Ausführung gebracht, mindestens aber die Mittel hierfür genehmigt werden, so daß die Leitungen während der Ausführung der Rohrverlegungsarbeiten ohne nochmalige Beanspruchung des Bürgerausschusses hergestellt werden können.

Bezüglich der Gasleitung nach der Appenmühle müssen wir es dortiger Entscheidung anheimgeben, ob die Leitung hergestellt werden soll. Die Kosten hierfür im Betrage von circa 3 000 Mk haben wir fürsorglich in den Gesamtkostenaufwand eingestellt.

In den vorgelegten Plänen haben wir die der staatlichen Aufsicht unterstehenden Straßen (Landstraßen, Kreisstraßen und Kreiswege), welche mit Gasrohrleitungen versehen werden, durch gelbe Farbe hervorgehoben.

Die durch die Herstellung dieser Anlagen und die Ausführung der erforderlichen Rohrleitungen erwachsenden Kosten sind in der Zusammenstellung, Anlage I, aufgeführt. Diese Anlagekosten betragen:

1. Aufstellung der provisorischen Kompressoranlage im Gaswerk I	2 500 Mk
2. Gasdruckrohrstrang vom Gaswerk I durch die Sofien-, Rhein- und Hardt-Straße bis zur Lamey-Straße	41 500 „
3. Gasdruckrohrstrang von der Kreuzung der Hardt- und Lamey-Straße durch Mühlburg und Grünwinkel bis zur Abzweigung der Kreisstraße nach Daglanden	24 800 „
4. Verteilungsrohrnetz samt Aufstellung von 76 Randalaber-, beziehungsweise Konsollaternen einschließlich der Druckregleranlage, Fernzündungsanlage, der Hausgaszuführungen und der Gasmesserverbindungen	130 000 „
Zusammen	198 800 Mk

Die Zahl und die Entfernung der Laternen wurde entsprechend der Beleuchtung der hiesigen Außenbezirke und der übrigen bereits mit Gasbeleuchtung versehenen Vororte angenommen, so daß sich im allgemeinen eine Entfernung der Laternen von 70 bis 100 m (so genannte halbe Beleuchtung) ergibt. Von den 76 Laternen sollen alle von Einbruch der Dunkelheit an bis $\frac{1}{2}$ 12 Uhr Nachts brennen; zu dieser Zeit werden 50 Laternen gelöscht, so daß noch 26 Laternen bis zum Tagesanbruch weiter brennen.

Der Rentabilitätsberechnung ist nun dieser Kapitalaufwand von 198 800 Mk zugrunde gelegt mit der Annahme, daß durch den zu erwartenden Gasbezug mindestens die Zinsen des aufzuwendenden Anlagekapitals bei einem Zinsfuß von 4,1% gedeckt werden sollen. Die gleiche Annahme wurde auch bei der Gasversorgung des Stadtteils Rüppurr, Grünwinkel und Rintheim seiner Zeit gemacht (siehe Stadtratsbeschluß vom 14. Oktober 1908 Nr. B 7 305, beziehungsweise Bürgerausschußvorlage vom 26. Juni 1909, die Gasversorgung der Vororte Rüppurr, Grünwinkel und Rintheim betreffend).

Der dementsprechend zu erreichende Mindest-Jahresgasverbrauch ist unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 14 \mathcal{L} für den Kubikmeter Gas und eines derzeitigen Selbstkostenpreises von rund 9 \mathcal{L} für den Kubikmeter Gas, sohin eines Reingewinnes von rund $14 - 9 = 5 \mathcal{L}$ am Kubikmeter verkauften Gases zu ermitteln.

Bei einem Gesamtaufwand von 198 800 \mathcal{M} und bei 4,1-prozentiger Verzinsung ergibt sich eine jährliche Ausgabe von $198\,800 \times 0,041 = \dots \dots \dots 8\,150 \mathcal{M} 80 \mathcal{S}$, was einem mindest zu erreichenden Jahreskonsum entspricht von:

$$\frac{8\,150,80}{0,14 - 0,09} = \frac{8\,150,80}{0,05} = \text{rund } 163\,000 \text{ cbm.}$$

Bis jetzt sind Anmeldungen zum Gasbezug eingelaufen von 354 Haushaltungen, d. i. etwa 43,7 % der zur Zeit der Umfrage im Stadtteil Daglanden vorhanden gewesenen 830 Haushaltungen; (am 1. Dezember 1910 waren 897 Haushaltungen vorhanden) diese Anmeldungen verteilen sich auf 256 Häuser (vorhanden sind 506 Wohngebäude) und ergeben eine Zahl von 1754 Flammen zu Leuchtzwecken. Die Einwohnerzahl beträgt 4452. Diese Zahlen der Häuser, der Haushaltungen und der Einwohner wurden beim städtischen Statistischen Amt erhoben und stellen die Ergebnisse der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1910 dar.

In den bereits mit Gas versorgten Stadtteilen Beiertheim, Rüppurr, Grünwinkel und Rintheim, sowie in der Gemeinde Hagsfeld stellen sich die ursprünglichen Anmeldungen und die jetzigen Anschlüsse wie folgt:

D. 3.	Vorort.	Zahl der f. B. vorhandenen Haushal- tungen.	Ursprüngliche Anmeldungen		Zahl der jetzt vor- handenen Haushal- tungen am 1. 12. 10.	Jetzt ange- schlossene Haushal- tungen am 1. I. 11.	% der vor- handenen Haushal- tungen.
			Zahl	% der Haus- haltungen.			
1.	Beiertheim	584	199	34,1	643	489	76,0
2.	Rüppurr	600	207	34,5	620	315	50,8
3.	Grünwinkel	391	119	30,4	449	297	66,1
4.	Rintheim	475	299	63,0	500	387	77,4
5.	Hagsfeld	391	145	37,1	448	293	65,4
	zusammen	2 441	969	39,7	2 660	1 781	66,9
	bezw. im Mittel	488	194	39,7	532	356	66,9
6.	Daglanden	830	354	43,7	897	Voraussichtlich werden angeschlossen 583 65	

Hieraus ersieht man, daß die anfänglichen Anmeldungen zum Gasbezug, welche vor Baubeginn in den 5 Vororten im Mittel rund 40 % der vorhandenen Haushaltungen betragen, sich jetzt nach Beendigung der Bauarbeiten schon auf rund 67 % gesteigert haben. Daher kann mit ziemlicher Sicherheit der Schluß gezogen werden, daß auch in Daglanden bis zur Beendigung der Rohrverlegungsarbeiten sich ebenfalls noch weitere Familien zum Gasbezug angemeldet haben werden; es kann sohin in Daglanden bei Annahme einer Beteiligung von nur 65 % der Haushaltungen (in den 5 genannten Vororten beziehungsweise Gemeinden im Mittel 66,9 %) auf etwa $897 \times 65 = \text{rund } 583$ Gas beziehende Haushaltungen gerechnet werden.

Auf Grund unserer Erfahrungen schätzen wir den anfänglich zu erwartenden Jahresgasverbrauch auf etwa 150 000 cbm. Die 5 oben genannten mit Gas versorgten Vororte haben im Jahre 1910 folgenden Gasverbrauch gehabt:

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
D. B.	Vorort	Ein- wohner- zahl	Zahl der		Mittlere Abon- nenten- zahl für das Jahr 1910	Gesamtjahres- gasverbrauch im Jahre 1910		Verbrauch pro angeschlossene Haushaltung (Pos. 6)		Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	
			am 1. 12. 10 vorhan- denen Haus- halt- ungen	am 1. 1. 11. Gas be- ziehen- den Haus- halt- ungen		mit Straßen- beleuch- tung cbm	ohne Straßen- beleuch- tung cbm	mit Straßen- beleuch- tung cbm	ohne Straßen- beleuch- tung cbm	mit Straßen- beleuch- tung cbm	ohne Straßen- beleuch- tung cbm
1.	Veiertheim .	2669	643	489	470	134546	122474	286,27	260,58	50,41	45,88
2.	Rüppurr .	2821	620	315	269	87115	70475	324,22	261,99	31,24	24,98
3.	Grünwinkel .	2003	449	297	247	*68254	61276	276,33	248,02	34,08	30,59
4.	Rintheim .	2246	500	387	328	77514	70536	236,32	215,05	34,07	31,41
5.	Hagsfeld .	2009	448	293	255	51373	46306	201,47	181,59	25,57	23,05
	Zusammen .	11748	2660	1781	1569	418802	371067	—	—	—	—
	Im Mittel .	2350	532	356	314	83760	74213	266,92	236,50	35,65	31,50

Nach diesen Zahlen wäre in Daglanden ein anfänglicher Jahresgasverbrauch ohne Berücksichtigung der öffentlichen Straßenbeleuchtung zu erwarten von:

a. 583 anzuschließende Haushaltungen zu 236,5 cbm = 137 880 cbm

b. 4 452 Einwohner zu 31,59 cbm = 140 339 "

Im Mittel rund . . 139 000 cbm

Da jedoch die obenerwähnten Ergebnisse aus der Gasversorgung der 5 Vororte nicht ganz zutreffend sind, weil unsere Arbeiten erst zu Beginn des zweiten Halbjahres 1910 in Rüppurr, Grünwinkel, Rintheim und in Hagsfeld beendet waren, somit die geregelte Gasabgabe mit voller Abonentenzahl eigentlich nur für ½ Jahr stattfand, so kann mit ziemlicher Sicherheit ein Jahresgasverbrauch von 150 000 cbm in Daglanden erwartet werden, wenn 1 Jahr nach Beendigung unserer Rohrverlegungsarbeiten verflossen ist. Außerdem ist die Aufstellung eines Gasmotors für eine Dreschmaschine und dadurch noch ein Jahreskonsum von etwa 6 000 cbm sicher zu erwarten.

Der anfänglich zu erwartende Jahreskonsum von 150 000 cbm erreicht allerdings die für eine 4,1%ige Verzinsung notwendige Mindestzahl von 163 000 cbm zunächst nicht. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß der Gasverbrauch in Wäldre diese Mindesthöhe erreicht haben wird.

Es darf überdies nicht außer acht gelassen werden, daß an die jetzt für Daglanden herzustellende Fernversorgungsanlage später noch andere Ortschaften (Neurent u.) ohne Weiteres und zwar an den Druckrohrstrang in der Hardt-Straße angeschlossen werden können.

Bezüglich der öffentlichen Straßenbeleuchtung ist zu bemerken, daß zur Zeit in Daglanden 24 Petroleumlaternen vorhanden sind, welche seit April d. J. sämtlich während des ganzen Jahres bis 12 Uhr Nachts brennen, während im letzten Jahre in den Sommer-

* Für Grünwinkel, das elektrische Straßenbeleuchtung besitzt, wurde der gleiche Verbrauch für Straßenbeleuchtung wie in Rintheim angenommen.

monaten (April bis mit September) gar keine Beleuchtung stattfand. Der tatsächliche Aufwand hat im letzten Jahre 791 *M* 53 *S* betragen; er wird jedoch in diesem Jahre bei Beleuchtung während des ganzen Jahres sich auf ungefähr 1500 *M* stellen.

Wie schon oben erwähnt, sollen in Daglanden im Ganzen 76 Gaslaternen und zwar 50 Abend- und 26 Nachtlaternen zur Aufstellung gelangen. Die diesbezügliche Zahl der Laternen in den übrigen bereits mit Gas versorgten Vororten beträgt:

Vorort	Zahl der			Ortsrohr- netzlänge m	1 Laterne kommt auf eine Rohrnetz- länge von m	Bemerkungen.
	Abend- laternen	Nacht- laternen	Zusammen			
Beiertheim	22	12	34	2630	77	besitzt elektrische Beleuchtung
Rüppurr	25	18	43	4875	113	
Rintheim	12	8	20	2050	102	
Grünwinkel	—	—	—	2815	—	
Daglanden	50	26	76	7800	103	

Bei der Verwendung einer sogenannten Fernzündung stellen sich die jährlichen Aufwendungen für die öffentliche Straßenbeleuchtung (Gasverbrauch, Unterhaltung und Bedienung, Putzen der Laternen etc.) auf rund 3200 *M*. Dieser Aufwand ist allerdings erheblich höher, als derjenige für die jetzige durchaus unzulängliche Ölbeleuchtung.

Wollte man die sämtlichen 76 Laternen nur bis 12 Uhr Nachts brennen lassen, so daß also die 26 sogenannten Nachtlaternen, welche bis zum Tagesanbruch weiter brennen sollen, in Wegfall kämen und überdies die Beleuchtung bei Vollmondschein ganz ausschalten, so würden die jährlichen Unterhaltungs- und Bedienungskosten etwa 2100 *M* betragen.

In die Anlagkosten sind ferner die Beiträge aufgenommen für die Gaszuführungen zu den einzelnen Häusern und die Gasmesserverbindungen, d. h. die Gasleitungen von der Eigentumsgrenze ab bis zum Aufstellungsort der Gasmesser. Diese Arbeiten sollen durch das Gaswerk allein denjenigen Bewohnern unentgeltlich hergestellt werden, welche sich von vornherein zur Gasabnahme verpflichten, so daß diese Arbeiten im Zusammenhang mit der Verlegung des Straßengasrohrnetzes ausgeführt werden können, ähnlich wie dies auch in den Stadtteilen Beiertheim, Rüppurr, Grünwinkel, Rintheim und in der Gemeinde Hagsfeld geschehen ist. Bei späterer Anmeldung kommt diese Vergünstigung in Wegfall; die Betreffenden müssen daher in diesem Falle die Kosten der auf ihrem Eigentum liegenden Gaszuführung und die Gasmesserverbindung selbst bezahlen.

Die Bestimmungen der hiesigen Gasbezugsordnung sollen auch für den Vorort Daglanden in Kraft treten; desgleichen sollen die in Karlsruhe geltenden bezirksamtlichen Vorschriften vom 23. Dezember 1896 Nr. 128178 III, die Gasleitungen betreffend, Anwendung finden.

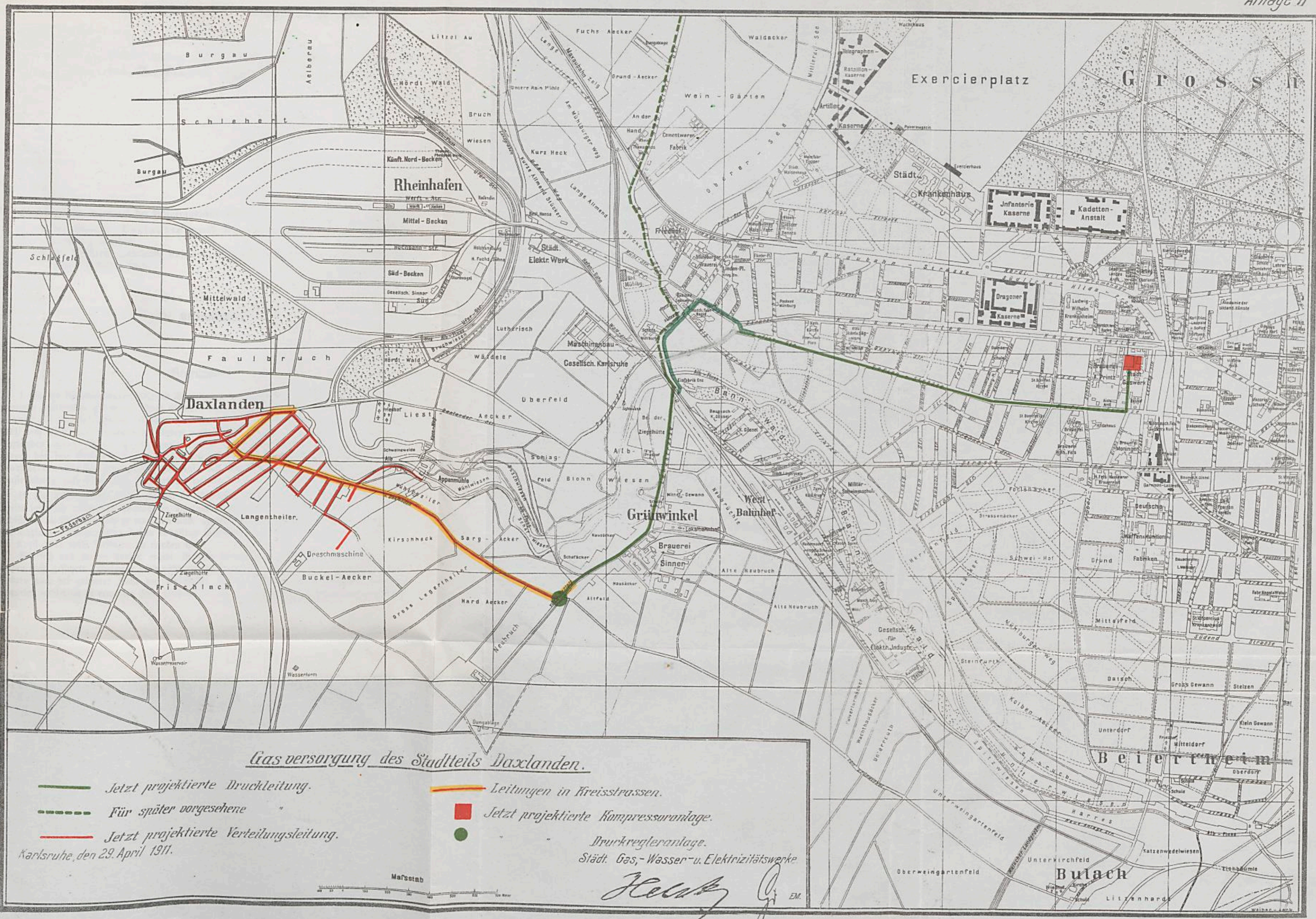
Wenn wir jetzt sofort in die Detailbearbeitung des vorgelegten generellen Projektes der Gasversorgungsanlage für den Stadtteil Daglanden eintreten können, so kann die Ausschreibung der Arbeiten voraussichtlich zu Anfang Juli d. J. erfolgen, die Genehmigung der erforderlichen Mittel durch den Bürgerausschuß vorausgesetzt. Da die Lieferung der Rohrmaterialien mindestens 6 bis 8 Wochen erfordert, kann nach unserer Schätzung frühestens Mitte oder

Ende August d. J. mit den Rohrverlegungsarbeiten begonnen werden. Die Dauer der Hauptrohrverlegungsarbeiten beträgt etwa 6 bis 8 Monate, während zur Vollendung sämtlicher Arbeiten einschließlich Zuführungen und Gasmesserverbindungen mindestens ein Jahr erforderlich ist. Mit Bestimmtheit lassen sich allerdings hierüber keine Angaben machen, da unsere Arbeiten von der Witterung abhängig sind.

Wir beantragen, daß mit einem Aufwand von 198 800 Mk die Gasversorgung des Stadtteils Darglanden ausgeführt werde und daß beim Bürgerausschuß die hierzu erforderlichen Mittel anverlangt werden.

(gez.) Helck.

(gez.) Hoffmann.



Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. Ing. J. J. J. J. J.
vom 12. Juni 1911 No. 26324.

Karlsruhe, den 8. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. der Stadtteil Daglanden gemäß den anliegenden Plänen mit Wasser-
leitung versehen,
2. der hierdurch entstehende Aufwand im Betrage von 181 700 M aus Ansehens-
mitteln bestritten wird.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Lacher.

Begründung.

I. In den Vereinbarungen über die Vereinigung der Gemeinde Daglanden mit der Stadtgemeinde Karlsruhe, genehmigt durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 2. August 1909, ist unter II c die Bestimmung enthalten, daß die städtische Gasleitung spätestens im Jahre 1911 nach Daglanden durchgeführt werden muß. Bezüglich der Versorgung des Stadtteils Daglanden mit Wasser ist eine entsprechende Verpflichtung nicht eingegangen worden. Jedoch hat der Gemeinderat von Daglanden mit Schreiben vom 12. August 1909 dem Stadtrat den Wunsch übermittelt, gleichzeitig mit der Gasleitung möge alsbald auch die Wasserleitung nach Daglanden durchgeführt werden.

II. Im Auftrage des Stadtrats hat die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke bereits im Jahr 1909 eine Umfrage in Daglanden veranstaltet, um festzustellen, welche Anschlüsse an die Wasserleitung zu erwarten sind. Ferner wurde ein Projekt der Wasserversorgung von Daglanden ausgearbeitet, dessen endgiltige Gestaltung aus dem beifolgenden Bericht vom 18. April 1911 nebst Beilagen zu ersehen ist.

Wie sich aus diesem Bericht ergibt, ist eine Rentabilität der Wasserleitung nach Daglanden nicht gesichert. Vielmehr wird nicht nur nach den Ergebnissen der angestellten Umfrage, sondern auch bei größerer Zahl der Anschlüsse, wie sie nach den Erfahrungen in anderen Vororten tatsächlich zu erwarten sind, zunächst mit einem jährlichen Fehlbetrag von mindestens

3 900 M zu rechnen sein, der die Rente des städtischen Wasserwerks ungünstig beeinflusst. Erst allmählich wird sich die Zahl der Anschlüsse an die Wasserleitung soweit vermehren, daß wenigstens nicht mehr mit einem Fehlbetrag gerechnet zu werden braucht.

III. Trotzdem die Wasserversorgung von Daglanden keine Rente bringen, vielmehr zunächst einen Zuschuß erfordern dürfte, gelangt der Stadtrat zu dem Antrag, Daglanden baldigst mit Wasserleitung zu versehen und die erforderlichen Arbeiten gleichzeitig mit denjenigen für die Gasversorgung in Angriff zu nehmen. Die Erwägungen, welche zu diesem Antrage geführt haben, sind folgende:

- a. Der Feuerschutz von Daglanden kann nur durch Herstellung der Wasserleitung in genügender Weise verbessert werden.
- b. Die gesundheitlichen Verhältnisse des Stadtteils erfahren durch ausreichende Versorgung mit gutem Trinkwasser eine wünschenswerte Verbesserung.
- c. Es ist ein begreiflicher und berechtigter Wunsch der Einwohner von Daglanden, daß sie auch in der Versorgung mit gutem Trinkwasser, einem der wesentlichsten Vorteile, welche die Stadt gegenüber ländlichen Verhältnissen bietet, den übrigen Stadtteilen gleichgestellt werden.
- d. Wenn die Wasserleitung nach Daglanden überhaupt vorgesehen werden soll, dann ist es zweckmäßig, sie gleichzeitig mit der Gasversorgung auszuführen; auf diese Weise werden Kosten und Unzuträglichkeiten vermieden. Zudem würden die Arbeiten nach Herstellung der Straßenbahn erschwert und verteuert sein.

IV. Mit Rücksicht auf die mangelnde Rentabilität ist versucht worden, das Projekt nach Möglichkeit zu vereinfachen und die billigste Lösung zu finden. In erster Linie war beabsichtigt, Daglanden an die geplante Brunnen- und Pumpenanlage des städtischen Elektrizitätswerkes anzuschließen, für welche der Bürgerausschuß am 23. Mai 1910 die erforderlichen Mittel bewilligt hat. Dadurch wäre die Pumpstation im Rüppurrer Wald entlastet, der Wasserdruck im Rheinhafengebiet verbessert und für Daglanden die nötige Wassermenge unter genügendem Druck geliefert worden.

Wie sich aus dem beiliegenden Berichte der Direktion der Gas- und Wasserwerke ergibt, hat der Plan einer Entnahme von Trinkwasser aus dem beim Elektrizitätswerk geplanten Brunnen leider mit Rücksicht auf die Ergebnisse weiterer Untersuchungen des Wassers aufgegeben werden müssen. Es mag sein, daß die mangelhafte Beschaffenheit des Wassers gegenüber der ersten Untersuchung nur auf die ungewöhnlichen Grundwasserhältnisse des Jahres 1910 zurückzuführen ist; eine Versorgung mit Trinkwasser kann aber nur aus Brunnen erfolgen, deren Wasser zu keiner Zeit Anlaß zu Beanstandungen gibt. Die Ausführung eines Trinkwasserbrunnens beim städtischen Elektrizitätswerk nebst Aufstellung einer zugehörigen Pumpe muß daher unterbleiben.

V. Eine Vereinfachung und Verbilligung des Projektes wurde auch in der Weise versucht, daß die Direktion der Gas- und Wasserwerke den Auftrag erhielt, zu prüfen, ob nicht eine Verbindung des Ortsrohrnetzes von Daglanden mit den bestehenden Hauptleitungen genügen würde. Wie aus dem Lageplan und der Beschreibung zu ersehen ist, wird nämlich eine doppelte Verbindung des Stadtteils Daglanden mit dem städtischen Rohrnetz geplant: einerseits über Grünwinkel, andererseits über den Rheinhafen. Es wurde nun geprüft, ob nicht die Verbindungsleitung in der Zeppelinstraße (vom Bannwald bis nach Grünwinkel) und die Leitung in der Kreisstraße Grünwinkel—Daglanden wegfallen könne.

Solange die Brunnenanlage beim Elektrizitätswerk in Betracht kam, hätte die einfache Verbindung Honsell-Straße—Daglanden wohl genügt; jedenfalls wäre dann für Daglanden

ein genügender Wasserdruck erzielt worden. Nach Wegfall der geplanten Pumpstation würde jedoch bei Versorgung von Daglanden eine solche Druckverminderung im Zuleitungsstrang entstehen, daß eine genügende Wasserzuführung nicht gewährleistet werden könnte. Aus diesem Grunde muß die zweite Wasserzuleitung nach Daglanden, vom Bannwald her, in Vorschlag gebracht werden.

Für die Herstellung der letzteren Leitung sprechen noch andere Gründe. Durch Weglassen der Verbindung werden die Wasserleitungen in Daglanden wie in Grünwinkel zu Sackleitungen, in welchen das Wasser stagniert. Mit einer solchen Stagnation sind erhebliche Übelstände verbunden, wie die Erfahrung im Bannwald, im Herrenfeld, im Rheinhafengebiet gezeigt hat. Das Wasser wird schal, setzt in den Sackleitungen besonders gern Eisen ab, wird trübe und übel schmeckend. Im Sommer wird es außerdem sehr warm, sodaß, um den Klagen des Publikums abzuhelfen, öftere Spülungen vorgenommen und ständig laufende Brunnen angelegt werden müssen. Bei Ausführung der Verbindungsleitung Grünwinkel-Daglanden wird dagegen infolge der Druckdifferenzen in den Rohrleitungen Grünwinkels und der Honseß-Straße eine ständige Circulation des Wassers stattfinden, sodaß die erwähnten Übelstände vermieden werden.

VI. Bei Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände sprechen nicht nur Rücksichten auf eine gute und jederzeit gesicherte Wasserversorgung von Daglanden, sondern auch andere Gründe dafür, die doppelte Verbindung dieses Vorortes mit dem städtischen Leitungsnetz auszuführen. Außer der eben erwähnten Verbesserung der Circulation in den Leitungen ist nämlich als besonders wichtig noch zu erwähnen, daß die Versorgung des Rheinhafengebietes auf diese Weise eine erwünschte weitere Sicherung erfährt. Bis jetzt beruht die Wasserversorgung des Hafengebietes auf dem über Mühlsburg dorthin führenden Rohrstrang. Wenn dort ein Rohrbruch vorkommt, würden große Unannehmlichkeiten entstehen. Sobald über Daglanden und Grünwinkel eine zweite Leitung nach dem Rheinhafen führt, ist die ununterbrochene Wasserversorgung für letzteren auch dann gesichert, wenn das direkte Hauptrohr durch einen Zwischenfall außer Betrieb kommt.

VII. Der zuletzt erwähnte Gesichtspunkt läßt die Ausführung der zunächst nicht genügend rentablen Wasserleitung nach Daglanden auch mit Rücksicht auf die Wasserversorgung des wichtigen Rheinhafengebietes wünschenswert erscheinen.

Was die Ausführung im einzelnen anbetrifft, so werden Anschlüsse außerhalb des geschlossenen Bebauungsgebietes; die eine besondere Zuleitung erfordern, besonders geprüft und nur dann ausgeführt werden, wenn ein genügender Verbrauch garantiert wird. Diese Vorbedingung gilt insbesondere auch für die im Bericht des Wasserwerks und Lageplan berücksichtigte Zweigleitung nach der Appenmühle.

Die jährliche Gesamtausgabe berechnet sich nach dem Bericht der Wasserwerksverwaltung auf 13 683 *M* 70 *S*, wovon 2 000 *M* in Abzug gebracht werden können, da dieser Betrag jetzt für die Unterhaltung der öffentlichen Pumpbrunnen in Daglanden jährlich aufgewendet werden muß. Dem dann verbleibenden jährlichen Gesamtaufwand von 11 683 *M* 70 *S* steht eine auf 7 788 *M* geschätzte Einnahme aus Wassergeld gegenüber.

Die Verwendung von Anlehensmitteln rechtfertigt sich dadurch, daß hier Erweiterungen des Wasserrohrnetzes in Betracht kommen, die zugleich dauernden Wert besitzen.

Die genauen Kostenvoranschläge und Pläne liegen bei der Verwaltung der Wasserwerke zur Einsicht für die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses auf.

Dr. Meinschmidt.

Die Versorgung des Stadtteils
Daglanden mit Wasser betreffend.

Um den Stadtteil Daglanden ausreichend mit Wasser versorgen zu können, ist der Anschluß an die im Jahre 1909 verlegte Wasserleitung in der Durmersheimer-Straße im Stadtteil Grünwinkel, sowie die Verbindung mit der Wasserleitung in der Honsell-Straße beim städtischen Elektrizitätswerk notwendig. Außerdem muß die Wasserleitung in der Zeppelin-Straße, welche im Jahre 1909 nur von der Durmersheimer-Straße bis zum Haus Nr. 38 verlegt wurde, verlängert und mit der Röhrenfahrt im Bannwald, Ecke Grünwinkel- und Lohm-Straße, verbunden werden.

Durch diese Verbindungen der Daglander Wasserleitung mit dem Rheinhafengebiet einerseits und dem Stadtteil Grünwinkel beziehungsweise dem Bannwaldstadtteil andererseits werden genügende Mengen Wasser unter ausreichendem Druck nach Daglanden gebracht; außerdem wird eine Stagnation des Wassers in Grünwinkel und in Daglanden vermieden, welche eintreten würde, wenn nur eine einseitige Verbindung mit dem Stadtrohrnetz bewirkt würde. Da auch im Bannwaldstadtteil kein großer Wasserverbrauch stattfindet, wird durch die doppelte Verbindung ebenfalls eine bessere Circulation des Wassers in dieser Gegend herbeigeführt. Die Sicherheit der Wasserversorgung von Grünwinkel und von Daglanden wird ferner durch die doppelten Verbindungen erhöht, da bei Unterbrechung der einen Verbindungsleitung durch irgendwelche Betriebsstörung (Rohrbruch etc.) immer noch die andere Verbindung die Wasserversorgung in genügender Weise gewährleistet. Auch bei Feuergefahr ist die Sicherheit der genügenden Wasserversorgung von größter Bedeutung.

Anfänglich war beabsichtigt, Daglanden an die projektierte Wasserförderungsanlage des städtischen Elektrizitätswerkes anzuschließen. Es sollte dort ein Brunnen zur Gewinnung von Trinkwasser erstellt und das Wasser mittels einer im Elektrizitätswerk aufzustellenden, elektrisch betriebenen Zentrifugalpumpe direkt in das Rohrnetz gefördert werden. Durch eine solche Anlage wäre es möglich geworden, die Pumpstation im Rüppurrer Wald zu entlasten, für Daglanden die nötige Wassermenge unter genügendem Druck zu liefern und außerdem den Wasserdruck im Rheinhafengebiet zu erhöhen.

Die Großherzogliche Lebensmittel-Prüfungsstation hat nach dem Befundbericht vom 16. Januar 1910 das aus einem für diesen Zweck beim Elektrizitätswerk hergestellten Versuchsböhrloch entnommene Wasser als ein brauchbares Trinkwasser bezeichnet. Um festzustellen, ob das Wasser auch auf die Dauer die nötigen Eigenschaften behält, wurden weitere Proben entnommen. Nach den Befundberichten vom 16. Juni 1910 und vom 23. Juli 1910 hat sich jedoch die Zusammensetzung des Grundwassers beim Elektrizitätswerk derart geändert, daß dasselbe als nicht mehr zu Trinkzwecken geeignet bezeichnet werden muß. Die Änderung in der Zusammensetzung ist vermutlich auf das Rheinhochwasser und auf die durch dieses verursachten Überschwemmungen zurückzuführen. Der Antrag auf Ausführung eines Trinkwasserbrunnens beim städtischen Elektrizitätswerk und Aufstellung einer Trinkwasserpumpe (Zentrifugalpumpe) daselbst mußte deshalb mit Bericht vom 2. August v. J. zurückgezogen werden.

Bei Bekämpfung eines größeren Schadenfeuers in Daglanden würde jedoch bei Fortfall der Pumpenanlage im städtischen Elektrizitätswerk eine solche Druckverminderung im Zuleitungsstrang entstehen, daß eine genügende Wasserlieferung nicht gewährleistet wäre. Es

muß deshalb, um günstige Druckverhältnisse zu erlangen, wie eingangs angeführt, an das im Bannwaldgebiet vorhandene Wasserrohrnetz angeschlossen und von hier aus eine Rohrleitung von 200 mm Lichtweite bis nach Grünwinkel und von dort aus eine solche von 150 mm Lichtweite bis nach Daglanden geführt werden. Ferner muß das Wasserrohrnetz des Rheinhafengebietes durch eine von der Honfell-Straße abzweigende Röhrenfahrt von 200 mm l. W. mit dem Ortswasserrohrnetz in Daglanden in Verbindung gebracht werden.

Im vorigen Jahre wurden Versuche über die elektrische Spannungsdifferenz zwischen dem zum Rheinhafen führenden Wasserrohrstrang und den Straßenbahngleisen angestellt, wobei Spannungsdifferenzen bis zu 14 Volt gefunden wurden; die mittleren Spannungsdifferenzen wurden zu etwa 8 Volt festgestellt. Diese Verhältnisse lassen ein baldiges Anfressen des nach dem Rheinhafengebiet führenden Wasserrohrstranges befürchten, durch welches sehr leicht ein Wasserrohrbruch hervorgerufen werden kann. Bei Eintritt eines solchen wäre sowohl das Rheinhafengebiet als auch der Stadtteil Daglanden ohne Wasser, wenn nicht die zweite Verbindung vom Bannwald her verlegt werden würde. Die Verlegung der letzteren Rohrstrecke muß daher im Interesse der ununterbrochenen Wasserversorgung sowohl Daglandens, wie auch des Rheinhafengebietes als notwendig bezeichnet werden.

Der beigegebene Lageplan läßt diese Verbindungsleitungen und das örtliche Verteilungsrohrnetz für Daglanden erkennen:

Der Kostenaufwand für Herstellung der Wasserversorgungsanlage des Stadtteils Daglanden beträgt:

1. Verbindungsleitung vom Bannwald bis nach Grünwinkel	13 700 Mk — S
2. Leitung von Grünwinkel durch die Kreisstraße nach Daglanden	17 000 „ — „
	30 700 Mk — S
3. Verbindungsleitung vom Rheinhafen durch die Uferstraße nach Dag- landen	32 000 „ — „
4. Ortsrohrnetz im Stadtteil Daglanden einschließlich Leitung für die Appenmühle samt Anbringung der Feuerhähnen und öffentlichen Brunnen	119 000 „ — „
Zusammen . . .	181 700 Mk — S

Bezüglich der Weiterführung der Wasserleitung nach der Appenmühle bemerken wir, daß von den Gebäuden an dem Weg von der Kreisstraße bis zur Appenmühle nur das Grundstück Kreisstraße Nr. 21 Privateigentum ist (Eigentümer Herr Weinhandler Heinrich Dreyfuß, hier, Herren-Straße 46), während alle übrigen Gebäude bei der Appenmühle der Stadtgemeinde gehören. Die Kosten der Wasserleitung bis zum Anwesen Dreyfuß beziffern sich auf 2 000 Mk; die Weiterführung bis zur Appenmühle erfordert einen Aufwand von 1 000 Mk, sohin insgesamt 3 000 Mk.

Der Stadtrat hat mit Beschluß vom 20. Mai v. J. den Rentabilitätsnachweis für die projektierte Wasserleitung nach der Appenmühle verlangt. Wir haben uns deshalb an den Eigentümer des genannten Grundstückes, Herrn Dreyfuß gewandt; dieser verpflichtete sich mit Schreiben vom 20. Juni v. J., den etwa 2 000 Mk betragenden Aufwand zu $4\frac{1}{2}\%$ = 90 Mk jährlich zu verzinsen.

Bezüglich der Weiterführung der Wasserleitung von dem Anwesen des Herrn Dreyfuß ab bis zu den Gebäuden der Appenmühle müssen wir es dortiger Entscheidung anheimgeben, ob die Leitung ausgeführt werden soll.

Die Mittel für die Herstellung der Wasserleitung bis zur Appenmühle einschließlich des Anwesens Dreyfuß mit 3 000 *M* sind in dem Betrag von 119 000 *M* für das Ortsrohrnetz enthalten.

Für die jährliche Verzinsung ist ein Satz von 4,1 % und für die Tilgung 2 %, zusammen 6,1 % zu Grunde zu legen, wie dies auch bei der Wasserversorgung der Stadtteile Veiertheim, Rüppurr und Grünwinkel seiner Zeit geschah (vergleiche Bürgerausschußvorlage vom 30. April 1909).

Diese 6,1 % ige Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals erfordert einen jährlichen Aufwand von:

$$181700 \times 0,061 = \dots \dots \dots 11\,083 \text{ *M* } 70 \text{ *S*}$$

Unter Verwendung von Fragebogen haben wir im letzten Jahre festgestellt, inwieweit im Stadtteil Daylanden Geneigtheit zur Wasserabnahme besteht. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in der mitfolgenden Zusammenstellung, Anlage I, eingetragen.

Im Stadtteil Daylanden sind derzeit 506 Anwesen (Wohngebäude) vorhanden; hiervon haben sich bis jetzt 199 zum Wasserbezug angemeldet = rund 39 % der vorhandenen Anwesen.

In den bereits mit Wasser versorgten Stadtteilen Veiertheim, Rüppurr und Grünwinkel verhalten sich die ursprünglichen Anmeldungen zu den ausgeführten Anschlüssen wie folgt:

N.º	Stadtteil	Zahl der			Zahl der		
		f. Bt. vorhandenen Anwesen	ursprünglich angemeldeten Anwesen	% der vorhandenen Anwesen	jetzt vorhandenen Anwesen	bis jetzt angemeldet bezw. angemeldeten Anwesen	% der vorhandenen Anwesen
1.	Veiertheim	204	95	46,6	217	127*)	58,6
2.	Rüppurr	239	138	57,8	273	243	89,0
3.	Grünwinkel	121	78	64,5	147	115	78,9
	Zusammen: . .	564	311	55,2	637	485	76,1
				im Mittel			im Mittel
	Annahme für	jetzt vorhanden					
4.	Daylanden	506	199	39			

Hieraus ersieht man, daß die anfänglichen Anmeldungen zum Wasseranschluß, welche seiner Zeit vor Baubeginn in den 3 Stadtteilen im Mittel rund 55 % der vorhandenen Wohngebäude betrugen, sich bis heute schon auf rund 76 % gesteigert haben. Es steht daher zu erwarten, daß auch in Daylanden noch während der Rohrverlegungsarbeiten eine größere Anzahl von Grundstücksbesitzern sich zum Wasserbezug anmelden dürfte, die sich jetzt noch nicht dazu entschließen konnten. Bei einer Beteiligung von rund 70 % der vorhandenen Anwesen kann mit etwa $506 \times 0,70 =$ rund 354 Wasser beziehenden Anwesen gerechnet werden.

*) Davon sind nur 71 Anwesen mit Wasser versorgt, während 56 in der Breitestraße, Bulacherstraße, sowie im Bleichweg liegenden Anwesen angemeldet sind, jedoch noch keinen Wasseranschluß haben, da wegen der zunehmenden Kanalisierung die Wasserleitung in diesen Straßenstrecken erst später verlegt werden kann.

Nun beläuft sich der Durchschnittsbetrag für Wassergeld eines Hauses in den Vororten zur Zeit auf:

im Stadtteil Beiertheim	52 M 40 S
" " Rüppurr	19 " 70 "
" " Grünwinkel	25 " 50 "

Da die Verhältnisse in Daylanden ähnlich liegen, wie in Rüppurr und Grünwinkel, kann mit einem Satz von rund 22 M jährlicher Wassergeldeinnahme pro Grundstück gerechnet werden.

Durch die Wasserabgabe im Stadtteil Daylanden wird sohin voraussichtlich Wassergeld im Durchschnittsbetrage von jährlich

$$354 \times 22 = \dots\dots\dots 7788 \text{ M} - \text{S}$$

eingehen.

Der zu erwartende jährliche Wasserverbrauch kann mit Hilfe der Ergebnisse der Wasserstatistik mit hinreichender Genauigkeit wie folgt berechnet werden:

In kleineren ländlichen Gemeinden ist ein täglicher Wasserverbrauch von 40 bis 60 Liter, im Mittel von 50 Liter, auf den Kopf der Bevölkerung anzunehmen = 18,25 cbm im Jahr. Die gleiche Verbrauchsmenge gilt auch für das Großvieh (Pferde und Rindvieh). Nimmt man das Verhältnis der anzuschließenden Grundstücke zu der Zahl der vorhandenen (70%) auch für die Bewohner und für den Viehbestand an, so berechnet sich folgender Jahreswasserverbrauch:

Zahl der vorhandenen Einwohner	4452
" des " Großviehes	469
$4452 \times 0,70 = 3116$ Einwohner zu 18,25 =	56867 cbm
$469 \times 0,70 = 328$ Stück Großvieh zu 18,25 =	5986 "

Zusammen 62853 cbm.

Der voraussichtlich zu erwartende Wasserverbrauch kann noch auf eine andere Art berechnet werden, wenn man die zu erwartende Wassergeldeinnahme durch den mittleren Verkaufspreis von 10 S für den cbm dividiert.

In diesem Falle würde sich eine jährliche Abgabe von

$$\frac{7788}{0,10} \dots\dots\dots \text{rund } 78000 \text{ cbm}$$

Wasser ergeben.

Man kann daher im Mittel mit einem jährlichen Wasserverbrauch von etwa 70000 cbm rechnen.

Die Betriebsausgaben für die Abgabe dieser Wassermenge einschließlich Unterhaltung der Wasserversorgungsanlage kann gemäß unserem Bericht vom 27. Februar 1909 Nr. 289, die Wasserversorgung von Beiertheim, Rüppurr, Rintheim und Grünwinkel betreffend, geschätzt werden zu:

1. Für Wasserförderung, Unterhaltung der Pumpstation und Verwaltung für den Kubikmeter 2 S = $70000 \times 0,02 =$	1400 M - S
2. Ortsrohrnetzunterhaltung	1200 " - "
	2600 M - S

Es ergibt sich daher ein Gesamtbetriebsaufwand durch die Wasserlieferung nach Daylanden:

1. Verzinsungs- und Tilgungsaufwand	11083 M 70 S
2. Betriebsaufwand	2600 " - "
	13683 M 70 S

Für die Unterhaltung der öffentlichen Pumpbrunnen im Stadtteil Daglanden wird nach unserem Voranschlag in diesem Jahre ein Betrag von etwa 2000 M aufzuwenden sein. Durch das im letzten Jahre aufgetretene Rheinhochwasser wird in diesem Jahre eine vermehrte Reparatur der Pumpbrunnen verursacht, da viele Brunnen versandet sind. Die Pumpbrunnen werden nach Herstellung der Wasserleitung entbehrlich werden, d. h. man wird die Pumpbrunnen nach und nach eingehen lassen, indem man keine Reparaturen an denselben mehr vornimmt, sie also ohne weiteres bei etwa erforderlich werdenden Reparaturen entfernt beziehungsweise zufüllt. Letzteres muß insbesondere dann geschehen, wenn die Pumpbrunnen, ein zu Trinkzwecken geeignetes Wasser nicht mehr liefern.

Der Betrag von 2000 M wäre an der oben berechneten Summe von 13683 M 70 S im Abzug zu bringen, so daß der voraussichtlich aufzuwendende jährliche Gesamtaufwand 13683 M 70 S — 2000 M = 11683 M 70 S betragen dürfte.

Dieser jährlichen Gesamtausgabe steht nun die mit 7788 M geschätzte Einnahme aus Wassergeld gegenüber. Es entsteht daher ein Fehlbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen von 11683 M 70 S — 7788 M = 3895 M 70 S

Sämtliche bisher genannten Zahlenresultate beziehungsweise Ergebnisse sind in der mitfolgenden Zusammenstellung, Anlage I, aufgeführt.

Bezüglich der Bezahlung der Wasserzuführungen durch die Grundstückseigentümer wurde gemäß Stadtratsbeschluß vom 29. September 1908 Nr. B 6784 genehmigt, daß bei alsbaldiger Zahlung nach Herstellung der Wasserzuführung vom Hauptrohr bis zur Eigentumsgrenze in den eingemeindeten Vororten die Tage von 100 M auf 80 M herabgesetzt wird und daß bei einer auf 10 Jahre zu verteilenden Ratenzahlung (vierteljährlich 2 M 50 S) 100 M für eine Zuführung zu berechnen sind. Diese Vergünstigung soll nur denjenigen Eigentümern zukommen, die sich vor Fertigstellung der Wasserversorgung zum Wasserbezug angemeldet haben, während bei nachträglicher Anmeldung der volle Betrag von 100 M sofort auf einmal bezahlt werden muß, wie dies auch für die hiesige Stadt zu geschehen hat.

Diejenigen Grundstückseigentümer, welche die Kosten der Wasserzuführung in vierteljährlichen Raten bezahlen wollen, müssen jedoch längstens 3 Monate nach erfolgter Herstellung der Wasserzuführung Wasser beziehen; andernfalls ist die Tage von 80 M sofort zu bezahlen.

Der Gemeinderat der früheren Gemeinde Daglanden hatte sich am 23. Oktober 1909 an den Stadtrat gewandt mit dem Wunsche, daß die Tage bei alsbaldiger Zahlung auf 60 M und bei einer auf 10 Jahre zu verteilenden Ratenzahlung auf 80 M festgesetzt werde. Mit Bericht vom 8. November 1909 haben wir jedoch den Nachweis erbracht, daß die mit Beschluß vom 29. September 1908 festgesetzten Tagen nicht ermäßigt werden können, da die durchschnittlichen Selbstkosten für Herstellung einer Wasserzuführung eine weitere Ermäßigung nicht zulassen.

Wir möchten hierauf nochmals hinweisen und beantragen, daß die gleichen Preissätze für Daglanden in Anrechnung gebracht werden, wie solche für die Stadtteile Veiertheim, Rüppurr und Grünwinkel erhoben wurden.

In den bereits mit Wasser versorgten Stadtteilen Veiertheim, Rüppurr und Grünwinkel stellen sich die von uns seiner Zeit geschätzten und die jetzt in Wirklichkeit sich ergebenden Wassergeldeinnahmen wie folgt:

	seiner Zeit geschätzte Einnahmen	wirkliche Einnahmen
1. Beiertheim	2 500 M — S	3 669 M 64 S
2. Rüppurr	3 500 " — "	4 421 " 48 "
3. Grünwinkel	2 000 " — "	2 883 " 49 "
Zusammen	8 000 M — S	10 974 M 61 S

Zusammen betragen also die Einnahmen aus Wassergeld jetzt schon rund 3 000 M = 37,18% mehr, als wir sie seiner Zeit geschätzt hatten. Dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Wassergeldeinnahme in Beiertheim nur aus 70 angeschlossenen Grundstücken erfolgt, da ein großer Teil der Anwesen in der Breite-Straße, die ganze Bulacher-Straße, sowie der Bleichweg noch nicht mit Wasser versehen ist, weil die Wasserleitung in diesen Straßenstrecken erst nach Herstellung der Kanalisation verlegt werden kann. Auch sind in Rüppurr noch mehrere Anschlüsse herzustellen.

Man kann daher erwarten, daß auch in Daglanden der Betrag der Wassergeldeinnahmen ein etwas höherer werden wird, als die jährlich zu 7 788 M geschätzte Summe, so daß der auf rund 3 900 M berechnete Fehlbetrag sich voraussichtlich etwas verringern dürfte. Bei der Betrachtung der Wasserversorgung von Daglanden von der wirtschaftlichen Seite darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Verbindungsleitungen zwischen Daglanden, Grünwinkel, dem Bannwaldstadteil und dem Rheinhafengebiet nicht allein im Interesse von Daglanden ausgeführt werden, sondern daß sie noch verschiedene sonstige Zwecke erfüllen, wie wir im Eingang dieses Berichtes näher darlegten. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die insbesondere in der Zeppelin-, Kreis- und südlichen Uferstraße zu verlegenden Wasserhauptrohrstränge auch zur Versorgung der an diesen Straßenstrecken später zu erstellenden Anwesen dienen (z. B. Billing & Zoller an der Zeppelin-Straße), worauf bei der Dimensionierung der Rohrleitungen schon Rücksicht genommen wurde.

Der Feuerschuß von Daglanden verlangt dringend die Erstellung der Wasserleitung; die gesundheitlichen Verhältnisse in Daglanden werden durch die Wasserleitung eine Verbesserung erfahren.

Wir beantragen nunmehr, daß mit einem Kostenaufwand von 181 700 M die Wasserversorgung des Stadtteils Daglanden ausgeführt und daß beim Bürgerausschuß die erforderlichen Mittel anverlangt werden.

Von dem durch den Bürgerausschuß für die geplante Brunnen- und Pumpenanlage im Elektrizitätswerk einschließlich der nötigen Rohrverbindungen unterm 23. Mai 1910 bewilligten Baukredit in Höhe von 39 000 M
sind zu Versuchszwecken verausgabt etwa 1 000 "

so daß noch ein Rest vorhanden ist von etwa 38 000 M,
der nicht zur Verwendung gelangt.

gez. Feld.

gez. Hoffmann.

Wasserversorgung des Stadtteils Daxlanden.

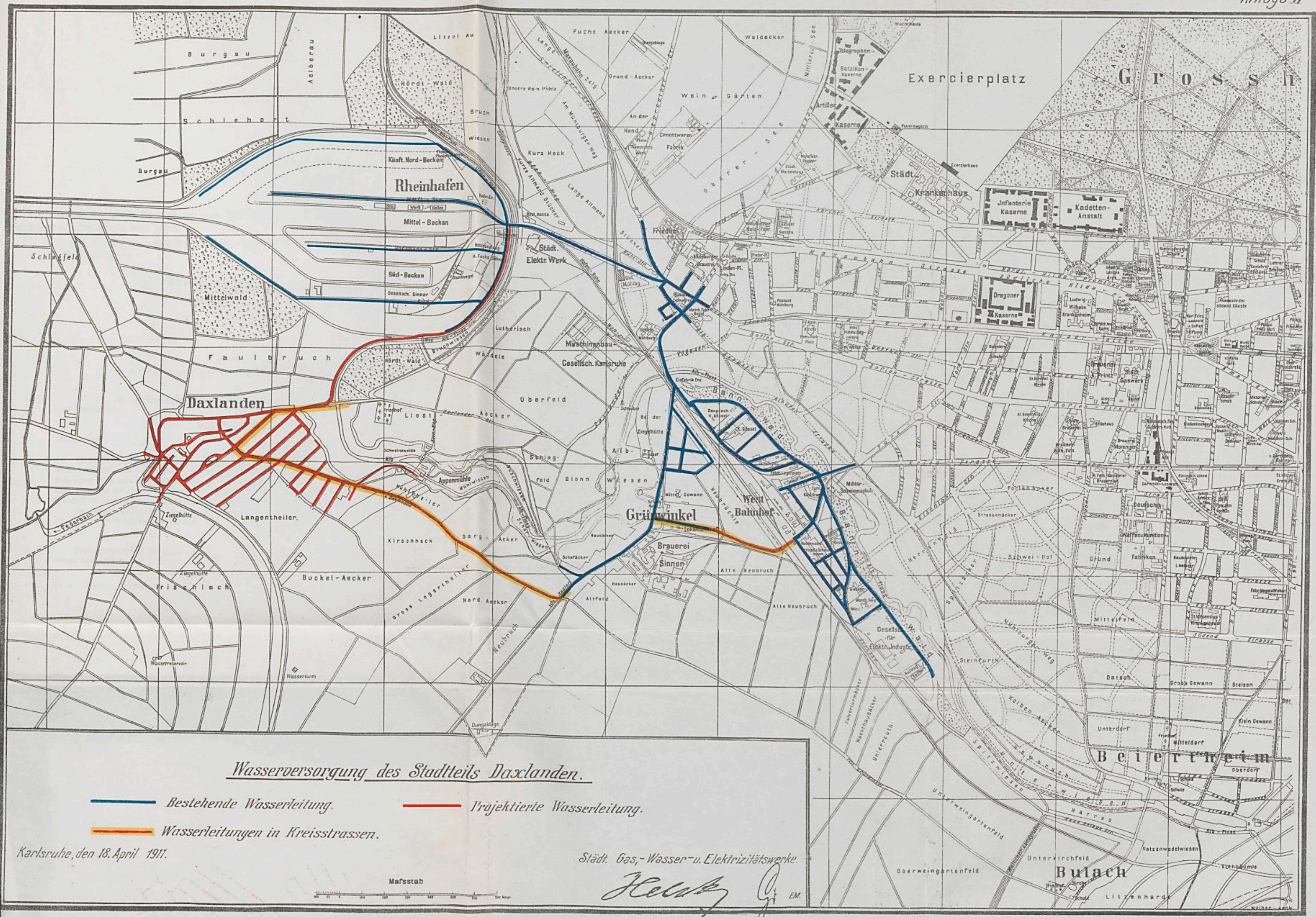
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.
Zahl der vorhandenen	Zahl zum Wasser bezug an gemeldeten	Bei Vollendung der Hochverlegungsarbeiten zu erwartende Beteiligung	Voranschlag über jährlichen Wasserbedarf	Geschätzte jährliche Wasserentnahme.	Kosten aufwand für Ver- sorgung der Hauptrohr- leitungen samt Schieber, Hydranten u. Brunnen.	Jährliche Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals (Pos. 10)	Jährlicher Vertriebsaufwand durch Abgabe des geschätzten Wasserbedarfes (Pos. 8).	Jährlicher Gesamtaufwand einschl. Verzinsung und Tilgung (Pos. 12 u. Pos. 13).	In Regfall kommende Unterhaltungs- kosten für die öffentlichen Pumpbrunnen.	Voranschlag über jährlichen Gesamtaufwand (Pos. 14 bis Pos. 15).	Fehlbetrag zwischen Ausgaben und Einnahmen (Pos. 16 bis Pos. 9).	Ver- merken.					
													Grund- stücke.	von den Grund- stücke.	Grund- stücke.	Grund- stücke.	Grund- stücke.
4452	469	506	199	39,3	70	354	70000	7788,-	181700,-	6,1	11083,70	2600,-	13683,70	2000,-	11683,70	3895,70	

Karlsruhe, den 18. April 1911.

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Geld.

Siehe.



Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

Karlsruhe, den 26. April 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, es wolle der Bürgerausschuß seine Zustimmung dazu geben,

daß mit Regierungsassessor Dr. Arthur Bierau hier der untenstehende Vertrag abgeschlossen werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

G. Beck.

Zwischen

dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe einerseits

und

Herrn Regierungsassessor Dr. Arthur Bierau hier andererseits
wird folgender

Dienstvertrag

abgeschlossen:

§ 1.

Herrn Dr. Arthur Bierau wird das Amt eines rechtskundigen Hilfsarbeiters bei der Stadtverwaltung hier mit der Amtsbezeichnung „Stadtrechtsrat“ übertragen. Er hat seine ganze Arbeitskraft dem ihm übertragenen Amte zu widmen und alle Verpflichtungen zu erfüllen, die mit demselben nach der Natur der Sache, nach den jeweiligen Gesetzen, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, sowie nach den Verfügungen des Stadtrats verbunden sind.

Zu Nebenbeschäftigungen, welche des Erwerbs wegen übernommen werden, bedarf Herr Dr. Bierau der Genehmigung des Stadtrats.

§ 2.

Herr Stadtrechtsrat Dr. Bierau erhält vom 1. Juli d. J. an einen in Monatsraten zahlbaren Gehalt von jährlich 5 000 M

— Fünftausend Mark —

der alle 3 Jahre, erstmals am 1. Juli 1914, um 500 M

— Fünfhundert Mark —

2

steigt bis zum Höchstbetrag von jährlich 6000 M.
— Sechstausend Mark. —

§ 3.

Nach Ablauf von 10 Dienstjahren seit der Rezeption in den Staatsdienst, das ist vom 7. Mai 1911 an, erhält Herr Stadtrechtsrat Dr. Bierau das Recht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des städtischen Beamtenstatuts.

§ 4.

Soweit durch diesen Vertrag nichts Anderes bestimmt ist, regelt sich das Dienstverhältnis des Herrn Stadtrechtsrats Dr. Bierau nach dem städtischen Beamtenstatut.

§ 5.

Dieser Vertrag wird doppelt ausgefertigt; jeder Teil erhält eine Fertigung.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minister. d. Innere
 vom 9. Juni 1911 No. 26562.

Karlsruhe, den 8. Mai 1911.

Hiedurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß die Sofien-Straße zwischen Lessing- und Scheffel-Straße, die Garten-Straße zwischen Jolly- und Lessing-Straße und die Rhein-Straße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle mit Granitpflaster versehen, dafür Anlehensmittel im Betrage von 122 540 Mk. ausgegeben und die aufgewendeten Summen innerhalb 30 Jahren amortisiert werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Seit einer Reihe von Jahren erstrebt die Stadtverwaltung die allmähliche Umwandlung der hier in verhältnismäßig großer Zahl vorhandenen Schotterstraßen in Pflasterstraßen. Für diesen Zweck wurden bewilligt:

1904:	624 952	Mk	90	S
1906:	57 900	"	—	"
1907:	192 300	"	—	"
1908:	188 931	"	—	"

Zur Zeit sind vorhanden:

234 900	qm	Schotterfläche,
572 690	"	Pflasterfläche.

Im Vergleich zu anderen Städten ist dieses Verhältnis für Karlsruhe immer noch ungünstig, auch wenn man berücksichtigt, daß Karlsruhe eine verhältnismäßig große Zahl von sehr weiträumig bebauten und verkehrsarmen Straßen aufweist, in denen der Schotterbelag kaum zu Bedenken Anlaß gibt. Immerhin muß aber auf die Fortsetzung der Pflasterungspolitik Bedacht genommen und vor allem die Pflasterung der verkehrsreichen Straßen herbeigeführt werden, bei denen die Befestigung der Fahrbahn nicht nur hygienische Vorteile (Verminderung des Staubs und des Schmutzes) mit sich bringt, sondern vielfach auch in finanzieller Beziehung dem Makadam überlegen ist.

Das städtische Tiefbauamt hat ein eingehend begründetes Programm für das Vorgehen der Stadtverwaltung in der Straßenbefestigungsfrage während der nächsten 10 Jahre ausgearbeitet. Darin ist für dieses Jahr die Pflasterung der im Antrag bezeichneten Straßenstrecken mit Granit vorgesehen. Außerdem sollten die Stefanien-Straße, die Strecken der Leopold-, Hirsch- und Douglas-Straße zwischen Stefanien- und Kaiser-Straße und die Douglas-Straße auch zwischen Kaiser- und Amalien-Straße mit Kleinpflaster oder Gußasphalt neu gedeckt werden. Der Stadtrat hat indessen die letzterwähnten Mendecungen vorerst verschoben, nachdem sich ergeben hatte, daß der Zustand dieser Straßenstrecken zur Zeit noch keine gänzliche Deckenerneuerung erfordert, daß ferner bei diesen Straßen — abgesehen von der Stefanien-Straße — die feste Deckung keine Ersparnis, sondern einen Mehraufwand mit sich bringt und daß ein großer Teil der Angrenzer die Beibehaltung des jetzigen Zustands der Pflasterung vorzieht.

Für die nach dem obigen Antrag in diesem Jahre zu pflasternden Straßenstrecken enthält die angegeschlossene Tabelle die nötigen Daten über Flächenmaß, Aufwand für die Pflasterung, bisherigen und künftigen Unterhaltungsaufwand.

In der Rhein-Straße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle sollen auch die Straßenbahngleise erneuert werden, worüber eine besondere Vorlage erstattet ist. Das daselbst zwischen den Gleisen vorhandene Pflaster ist abgängig.

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß noch eine Reihe verkehrsreicher Straßen der Pflasterung in irgend welcher Art dringend bedarf, zur Zeit aber noch nicht gepflastert werden kann, weil diese Straßen anlässlich der Bahnhofverlegung und der damit zusammenhängenden Ausgestaltung des Straßenbahnnetzes anderweite Änderungen erfahren: Hieher gehören insbesondere die Ettlinger Straße, die Karl-Straße, die Rüppurrer Straße und die Kriegs-Straße zwischen Karl Friedrich- und Westend-Straße. Für die erstgenannten 3 Straßen, die die Hauptzufahrten zum neuen Hauptbahnhof bilden, sind bereits Projekte ausgearbeitet und zur Zeit in Beratung der Bau-Kommission. Für die Kriegs-Straße kann ein Projekt erst aufgestellt werden, wenn feststeht, ob die Lokalbahn darin verbleibt und zweigleisig für elektrischen Betrieb eingerichtet oder ob sie durch Gleise der städtischen Straßenbahn ersetzt wird. Auch hierüber sind bekanntlich Verhandlungen im Gange.

In jedem Falle wird die Stadtgemeinde in den nächsten Jahren für Verbesserung bestehender und Herstellung neuer Straßen in der Richtung nach dem neuen Hauptbahnhof bedeutende Mittel aufzuwenden haben.

Siegriß.

Jahr	Straßenbreite.	Fläche. qm	Durchschnittlicher jährlicher Aufwand für Unterhaltung und Reinigung der Schotterstraßen.		künftiger Belag.	Voranschlägliche Haltbarkeit = Zahlungsdauer = Zeit des Anlage- kapitals.	Aufwand für die Pflasterung.		Jährlicher Aufwand für Ver- zinsung und Amor- tisation.	Durchschnittlicher jährlicher Aufwand für Unterhaltung und Reinigung des künftigen Belags.		Gesamter jährlicher Aufwand für den künftigen Belag.	Jährlicher Mehr- (+) resp. Weniger- (-) Aufwand gegenüber der Schotter- fahrbahn. im ganzen M.
			pro qm M.	insgesamt M.			pro qm M.	insgesamt M.		pro qm M.	insgesamt M.		
1911	Lothar-Straße zwi- schen Gieß- und Schiffel-Straße . .	2 300	1,50	3 450,00	Granit mit Ausguß	30	16,08 (16,68) (m. Bordsteinanlage)	37 000 (38 410)	2 139,70	0,385	885,51	3 025,21	— 425
1911	Garten-Straße zwi- schen Gieß- und Lothar-Straße . .	1 415	1,50	2 122,50	"	30	16,02 (16,70) (m. Bordsteinanlage)	22 700 (23 620)	1 312,74	0,385	544,78	1 857,52	— 265
1911	Rhein-Straße zwischen Westendhalle und Philipp-Straße . .	3 660	1,55	5 673,00	"	30	16,10 (16,52) (m. Bordsteinanlage)	59 000 (60 510)	3 411,97	0,385	1 409,10	4 821,07	— 852
		7 375		11 245,05				118 700 (122 540) (mit Bord- steinanlage)	6 861,41			9 703,80	— 1 542

Bürgerausschuss-Sitzung am 29. Mai 1911.

Staatsebene mit Erlass Grossh. Minist. d. Innern
vom 14. Juni 1911 No. 27444.

Karlsruhe, den 3. Mai 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. die Gleisanlage der Straßenbahn zwischen Philipp-Straße und Westendhalle erneuert und
2. der erforderliche Aufwand im veranschlagten Betrage von 33 600 Mk aus Anlehensmitteln bestritten und nach den bestehenden Grundsätzen amortisiert werde.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Lacher.

Begründung.

Das Straßenbahnamt hat mit Bericht vom 8. März d. J. mitgeteilt, daß die Gleisanlage der Straßenbahn zwischen Philipp-Straße und Westendhalle sich in so schlechtem Zustande befinde, daß sie dringend der gründlichen Abhilfe bedürfe:

Zur Begründung des Antrags auf völlige Erneuerung der Anlage wurde folgendes ausgeführt:

„Die Ursache für die mißlichen Verhältnisse auf vorgenannter Strecke ist vor allen Dingen neben dem schwachen Schienenprofil in dem Fehlen einer durchgehenden Gleisunterbettung zu suchen. Wir haben in der Rhein-Straße nur schmale, sogenannte Koffergräben, welche unter jeder Schiene durchgeführt und im Laufe der Zeit wegen des Fehlens einer gegenseitigen Verbindung beziehungsweise Versteifung zerstört sind. Koffergräben wurden seinerzeit von den Privatgesellschaften aus Gründen der Billigkeit erstellt und werden in neuerer Zeit nicht mehr verwendet.

In unserer Begründung vom 22. April und 9. Mai 1910 für die Auswechslung der Gleise in der Honell-Straße, welche auch im vollen Umfang für die Rhein-Straße gilt, haben wir bereits darauf hingewiesen, daß in den künftigen Jahren leider immer mehr Kosten durch laufende Instandsetzungen und Erneuerungen nötig werden, welche in Sonderheit auch durch die Verlegung des schwachen und ungeeigneten Schienenprofils 14a bedingt sind. Strecken, welche durch den Ausbau des künftigen Bahnnetzes gegebenenfalls an und für sich eine Änderung erfahren dürften, werden wir nach wie vor bis zur definitiven Festlegung der neuen Linien so gut wie irgend angängig in Stand setzen und zu halten

süchen. Zu diesen Strecken gehört jedoch nicht der Bahnkörper zwischen Philipp-Straße und Westendhalle in der Rhein-Straße, welcher unbedingt auch künftig in derselben Gleisstrecke liegen bleiben wird, sodaß also auch aus diesem Grunde die jährlichen Ausgaben für Instandsetzung gespart werden sollten.

Wie aus beigefügten Kostenanschlägen A und B ersichtlich, betragen die Kosten für die gänzliche Gleiserneruerung mit Schienen Profil 18 a aus Siemens-Martin-Stahl in der Rhein-Straße auf eine Streckenlänge von etwa 335 m, Einbau einer durchgehenden Packlageunterbettung mit ordnungsgemäßer Entwässerung, einschließlich Straßenaufbruch 33 600 M.

Rechnet man für Verzinsung 4 %, für normale Tilgung der aus Anlehen zu beschaffenden Mittel 1,1 % und wird für das Gleismaterial einschließlich Kleineisenzeug und Zubehör eine Lebensdauer von rund 10 Jahren angenommen, welche mit Sicherheit zu erwarten ist, so sind nachstehende jährliche Ausgaben erforderlich:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Für Gleisanlage einschließlich Kleineisenzeug und Zubehör (Anlagekapital rund 15 565 M) | 1 930 M — S |
| 2. Für den restlichen Aufwand mit rund 18 000 M genügen die regelmäßige Tilgung und Verzinsung mit | 918 „ — „ |

Insgesamt jährlich . . 2 848 M — S

Die Kosten nochmaliger Instandsetzung (vergleiche Kostenanschlag B) würden sich belaufen auf rund 7 500 M, wobei insbesondere mit Wiederverwendung der alten schwachen Schienen gerechnet ist. Als Lebensdauer könnte in diesem Falle mit einer Zeit von drei Jahren in günstigstem Falle gerechnet werden, sodaß, wie bei den Kosten für „A“ gerechnet, aufzubringen ist für regelmäßige Verzinsung, sowie für außerordentliche verstärkte Tilgung ein jährlicher Betrag von rund 2 600 M (gerechnet für 3 Jahre Lebensdauer und ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Pflasterung).

Hierbei ist zu erinnern, daß der vorübergehend in Stand gesetzte Bahnkörper jährliche außerordentliche Unterhaltungskosten erfordert, während bei einer neuen Erstellung mit starkem Schienenprofil für die ersten 4 Jahre keine Reparatur zu rechnen ist und daß gegebenenfalls die ausgebefferte Gleisstrecke schon nach zwei Jahren erneuert werden muß, wodurch der vorherberechnete Betrag von rund 2 600 M sich entsprechend erhöht.

Nicht berücksichtigt bei Aufrechnung B sind insbesondere auch die Kosten, welche für die Instandhaltung unserer Fahrzeuge aufzuwenden sind, wenn letztere auf schlecht fundierten Schienen arbeiten müssen und welche nicht zu gering zu veranschlagen sind. (Abnutzung der Räder, Verschleiß der Bremszeuge, Notleiden der elektrischen Ausrüstungen, sowie der Wagenkästen, verursacht durch Schlendern, Belästigung der Fahrgäste durch unruhiges Fahren der Wagen).

Aus obigen Gründen beantragen wir gründliche Instandsetzung des Bahnkörpers auf obenerwähnter Strecke unter Einbau einer wasserdurchlässigen durchgehenden Packlage für beide Gleise und Verwendung des Schienenprofils 18 a aus Siemens-Martin-Stahl gemäß beigefügtem Kostenanschlag A.

Mittel hierfür können aus dem laufenden Betrieb nicht gedeckt werden und sind aus Anlehen zu bestreiten.

Die Strecke selbst soll im vorliegenden Falle, weil zum Teil Kurve, nicht geschweift, sondern verlascht werden, sodaß die Arbeiten im Sommer vorgenommen werden können, anschließend an die Arbeiten in der Kaiser-Straße. Die Bauzeit wird etwa 4 Wochen betragen. Zu bemerken ist, daß die ausgebauten Schienen Verwendung finden sollen gelegentlich des Neubaus der neuen Werkstätte als Depotgleis.“

Auch der Stadtrat ist hiernach der Ansicht, daß die alsbaldige Erneuerung der Anlage unter Herstellung eines besseren Unterbaues mit Entwässerung der nochmaligen notdürftigen Instandsetzung vorzuziehen sei. Dies empfiehlt sich ganz besonders auch aus dem Grunde, weil nach der Vorlage über die Neupflasterung von Straßen die Strecke der Rheinstraße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle in diesem Jahre auch neu gepflastert werden soll und es doch sicherlich das Zweckmäßigste ist, diese beiden Arbeiten miteinander zu verbinden.

Die Begründung für die Aufwendung von Anlehensmitteln und die Art der Amortisation des aufgewendeten Betrags, sowie die Höhe des jährlichen Mehraufwands hiefür ist dem Bericht des Straßenbahnamts zu entnehmen.

Siegrist.

Kosten-Anschlag.

A. Gleis-erneuerung in der Rhein-Straße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle; Streckenlänge 335 m.

1. Ausbruch von 300 m Pflasterfahrbahn in einer Breite von 5,2 m und in einer Tiefe von 46 cm unter Schienenoberkante. Herstellung einer ordnungsmäßigen Packlageunterbettung einschließlich Zulieferung sämtlicher Bettungsmaterialien frei Verwendungsstelle, Abwalzen mit der Dampfwalze und Abfuhr des überschüssigen Bodens	6 480	ℳ	—	ℒ
2. Ausbruch von 70 m Pflasterfahrbahn in einer Breite von 2,6 m, sonst wie Ordnungszahl 1	720	"	—	"
3. Demontieren von 670 m altem Gleis, Profil 14 a und Abfahren zum Lagerplatz	569	"	50	"
4. Lieferung von 670 m Gleis im Profil 18 a einschließlich Kleineisenzeug und Übergangslaschen frei Verwendungsstelle, betriebsfertig verlegen einschließlich Zulieferung der erforderlichen Schienenfüllsteine. Lieferung von 6 Gleisentwässerungskästen, Einbau derselben und Anschluß an die Kanalisation, Beschaffung des Stopfmateri als sowie der Schienenverbinder, einschließlich Montage derselben	16 766	"	50	"
5. Herstellung der erforderlichen Notgleise und Verlegung des Notfahrdrahtes einschließlich Anfuhr, Demontage und Abfuhr zum Lagerplatz, sowie Einregulierung der bestehenden Oberleitungsanlage nach der neuen Gleisachse	2 900	"	—	"
6. Beleuchtung, Absperrung der Baustelle und Aufräumarbeiten; Gestellung von Hilfswerkzeugen und deren Ersatz, sowie Zuschlag für Nacharbeiten, anteilige Kosten für Verwaltung und Unvorhergesehenes	6 164	"	—	"
Summa	33 600	ℳ	—	ℒ

B. Instandsetzung der Gleise in der Rhein-Straße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle; Streckenlänge 335 m.

1. Herrichtung von 108 Paar alten Fußlaschen (Patent Hesse) einschließlich Fracht von hier nach Düsseldorf und zurück und Anfuhr zum Bahnhof beziehungsweise Verwendungsstelle	2 064	ℳ	80	ℒ
2. Lieferung von 650 Stück Laschenbolzen, 500 Stück Spurstangenschrauben und 108 Stück Schienenverbinder frei Verwendungsstelle, einschließlich Montage	474	"	40	"
3. Lieferung des erforderlichen Ausgleich- und Stopfmateri als frei Verwendungsstelle	375	ℳ	40	ℒ
4. Heben von 670 m Gleis in genauer Höhenlage und Unterstopfen sowie Einbauen der Patentlaschen und Hobeln der Schienenstöße	2 814	"	40	"
5. Beleuchtung, Absperrung der Baustelle und Aufräumarbeiten	640	"	—	"
6. Gestellung von Hilfswerkzeugen und deren Ersatz sowie Zuschlag für Nacharbeiten und Unvorhergesehenes	1 131	"	—	"
Summa	7 500	ℳ	—	ℒ

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911.

abgelehnt

Karlsruhe, den 24. April 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,

daß der sogenannte kleine Saal der Festhalle durch die unten näher bezeichneten Maßnahmen instandgesetzt, mit Dampfheizung und elektrischer Beleuchtung versehen und mit einem beweglichen Podium mit Bühneneinrichtung ausgestattet werde, sowie daß die dadurch entstehenden Kosten im veranschlagten Gesamtbetrag von 49 080 Mk aus Wirtschaftsmitteln der Jahre 1911 und 1912 bestritten werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Die in den Jahren 1875—77 erbaute städtische Festhalle hat letztmals im Jahre 1898 eine umfassende Verbesserung und Erweiterung erfahren. Diese hatte aber im Wesentlichen die Erhöhung der Feuerficherheit des großen Saals und die Schaffung eines neuen Wirtschaftsgebäudes zum Zweck. Der kleine Saal blieb dabei, abgesehen von der Erstellung von Aborten, unverändert. Im Laufe der langen Zeit seines Bestehens ist nun aber dieser Saal, dessen Wände und Decke in Stuck mit Farbansrich ausgeführt sind, in einen Zustand der Abnutzung geraten, der schon seit Jahren der Verbesserung bedurft hätte. Dazu kommt, daß die Heizung des Saales ungenügend und zudem unwirtschaftlich ist und daß auch seine Belichtungsverhältnisse und Beleuchtungseinrichtungen den heutigen Anforderungen an einen, festlichen Zwecken dienenden Saal durchaus nicht entsprechen. Wenn der Stadtrat bisher mit Anträgen auf Herstellung der nötigen Verbesserungen zurückgehalten hat, so war dafür nicht nur die Rücksicht auf die schonungsbedürftigen Finanzen der Stadt maßgebend, sondern in erster Linie die Erwägung, daß möglicher Weise die Errichtung des in Verbindung mit der Festhalle geplanten Theater- und Konzertsaal-Neubaus sowie des Kunstausstellungsgebäudes eine andere Lösung der Frage, insbesondere eine andere Gestaltung der Heizungseinrichtungen, bedingen

würde und es sich deshalb empfehle, zunächst die weitere Entwicklung jener Projekte abzuwarten. Nun hält der Stadtrat nach wie vor grundsätzlich an der Verwirklichung derselben fest; diese schiebt sich aber infolge der langen Dauer der Verhandlungen über die Eigentumsverhältnisse des Geländes in der Umgebung der Festhalle und dessen künftige Gestaltung immer weiter hinaus, während anderseits die Verbesserung des kleinen Saales immer dringlicher geworden ist. Auch dürfte jetzt soviel feststehen, daß dieser Saal in Gestalt und Einrichtung von der Ausführung der erwähnten Bauten kaum berührt werden wird. Der Stadtrat hat daher vor Jahresfrist durch das Hochbauamt und die Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke Vorschläge über eine gründliche Instandsetzung und Verbesserung des kleinen Saales ausarbeiten lassen. Sie ergaben, daß dazu ein Aufwand von über 40 000 *M* erforderlich sein wird, der nach Ansicht des Stadtrats in 2 Raten auf die Jahre 1911 und 1912 verteilt werden sollte. Demgemäß wurde als 1. Rate in den Voranschlag für 1911 die Summe von 20 000 *M* eingestellt. Dieses Vorgehen hätte die Ausführung der Verbesserungsarbeiten allerdings erst im Sommer 1912 ermöglicht. Da es aber an sich durchaus wünschenswert ist, die Herstellung schon in diesem Jahr, noch vor der Ende September hier tagenden 53. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, zu bewirken, so begrüßte der Stadtrat den von der Voranschlags-Prüfungs-Kommission ausgesprochenen Wunsch, daß er dem Bürgerausschuß alsbald eine besondere Vorlage mit dem Antrag auf Bewilligung des gesamten Kostenbetrags unterbreiten möge, um die Durchführung der Arbeiten noch in diesem Sommer zu ermöglichen.

Nach den daraufhin von den zuständigen technischen Ämtern ausgearbeiteten Entwürfen und Kostenberechnungen sollen nun in der Hauptsache folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Verbesserung der Decke durch Beseitigung der mit Stramindraht überspannten Lüftungsfelder.
2. Beseitigung des alten Anstrichs, Ausbesserung des Verputzes und Neuanstrich der Decke, der Wände und des Holzwerks u. s. w. des Saales (weiß mit Gold) und der Nebenräume, sowie Erneuerung der Draperien, Zugvorhänge und Neuüberzug der Rischen-Sofas und Beseitigung der dunkelfarbigen Fensterscheiben,
3. Ausbesserung und teilweise Erneuerung der Fußböden und Verbesserung des Zugangsraumes,
4. Einrichtung der Niederdruckdampfheizung im Anschluß an die Dampfkesselanlage des Bierordts-Bades wie im großen Saal, mit Frischluftöffnungen und Abluftkanälen.

Jetzt dienen zur Heizung des Saals Gasöfen, die aber bei kälterem Wetter, also gerade in der Hauptbenutzungszeit, nicht ausreichen und durch die Gasbeleuchtung ergänzt werden müssen. Da die Leuchten an der Decke hängen und diese Öffnungen hat, zieht ein großer Teil der Wärme durch diese nach oben ab; so entsteht Zug und bleiben die unteren Luftschichten und der Fußboden kalt. Zudem ist diese mangelhafte Heizungsart sehr teuer. Da aus diesem Grunde die Aufstellung weiterer Gasöfen nicht zu empfehlen, die Heizung durch Kohlen- oder Koksöfen aber, die am billigsten wäre, aus Gründen der Feuericherheit, der Reinlichkeit und der Ästhetik wohl ausgeschlossen ist, besteht die beste Abhilfe in der Einrichtung der Dampfheizung mittelst Aufstellung von Heizkörpern in den Fensternischen. Der nötige Dampf steht in der Kesselanlage des Bierordts-Bades zur Verfügung; von hier aus wird ja auch der große Saal geheizt. Das Maschinenbauamt berechnet die Anlagelkosten der Dampfheizung (ohne Heizkörperverkleidung) auf 15 200 *M*. Die Heizkörper sollen in gefälliger Weise verkleidet werden. Die Mittel dafür sind vom Hochbauamt vorgesehen.

5. Elektrische Beleuchtung durch Einzelglühlampen an der Decke im Anschluß an die Architektur unter Beseitigung der jetzigen wenig schönen Gaskronleuchten. Die Kosten

hierfür sind auf 6 900 *M* veranschlagt. Der Strom wird ebenfalls vom Bierordts-Bad entnommen, welches ihn zum Selbstkostenpreis von 10 *S* für die Kilowattstunde liefern kann.

Die bisherige Gas-Heizung und Beleuchtung erforderte einen durchschnittlichen jährlichen Betriebsaufwand von 4 220 *M*. Bei Einrichtung der Dampfheizung und der elektrischen Beleuchtung wird der Betriebsaufwand auf jährlich 3 500 *M* herabgehen, also 720 *M* niedriger sein.

6. Umänderung des jetzigen festen Podiums an der östlichen Stirnwand des Saals in ein bewegliches Podium, welches nur im Bedürfnisfalle aufzustellen wäre und nach Wunsch auf der östlichen oder westlichen Seite aufgeschlagen werden kann, und Beschaffung einer Bühneneinrichtung für das Podium mit den nötigen Beleuchtungsapparaten. Aufwand 5 500 *M*.

Der Mangel dieser Einrichtung tritt bei zahlreichen Veranstaltungen hinderlich zutage und verursacht zuweilen der Stadt und den Mietern des Saals beträchtliche Kosten. Für die Aufstellung des Podiums und der Bühne und deren Benutzung werden angemessene Gebühren erhoben werden.

Um das laufende Jahr nicht zu sehr mit Ausgaben zu belasten, die im Voranschlag nicht vorgesehen sind, beabsichtigt der Stadtrat, die Herstellung der Bühneneinrichtung erst im nächsten Jahre vorzunehmen, soweit sie nicht anlässlich der übrigen Arbeiten (wie z. B. die elektrischen Leitungen mit den nötigen Steckkontakten) ausgeführt werden müssen.

In diesem Jahre und zwar noch vor Mitte September würden dagegen alle übrigen Maßnahmen durchzuführen sein. Sie erfordern nach den Kostenanschlägen der technischen Ämter folgende Beträge:

1. Heizung und Lüftung	15 200 <i>M</i>
2. Beleuchtung	6 900 "
3. Bauische und dekorative Arbeiten (ohne Bühne)	21 480 "

Aufwand für 1911	43 580 <i>M</i>
Dazu für die Bühne (1912)	5 500 "

Gesamtaufwand . . 49 080 *M*

Siegriß.

~~Bürgerausschusszustimmung am~~

~~Von der Kängsregierung vom 25. April 1911 befohlen
weil keine Fälligkeit abgesehen.~~

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911, hierauf
die umgeänderte Vorlage vom 18. Mai 1911 und
die darauf beschlossene Satzung.

Karlsruhe, den 14. März 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben,

daß die ortstatutarische Bestimmung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 15. Dezember 1904 den Zusatz erhält, daß in den Jahren 1911 und 1912 an den Sonn- und Festtagen der Monate Mai bis einschließlich September Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen.

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann.

Lacher.

Begründung.

Die gegenwärtig geltende statutarische Bestimmung für die Stadt Karlsruhe über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vom 15. Dezember 1904 hat folgenden Wortlaut:

Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen — sofern an diesen Tagen eine Beschäftigung derselben überhaupt zulässig ist und vorbehaltlich der von der Polizeibehörde zu gestattenden Ausnahmen — in den Monaten Mai bis einschließlich September nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und in den übrigen Monaten nur in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Die hierin enthaltene Regelung der Sonntagsruhe entsprach seinerzeit dem übereinstimmenden Antrag der Vertretungen des in den Handelsbetrieben beschäftigten Personals. Dieser Antrag war allerdings insofern noch weiter gegangen, als er die darin vorgesehene gleichmäßige Beschränkung der Verkaufszeit auch auf die sogenannten Bedürfnisgewerbe ausgedehnt wissen wollte. Auch für sie die sonntägliche Arbeitszeit auf 2 bzw. 3 Stunden zu verkürzen, erschien jedoch nicht angängig, weil dadurch nicht nur berechnigte Interessen des kaufenden Publikums beeinträchtigt, sondern zweifellos auch zahlreiche unter diese Kategorie gehörigen Geschäfte schwer geschädigt worden wären.

Überdies wäre es nach § 105^a Gewerbeordnung der höheren Verwaltungsbehörde jederzeit freigestanden, von sich aus die im öffentlichen Interesse erforderlichen Ausnahmenvorschriften für diese Gewerbe zu erlassen.

Seither wurde aus den Kreisen der organisierten Handlungsgehilfenschaft wiederholt und nachdrücklich die Forderung nach weiterer Beschränkung der Verkaufszeit im Sinne der allgemeinen Sonntagsruhe erhoben. Der Stadtrat war anfangs wenig geneigt, nach so kurzer Zeit des Bestehens des neuen Ortsstatuts abermals eine Änderung desselben in Erwägung zu ziehen, umso weniger, als schon seit längerer Zeit eine reichsgesetzliche Neuregelung der Materie zu erwarten stand. Von dieser Regelung durch Reichsgesetz ist aber inzwischen so gut wie nichts verlautbar geworden. Nach Erkundigung an zuständiger Stelle kann auch jetzt noch nicht damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit eine solche Regelung erscheint. Es kann auch bezweifelt werden, ob es gelingen wird, die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe einheitlich für das ganze Reich zu regeln, ohne doch wieder den jeweiligen örtlichen Verhältnissen durch Erlassung ortstatutarischer Sonderbestimmungen Rechnung zu tragen. Bei dieser Sachlage beschloß der Stadtrat im Mai v. J. im Benehmen mit den beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Frage zu prüfen, ob eine Änderung der derzeitigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in dem von der Gehilfenschaft erstrebten Umfang unter den hiesigen Verhältnissen tatsächlich erwünscht und durchführbar erschiene. Um eine möglichst zuverlässige und einwandfreie Unterlage zur Beurteilung der von der Angelegenheit berührten Interessen und der in den Interessentengruppen vorherrschenden Anschauungen und Wünsche zu erlangen, wurde eine Umfrage unter den beteiligten Organisationen und einer größeren Anzahl einzelner Gewerbetreibender veranstaltet. Diese Umfrage geschah an der Hand eines einheitlichen Fragebogens und ergab in der Hauptsache folgendes Bild:

1. Insgesamt sind Erklärungen von 517 einzelnen durch Vermittlung der Handelskammer befragten im Handelsregister eingetragenen Geschäftsinhabern eingekommen. Davon haben 77 im eigenen Betrieb bereits die völlige Sonntagsruhe eingeführt, während in 440 Geschäften, soweit dies dem Inhalt der Erklärungen entnommen werden konnte, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zurzeit noch an Sonntagen offen gehalten wird.

Die 77 Geschäfte mit völliger Sonntagsruhe bestehen hauptsächlich aus den Handelsabteilungen der Fabriken, den Engros-Geschäften, den Druckereien und Buchhandlungen. Von diesen 77 haben sich insgesamt 41 für die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgesprochen, 4 dagegen, während die übrigen 32 im Hinblick darauf, daß sie an der Frage nicht selbst interessiert seien, sich der Stimme enthielten.

Von 440 Geschäften, die noch Sonntagsarbeit haben, haben 284 die an sie gerichtete Frage, ob sie die Einführung der völligen Sonntagsruhe, mit Ausschluß der Bedürfnisgewerbe, für erwünscht und ohne Benachteiligung wichtiger Interessen der Allgemeinheit für durchführbar halten, bedingungslos bejaht, 110 haben sie verneint, während 48 sich dahin aussprachen, daß die Einführung der völligen Sonntagsruhe nur im Wege der reichsgesetzlichen Regelung erfolgen könne.

Insgesamt haben sich also 325 Stimmen für, 114 dagegen, 48 gegen eine Regelung durch Ortsstatut und 32 Stimmen gar nicht ausgesprochen. Allerdings können die letzteren 32 Stimmen, die ausschließlich auf solche Geschäfte entfallen, die die völlige Sonntagsruhe bereits eingeführt haben, anstandslos den befürwortenden 325 Stimmen zugeschlagen werden; ebenso müssen aber die 48 für eine Regelung durch Reichsgesetz eintretenden Stimmen zu den 114 ablehnenden Stimmen gezählt werden. Es stehen dann 357 bejahende Stimmen den 162 verneinenden Stimmen gegenüber; die ersteren übertreffen also die letzteren um mehr als das Doppelte. Vergleicht man nur die Stimmen derjenigen Geschäfte miteinander, die nicht

schon selbst die völlige Sonntagsruhe eingeführt haben, so treten 284 von ihnen dafür, $110 + 48 = 158$ dagegen ein.

Das Verhältnis beider Zahlen ist 9:5, und diese Verhältniszahl wird wohl als der richtigste Ausdruck für die numerische Verteilung der beiderseitigen Anschauungen in den maßgebenden Handelskreisen gelten können.

2. Die Verteilung der befürwortenden und ablehnenden Stimmen auf die einzelnen Branchen ist eine ziemlich gleichmäßige. In keiner Branche finden sich ausschließlich gleichlautende Erklärungen, weder in der einen noch in der andern Richtung, überall sind bejahende Stimmen neben verneinenden vertreten, derart zwar, daß die bejahenden fast durchweg überwiegen. Bei den meisten Branchen ist die Zahl der befürwortenden Stimmen gerade doppelt so groß wie diejenige der ablehnenden, bei 2 Branchengruppen (Druckerei, Buchhandel, Musikalien und Photographie, Optiker, Mechaniker etc.) hat sich nur eine Stimme dagegen erhoben und nur in einer Gruppe (Brauereien, Eisfabriken, Mineralwasserfabrikanten) nimmt die überwiegende Zahl gegenüber der Einführung der völligen Sonntagsruhe eine ablehnende Haltung ein. Die Haltung dieser letzteren Gruppe erklärt sich aber ohne weiteres aus dem Umstand, daß die beteiligten Gewerbetreibenden ihr Gutachten offenbar lediglich subjektiv mit Bezug auf ihren eigenen unter die Bedürfnisgewerbe fallenden Betrieb glauben abgeben zu sollen und dabei die Ansicht vertraten, daß für ihre Betriebe die Sonntagsarbeit unentbehrlich sei.

3. Für Einführung der Sonntagsruhe lediglich für die Sommermonate haben sich 37 Stimmen ausgesprochen, während 279 Stimmen diese Maßnahme auf das ganze Jahr ausgedehnt wissen möchten.

4. Ein ähnliches Bild ergaben die korporativen Erklärungen der einzelnen Organisationen, die sich an der Hand des gleichen Fragebogens geäußert haben. Die Organisationen der Arbeitnehmer traten in ihrer Mehrheit für die Durchführung der Sonntagsruhe ein. Von den Fachorganisationen der Arbeitgeber haben in der Hauptsache nur die Vertreter der Bedürfnisgewerbe eine selbständige Erklärung abgegeben, und zwar dahin, daß es in diesen Gewerben bei den jetzt geltenden Bestimmungen verbleiben solle. Die übrigen Organisationen beriefen sich auf das Gutachten der Handelskammer, des Gewerbevereins und der Handwerkskammer. Von diesen nimmt die Handelskammer weder eine grundsätzlich befürwortende noch eine grundsätzlich ablehnende Stellung ein, kommt vielmehr nach eingehender Darstellung des Ergebnisses der von ihr veranstalteten Rundfrage zu dem Schlusse, daß es „sorgfältiger Prüfung bedürfe, inwieweit die Einführung der völligen Sonntagsruhe für das Karlsruher Handelsgewerbe durch Ortsstatut dekretiert werden kann“.

Das Gutachten der Handelskammer ist in der Anlage angeschlossen. Desgleichen sind als besondere Anlagen die Äußerungen des Gewerbevereins und der Handwerkskammer angeschlossen, die beide eine Änderung der zurzeit bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht für wünschenswert halten.

Das Kaufmannsgericht hatte sich bereits im Jahre 1909 mit 5 gegen 3 Stimmen dahin ausgesprochen, „daß gemäß dem Verlangen der kaufmännischen Vereine und Verbände für Karlsruhe baldigst die völlige Sonntagsruhe im Groß- und Kleinhandel angeordnet wird“.

Nach dem Gesamtergebnis der veranstalteten Erhebungen kann eine Tatsache als feststehend betrachtet werden, nämlich die, daß es nicht möglich sein wird, durch Einführung der völligen Sonntagsruhe, auch wenn die Bedürfnisgewerbe davon ausgeschlossen bleiben, allen beteiligten Interessen gerecht zu werden. Man muß es also entweder bei den bestehenden Bestimmungen belassen, oder man muß der Majorität folgen und die für die

Anlage 1.

Anlage 2 u. 3.

Minorität möglicherweise entstehenden Nachteile mit in Kauf nehmen. Der weitaus überwiegende Teil der hiesigen Handelswelt hält offenbar die Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe, unter angemessener Berücksichtigung der Bedürfnisgewerbe, für erwünscht und durchführbar, ohne daß die Interessen der Allgemeinheit dadurch geschädigt werden. Eine nicht unerhebliche Minderheit aber erblickt in dieser Maßnahme eine folgenschwere Benachteiligung der von ihnen vertretenen Geschäftsinteressen und damit auch eine dauernde Schädigung der Interessen der Gesamtheit. Daß die Stimmen der Minorität bei der Entscheidung einer so schwerwiegenden Frage nicht so leicht in die Waagschale geworfen werden dürfen, liegt auf der Hand. Es führt dies zu der Forderung, daß, wenn die Ansicht der Mehrheit den Ausschlag geben soll, die allgemeine Sonntagsruhe zunächst versuchsweise jedenfalls nur für denjenigen Teil des Jahres einzuführen sei, in dem eine etwaige Schädigung der Interessen der Minderheit am wenigsten fühlbar werden würde.

Unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte, gelangte der Stadtrat nach eingehender Prüfung der Sachlage in Übereinstimmung mit dem Gutachten der sozialen Kommission zu dem Entschluß, dem Bürgerausschuß die in dieser Vorlage vorgesehene Ergänzung der derzeitigen ortsstatutarischen Bestimmung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Vorschlag zu bringen.

Darnach würden also im laufenden und im nächsten Jahre in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September an den Sonntagen die Geschäfte zu schließen sein, während in den Monaten Oktober bis einschließlich April ein Geschäftsbetrieb auch an Sonntagen in dem bisherigen Umfange stattfinden dürfte. Mit diesem Vorschlag glaubte der Stadtrat einen billigen Ausgleich unter den sich gegenüberstehenden Interessen herbeizuführen: Dem Wunsch der Gehilfenschaft nach einem freien Sonntag wird damit Rechnung getragen zu einer Jahreszeit, in der er am meisten Berücksichtigung verdient, weil in dieser Zeit der freie Sonntag in zweckmäßiger Weise durch Wanderungen in die freie Natur und körperliche Übungen aller Art ausgenützt werden kann. Der gleiche Vorteil kommt der großen Mehrheit der hiesigen Geschäftsleute zugut, die die Einführung der Sonntagsruhe erstreben, um auch sich selbst einen freien Sonntag zu verschaffen. Für die Minderheit aber, die von der weiteren Beschränkung der Sonntagsarbeit eine Schädigung befürchtet, wird sich diese Schädigung bei der vorgeschlagenen Regelung am wenigsten bemerkbar machen, weil das Verbot der Sonntagsarbeit nur auf die Zeit sich erstrecken soll, die ohnehin als die stillere Zeit im Geschäftsleben gilt.

Der beantragte Zusatz zu dem geltenden Ortsstatut soll vorläufig nur für die Dauer von 2 Jahren in Kraft treten, so daß den Beteiligten Gelegenheit gegeben ist, nach Ablauf dieser Probezeit auf Grund der inzwischen gemachten Erfahrungen neuerdings zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Sollte bis dahin eine Beschlußfassung über die Fortdauer der vorgeschlagenen provisorischen Regelung oder über eine anderweite Neuordnung der Verhältnisse nicht zustande gekommen sein, so tritt mit dem 1. Mai 1913 ohne weiteres wieder die ortsstatutarische Bestimmung vom 15. Dezember 1904 in ihrer bisherigen Fassung in Wirksamkeit.

Für die Bedürfnisgewerbe bleiben die vom Bezirksrat nach § 105 der Gewerbeordnung zugelassenen Ausnahmen auch nach Inkrafttreten der vorgeschlagenen Änderung bestehen. Es darf also in diesen Gewerben eine Beschäftigung von Gehilfen in dem bisherigen Umfange auch in den Sommermonaten stattfinden, in denen für die übrigen Geschäfte eine Sonntagsbeschäftigung nach dem Ortsstatut nicht mehr zulässig sein wird. Über die Frage, ob es erforderlich erscheint, die bisher für die Bedürfnisgewerbe zugelassene Verkaufszeit in vollem Umfang beizubehalten, sind zur Zeit noch Verhandlungen mit den Vertretungen der beteiligten

Gewerbetreibenden im Lauf. Für einige Bedürfnisgewerbe ist aus der Reihe der Interessenten selbst der Wunsch geäußert worden, die Verkaufszeit einzuschränken, während allerdings die hier hauptsächlich in Betracht kommenden Gewerbe, wie insbesondere das Handelsgewerbe der Bäcker, Metzger und Konditoren, eine solche Beschränkung nicht für angängig halten. Die Entscheidung dieser Frage gehört zur Zuständigkeit des Bezirksrats. Der Stadtrat wird aber jedenfalls dahin zu wirken suchen, daß bei einer etwaigen Neuregelung der sonntäglichen Verkaufszeit für die Bedürfnisgewerbe dem Interesse des Publikums sowohl wie dem der beteiligten Gewerbetreibenden das nötige Maß von Berücksichtigung zuteil wird.

Dr. Horstmann.

Anlage 1.

Karlsruhe, den 13. Juli 1910.

Die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Die Einführung der völligen Sonntags-
ruhe im Karlsruher Handelsgewerbe betreffend.

Im Verfolg des geschätzten Ersuchens vom 12. Mai l. J. haben wir den uns übermittelten Fragebogen an 783 bei dem hiesigen Amtsgerichte handelsregisterlich eingetragene Firmen hinausgegeben. Darauf sind 517 Antworten eingelaufen. Ungefähr ein Drittel der Befragten hat also nicht geantwortet.

Bei einer Durchsicht des Materials springt zunächst in die Augen, daß fast durchweg selbst die Vertreter der einzelnen, d. h. gleichen Geschäftszweige sich in ihren Ansichten und Vorschlägen widersprechen.

Die Frage 1, ob eine Änderung der derzeitigen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für erwünscht gehalten werde, wird ungefähr von zwei Dritteln der Antwortenden bejaht und von einem Drittel verneint.

Unter 2 wird gefragt, ob man die Einführung der völligen Sonntagsruhe ohne Benachteiligung wichtiger Interessen der Allgemeinheit für durchführbar halte und zwar a. für das ganze Jahr, b. nur für das Sommerhalbjahr. Diese Frage ist vielfach, wenn nicht ausschließlich, dahin verstanden worden, ob man glaube, daß die von der Maßnahme betroffenen Geschäftsinhaber dadurch geschädigt werden würden.

Weiter hat man das Wort „völlige“ häufig dahin verstanden, daß in allen Geschäftszweigen die Sonntagsarbeit verboten werden solle, während der verehrliche Stadtrat doch nur die einzelnen Geschäftszweige im Auge hatte, für die eventuell vollständige Sonntagsruhe einzuführen sei.

Weber die zu Frage 2 abgegebenen „Ja“ noch die dazu laut gewordenen „Nein“ sind immer unbedingte. Sehr oft ist die Bejahung mit der Bemerkung erfolgt, Voraussetzung sei, daß eine einheitliche Regelung der Sonntagsruhe durch Gesetz für das ganze Reich stattfinden werde, und nicht minder häufig wird zu dem „Nein“ hinzugefügt, daß man an diesem Standpunkte festhalten müsse, so lange es an der einheitlichen Regelung fehle.

Unter den Firmen, die sich zu Frage 2 sowie auch zu den folgenden Fragen nicht weiter geäußert haben, findet sich eine nicht unbeträchtliche Zahl von Geschäften, bei denen bereits vollständige Sonntagsruhe eingeführt ist.

Die Firmen, von denen Frage 2 bejaht wird, weisen hin auf die guten Erfahrungen die sie selbst mit dem völligen Geschäftsschluß an Sonntagen, teilweise schon seit ziemlich langer Zeit gemacht haben; sie berufen sich ferner auf die Länder mit vollständiger Sonntagsruhe, wie England, Holland und Amerika, sowie auf ebensolche deutsche Städte, wie Stuttgart und Frankfurt a. M.

Weiter wird von den Befürwortern völliger Sonntagsruhe ausgeführt, das laufende Publikum, und insbesondere die Landbevölkerung, werde sich mit der Zeit an die Neuerung gewöhnen und seinen Bedarf an den Wochentagen decken, so daß der kleine Ausfall der Sonntage durch höhere Einnahmen an den Wochentagen ausgeglichen werde und von einer Schädigung der Geschäftswelt dann keine Rede mehr sein könne.

Namentlich wird einer völligen Sonntagsruhe für die Engrosgeschäfte und die Kontore der industriellen Betriebe das Wort geredet.

Die Firmen, die die Frage 2 verneinen — die Verneinung ist übrigens zu 2a etwas mehr, zu 2b dagegen bedeutend öfter als die Bejahung erfolgt —, befürchten von der Einführung der völligen Sonntagsruhe, besonders solange die Frage nicht einheitlich durch Gesetz für ganz Deutschland geregelt sei, eine mehr oder weniger empfindliche Schädigung ihrer geschäftlichen Interessen. Sie führen in der Hauptsache folgendes aus:

Es würden dann viel weniger Fremde nach Karlsruhe kommen und damit würde auch beträchtlich weniger in Karlsruhe ge- und verkauft werden.

Die Landbevölkerung, die einen großen Teil der Kundschaft ausmache, werde sich nach den Nachbarstädten wenden und überdies ihren Bedarf noch mehr, als es bereits der Fall, bei Hausierern und Detailreisenden decken. Schon die letzte Verkürzung der sonntäglichen Verkaufszeit habe bewirkt, daß ein großer Teil der Landbevölkerung weggeblieben sei; noch schlimmer werde es natürlich bei völligem Geschäftsschluß werden.

An Sonntagen werde in 2 Stunden soviel eingenommen als an einem ganzen, ruhigeren Wochentage.

Im Bedürfnisgewerbe würden die kleineren wirtschaftlichen Interessen geschädigt werden, ohne daß für die Antragsteller etwas dabei herauskomme.

Geschäftsleute und Publikum würden in das Wirtshaus getrieben werden.

Südsüchte und Obst sowie Fische, die oft erst an Sonntagen einträfen, müßten an diesen Tagen verkauft werden können. Lebende Fische würden bei völligem Geschäftsschluß an Sonntagen überhaupt nicht mehr zu haben sein.

Ganz bedenklich sei völlige Sonntagsruhe für die sogenannten Saisongeschäfte.

Aus dem Kreise der Konditoreien wird bemerkt, daß in den meisten Geschäften ihrer Branche der Sonntag der Hauptgeschäftstag sei.

Die Bierbrauereien erklären, die Ausfuhr von Bier und die Abgabe von Eis an Sonn- und Feiertagen sei auch beim besten Willen nicht ganz zu vermeiden und deshalb könne auf die Beschäftigung eines kleinen Teils des kaufmännischen Personals an diesen Tagen nicht verzichtet werden.

Viele Engros- und einzelne Detailgeschäfte haben schon jetzt fast das ganze Jahr über Sonntagsruhe; nur ausnahmsweise beschäftigen sie ihr Personal Sonntags hie und da kurze Zeit, und die Möglichkeit, dies auch fernerhin zu tun, möchten sie sich nicht nehmen lassen. Andere Geschäfte erklären, auch auf eine regelmäßige kurze Sonntagstätigkeit nicht ganz verzichten zu können, besonders so lange die Post an Sonntagen noch zugestellt werde.

Oft, wird von anderer Seite betont, komme der Reisende oder der Chef Samstags von der Tour zurück und wolle Montags wieder fort, und da müsse Sonntags das Wichtigste erledigt werden.

Von mehreren Seiten wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Angestellten ja abwechselnd nur alle 14 Tage Sonntagsdienst hätten.

Für den Fall der Einführung völliger Sonntagsruhe wünschen die jüdischen Geschäftsinhaber, die am Samstag und an jüdischen Feiertagen streng geschlossen halten, daß ihnen gestattet werde, an einigen Stunden der Sonntage und allgemeinen Festtage die wichtigsten Arbeiten mit Ausschluß jeder Verkaufstätigkeit in den geschlossenen zu haltenden Verkaufslokalitäten vornehmen zu lassen. Sie berufen sich dabei auf die Vorgänge von München und Schweinfurt.

Für denselben Fall wird aus dem Kreise der Lebensmittelbranche gewünscht, daß dann an den Samstagen die Läden bis 10 Uhr abends offen gehalten werden dürften, da viele Frauen (z. B. Putzfrauen) bis 8 Uhr abends auswärts arbeiteten und dann vor Versorgung ihrer Einkäufe zunächst das Nachessen bereiten müßten.

Es wird sogar eine Stimme dahin laut, daß bei völliger Sonntagsruhe die Fabriken u. s. w. an Samstagen von 2 Uhr nachmittags an geschlossen werden müßten, damit Gelegenheit zum Einkaufen aller Gegenstände gegeben sei.

Weiter wird für den Fall der Einführung völliger Sonntagsruhe verschiedentlich dringend gewünscht, daß solche Geschäfte, denen an Sonntagen der Verkauf zu gewissen Stunden gestattet bliebe, nicht Waren abgeben dürften, die auch von Geschäften geführt würden, die ihre Verkaufsräume geschlossen halten müßten. Dies gelte besonders von Bäckereien, Konditoreien, Fisch- und Wildpret-handlungen, Gastwirtschaften u. s. w.

Mehrere Firmeninhaber aus der Postkarten- und Papierbranche führen in einem Kollektiv-Antwortschreiben aus, sie seien mit einem für alle Branchen einheitlich durchgeführten völligen Sonntags-Ladenschluß einverstanden. Sollten jedoch irgendwelche Ausnahmen für das Bedürfnisgewerbe geschaffen werden, so verlangten sie, daß die Geschäfte ihrer Branche dem Bedürfnisgewerbe zugezählt würden. Es liege in der Eigenart ihrer Branche, daß das kaufende Publikum und zwar speziell das auswärtige, das für das Geschäft am Sonntag hauptsächlich in Betracht komme, sich nicht im voraus mit den Artikeln ihrer Branche, wie Ansichtskarten, Reiseandenken, Alben u. s. w. versorgen könne. Folglich sei ein Offenhalten ihrer Geschäfte an Sonntagen mindestens ebenso berechtigt, wie z. B. bei den Zigarren- und anderen Geschäften, die bisher zu den Bedürfnisgewerben gezählt hätten.

In der Vollversammlung der Handelskammer vom 8. d. M. wurde nach Besprechung der Ergebnisse der von uns veranstalteten Umfrage beschloffen, folgende Erklärung zur Sache abzugeben:

„Unlichst weitgehende Sonntagsruhe ist ohne Zweifel ein erstrebenswertes Ziel. Solange indessen die Sonntagsruhe durch Gesetz nicht einheitlich für das ganze Reichsgebiet geregelt ist, würden bei Einführung der völligen Sonntagsruhe in Karlsruhe die hiesigen Geschäftsinhaber mehr oder weniger geschädigt werden. Auch dürfte die Befürchtung nicht als grundlos von der Hand zu weisen sein, daß nach Einführung der vollständigen Sonntagsruhe die Landkundschaft ihren Bedarf noch weit mehr, als es jetzt bereits geschieht, bei Hausierern und Detailreisenden decken würde. Es wird deshalb sorgfältigster Prüfung bedürfen, inwieweit die Einführung der völligen Sonntagsruhe für das Karlsruher Handelsgewerbe durch Ortsstatut dekretiert werden soll.

Was die Behandlung der Vororte bezüglich der Bestimmung über die Sonntagsruhe betrifft, so hält die Handelskammer deren Gleichstellung mit der Altstadt für durchaus geboten“

gez. Koelle.

gez. Dr. Planer.

Anlage 2.

Gewerbe-Verein Karlsruhe. G. V.

Karlsruhe, den 22. Juni 1910.

An verehrlichen

Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt

Karlsruhe.Die Einführung der völligen Sonntagsruhe
im Handelsgewerbe betreffend.

Verehrlichem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe beehren wir uns, auf den uns zur Äußerung zugesandten Fragebogen wegen Abänderung der derzeitigen ortstatutarischen und polizeilichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ergebend folgendes zu berichten:

Da noch andere Interessentenverbände, insbesondere die Handelskammer in Betreff der weiteren Einschränkung des Sonntagsbetriebs gehört wurden, können wir uns darauf beschränken, vom Standpunkt des Handwerkers und Gewerbetreibenden die Fragen zu beleuchten. Auch in unserer Stadt haben sehr viele Handwerker und Gewerbetreibende noch Ladengeschäfte neben dem Handwerksbetrieb. Wird die Sonntagsruhe noch weiter eingeschränkt, so ist der Absatz nach auswärts so gut wie abgeschnitten. Die Leute vom Land kommen Sonntags hierher, um ihre Einkäufe zu machen. Ist ihnen zum Einkauf am Sonntag die Gelegenheit entzogen, so bleibt ihnen nur übrig, den Bedarf beim Hausierer oder Detailreisenden zu decken, oder aber in den benachbarten Städten. Daß dieses nicht im Interesse einer wirtschaftlichen Erstarkung sowohl des kaufenden Publikums, als auch der ansässigen Geschäftsleute liegt, bedarf keines weiteren Beweises.

Durch eine weitere Einschränkung des Geschäftsbetriebs am Sonntag würde jedoch auch der Handwerker auf dem Lande wirtschaftlich geschädigt werden. Derselbe kauft seinen Bedarf an Material meist beim Kaufmann in der benachbarten Stadt. Unter der Woche findet er keine Zeit, dieses zu tun; er ist hierfür auf den Sonntag angewiesen. Es wäre eine Täuschung, wenn man die Ansicht vertreten wollte, die weitere Einschränkung des Geschäftsbetriebs am Sonntag trüge keinen geschäftlichen Nachteil, die Geschäfte würden dann unter der Woche gemacht werden. In Karlsruhe mit der großen Landkundschaft ist dies nicht der Fall.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Verhältnisse können wir zu einer weiteren Einschränkung der Verkaufszeit an Sonntagen unsere Zustimmung nicht geben. Obwohl aus sozialen und kulturellen Gründen eine Ausdehnung der Sonntagsruhe eher zu befürworten wäre, halten wir den Zeitpunkt für Einführung der völligen Sonntagsruhe für noch nicht

gekommen. In dieser Sache kann nur endlich eine befriedigende Lösung herbeigeführt werden, wenn dem Wunsch der Allgemeinheit durch ganz gleichmäßige Behandlung von Stadt und Land auf reichsgefeßlicher Grundlage Rechnung getragen wird.

Wir sind der Ansicht, daß eine Änderung der zur Zeit bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einschließlich der sogenannten Bedürfnisgewerbe nicht wünschenswert erscheint. Bei etwaigen Änderungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe halten wir selbstverständlich eine Gleichstellung der Altstadt mit sämtlichen Vororten für gerechtfertigt.

Mit aller Hochachtung ergebenst

Der Vorstand des Gewerbevereins Karlsruhe, e. V.

gez. L. Anselment, Vorsitzender.

gez. Huber, Schriftführer

Handwerkskammer
Karlsruhe.

Anlage 3.

Karlsruhe, den 7. Dezember 1910.

Die Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend.

Nachdem die Mehrheit der von uns befragten hiesigen Handwerker und Mitglieder der Organisationen des Handwerks, soweit sie selbst Ladengeschäfte besitzen, sich geäußert haben, beehren wir uns, verehrlichem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in der Anlage die ausgefüllten Fragebogen ergebenst zu unterbreiten. Nach dem angeschlossenen Material sind die Ansichten in der vorliegenden Frage grundverschieden. Darnach und auf Grund unserer persönlichen Umfrage ist ein Teil der Handwerker für die Einführung der Sonntagsruhe. Sie wird von einigen Interessenten begründet unter Hinweis darauf, daß in andern Ländern, z. B. England und Amerika mit seinem lebhaften Großhandel volle Sonntagsruhe herrscht und auch in Deutschland die Sonntagsarbeit von einer sehr erheblichen Anzahl Geschäftsinhaber für unnötig bezeichnet wird und auch andere Städte in Deutschland bereits die Sonntagsruhe eingeführt haben. Ein anderer Teil spricht sich ganz entschieden gegen die völlige Sonntagsruhe aus, da der Absatz an ländliche Kundschaft an Sonntagen ein recht großer sei und bei völliger Sonntagsruhe befürchtet wird, daß die Kundschaft vom Lande „sich verlaufe“.

Der Vorstand unserer Kammer, der sich mit der vorliegenden Frage ebenfalls beschäftigt hat, hat sich ebenfalls gegen die völlige Sonntagsruhe ausgesprochen. Die Inhaber kleiner Ladengeschäfte sollten nach Ansicht des Vorstandes keineswegs gezwungen werden, ihr Geschäft am Sonntag ganz zu schließen, indeß mit der Einschränkung, daß Handlungsgehilfen nicht beschäftigt werden.

Hinsichtlich des Bedürfnisgewerbes — für uns kommen in Betracht: Metzger und Wurstler, Bäcker und solche Personen, die ausschließlich Brot- und Backwaren feilhalten, und Konditoren — wird in Interessententreisen allgemein gewünscht, daß eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern beziehungsweise der Betrieb in öffentlichen Verkaufsstellen das ganze Jahr hindurch an Sonntagen nicht weiter beschränkt wird.

Der Vorsitzende:

gez. K. Moser.

Der Sekretär:

gez. Dr. Loh.

Bürgerausschusszustimmung am 29. Mai 1911 mit der
 Mehrheit, daß der Vorstand der Bestimmungen der Kollega-
 nien der Bürgerausschusszustimmung vom 25. April 1911 mit der
 mehrheitlichen Zustimmung wie folgt abgeändert werden:

„Gehilfen, Lehrlinge u. s. w. sein dürfen“

„In den Jahren 1911 und 1912 dürfen nur die Sonn- und Festtage
 der Monate Mai bis einschließlich September Gehilfen, Lehrlinge und
 Arbeiter nicht beschäftigt werden.“

Karlsruhe, den 18. Mai 1911.

Staatseingetragung mit Erlaß Grossh. Minist. d. Innern
 vom 1. Juni 1911 No. 25602.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch unter Aufrechterhaltung des An-
 trags vom 14. März 1911 weiter beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung
 dazu geben:

daß die ortstatutarische Bestimmung über die Sonntagsruhe im
 Handelsgewerbe vom 15. Dezember 1904 die nachstehende Fassung erhält:

„Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und
 Festtagen — sofern an diesen Tagen eine Beschäftigung derselben überhaupt zulässig
 ist und vorbehaltlich der von der Polizeibehörde zu gestattenden Ausnahmen — nur
 in den Stunden von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags beschäftigt werden.“

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann.

Lacher.

Bürgerausschusszustimmung am 28. Juli 1911.

Karlsruhe, den 20. Juli 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß dem bisherigen Stadtrat, Herrn Kommerzienrat August Dürr, in dankbarer Würdigung der außerordentlichen Verdienste, die er sich durch langjähriges, uneigennütziges und ersprießliches Wirken und vielfach bewährte hochherzige Opferwilligkeit um die Stadt Karlsruhe erworben hat, das Ehrenbürgerrecht der Residenz verliehen und darüber ein Ehrenbürgerbrief ausgefertigt werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Kendek.

Bürgerausschusszustimmung am 28. Juli 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. v. Jena
vom 23. Aug. 1911 No. 38256.

Karlsruhe, den 14. Juli 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,

daß das Ortsstatut über die Zahl der Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstands der Stadtverordneten vom 20. Februar 1875 folgende Fassung erhält:

„Der geschäftsleitende Vorstand der Stadtverordneten besteht aus zehn Mitgliedern“.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Dr. Bierau.

Bürgerausschusszustimmung am 28. Juli 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. *Bezirksamt*
vom 21. August 1911 No. 34921.

Karlsruhe, den 15. Juli 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben,

daß als Beitrag der Stadt Karlsruhe zur Sammlung für die Wasserbeschädigten im Taubergrunde die Summe von 4000 M zur Verfügung gestellt werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Bürgerausschusszustimmung am 18. Juli 1911...

Karlsruhe, den 6. Juni 1911.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, es wolle der Bürgerausschuß seine Zustimmung dazu geben,

daß mit dem derzeitigen stellvertretenden Vorstand des städtischen Hochbauamtes, Herrn Hochbauinspektor Friedrich Weichel, der untenstehende Dienstvertrag abgeschlossen wird.

Der Stadtrat:

Siegrist.

G. Beck.

Zwischen

dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, einerseits
und

dem stellvertretenden Vorstand des städtischen Hochbauamtes, Herrn Hochbauinspektor Friedrich Weichel hier, andererseits,
wird folgender

Dienstvertrag

abgeschlossen.

§ 1.

Dem Herrn Friedrich Weichel wird das Amt des Vorstandes des städtischen Hochbauamtes mit Wirkung vom 1. Juli d. J. übertragen.

Für die Rechte und Pflichten dieses Beamten sind die anliegenden, einen Bestandteil dieses Vertrags bildenden „Grundsätze über die Anstellungs- und Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten“ — genehmigt in der Sitzung des Bürgerausschusses vom 17. Dezember 1908 — sowie die nachstehenden besonderen Bestimmungen dieses Vertrags maßgebend.

§ 2.

Herr Friedrich Weichel erhält vom 1. Juli d. J. an einen in Monatsraten zahlbaren Vorgehalt von jährlich 7500 M

— Siebentausend fünfhundert Mark —

welcher erstmals am 1. Juli 1913 und sodann nach je 2 Jahren um den Betrag von . . 500 M

— Fünfhundert Mark —

bis zum Betrage von 10 000 M

— Zehntausend Mark —

erhöht wird.

§ 3.

Herr Friedrich Veichel ist nach Maßgabe der in § 1 erwähnten „Grundsätze“ seit 1. Januar 1911 mit Ruhegehaltsberechtigung und mit dem Recht auf Hinterbliebenenversorgung angestellt.

§ 4.

Dieser Vertrag wird doppelt ausgefertigt; jeder Teil erhält eine Fertigung.

Bürgerausschusszustimmung am 18. Juli 1911.

Städt. Aussch. vom 18. Juli 1911. Grossh. Minist. d. Kultus
vom 18. Sept. 1911 Nr. 10 872 in. Kultus

Karlsruhe, den 12. Juli 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß an Stelle der bestehenden Satzungen für die Höhere Mädchenschule mit Gymnasial-Abteilung die aus der Beilage ersichtlichen neuen Satzungen der Höheren Lehranstalten für Mädchen in der Stadt Karlsruhe vereinbart werden.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Reudeck.

Begründung.

Nachdem durch die landesherrliche Verordnung vom 18. September 1909 die rechtlichen Grundlagen wie die gesamten Verhältnisse der Höheren Mädchenschulen neu geregelt worden waren, teilte der Großherzogliche Oberschulrat den Stadtverwaltungen mit, daß er eine Neufassung der für die einzelnen Anstalten abgeschlossenen Satzungen für geboten halte. Bei dieser Neufassung solle im Anschluß an die landesherrliche Verordnung eine möglichst vollständige Übereinstimmung mit den Satzungen der Realanstalten angestrebt werden.

Die Stadträte der Städteordnungs-Städte traten in eine gemeinsame Beratung des vom Oberschulrat ausgearbeiteten Satzungsentwurfes ein und gelangten zu dem Ergebnis, daß gegen die Grundlagen des Entwurfes keine erheblichen Bedenken bestehen, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die finanzielle Belastung der Städte keine Änderung erfährt (vergleiche § 10 bis 15 der alten, § 13 bis 17 der neuen Satzungen). Nach wie vor hat die Stadtgemeinde den gesamten sachlichen Aufwand zu bestreiten (§ 13); von dem ungedeckten persönlichen Aufwand erseht die Staatskasse ein Drittel, während die restlichen zwei Drittel der Stadtgemeinde zur Last bleiben (§ 15).

Über eine Anzahl Textänderungen von geringerer sachlicher Bedeutung wurde durch Verhandlungen mit dem Oberschulrat Einverständnis erzielt. Eine wesentliche Meinungsverschiedenheit entstand, als durch Schreiben des Oberschulrats vom 17. Januar 1911 sich herausstellte, daß nach dessen Ansicht für alle Veranstaltungen, die nicht lehrplanmäßig vorgeschrieben sind, die Stadtgemeinde ausschließlich aufzukommen habe, sofern dieser Unterricht

nicht innerhalb der geordneten Stunden-Deputate der Lehrer erteilt werden kann. Diese aus dem Texte der Satzungen nicht ohne weiteres ersichtliche Auslegung hätte zur Folge gehabt, daß der Aufwand für alle fakultativen Einrichtungen und insbesondere für die Fortbildungskurse den Städten zur Last bliebe.

Gegenüber dieser Auffassung des Oberschulrats vertraten die Städte den Standpunkt, daß, ebenso wie bei den Höheren Lehranstalten für Knaben, zu dem von Stadt und Staat gemeinsam zu tragenden persönlichen Aufwand alle Kosten zu rechnen sind, die durch die Durchführung des Lehrplans und der Satzungen nach Maßgabe der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909 entstehen. Da in § 4 dieser Verordnung ausdrücklich bestimmt ist, daß an die oberste Klasse der Höheren Mädchenschule sich ein Fortbildungskurs anschließen kann und da diese Einrichtung der Genehmigung sowie der Aufsicht des Oberschulrats untersteht, so werden die Kurse zu einem organischen Teil der Anstalt und müssen folgerichtig nach denselben Grundsätzen behandelt werden wie die übrigen Einrichtungen der Schule.

In seiner Beschrift vom 28. April 1911 erklärte sich denn auch der Oberschulrat mit der Einrechnung des Aufwands für die Fortbildungskurse in den gemeinsam zu tragenden persönlichen Aufwand einverstanden.

Die Städte konnten sich nunmehr mit dem Texte des Satzungsentwurfes einverstanden erklären. Für Karlsruhe beantragte der Stadtrat, daß die beiden Höheren Mädchenschulen gemeinsame Satzungen erhalten.

Diesem Antrage hat der Großherzogliche Oberschulrat in dem für die hiesigen Anstalten bestimmten Texte Rechnung getragen. Dagegen wurde dem Antrage, für beide Anstalten einen gemeinsamen Beirat zu schaffen, was im Interesse einfacher und gleichmäßiger Erledigung der Beiratsgeschäfte wünschenswert wäre, leider nicht stattgegeben. Es wird also wie bei den zwei Realgymnasien jede Anstalt ein besonderes Beiratskollegium erhalten. Allerdings können für beide Beiräte im wesentlichen dieselben Personen bestimmt werden und bei gemeinsamen Angelegenheiten gemeinschaftliche Sitzungen stattfinden.

Zu dem endgültigen Texte, wie er jetzt vorliegt, sind noch folgende Bemerkungen zu machen:

1. Zur Unterscheidung der Schulen voneinander und von den übrigen höheren Lehranstalten ist der Höheren Mädchenschule mit Gymnasium (Schulhaus am Gutenbergplatz) der Name Lessing-Schule, der Höheren Mädchenschule im alten Gebäude (Sofien-Straße 14 und Wald-Straße 83) der Name Fichte-Schule beigelegt worden.

2. Das Alter für die Aufnahme in die unterste Klasse der Vorschule war bisher dahin bestimmt, daß alle Mädchen aufgenommen werden konnten, die bis zum Anfang des Schuljahres, d. h. bis zum 12. September das sechste Lebensjahr zurückgelegt hatten. Im Anschluß an die Bestimmung in § 2 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 wird jedoch von der Oberschulbehörde erwogen, ob nicht die Aufnahme in die Vorschule künftig von der Erreichung des volksschulpflichtigen Alters abhängig gemacht, d. h. auf Mädchen beschränkt werden soll, die das sechste Lebensjahr bereits vor dem 1. Mai des betreffenden Jahres vollendet haben. Eine endgültige Entscheidung dieser Frage ist noch nicht erfolgt, da die Schulordnung für die Volksschulen, auf deren § 10 die bisherige Sondervorschrift zurückging, sich in Umarbeitung befindet. Nach Erlass der neuen Schulordnung wird das Aufnahmealter für die Vorschule durch einen Nachtrag zu den Satzungen geregelt werden. Für die Aufnahme zu Beginn des kommenden Schuljahres (Herbst 1911) wird die bisherige Übung maßgebend bleiben.

3. In § 11 der neuen Satzungen ist die bisher in § 7 der alten Satzungen nicht ausdrücklich erwähnte Vergütung für Handarbeitslehrerinnen mit dem hier üblichen Satz eingefügt worden.

Zum Schlusse sei noch kurz darauf hingewiesen, wie sich die Einrichtung der Höheren Mädchenschule in Karlsruhe räumlich gestalten wird.

a. Das neue Schulhaus am Gutenbergplatz (Lessing-Schule) mit 21 Lehrsälen nimmt das Mädchen-Gymnasium (6 Klassen), den Fortbildungskurs und eine vollständige Höhere Mädchenschule nebst Vorschule (etwa 12 bis 13 Klassen) auf.

b. Das alte Anstaltsgebäude Sofien-Straße 14 und Wald-Straße 83 (Fichte-Schule) mit 23 Lehrsälen behält eine vollständige Höhere Mädchenschule nebst Vorschule (20 bis 21 Klassen).

Die Verteilung gründet sich auf die von der Direktion der Höheren Mädchenschule angestellten Erhebungen über die Wohnungen und das Alter der Schülerinnen. Von insgesamt 1072 Schülerinnen des Schuljahrs 1910/11 (einschließlich 130 Gymnasiastinnen) wohnten in der

inneren Oststadt	69
äußeren "	70
Südoststadt (Bahnhofstadtteil)	112
inneren Weststadt	325
äußeren "	305
Südweststadt	191

Oststadt und Südstadt zusammen liefern also nur 23,4 % der Schülerinnen. Dieses Ergebnis stimmt mit den f. Bt. vor Wahl des Platzes für die neue Schule angestellten Erhebungen überein.

Eine weitere Statistik zeigt, daß 35,3 % der Schülerinnen über 13 Jahre, 64,7 % unter 13 Jahren alt sind.

Letztere Aufstellung war entscheidend für den Entschluß, welches Gebäude 6 Lehrzimmer an das Mädchen-Gymnasium abzugeben hat, inselgedessen also verhältnismäßig weniger Schülerinnen der jüngeren Jahrgänge aufnehmen kann. Dies muß die entlegene Lessing-Schule deshalb sein, um der mehr zentral gelegenen Fichte-Schule noch auf Jahre hinaus die Aufnahme einer möglichst großen Anzahl von Unter- und Mittelklassen zu ermöglichen und den Kindern von 6 bis 13 Jahren nicht bei einer Überfüllung dieser Anstalt, die bei Belassung des Mädchengymnasiums daselbst sehr rasch eintreten würde, übermäßig weite Schulwege zuzumuten.

Der Ausgleich der Schülerinnen zwischen den beiden Anstalten wird jetzt wie künftig unter möglichster Berücksichtigung der elterlichen Wohnung vorgenommen werden.

Dr. Kleinschmidt.

Bisherige Fassung.

Satzungen

für die

Höhere Mädchenschule mit
Gymnasial-Abteilung in Karlsruhe.

§ 1.

Die Mittelschule für Mädchen in der Stadt
Karlsruhe umfaßt:

- a. Eine Vorschule mit drei Jahreskursen, welche als Klasse X, IX und VIII bezeichnet werden. In die unterste (X.) Klasse werden Mädchen aufgenommen, welche das sechste Lebensjahr zurückgelegt haben oder bis zum 1. November des Kalenderjahres, in welchem der Eintritt stattfindet, zurücklegen;
- b. eine nach Maßgabe der Landesherrlichen Verordnung vom 29. Juni 1877 eingerichtete Höhere Mädchenschule mit sieben Jahreskursen, die von unten bis oben gezählt als Klasse VII—I bezeichnet werden;
- c. ein Gymnasium für Mädchen, das auf einem mit der Höheren Mädchenschule gemeinsamen, die vier unteren Klassen umfassenden Unterbau eingerichtet wird,

Künftige Fassung.

Satzungen

der

Höheren Lehranstalten für Mädchen
in der Stadt Karlsruhe.

§ 1.

Auf Grund des § 36 verbunden mit §§ 4 und 7 der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, betreffend die Einrichtung der Höheren Lehranstalten, werden in der Stadt Karlsruhe zwei Höhere Lehranstalten für Mädchen errichtet und zwar:

1. eine Höhere Mädchenschule mit einem Fortbildungskurs und mit einem Gymnasium in dem neuen Schulgebäude am Gutenbergplatz mit der Benennung „Lessing-Schule“;
2. eine Höhere Mädchenschule im Schulhaus Sophien-Straße 14 / Wald-Straße 83 mit der Benennung „Fichte-Schule“.

§ 2.

Die beiden Anstalten umfassen: je eine Höhere Mädchenschule mit siebenjährigem Lehrgang und je drei Vorschulklassen als Ersatz für die drei ersten Klassen der Volksschule.

§ 3.

Der Lessing-Schule wird ein Fortbildungskurs angefügt; überdies wird mit ihr ein Gymnasium in der Weise verbunden, daß an einen, die vier unteren Klassen umfassenden, gemeinsamen Unterbau 2 Abteilungen angegliedert werden, von denen die eine die drei oberen Kurse einer Höheren Mädchenschule, die andere die oberen sechs Jahreskurse eines Gymnasiums umfaßt.

§ 4.

Die Klassen werden von unten nach oben bezeichnet:

An den Vorschulen als 10., 9., 8.,

Bisherige Fassung.

mit sechs Jahreskursen, die als Unter und Ober III, Unter und Ober II und Unter und Ober I bezeichnet werden.

§ 2.

Der Unterrichterteilung wird zugrunde gelegt:

- in der Vorschule der Lehrplan für Volksschulen mit erweiterter Unterrichtszeit;
- in den vier Klassen des für Höhere Mädchenschule und Gymnasium gemeinsamen Unterbaues der Lehrplan für die vier unteren Klassen der Höheren Mädchenschulen vom 22. Oktober 1892 mit der Abänderung, daß in den beiden unteren Klassen die Zahl der Wochenstunden für Rechnen auf 4 und jene für Deutsch auf 5 festgesetzt wird;
- den drei oberen Klassen der Höheren Mädchenschule der für diese Anstalten festgesetzte Lehrplan vom 22. Oktober 1892;
- der gymnasialen Abteilung der diesen Satzungen als Anlage beigefügte besondere Lehrplan.

§ 3.

Übersteigt die Zahl der Schülerinnen bei einem Jahrgang der Vorschule 50, bei einem der drei unteren Jahrgänge der Mittelschule 45, bei einem der drei folgenden 40 oder in dem obersten Jahrgang 30, kann die Teilung in Parallelklassen von höchstens 50 beziehungsweise 45 beziehungsweise 40 beziehungsweise 30 Schülerinnen verlangt werden.

Falls die Gemeinde die Übernahme des hiernach erforderlich werdenden Mehraufwandes, soweit derselbe nach Maßgabe dieser Satzungen von der Gemeinde aufzubringen ist, ablehnt, ist die Oberschulbehörde anzuordnen befugt, daß in eine Klasse, deren Schülerzahl die in Absatz 1 bezeichnete Grenze erreicht hat, weitere Schülerinnen nicht mehr aufgenommen werden.

Ingleichen ist die Stadtgemeinde berechtigt, wenn die Schülerzahl in einer der bezeichneten Klassen unter die bezeichneten Ziffern zurückgeht,

Künftige Fassung.

an den Höheren Mädchenschulen als 7. 6., 5., 4., 3., 2., 1.,
am Gymnasium als Unter- und Obertertia, =Sekunda, =Prima.

§ 5.

Der Unterrichterteilung werden zugrunde gelegt:

in den Vorschulen im allgemeinen der Unterrichtsplan der Volksschule; Abweichungen von letzterem bedürfen der besonderen Genehmigung der Oberschulbehörde;

in der Fichte-Schule der Lehrplan für die Höheren Mädchenschulen vom 22. Oktober 1892 beziehungsweise 8. Dezember 1905 (Schulverordnungsblatt 1892 Seite 227 und 1905 Seite 295); *Plan-Bl. v. hies. Gym. Bl.*

in der Lessing-Schule die mit dem Stadtrat besonders vereinbarten Lehrpläne. Eine Änderung dieser Lehrpläne kann nur im Einvernehmen mit dem Stadtrat geschehen.

§ 6.

Jeder Jahreskurs bildet regelmäßig für sich eine Abteilung (Klasse). Mehrere Jahreskurse können, soweit der Lehrplan es gestattet, zu gemeinschaftlichem Unterricht in allen oder einzelnen Lehrgegenständen vereinigt werden.

Die Zahl der Schülerinnen, bei der die Teilung einer Klasse eintreten oder bis zu welcher die Vereinigung mehrerer Jahreskurse zulässig sein soll, wird festgesetzt:

für die drei unteren Jahrgänge auf 45, —
für die vier folgenden " " 40, —
für die drei oberen " " 30 —

(§ 6 der Schulordnung vom 8. März 1904).

Falls die Stadtgemeinde die Übernahme des hiernach erforderlich werdenden Mehraufwandes, soweit derselbe nach Maßgabe dieser Satzungen von ihr aufzubringen ist, ablehnt, ist die Oberschulbehörde anzuordnen befugt, daß in eine Klasse, bei der die Zahl der Schülerinnen

Blg-12/92

in der Vorschule auf

Bisherige Fassung.

die Wiederaufhebung der Teilung und entsprechende Verminderung des Lehrpersonals zu verlangen.

Parallelklassen sollen in der Regel nur auf Beginn des nächstfolgenden Schuljahrs errichtet beziehungsweise eingezogen werden.

§ 4.

Die Anstalt erhält für die Dauer des gegenwärtigen Umfangs derselben

- a. eine Direktorstelle,
- b. neun Professorenstellen,
- c. sechs Reallehrerstellen,
- d. elf Stellen für Lehrerinnen, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in § 117 des Gesetzes über den Elementarunterricht vom 13. Mai 1892 angestellt werden; hierunter ist die Stelle für eine Lehrerin inbegriffen, welche ausschließlich für die Erteilung von Unterricht in weiblichen Handarbeiten bestimmt ist.

Die weiter erforderlichen Lehrkräfte werden in der Eigenschaft als nichtetatmäßige Anstaltslehrer beziehungsweise Lehrerinnen oder als Nebenlehrer angestellt.

§ 5.

Bei Besetzung der Direktors- sowie der Professorenstellen (§ 4 Absatz 1 a und b) wird die Oberschulbehörde diejenigen Lehrer, welche für eine zu besetzende Stelle in Aussicht genommen sind oder sich um eine solche beworben haben,

Künftige Fassung.

die im vorigen Absatz bezeichnete Grenze erreicht hat, weitere Schülerinnen nicht mehr aufgenommen werden. Sinkt die Zahl der Schülerinnen unter 45, beziehungsweise 40, beziehungsweise 30 herab, so ist die Stadtgemeinde berechtigt, die Einziehung bereits errichteter Parallelklassen und damit eine entsprechende Verminderung des Lehrpersonals zu verlangen.

Parallelklassen sollen in der Regel nur auf Beginn des Schuljahrs errichtet, beziehungsweise eingezogen werden.

§ 7.

Jede der beiden Anstalten erhält eine Stelle für einen Direktor und die erforderliche Zahl von Stellen für etatmäßige und nichtetatmäßige wissenschaftlich wie seminaristisch und technisch gebildete Lehrer und Lehrerinnen.

Für die mit der Stadtgemeinde zu treffende Vereinbarung über Zahl, Art und rechtliche Stellung der Lehrer, insbesondere auch für das Verhältnis zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen Stellen, sind die für die höheren Lehranstalten jeweils erlassenen Anordnungen und von der Unterrichtsverwaltung allgemein aufgestellten Grundsätze maßgebend.

Soweit die nach Absatz 1 bestellten Lehrkräfte zur Bewältigung der vorhandenen Lehraufgabe nicht ausreichen, namentlich zur Erteilung des Unterrichts in Religion, Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen, sind in vertragsmäßiger Verwendung Nebenlehrer beizuziehen.

Die Errichtung etatmäßiger Stellen erfolgt durch Aufnahme in den Staatsvoranschlag nach vorheriger Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch die Stadtgemeinde, soweit diese an deren Aufbringung nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzungen beteiligt ist.

§ 8.

Die Besetzung sämtlicher etatmäßiger Lehrstellen erfolgt durch die zuständigen Staatsbehörden.

Bei der Besetzung der Stellen für wissenschaftlich gebildete Lehrer (Direktoren und

Bisherige Fassung.

dem Stadtrat bezeichnen, um demselben Gelegenheit zur Äußerung etwaiger Bedenken oder Wünsche zu geben.

Erfolgt die Äußerung nicht innerhalb vier Wochen nach Zustellung der betreffenden Kandidatenliste, so wird angenommen, daß der Stadtrat auf dieselbe verzichtet.

Die Besetzung der Stellen für Reallehrer und der etatmäßigen Stellen für Lehrerinnen sowie die Bestellung von Nebenlehrern erfolgt auf Vorschlag des Stadtrats.

Auf die vom Stadtrat bezüglich der Besetzung von Lehrerstellen ausgesprochenen Bedenken oder Wünsche wird nach Tunlichkeit Rücksicht genommen werden.

Die Zuweisung nichtetatmäßiger Lehrer (Lehramtspraktikanten, Real- und Volksschullehrer) an die Anstalt geschieht durch die Oberschulbehörde.

Die Anstellung von Lehrerinnen in nicht-etatmäßiger Stellung erfolgt auf Grund vorheriger Genehmigung der Oberschulbehörde durch den Stadtrat.

Sofern der Stadtrat von dem ihm zustehenden Ernennungs- bzw. Vorschlagsrecht bezüglich einer zu besetzenden Stelle nicht innerhalb der von der Oberschulbehörde bestimmten Frist — welche mindestens vier Wochen betragen soll — Gebrauch macht, geht für den betreffenden Besetzungsfall das Ernennungsrecht frei von jeder Beschränkung auf die Oberschulbehörde über.

§ 6.

Die an der Anstalt in der Eigenschaft etatmäßiger Beamten angestellten Lehrer und Lehrerinnen (§ 4 Absatz 1 a, b, c, d) erhalten Gehalt, Wohnungsgeld, Ruhegehalt, deren Hinterbliebene Sterbegehalt und bzw. Versorgungsgehalt, wie durch das Beamtengesetz und die Gehaltsordnung vom 24. Juli 1888, sowie das Gesetz über den Elementarunterricht vom 13. Mai 1892 in der Fassung des Gesetzes vom 19. Juli 1906 für jede der betreffenden Lehrerkategorien bestimmt ist.

Die Bewilligung der Zulagen nach Maßgabe der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs

Künftige Fassung.

Professoren) wird die Oberschulbehörde diejenigen Lehrer, welche für eine zu besetzende Stelle in Aussicht genommen sind oder sich um eine solche beworben haben, dem Stadtrat bezeichnen, um demselben Gelegenheit zur Äußerung etwaiger Bedenken oder Wünsche zu geben.

Erfolgt die Äußerung nicht innerhalb vier Wochen nach Zustellung der Bewerberliste, so wird angenommen, daß der Stadtrat auf dieselbe verzichtet.

Auf die vom Stadtrat bezüglich der Besetzung von Lehrerstellen ausgesprochenen Bedenken oder Wünsche wird nach Tunlichkeit Rücksicht genommen werden.

Die Besetzung der Stellen für Reallehrer und der etatmäßigen Stellen für Lehrerinnen sowie die Bestellung von Nebenlehrern erfolgt auf Vorschlag des Stadtrats, durch die Oberschulbehörde.

Die Zuweisung von Lehrerinnen in nicht-etatmäßiger Stellung an der Anstalt erfolgt durch den Stadtrat aufgrund zuvor eingeholter Genehmigung der Oberschulbehörde. Die Zuweisung der nichtetatmäßigen Lehrer geschieht durch die Oberschulbehörde.

§ 9.

Die Bezüge der etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen an Gehalt, Wohnungsgeld, Ruhegehalt, sowie der Hinterbliebenen an Sterbegehalt und Versorgungsgehalt, richten sich nach den hierfür maßgebenden Bestimmungen des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung, beziehungsweise des Schulgesetzes. Ihre Verwilligung erfolgt durch Entschliebung der zuständigen Staatsbehörde.

Bisherige Fassung.

bezw. der Vorschriften des Gesetzes über den Elementarunterricht erfolgt lediglich durch Entschliebung der zuständigen Staatsbehörden.

§ 7.

Nichtetatmäßige Lehrer erhalten Vergütung nach Maßgabe der von dem Unterrichtsministerium für die einzelnen Lehrerkategorien jeweils allgemein aufgestellten Normen. Hiernach beträgt die Vergütung dermalen

- a. für Lehramtspraktikanten jährlich 1 400 bis 1 900 M.
- b. für Realschul-, Zeichenlehr- und Musiklehrkandidaten jährlich 1 200 bis 1 600 M.

Volksschulkandidaten und Lehrerinnen in nichtetatmäßiger Stellung erhalten mindestens die vom Elementarunterrichtsgesetz für die Lehrkräfte dieser Art festgesetzten Bezüge.

Die Festsetzung der Vergütungen innerhalb der gegebenen Grenzen erfolgt lediglich durch Entschliebung des Großherzoglichen Oberschulrats.

Lehrern, welche der Anstalt nur vorübergehend — auf die Dauer bis zu zwei Monaten — zur Vernehmung etatmäßiger Lehrerstellen oder zur Dienstaushilfe — bei etwaiger Dienstbehinderung oder Beurlaubung von Anstaltslehrern — zugewiesen werden, kann statt der in Absatz 1 bezeichneten Jahresvergütung durch den Oberschulrat eine Tagesgebühr in Höhe der durch das jeweilige Diätenreglement bestimmten Sätze, sonach dermalen von 6 M. für den Lehramtspraktikanten und von 5 M. für den Realschulkandidaten bewilligt werden.

§ 8.

Für die Erteilung von über- und Vertretungsstunden wird eine besondere Vergütung gewährt nach Maßgabe der jeweils vom Unterrichtsministerium hierüber allgemein getroffenen Anordnungen. Hiernach gelten dermalen als überstunden diejenigen Unterrichtsstunden, welche wöchentlich von einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer über die Zahl von 22, von einem Reallehrer, Zeichen- oder Musiklehrer oder einer

Künftige Fassung.

§ 10.

Die — von der Oberschulbehörde festzusetzenden — Vergütungen der nichtetatmäßigen Lehrer werden nach den staatlicherseits hierüber getroffenen allgemeinen Bestimmungen bemessen.

Hiernach betragen dieselben dermalen:

- a. für wissenschaftlich gebildete Lehrer (Praktikanten) jährlich 1 400 bis 2 500 M.,
- b. für seminaristisch und technisch gebildete Lehrer jährlich 1 300 bis 2 000 M.

Die Volksschulkandidaten und die Lehrerinnen erhalten die im Schulgesetz vorgesehenen Bezüge (§ 63 und § 64 lit. a Abs. 2 Sch. G.)

Lehrern, welche der Anstalt nur vorübergehend — auf die Dauer bis zu 2 Monaten — zur Vernehmung etatmäßiger Lehrerstellen oder zur Dienstaushilfe — bei etwaiger Beurlaubung oder sonstiger Dienstbehinderung von Anstaltslehrern — zugewiesen werden, kann statt der in Absatz 1 bezeichneten Jahresvergütung eine nach den jeweiligen allgemeinen Anordnungen des Unterrichtsministeriums zu bemessende Tagesgebühr bewilligt werden.

Diese beträgt dermalen für Lehramtspraktikanten 7 M. und für Realschulkandidaten 6 M.

§ 11.

Für die Vergütung der über- und Vertretungsstunden gelten gleichfalls die hierüber jeweils vom Unterrichtsministerium getroffenen allgemeinen Bestimmungen. Hiernach gelten dermalen als überstunden diejenigen Unterrichtsstunden, welche wöchentlich von einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer über die Zahl von 22, von einem seminaristisch oder technisch gebildeten Lehrer oder einer Lehrerin über die

Bisherige Fassung.

Lehrerin über die Zahl von 26 und von einem Volksschullehrer über die Zahl von 28 hinaus erteilt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Lehrer in etatmäßiger oder nicht-etatmäßiger Stellung tätig sind.

Die Höhe der Vergütung ist dermalen festgesetzt:

- a. für wissenschaftlich gebildete Lehrer auf jährlich 120 *M* beziehungsweise für die einzelne Stunde auf 3 *M*,
- b. für die sonstigen Lehrer auf jährlich 80 *M* beziehungsweise für die einzelne Stunde auf 2 *M*.

Diese Sätze bilden auch den Mindestbetrag für die im übrigen von der Stadt festzusetzenden Vergütungen der Nebenlehrer.

§ 9.

Vergütungen der in §§ 7 und 8 bezeichneten Art dürfen — vorbehaltlich der Bestimmung in § 7 Absatz 3 und 4 — ohne zuvor für den Einzelfall eingeholte Zustimmung der Gemeinde nur innerhalb der im Voranschlag (§ 18 dieser Satzungen) hiefür ausgesetzten Beträge bewilligt werden.

Das Gleiche gilt hinsichtlich der Ausgaben für Lehrmittel, Bibliothek, Schulgeräte, Prüfungs-, Bureau-, Verwaltungskosten und anderer dergleichen Ausgaben.

§ 10.

Die Gemeinde ist verpflichtet, die für die Anstalt erforderlichen Räumlichkeiten zu stellen und einzurichten, ferner die Unterhaltung der Baulichkeiten und Einrichtungen, sowie die Heizung und Beleuchtung der Anstaltsräume, den Aufwand für die Reinigung, Bedienung und ähnliche Ausgaben aus Gemeindemitteln, bezw. durch Einzahlungen in die Schulkasse zu bestreiten.

§ 11.

An Schulgeld haben zu entrichten:

Die Schülerinnen der Vorschulklassen 63 *M*, die der Mittelschulklassen 84 *M* jährlich, zahl-

Künftige Fassung.

Zahl von 26 und von einem Volksschullehrer über die Zahl von 28 hinaus erteilt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Lehrer in etatmäßiger oder nichtetatmäßiger Stellung tätig sind. Für Lehrerinnen, die vorwiegend ~~wissenschaftlichen~~ (fremdsprachlichen) Unterricht erteilen, kann die Zahl der Pflichtstunden im einzelnen Fall durch die Oberschulbehörde im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung bis zu 22 ermäßigt werden.

Die Vergütung beträgt dermalen:

- a. bei wissenschaftlich gebildeten Lehrern für die Wochenstunde jährlich 120 *M* und für die einzelne Stunde 3 *M*;
- b. bei sonstigen Lehrern und bei Lehrerinnen für die Wochenstunde jährlich 80 *M* und für die einzelne Stunde 2 *M*;
- c. bei Handarbeitslehrerinnen für die Wochenstunde jährlich 60 *M* und für die einzelne Stunde 1 *M* 50 *h*.

Diese Sätze bilden auch den Mindestbetrag der Vergütungen für die Nebenlehrer, wobei die aus der Zahl der Geistlichen bestellten Religionslehrer als wissenschaftlich gebildete Lehrer gelten.

§ 12.

Von den die Anstalt besuchenden Schülerinnen ist ein in drei Teilbeträgen zu zahlendes jährliches Schulgeld zu entrichten.

Bisherige Fassung.

bar in 3 Teilbeträgen auf 1. November, 1. März und 1. Juli.

Dürftige und befähigte Schülerinnen, deren Fleiß und Betragen nicht beanstandet sind, können durch den Stadtrat auf Vorschlag der Lehrerversammlung und des Aufsichtsrats der Anstalt von Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise befreit werden. Schülerinnen, welche vom Schulgeld weder befreit sind, noch dasselbe bezahlen, werden aus der Schule ausgewiesen.

Siehe § 10.

§ 12.

Der Ertrag des Anstaltsvermögens sowie die etwaigen Beiträge aus Stiftungen, welche für die Anstalt besonders gewidmet oder sonst nach den bezüglichen Stiftungsvorschriften für dieselbe verwendbar sind, verbleiben der Stadtgemeinde zur bestimmungsgemäßen Verwendung.

§ 13.

Zur Bestreitung des persönlichen Aufwandes sind zunächst die Schulgeldder zu verwenden.

Von dem hierdurch — nach Abzug der Schulgelddbefreiungen und Abgänge — nicht gedeckten Teil des persönlichen Aufwandes ersetzt

Künftige Fassung.

Der Betrag des Schulgeldes wird durch das Unterrichtsministerium auf Vorschlag des Stadtrats festgesetzt.

Dürftige und befähigte Schülerinnen, deren Fleiß und Betragen nicht beanstandet sind, können durch den Stadtrat auf Vorschlag der Lehrerversammlung und des Beirats der Anstalt von Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise befreit werden.

Schülerinnen, welche vom Schulgeld weder befreit sind, noch dasselbe bezahlen, werden auf Antrag des Stadtrats aus der Schule ausgewiesen.

Zur Verfügung der Ausweisung ist hinsichtlich der Schülerinnen der Vorschulklassen sowie der vier unteren Jahrgänge der Höheren Mädchenschulen auf Antrag des Stadtrats die Direktion zuständig.

Die Ausweisung der Schülerinnen der übrigen Klassen ist bei der Oberschulbehörde zu beantragen. Die Ausweisung kann von der Oberschulbehörde abgelehnt werden, wenn und solange die betreffende Schülerin in Fleiß, Fortschritt und Betragen die Note „gut“ hat.

§ 13.

Der gesamte sachliche Aufwand, wie er besonders erforderlich ist für die Erstellung, Unterhaltung und Einrichtung der Schulgebäude, deren Heizung und Beleuchtung, Reinigung und Bedienung und ähnliche Ausgaben ist von der Stadtgemeinde zu bestreiten.

§ 14.

Der Ertrag des Anstaltsvermögens sowie die etwaigen Beiträge aus Stiftungen, welche für die Anstalt besonders gewidmet oder sonst nach den bezüglichen Stiftungsvorschriften für dieselbe verwendbar sind, verbleiben der Stadtgemeinde zur bestimmungsgemäßen Verwendung.

§ 15.

Zur Bestreitung des persönlichen Aufwandes ist zunächst der Ertrag des Schulgeldes zu verwenden.

Von dem hierdurch — nach Abzug der Schulgelddbefreiungen und Abgänge — nicht

Bisherige Fassung.

die Großherzogliche Staatskasse ein Drittel, während die restlichen zwei Dritteile der Stadtgemeinde zur Last bleiben.

Zum persönlichen Aufwand gehören: die Gehalte einschließlich der Neben- und Sterbegehälter sowie das Wohnungsgeld der etatmäßigen, die Vergütungen der nicht etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen und der Nebenlehrer, die Vergütungen für Überstunden, die Kosten der Stellvertretung und Dienstaushilfe, die Reise- und Umzugskosten, sowie der nach § 17 des Statgesetzes im Falle der Neubesehung oder Erledigung etatmäßiger Stellen zu zahlende Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse.

Die Festsetzung des Staatsbeitrags geschieht alljährlich auf Grund der in § 12 bezeichneten rechnungsmäßigen Nachweisungen.

§ 14.

Die Ruhegehälter der von etatmäßigen Stellen in den Ruhestand tretenden Lehrer und Lehrerinnen, sowie die an nicht etatmäßige Lehrer bewilligten Unterstützungsgehälter (§ 46 des Beamtengesetzes) trägt die Staatskasse, sofern beziehungsweise soweit und solange nicht die in § 13 bezeichneten Einnahmen den persönlichen Aufwand übersteigen, in welchem Falle zunächst der Einnahmeüberschuß zur Deckung der Ruhe- und Unterstützungsgehälter zu verwenden wäre.

§ 15.

Über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Anstalt wird durch den Stadtrechner eine besondere Rechnung geführt, welche einen Anhang zur Stadtrechnung bildet.

§ 16.

Zur Mitwirkung bei der Leitung und Beaufsichtigung der Anstalt wird ein Aufsichtsrat bestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

1. Der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender;

Künftige Fassung.

gedeckten Teil des persönlichen Aufwandes ersetzt die Großherzogliche Staatskasse ein Drittel, während die restlichen zwei Dritteile der Stadtgemeinde zur Last bleiben.

Zum persönlichen Aufwand gehören: die Gehalte einschließlich der Neben- und Sterbegehälter sowie das Wohnungsgeld der etatmäßigen, die Vergütungen der nicht etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen und der Nebenlehrer, die Vergütungen für Überstunden, die Kosten der Stellvertretung und Dienstaushilfe, die Reise- und Umzugskosten, sowie der nach § 17 des Statgesetzes im Falle der Neubesehung oder Erledigung etatmäßiger Stellen zu zahlende Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse.

Die Festsetzung des Staatsbeitrags geschieht alljährlich auf Grund der in § 20 bezeichneten rechnungsmäßigen Nachweisungen.

§ 16.

Die Ruhegehälter der von etatmäßigen Stellen in den Ruhestand tretenden Lehrer und Lehrerinnen, sowie die an nicht etatmäßige Lehrer bewilligten Unterstützungsgehälter (§ 46 des Beamtengesetzes) trägt die Staatskasse, wenn nicht die in § 15 bezeichneten Einnahmen den persönlichen Aufwand übersteigen, in welchem Falle zunächst der Einnahmeüberschuß zur Deckung der Ruhe- und Unterstützungsgehälter zu verwenden wäre.

§ 17.

Über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der beiden Anstalten wird durch den Stadtrechner eine besondere Rechnung geführt, welche einen Anhang zur Stadtrechnung bildet.

§ 18.

Zur Mitwirkung bei der Leitung und Beaufsichtigung wird für jede der beiden Anstalten je ein besonderer Beirat bestellt, dessen Geschäftsaufgaben im allgemeinen nach § 32 der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, betreffend die Einrichtung der Höheren Lehranstalten, sich richten.

Bisherige Fassung.

2. die von dem Stadtrat in die ständige städtische Kommission für Schulangelegenheiten („die Schulkommission“) nach § 1 Ziffer 10 des Ortsstatuts vom 26. Januar 1893 ernannten Mitglieder, und zwar für die jeweilige Dauer ihrer Mitgliedschaft in der genannten Kommission;
3. der Direktor der Höheren Mädchenschule mit Gymnasial-Abteilung;
4. ein weiterer Lehrer (Lehrerin) der Anstalt, welcher auf den Vorschlag der Lehrerkonferenz vom Oberschulrat auf die Dauer von 3 Jahren bezeichnet wird.

Der Stadtrat kann beschließen, daß und in welcher Zahl Frauen in den Aufsichtsrat zu berufen seien. Eintretendenfalls erfolgt die Berufung durch den Stadtrat auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Ein vom Stadtrat zu ernennender Schriftführer besorgt die schriftlichen Aufzeichnungen sowie überhaupt sämtliche Kanzleigeschäfte des Aufsichtsrates.

§ 17.

Eine Beteiligung des Aufsichtsrates hat jedenfalls bei denjenigen Gegenständen einzutreten, welche die landesherrliche Verordnung vom 5. Juni 1893, betreffend die Organisation der Realmittelschulen, als zum Geschäftskreis des Beirats einer Realmittelschule gehörend bezeichnet.

Eine gutachtliche Äußerung des Aufsichtsrats ist vom Stadtrat zu erheben vor Abgabe seiner Erklärung bezw. vor der Antragstellung bei Besetzung von Lehrstellen (§ 5 dieser Satungen).

Künftige Fassung.

Im einzelnen werden Geschäftskreis und Geschäftsordnung der Beiräte durch eine zwischen der Oberschulbehörde und dem Stadtrat zu vereinbarende „Dienstweisung“ geregelt.

§ 19.

Dem Beirat jeder der beiden Anstalten gehören als Mitglieder an:

1. der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender,
2. der Anstaltsdirektor oder dessen Stellvertreter,
3. ein von der Oberschulbehörde auf Vorschlag der Lehrer der betreffenden Anstalt für die Dauer von drei Jahren zu bezeichnender Lehrer,
4. sechs vom Stadtrat aus den Einwohnern auf die Dauer von 6 Jahren zu wählende Personen, wovon ein Drittel Frauen sein können,
5. ein am Sitz der Anstalt wohnender, auf Vorschlag des Stadtrats durch die Oberschulbehörde auf die Dauer von 6 Jahren zu ernennender Arzt.

Ein vom Stadtrat zu ernennender Schriftführer besorgt die schriftlichen Aufzeichnungen, sowie überhaupt sämtliche Kanzleigeschäfte des Beirats.

Bisherige Fassung.

§ 18.

Der Stadtrat stellt alljährlich auf Grund des ihm von dem Aufsichtsrat zukommenden Entwurfs einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt für das nächste Jahr auf und legt denselben dem Oberschulrat in doppelter Fertigung zur Prüfung und Genehmigung vor.

Zur Benützung bei der Voranschlagsaufstellung wird der Oberschulrat dem Stadtrat gegen Ende eines jeden Kalenderjahres eine Nachweisung der im Voranschlagsjahr voraussichtlich anfallenden Zulagen für die etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen (§ 6), sowie der in Aussicht genommenen Zulagen für nichtetatmäßige Lehrer (§ 9) zustellen.

In den Voranschlag selbst ist nur die gesamte zur Zahlung der Zulagen (beziehungsweise der erhöhten Gehalte) erforderliche Summe, ohne Aufführung der einzelnen Zulagebeträge bezw. der einzelnen Lehrer, welche Zulagen erhalten sollen, einzusetzen.

Nach Ablauf des Jahres, für welches der Voranschlag aufgestellt war, ist von dem Stadtrat ein geprüfter und als richtig beurkundeter Auszug aus der Rechnung der Anstalt dem Oberschulrat vorzulegen. (§ 13 dieser Satzungen.)

§ 19.

Die Bestimmungen des Artikels 17 der landesherrlichen Verordnung vom 5. Juni 1893, betreffend die Organisation der Realmittelschulen, finden Anwendung auf die Höhere Mädchenschule mit Gymnasialabteilung zu Karlsruhe.

§ 20.

Vorstehende Satzungen treten an die Stelle der zwischen dem Großherzoglichen Oberschulrat und dem Stadtrat dahier vereinbarten mit Erlaß Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 30. November 1900 Nr. 38 286 genehmigten Satzungen der Höheren Mädchenschule mit Gymnasialabteilung in der Fassung des Nachtrags vom 24. Januar beziehungsweise 17. Februar 1905.

Künftige Fassung.

§ 20.

Der Stadtrat stellt alljährlich nach Anhörung der Beiräte einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der beiden Anstalten für das nächste Jahr auf und legt denselben im Laufe des Monats Januar der Oberschulbehörde in doppelter Fertigung zur Prüfung und Genehmigung vor.

Zur Benützung bei der Voranschlagsaufstellung wird die Oberschulbehörde dem Stadtrat gegen Ende des Kalenderjahres die Summe bezeichnen, welche für die in dem betreffenden Voranschlagsjahr voraussichtlich anfallenden Zulagen an Gehalten und Vergütungen für das gesamte Lehrpersonal beider Anstalten erforderlich werden wird.

Eine irrtümliche Angabe in dieser Beziehung befreit die Stadt von der Verpflichtung zur Zahlungsleistung bezüglich der ordnungsmäßig bewilligten Gehalte und Vergütungen nicht.

Nach Ablauf des Jahres, für welches der Voranschlag aufgestellt war, ist von dem Stadtrat ein auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit geprüfter Auszug aus der Rechnung der Anstalt mit Beurkundung hierüber spätestens am 1. April der Oberschulbehörde vorzulegen. (§ 15 dieser Satzungen.)

Der Vorstand der Schule ist ermächtigt, über die Anschaffung von Literalien, Lehrmitteln und Materialien, sowie über Prüfungskosten innerhalb der Grenzen des Voranschlags zu verfügen.

§ 21.

Vorstehende Satzungen treten an die Stelle der Satzungen vom 8. beziehungsweise 13. Februar 1907 und sämtlicher hierzu erlassener Nachträge.

Bisherige Fassung.

Künftige Fassung.

Anlage

zu § 2 d vorstehender Satzungen.

Lehrplan für die Gymnasial-
Abteilung.

Lehr- gegenstand.	u. Ob.		u. Ob.		u. Ob.		Zu- sam- men.
	III.	III.	II.	II.	I.	I.	
Religion . .	(2)*		2		2		2+4
Deutsch . .	3		3		3		12
Französisch .	3	3	2	2	2		12
Latein . . .	10	10	8	8	8	8	52
Griechisch . .	—	—	8	8	8	8	32
Geschichte . .	2		2		3		10
Erdfunde . .	2		—		—		2
Naturkunde .	2	2	2	2	2	2	12
Mathematik .	4	4	4	4	4	4	24
Zeichnen . .	2		(2 fakultativ)				(2)+2
Turnen . . .	2		2		2		(2)+6
			(2 fakultativ)				

*) Die eingeklammerten Stunden werden für die Gymnasial-Abteilung und die höhere Mädchenschule gemeinsam erteilt.

Karlsruhe, den 27. Juli 1911.

An den neuen Satzungen der Höheren Lehranstalten für Mädchen hat der geschäftsleitende Vorstand der Stadtverordneten die vom Großherzoglichen Oberschulrat gewählte Formulierung einiger Bestimmungen, insbesondere der §§ 1 bis 6 beanstandet und eine geänderte Fassung vorgeschlagen. Nach mündlich erteilter Auskunft besteht Aussicht, daß der Großherzogliche Oberschulrat diese geänderte Fassung, soweit sie nachstehend berücksichtigt ist, nicht beanstanden wird.

Die Änderungen betreffen nicht den Inhalt, sondern die Fassung und bedürfen daher keiner besonderen Begründung. Die Umgestaltung bezieht sich im wesentlichen nur auf die §§ 1, 2, 3, 5 und 6; kleine Änderungen, meist nur in einzelnen Worten, enthalten die §§ 4, 7, 8, 11, 13. Die übrigen Paragraphen sind unverändert geblieben. Da es für die Beschlußfassung unbequem sein würde, eine ganze Anzahl von Änderungen an dem mit Antrag vom 12. Juli vorgelegten Text kenntlich zu machen, erschien es zweckmäßig, den gesamten Text nochmals im Zusammenhang wiederzugeben.

In Abänderung des Antrages vom 12. Juli d. J. wird nunmehr beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,
daß die aus der jetzigen Beilage ersichtlichen neuen Satzungen der Höheren Lehranstalten für Mädchen in der Stadt Karlsruhe vereinbart werden.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Reudeck.

Bisherige Fassung.

Satzungen

für die

Höhere Mädchenschule mit
Gymnasial-Abteilung in Karlsruhe.

§ 1.

Die Mittelschule für Mädchen in der Stadt
Karlsruhe umfaßt:

- a. Eine Vorschule mit drei Jahreskursen, welche als Klasse X, IX und VIII bezeichnet werden. In die unterste (X.) Klasse werden Mädchen aufgenommen, welche das sechste Lebensjahr zurückgelegt haben oder bis zum 1. November des Kalenderjahres, in welchem der Eintritt stattfindet, zurücklegen;
- b. eine nach Maßgabe der Landesherlichen Verordnung vom 29. Juni 1877 eingerichtete Höhere Mädchenschule mit sieben Jahreskursen, die von unten bis oben gezählt als Klasse VII—I bezeichnet werden;
- c. ein Gymnasium für Mädchen, das auf einem mit der Höheren Mädchenschule gemeinsamen, die vier unteren Klassen umfassenden Unterbau eingerichtet wird, mit sechs Jahreskursen, die als Unter und Ober III, Unter und Ober II und Unter und Ober I bezeichnet werden.

Künftige Fassung.

Satzungen

der

Höheren Lehranstalten für Mädchen
in der Stadt Karlsruhe.

§ 1.

Auf Grund des § 36 verbunden mit §§ 4 und 7 der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, betreffend die Einrichtung der Höheren Lehranstalten, werden in der Stadt Karlsruhe zwei Höhere Lehranstalten für Mädchen errichtet, die „Fichte-Schule“ und die „Lessing-Schule“.

§ 2.

Die Fichte-Schule umfaßt:

- a. eine Vorschule mit drei Jahreskursen [Klasse X, IX, VIII];
- b. eine Höhere Mädchenschule mit siebenjährigem Lehrgang [Klasse VII—I].

§ 3.

Die Lessing-Schule umfaßt:

- a. eine Vorschule mit drei Jahreskursen [Klasse X, IX, VIII];
- b. eine Höhere Mädchenschule mit siebenjährigem Lehrgang [Klasse VII—I] und einem Fortbildungskurse (Oberklasse);
- c. ein Gymnasium für Mädchen mit sechs Jahreskursen [Untertertia bis Oberprima], dem die vier unteren Klassen der Höheren Mädchenschule als Unterbau dienen.

§ 4.

Die Klassen werden von unten nach oben bezeichnet:

- an den Vorschulen als 10., 9., 8.,
- an den Höheren Mädchenschulen als 7., 6., 5., 4., 3., 2., 1.,
- am Gymnasium als Unter- und Ober-Tertia, Unter- und Ober-Sekunda, Unter- und Ober-Prima.

Bisherige Fassung.

§ 2.

Der Unterrichtserteilung wird zugrunde gelegt:

- a. in der Vorschule der Lehrplan für Volksschulen mit erweiterter Unterrichtszeit;
- b. in den vier Klassen des für Höhere Mädchenschule und Gymnasium gemeinsamen Unterbaues der Lehrplan für die vier unteren Klassen der Höheren Mädchenschulen vom 22. Oktober 1892 mit der Abänderung, daß in den beiden unteren Klassen die Zahl der Wochenstunden für Rechnen auf 4 und jene für Deutsch auf 5 festgesetzt wird;
- c. den drei oberen Klassen der Höheren Mädchenschule der für diese Anstalten festgesetzte Lehrplan vom 22. Oktober 1892;
- d. der gymnasialen Abteilung der diesen Satzungen als Anlage beigelegte besondere Lehrplan.

§ 3.

übersteigt die Zahl der Schülerinnen bei einem Jahrgang der Vorschule 50, bei einem der drei unteren Jahrgänge der Mittelschule 45, bei einem der drei folgenden 40 oder in dem obersten Jahrgang 30, kann die Teilung in Parallelklassen von höchstens 50 beziehungsweise 45 beziehungsweise 40 beziehungsweise 30 Schülerinnen verlangt werden.

Falls die Gemeinde die Übernahme des hiernach erforderlich werdenden Mehraufwandes, soweit derselbe nach Maßgabe dieser Satzungen von der Gemeinde aufzubringen ist, ablehnt, ist die Oberschulbehörde anzuordnen befugt, daß in eine Klasse, deren Schülerzahl die in Absatz 1 bezeichnete Grenze erreicht hat, weitere Schülerinnen nicht mehr aufgenommen werden.

Inglichen ist die Stadtgemeinde berechtigt, wenn die Schülerzahl in einer der bezeichneten Klassen unter die bezeichneten Ziffern zurückgeht, die Wiederaufhebung der Teilung und entsprechende Verminderung des Lehrpersonals zu verlangen.

Künftige Fassung.

§ 5.

Der Unterrichtserteilung werden zugrunde gelegt:

in den Vorschulklassen im allgemeinen der Unterrichtsplan der Volksschule; Abweichungen von letzterem bedürfen der besonderen Genehmigung der Oberschulbehörde;

in den Klassen VII—I der Höheren Mädchenschulen der Lehrplan für die Höheren Mädchenschulen vom 22. Oktober 1892 beziehungsweise 8. Dezember 1905 (Schulverordnungsblatt 1892 Seite 227 und 1905 Seite 295);

im Fortbildungskurs und den Gymnasialklassen der Lessing-Schule die besonders vereinbarten Lehrpläne.

§ 6.

Jeder Jahreskurs bildet regelmäßig für sich eine Abteilung (Klasse). Mehrere Jahreskurse können, soweit der Lehrplan und die Schülerzahl es gestattet, zu gemeinschaftlichem Unterricht in allen oder einzelnen Lehrgegenständen vereinigt werden.

Die Zahl der Schülerinnen, bei der die Teilung einer Klasse eintreten oder bis zu welcher die Vereinigung mehrerer Jahreskurse zulässig sein soll, wird festgesetzt:

für die Vorschule auf 50,

für die drei unteren Jahrgänge der Höheren Mädchenschule auf 45,

für die drei folgenden Jahrgänge der Höheren Mädchenschule auf 40,

für den obersten Jahrgang der Höheren Mädchenschule, für den Fortbildungskurs und die Klassen des Gymnasiums auf 30

(§ 6 der Schulordnung vom 8. März 1904).

Kann die Teilung einer überfüllten Klasse nicht stattfinden, weil die Stadt sich weigert, ihren satzungsgemäßen Anteil an dem durch die Er-

Bisherige Fassung.

Parallelklassen sollen in der Regel nur auf Beginn des nächstfolgenden Schuljahrs errichtet beziehungsweise eingezogen werden.

§ 4.

Die Anstalt erhält für die Dauer des gegenwärtigen Umfangs derselben

- a. eine Direktorstelle,
- b. neun Professorenstellen,
- c. sechs Reallehrerstellen,
- d. elf Stellen für Lehrerinnen, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in § 117 des Gesetzes über den Elementarunterricht vom 13. Mai 1892 angestellt werden; hierunter ist die Stelle für eine Lehrerin inbegriffen, welche ausschließlich für die Erteilung von Unterricht in weiblichen Handarbeiten bestimmt ist.

Die weiter erforderlichen Lehrkräfte werden in der Eigenschaft als nichtetatmäßige Anstaltslehrer beziehungsweise Lehrerinnen oder als Nebenlehrer angestellt.

§ 5.

Bei Besetzung der Direktors- sowie der Professorenstellen (§ 4 Absatz 1 a und b) wird die Oberschulbehörde diejenigen Lehrer, welche für eine zu besetzende Stelle in Aussicht genommen sind oder sich um eine solche beworben haben,

Künftige Fassung.

richtung der Parallelklasse entstehenden Mehraufwand zu tragen, so kann die Oberschulbehörde die Aufnahme neuer Schülerinnen in diese Klasse verbieten.

Andererseits ist die Stadt berechtigt, die Aufhebung einer Parallelklasse und die entsprechende Verminderung des Lehrpersonals zu verlangen, wenn der Rückgang der Schülerinnenzahl das ermöglicht.

Parallelklassen sollen in der Regel nur auf Beginn des Schuljahrs errichtet, beziehungsweise eingezogen werden.

§ 7.

Jede der beiden Anstalten erhält eine Stelle für einen Direktor und die erforderliche Zahl von Stellen für etatmäßige und nichtetatmäßige wissenschaftlich wie seminaristisch und technisch gebildete Lehrer und Lehrerinnen.

Für die Vereinbarung über Zahl, Art und rechtliche Stellung der Lehrer, insbesondere auch für das Verhältnis zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen Stellen, sind die für die höheren Lehranstalten jeweils erlassenen Anordnungen und von der Unterrichtsverwaltung allgemein aufgestellten Grundsätze maßgebend.

Soweit die nach Absatz 1 bestellten Lehrkräfte zur Bewältigung der vorhandenen Lehraufgabe nicht ausreichen, namentlich zur Erteilung des Unterrichts in Religion, Schreiben, Zeichnen, Singen und Turnen, sind in vertragsmäßiger Verwendung Nebenlehrer beizuziehen.

Die Errichtung etatmäßiger Stellen erfolgt durch Aufnahme in den Staatsvoranschlag nach vorheriger Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch die Stadtgemeinde, soweit diese an deren Ausbringung nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Satzungen beteiligt ist.

§ 8.

Die Besetzung sämtlicher etatmäßiger Lehrstellen erfolgt durch die zuständigen Staatsbehörden.

Bei der Besetzung der Stellen für wissenschaftlich gebildete Lehrer (Direktoren und

Bisherige Fassung.

dem Stadtrat bezeichnen, um demselben Gelegenheit zur Äußerung etwaiger Bedenken oder Wünsche zu geben.

Erfolgt die Äußerung nicht innerhalb vier Wochen nach Zustellung der betreffenden Kandidatenliste, so wird angenommen, daß der Stadtrat auf dieselbe verzichtet.

Die Besetzung der Stellen für Reallehrer und der etatmäßigen Stellen für Lehrerinnen sowie die Bestellung von Nebenlehrern erfolgt auf Vorschlag des Stadtrats.

Auf die vom Stadtrat bezüglich der Besetzung von Lehrerstellen ausgesprochenen Bedenken oder Wünsche wird nach Tunlichkeit Rücksicht genommen werden.

Die Zuweisung nichtetatmäßiger Lehrer (Lehramtspraktikanten, Real- und Volksschullehrer) an die Anstalt geschieht durch die Oberschulbehörde.

Die Anstellung von Lehrerinnen in nicht-etatmäßiger Stellung erfolgt auf Grund vorheriger Genehmigung der Oberschulbehörde durch den Stadtrat.

Sofern der Stadtrat von dem ihm zustehenden Ernennungs- bzw. Vorschlagsrecht bezüglich einer zu besetzenden Stelle nicht innerhalb der von der Oberschulbehörde bestimmten Frist — welche mindestens vier Wochen betragen soll — Gebrauch macht, geht für den betreffenden Besetzungsfall das Ernennungsrecht frei von jeder Beschränkung auf die Oberschulbehörde über.

§ 6.

Die an der Anstalt in der Eigenschaft etatmäßiger Beamten angestellten Lehrer und Lehrerinnen (§ 4 Absatz 1 a, b, c, d) erhalten Gehalt, Wohnungsgeld, Ruhegehalt, deren Hinterbliebene Sterbegehalt und bzw. Versorgungsgehalt, wie durch das Beamtengesetz und die Gehaltsordnung vom 24. Juli 1888, sowie das Gesetz über den Elementarunterricht vom 13. Mai 1892 in der Fassung des Gesetzes vom 19. Juli 1906 für jede der betreffenden Lehrerkategorien bestimmt ist.

Die Bewilligung der Zulagen nach Maßgabe der Gehaltsordnung und des Gehaltstarifs

Künftige Fassung.

Professoren) wird die Oberschulbehörde diejenigen Lehrer, welche für eine zu besetzende Stelle in Aussicht genommen sind oder sich um eine solche beworben haben, jeweils zuvor dem Stadtrat bezeichnen, um demselben Gelegenheit zur Äußerung etwaiger Bedenken oder Wünsche zu geben, auf die nach Tunlichkeit Rücksicht genommen werden wird.

Erfolgt die Äußerung nicht innerhalb vier Wochen nach Zustellung der Bewerberliste, so wird angenommen, daß der Stadtrat auf dieselbe verzichtet.

Die Besetzung der Stellen für Reallehrer und der etatmäßigen Stellen für Lehrerinnen sowie die Bestellung von Nebenlehrern erfolgt auf Vorschlag des Stadtrats.

Die Zuweisung von Lehrerinnen in nicht-etatmäßiger Stellung erfolgt durch den Stadtrat aufgrund zuvor eingeholter Genehmigung der Oberschulbehörde. Die Zuweisung der nicht-etatmäßigen Lehrer geschieht durch die Oberschulbehörde.

§ 9.

Die Bezüge der etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen an Gehalt, Wohnungsgeld, Ruhegehalt, sowie der Hinterbliebenen an Sterbegehalt und Versorgungsgehalt, richten sich nach den hierfür maßgebenden Bestimmungen des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung, beziehungsweise des Schulgesetzes. Ihre Bewilligung erfolgt durch Entschließung der zuständigen Staatsbehörde.

Bisherige Fassung.

bezw. der Vorschriften des Gesetzes über den Elementarunterricht erfolgt lediglich durch Entschliebung der zuständigen Staatsbehörden.

§ 7.

Nichtetatmäßige Lehrer erhalten Vergütung nach Maßgabe der von dem Unterrichtsministerium für die einzelnen Lehrerkategorien jeweils allgemein aufgestellten Normen. Hiernach beträgt die Vergütung dormalen

- a. für Lehramtspraktikanten jährlich 1 400 bis 1 900 M.
- b. für Realschul-, Zeichenlehr- und Musiklehrkandidaten jährlich 1 200 bis 1 600 M.

Volkschulkandidaten und Lehrerinnen in nichtetatmäßiger Stellung erhalten mindestens die vom Elementarunterrichtsgesetz für die Lehrkräfte dieser Art festgesetzten Bezüge.

Die Festsetzung der Vergütungen innerhalb der gegebenen Grenzen erfolgt lediglich durch Entschliebung des Großherzoglichen Oberschulrats.

Lehrern, welche der Anstalt nur vorübergehend — auf die Dauer bis zu zwei Monaten — zur Vernehmung etatmäßiger Lehrerstellen oder zur Dienstaushilfe — bei etwaiger Dienstbehinderung oder Beurlaubung von Anstaltslehrern — zugewiesen werden, kann statt der in Absatz 1 bezeichneten Jahresvergütung durch den Oberschulrat eine Tagesgebühr in Höhe der durch das jeweilige Diätenreglement bestimmten Sätze, sonach dormalen von 6 M. für den Lehramtspraktikanten und von 5 M. für den Realschulkandidaten bewilligt werden.

§ 8.

Für die Erteilung von über- und Vertretungsstunden wird eine besondere Vergütung gewährt nach Maßgabe der jeweils vom Unterrichtsministerium hierüber allgemein getroffenen Anordnungen. Hiernach gelten dormalen als Überstunden diejenigen Unterrichtsstunden, welche wöchentlich von einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer über die Zahl von 22, von einem Reallehrer, Zeichen- oder Musiklehrer oder einer

Künftige Fassung.

§ 10.

Die — von der Oberschulbehörde festzusetzenden — Vergütungen der nichtetatmäßigen Lehrer werden nach den staatlicherseits hierüber getroffenen allgemeinen Bestimmungen bemessen. Hiernach betragen dieselben dormalen:

- a. für wissenschaftlich gebildete Lehrer (Praktikanten) jährlich 1 400 bis 2 500 M.,
- b. für seminaristisch und technisch gebildete Lehrer jährlich 1 300 bis 2 000 M.

Die Volkschulkandidaten und die Lehrerinnen erhalten die im Schulgesetz vorgesehenen Bezüge (§ 63 und § 64 lit. a Abs. 2 Sch. G.)

Lehrern, welche der Anstalt nur vorübergehend — auf die Dauer bis zu 2 Monaten — zur Vernehmung etatmäßiger Lehrerstellen oder zur Dienstaushilfe — bei etwaiger Beurlaubung oder sonstiger Dienstbehinderung von Anstaltslehrern — zugewiesen werden, kann statt der in Absatz 1 bezeichneten Jahresvergütung eine nach den jeweiligen allgemeinen Anordnungen des Unterrichtsministeriums zu bemessende Tagesgebühr bewilligt werden.

Diese beträgt dormalen für Lehramtspraktikanten 7 M. und für Realschulkandidaten 6 M.

§ 11.

Für die Vergütung der über- und Vertretungsstunden gelten gleichfalls die hierüber jeweils vom Unterrichtsministerium getroffenen allgemeinen Bestimmungen. Hiernach gelten dormalen als Überstunden diejenigen Unterrichtsstunden, welche wöchentlich von einem wissenschaftlich gebildeten Lehrer über die Zahl von 22, von einem seminaristisch und technisch gebildeten Lehrer oder einer Lehrerin über die

Bisherige Fassung.

Lehrerin über die Zahl von 26 und von einem Volksschullehrer über die Zahl von 28 hinaus erteilt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Lehrer in etatmäßiger oder nicht-etatmäßiger Stellung tätig sind.

Die Höhe der Vergütung ist dermalen festgesetzt:

- a. für wissenschaftlich gebildete Lehrer auf jährlich 120 *M* beziehungsweise für die einzelne Stunde auf 3 *M*,
- b. für die sonstigen Lehrer auf jährlich 80 *M* beziehungsweise für die einzelne Stunde auf 2 *M*.

Diese Sätze bilden auch den Mindestbetrag für die im übrigen von der Stadt festzusetzenden Vergütungen der Nebenlehrer.

§ 9.

Vergütungen der in §§ 7 und 8 bezeichneten Art dürfen — vorbehaltlich der Bestimmung in § 7 Absatz 3 und 4 — ohne zuvor für den Einzelfall eingeholte Zustimmung der Gemeinde nur innerhalb der im Voranschlag (§ 18 dieser Satzungen) hiefür ausgesetzten Beträge bewilligt werden.

Das Gleiche gilt hinsichtlich der Ausgaben für Lehrmittel, Bibliothek, Schulgeräte, Prüfungs-, Bureau-, Verwaltungskosten und anderer dergleichen Ausgaben.

§ 10.

Die Gemeinde ist verpflichtet, die für die Anstalt erforderlichen Räumlichkeiten zu stellen und einzurichten, ferner die Unterhaltung der Baulichkeiten und Einrichtungen, sowie die Heizung und Beleuchtung der Anstaltsräume, den Aufwand für die Reinigung, Bedienung und ähnliche Ausgaben aus Gemeindemitteln, bzw. durch Einzahlungen in die Schulkasse zu bestreiten.

§ 11.

An Schulgeld haben zu entrichten:

Die Schülerinnen der Vorschulklassen 63 *M*, die der Mittelschulklassen 84 *M* jährlich, zahl-

Künftige Fassung.

Zahl von 26 und von einem Volksschullehrer über die Zahl von 28 hinaus erteilt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Lehrer in etatmäßiger oder nichtetatmäßiger Stellung tätig sind. Für Lehrerinnen, die vorwiegend fremdsprachlichen Unterricht erteilen, kann die Zahl der Pflichtstunden im einzelnen Fall durch die Oberschulbehörde im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung bis zu 22 ermäßigt werden.

Die Vergütung beträgt dermalen:

- a. bei wissenschaftlich gebildeten Lehrern für die Wochenstunde jährlich 120 *M* und für die einzelne Stunde 3 *M*;
- b. bei sonstigen Lehrern und bei Lehrerinnen für die Wochenstunde jährlich 80 *M* und für die einzelne Stunde 2 *M*;
- c. bei Handarbeitslehrerinnen für die Wochenstunde jährlich 60 *M* und für die einzelne Stunde 1 *M* 50 *S*.

Diese Sätze bilden auch den Mindestbetrag der Vergütungen für die Nebenlehrer, wobei die aus der Zahl der Geistlichen bestellten Religionslehrer als wissenschaftlich gebildete Lehrer gelten.

§ 12.

Von den die Anstalt besuchenden Schülerinnen ist ein in drei Teilbeträgen zu zahlendes jährliches Schulgeld zu entrichten.

Bisherige Fassung.

bar in 3 Teilbeträgen auf 1. November, 1. März und 1. Juli.

Dürftige und befähigte Schülerinnen, deren Fleiß und Betragen nicht beanstandet sind, können durch den Stadtrat auf Vorschlag der Lehrerversammlung und des Aufsichtsrats der Anstalt von Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise befreit werden. Schülerinnen, welche vom Schulgeld weder befreit sind, noch dasselbe bezahlen, werden aus der Schule ausgewiesen.

Siehe § 10.

§ 12.

Der Ertrag des Anstaltsvermögens sowie die etwaigen Beiträge aus Stiftungen, welche für die Anstalt besonders gewidmet oder sonst nach den bezüglichlichen Stiftungsvorschriften für dieselbe verwendbar sind, verbleiben der Stadtgemeinde zur bestimmungsgemäßen Verwendung.

§ 13.

Zur Bestreitung des persönlichen Aufwandes sind zunächst die Schulgelder zu verwenden.

Von dem hierdurch — nach Abzug der Schulgelddbefreiungen und Abgänge — nicht gedeckten Teil des persönlichen Aufwandes ersetzt

Künftige Fassung.

Der Betrag des Schulgeldes wird durch das Unterrichtsministerium auf Vorschlag des Stadtrats festgesetzt.

Dürftige und befähigte Schülerinnen, deren Fleiß und Betragen nicht beanstandet sind, können durch den Stadtrat auf Vorschlag der Lehrerversammlung und des Beirats der Anstalt von Zahlung des Schulgeldes ganz oder teilweise befreit werden.

Schülerinnen, welche vom Schulgeld weder befreit sind, noch dasselbe bezahlen, werden auf Antrag des Stadtrats aus der Schule ausgewiesen.

Zur Verfügung der Ausweisung ist hinsichtlich der Schülerinnen der Vorschulklassen sowie der vier unteren Jahrgänge der Höheren Mädchenschulen auf Antrag des Stadtrats die Direktion zuständig.

Die Ausweisung der Schülerinnen der übrigen Klassen ist bei der Oberschulbehörde zu beantragen. Die Ausweisung kann von der Oberschulbehörde abgelehnt werden, wenn und solange die betreffende Schülerin in Fleiß, Fortschritt und Betragen die Note „gut“ hat.

§ 13.

Der gesamte sachliche Aufwand, wie er besonders erforderlich ist für die Erstellung, Unterhaltung und Einrichtung der Schulgebäude, deren Heizung und Beleuchtung, Reinigung und Bedienung und ähnliche Bedürfnisse ist von der Stadtgemeinde zu bestreiten.

§ 14.

Der Ertrag des Anstaltsvermögens sowie die etwaigen Beiträge aus Stiftungen, welche für die Anstalt besonders gewidmet oder sonst nach den bezüglichlichen Stiftungsvorschriften für dieselbe verwendbar sind, verbleiben der Stadtgemeinde zur bestimmungsgemäßen Verwendung.

§ 15.

Zur Bestreitung des persönlichen Aufwandes ist zunächst der Ertrag des Schulgeldes zu verwenden.

Von dem hierdurch — nach Abzug der Schulgelddbefreiungen und Abgänge — nicht

Bisherige Fassung.

die Großherzogliche Staatskasse ein Drittel, während die restlichen zwei Drittel der Stadtgemeinde zur Last bleiben.

Zum persönlichen Aufwand gehören: die Gehalte einschließlich der Neben- und Sterbegehälter sowie das Wohnungsgeld der etatmäßigen, die Vergütungen der nicht etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen und der Nebenlehrer, die Vergütungen für überstunden, die Kosten der Stellvertretung und Dienstaushilfe, die Reise- und Umzugskosten, sowie der nach § 17 des Statgesetzes im Falle der Neubesezung oder Erledigung etatmäßiger Stellen zu zahlende Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse.

Die Festsetzung des Staatsbeitrags geschieht alljährlich auf Grund der in § 12 bezeichneten rechnungsmäßigen Nachweisungen.

§ 14.

Die Ruhegehälter der von etatmäßigen Stellen in den Ruhestand tretenden Lehrer und Lehrerinnen, sowie die an nicht etatmäßige Lehrer bewilligten Unterstützungsgehälter (§ 46 des Beamtengesetzes) trägt die Staatskasse, sofern beziehungsweise soweit und solange nicht die in § 13 bezeichneten Einnahmen den persönlichen Aufwand übersteigen, in welchem Falle zunächst der Einnahmeüberschuß zur Deckung der Ruhe- und Unterstützungsgehälter zu verwenden wäre.

§ 15.

Über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Anstalt wird durch den Stadtrechner eine besondere Rechnung geführt, welche einen Anhang zur Stadtrechnung bildet.

§ 16.

Zur Mitwirkung bei der Leitung und Beaufsichtigung der Anstalt wird ein Aufsichtsrat bestellt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

1. Der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender;

Künftige Fassung.

gedeckten Teil des persönlichen Aufwandes ersetzt die Großherzogliche Staatskasse ein Drittel, während die restlichen zwei Drittel der Stadtgemeinde zur Last bleiben.

Zum persönlichen Aufwand gehören: die Gehalte einschließlich der Neben- und Sterbegehälter sowie das Wohnungsgeld der etatmäßigen, die Vergütungen der nicht etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen und der Nebenlehrer, die Vergütungen für überstunden, die Kosten der Stellvertretung und Dienstaushilfe, die Reise- und Umzugskosten, sowie der nach § 17 des Statgesetzes im Falle der Neubesezung oder Erledigung etatmäßiger Stellen zu zahlende Zuschuß an die Beamtenwitwenkasse.

Die Festsetzung des Staatsbeitrags geschieht alljährlich auf Grund der in § 20 bezeichneten rechnungsmäßigen Nachweisungen.

§ 16.

Die Ruhegehälter der von etatmäßigen Stellen in den Ruhestand tretenden Lehrer und Lehrerinnen, sowie die an nicht etatmäßige Lehrer bewilligten Unterstützungsgehälter (§ 46 des Beamtengesetzes) trägt die Staatskasse, wenn nicht die in § 15 bezeichneten Einnahmen den persönlichen Aufwand übersteigen, in welchem Falle zunächst der Einnahmeüberschuß zur Deckung der Ruhe- und Unterstützungsgehälter zu verwenden wäre.

§ 17.

Über sämtliche Einnahmen und Ausgaben der beiden Anstalten wird durch den Stadtrechner eine besondere Rechnung geführt, welche einen Anhang zur Stadtrechnung bildet.

§ 18.

Zur Mitwirkung bei der Leitung und Beaufsichtigung wird für jede der beiden Anstalten je ein besonderer Beirat bestellt, dessen Geschäftsaufgaben im allgemeinen nach § 32 der landesherrlichen Verordnung vom 18. September 1909, betreffend die Einrichtung der höheren Lehranstalten, sich richten.

Bisherige Fassung.

2. die von dem Stadtrat in die ständige städtische Kommission für Schulangelegenheiten („die Schulkommission“) nach § 1 Ziffer 10 des Ortsstatuts vom 26. Januar 1893 ernannten Mitglieder, und zwar für die jeweilige Dauer ihrer Mitgliedschaft in der genannten Kommission;
3. der Direktor der Höheren Mädchenschule mit Gymnasial-Abteilung;
4. ein weiterer Lehrer (Lehrerin) der Anstalt, welcher auf den Vorschlag der Lehrerkonferenz vom Oberschulrat auf die Dauer von 3 Jahren bezeichnet wird.

Der Stadtrat kann beschließen, daß und in welcher Zahl Frauen in den Aufsichtsrat zu berufen seien. Eintretendenfalls erfolgt die Berufung durch den Stadtrat auf Vorschlag des Aufsichtsrates.

Ein vom Stadtrat zu ernennender Schriftführer besorgt die schriftlichen Aufzeichnungen sowie überhaupt sämtliche Kanzleigeschäfte des Aufsichtsrates.

§ 17.

Eine Beteiligung des Aufsichtsrates hat jedenfalls bei denjenigen Gegenständen einzutreten, welche die landesherrliche Verordnung vom 5. Juni 1893, betreffend die Organisation der Realmittelschulen, als zum Geschäftskreis des Beirats einer Realmittelschule gehörend bezeichnet.

Eine gutachtliche Äußerung des Aufsichtsrats ist vom Stadtrat zu erheben vor Abgabe seiner Erklärung bzw. vor der Antragstellung bei Besetzung von Lehrstellen (§ 5 dieser Satzungen).

Künftige Fassung.

Im einzelnen werden Geschäftskreis und Geschäftsordnung der Beiräte durch eine zwischen der Oberschulbehörde und dem Stadtrat zu vereinbarende „Dienstweisung“ geregelt.

§ 19.

Dem Beirat jeder der beiden Anstalten gehören als Mitglieder an:

1. der Oberbürgermeister oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender,
2. der Anstaltsdirektor oder dessen Stellvertreter,
3. ein von der Oberschulbehörde auf Vorschlag der Lehrer der betreffenden Anstalt für die Dauer von drei Jahren zu bezeichnender Lehrer,
4. sechs vom Stadtrat aus den Einwohnern auf die Dauer von 6 Jahren zu wählende Personen, wovon ein Drittel Frauen sein können,
5. ein am Sitz der Anstalt wohnender, auf Vorschlag des Stadtrats durch die Oberschulbehörde auf die Dauer von 6 Jahren zu ernennender Arzt.

Ein vom Stadtrat zu ernennender Schriftführer besorgt die schriftlichen Aufzeichnungen, sowie überhaupt sämtliche Kanzleigeschäfte des Beirats.

Bisherige Fassung.

§ 18.

Der Stadtrat stellt alljährlich auf Grund des ihm von dem Aufsichtsrat zukommenden Entwurfs einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt für das nächste Jahr auf und legt denselben dem Oberschulrat in doppelter Fertigung zur Prüfung und Genehmigung vor.

Zur Benützung bei der Voranschlagsaufstellung wird der Oberschulrat dem Stadtrat gegen Ende eines jeden Kalenderjahres eine Nachweisung der im Voranschlagsjahr voraussichtlich anfallenden Zulagen für die etatmäßigen Lehrer und Lehrerinnen (§ 6), sowie der in Aussicht genommenen Zulagen für nichtetatmäßige Lehrer (§ 9) aufstellen.

In den Voranschlag selbst ist nur die gesamte zur Zahlung der Zulagen (beziehungsweise der erhöhten Gehalte) erforderliche Summe, ohne Ausführung der einzelnen Zulagebeträge bezw. der einzelnen Lehrer, welche Zulagen erhalten sollen, einzusetzen.

Nach Ablauf des Jahres, für welches der Voranschlag aufgestellt war, ist von dem Stadtrat ein geprüfter und als richtig beurkundeter Auszug aus der Rechnung der Anstalt dem Oberschulrat vorzulegen. (§ 13 dieser Satzungen.)

§ 19.

Die Bestimmungen des Artikels 17 der landesherrlichen Verordnung vom 5. Juni 1893, betreffend die Organisation der Realmittelschulen, finden Anwendung auf die höhere Mädchenschule mit Gymnasialabteilung zu Karlsruhe.

§ 20.

Vorstehende Satzungen treten an die Stelle der zwischen dem Großherzoglichen Oberschulrat und dem Stadtrat dahier vereinbarten mit Erlaß Großherzoglichen Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 30. November 1900 Nr. 38 286 genehmigten Satzungen der Höheren Mädchenschule mit Gymnasialabteilung in der Fassung des Nachtrags vom 24. Januar beziehungsweise 17. Februar 1905.

Künftige Fassung.

§ 20.

Der Stadtrat stellt alljährlich nach Anhörung der Beiräte einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der beiden Anstalten für das nächste Jahr auf und legt denselben im Laufe des Monats Januar der Oberschulbehörde in doppelter Fertigung zur Prüfung und Genehmigung vor.

Zur Benützung bei der Voranschlagsaufstellung wird die Oberschulbehörde dem Stadtrat gegen Ende des Kalenderjahres die Summe bezeichnen, welche für die in dem betreffenden Voranschlagsjahr voraussichtlich anfallenden Zulagen an Gehalten und Vergütungen für das gesamte Lehrpersonal beider Anstalten erforderlich werden wird.

Eine irrtümliche Angabe in dieser Beziehung befreit die Stadt von der Verpflichtung zur Zahlungsleistung bezüglich der ordnungsmäßig bewilligten Gehalte und Vergütungen nicht.

Nach Ablauf des Jahres, für welches der Voranschlag aufgestellt war, ist von dem Stadtrat ein auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit geprüfter Auszug aus der Rechnung der Anstalt mit Beurkundung hierüber spätestens am 1. April der Oberschulbehörde vorzulegen. (§ 15 dieser Satzungen.)

Der Vorstand der Schule ist ermächtigt, über die Anschaffung von Literalien, Lehrmitteln und Materialien, sowie über Prüfungskosten innerhalb der Grenzen des Voranschlags zu verfügen.

§ 21.

Vorstehende Satzungen treten an die Stelle der Satzungen vom 8. beziehungsweise 13. Februar 1907 und sämtlicher hierzu erlassener Nachträge.

Bisherige Fassung.

Anlage
zu § 2 d vorstehender Satzungen.

**Lehrplan für die Gymnasial-
Abteilung.**

Lehr- gegenstand.	u. III.	Ob. III.	u. II.	Ob. II.	u. I.	Ob. I.	Zu- sam- men.
Religion . .	(2)*		2		2		2+4
Deutsch . .	3		3		3	3	12
Französisch . .	3	3	2	2	2		12
Latein . . .	10	10	8	8	8	8	52
Griechisch . .	—	—	8	8	8	8	32
Geschichte . .	2		2		3	3	10
Erdkunde . .	2		—	—	—		2
Naturkunde . .	2	2	2	2	2	2	12
Mathematik . .	4	4	4	4	4	4	24
Zeichnen . .	2		(2 fakultativ)				(2) + 2
Turnen . . .	2		2		2		(2) + 6
			(2 fakultativ)				

*) Die eingeklammerten Stunden werden für die Gymnasial-Abteilung und die höhere Mädchenschule gemeinsam erteilt.

Künftige Fassung.

Bürgerausschusszustimmung am 18. Juli 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Innern
vom 11. Aug. 1911 No. 36711.

Karlsruhe, den 26. Juni 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 10 900 Mk für die städtische Wasserleitung ein Verbindungsrohrstrang von 250 mm lichter Weite in der Karl-Straße von der Erbprinzen- bis zur Amalien-Straße hergestellt werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hatte bereits unterm 1. Juli 1908 dem Stadtrat folgendes berichtet:

„Nachdem am 22. Juni d. J. der neue 400 mm Wasserrohrstrang vom Meßplatz bis zur Kaiser-Allee (vergleiche die Bürgerausschußvorlage vom 13. September 1907) in Betrieb genommen worden ist, haben sich die Druckverhältnisse im westlichen Stadtteil nicht nur sehr erheblich gegenüber früher verbessert, sondern es wird jetzt auch diesem Gebiet Wasser in ausreichenden Mengen zugeführt.“

Indessen haben sich die in den letzten Wochen vor Inbetriebnahme des genannten Stranges aufgetretenen Wassertrübungen insbesondere in dem Teil der Weststadt, welcher durch die Karl-Straße, Krieg-Straße, Scheffel-Straße und Kaiser-Allee, bzw. Kaiser-Straße begrenzt wird, am unangenehmsten fühlbar gemacht. Wie nun der beiliegende Lageplan erkennen läßt, fehlen gerade in diesem Gebiet mehrere Verbindungshauptstränge, welche das Wasser den einzelnen Verteilungsröhrenfahrten zuführen; es sind dies die Strecken in der Kaiser-Allee von der Scheffel-Straße bis zum Mühlburger Tor und in der Karl-Straße vom Karlstor bis zur Erbprinzen-Straße. Die eigentlichen Verteilungsstränge in diesen Straßenstrecken, welche das Wasser den einzelnen Anwesen zuleiten, sind vorhanden. Allein durch den Mangel dieser direkten Verbindungsstränge können naturgemäß dem örtlichen Verteilungsnetz bei hohem Wasserverbrauch nicht genügende Wassermengen zufließen, die Geschwindigkeit im Rohrnetz nimmt zu und es treten durch das Fortreißen der feinen Ablagerungstoffe die bekannten unliebsamen Trübungen auf.

Mit der Erstellung der beiden Verbindungshauptstränge in der Kaiser-Allee und in der Karl-Straße würde nun erreicht werden, daß auch diesem Versorgungsgebiet Wasser nicht nur unter genügendem Druck, sondern auch in ausreichenden Mengen zugeführt werden kann. Damit wird bei starkem Wasserverbrauch die Geschwindigkeit des Wassers im Rohrnetz eine geringere werden, sodaß nach der Ausführung dieser Rohrstränge auch in diesem Stadtgebiet sich die Verhältnisse in der Wasserabgabe ganz erheblich verbessern werden.

Die Herstellungskosten beider Rohrstränge berechnete das Wasserwerk auf 23 500 M für den Strang in der Kaiser-Allee — wovon 11 200 M auf die Strecke Scheffel-Straße bis Lessing-Straße und 12 300 M auf die Strecke Lessing-Straße bis Mühlburger Tor entfallen — und auf 18 000 M für den Strang in der Karl-Straße (Erbprinzen-Straße bis Karlstor) zusammen also auf 41 500 M. Der Stadtrat beschloß unterm 16. Juli 1908 in Übereinstimmung mit der Baukommission, den Betrag für die Strecke Scheffel-Straße bis Lessing-Straße in den Voranschlag für 1909 einzustellen, dagegen die Verlegung des Rohrstranges auf der Strecke Lessing-Straße bis Mühlburger Tor wegen der bei Unterführung des Stranges unter dem Bahnkörper zu erwartenden Schwierigkeiten bis nach Verlegung der Maganbahn zurückzustellen und auch mit der Verlegung des Rohrstranges in der Karl-Straße zuzuwarten bis ohnedies eine Erneuerung des Pflasters in dieser Straße erforderlich werde. Die letztere Arbeit ist nunmehr für das laufende Jahr in Aussicht genommen und es sollte demgemäß nunmehr auch die Verlegung des Verbindungsrohrs in der Karl-Straße bewirkt werden. Da im Voranschlag für 1911 lediglich die Neupflasterung der Karl-Straße von der Kaiser-Straße bis zur Wald-Straße vorgesehen ist, hatte das Wasserwerk ursprünglich auch nur die Verlegung des Wasserrohrstranges von der Erbprinzen-Straße bis zur Wald-Straße in Aussicht genommen. Nähere Berechnungen haben aber ergeben, daß die Kosten um 800 M geringer sind, wenn der Wasserrohrstrang nicht nur bis zur Wald-Straße sondern gleich bis zur Amalien-Straße gelegt wird. Hierüber berichtet das Wasserwerk mit Bericht vom 21. März d. J. folgendes:

„Der in der Karl-Straße zwischen Erbprinzen- und Krieg-Straße herzustellende Wasserrohrstrang von 460 m Länge und von 250 mm l. W. ist als Parallelstrang zum bestehenden Strang gedacht und soll an drei Stellen: Erbprinzen-Straße, Amalien- und Krieg-Straße, Verbindung mit dem bestehenden Wasserrohrnetz mit Rücksicht auf dessen örtliche Anordnung erhalten. Dadurch wird der Zweck des neuen Rohrstranges, dem Verteilungsrohrnetz größere Wassermengen unter ausreichendem Druck zuzuführen, erreicht. Die Gesamtkosten sind in dem Bericht vom 1. Juli 1908 zu 18 000 M berechnet worden. Die Herstellung der erwähnten 3 Verbindungen, welche neue Schächte, bezw. Abänderung bestehender und das Einbauen von neuen Teilkasten und Schiebern bedingen, erfordert einschließlich der provisorischen Gleisumlegung der Straßenbahn bei der Erbprinzen-Straße auf die Dauer der Arbeit und einschließlich der Durchquerung des Landgrabens einen Betrag von 6 750 M; diese Arbeit macht sohin einen erheblichen Teil der Gesamtkosten aus, etwas mehr als ein Drittel. Auch wird sich die Ausführung der Arbeit zwischen Erbprinzen- und Wald-Straße besonders schwierig gestalten, da der zum Teil unter dem Straßenbahngleis liegende Schacht an der Erbprinzen-Straße abzubringen und durch einen neuen größeren zu ersetzen ist, wobei die Straßenbahn während dieser Arbeit mittelst provisorischen Gleises um diese Stelle herumgeführt werden muß.

Soll nun der Rohrstrang vorerst nur bis zur Wald-Straße gelegt werden, so muß an dieser Stelle, an welcher ursprünglich keine Verbindung vorgesehen war, eine solche

hergestellt werden, weil sonst der Strang nicht in Betrieb genommen werden kann, sondern unbenützt bleiben muß. Die Kosten dieser Teilkrohrstrecke beziffern sich, wie angegeben, auf 8 600 *M.*, während die Herstellung der beiden Verbindungen an der Erbprinzen- und an der Wald-Straße einschließlich der Landgrabenkreuzung und der sonstigen eingangs erwähnten Arbeiten einen Aufwand von 4 550 *M.* verursachen wird, also mehr als die Hälfte des ganzen Kostenbetrags von 8 600 *M.* beansprucht.

Die Kosten der in Rede stehenden Arbeiten sind daher nicht nur von den Längen der einzelnen Teilstrecken, sondern auch von den innerhalb dieser Strecken vorzunehmenden Nebenarbeiten, sowie von sonstigen örtlichen Verhältnissen abhängig.

Beim späteren Ausbau der gesamten Strecke von der Wald-Straße bis zum Karls tor muß indessen außer dieser Verbindung an der Wald-Straße, die an sich nicht notwendig wäre, auch eine solche an der Amalien-Straße hergestellt werden, weil sonst bei der Anordnung des örtlichen Verteilungsnetzes der neue Rohrstrang seinen Zweck nur unvollkommen erfüllen würde. Dieser Ausbau erfordert eine Ausgabe von 10 200 *M.*, so daß bei dieser streckenweisen Ausführung des Rohrstranges die Gesamtkosten sich belaufen werden auf: $8\,600\text{ *M.*} + 10\,200\text{ *M.*} = 18\,800\text{ *M.*}$; sie erhöhen sich sohin gegenüber der Ausführung in einem Zuge, bzw. gegenüber der Ausführung in den zwei Teilstrecken: Erbprinzen-Amalien-Straße und Amalien-Krieg-Straße, um 800 *M.*

Würde man den Rohrstrang gleich bis zur Amalien-Straße durchführen, so könnte die Verbindung an der Wald-Straße und damit eine Ausgabe von 800 *M.* erspart werden, da deren Herstellung zur Erreichung des Zweckes des neuen Rohrstranges aus technischen Gründen, wie schon gesagt, nicht notwendig ist; vielmehr muß sie nur deshalb gemacht werden, um den Strang, wenn er vorerst nur bis zur Wald-Straße verlegt werden soll, überhaupt in Dienst stellen zu können.

Es empfiehlt sich daher, der Anregung des Wasserwerks Folge zu geben und den Wasserrohrstrang bis zur Amalien-Straße zu verlegen, um so mehr als die Straßenbahngleise, wie sich aus der dem Bürgerausschuß hierwegen unterbreiteten besonderen Vorlage ergibt, ebenfalls bis zu dieser Straße erneuert werden sollen. Unter diesen Umständen erscheint es natürlich zweckmäßig, auch die Umpflasterung der Karl-Straße nicht nur, wie im Voranschlag vorgesehen, bis zur Wald-Straße, sondern gleichfalls bis zur Amalien-Straße durchzuführen, damit die verschiedenen Arbeiten gleichzeitig ausgeführt werden können.

Die Kosten für die Verlegung des Verbindungsrohrstranges von der Erbprinzen- bis zur Amalien-Straße belaufen sich nach dem zur Einsicht der Herren Mitglieder des Bürgerausschusses bei der Verwaltung des Wasserwerks aufliegenden Kostenvoranschlag dieses Werkes auf 10 900 *M.*; ihre Bestreitung aus Anlehensmitteln ist gerechtfertigt, da es sich um eine Anlage von dauerndem Wert handelt.

Siegrist.

Bürgerausschusszustimmung am 18. Juli 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Finanzen
vom 11. Okt. 1911 No. 36711.

Karlsruhe, den 22. Juli 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden und nach Maßgabe der bestehenden Grundsätze zu amortisierenden Aufwand von 23 500 M die Gleisanlagen der Straßenbahn in der Karl-Straße von der Hauptpost bis zur Amalien-Straße erneuert werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Wie bereits in der Begründung zu der heutigen Bürgerausschußvorlage wegen Verlegung des Wasserdruckrohrs in der Karl-Straße ausgeführt ist, soll in diesem Jahr die Karl-Straße von der Kaiser-Straße bis zur Amalien-Straße neu gepflastert und es soll weiter auf der Strecke von der Erbprinzen-Straße bis zur Amalien-Straße ein neues Wasserverbindungsrohr verlegt werden. Im Zusammenhang mit diesen Arbeiten beantragt das Straßenbahnamt auch die Erneuerung der Straßenbahngleise auf der Strecke Kaiser-Straße, (d. h. anschließend an die kürzlich vollendete doppelgleisige Gleiseinschwenkung Ecke Kaiser- und Karl-Straße) bis Amalien-Straße vorzunehmen. Es soll der Gleisunterbau durch Beseitigung des Betons unter den Schienen und Einbau eines wasserdurchlässigen Gestücks verbessert werden und es sollen weiterhin die derzeitigen Schienen, die ein schwaches und unzuverlässig konstruiertes Profil (14a) aufweisen, gegen Schienen des stärkeren Profils 18a ausgewechselt werden, wie das in der letzten Zeit bereits in der Honell-Straße und in der Kaiser-Straße geschehen ist und auch in der Rhein-Straße zwischen Philipp-Straße und Westendhalle (vergleiche die Bürgerausschußvorlage vom 3. Mai d. J.) durchgeführt werden wird. Die jetzigen Schienen in der Karl-Straße liegen bereits 10 Jahre und werden nach Angabe des Straßenbahnamtes bei weiterer Belassung ständige Reparaturkosten verursachen. Eine gründliche Erneuerung der Gleisanlagen in der Karl-Straße dürfte schon im Hinblick auf die durch Inbetriebnahme des neuen Personenbahnhofes zu erwartende Steigerung des Straßenbahnverkehrs in der Karl-Straße, die eine dichtere Wagenfolge notwendig machen wird, unumgänglich sein. Da, wie bereits ausgeführt, ohnedies der Straßenkörper in der Karl-Straße bis zur Amalien-Straße

durch die Verlegung des Wasserrohrs und die Umpflasterung der Straße in Angriff genommen werden muß, erscheint es zweckmäßig, die erforderlichen Gleiserneuerungsarbeiten nicht länger hinauszuschieben, sondern die verschiedenen Arbeiten gleichzeitig auszuführen.

Die Kosten für die Erneuerung der Gleisanlage belaufen sich nach dem nachstehend abgedruckten Voranschlag des Straßenbahnamts auf 23 500 Mk. Da es sich um eine Anlage von dauerndem Wert handelt, ist die Bestreitung dieses Aufwands aus Anlehensmitteln gerechtfertigt.

Für die Gleisanlage einschließlich Kleineisenzeug, Entwässerungskästen und Gleiswechsel mit einem Gesamtaufwand von 11 600 Mk ist mit einer Lebensdauer von 10 Jahren zu rechnen; dieser Aufwand ist also in 10 Jahren zu amortisiren, während im übrigen die normale Schulden-Tilgung genügt.

Hiernach sind zur Tilgung des gesamten Anlehensaufwandes bei 4 prozentiger Verzinsung jährlich erforderlich:

a. für die Gleisanlage nebst Gleiswechsel (Aufwand 11 600 Mk) auf die Dauer von 10 Jahren:	
Verzinsung und ordentliche Tilgung	586 Mk
außerordentliche Tilgung	1 013 Mk
b. für den übrigen Aufwand von 11 900 Mk auf die Dauer von 40 Jahren:	
Verzinsung und ordentliche Tilgung	601 Mk

Siegrist.

Kosten-Anschlag

über

Auswechslung der Gleise in der Karl-Straße zwischen Kaiser- und Amalien-Straße einschließlich Straßenaufbruch aber ohne Straßenwiederherstellung. Streckenlänge 180 m.

- | | |
|--|------------|
| 1. Aufbruch von 180 m Pflasterfahrbahn in einer Breite von 5,2 m und in einer Tiefe von 50 cm unter Schienenoberkante. Entfernen der Betonsohle und Herstellung einer ordnungsmäßigen Packlageunterbettung einschließlich Zulieferung sämtlichen Bettungsmaterials frei Verwendungsstelle, Abwalzen mit der Dampfswalze, Abfuhr des Betons und des überschüssigen Bodens, Herausnehmen des alten Gleises und Verbringen zum Lagerplatz | 6 636 Mk. |
| 2. Lieferung von 360 m Gleis im Profil 18 a einschließlich Kleineisenzeug frei Verwendungsstelle, betriebsfertig verlegen, Zulieferung der erforderlichen Schieneneisensteine, Lieferung und Einbau von 6 Entwässerungskästen einschließlich Anschluß an die Kanalisation, sowie Zulieferung des Stopfmaterials frei Verwendungsstelle | 8 304 " |
| 3. Lieferung von einem Gleiswechsel frei Verwendungsstelle, Verlegen und Herstellen der Anschlüsse an die Kanalisation | 2 600 " |
| 4. Lieferung von 45 Schweißportionen einschließlich Zuzüge frei Verwendungsstelle, Verschweißen der Stöße von 360 m Gleis, Herstellen der erforderlichen Tiegels, Formen etc., Lieferung von Schienenlängs-Querverbinder, Gleisquerverbinder und Verbindungen für Weichen einschließlich Montage | 1 400 " |
| 5. Setzen eines Rohrmastes einschließlich Beigabe des Betons, Anbringen von 2 Wandrosetten, 360 m Fahrdrahtleitung regulieren, Lieferung und Einbau von Luftweichen einschließlich Montage derselben | 650 " |
| 6. Auflegen und Demontieren des Auslaufgleiswechsels, An- bzw. Abfuhr vom Lagerplatz zur Verwendungsstelle, Herstellung der erforderlichen provisorischen Oberleitung und Demontage derselben | 250 " |
| 7. Beleuchtung, Absperrung und Bewachung der Baustelle, Aufräumarbeiten, Gstellung von Hilfswerkzeugen einschließlich Ersatz, Zuschlag für Nacharbeiten, anteilige Kosten für Verwaltung, sowie für Unvorhergesehenes | 3 660 " |
| | 23 500 Mk. |

Bürgerausschusszustimmung am 28. Juli 1911.

*Grundgenehmigung mit Lokal So. Ministerium
Aktennummer vom 15. Aug. 1911 Nr. 37012.*

Karlsruhe, den 17. Juni 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. das im anliegenden Plan bezeichnete Grundstück Lagerbuch Nr. 1949, Hausanwesen Kapellen-Straße 18, im Flächenmaß von 101 qm zum Preis von 9 000 M angekauft und
2. der entstehende Aufwand einschließlich der Kosten aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

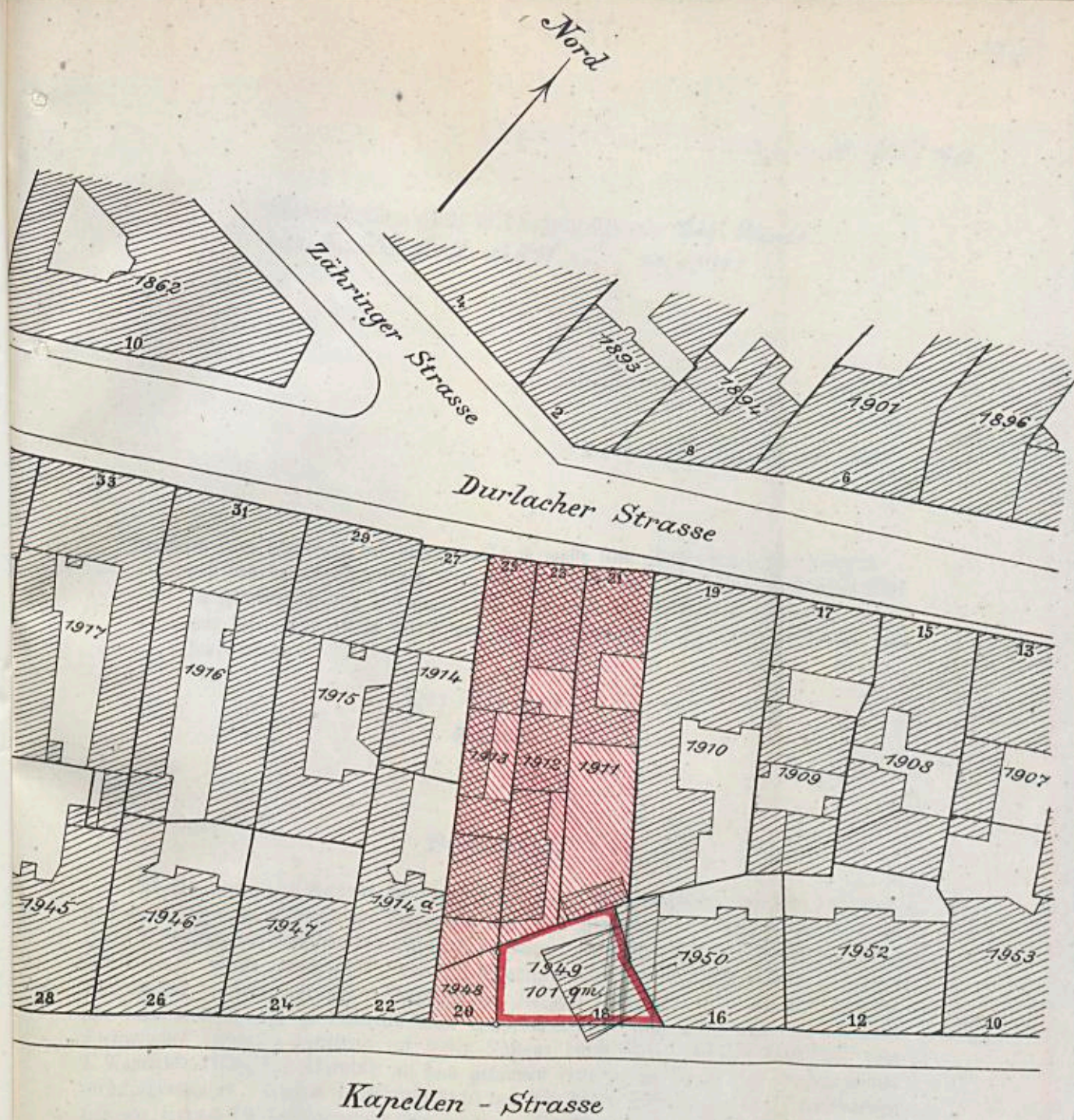
Lacher

Begründung.

Das obenbezeichnete, dem Bahnarbeiter Christian Würz dahier gehörige Anwesen, grenzt, wie der Plan zeigt, gegen die Kapellen-Straße zu an die kürzlich von der Stadtgemeinde erworbenen Anwesen Durlacher Straße 21 und 23 an (vergleiche die Bürgerausschußvorlage vom 11. April d. J.). Wie bereits in der Begründung zu jener Vorlage angedeutet wurde, besteht die Möglichkeit, das zur Zeit für die Bebauung wenig geeignete Grundstück durch Zusammenlegung mit dem hinteren Teil der besagten Anwesen an der Durlacher Straße, sowie mit dem an der Kapellen-Straße angrenzenden Grundstück Lagerbuch Nr. 1948 in einen zweckmäßigen Bauplatz umzuwandeln.

Der Kaufpreis stellt sich auf den Quadratmeter gerechnet auf rund 90 M, er übersteigt also den für die Anwesen in der Durlacher Straße bezahlten Preis (rund 62 M) um 50 %. Auch ruhen auf dem Grundstück noch insgesamt 3 142 M Straßen- und Kanalkosten, die erst bei einer anderweitigen Überbauung fällig werden und daher nur bei einem etwaigen Wiederverkauf des Grundstücks realisiert werden können. Eine höhere Bewertung des Grundstücks gegenüber den Anwesen an der Durlacher Straße erscheint indessen gerechtfertigt, da das Grundstück eine wesentlich breitere Straßenfront besitzt. Dazu kommt, daß die Stadtgemeinde, nachdem sie inzwischen Eigentümerin der angrenzenden Grundstücke Lagerbuch Nr. 1911, 1912, 1913 geworden ist — das Grundstück Lagerbuch Nr. 1948 besitzt sie schon längere Zeit — an der Erwerbung des Grundstücks ein erhebliches Interesse hat. Unter diesen Umständen darf der vereinbarte Kaufpreis wohl als vertretbar bezeichnet werden.

Siegrist.



1540
600 qm

Karlsruhe, den 4. Juli 1911.

Stadt. Tiefbauamt

Bürgerausschussentscheidung am 28. Juli 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Bez. Amt
vom 5. August 1911 No. 33113.

Karlsruhe, den 10. Juli 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß das im angeschlossenen Plan rot bezeichnete Gelände an der Bannwald-Allee im Flächenmaß von 495 qm an Herrn Privatmann Wilhelm Diefenbacher dahier zum Preis von 12 M 50 S pro qm, somit insgesamt für 6 187 M 50 S verkauft werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Dr. Bierauf.

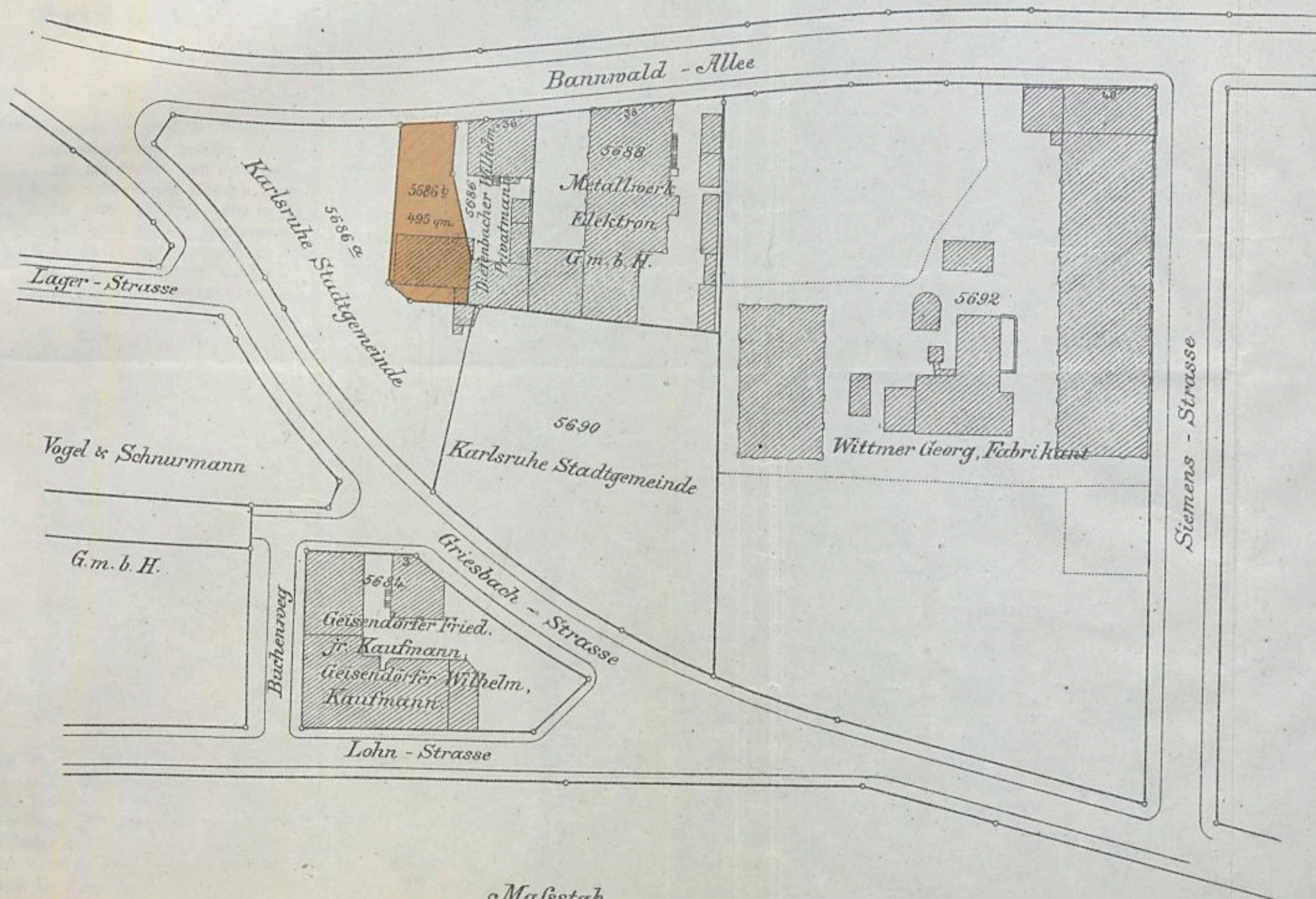
Begründung.

Das obenbezeichnete Gelände war bereits im Jahre 1898 zusammen mit dem Eckgrundstück an der Griesbach-Straße und Bannwald-Allee zum Preis von 6 M bzw. 6 M 05 S an Herrn Diefenbacher verkauft worden (vergleiche die Bürgerausschußvorlage vom 18. Oktober 1898). Der Vertrag wurde jedoch später von der Stadtgemeinde für aufgelöst erklärt, weil Herr Diefenbacher der vertragsmäßigen Verpflichtung, bis zum 1. Oktober 1905 auf dem Gelände eine industrielle Anlage zu errichten, nicht entsprochen hatte, und es wurde daraufhin Herr Diefenbacher gerichtlich verurteilt (in letzter Instanz durch Urteil des Reichsgerichts vom 2. November 1909), das Eigentum an dem gekauften Gelände wieder an die Stadtgemeinde zurückzuübertragen. Unterm 1. Februar 1910 kam mit Herrn Diefenbacher eine Vereinbarung zustande, wonach die Stadtgemeinde ihm auf seinen Wunsch einen Teil des Geländes (280 qm) und zwar den Teil, auf welchem Herr Diefenbacher inzwischen Baulichkeiten errichtet hatte, unter Anrechnung eines Preises von 12 M 50 S pro qm belassen, im übrigen aber das Gelände gegen Erstattung des früher vereinbarten Preises von 6 M bzw. 6 M 05 S zurückgenommen hat. Einen Teil dieses letzteren Geländes möchte nun Herr Diefenbacher wieder erwerben, um es in Verbindung mit dem angrenzenden, ihm bereits gehörigen Grundstück Lagerbuch Nr. 5 688, zur Errichtung eines Bierdepots zu verwenden. Der auf dem zu veräußernden Gelände befindliche Schedbau ist Eigentum des Herrn Diefenbacher; bei der Rückübertragung des Geländes im Jahre 1910 wurde ihm gestattet, den Bau auf jederzeitigen Widerruf gegen eine geringe Miete stehen zu lassen.

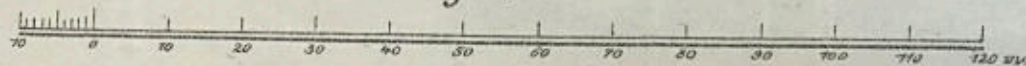
Der Stadtrat glaubt den Verkauf des Geländes an Herrn Diefenbacher zu dem vereinbarten Preis von 12 Mk 50 S befürworten zu sollen. Der Preis entspricht demjenigen, den Herr Diefenbacher für das ihm im Jahre 1910 überlassene Gelände zu entrichten hatte; er ist nach den vereinbarten Vertragsbedingungen am 2. Januar 1912 bar zu entrichten und bis dahin gegen Einräumung einer Sicherungshypothek an erster Stelle mit $4\frac{1}{2}$ Prozent zu verzinsen. Da das verkaufte Gelände jetzt schon teilweise überbaut ist und nach Lage der Verhältnisse wohl kaum anders als zum Betrieb eines Gewerbes benutzt werden wird, wurde der Preis so bemessen, daß von der Aufnahme der sogenannten Industrie-Klausel in den Vertrag Umgang genommen werden konnte.

Siegrist.

Nord



Maßstab



Karlsruhe, den 11. Juli 1911.
 Städt. Tiefbauamt.

Bürgerausschussentscheidung am 13. November 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Finanzen
vom 23. November 1911 No. 57995 (für Ver-

mehrung der erforderlichen Anleiheemitteln);
mit Verfügung vom 30. Nov. 1911 Rn. 45162 des Gr.
Bezirksamts hier (zum Gemeindefiskus).

Karlsruhe, den 28. Juli 1911.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuss wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. die Gartenstraße zwischen Devrient- und Tröbel-Straße ortsplanmäßig hergestellt und mit Wasser- und Gasleitung versehen werde,
2. die in die Straße fallenden Teile der Grundstücke Lagerbuch Nr. 3854 a, 3860 bis 3865, 3867 bis 3869 im Flächenmaß von insgesamt 2180 qm zum Preise von 15 M für den Quadratmeter erworben,
3. der zu 1. und 2. erforderliche Aufwand im voranschlagsmäßigen Betrage von 58652 M 82 S aus Anleiheemitteln bestritten und
4. folgende Gemeindebeschlüsse erlassen werden:

- I. Die Eigentümer der an die Gartenstraße zwischen Devrient- und Tröbel-Straße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der ungebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist.

- II. Das Ortsstatut vom 14. November 1885 über den Ersatz von Kanalkosten tritt für die Gartenstraße zwischen Devrient- und Tröbel-Straße außer Kraft; an dessen Stelle tritt der Gemeindebeschluss vom 21. Juni 1909 über den Bezug der Grundstückseigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortsstraßengesetzes.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Reuderk.

Begründung.

Auf Wunsch von Beteiligten soll die Gartenstraße zwischen Devrient- und Tröbel-Straße ortsplanmäßig hergestellt werden.

Das Gelände ist zum Teil im Besitze der Stadt (bestehender Weg), zum Teil muß es von den Anliegern erworben werden; man hat sich auf den Preis von 15 M für den Quadratmeter geeinigt, dieser Kaufpreis wird von den Anliegern wieder ersetzt (siehe unten).

Der Kanal ist schon früher mit einem Aufwand von 7193 M 75 S hergestellt worden (vergleiche die Bürgerausschussvorlage vom 27. September 1908).

Die Kosten für die Straße betragen nach dem Vorausschlag des Tiefbauamts für

1. Erwerb des Straßengeländes, Kaufkosten und Reichsstempelsteuer	33 161	fl.	60	kr.
2. Straßenbau	14 094	fl.	35	kr.
3. Gehweganlage	3 446	fl.	87	kr.
4. Kanalisation	1 500	fl.	—	kr.
5. Wasserleitung	4 400	fl.	—	kr.
6. Gasleitung	2 050	fl.	—	kr.
	58 652	fl.	82	kr.

Die Anlieger sollen zum Ersatz der Kosten in folgender Weise beigezogen werden:

Bezüglich der Geländeerwerbungs- und Straßenherstellungskosten soll der oben unter 4 I angeführte Gemeindebeschluss erlassen werden. Die Absicht, diesen Gemeindebeschluss herbeizuführen, ist vorschriftsmäßig bekannt gemacht worden, Einsprachen wurden nicht erhoben. Die nach § 22 Absatz 2 des Ortsstraßengesetzes erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Anlieger zur sofortigen Fälligkeit der Straßenkosten ist erteilt.

Bezüglich der Kanalkosten besteht ein Ortsstatut vom 14. November 1885, nach dem die Kosten erst bei der Bebauung der anstoßenden Grundstücke fällig würden. Inzwischen wurde durch den Gemeindebeschluss vom 21. Juni 1909 die sofortige Fälligkeit der Kanalkosten allgemein eingeführt. Um Zweifel zu beseitigen, welches Statut maßgebend sei, empfiehlt es sich, das erstgenannte, soweit es die fragliche Straßenstrecke betrifft, formell außer Kraft zu setzen (siehe oben Ziffer 4 II). Auf diese Absicht ist ebenfalls durch vorschriftsmäßige Bekanntmachung hingewiesen worden, Einsprachen wurden nicht erhoben.

Wegen der Gehwegkosten ist der Gemeindebeschluss vom 21. Juni 1909 maßgebend.

Hiernach wären von den Anliegern voranschlagsmäßig folgende Beiträge an die Stadt teils in bar, teils durch Aufrechnung auf den Kaufpreis für das Gelände zu leisten:

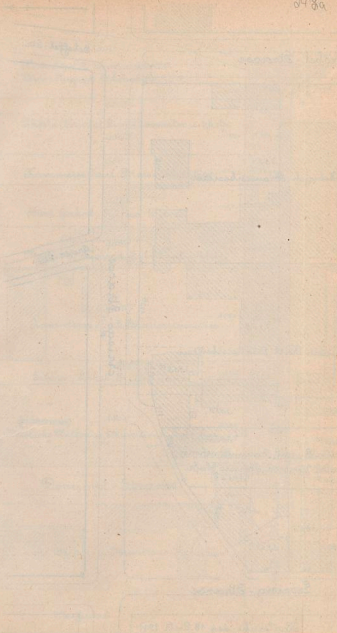
1. für Geländeerwerb	33 161	fl.	60	kr.
2. für Straßenbau	14 094	fl.	35	kr.
3. für Gehweganlage	3 446	fl.	87	kr.
4. für Kanalisation*)	12 336	fl.	40	kr.
5. für Straßenunterhaltung auf die Dauer von fünf Jahren**)	3 485	fl.	03	kr.
	66 524	fl.	25	kr.

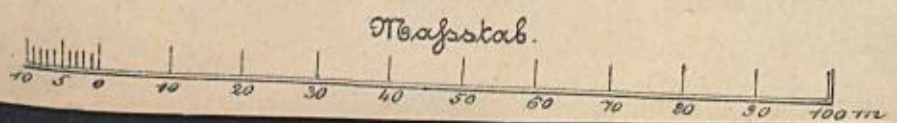
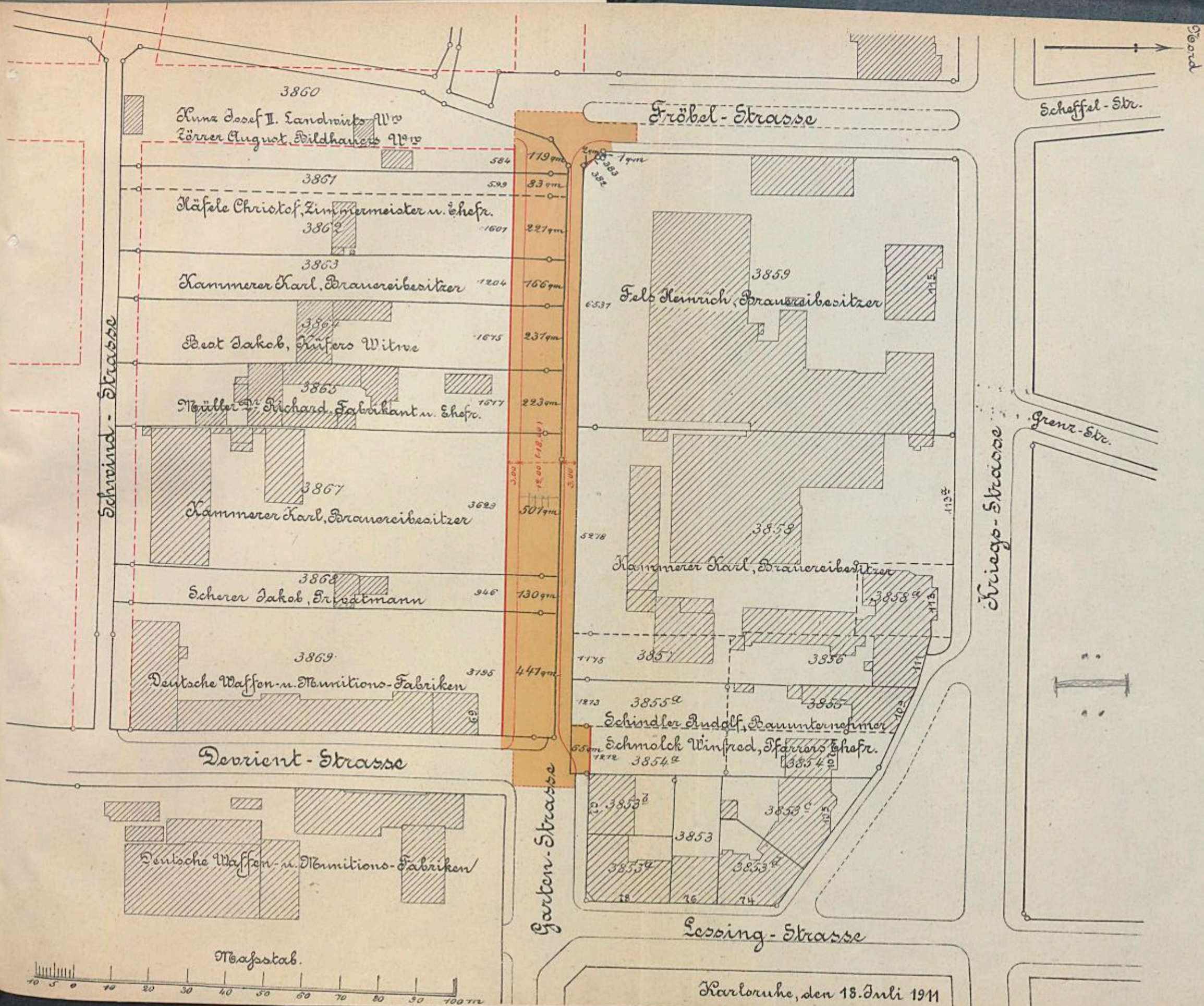
Ein Teil dieser Beträge muß jedoch bis auf weiteres im Ausstand bleiben. Den Grundstücken Lagerbuch Nr. 3 857, 3 858 und 3 859, auf denen sich größere Brauereien befinden, bietet die Straße, solange sich die Bebauung nicht ändert, keinen Vorteil; sie sind deshalb nach § 22 Absatz 4 des Ortsstraßengesetzes von der Ersatzpflicht für die Straßenkosten (Ziffer 1, 2 und 5) befreit. Da diese Grundstücke an die Kanalisation der Kriegsstraße (Ziffer 4) bis zum Eintritt einer Änderung nicht beigezogen werden. Im Hinblick darauf, daß seiner Zeit auf Wunsch der Eigentümer dieser Grundstücke, der Herren Fels und Kammerer, die Gartenstraße nach Süden verschoben wurde, haben sie sich jedoch vertragsmäßig verpflichtet, wenigstens an den Geländeerwerbungs-kosten (Ziffer 1) zu partizipieren. Außerdem haben die Genannten an der Aufbringung der Gehwegkosten (Ziffer 3) teilzunehmen. Die Beiträge, die hiernach bis auf weiteres im Ausstand zu bleiben haben, betragen 12 965 fl. 02 kr., sodaß von den obenerwähnten Einnahmen von 66 524 fl. 25 kr. vorerst nur 53 559 fl. 23 kr. einkommen werden.

Dr. Paul.

*) Nach dem Gemeindebeschluss vom 21. Juni 1909 wird der Berechnung nicht der Aufwand für den jetzt zu bauenden Straßenkanal zu Grunde gelegt, sondern der feste Betrag von 40 fl. pro Frontmeter, das ist ein Teil des Aufwands der Stadt für das gesamte Kanalnetz, auf die Frontmeter aller an kanalisierte Straßen stoßenden Grundstücke umgelegt.

**): Der Aufwand der Stadt wird aus laufenden Mitteln bezahlt.





Karlsruhe, den 18. Juli 1911

Bürgerausschussentscheidung am ^{13.} 24. November 1911.

Staatsgenehmigung mit ^{Vorlag.} ~~Festsetz.~~ Grossh. Leziessamt
vom 18. ~~November~~ 1911 No. 44556.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1911.

Verkauf von städtischem Gelände im
Stadtteil Grünwinkel betreffend.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

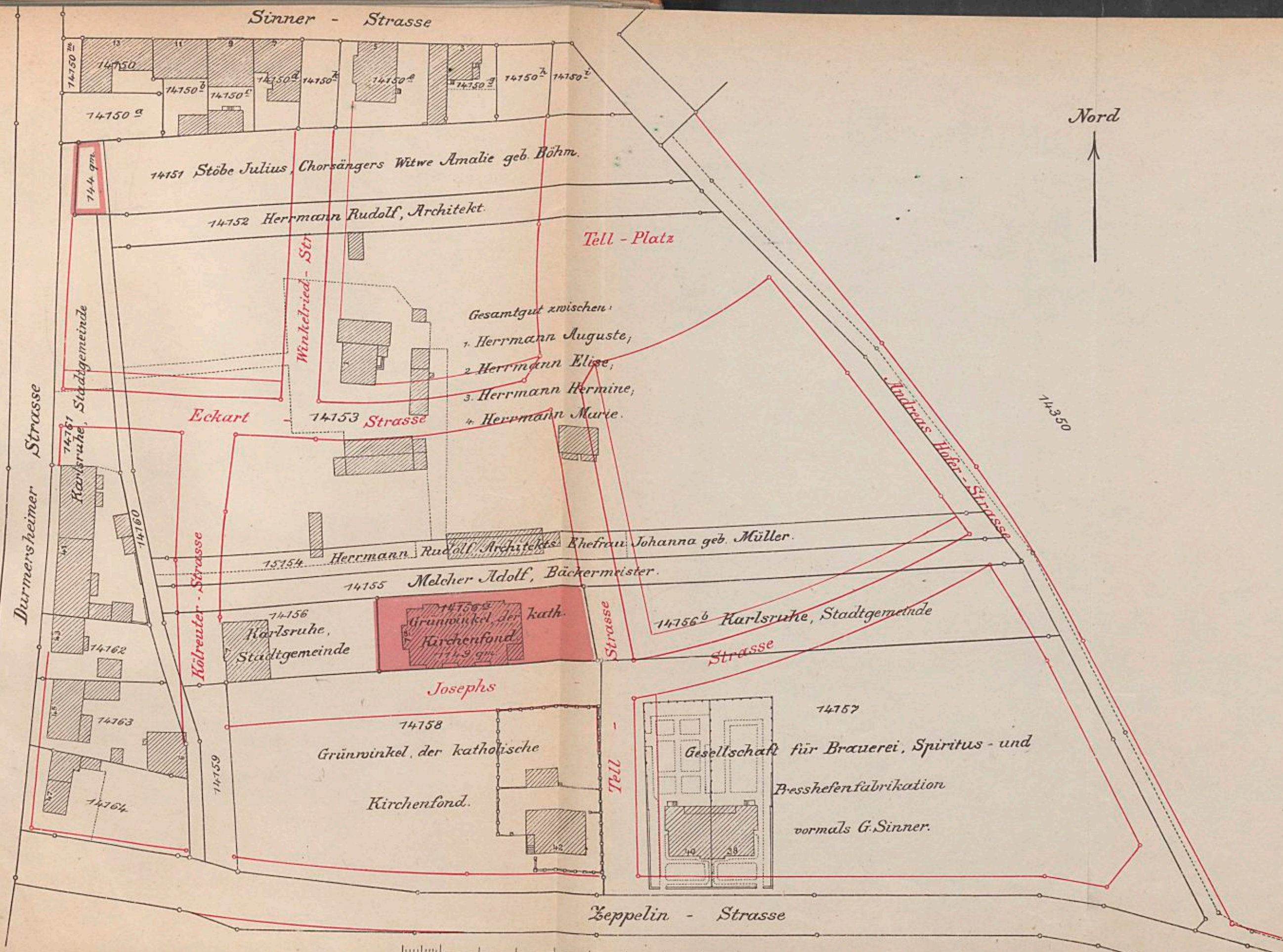
1. an den katholischen Kirchenfond Karlsruhe-Grünwinkel der in dem angeschlossenen Lageplane rot angelegte, 1149 qm große Teil des Grundstücks Lagerbuch Nr. 14 156 zum Preise von 6 M für den Quadratmeter, somit zu dem Gesamtpreis von 6894 M,
2. an Frau Julius Stoebe, Chorsängers Witwe, Amalie geb. Köhm hier, die in dem angeschlossenen Lageplan rot bandierten, $76 + 68 = 144$ qm großen Teile der Grundstücke Lagerbuch Nr. 14 161 und 14 160 zum Preise von 8 M für den Quadratmeter, somit zu dem Gesamtpreis von 1152 M verkauft werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Sacher.

Nord



Karlsruhe, den 17. October 1911.
 Städt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1911.

Unentgeltliche Abgabe von 38 qm Straßen-
gelände an der Ecke der Belgien- und Wal-
halla-Straße betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß an Schlossermeister Leopold Meeß Eheleute hier 38 qm von dem städtischen Grundstück Lagerbuch Nr. 4008 unentgeltlich abgetreten werden.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Reudeck.

Begründung.

In dem Ortsbauplan ist die Ecke der Belgien- und Walhalla-Straße abgeschrägt. Ein Verkehrsbedürfnis für diese Abschrägung liegt nicht vor; es ist dagegen im ästhetischen Interesse erwünscht, daß die Ecke ausgebaut wird, wie dies auch bei der gegenüber liegenden Ecke der Eisenlohr- und Walhalla-Straße geschehen ist. Es wird daher vorgeschlagen, jenes Eck im Flächeninhalt von 38 qm an die Eigentümer des anstoßenden Bauplatzes abzutreten.

Der fragliche Grundstücksteil wurde seiner Zeit mit dem Gelände für die Belgien-Straße von der Karlsruher Terraingesellschaft unentgeltlich an die Stadt abgetreten; ein etwaiger Erlös würde demnach an diese Gesellschaft abzuführen sein; da diese jedoch mit der unentgeltlichen Abtretung einverstanden ist, besteht städtischerseits kein Anlaß, einen Kaufpreis zu verlangen. Die Kosten des Eigentumsüberganges hat der Erwerber zu tragen.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1911.

Grundstücksumlegung im Herrschaftsgewinn
betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. der Frau Luise Unser geb. Schenk für Schaden, der ihr infolge der Grundstücksumlegung in der Herrschaftsgewinn entsteht, eine Entschädigung von 1200 M. aus laufenden Mitteln gezahlt und
2. den Besitzern von Obstbäumen, die sie infolge der Umlegung verlieren, der Wert dieser Obstbäume von der Stadt aus laufenden Mitteln ersetzt, der hierzu erforderliche Betrag aber von denjenigen, die die Obstbäume infolge der Umlegung erwerben, nach deren Wert zurückerhoben,
3. der in der Anlage abgedruckte Kaufvertrag abgeschlossen werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Vertrag

zwischen der Stadtgemeinde Karlsruhe
und
Landwirt Rudolf Mangold in Karlsruhe-Müppurr.

§ 1.

Nach dem für die Grundstücksumlegung in der Herrschaftsgewinn vom städtischen Ober-
geometer ausgearbeiteten Projekt vom 18. Oktober 1910 erhält die Stadtgemeinde Karlsruhe an
Stelle von ¹¹⁸₁₄₃₄ ihres bisherigen Grundstücks Lagerbuch Nr. 10 275, das 1 ar 18 qm große
Grundstück Lagerbuch Nr. 10 394 a, welches im anliegenden Plane des Obergeometers Wörner
vom 28. Januar 1911 mit roter Farbe bezeichnet ist, und begrenzt wird einerseits von dem künf-
tigen Grundstück Lagerbuch Nr. 10 394 und andererseits von dem Grundstück 10 395.

§ 2

Das im § 1 näher bezeichnete Grundstück Lagerbuch Nr. 10394 a verkauft die Stadtgemeinde Karlsruhe an Landwirt Rudolf Mangold um den Preis von 5 \mathcal{M} pro Quadratmeter somit um 590 \mathcal{M}

— Fünfhundertneunzig Mark. —

Käufer trägt alle Steuern und Kosten.

§ 3.

Der Vertrag ist an die auflösende Bedingung geknüpft, daß die in § 1 bezeichnete Grundstücksumlegung im Herrschaftsgewinn vollzugsreif wird. Käufer verpflichtet sich, sofort nach Eintritt der Vollzugsreife zur Auflassung mitzuwirken und den Kaufpreis bei der Auflassung bar zu bezahlen.

§ 4.

Bürgerausschußgenehmigung zu diesem Vertrage bleibt vorbehalten.

Karlsruhe, den 23. Februar 1911.

Begründung.

Für die Herrschaftsgewinn im Ortsteil Rüppurr, das ist das Gebiet zwischen der Langen, Löwen-, Raftatter und Allmendstraße, mit einem Flächengehalt von 7 ha 46 ar 45 qm, ist ein Umlegungsprojekt ausgearbeitet, dem alle Beteiligten ausdrücklich oder kraft gesetzlicher Fiktion zugestimmt haben, das aber zum Vollzug noch der Genehmigung des Großherzoglichen Ministeriums des Innern bedarf. Die Stadt selbst ist mit einer Einwurfsfläche von 2 ha 99 ar 25 qm beteiligt und erhält zugewiesen 1 ha 10 ar 61 qm Straßengelände und 2 ha 54 ar 33 qm Baugelände.

Unter den Beteiligten befinden sich 2 Gärtner, die Entschädigungsforderungen geltend machen. Zunächst Frau Unser, die dadurch, daß ein Teil ihres Grundstücks infolge der Umlegung in fremde Hände kommt, ein Gewächshaus im Werte von 1200 \mathcal{M} verliert. Die Forderung in dieser Höhe ist begründet, die Stadt kraft gesetzlicher Vorschrift entschädigungspflichtig.

Ferner hat Gärtner Kölsch, dessen Gärtnerei durch die verlängerte Pfauenstraße in 2 Teile getrennt wird, deshalb und wegen einiger anderen Schädigungen seines Gewerbebetriebs eine Forderung von 2745 \mathcal{M} 10 \mathcal{S} gegen die Stadt erhoben. Eine gewisse Schädigung ist an sich anzuerkennen, für die die Stadt aufkommen müssen; die geltend gemachte Forderung muß jedoch nach Umfang und Höhe bestritten werden. Eine Einigung konnte bisher trotz mehrmonatlicher Verhandlungen nicht erzielt werden; es erscheint aber nicht angängig, wegen dieses Punktes das ganze Verfahren noch länger aufzuhalten. Sollten die noch im Lauf befindlichen Verhandlungen nicht doch noch zu einem Ergebnis führen, muß es Kölsch überlassen bleiben, seinen Anspruch im Klageweg geltend zu machen.

Die Stadt hätte an sich das Recht, den obenerwähnten Betrag von 1200 \mathcal{M} , sowie die etwa an Kölsch zu zahlende Entschädigung von den Beteiligten anteilmäßig zurückzuerheben. Der Stadtrat empfiehlt jedoch in Übereinstimmung mit der bisherigen Stellungnahme des Bürgerausschusses in ähnlichen Fällen im Hinblick auf das Interesse, das die Stadt sowohl im allgemeinen als auch als beteiligter Grundbesitzer an dem Zustandekommen der Umlegung hat, hiervon abzugehen.

Malysa Jalla?

In dem Umlegungsgebiet stehen viele Obstbäume, von denen ein Teil im Schätzungswerte von 763 M 80 S infolge der Umlegung den Eigentümer wechselt. Es soll mit Zustimmung der Beteiligten denjenigen, die die Bäume aufgeben, der Wert ersetzt, denen, die die Bäume erhalten, der Wert in Rechnung gestellt werden. Nach gesetzlicher Vorschrift hat die Stadt die Zahlung und den Einzug zu übernehmen. Hierauf bezieht sich Ziffer 2 des obigen Antrags. Der Stadt bleiben nach dem Verteilungsplan für Bäume 504 M zur Last; soweit die Bäume auf künftigem Straßengelände stehen, wird der Betrag seiner Zeit den Straßenkosten zuzuschlagen und von den Anliegern der Straßen mit den Herstellungskosten wieder einzuziehen sein.

Es hat sich im Interesse einer günstigen Einteilung der Baugrundstücke als zweckmäßig erwiesen, neben das Grundstück des Landwirts Rudolf Mangold ein städtisches Grundstück im Flächeninhalt von 1 ar 18 qm zu legen, das nicht selbständig bebaubar ist. Dieses Grundstück soll an den Genannten zu dem Preise von 5 M pro qm abgetreten werden. Der Preis ist angemessen.

Die Pläne des Umlegungsprojekts können von den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses auf der Stadtrats-Expeditur, Zimmer Nr. 76, eingesehen werden.

Dr. Paul.

Karlsruhe, den 9. Oktober 1911.

Beiträge für die Kanäle in dem Neubruchweg und der Albuferstraße betreffend.

Hiermit wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle beschließen:

In Abweichung von § 3 des Gemeindebeschlusses vom 21. Juni 1909 über den Beizug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortsstraßengesetzes werden die Beiträge der Anstößer für die Kosten der Kanäle in dem Neubruchweg zwischen der Breiten Straße und Albuferstraße und der Albuferstraße zwischen Neubruchweg und Eisenlohr-Straße, soweit nicht schon früher auf den angrenzenden Grundstücken Bauten errichtet oder Anschlüsse gemacht werden, erst fällig, wenn die anstoßenden Teile der genannten Straßen benüßbar hergestellt sind.

Dieser Beschluß ist rückwirkend auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der erwähnten Kanäle.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

Der sogenannte Beiertheimer Sammelkanal (siehe Bürgerausschußvorlage vom 30. Oktober 1908), der durch die Beiertheimer Allee, Breite Straße, Albuferstraße, und von der Kreuzung dieser mit der York-Straße in nordwestlicher Richtung durch eine noch nicht benannte Straße bis zum Landgraben in der Sofien-Straße zieht, ist im Juni d. J. fertiggestellt worden. Der § 3 des Gemeindebeschlusses vom 21. Juni 1909 bestimmt, daß der Anliegerbeitrag (40 Mk pro Frontmeter) fällig wird, sobald der Kanal gebrauchsfähig hergestellt ist. Nun führt aber der Kanal, soweit er den Neubruchweg und die Albuferstraße, diese bis zur Eisenlohr-Straße, benützt, durch ein Gebiet, das für die Bebauung vorerst nicht in Betracht kommt. Es müssen in dem fraglichen Gebiet erst umfassende Grundstücksumlegungen durch-

geführt werden, die aber noch nicht in Angriff genommen sind, und auch in absehbarer Zeit kaum werden in Angriff genommen werden können. Unter diesen Umständen wäre es eine Unbilligkeit, die Anstößer jetzt zu den Kosten des Kanals beizuziehen, an dem sie vorerst in der Regel kein Interesse haben. Dazu kommt, daß durch die geplanten Umlegungen sehr große Änderungen in den Eigentumsverhältnissen der an die Straßen stoßenden Grundstücke stattfinden müssen und es der Sachlage entspricht, seiner Zeit die Eigentümer der umgelegten Grundstücke beizuziehen.

Das Nächstliegende scheint zu sein, die Beiträge ohne Verzinsung einstweilen zu stunden. Dieser Weg ist aber deshalb nicht gangbar, weil die Stadt nur für 2 Jahre, von der Fälligkeit ab, ein Vorzugsrecht für die Beiträge genießt, sie also in diesem Falle ihre Sicherheit preisgäbe. Es muß deshalb, dem Antrage des Stadtrats entsprechend, die Fälligkeit hinausgeschoben werden; der geeignetste Zeitpunkt dürfte die Fertigstellung der fraglichen Straßen sein. Um die bereits eingetretene Fälligkeit wieder aufzuheben, soll dem Gemeindebeschluß rückwirkende Kraft verliehen werden.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1911.

Herichtung eines Spielplatzes auf dem von
Billing & Zoller erworbenen Gelände betr.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,
daß die von der Stadtgemeinde durch Tausch erworbenen, früher der Firma
Billing & Zoller gehörigen Grundstücke Wilhelm-Straße 9 und
Schützen-Straße 29 bis 33 mit einem aus Wirtschaftsmitteln zu bestreitenden
Aufwand von 3350 M. als Spielplatz hergerichtet werden.

Der Stadtrat:

Dr. Kleinschmidt.

Lacher.

Begründung.

Schon bei dem durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 25. Juli 1910 genehmigten
Erwerb des früheren Fabrikgrundstückes der Firma Billing & Zoller war in Aussicht
genommen, das Gelände bis zu dessen endgültiger Verwendung für städtische Zwecke als
öffentlichen Spielplatz herzurichten. Nachdem die auf den Grundstücken noch vorhandenen
Gebäudereste niedergelegt waren, wurde durch Stadtratsbeschluß vom 30. März d. J. die
Stadtgartendirektion beauftragt, einen Plan für die Umgestaltung des Platzes auszuarbeiten
und die entstehenden Kosten zu berechnen.

Inzwischen war durch einen Bericht des Volksschulrektors noch klar gestellt, daß
infolge der Bahnbauten ein Teil des Spielgeländes in den Langenbruchwiesen für die Schule
unbenutzbar wird und für eine Anzahl Klassen, insbesondere der Schützenstraßschule, andere
Plätze aufgesucht werden müssen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das hier in Betracht
kommende Gelände auch als Spielplatz für Volksschulklassen auszunutzen.

Die Gartendirektion berichtete, daß es sich mit Rücksicht auf die ziemlich bedeutenden
Verschiedenheiten in der Höhenlage des Platzes empfiehlt, nicht nur einen Teil desselben,
sondern gleich das ganze Gelände in Ordnung zu bringen, und legte die nachstehend abge-
druckte Kostenberechnung vor, welche die geplanten Arbeiten enthält.

Die Herrichtung des Platzes soll in der Weise erfolgen, daß sowohl für einen Spielplatz der Volksschule als auch für einen öffentlichen Kinderspielplatz gesorgt wird.

Die Ausführung der Arbeiten wurde in den Herbst verschoben, da es der Gartendirektion während des Sommers für die Ausführung solcher außergewöhnlicher Aufgaben an Zeit und Arbeitskräften mangelt, während sie im Winter erwünschte Beschäftigung bringen.

Da die Planierung des gesamten Platzes auch für spätere anderweite Verwendung des Geländes erforderlich ist, wäre es wohl zulässig, einen Teil der entstehenden Kosten aus Anlehensmitteln zu bestreiten. Mit Rücksicht auf den verhältnismäßig nicht bedeutenden Gesamtbetrag und um bei der Schwierigkeit, die für die Verwendung von Anlehensmitteln geeigneten Posten einwandfrei festzustellen, jede Beanstandung auszuschließen, wird jedoch die Herstellung der gesamten Arbeiten aus Wirtschaftsmitteln beantragt.

Dr. Kleinschmidt.

Kostenberechnung

über

Instandsetzung des ehemaligen Billing & Zoller'schen Anwesens zu einem Spielplatz.

Ab- und Auftrag 870 cbm per Kubikmeter 1,50 M	1 305 M — S
Das Planieren von 5 760 qm à 5 S	288 " — "
Abdeckmaterial (Felsensand) 30 cbm samt Anfuhr pro Kubikmeter 9 M	270 " — "
Für Einwerfen und Einwalzen	430 " — "
Für Baumpflanzung 31 Stück à 10 M	310 " — "
Für Entwässerung	360 " — "
Für Wasserzuführung laut Mitteilung der Direktion der Gas- und Wasserwerke	340 " — "
Für Aufsicht und Verschiedenes	47 " — "

Summa . . 3 350 M — S

Karlsruhe, den 6. Juli 1911.

Städtische Gartendirektion:

Ries.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911 mit der
Maßgabe, daß statt der drahtartigen Heizung mit Holz-
öfen, Entloftung mit Lüftung eingerichtet und
mögl. weit von der Straße möglichst zurückgefaßt wird.

Stadtratsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 30. November 1911 No. 52926.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1911.

Erbauung eines Volksschulhauses im Stadtteil Rüppurr betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen:

1. daß auf dem in der Herrschaftsgewann gelegenen städtischen Grundstück im Stadtteil Rüppurr (auf beifolgendem Lageplan mit a b c d bezeichnet) ein Schulhaus für Knaben und Mädchen nach Maßgabe der vom städtischen Hochbauamt aufgestellten Pläne errichtet,
2. daß der dadurch entstehende Aufwand im veranschlagten Betrag von 274 000 Mk aus Anlehensmitteln bestritten,
3. daß zur Verwendung dieses Kredits eine Frist von 5 Jahren eröffnet wird.

Der Stadtrat:

Dr. Meinschmidt.

Reudeck.

Begründung.

Die Schulabteilung Rüppurr hat sich in den letzten 5 Jahren folgendermaßen entwickelt:

Ostern 1907 : 464 Schüler in 10 Klassen

" 1908 : 466 " " 14 "

" 1909 : 480 " " 14 "

" 1910 : 512 " " 13*) "

" 1911 : 545 " " 14 "

Für die jetzige Zahl von 14 Klassen stehen insgesamt 7 Lehrsäle zur Verfügung, von denen aber 3 durchaus unzulänglich sind und durch bessere ersetzt werden müssen.

Sämtliche Klassen sind kombiniert. Die erweiterte Unterrichtszeit konnte nur insoweit eingeführt werden, als das mit Rücksicht auf die verfügbaren Räume möglich war. Eine allmähliche Erweiterung der Unterrichtszeit und damit der Leistungen bis zu normalen

*) Wegen Lehrermangel nur 13 Klassen.

städtischen Verhältnissen, wie sie in Beiertheim und Grünwinkel schon bestehen, muß angestrebt werden, ist aber schon für die jetzige Schülerzahl ohne Schaffung neuer Räume nicht durchführbar.

Das in Rintheim angewandte Auskunftsmittel, die Oberklassen dem nächstgelegenen städtischen Schulhaus zuzuweisen, kommt für Rüppurr mit Rücksicht auf die weiten Entfernungen nicht in Betracht. Die neuen Räume müssen daher innerhalb des Vororts selbst geschaffen werden.

Bei gleichem Zuwachs (jährlich im Durchschnitt etwa 30 bis 40 Schüler) wird in jedem nächsten Schuljahr auf eine neue Klasse gerechnet werden müssen, also Ostern 1912 auf 15, Ostern 1913 auf 16 Klassen. Die Bautätigkeit der Gartenstadtgesellschaft in Verbindung mit der Nähe des neuen Hauptbahnhofes läßt erwarten, daß diese Ziffern nicht zu hoch gegriffen sind und die Vermehrung der Schülerzahl auch in den weiteren Jahren anhalten wird.

Die Klassen I und II sollen bei einer Unterrichtszeit von 18 Stunden für Mädchen und 21 für Knaben (jetzt 17 und 19) auch künftig kombiniert bleiben. Da sie doppelt vorhanden sind, erfordern sie 2 Lehrsäle (je 1 Zimmer für 2 Klassen I und für 2 Klassen II). Die übrigen 12 Klassen (nach dem wahrscheinlichen Stand zu Ostern 1913) müssen dagegen, damit die erweiterte Unterrichtszeit nach dem Muster der städtischen Schulen durchgeführt werden kann, je 1 Zimmer erhalten. Unter dieser Voraussetzung benötigt die Schulabteilung Rüppurr auf Ostern 1913 demnach 14 Schulzimmer und 1 Handarbeitsaal.

Vorhanden sind 7 Lehrsäle, von denen aber 3 als unzulänglich wegfallen, sodaß sich der neue Bedarf auf 10 Lehrsäle und 1 Handarbeitsaal oder insgesamt 11 Schulzimmer berechnet. Außerdem sind die erforderlichen Nebenräume (Schulküche, Schulbad, Zeichenaal, Lehrerzimmer) sowie eine Turnhalle vorzusehen.

Die Ausführung des Bauprogramms wird durch die Wahl des Bauplatzes wesentlich beeinflusst. Es ergeben sich nämlich folgende Möglichkeiten:

1. Bau eines weiteren Schulhauses auf dem hinteren Teile des jetzigen Schulgrundstücks an der Langen Straße,
2. Neubau auf dem städtischen Grundstück am künftigen Lüchowplatz.

Auf dem alten Schulgrundstück wäre nach angestellten Berechnungen bei möglichster Ausnutzung des Platzes ein Gebäude von 9 bis äußersten Falles vielleicht 12 Lehrsälen unterzubringen. Schulbad und Schulküche ließen sich wohl im Kellergeschos unterbringen, während auf weitere Nebenräume und eine Turnhalle verzichtet werden müßte.

Gegen dieses Projekt ergeben sich bei näherer Prüfung mehrfache und überwiegende Bedenken. Infolge der Lage des Gebäudes in nächster Nähe der Alb müßten höhere Fundierungskosten aufgewendet und die Keller wasserdicht hergestellt werden. Trotzdem bleibt für den Fall starken Hochwassers die Gefahr einer Überflutung der Kellerräume bestehen, sodaß die Ausnutzung dieser Räume für Schulbad und Schulküche zu Bedenken Anlaß gibt. Daß eine Schule von 16 und mehr Klassen nicht über eine Turnhalle, ja nicht einmal über einen Turnplatz verfügt, ist unerwünscht. Der Schulhof wird für eine Schar von etwa 600 Kindern äußerst knapp. Ferner dürfte es schwer sein, das neue Schulhaus auf dem verfügbaren hinteren Teile des Grundstücks so unterzubringen, daß der Gesamteindruck des dann sehr eng und wenig zweckmäßig überbauten Platzes nicht allzu häßlich wird. Endlich ist eine Erweiterung ausgeschlossen; für jeden künftigen Mehrbedarf an Räumen muß auf ein anderes Grundstück übergegangen werden.

Diese Erwägungen führten dazu, das für einen Schulhausbau vorzüglich geeignete Gelände in der Herrschaftsgewann in Aussicht zu nehmen. In diesem zwischen den beiden Hauptverkehrsstraßen des Vororts günstig gelegenen neuen Bauviertel besitzt die Stadt-

gemeinde ein größeres Grundstück, aus dem sich nach Durchführung des voraussichtlich in nächster Zeit beendeten Umlegungsverfahrens ein Bauplatz herauszuschneiden läßt, der allen Anforderungen entspricht. An dem projektierten freien Platz, abseits der Verkehrsstraßen, im Mittelpunkt des Stadtteils, kann hier das Schulgrundstück so groß bemessen werden, daß ein ausreichender Schulhof bleibt und spätere Erweiterungsbauten angegliedert werden können. Hier ist die Ausgestaltung des Gebäudes nicht an einen engen, ungünstigen Platz gebunden, sondern es läßt sich eine stattliche Wirkung des Baues erzielen und dieser wird dem neuen Bauviertel zur Zierde gereichen.

Mit der Ausarbeitung eines Projektes wurde das städtische Hochbauamt beauftragt unter Hinweis darauf, daß der Neubau sich möglichst der ländlichen Bauweise seiner Umgebung anpassen solle, sowie daß bei aller Rücksicht auf die Forderungen der Gesundheitspflege und des Schulbetriebes doch Sparsamkeit zu üben sei. Von den verschiedenen Vorschlägen des Hochbauamts hat das jetzt zur Ausführung empfohlene Projekt die Zustimmung der Baukommission, der Schulkommission und des Stadtrats gefunden. Es geht mit insgesamt 16 Lehrsälen (wozu noch Handarbeits- und Zeichensaal kommen) über den augenblicklichen Bedarf hinaus und schafft bei mäßigen Baukosten Schulräume, die auch einer raschen Entwicklung des Stadtteils noch auf Jahre hinaus genügen.

In dem nachstehend abgedruckten Bericht des Hochbauamts vom 6. Oktober 1911 ist das Projekt eingehend erläutert.

Sobald die Zustimmung des Bürgerausschusses erteilt ist und der Stand des Umlegungsverfahrens es gestattet, soll der Bau in Angriff genommen werden, um wenn möglich zu erreichen, daß der fertige Neubau zu Ostern 1913 zur Verfügung steht.

Was die Aufbringung der Kosten in Höhe von 274 000 M. (ohne Gelände und Straßen) anbetrifft, so wird beantragt, den erforderlichen Betrag aus Anlehensmitteln bereitzustellen. Bedenken hiergegen dürften insofern nicht bestehen, als andererseits in den Voranschlag seit 2 Jahren Beträge aus Wirtschaftsmitteln eingesetzt und dem Anlehensfonds zugeführt werden, welche der Differenz zwischen der jährlichen Tilgungssumme für die zu Volksschulbauten verwendeten Anlehensmittel einerseits und dem durchschnittlichen jährlichen Bauaufwand für Volksschulen andererseits entsprechen, sodaß eine Vermehrung der städtischen Schuldenlast für Volksschulbauten vermieden wird.

Ein Lageplan des in Betracht kommenden Geländes, auf welchem die nach Durchführung des Umlegungsverfahrens in den Besitz der Stadt übergehenden, hier in Betracht kommenden Grundstücke durch ein rotes Band kenntlich gemacht sind, ist beigegeben, desgleichen eine Ansicht des geplanten Baues und der Grundriß des Erdgeschosses.

Die Originalpläne sowie die Kostenanschläge können beim städtischen Hochbauamt eingesehen werden.

Dr. Meinschmidt.

Bericht des Hochbauamts

vom 6. Oktober 1911.

Als Bauplatz für das in Rappurr zu erstellende Schulhaus stehen der Stadtgemeinde die im beiliegenden Lageplan rot umrandeten Flächen zur Verfügung. Die Stellung des Baues ist bei den gegebenen Verhältnissen keine beliebige, sie ergibt sich aus städtebaulichen Gesichtspunkten mit zwingender Notwendigkeit an der im Lageplan bezeichneten Stelle als Abschlußwand eines freien Platzes. Das Schulgebäude soll den Platz beherrschen und die Richtschnur für die spätere Bebauung desselben abgeben. Die künftigen Baupläne der hier zu erstellenden Privathäuser sollten deshalb namentlich bezüglich der äußeren Gestaltung vom Hochbauamt begutachtet werden. Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß kein Platz zu klein oder zu entlegen ist, um dessen Be-

bauung nicht die volle Aufmerksamkeit zu widmen. Im Interesse einer guten, möglichst geschlossenen Platzwirkung beantragen wir auch, daß der östliche Teil der Lühow-Straße um seine ganze Breite verschoben werde. Die Tiefe der Baublöcke erfährt durch die Verschiebung keine Nachteile. Um die Übersicht beim Straßenbruch zu wahren, erhält das Gebäude an der Stelle eine einspringende Ecke. Ein starker Verkehr wird sich auf der Straße überhaupt nicht entwickeln. Schwierigkeiten mit Nachbarn entstehen durch die Verlegung auch keine, weil die Stadtgemeinde allseits Angrenzlerin ist.

Grundrissentwicklung.

In Rücksicht auf die Verminderung der Baukosten und im Interesse eines möglichst billigen Heizbetriebes wurde eine zweiflügelige Anlage gewählt. Eine spätere Erweiterung ist vorgelesen derart, daß die in die Lühow-Straße mündende Nikolaus-Straße noch einen architektonischen Abschluß durch das Schulhaus erhält. Aus dieser Anordnung ergibt sich dann die Mindestgröße des für das ganze Schulhaus erforderlichen Bauplatzes. Derselbe mißt nach unserem Lageplan etwa 5 500 qm, wovon 1 226 qm auf den projektierten Bau und 700 qm auf die spätere Erweiterung entfallen. Der Haupteingang liegt am Lühow-Platz, weitere Ein- beziehungsweise Ausgänge befinden sich unmittelbar bei den 2 Treppenhäusern und führen in den Hof und den Verbindungsang. Der Mittelgang erhält sein Tageslicht, teils von den beiden Querseiten, teils durch große, in den Klassenzimmerwänden angebrachte, mit Hohlglas verglaste Öffnungen, ähnlich wie in der Nebeniuss- und Lindenschule. Da das Schulhaus für Knaben und Mädchen bestimmt ist, so sind im Einverständnis mit dem Rektorat der Volksschulen die Knabenaborte im Erdgeschoß, die Mädchenaborte im I. und II. Obergeschoß angeordnet worden. Gänge und Vorplätze dienen gleichzeitig als Kleiderablage. Die sonstige Einteilung ist aus den Grundrissen zu ersehen. Das Gebäude enthält außer einem Keller- und Erdgeschoß noch 2 Obergeschoße.

Im Kellergeschoß befindet sich das Kesselhaus und der Kohlenraum für die Zentralheizungsanlage, 1 Schulküche mit Vorratskammer und 1 Schüler- und Volksbad mit Auskleideraum.

Im Erdgeschoß liegen 6 Klassenzimmer, 1 Lehrerzimmer, 1 Dienerzimmer und Knabenaborte.

Das I. Obergeschoß enthält 6 Klassenzimmer, 1 Bibliothek- und Lehrerzimmer, 1 Oberlehrerzimmer und Mädchenaborte. Im II. Obergeschoß liegen 4 Klassenzimmer, 1 Rechenaal, 1 Handarbeitsaal mit Nebenzimmer, 1 Karten- und Lehrmittelzimmer, Mädchenaborte.

Turnhalle.

Die Turnhalle 24/12 m im Lichten groß, liegt quer zum Klassengebäude und ist mit demselben durch einen Gang verbunden. Es sind je ein Umkleideraum und eine besondere Abortanlage angegliedert, um das Schulhaus geschlossen halten zu können, wenn außerhalb der Unterrichtszeit die verschiedenen Vereine in der Turnhalle üben.

Außenbau.

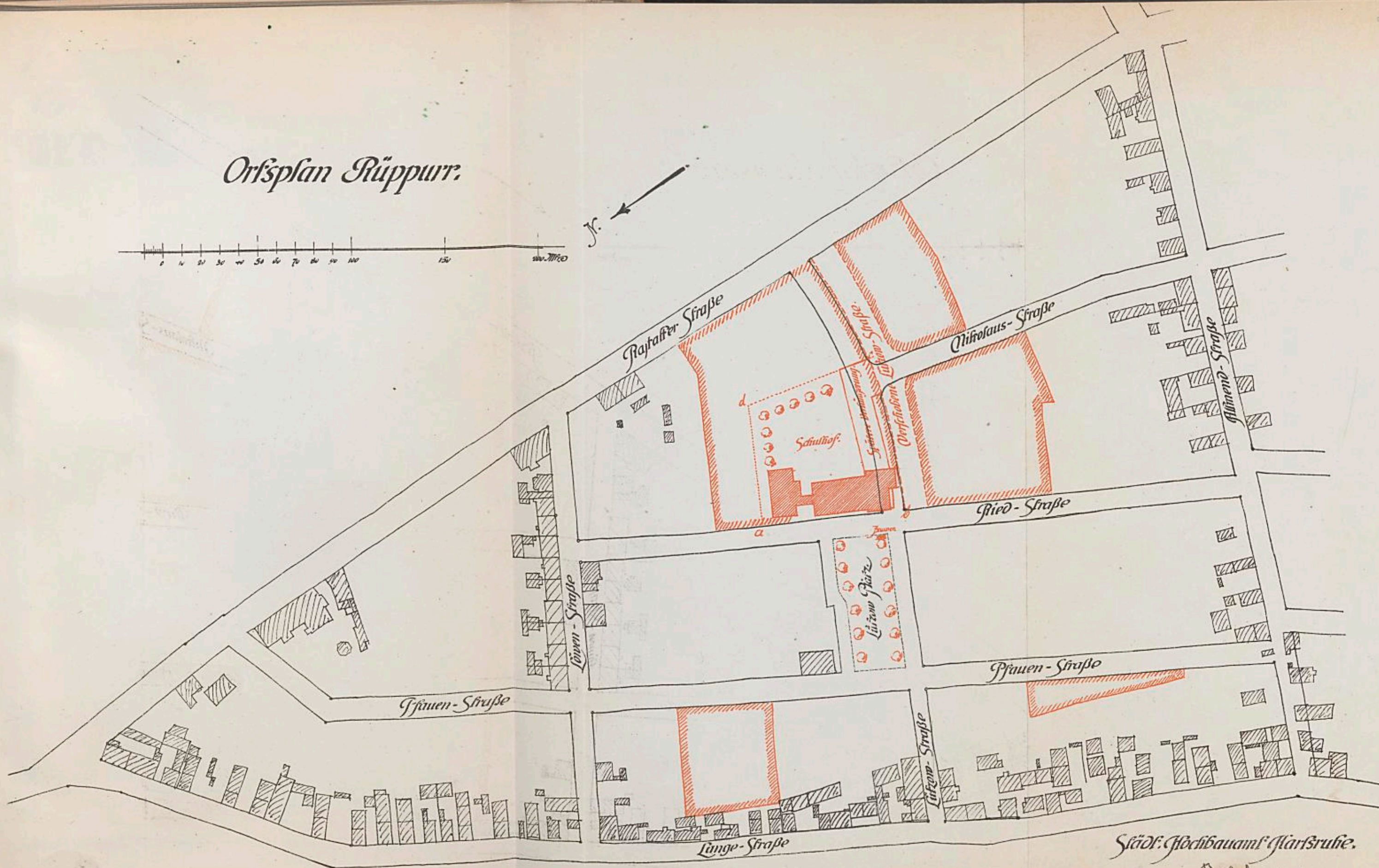
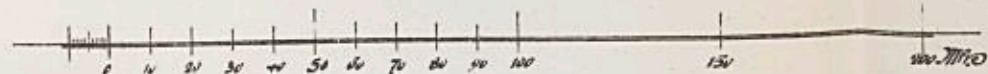
Bei der äußeren Gestaltung wurde darauf Bedacht genommen, den Charakter eines Land-schulhauses zu wahren. Insbesondere wurde erstrebt, den dreistöckigen Bau nicht allzu hoch in die Erscheinung treten zu lassen und von der einmal nicht zu umgehenden Höhe einen Übergang in die Landhausbebauung zu finden. So wurde der dreistöckige Hauptbau zunächst auf zwei Stockwerke herabgeführt. Es mußte dabei nur auf 1 Lehrsaal verzichtet werden, da die demselben gegenüberliegende Abortanlage auf den Podesten angeordnet wurde, um auch hier eine unnötig hohe Bebauung zu vermeiden. An den zweistöckigen Bau schließen sich Verbindungsgang und Turnhalle an, so daß ein allmählicher Übergang erreicht wurde.

Die Fassadengestaltung soll in einfacher Sachlichkeit durchgeführt werden. Der Sockel ist in Werksteinen und hammerrechtem Schichtenmauerwerk angenommen. Die Fenster sind klassenweise zu Gruppen zusammengezogen, glatte gelbe Sandsteingewände umrahmen die Öffnungen. Die Außenwände sollen in verputztem Bruchsteinmauerwerk ausgeführt werden. Die Dächer werden mit sogenannten Wiberichswänden eingedeckt. Die Wirkung des Baues wird lebendig durch die Gruppierung der Baumassen und die beherrschende Stellung des großen Giebels an der Platzseite erstrebt. Der Giebel erhält als Schmuck das etwas reichere Portal, eine mit einem Schutzbach gekrönte Uhr und eine vorgebaute Giebelspike.

Die Turnhalle ist noch einfacher gedacht. Sockel wie beim Hauptbau, die übrigen Wände verputztes Bruchsteinmauerwerk, die Fensteröffnungen erhalten keine Sandsteinumrahmung. Das Dach ist als Satteldach mit Krüppelwalmen projektiert und soll gleichfalls mit Wiberichswänden eingedeckt werden. Die Hallendecke wird bis zum Kehlgeßel in den Dachraum hineingezogen.

16 Kl. 3.

Ortsplan Rüppurr.

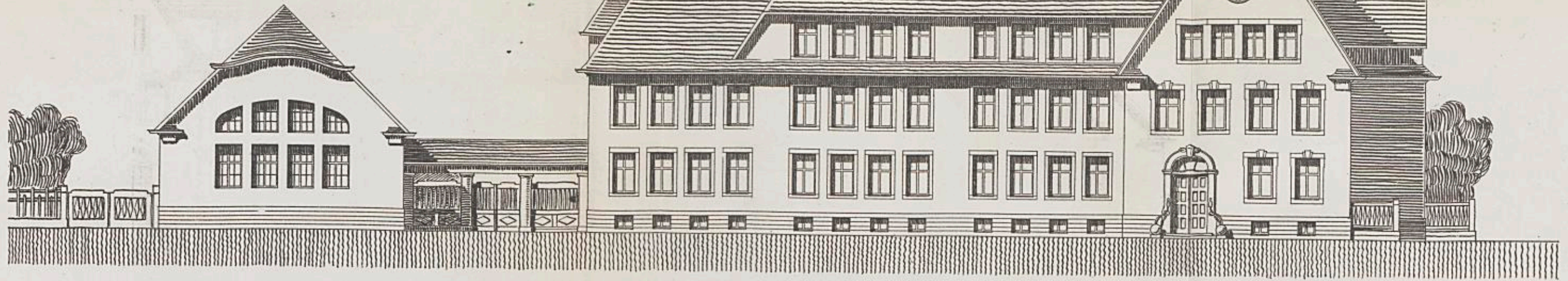


Städt. Hochbauamt Karlsruhe.

Reichel 11-10-11.

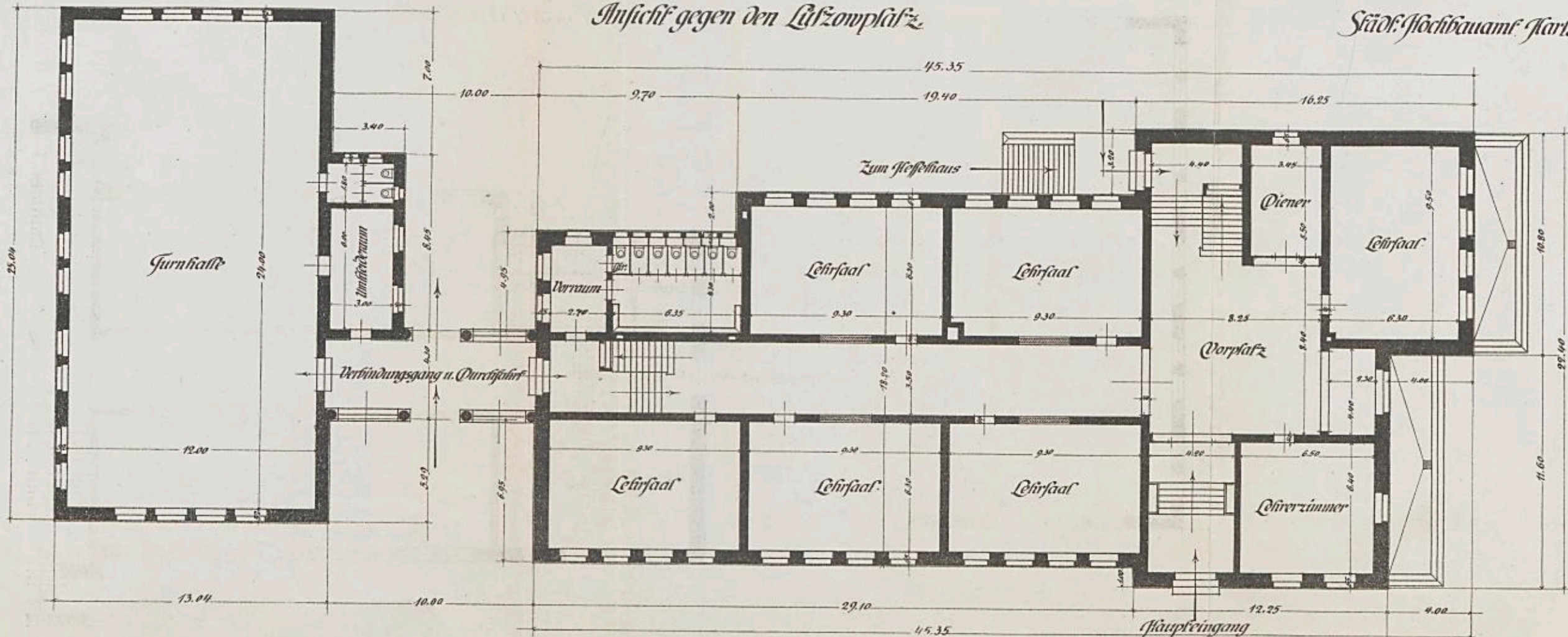
Schulhausneubau für den Vorort Rüppurr.

266b



Aussicht gegen den Lustowplatz

Städ. Hochbauamt Karlsruhe.



Erdgeschoss.

Städ. Hochbauamt Karlsruhe.

Zeichner

Plan folgt nach

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Städteordnung mit Erlaß Grossh. Minist. des Innern
vom 30. November 1911 No. 52927.

Karlsruhe, den 24. Oktober 1911.

Grundstückserwerbung von Landwirt Robert
Schäfer in Daglanden betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. das aus den nachverzeichneten Grundstücken der früheren Gemarkung Daglanden:

Lagerbuch	Flächenmaß	Kulturart	Gewinn
18 390	21 ar 4 qm	Ackerland	Puckel-Acker
18 391	58 " 32 "	Hofraite	" "
18 392	18 " 45 "	Ackerland	" "
18 393	18 " 36 "	"	" "
18 394	8 " 69 "	"	" "
18 395	9 " 67 "	"	" "
18 398	25 " 38 "	"	" "
18 412	12 " 72 "	"	" "

- bestehende Anwesen des Landwirts Robert Schäfer in Daglanden mit insgesamt 172 ar 63 qm einschließlich der darauf befindlichen Gebäulichkeiten zum Preis von 34 526 M für die Stadtgemeinde Karlsruhe erworben und
2. der entstehende Aufwand von 34 526 M nebst den Kosten im voraussichtlichen Betrag von 955 M aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Dr. Bierau.

Begründung.

Das oben bezeichnete Anwesen, das früher als Ziegelei benutzt wurde, jetzt jedoch landwirtschaftlichen Zwecken dient, wurde der Stadtgemeinde von dem derzeitigen Eigentümer zum Kauf angeboten. Wie aus dem angeschlossenen Plan ersichtlich ist, handelt es sich um ein geschlossenes Anwesen im Hochgestade, südöstlich von Darlanden, das seinem ganzen Umfang nach in das bereits planmäßig festgelegte Bebauungsgebiet der Gewanne Langentheiler und Buckelacker fällt, in denen die Stadtgemeinde bisher keinerlei Grundbesitz hatte. Abgesehen davon, daß die Grundstücke als Baugelände im Wert steigen werden, empfiehlt es sich also, daß sich die Stadtgemeinde rechtzeitig für ihren künftigen Bedarf Gelände beschafft. Es könnte insbesondere daran gedacht werden, das Gelände späterhin für die Errichtung eines Schulgebäudes zu verwenden. Der Stadtrat glaubte daher, das Kaufgebot nicht von der Hand weisen zu sollen. Der vereinbarte Preis von 2 M. pro Quadratmeter für das Gelände einschließlich der Gebäulichkeiten (2 Wohnhäuser, Stallung, Scheuer und Schopf) dürfte im Hinblick auf die Lage des Anwesens in der Nähe des Ortes Darlanden und die künftighin zu erwartende Wertsteigerung der Grundstücke als angemessen erscheinen. Zieht man von dem Gesamtpreis von 34 526 M. den Gebäudewert nach dem Feuerversicherungsanschlag mit 15 600 M. ab, so ergibt sich ein Preis für das Gelände als solches von rund 1 M. 10 M. pro Quadratmeter.

Es besteht die Absicht, das Anwesen vorerst durch Verpachtung nutzbar zu machen. Die Erzielung eines angemessenen Pachtzinses wird keinen Schwierigkeiten begegnen, da die Angehörigen des Verkäufers Wert darauf legen, das Anwesen als Pächter weiterhin bewirtschaften zu dürfen.

Es sei noch bemerkt, daß lastenfreie Übergabe der Grundstücke ausbedungen wurde, und daß der Kaufpreis alsbald nach der Eintragung des Eigentumsüberganges im Grundbuch bar zu entrichten ist.

Siegriß.

*Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911 mit der
Wafgabe, daß in § 11 III der Vorlage steht: "der Rat, der
sowie Zustimmung des Bürgerausschusses" gefügt wird: "jeden
nach nachträglicher Genehmigung des Ratsherren,
Hauptmann".*

Städt. Genehmigung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 15. September 1911 No. 55108.

Karlsruhe, den 13. Oktober 1911.

Die Erwerbung von Gelände der früheren
Gemarkung Daglanden betreffend.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird hierdurch beantragt, der Bürgerausschuß
wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

- I. die nachverzeichneten, im Erweiterungsgebiet des Rheinhafens gelegenen Grund-
stücke der früheren Gemarkung Daglanden *)

Lagerbuch	Größe	Kulturart	Gewann	Preis	Preis pro qm
Nr. 7 766	3 a 02 qm	Ackerland	Hohleisch	302 Mk	1 Mk
Nr. 1 093	3 " 67 "	"	"	250 "	0,68 "
Nr. 7 714	4 " 94 "	"	Neufeld	494 "	1 "
Nr. 7 715	14 " 81 "	"	"	1481 "	1 "

zu den angegebenen Preisen erworben,

- II. der entstehende Gesamtaufwand von 2527 Mk sowie die Kosten aus Anlehens-
mitteln bestritten werden,

- III. der Stadtrat ermächtigt wird, Gelände im Erweiterungsgebiet des Rheinhafens
zu den bisher üblichen Preisen zunächst bis zum Gesamtaufwand von 25 000 Mk
ohne besondere Zustimmung des Bürgerausschusses zu erwerben.

jeden nach nachträglicher Genehmigung des Ratsherren, Hauptmann,
Der Stadtrat:

Siegrist.

Dr. Gierau.

*) Der Übersichtsplan über die Grundstücke kann auf dem Rathaus, Zimmer 74, (Registratur) eingesehen
werden.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Stadtratsentscheidung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 23. November 1911 No. 51996.

Baselruhe, den 6. September 1911.

Die Erstellung einer elektrisch zu betreibenden,
fahrbaren Verlade-Brücke nebst Drehkran, Sieb-
werk und elektrischem Spill am Rheinhafen
betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuss wolle seine Zustimmung dazu erteilen, dass

1. am städtischen Rheinhafen eine elektrisch betriebene, fahrbare Verlade-Brücke nebst Drehkran, Siebwerk und elektrischem Spill aufgestellt,
2. der hierdurch entstehende Gesamtaufwand von 190 000 Mk. aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Sachter.

Begründung.

Der steigende Güterverkehr im städtischen Rheinhafen macht eine Vermehrung der vorhandenen mechanischen Transportvorrichtungen durch Aufstellung der in vorstehendem Antrag bezeichneten Anlagen und Einrichtungen erforderlich. Die Kosten hierfür werden vom städtischen Maschinenbauamt insgesamt, wie folgt, veranschlagt:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Verlade-Brücke mit Kran, Siebwerk und Spill | 100 000 Mk. |
| 2. Elektrische Kontaktleitung | 5 000 „ |
| 3. Fundamente für die Laufschienen der Brücke einschließlich der Schienen | 60 000 „ |
| 4. Transformatoren und Kabelanlagen | 12 000 „ |
| 5. Für Bauleitung und Unvorhergesehenes (eventuell Verstärkung der Fundamente bei ungünstigen Untergrundverhältnissen) | 13 000 „ |

Summe . . 190 000 Mk.

Diese Anlage soll in der Weise nutzbar gemacht werden, daß sie zunächst einer am hiesigen Rheinhafen ansässigen bedeutenden Firma auf die Dauer von 10 Jahren mietweise überlassen wird mit der Maßgabe, daß die Mieterin während der Dauer der Mietzeit berechtigt und nach Ablauf derselben verpflichtet ist, die Einrichtungen, mit Ausnahme der im städtischen Eigentum verbleibenden Fundamente (Position 3 des Voranschlags), sowie der Transformatoren und Kabelanlagen (Position 4 des Voranschlags), gegen Zahlung des noch ungetilgten Aufwands käuflich zu übernehmen. Der Mietzins ist auf jährlich $7\frac{3}{4}\%$ des Betrags von 177 000 Mk (Position 1, 2, 3 und 12 000 Mk von Ziffer 5) festgesetzt. Von diesen $7\frac{3}{4}\%$ werden $3\frac{1}{2}\%$ zu Abschreibungen am genannten Anlagekapital verwandt. Die jeweilige Restsumme stellt den Betrag dar, den die Firma bei der käuflichen Übernahme der Einrichtungen zu ersetzen hat. In dem Mietvertrag, der mit der Firma bereits abgeschlossen wurde, ist weiterhin vorgesehen, daß die Mieterin den zum Antrieb der Anlagen erforderlichen Strom aus dem städtischen Elektrizitätswerk zu beziehen hat. Es ist ferner Vorkehr getroffen, daß die Stadtgemeinde weder für die Dauer des Mietverhältnisses noch für die Zeit nach dem Übergang des Eigentums an die Mieterin für Mängel der Anlagen oder durch deren Betrieb verursachte Schäden haftbar gemacht werden kann.

Die Rheinhafenkasse wird durch dieses Unternehmen mit jährlich ¹⁵⁰⁰⁰~~10.000~~ Mk an Ausgaben für Zinsen, Tilgung und verstärkte Amortisation belastet. Dem stehen die Einnahmen aus Mietzins mit jährlich 13 717 Mk 50 S, gegenüber, wozu noch der Gewinn aus dem elektrischen Strom für den Betrieb der Anlage kommt.

Siegrist.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 27. XII. 1911 No. 56688.

Karlsruhe, den 13. Oktober 1911.

Ergänzung und Erweiterung der Anlagen
des Gaswerks II.

Siedurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen,

A. daß mit einem aus Anlehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 95 900 M im Gaswerk II folgende Arbeiten ausgeführt werden:

1. Verbesserung und Erweiterung der Wasserleitungsanlagen für 27 000 M;
2. Errichtung einer zweiten Ammoniakwasserverdichtungsanlage (als Provisorium) für 24 200 M;
3. Ergänzung der Einfriedigung für 9 000 M;
4. Elektrisch betriebene Verschubanlage für Eisenbahnwagen für 9 200 M;
5. Aufstellung von 2 weiteren Dampfkesseln für 21 800 M;
6. Verlegung einer Gasleitung zur Füllung von Luftballons für 4 700 M;

B. daß folgende aus Wirtschaftsmitteln bereits verausgabten Beträge für die Erweiterung des Gaswerks II auf Anlehensmittel übernommen werden:

1. Für Herstellung von Straßen innerhalb des Fabrikanwesens 10 169 M;
2. Für Bearbeitung der Neubautwürfe 6 192 M;

C. daß die unter A zu bewilligenden Kredite bis zum Ende des Jahres 1914 offen gehalten werden.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Vacher.

Begründung.

Wie aus den früheren Verhandlungen des Bürgerausschusses bekannt ist, war schon für das laufende Jahr eine Erweiterung der Gas erzeugungseinrichtungen des Gaswerks II in Aussicht genommen, deren Gesamtkostenaufwand auf 3 150 000 M veranschlagt war. Durch Einschränkung des Eigenverbrauchs der Stadtgemeinde (teilweise Ersetzung von Gasöfen durch Koksöfen) ist es gelungen, die Erstellung der neuen Produktionsanlagen um einige

Jahre zu verschieben, und es soll zunächst die Leistungsfähigkeit des Gaswerks durch Aufstellung eines Gasbehälters von 40 000 cbm Fassungsraum im Jahre 1913 erhöht werden. In dem Bericht der Gaswerksdirektion vom 3. Oktober 1910, der diese Verhältnisse eingehend schildert (siehe Seite 13 ff. der Bürgerausschußvorlage vom 2. November 1910), ist aber bereits darauf hingewiesen, daß einzelne Verbesserungen und Ergänzungen des Gaswerks II, die im allgemeinen Erweiterungsprojekt enthalten waren, sich nicht bis zu dessen Ausführung verschieben lassen, sondern in Bälde in Angriff genommen werden müssen, so die Verbesserung der Wasserversorgungsanlage und die Errichtung einer neuen Ammoniakwasser-Verarbeitungsanlage; der voraussichtliche Aufwand für diese ist dort mit 28 300 Mk und mit 100 000 Mk angegeben und es wurde hierwegen eine besondere Vorlage an den Bürgerausschuß in Aussicht gestellt.

Mit Bericht vom 2. August 1911 beantragte nun die Direktion der Gas- und Wasserwerke mit Zustimmung der Gaswerkskommission die Bewilligung der erforderlichen Mittel und die Erlaubnis zur Herstellung dieser Anlagen, gleichzeitig aber auch noch die Erstellung der im Antrag weiter bezeichneten Einrichtungen. Dabei wurde aber nunmehr vorgeschlagen, für Ammoniakwasserverarbeitung nicht eine bleibende, sondern zunächst nur eine beiden Anlagen provisorische Anlage zu schaffen, die nur 24 200 Mk kosten soll, während für die dauernde Anlage 77 100 Mk erforderlich wären.

Zur Begründung ihrer Anforderungen führt die Gaswerksdirektion folgendes aus:

I. Allgemeines.

In dem Berichte vom 3. Oktober v. J., „die Erweiterung des Gaswerks II betreffend“, wurde bereits darauf hingewiesen, daß von den im Entwurf für die Erweiterung vorgesehenen Einrichtungen zwei Anlagen nicht mehr länger hinausgeschoben werden können, und zwar

1. die Verbesserung der Wasserversorgung des Gaswerks II durch Verlegung einer neuen Wasserzuführung und
2. die Errichtung einer neuen Ammoniakwasserverarbeitungs-Anlage.

Außer diesen beiden genannten Anlagen sind in das vorliegende Bauprogramm noch folgende Punkte aufgenommen worden:

3. Vervollständigung der Einfriedigung um das Gelände,
4. Einrichtung einer mechanischen Eisenbahnwagen-Rangieranlage,
5. Aufstellung von zwei Dampffesseln,
6. Definitive Verlegung einer Ballonföhrleitung,
7. Rückerlag der aus Wirtschaftsmitteln vorläufiglich bezahlten Beträge für Straßenherstellung und Projektbearbeitung.

Zu 1. Die Notwendigkeit der Verbesserung der Wasserversorgung wurde in dem vorgenannten Bericht bereits dargelegt: „Die vorhandene Wasserzuföhrung scheint durch Ablagerungen stark im Querschnitt verengt zu sein. Der auf dem Gelände des Gaswerks II herrschende Wasserdruck genügt kaum, um die Apparate hinreichend mit Wasser zu versorgen. Bei einem etwa ausbrechenden Brande könnten von den Hydranten aus kaum mit Erfolg die Löscharbeiten aufgenommen werden. Da der Gaswerksbetrieb ein zeitweiliges Abstellen der Zuleitung nicht gestattet, muß eine neue Zuleitung verlegt werden.“

Zu 2. Die Errichtung einer neuen Ammoniakwasserverarbeitungs-anlage wurde in dem oben erwähnten Bericht gleichfalls schon begründet: „Die vorhandenen Abtreib- und Kondensationsapparate sind derart angegriffen, daß nur noch mit Aufwand großer Reparaturkosten der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Die neue Anlage wird auch dann nötig, wenn das Reinigungsverfahren von Birkheiser für die Erweiterungsanlagen zur Verwendung kommen sollte, und zwar ist die Renanlage erforderlich zur Verarbeitung des aus der bestehenden Anlage anfallenden Ammoniakwassers.“

Zu 3. Die Vervollständigung der Einfriedigung um das ganze Gelände muß als dringend notwendig bezeichnet werden, denn die Kohlenlager sind heute schon über den bisher vom städtischen Tiefbauamt benützten, nicht umzäunten Teil des Gaswerks aus-

gebeht und bedürfen bei Nacht und an Sonntagen so lange einer besonderen Bewachung, als die Umzäunung fehlt. Die Kosten für die Überwachung sind etwa doppelt so groß als der Betrag für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und der Unterhaltung des Geländers.

Zu 4. Die Einrichtung einer mechanischen Eisenbahnwagen-Rangieranlage wird im Interesse der Arbeitsvereinfachung und aus wirtschaftlichen Gründen vorgeschlagen.

Zum Verschieben eines beladenen Eisenbahnwagens von der Verladestelle zur Brückenwaage und von da bis zur Abholstelle sind etwa 12 Mann mit Aufsicht auf die Dauer von 40 Minuten, einschließlich Zu- und Abgang, erforderlich; das Verschieben eines leeren Wagens erfordert einen Zeitaufwand von etwa 20 Minuten. Die Mannschaft muß für diese Zeit von einer anderen Arbeitsstelle, meist von der Koksauflagerung, weggenommen werden, wodurch, besonders im Winter, Störungen in der Abwicklung des Koksgeschäftes entstehen.

Die Zahl der jährlich zu bewegenden beladenen Wagen beträgt außer den Kohlenwagen etwa 450 Stück.

Nach Fertigstellung des Lagerplatzes für das Tiefbauamt östlich vom Gaswerk II wird sich, mindestens bis zur Eröffnung des neuen Bahnhofes, der Eisenbahnverkehr nach dem Lagerplatz ausschließlich durch das Gaswerk II bewegen. Das Tiefbauamt beschäftigt auf dem Platz nicht soviel Leute, als zum Transport eines Wagens erforderlich sind. Es werden also auch diese Wagen durch Gaswerksarbeiter hin- und hergeschoben werden müssen.

Wirft die Arbeitsunterbrechung bei der für das Gaswerk allein bestimmten Wagenzahl schon sehr ungünstig auf die Geschäftsabwicklung, so wird es bei einer weiteren Belastung mit circa 300 Wagen jährlich durch das Tiefbauamt noch mehr der Fall sein, wenn nicht durch die mechanische Einrichtung Personal und Zeit gespart werden.

Zu 5. Im Gaswerk II befinden sich 2 Dampfkesselanlagen und zwar eine ältere, bestehend aus 3 Kesseln und eine neuere, bestehend aus 2 Kesseln, beide Anlagen stehen räumlich von einander getrennt. Die neuere Anlage wurde bisher in der Hauptsache für den Betrieb der Wasser-Gasanstalt in Dienst gehalten und zwar bis vor einiger Zeit nur periodisch, d. h. so oft die Wasser-Gasanstalt betrieben wurde. Eingehende Versuche haben gezeigt, daß es zweckmäßig ist, die Wasser-Gasanstalt beinahe ununterbrochen in Betrieb zu halten, weshalb die neuere Dampfkesselanlage nunmehr auch ständig in Dienst sein muß.

Der Dampfverbrauch des Gaswerks ist gegen früher im allgemeinen gestiegen, weil nunmehr auch der mit Dampf betriebene Kompressor für die Ferngasversorgung beinahe täglich einige Zeit in Dienst gehalten werden muß. Es waren also in letzter Zeit die beiden räumlich von einander getrennten Kesselanlagen im Betrieb; die Kosten für ihre Bedienung sind dadurch unverhältnismäßig hoch gewesen; sie können vermindert werden, wenn die ganze Dampferzeugung durch Aufstellung von 2 neuen Kesseln an eine Stelle verlegt wird. Es kann dann auf die Dauer von mindestens 6 Monaten ein Heizer pro Schicht gespart werden, was einem Geldbetrag von circa 2200 M entspricht.

Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals für die beiden Kessel stellen sich höchstens auf 1800 M, sodaß hierin schon eine genügende Begründung für die alsbaldige Erstellung der 2 neuen Dampfkessel vorliegt.

Ein weiterer Grund für die Aufstellung der Kessel ist die Betriebssicherheit. Zwei der vorhandenen Kessel mit einem Betriebsalter von 26 Jahren müßten noch weiter voll beansprucht werden, wenn nicht durch neue Kessel Ersatz geschaffen wird. Der Zustand dieser beiden alten Kessel läßt jedoch eine volle Beanspruchung ohne Gefahr nicht mehr zu.

Endlich wird die Aufstellung von zwei Kesseln beantragt, da nach der Baueinteilung 2 Kessel zu einem Block vereinigt sind und nach der Erstellung des 3. Gasbehälters ohnedies ein weiterer Kessel im Winter zur Beheizung des Behälters notwendig würde.

Zu 6. In den letzten Jahren fanden öfters Freiballonaufstiege von dem zukünftigen Messplatz aus statt. Zur Füllung des Ballons mußte eine etwa 300 m lange, provisorische Leitung vom Gaswerk II aus verlegt werden. Die über Terrain liegende Leitung behindert den Verkehr und muß, da sie direkt unter den Witterungseinflüssen steht, vor jeder Füllung untersucht und nachgesehen werden, um größere Gasverluste oder eventuell Unglücksfälle zu vermeiden. Abgesehen von der Unbequemlichkeit entstehen also vor jedesmaligem Gebrauch der Leitung Kosten, welche vermieden werden können, wenn die Leitung auf ordnungsgemäße Weise verlegt wird. Wahrscheinlich finden in Zukunft ebenso oft Ballonfahrten statt, als es bisher der Fall war, sodaß mit

Berücksichtigung der vorgenannten Umstände die Verlegung einer bleibenden Ballonfalleitung empfohlen werden kann. Die Leitung muß durch einen Teil des Viehhofs gelegt werden, der demnächst mit Gleisen besetzt und gepflastert sein wird. Es ist daher bei Vermeidung größerer Kosten jetzt der günstigste Zeitpunkt für die Verlegung.

Zu 7. Durch Stadtratsbeschuß vom 24. Januar 1910 wurde die Verwendung von circa 10 000 *M* zur Herstellung von Straßen genehmigt. Ausgegeben wurden 10 169 *M*. Die Genehmigung zur Herausgabe dieser Summe aus Anlehensmitteln soll mit gegenwärtiger Vorlage beim Bürgerausschuß nachgeholt werden.

Für die Bearbeitung von Neubausprojekten wurden im Jahre 1910 aus Wirtschaftsmitteln voranschüsslich bezahlt 6 192 *M*. Um Rückersatz dieser Summe aus Anlehensmitteln wird gleichfalls nachgesucht.

II Beschreibung der Einrichtungen.

a. Wasserleitung.

Der neue Strang zweigt, wie der bereits bestehende, von der in der Schlachthausstraße liegenden städtischen Wasserleitung ab und wird als Hauptstrang durch das Werk geführt. Von diesem gehen nach der einen Seite die Verbindungsstränge zu der bestehenden Leitung, nach der andern Seite Speisestränge für die Retortenhäuser, die Wassergasanstalt und das Kesselhaus ab. Die Anordnung ist so getroffen, daß stets von einem der beiden Hauptstränge aus das ganze Werk mit Wasser versorgt werden kann, und auch bei Ausschaltung eines Zwischenstückes die Wasserversorgung nicht unterbleibt.

Der Durchmesser des neuen Stranges ist so gewählt, daß auch durch ihn allein der voraussichtliche Wasserbedarf gedeckt wird und noch ein Teil der Wassermenge nach der später östlich vom jetzigen Werk zu erstellenden Anlage geliefert werden kann.

Auf diese Weise haben wir genügende Sicherheit bei allenfallsigen Störungen im Leitungsnetz im Innern des Werkes und auch eine Reserve in der Versorgung des neu zu bebauenden östlichen Geländes, vorausgesetzt, daß dieses in der Hauptsache von der Durlacher Allee aus gespeist wird.

Die Mehrausgabe, welche durch die stärkere Dimensionierung des Stranges entsteht, ist gering, weil nur die Materialkosten sich etwas erhöhen, während die Ausgaben für die Erarbeiten und die Löhne bei der Verlegung dieselben bleiben, gleichviel, ob der Strang einen etwas größeren oder kleineren Durchmesser hat.

b. Ammoniakwasserverarbeitungs-Anlage.

Diese Anlage soll mit Rücksicht auf das noch im Versuchsstadium befindliche Birkheiser'sche Verfahren, welches beim Neubau eventuell zur Anwendung kommen könnte und die Ammoniakgewinnung innerhalb des Gasfabrikationsprozesses vorsieht, als Provisorium errichtet werden.

Das Gebäude wird daher in der einfachsten Form als Fachwerkbau mit einem Kostenaufwand von nur 4 500 *M* errichtet, während die Apparatur so vorgesehen ist, daß sie auch später verwendet werden kann, falls das Birkheiser'sche Verfahren nicht zur Einführung gelangt.

Bei Einführung des letzteren Verfahrens bleibt die Anlage, wie schon früher erwähnt, zur Verarbeitung des aus dem bestehenden Werke anfallenden Wassers.

Die Errichtung des Provisoriums läßt sich auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus rechtfertigen.

Der definitive Neubau der Ammoniakfabrik würde sofort einen Kostenaufwand von 77 100 *M* erfordern. Die Erstellung des Provisoriums erfordert einen Aufwand von etwa 24 200 *M*. Die Ersparnisse, welche an Verzinsung und Abschreibung infolge des geringeren Anlagekapitals auf die Dauer von circa 3 Jahren erzielt werden, sind nach den später folgenden genauen Berechnungen größer, als die Kosten für das provisorische Gebäude und das spätere Verlegen der Apparate.

c. Einfriedigung des Geländes.

Die Einfriedigung wird in gleicher Ausführung wie die bestehende Umzäunung fortgesetzt. Die Pfosten, aus L-Eisen bestehend, werden in einer Entfernung von je 3 m von einander in Betontüpfeln gestellt. Die Felder bestehen aus Brettern, welche an zwei querlaufenden U-Eisen befestigt sind. Pfosten und Felder werden mit einander verschraubt, so daß bei Bedarf jedes beliebige Feld ohne Beschädigung abgenommen und wieder eingesetzt werden kann.

d. Einrichtung einer Eisenbahnwagen-Rangieranlage.

Die Anlage dient zum Rangieren der Wagen, welche über die auf beigegebenem Situationsplan durch rote Farbe hervorgehobenen Gleisstrecken bewegt werden müssen. Es sind dies die Wagen für die Nebenprodukte (Koks, Teer, Gaswasser, Graphit, Reinigungsmasse), Wagen für Baumaterialien verschiedener Art und schließlich die Wagen, welche nach dem neuen Lagerplatz des städtischen Tiefbauamts gefahren werden müssen.

An der mit „a“ bezeichneten Stelle soll eine elektrisch angetriebene Winde aufgestellt werden, von welcher aus direkt oder durch Umlenkrollen die Wagen nach den verschiedenen Richtungen hin gezogen werden können. Auch die Drehscheiben sollen von der Winde aus gedreht werden.

Für die auf den Kohlengleisen verkehrenden Wagen ist diese Anlage nicht bestimmt, weil hier bahnseitig die Wagen fast bis zur Entleerungsstelle gebracht werden und weil außerdem demnächst der Umbau des Kohlenlagerplatzes bevorsteht.

Die später folgende genaue Rentabilitätsberechnung wird zeigen, daß durch das Verschieben der Wagen mit der Maschine circa 30% an Kosten gegenüber dem Handtransport gespart werden.

e. Aufstellung von zwei Dampfkesseln.

Die Kessel werden, wie die bereits vorhandenen, als Einflammrohrkessel ausgeführt. Die Heizfläche eines jeden Kessels beträgt 60 qm. Fundamente und ein Teil der Rohrleitungen für die neuen Kessel sind bereits vorhanden.

f. Ballonföhrleitung.

Die Ballonföhrleitung soll direkt an den Behälter II angeschlossen und durch das Gelände des Viehhofes nach dem neuen Wehplatz geföhrt werden, wo zwei Föhrstellen vorgesehen sind. Die Leitung ist derart projektirt, daß ein Anschluß an den nächstens zu errichtenden Behälter III und ein Anschluß an die Kompressorstation der Gasfernversorgungsanlage möglich ist. Der Anschluß an den Behälter III wird gleich nach Erstellung des Behälters vollzogen werden, während der Anschluß an die Kompressorstation erst bei Bedarf ausgeföhrt werden soll.

Die im Kostenvoranschlag angegebene Summe genügt zur Verlegung der Leitung vom Behälter II ab.

Kostenzusammenstellung.

1. Wasserleitung	27 000 Mk. — S.
2. Ammoniakwasserverdichtungsanlage:	
Gebäude	4 550 Mk. — S.
Innere Einrichtungen	19 650 „ — „
3. Einfriedigung	24 200 „ — „
4. Rangieranlage	9 000 „ — „
5. Aufstellung von zwei Dampfkesseln	9 200 „ — „
6. Ballonföhrleitung	21 800 „ — „
7. Straßenherstellungskosten	4 700 „ — „
8. Gehalte, welche vorshüßlich aus Wirtschaftsmitteln bezahlt wurden	10 169 „ 01 „
Gesamtsumme	6 192 „ — „
	112 261 Mk. 01 S.

Rentabilitätsberechnungen.

Von der gegenwärtigen Bauvorlage kann nur für die Ammoniakwasserverdichtungsanlage, die Einfriedigung, Rangieranlage und Erstellung der Dampfkessel eine Rentabilität nachgewiesen werden.

Die Verlegung der Ballonföhrleitung ist nur bedingungsweise rentabel, während für die Verlegung der Wasserleitung natürlicherweise zahlenmäßig ein Gewinn nicht nachgewiesen werden kann; es ist dies vielmehr eine Einrichtung, die im Interesse der Betriebssicherheit geschaffen werden soll.

Die Rentabilität einer Ammoniakwasserverdichtungs-Anlage an sich ist ja durch den aus der bestehenden Anlage erzielten Gewinn erwiesen.

Es soll in folgender Rechnung nur gezeigt werden, daß die Errichtung des Provisoriums bei der augenblicklichen Sachlage gerechtfertigt ist.

A. Provisorium:

Kosten des Gebäudes	4 550 M — S ₁	
Innere Einrichtung	19 650 " — "	
Anlagekapital		24 200 M — S ₁
a. Verzinsung	24 200 M zu 4 1/4% =	1 028 M 50 S ₁
b. Abschreibung	4 550 " " 25 % = 1 137 M 50 S ₁	
	19 650 " " 6 % = 1 179 " — "	2 316 " 50 "
c. Unterhaltung	4 550 " " 2 % = 91 M — S ₁	
	19 650 " " 3 % = 589 " 50 "	680 " 50 "
d. Bedienungskosten (sind in beiden Fällen gleich)		— " — "
Summe der jährlichen Ausgaben		4 025 M 50 S ₁

B. Ausbau der Neuanlage:

Kosten des Gebäudes	51 425 M 67 S ₁	
Innere Einrichtung	25 675 " 25 "	
Anlagekapital		77 100 M — S ₁
a. Verzinsung	77 100 M — S ₁ zu 4 1/4% =	3 276 M 75 S ₁
b. Abschreibung	51 425 " 67 " " 2 % = 1 028 M 51 S ₁	
	25 675 " 25 " " 6 % = 1 540 " 51 "	2 569 " 02 "
c. Unterhaltung	51 425 " 67 " " 2 % = 1 028 M 51 S ₁	
	25 675 " 25 " " 3 % = 770 " 26 "	1 798 " 77 "
d. Bedienungskosten		— " — "
Summe der jährlichen Ausgaben		7 644 M 54 S ₁

Innerhalb 3 Jahren sind auszugeben:

Bei Errichtung des Provisoriums	12 076 M 50 S ₁	
Verlegen der Apparate in die neue Anlage	1 500 " — "	13 576 M 50 S ₁
Bei Errichtung der definitiven Neuanlage		22 933 " 02 "

In letzterem Falle mehr 9 357 M 12 S₁

Aus dieser Zahl ist also zu erkennen, daß sich das provisorische Gebäude schon in 1 1/2 Jahren bezahlt macht.

Die Einfriedigung erfordert ein Anlagekapital von	9 000 M — S ₁	
Jährlich sind also auszugeben:		
a. Verzinsung	9 000 M zu 4 1/4% = 382 M 50 S ₁	
b. Abschreibung	9 000 " " 4 % = 360 " — "	
c. Unterhaltung	9 000 " " 2 % = 180 " — "	
Summe der jährlichen Ausgaben		922 M 50 S ₁
Jetzt erfordert die Bewachung jährlich einen Kostenaufwand von		1 900 " — "
Also jährliche Ersparnis bei sofortiger Erstellung des Geländers		977 M 50 S ₁

Das Anlagekapital für die Rangieranlage beträgt	9 200 M — S _i
Jährlich sind also auszugeben:	
a. Verzinsung 9 200 M zu $4\frac{1}{4}\%$ = 391 M — S _i	
b. Abschreibung 9 200 " " 8 % = 736 " — "	
c. Unterhaltung 500 " — "	
d. Betriebskosten (Löhne, Strom etc.) 750 " — "	
Summe der jährlichen Ausgaben	2 377 M — S _i
Bei Handbetrieb erfordert das Rangiergehäfte einen jährlichen Aufwand von	3 600 " — "
Also jährliche Ersparnis bei mechanischem Betrieb	1 223 M — S _i

Die betriebsfertige Erstellung von 2 neuen Dampfkesseln erfordert einen Kapitalaufwand von	21 800 M — S _i
Nimmt man zu Ungunsten der Neuanlage die jährlichen Unterhaltungskosten für die neuen und alten Kessel gleich an, so ergibt sich bei $4\frac{1}{4}\%$ Verzinsung und 4 % Tilgung des Anlagekapitals ein jährlicher Aufwand von	1 798 M 50 S _i
Diesem Aufwand stehen Ersparnisse an Betriebslöhnen gegenüber in Höhe von mindestens	2 200 " — "
Jährliche Nettoersparnisse nach Erstellung der Anlage	401 M 50 S _i

Die jährlichen Kosten für die Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals der Ballonfällleitung betragen circa 300 M.

Im vergangenen Jahre wurden etwa 10 000 cbm Gas zur Ballonfällung verwendet.

Erreicht man diese Zahl auch im kommenden Jahre, und bleibt der Preis mit 8 Pfennig pro Kubikmeter bestehen, so werden die Kosten für Verzinsung, Abschreibung und Bedienung bei der Fällung hinlänglich gedeckt, vorausgesetzt, daß wir als Selbstkosten des Gases lediglich die Herstellungskosten ohne Verzinsung und Amortisation des Wertes berechnen, was für den vorliegenden Fall zulässig ist.

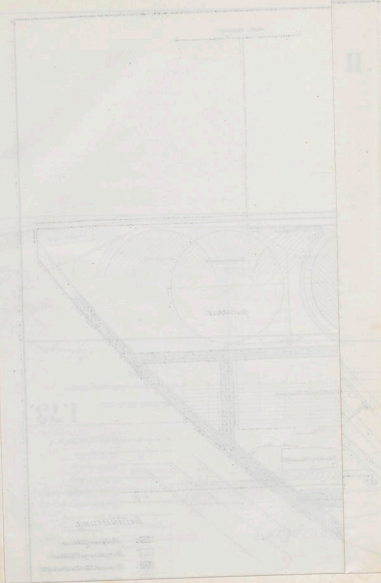
Im ganzen belaufen sich die angeforderten Kredite auf 112 261 M. Die Entnahme dieser Summe aus Anlehensmitteln rechtfertigt sich durch die Wertserhöhung, welche die Produktionsanlagen des Gaswerks dadurch erfahren und durch die Ersparnisse an Betriebsausgaben, welche den Aufwendungen an Zinsen gegenüberstehen. Die jährliche Belastung des Gaswerks durch Zinsen, Tilgung und verstärkte Amortisation, wie durch Unterhaltung und Betrieb der Neuanlagen wird sich auf 12 200 M belaufen; dem stehen Ersparnisse gegenüber in Höhe von 8 000 M, so daß die entstehenden Mehrausgaben auch während der Tilgungsperiode sich auf 4 200 M beschränken. Selbstverständlich wird aber den beantragten Herstellungen eine mindestens gleichwertige Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit des Gaswerks zuzuschreiben sein.

Ein Lageplan ist angeschlossen, ebenso für die neuen Mitglieder des Bürgerausschusses ein Abdruck der oben erwähnten Bürgerausschußvorlage vom 2. November 1910.

Die Pläne und Kostenschätzungen können bei der Direktion des Gaswerks eingesehen werden.

Siegriß.

II.



STÄDT. GASWERK II.



Städt. Schlacht- und Viehhof

Schlachthausstrasse



h

b

e

d

c

a

f

g

i

k

l

m

n

o

p

q

r

s

t

u

v

w

x

y

z

aa

ab

ac

ad

ae

af

ag

ah

ai

aj

ak

al

am

an

ao

ap

aq

ar

as

at

au

av

aw

ax

ay

az

ba

bb

bc

bd

be

bf

bg

bh

bi

bj

bk

bl

bm

bn

bo

bp

bq

br

bs

bt

bu

bv

bw

bx

by

bz

ca

cb

cc

cd

ce

cf

cg

ch

ci

cj

ck

cl

cm

cn

co

cp

cq

cr

cs

ct

cu

cv

cw

cx

cy

cz

da

db

dc

dd

de

df

dg

dh

di

dj

dk

dl

dm

dn

do

dp

dq

dr

ds

dt

du

dv

dw

dx

dy

dz

ea

eb

ec

ed

ee

ef

eg

eh

ei

ej

ek

el

em

en

eo

ep

eq

er

es

et

eu

ev

ew

ex

ey

ez

fa

fb

fc

fd

fe

ff

fg

fh

fi

fj

fk

fl

fm

fn

fo

fp

fq

fr

fs

ft

fu

fv

fw

fx

fy

fz

ga

gb

gc

gd

ge

gf

gg

gh

gi

gj

gk

gl

gm

gn

go

gp

gq

gr

gs

gt

gu

gv

gw

gx

gy

gz

ha

hb

hc

hd

he

hf

hg

hh

hi

hj

hk

hl

hm

hn

ho

hp

hq

hr

hs

ht

hu

hv

hw

hx

hy

hz

ia

ib

ic

id

ie

if

ig

ih

ii

ij

ik

il

im

in

io

ip

iq

ir

is

it

iu

iv

iw

ix

iy

iz

ja

jb

jc

jd

je

jf

jj

jh

ji

jj

jk

jl

jm

jn

jo

jp

jq

jr

js

jt

ju

jv

jw

jx

jy

jz

ka

kb

kc

kd

ke

kf

kg

kh

ki

kj

kk

kl

km

kn

ko

kp

kq

kr

ks

kt

ku

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Stadtratsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. d. Innern
vom 22. November 1911 No. 51.905.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1911.

Umbau und Verlängerung der Revisions-
gruben in der Wagenhalle der Straßenbahn
betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. die Revisionsgruben in der Wagenhalle der Straßenbahn mit einem Kostenaufwand von 44 300 M umgebaut und verlängert werden,
2. der auf den Umbau (die Wiederinstandsetzung der vorhandenen Gruben) entfallende Kostenanteil von 15 000 M aus Wirtschaftsmitteln, der auf die Verlängerung (Neuerstellung) der Gruben entfallende Anteil von 29 300 M dagegen mit Verwendungsfrist bis Ende 1913 aus Anlehensmitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Die in der Wagenhalle der Straßenbahn vorhandenen, im Jahre 1899 noch von der „Gesellschaft“ erbauten hölzernen Revisionsgruben befinden sich in einem derart baufälligen und deswegen betriebsgefährlichen Zustand, daß ihre durchgreifende Erneuerung dringend notwendig ist. Das Straßenbahnamt schlägt daher vor, das gesamte Holzwerk der Gruben durch Eisenbeton-Konstruktion moderner Bauart zu ersetzen, den schadhaften Gleiskörper aber durch Schienenmaterial, das aus dem Gleisumbau der Kaiser-Straße gewonnen worden ist und nach entsprechender Herrichtung noch gut für diesen Zweck verwendet werden kann; der gleichfalls seiner Zeit von der Privatgesellschaft erstellte schlechte und jetzt gänzlich defekte Zementfußboden der ganzen Wagenhalle muß völlig erneuert werden.

Die jetzigen Gruben mit einer Länge von nur 22,7 m sind im Verhältnis zur derzeitigen Wagenmenge zu kurz, sodaß während der Nacht, zu der sämtliche Wagen auf die betriebs-sichere Beschaffenheit ihrer Untergestelle hin untersucht werden müssen, ein ständiges Rangieren der Wagen nötig fällt. Es wird daher vorgeschlagen, gleichzeitig mit der Wiederinstandsetzung der alten Gruben diese auf eine Länge von 60 m zu erweitern. Dadurch wird erreicht, daß die Revision sämtlicher Wagen in den Gruben ohne Hin- und Herbewegung vorgenommen werden kann, was nicht nur betriebstechnisch von Vorteil ist, sondern auch eine nicht unwesentliche Betriebskostensparnis bedeutet.

Endlich ist noch eine zweckentsprechende Kanalisation und Be- und Entwässerung der Gruben vorgesehen.

Die Gesamtkosten für diese Herstellungen belaufen sich nach dem als Anlage abgedruckten Kostenschlag auf rund 44 300 M. Davon entfallen rund 15 000 M auf die Wiederinstandsetzung der jetzigen Gruben und wären daher auf die Wirtschaft zu übernehmen. Die übrigen 29 300 M entfallen auf die Verlängerung (Vergrößerung) der Gruben. Da es sich hier um eine Neuanlage von dauerndem Werte handelt, wird die Bestreitung dieser Summe aus Anlehensmitteln angängig sein.

Die vorgeschlagenen Herstellungen bilden einen Teil der Bauten, die im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Wagenhalle und der Erstellung neuer Werkstattträume zur Ausführung kommen müssen. Über diese Gesamtbauanlagen wird dem Bürgerausschuß voraussichtlich im nächsten Frühjahr eine Vorlage zugehen. Wie schon eingangs erwähnt, ist aber der Zustand der Revisionsgruben ein derartiger, daß mit deren Erneuerung nicht solange mehr zugewartet werden kann, vielmehr ohne Verzug Abhilfe geschaffen werden muß.

Sieggrift.

Kostenanschlag

für Umbau und Verlängerung der Revisionsgruben.

1. Erdarbeiten, Abbruch der alten hölzernen Gruben nebst Gleiskörper, Entfernung des alten Zementfußbodens der Haupthalle, Abfuhr von Schutt und sonstigem Material (es kommen in Betracht etwa 230 qm Holzbodenbelag, circa 2400 qm Zementfußboden, circa 1800 cbm Erdmasse)	4 800 M
2. Beton- und Eisenbetonarbeiten, Herstellen von circa 160 cbm Stampfbeton für Seitenwände, Grubentreppen und Fundamente, Erstellen der notwendigen Pfeiler aus Eisenbeton in der Ausführung entsprechend der beigelegten Zeichnung Nr. 780*), desgleichen Erstellung sämtlicher Tragkonstruktionen für den Gleiskörper, sowie Herstellung von circa 3200 qm Zementboden einschließlich Zementglattstrich	28 600 "
3. Kanalisation, Ent- und Bewässerung	1 800 "
4. Betriebsfertige Herstellung eines neuen Gleiskörpers aus altem Schienenmaterial (gewonnen aus dem Umbau Kaiser-Straße), Herrichtung von dazugehörigem Kleineisenzeug, Verankerung und Verstrebung der Schienen auf den Grubenpfeilern beziehungsweise der Tragkonstruktionen, An- und Abfuhr, Zuschlag für Nachtarbeiten, Herhaltung von Werkzeugen und Geräten, sowie Bauaufsicht und Unvorhergesehenes	9 100 "
	44 300 M

Karlsruhe, den 12. Oktober 1911.

Städtisches Straßenbahnamt.

Bussebaum.

*) Die Zeichnung kann in der städtischen Registratur (Zimmer 74) eingesehen werden.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911 mit der vom Chariburgarmutten mündlich bewerteten Präsentation der Volaya
 Stefan, daß auf der Karl-Friedrich-Straße zwischen Eisenpoststraße in
 Hofplatz eine elektrische Leuchte mit einem Glühbirnen von 900 H
 aufgestellt werden.

1 Lampe in der Hofplatzstraße, H
 wird 1 Lampe auf
 900 M

Karlsruhe, den 15. September 1911.

Die Beleuchtung der Kaiser-Straße und der Karl Friedrich-Straße betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,
 daß mit einem aus Wirtschaftsmitteln der Jahre 1911 und 1912 zu bestreitenden
 Aufwand von $30\,150 + 6\,000 = 36\,150 \text{ M}$ in der Kaiser-Straße und der Karl
 Friedrich-Straße südlich des Marktplatzes elektrische Beleuchtung mittelst Bogenlampen
 eingerichtet werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Nun 12 Jahre sind umflossen, seit die öffentliche Beleuchtung der städtischen Straßen
 durch Einführung des Gasglühlichts an Stelle der Flammenbrenner eine allgemeine Ver-
 besserung erfahren hat. Inzwischen sind bereits eine Anzahl öffentlicher Plätze und Straßen-
 kreuzungen mit elektrischem Bogenlicht versehen worden; nunmehr verlangt das mit der
 Entwicklung der Beleuchtungstechnik stetig zunehmende Lichtbedürfnis der städtischen Bevölkerung
 eine weitere Verstärkung der Lichtspender wenigstens in den verkehrsreichsten Straßen der
 Stadt. Durch den früheren Schluß der Läden nimmt die glänzende Beleuchtung der Schau-
 fenster um 8 Uhr ein Ende; das dadurch verwöhnte Auge will sich aber mit dem an sich
 nicht ungünstigen Licht der einfachen Gasglühlichter nicht mehr begnügen. So ist die möglichst
 intensive Beleuchtung der Verkehrs-Straßen zu einer Art Repräsentationspflicht der Städte
 geworden, der sich auch unsere Stadt auf die Dauer nicht entziehen kann. Der Stadtrat
 hat in dieser Empfindung unterm 1. Oktober 1909 die Direktion der Gas-, Wasser- und
 Elektrizitätswerke beauftragt, Vorschläge und Kostenberechnung für die Einrichtung und den
 Betrieb elektrischer Beleuchtung der Kaiser- und Karl Friedrich-Straße an Stelle der Gas-
 beleuchtung auszuarbeiten. Da nun aber zu jener Zeit auch neue, sehr stark wirkende
 Gaslampen konstruiert worden waren (hängendes Glühlicht, Preßgasglühlicht und Preß-
 luft-Gaslampen), so schlug das Gaswerk im Frühjahr 1910 vor, zunächst Versuche mit
 verschiedenen Systemen solcher neuer Gaslampen auf der Kaiser-Straße und gleichzeitig solche
 mit elektrischen Bogenlampen in der Karl Friedrich-Straße zu machen. Eine Reihe von Gas-
 und Elektrizitätsfirmen hatten sich nämlich bereit erklärt, ihre Lampen zu Versuchszwecken

unentgeltlich auf die Dauer eines Jahres zur Verfügung zu stellen, ohne daß damit irgend welche Verpflichtung der Stadtgemeinde verbunden sein sollte. Der Stadtrat stimmte diesem Vorschlag zu und erklärte sich weiterhin damit einverstanden, daß auch auf der Kaiser-Straße ein Versuch mit elektrischen Bogenlampen zum Vergleich ihrer Wirkung mit der der Gaslampen angestellt wurde. Diese Versuche sind seit Dezember vorigen Jahres im Gang und es ist dadurch Jedermann Gelegenheit geboten worden, sich von der Wirkung der verschiedenen Beleuchtungsmittel zu überzeugen. Die Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke hat in der Zwischenzeit genaue Beobachtungen und Messungen über die Lichtstärke, den Gas- und Stromverbrauch, die Unterhaltungskosten, Haltbarkeit der Lampen u. s. w. angestellt, so daß es nun leicht möglich ist, zu einem in technischer und finanzieller Beziehung klaren Bild und damit zu einer Entscheidung in der Angelegenheit zu gelangen. In ihrem Bericht vom 5. September führt die Direktion darüber Folgendes aus:

Die in der Kaiser-Straße und in der Karl Friedrich-Straße an den dort installierten Probebeleuchtungen vorgenommenen Lichtmessungen haben gezeigt, daß nur mit Starklichtbrennern eine befriedigende, gleichmäßige Beleuchtung zu erzielen ist. Nach den gemachten Erfahrungen und Berechnungen können für die genannten Straßen nur 2 Beleuchtungsarten in Vorschlag gebracht werden und zwar entweder eine Gasbeleuchtung mit Pharoslampen (Preßluft-Gaslampen) oder mit elektrischen Intensiv-Bogenlampen. Die Anlage- und Betriebskosten der neuen Beleuchtungsarten für die beiden in Frage stehenden Straßen sind in den beiden hier beiliegenden Tabellen zusammengestellt. Der Wert der zu entfernenden alten Beleuchtungseinrichtungen ist an den Anlagekosten in Abzug gebracht. Da aus der Tabelle für die Kaiser-Straße das Verhältnis zwischen Gasbeleuchtung und elektrischer Beleuchtung klar zu ersehen ist, sind in der Tabelle für die Neuanlage in der Karl Friedrich-Straße nur die Kosten für elektrische Beleuchtung eingetragen.

Für die Betriebskosten sind jeweils 2 Beträge eingesetzt und zwar bei Gas unter a) die Anrechnung eines Gaspreises von 7 S. , wie er für die öffentliche Beleuchtung seit Jahren in Ansatz kommt; unter b) ist der reine Erzeugungspreis des Gases, bis in die Gasbehälter geliefert, eingesetzt. Für die elektrische Beleuchtung ist in den Betriebskosten unter a) ein Strompreis bei Lieferung bis 10 Uhr abends von 20 S. und nach dieser Zeit von 2 S. eingerechnet. Unter b) ist ein Strompreis von nur 2 S. eingesetzt, dem Kohlenaufwand für die Erzeugung 1 Kilowattstunde entsprechend. Die Einrechnung eines Strompreises von nur 2 S. für die Kilowattstunde nach 10 Uhr abends ist deshalb voll berechtigt, weil während der Nachtstunden auf eine Reihe von Jahren hinaus für die Erzeugung des erforderlichen Stromes die Inbetriebhaltung nur einer Maschine im Elektrizitätswerk genügt und weil diese Maschine verhältnismäßig schwach belastet sein wird. Eine weitere Belastung der letzteren durch öffentliche Beleuchtung hat lediglich einen geringen Mehraufwand an Kohlen im Gefolge, der im ungünstigsten Falle 2 S. für die Kilowattstunde beträgt.

Bei den Probebeleuchtungen ist sowohl Aufhängung der Beleuchtungskörper in der Straßenmitte als auch am Rande der Gehwege durchgeführt. Mit der Aufhängung in Straßenmitte wird im allgemeinen eine gleichmäßigere Beleuchtung der Straße erzielt. Diese Beleuchtung hat jedoch den Nachteil, da das Straßenbild bei Tage sowohl durch die Seilüberspannungen, als auch durch die Lampen selbst in ästhetischer Beziehung etwas gestört wird.

Wie aus der für die Kaiser-Straße aufgestellten Tabelle hervorgeht, sind sowohl die Anlagekosten als auch die Betriebskosten der elektrischen Beleuchtung billiger als die einer etwa gleichwertigen Gasbeleuchtung. Da man bei Aufhängung der Lampen in der Mitte in der Kaiser-Straße mit 45 Vogenlampen auskommt und hierbei auch die die Kaiser-Straße kreuzenden Nebenstraßen in den Anschlußstrecken sehr reichlich beleuchtet, während bei Seitenaufhängung 54 Lampen erforderlich wären, da ferner die Anlagekosten bei Mittenaufhängung nur 26 040 *M* gegen 37 390 *M* bei Seitenaufhängung betragen, und da schließlich die Betriebskosten bei Mittenaufhängung etwa 3 900 *M* billiger sind als bei Seitenaufhängung, erscheint elektrische Beleuchtung mit Mittenaufhängung für die Kaiser-Straße als die zweckmäßigste Beleuchtungsart. Dadurch wird eine Helligkeit erzielt, die etwa das Zwanzigfache der jetzigen Beleuchtung mit 137 Gasglühlampen beträgt.

Die Karl Friedrich-Straße ist probeweise mit elektrischer Vogenlampenbeleuchtung mit Seitenaufhängung versehen. Die Verhältnisse in dieser Straße sind etwas anders gestaltet als auf der Kaiser-Straße, weshalb sich die Seitenaufhängung in der Karl Friedrich-Straße sowohl in Anlage-, als auch in Betriebskosten billiger stellt als bei Aufhängung in der Straßenmitte. Da die Karl Friedrich-Straße sehr häufig als Einzugs-Straße bei Festlichkeiten benützt wird, erscheint auch aus diesem Grunde die Seitenaufhängung als die zweckmäßigste.

Die jährlichen Kosten der alten Beleuchtung der Kaiser-Straße einschließlich Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals beliefen sich bei einem Gaspreis von 7 *S* für den Kubikmeter auf 8 367 *M*. Elektrische Vogenlampenbeleuchtung mit Mittenaufhängung bedingt einschließlich Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals bei Einrechnung der Selbstkosten des Stromes jährlich Betriebskosten in Höhe von 16 100 *M* (vergleiche beiliegende Tabelle I). Die Betriebskosten sind also bei einer etwa 20 mal stärkeren Beleuchtung nur 7 733 *M* höher, d. h. rund doppelt so hoch als bei der alten Beleuchtung.

Die bisherige Gasbeleuchtung in der Karl Friedrich-Straße war reichlicher bemessen als in der Kaiser-Straße. Die Zahl der Lampen betrug 53, die jährlichen Betriebskosten einschließlich Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals bei einem Gaspreis von 7 *S* für den Kubikmeter 2 750 *M*. Eine elektrische Vogenlampenbeleuchtung mit 9 Lampen wie sie zurzeit zur Probe installiert ist, beleuchtet die Straßenfläche etwa 10 mal so stark als die frühere Gasbeleuchtung und bedingt jährliche Betriebskosten einschließlich Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals bei Einrechnung der Selbstkosten des elektrischen Stromes in Höhe von 2 875 *M*. Es wird also in dieser Straße mit einer Mehrausgabe von 125 *M* etwa die 10fache Beleuchtungs-Intensität erreicht.

Die Direktion beantragte hiernach sowohl die Kaiser-Straße als auch die Karl Friedrich-Straße südlich des Marktplatzes mit elektrischen Vogenlampen zu beleuchten, die in der Kaiser-Straße über der Straßenachse, in der Karl Friedrich-Straße seitlich aufgehängt werden sollen wie beim derzeitigen Versuch, jedoch mit schöneren Aufhängevorrichtungen.

Diesem Antrag schlossen sich nicht nur die Baukommission und Gaswerkskommission, sondern auch der Stadtrat einstimmig an. Ausschlaggebend waren dabei weniger die geringeren jährlichen Betriebskosten, als die niedrigeren Anlagekosten und der günstigere Eindruck der elektrischen Lampen bei Mittelaufhängung gegenüber den Gaslichtern mit ihrer schwerfälligen Installation.

Der erforderliche einmalige Aufwand von 30 150 M für die Kaiser-Straße und 6 000 M für die Karl Friedrich-Straße soll nicht, wie das Gaswerk vorgeschlagen hatte, aus Anlehensmitteln, sondern im Hinblick darauf, daß es sich zum großen Teil um die Anschaffung verhältnismäßig rasch abnutzbarer Fahrnisgegenstände handelt, aus Wirtschaftsmitteln gedeckt werden. Soweit diese noch im Jahre 1911 zu verwenden sind, verringern sie natürlich den Wirtschaftsüberschuß, soweit die Zahlungen erst 1912 zu leisten sind, werden die erforderlichen Mittel im Voranschlag vorgesehen. Der entstehende Mehraufwand für den Betrieb (7 733 M jährlich für die Kaiser-Straße und 125 M jährlich für die Karl Friedrich-Straße) wird den voranschlagsmäßigen Mitteln entnommen.

Siegrist.

Anlage I.

Beleuchtung der Kaiser-Straße.

Nr.	Art der Beleuchtung	Lampenzahl	Anlagekosten in M	Betriebskosten in M	Bemerkungen.
	Bisherige Gasglühlichtbeleuchtung	137	11 200	8 367	Gaspreis 7 S pro cbm.
1.	Gas (Preßluft 2 fl.) 2 000 Kerzen Straßenmitte 23 ganznächtl. 22 halbnächtl.	45	48 000	a. 19 747 b. 15 972	Gaspreis a. = 7 S pro cbm. " b. = 4 " " "
2.	Desgl. + 9 Lampen Straßenmitte 19 ganznächtl. 35 halbnächtl.	54	53 316	a. 21 973 b. 17 855	
3.	Desgleichen Seitenaufhängung 19 ganznächtl. 35 halbnächtl.	54	65 122	a. 22 772 b. 18 654	
4.	Elektrizität Straßenmitte 23 ganznächtl. 22 halbnächtl.	45	30 150 — 4 110*) 26 040	a. 16 100 b. 11 160	Strompreis a. bis 10 Uhr 20 S , dann 2 S pro Kilowattstunde, " b. überhaupt 2 S pro Kilowattstunde. *) 4 110 M . Wert der bestehenden Gasbeleuchtung, welcher bei 1—3 schon abgezogen ist.
5.	Desgleichen Seitenaufhängung 19 ganznächtl. 35 halbnächtl.	54	41 500 — 4 110*) 37 390	a. 20 000 b. 14 071	

Anlage II.

Befelchtung der Karl Friedrich-Straße.

Nr.	Art der Befelchtung	Lampen- zahl	Anlagekosten in M.	Betriebskosten in M.	Bemerkungen.
	Bisherige Gas- glühlicht- beleuchtung 36 halbnächtig 17 ganznächtig	53	4 700	2 515 + 235 2 750	Gaspreis = 7 S _h pro cbm.
1.	Elektrizität Seitenanfhängung 3 ganznächtig 6 halbnächtig	9	6 000 — 750*) 5 250	a. 2 875 b. 1 985	Strompreis a. bis 10 Uhr 20 S _h , dann 2 S _h pro Kilowattstunde, " b. überhaupt 2 S _h pro Kilowatt- stunde. *) Wert der bestehenden Gasbeleuchtung.
2.	Elektrizität Straßenmitte 3 ganznächtig 6 halbnächtig	9	Wirt. & Matg. 7 000 — 750*) 6 250	a. 2 969 b. 2 079	

Johanna Amberg J. Kellermann.

Jahrest in einem Hr. Kellermann

Karl Friedrich Hr. Antographisch.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1911.

Dienstvertrag mit Stadtbaurat Otto Held
betreffend.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird beantragt, es wolle der Bürgerausschuß seine
Zustimmung dazu geben,

daß mit dem Vorstand der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und des
Maschinenbauamts, Herrn Stadtbaurat Otto Held, nachfolgender Dienstvertrag
abgeschlossen wird.

Der Stadtrat:

Siegrist.

G. Beck.

Zwischen

dem Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe einerseits
und

dem Vorstand der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und des Maschinenbauamts, Herrn
Stadtbaurat Otto Held hier anderseits,

wird folgender

Dienstvertrag

abgeschlossen:

§ 1.

Herr Stadtbaurat Otto Held erhält vom 1. Januar 1912 an statt seines bisherigen Gehalts
von jährlich 9000 M einen solchen von jährlich 9500 M

— Neuntausendfünfhundert Mark —

der sodann nach je 2 Jahren um den Betrag von 500 M

— Fünfhundert Mark —

bis zum Betrag von 12000 M

— Zwölftausend Mark —

erhöht wird.

§ 2.

Herr Feld ist nach Maßgabe der vom Bürgerausschuß unterm 17. Dezember 1908 genehmigten „Grundsätze über die Anstellungs- und Einkommensverhältnisse der städtischen Beamten“ mit Ruhegehaltsberechtigung und mit dem Recht auf Hinterbliebenenversorgung angestellt.

§ 3.

Dieser Vertrag wird doppelt ausgefertigt; jeder Teil erhält eine Fertigung.

Bürgerausschusszustimmung am 13. November 1911.

Karlsruhe, den 9. November 1911.

Teuerungszulage für Beamte und Arbeiter
betreffend.

Vorbehaltlich mündlicher Begründung wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben,

daß allen städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern, deren Jahreseinkommen an Gehalt oder Lohn weniger als 2500 M. beträgt, und die schon vor dem 1. Juli 1911 in städtischen Diensten standen, eine einmalige Teuerungszulage von 30 M. aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1911 alsbald ausbezahlt werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher

Bemerkung: Es handelt sich um . . . 596 Beamte und Bedienstete,
1040 Arbeiter.

1636

Der Aufwand beträgt demnach . . . 49080 M.

Bei der Berechnung des Jahreseinkommens sollen Nebenbezüge, Überstundenvergütungen und dergleichen nicht in Rechnung gestellt werden.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Nov. 1911.

Karlsruhe, den 28. November 1911.

Gewährung einer Entschädigung an Gärtner
Otto Julius Umhauer betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß dem Gärtner Otto Julius Umhauer hier, für Schaden, der ihm infolge der Umliegung von Grundstücken an der Geranienstraße zwischen Kaiserallee und Sofienstraße entsteht, eine Entschädigung von 1320 M aus laufenden Mitteln gezahlt werde.

Der Stadtrat.

Dr. Paul.

Vacher.

Begründung.

Das Baugebiet westlich und östlich der Geranienstraße zwischen Kaiserallee und Sofienstraße ist infolge der ungünstigen Grundstücksgrenzen zur Zeit nicht sachgemäß zu bebauen. Es wurde daher schon öfters — seit 1898 — versucht, Umliegungsprojekte durchzuführen, die jedoch immer wieder an dem Widerstand einzelner zum Schaden der anderen gescheitert sind. Der Stadtrat hat sich daher neuerdings entschlossen; nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 13 bis 20 des Ortsstraßengesetzes eine Zwangsumlegung durchzuführen. In der Abstimmungstagfahrt (§ 15 a. a. O.) hat die erforderliche Mehrheit dem Projekte zugestimmt. Einer der Beteiligten, Gärtner Umhauer, macht jedoch eine Entschädigungsforderung geltend, da ihm wertvoller Kulturboden entzogen wird, einige Bäume und sonstige Pflanzen verloren gehen und Mistbeete verlegt werden müssen. Diese Forderung ist begründet, die Stadt ist nach gesetzlicher Vorschrift entschädigungspflichtig. Die Höhe der Entschädigung wurde von Gartendirektor Ries und Gärtner Steinbach, deren Gutachten sich Umhauer unterworfen hat, auf 1320 M berechnet.

Nach dem Gesetze wäre die Stadt berechtigt, diesen Aufwand auf die an der Umlegung Beteiligten nach Maßgabe ihrer Bereicherung umzulegen. Der Stadtrat ist jedoch der Meinung, daß hiervon wie in ähnlichen Fällen im Interesse der Sache abgesehen werden sollte; wohl aber soll der Teil des Aufwands, der zur Räummung des Straßengeländes auch dann erforderlich wäre, wenn ein Umlegungsverfahren nicht durchgeführt würde, seiner Zeit den Straßenkosten zugeschlagen und von den Anliegern der Straßen zurückerhoben werden; das sind 807 *M* 50 *S*, so daß die Stadt 512 *M* 50 *S* endgültig zu tragen hätte.

Der Plan des Umlegungsprojekts kann von den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses auf der Stadtrats-Expeditur, Zimmer Nr. 76, eingesehen werden.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Sep. 1911.

Stadtsanctionierung mit Erlass Grossh. Minist. d. Finanzen
vom 22. September 1911 No. 5663 (Eingetrag.)

der Aufwandsmittel-Voranweisung;

mit Verpflanzung des Str. Einrichtungsplans vom 12. September 1911 1/46608
(zu dem Gemeindebeschlusse) Karlsruhe, den 23. November 1911.

Herstellung der Voeth-Straße zwischen Vorholz- und Südensstraße betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. die Voeth-Straße zwischen Vorholz- und Südensstraße ortsplanmäßig hergestellt und mit Kanalisation, Gas- und Wasserleitung versehen,
2. der erforderliche Aufwand im Gesamtbetrage von 23 530 M aus Anlehensmitteln bestritten,
3. folgender Gemeindebeschuß erlassen werde:

„Die Eigentümer der an die Voeth-Straße zwischen Vorholz- und Südensstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu ersetzen.

Es finden die „allgemeinen Grundsätze über den Beizug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten nach § 22 des Ortsstraßengesetzes“ (Beschuß des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) mit der Maßgabe Anwendung, daß auch hinsichtlich der unbebauten Grundstücke die Beiträge fällig werden, sobald die Ortsstraße benutzbar hergestellt ist.“

4. die Einsprache des St. Vinzentiusvereins als unbegründet verworfen werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Lacher.

Begründung.

Die westlichen Anstößer der Voeth-Straße zwischen Vorholz- und Südensstraße haben den Antrag gestellt, die Straße ortsplanmäßig herzustellen, was auch im öffentlichen Interesse erwünscht erscheint.

Das zum Straßenbau erforderliche Gelände ist zum größeren Teil (1 603 qm) von der Stadt im Jahre 1898 zum Preise von 11 M pro Quadratmeter = 17 633 M angekauft, zum kleineren Teil ist es im Laufe dieses Jahres von den westlichen Anstößern unentgeltlich abgetreten worden.

Die jetzt entstehenden Kosten betragen nach dem Voranschlag des Tiefbauamts für

1. Straßenbau	6 500 M
2. Gehweganlage	2 700 "
3. Bäume, die auf den östlichen Gehweg gesetzt werden sollen,	500 "
4. Kanalbau	8 700 "
5. Wasserleitung	1 850 "
6. Gasleitung	3 280 "

23 530 M

Die Anstößer sind zu den Kosten, wie folgt, beizuziehen:

Bezüglich der eigentlichen Straßenkosten soll der unter Ziffer 3 des Antrags angeführte Gemeindebeschluß erlassen werden. Die Absicht, einen dergleichen Gemeindebeschluß herbeizuführen, ist vorschriftsmäßig bekannt gemacht worden; es ist die unten näher behandelte Einsprache des St. Vinzentiusvereins eingekommen. Die nach § 22 Absatz 2 des Ortsstraßengesetzes erforderliche Zustimmung der Mehrheit der Anlieger zur sofortigen Fälligkeit der Straßenkosten ist erteilt.

Wegen der Erstattung der Kanal- und Gehwegkosten sind die Gemeindebeschlüsse vom 21. Juni 1909 maßgebend.

Hiernach wären von den Anliegern folgende Beiträge an die Stadt zu leisten:

1. für Geländeerwerb und Kaufkosten	28 112 M 50 S
2. für Straßenbau	6 500 " — "
3. für die Gehweganlage	2 700 " — "
4. für Kanalisation	3 847 " 20 "
5. für die Straßenunterhaltung auf die Dauer von fünf Jahren	1 100 " — "

42 259 M 70 S.

Zu Ziffer 1 ist zu bemerken: Die Summe von 28 112 M 50 S stellt abzüglich eines Betrags von 60 M für Kaufkosten u. den derzeitigen Wert des von der Stadt seiner Zeit angekauften Straßengrundstücks dar (17 M 50 S pro Quadratmeter). Hiervon hätte der St. Vinzentiusverein auf Grund des Gemeindebeschlusses den Betrag von 15 995 M aufzubringen. Nach einem anlässlich der Herstellung der Südenstraße abgeschlossenen Vertrag vom 13. November 1897 (siehe Bürgerausschußvorlage vom 4. Juni 1898) hat der Verein jedoch

3. Dezember

seiner Zeit zu dem Ankauf dieses Grundstücks einen Beitrag von 4 635 M geleistet und ist von weiterer Zahlung für Geländekosten befreit. Es ist demnach der auf den Vinzentiusverein fallende Beitrag als teils bezahlt, teils nachgelassen in Abzug zu bringen, wodurch sich die Summe von 28 112 M 50 S auf 12 117 M 50 S ermäßigt.

Zu Ziffer 4. Der Betrag ist aus folgenden Gründen nicht gleich dem Aufwand, der für den Kanalbau notwendig ist. Erstens wird nach dem Gemeindebeschluß vom 21. Juni 1909 der Berechnung nicht der Aufwand für den jetzt zu bauenden Straßkanal zu Grunde gelegt, sondern der feste Betrag von 40 M pro Frontmeter, das ist ein Teil des Aufwands der Stadt für das gesamte Kanalnetz, auf die Frontmeter aller an kanalisierte Straßen stoßenden Grundstücke umgelegt; zweitens wird nach jenem Gemeindebeschluß bei Grundstücken, die an mehr als eine Straße stoßen, nicht die Summe der Fronten der Berechnung zu Grunde gelegt, sondern nur die Hälfte der Summe. Infolge dieser Bestimmung hat namentlich der St. Vinzentiusverein, dessen Grundstück an drei Straßen stößt und der den entsprechenden Anteil schon bezahlt hat, für den jetzt zu verlegenden Teil überhaupt nichts mehr aufzuwenden.

Die oben erwähnte, rechtzeitig erhobene Einsprache des St. Vinzentiusvereins gegen den Beizug zu den Straßenkosten lautet:

Karlsruhe, den 27. Oktober 1911.

Abatz 4 des § 22 des Ortsstraßengesetzes besagt:

„Der Eigentümer eines schon vor Beginn der Straßenherstellung bebauten Grundstücks kann Befreiung von der (Kosten-)Ersatzpflicht beanspruchen, wenn er nachweist, daß die Straße dem Grundstück einen entsprechenden Vorteil nicht bietet.“

Nun ist unser Anwesen zwischen der Südent- und Vorholz-Straße durch eine Holz- und Eiseneinfriedigung gegen Westen d. i. gegen die zu erbauende Boedh-Straße vollständig abgeschlossen. Wir haben unsere Zugänge von der Südent- und Vorholz-Straße aus und bedürfen für den Verkehr mit der Anstalt weiterer Zugänge im Westen in keiner Weise. Die ganze Anlage unseres Gebäudeskomplexes ist schon derart, daß die fragliche neue Straße für unsere Anstalt völlig gleichgültig und ohne jeden Vorteil ist. Wir machen deshalb auf Befreiung von jeder Kostenersatzpflicht Anspruch.

In einem weiteren Schreiben vom 13. November wird des näheren darzulegen versucht, daß aus rechtlichen und Billigkeitsgründen der Beizug des St. Vinzentiusvereins zu den Kosten der Straße unterbleiben müßte. Dieses Schreiben, dessen Abdruck seiner Länge wegen nicht tunlich ist, liegt zur Einsicht der Herren Stadtverordneten auf der Stadtrats-Expeditur, Rathaus II. Stock Zimmer Nr. 76, offen.

Der Stadtrat hält die Einsprache rechtlich nicht für begründet und muß daher deren Ablehnung beantragen.

Die Gesetzesbestimmung, auf deren Auslegung es ankommt, ist oben bereits angeführt. Der Beizug ist hiernach gerechtfertigt, wenn die Straße dem Grundstück einen entsprechenden Vorteil bietet. Ob ein Ausgang nach der neuen Straße vorgesehen ist oder nicht, ist ohne weitere Bedeutung. Dagegen ist zu beachten, daß die fragliche Straße schon in den Plan gelegt war, ehe das Krankenhaus gebaut wurde; es ist auch bei der Bebauung auf diese Straße Rücksicht genommen worden; es sind z. B. Fensterwände bis auf 5 m an die Straßenflucht herangerückt; dieser geringe Abstand wäre nicht angängig und baupolizeilich nicht zulässig, wenn statt der Straße ein bebaubares Nachbargrundstück anstoßen würde. Die Situation ist die, daß der Verein, falls die Stadt etwa die Absicht hätte, die Straße einzuziehen, sich dagegen verwahren und auf Grund des § 25 des Ortsstraßengesetzes gegebenenfalls Entschädigung wegen Wertminderung verlangen müßte. Diese Stellungnahme deckt sich mit einer Entscheidung Großherzoglichen Verwaltungsgerichtshofs (siehe Rechtsprechung III. Teil Seite 766), worin ausgeführt ist:

„Bei solchen Gebäuden, die nach Feststellung des Bauplanes, jedoch vor Anlegung der neuen Straße und Statuierung der Beitragspflicht errichtet worden sind, ist im allgemeinen ohne weiteres anzunehmen, daß deren Besitzer von der Straßenanlage keinen geringeren Nutzen haben als die Angrenzer, die erst später bauen. Sie waren in der Lage, bei Ausführung ihrer Bauten sich nach dem Ortsbauplan einzurichten, d. h. sich die Vorteile der bevorstehenden Straßenanlage in vollem Maß zu eigen zu machen; demgemäß können sie regelmäßig mit dem vollen Beitrag nach Artikel 20 Absatz 2 herangezogen werden.“

Dabei ist zu beachten, daß der hier angeführte Artikel 20 Absatz 2 des alten Ortsstraßengesetzes dem Einsprecher günstiger lautet als der jetzige § 22 des Ortsstraßengesetzes von 1908. Dort war der Beizug bebauter Grundstücke zugelassen, wenn ihnen die Straße in hervorragendem Maße besonderen Nutzen, hier, wenn die Straße ihnen einen entsprechenden Vorteil bietet.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß der Verein, wie schon ausgeführt, gar nicht zum vollen Ersatz beigezogen wird, da er nur einen Teil der auf ihn entfallenden Gelände-

erwerbungs-kosten ersetzt. Statt 15 995 *M* hat er seiner Zeit nur 4 635 *M* bezahlt, was mit $4\frac{1}{4}\%$ Zinsen heute den Betrag von 7 374 *M* 80 *S* ausmachen würde. Es sind demnach nicht weniger als 8 620 *M* 20 *S*, die der Verein auf Kosten der Stadt erspart.

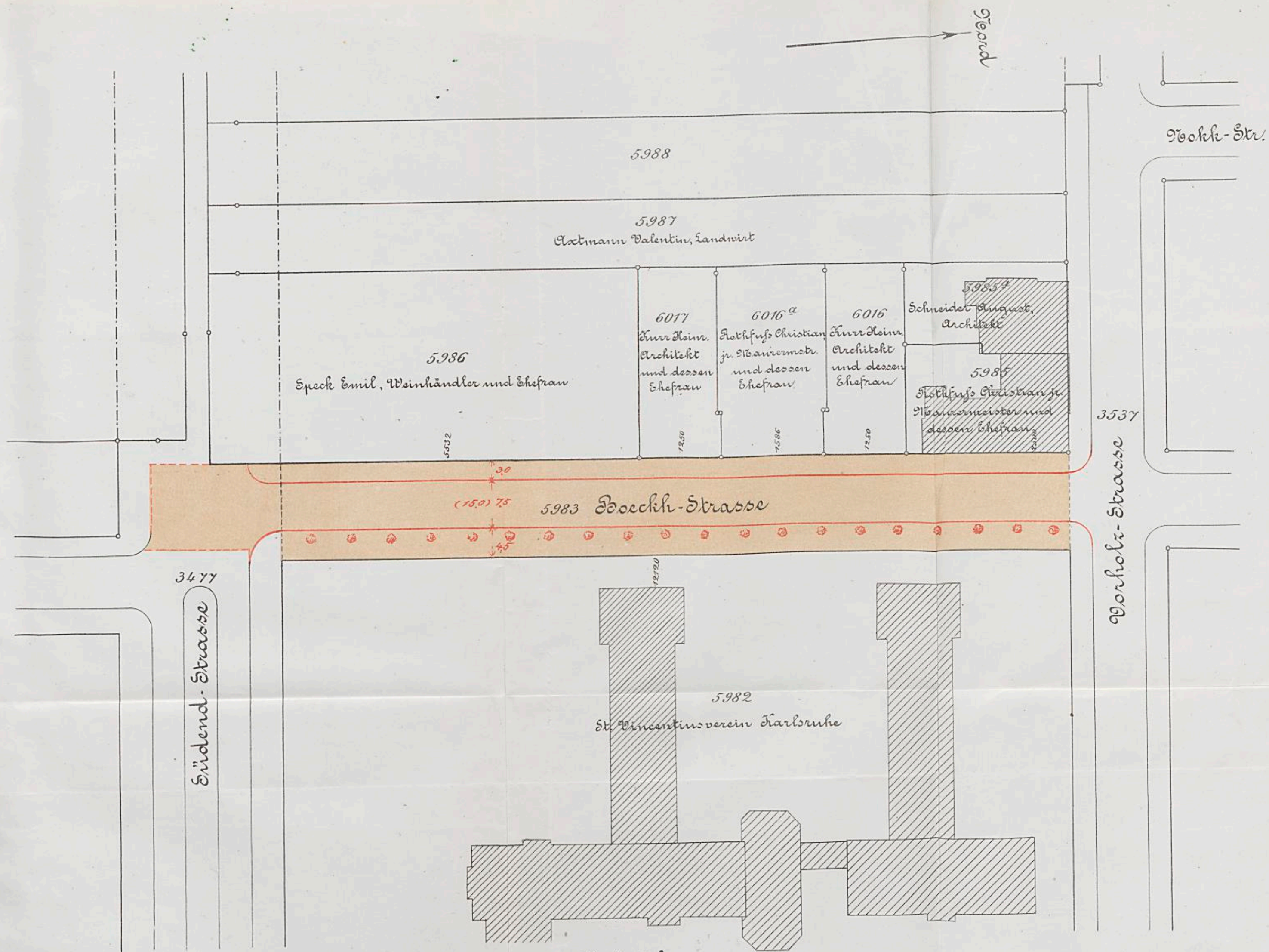
Dazu kommt, wie ebenfalls schon bemerkt, daß der Verein nicht mehr zu Kanalkosten beigezogen wird. Wäre das Anwesen ein Frontgrundstück, so wäre, da die Front 121,20 m lang ist, ein Beitrag von $121,2 \times 40 \text{ *M*} = 4 848 \text{ *M*}$ zu bezahlen.

Der ganze Aufwand, der dem St. Vincentiusverein für die Straße (Fahrbahn und Gehwege) aufgesonnen wird, beträgt nur noch etwa 5 400 *M*.

Der Stadtrat ist der Ansicht, daß hierdurch Billigkeitsgründen, die nicht verkannt werden sollen, in so weittragender Weise Rücksicht getragen ist, daß eine weitere Vergünstigung nicht mehr in Betracht kommen kann.

Es wird daher die Verwerfung der Einsprache beantragt.

Dr. Paul.



5988

5987
Altmann Valentin, Landwirt

5986
Speck Emil, Weinhändler und Ehefrau

6017
Kurr Heim.
Architekt
und dessen
Ehefrau

6016^a
Rothfuss Christian
jr. Baumeister
und dessen
Ehefrau

6016
Kurr Heim.
Architekt
und dessen
Ehefrau

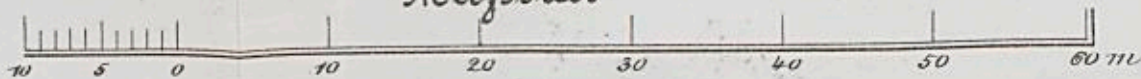
5985^a
Schneider August,
Architekt

5985
Rothfuss Christian jr.
Baumeister und
dessen Ehefrau

5983 Boeckh-Strasse

5982
St. Vincenzverein Karlsruhe

Maßstab



Karlsruhe, November 1911

Stadt. Tiefbauamt.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Nov. 1911.

Städtische Verwaltung mit Erlaß Grossh. Minist. d. d. Innenw.
vom 21. November 1911 No. 56516.

Karlsruhe, den 21. November 1911.

Die Gestaltung des Platzes am Karls-Tor
betreffend.

Hierdurch wird unter Zurücknahme des Antrags vom 15. Februar 1910^F beantragt, der
Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß

1. auf der Ostseite des Platzes beim Karls-Tor entlang dem Garten des Groß-
herzoglichen Palais als Ersatz für die abzubrechenden Torhäuser ein Wacht haus
nach den vom städtischen Hochbauamt aufgestellten Plänen erstellt,
2. der dadurch entstehende Aufwand im Betrage von 37 000 M mit Verwendungss-
frist bis Ende 1912 aus Anlehensmitteln bestritten und
3. der nachstehend abgedruckte Vertrag mit Architekt Wilhelm Peter Eheleuten hier
abgeschlossen werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Sacher.

Vertrag

zwischen

der Stadtgemeinde Karlsruhe

und

Wilhelm Peter Eheleuten.

§ 1.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe tritt von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 887 (Kriegsstraße)
die im Plane des Obergeometers Würner vom 29. Juli 1911 mit Lagerbuch Nr. 887 a
bezeichnete Fläche von 160 qm

— Einhundertachtzig Quadratmeter —

und von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 1022 die daselbst mit Lagerbuch Nr. 1022 a bezeichnete
Fläche von 2 qm

— Zwei Quadratmeter —

an die Eheleute Herrn Architekt Wilhelm Peter und Frau Frieda Peter geborene Wilfer hier zu
lastenfremem Eigentum ab.

Dagegen treten die Eheleute Peter von dem Grundstück Lagerbuch Nr. 1021 die in jenem Plan mit Lagerbuch Nr. 1021 d und 1021 e bezeichneten Flächen von 2 und 1 = . . . 3 qm

— Drei Quadratmeter —

zu lastenfreiem Eigentum an die Stadtgemeinde Karlsruhe ab.

§ 2.

Der Wert der in § 1 bezeichneten Teilflächen wird mit 10 M.

— Zehn Mark —

pro Quadratmeter bemessen, so daß die Eheleute Peter an die Stadtgemeinde Karlsruhe ein Aufgeld von $179 \times 10 \text{ M} = 1790 \text{ M}$

— Eintausendsiebenhundertneunzig Mark —

zu zahlen haben. Dieses Aufgeld ist — unbeschadet des Eigentumsübergangs — erst zu zahlen, wenn mit den Mauerarbeiten an dem Neubau an der Ecke der Kriegs- und Karl-Straße begonnen oder dieser Bauplatz verkauft wird, spätestens jedoch am 1. Januar 1913.

§ 3.

Die Eheleute Peter verpflichten sich bei einer Vertragsstrafe von 10 000 M die Fassaden derjenigen Gebäude, die auf dem Grundstück Lagerbuch Nr. 1021 entlang der Karl- und Sofien-Straße errichtet werden sollen, nach dem angehängten Plane *) auszuführen und die gleiche Verpflichtung auf ihre Rechtsnachfolger mit der Auflage zu übertragen, daß diese eine etwaige Weiterveräußerung an dieselbe Bedingung zu knüpfen haben.

Für die Vertragsstrafe sind die Beteiligten samstverbindlich haftbar, sie haben die Strafe auch zu bezahlen, wenn die Rechtsnachfolger diese Bedingung nicht einhalten.

Die vorstehenden Bestimmungen sollen kleinen Änderungen, die sich bei der Ausführung der Bauten als wünschenswert herausstellen, den Gesamteindruck der Bauten aber nicht beeinflussen, nicht im Wege stehen. Solche Änderungen bedürfen der Zustimmung des Stadtrats.

§ 4.

In den Kosten der Verbreiterung der Karl-Straße werden die jetzigen und späteren Eigentümer des Grundstücks Lagerbuch Nr. 1021 nicht herangezogen; dagegen finden die allgemeinen Gemeindebeschlüsse über den Beizug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugsanlagen und über Herstellung und Unterhaltung der Gehwege, Rinnen und dergleichen Anwendung. Die Deckung desjenigen Teils des Gehwegs der Karl-Straße, der mehr als 5,50 m von der Bauflucht entfernt ist, wird die Stadt auf ihre Kosten herstellen und unterhalten.

§ 5.

Die Kosten der Verkauftung und Eintragung dieses Vertrags im Grundbuch, sowie der Reichsstempel werden von den Parteien hälftig getragen. Befreiung von der badischen Verkehrssteuer nimmt die Stadtgemeinde in Anspruch wegen der Verwendung der eingetauschten Fläche zu öffentlichen Zwecken. Die Kosten des Meßbriefs und der Vermarkung trägt die Stadtgemeinde.

§ 6.

Der Vertrag ist nur dann rechtsgültig, wenn die Baufluchten entlang dem Grundstück Lagerbuch Nr. 1021 gemäß dem Antrag des Stadtrats Karlsruhe amtlich festgestellt werden und die Entfernung der derzeitigen Wachthäuser beschlossen ist.

§ 7.

Der Stadtrat behält sich die Zustimmung des Bürgerausschusses vor.

Karlsruhe, den 23. Oktober 1911.

Der Stadtrat:

gez. Dr. Paul.

gez. B. Peter.

„ Frieda Peter, geb. Wisler.

*) Ein diesem geometrischen Plan entsprechendes Schaubild wird während der Sitzung des Bürgerausschusses ausgestellt sein.

Begründung.

Durch Vorlage an den Bürgerausschuß vom 15. Februar 1910 hatte der Stadtrat, um die ungenügenden Verkehrsverhältnisse am Karls-Tor zu verbessern, vorgeschlagen, hinter dem westlichen Torhaus eine zweite Fahrstraße anzulegen. Auf diese Art wäre es möglich gewesen, die beiden Torhäuser zu erhalten, was dem Stadtrat aus ästhetischen und Gründen der Pietät erwünscht erschien. Dieses Projekt fand indessen nicht den Beifall der Mehrheit des Bürgerausschusses, es wurde vielmehr in der Sitzung vom 15. März 1910 eine Resolution des Inhalts angenommen, daß die Torhäuser beseitigt werden sollen; die Vorlage wurde an den Stadtrat zur nochmaligen Prüfung zurückverwiesen.

Als bald nach jener Bürgerausschußsitzung trat der Vorstand des Badischen Architekten- und Ingenieurvereins mit dem Vorschlag an den Stadtrat heran, er wolle einen Ideen-Wettbewerb über die künftige Gestaltung des Platzes am Karls-Tor ausschreiben, falls die Stadt einen pekuniären Zuschuß gewähre. Dieses dankenswerte Anerbieten wurde sehr gerne angenommen. Aber das Ergebnis ist zu erwähnen, daß die beiden mit den ersten Preisen ausgezeichneten Entwürfe (I. Preis: Diplom-Ingenieur Fritz Köppler hier, II. Preis: Architekten Pfeifer & Großmann hier) gemeinsam den Gedanken zum Ausdruck bringen, daß als östlicher Abschluß des Platzes entlang dem Garten des Großherzoglichen Palais ein neues Wachthaus zu erstellen sei, und daß entsprechend auf der Westseite unter Verzicht auf einen Vorgarten ein nicht zu hohes Gebäude den Platz abschließen solle. Der mit dem III. Preis ausgezeichnete Entwurf (Regierungsbaumeister Lorenz) sieht wieder zwei Torhäuser vor, jedoch in größerem Abstände voneinander als die bestehenden, und will den Platz beiderseits mit hohen Gartenmauern abschließen.

Bei der weiteren Bearbeitung des Projekts durch das städtische Hochbauamt wurde in Übereinstimmung mit dem künstlerischen Beirat der Stadt die den beiden erstgenannten Projekten zu Grunde liegende Idee übernommen.

Dank der gnädigen Erlaubnis Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, an den Palaisgarten anzubauen, und dank der freundlichen Unterstützung der beteiligten Behörden, namentlich aber auch infolge des weitgehenden Entgegenkommens des Architekten Peter ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, dem Bürgerausschuß heute ein Projekt vorzulegen, das sowohl den Verkehrsbedürfnissen, als auch den zu stellenden ästhetischen Anforderungen gerecht werden dürfte.

Es soll hiernach auf der Ostseite des Platzes nach Maßgabe der angeschlossenen Pläne ein neues Wachgebäude erstellt werden, in dem sowohl die Militär- als auch die Polizeiwache untergebracht werden, in dem aber auch noch für ein Verkaufslokal hinreichender Platz vorhanden ist. Auf der Westseite wird Architekt Peter eine Gebäudegruppe erstellen, die sich in der Höhenentwicklung und der äußeren Gestaltung den vorhandenen Bauten auf der Nordseite anpaßt. Ein einstöckiger schmaler Vorbau nach der Kriegsstraße zu soll dazu dienen, die Westseite des Platzes auf gleiche Länge abzuschließen, wie dies auf der Ostseite der Fall ist. Die Fahrbahn zwischen den Bauten wird eine Breite von 15,50 m, die beiden Gehwege eine Breite von je 12 m erhalten.

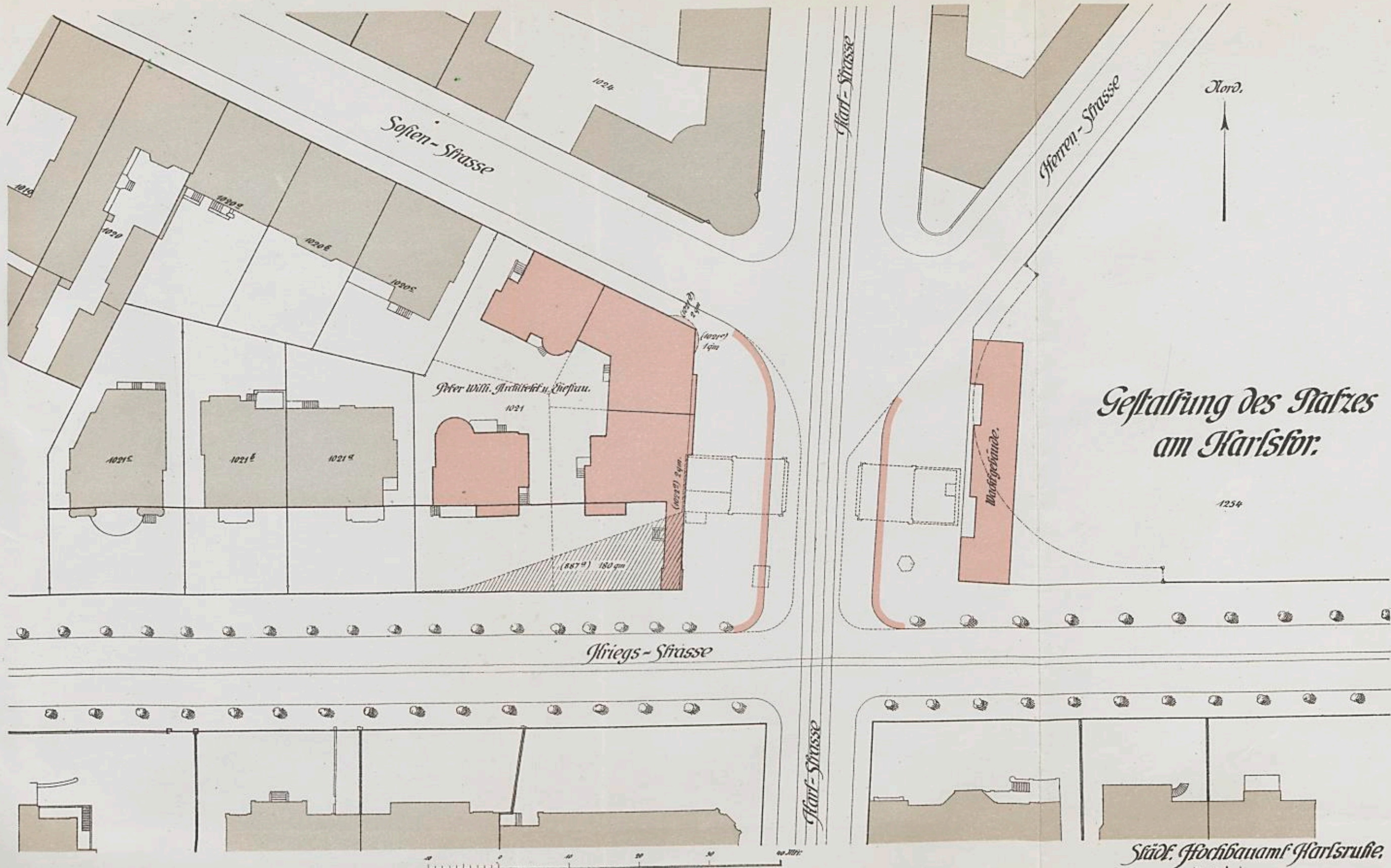
Die Architekt Wilhelm Peter Eheleute übernehmen von der Stadt zur Arrondierung ihres Baugrundstücks die in dem angeschlossenen Lageplan schwarz schraffierte Fläche mit 182 qm und treten zur Straße 3 qm (im Lageplan rot schraffiert) ab. Da die abzutretenden 179 qm fast ganz in den Vorgarten fallen, wurde derselbe Preis festgesetzt, den die Stadt für die Vorgärten an der Karls-Straße südlich des Karls-Tors bezahlt hat (10 M pro Quadratmeter).

Daß das jetzige Projekt erheblich theurer ist, als das früher vom Stadtrat vertretene, ist selbstverständlich, da die beiden Torhäuser durch einen Neubau zu ersetzen sind. Dafür ist voranschlagsmäßig ein Aufwand von 37 000 Mk erforderlich. Es kann mit einem Mietertragnis von etwa 1800 Mk im Jahr gerechnet werden. Für die Militärwache wird 500 Mk Miete gezahlt werden, für die erheblich größere Polizeiwache sind 800—900 Mk in Rechnung zu stellen, die allerdings die Stadt selbst zu tragen hat, der Rest fällt auf das Verkaufsfokal, das an einen Zeitungs- oder Blumenverkäufer zu vermieten sein wird.

Die Kosten für die Straßenänderung werden hier nicht besonders angefordert, da der Bürgerschaft sich in Bälde mit einer Vorlage über Herstellung der Karl-Straße bis zur Südentstraße wird zu beschäftigen haben, in der auch der hier in Betracht kommende Teil der Karl-Straße behandelt sein wird.

Schaubilder des Wachtthauses und der Peter'schen Bauten werden während der Sitzung des Bürgerschafts ausgestellt sein.

Dr. Paul.

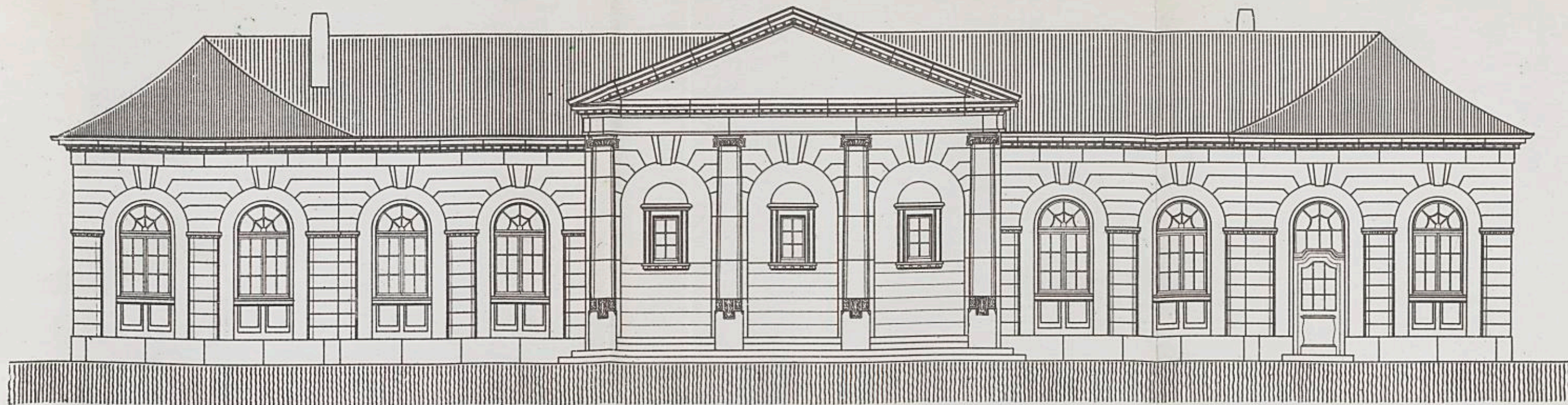


*Gestaltung des Platzes
am Karlsfor.*

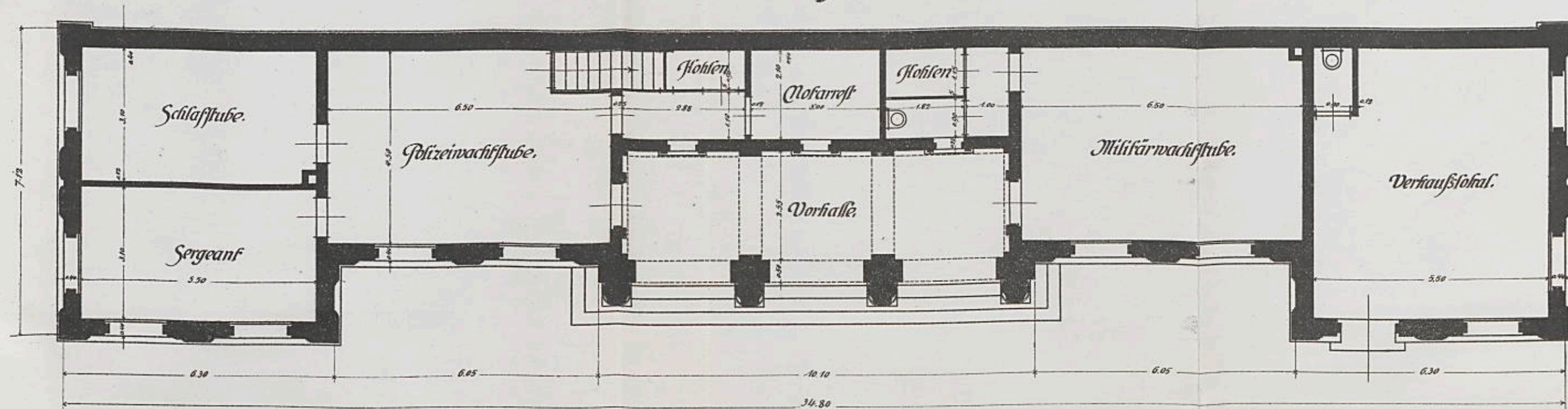
*Städt. Hochbauamt Karlsruhe.
Zeichn. 11.10.11*

Gestaltung des Platzes am Karlsfor

304b



Das Wachgebäude.



Abstr.

Städt. Hochbauamt Karlsruhe.

DeWach 16-10-11

Bürgerausschusszustimmung am 8. Aug. 1911.

Verfügg.
Stadteingetragung mit ~~etwas~~ Grossh. *Sozialdienst*
vom *22. September 1911* No. *46386* zu *Laure*
im Auftrage des Gemeindevorstandes.

Karlsruhe, den 22. November 1911.

Ankauf des von der Brauerei vorm. G. Sinner in Grünwinkel erstellten Entwässerungskanal betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. der in der Durmersheimer Straße liegende Entwässerungskanal der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefe-Fabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel nach Maßgabe des nachstehend abgedruckten Vertrags von der Stadtgemeinde erworben,
2. der entstehende Aufwand von 39 900 M abzüglich des gemäß § 2 des Vertrages von der Verkäuferin zu leistenden Kanalkostenbeitrages von 10 800 M aus Anlehensmitteln bestritten und
3. folgender Gemeindebeschluß erlassen werde:

In Abweichung von § 3 des Gemeindebeschlusses vom 21. Juni 1909 über den Bezug der Grundeigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle gemäß § 23 des Ortstraßengesetzes werden die Beiträge der Anstößer für die Kosten des durch Vertrag vom 13. November 1911 von der Stadt übernommenen Kanals in der Durmersheimer Straße erst fällig, wenn die Grundstücke an den Kanal angeschlossen werden.

Der Stadtrat.

Dr. Paul.

Dr. Gierau.

Zwischen
der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel
und
der Stadtgemeinde Karlsruhe, vertreten durch den Stadtrat,
wird folgender

Vertrag

geschlossen:

§ 1.

Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus und Preßhese-Fabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel verkauft hiermit an die Stadtgemeinde Karlsruhe in Vollzug des Vertrags vom 23. Mai (14. Juni) 1898, betreffend den Anschluß der Entwässerung der Sinner'schen Fabrik an das städtische Kanalnetz, sowie der Nachtragsverträge vom 17. Oktober 1898 und 3. Mai 1904 den im angefügten Plan des städtischen Tiefbauamts vom 15. August 1911 bezeichneten Entwässerungskanal zum Preis von $34\,000 + 5\,900 = 39\,900 \text{ M}$

— Dreißig neuntausendneuhundert Mark. —

§ 2.

Der Kaufpreis, von welchem der nach § 8 Absatz 2 des Vertrages vom 23. Mai (14. Juni) 1898 von der Verkäuferin zu leistende Kanalkostenbeitrag von 10 800 M in Abzug gebracht wird, ist am 5. November d. J. fällig. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die Stadtgemeinde Karlsruhe Eigentümerin des Kanals.

§ 3.

Die in § 1 bezeichneten Verträge treten infolge Kündigung durch die Verkäuferin am 5. November d. J. außer Kraft. Jedoch verpflichtet sich die Verkäuferin der Stadtgemeinde Karlsruhe auch für die Zeit nach dem 5. November d. J. alle Kosten zu ersetzen, die zur ordnungsmäßigen Wiederherstellung der durch die Fabrikabwässer an den städtischen Kanälen oder (im Falle der Einleitung der Abwässer in die Alb) am städtischen Elektrizitätswerk verursachten Beschädigungen angewendet werden müssen, es sei denn, daß sie zu dieser Einleitung durch eine ohne ihr Verschulden eintretende Sperrung des Kanals genötigt wäre. Im übrigen macht sich die Verkäuferin verbindlich, bei der Benützung des Kanals die Vorschriften der Hausentwässerungsordnung (orts-polizeiliche Vorschrift vom 17. April 1906) zu beachten.

§ 4.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe übernimmt die Unterhaltung und Reinigung des Kanals mit sofortiger Wirkung.

§ 5.

Die Zustimmung des Bürgerausschusses zu vorstehendem Vertrag sowie die Staatsgenehmigung wegen Verwendung von Anlehensmitteln bleiben vorbehalten.

§ 6.

Dieser Vertrag wird dreifach ausgefertigt. Je eine Vertragsfertigung erhalten die Vertragsparteien, die dritte Fertigung ist für die Stadthauptkasse bestimmt.

Begründung.

Die Stadtgemeinde hat der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vorm. G. Sinner in Grünwinkel durch den nachstehend abgedruckten Vertrag vom 23. Mai 1898, zu dem der Bürgerausschuß unterm 14. Juni 1898 seine Zustimmung erteilt hat, die Befugnis eingeräumt, die Entwässerung ihres Fabrikangebäudes in Grünwinkel an das städtische Kanalnetz im Bannwald anzuschließen und zu diesem Zwecke in der Durmersheimer Straße einen Entwässerungskanal von ihrem Fabrikgebäude bis zur Hardt-Straße — Bannwald-Allee mit Einmündung in den dort befindlichen Kanal zu verlegen.

§ 1.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe räumt hiermit der Gesellschaft für Branerei, Spiritus- und Preßhefen-Fabrikation vormals G. Sinner in Grünwinkel die Befugnis ein, die Entwässerung ihres Fabrikantwefens in Grünwinkel an das städtische Kanalnetz im Bannwald anzuschließen.

§ 2.

Die Mehrkosten, welche der Stadtgemeinde Karlsruhe dadurch erwachsen, daß Kanalleitungen, die bereits zur Ausführung vergeben sind, zur Ermöglichung dieses Anschlusses mit größerem Querschnitt als vorgesehen, ausgeführt werden müssen, und die 7300 \mathcal{M}

Sieben Tausend Dreihundert Mark

betragen, sind von der Gesellschaft für Branerei, Spiritus- und Preßhefen-Fabrikation vormals G. Sinner in Grünwinkel an die Stadtgemeinde zu ersetzen.

Dagegen gehen die der Stadtgemeinde bereits ausgelieferten Röhren 0,40/0,40 m im Wert von 1400 \mathcal{M}

Ein Tausend Vierhundert Mark

in das Eigentum der Gesellschaft über.

§ 3.

Der von dem „Bannwaldkanal“ nach der Fabrik der Gesellschaft abzweigende Kanal ist nach Maßgabe der angeschlossenen Planstizzen, in welchen sowohl die Lage als auch die Lichtweite des Rohrstranges durch rote Zeichnung fixiert ist, herzustellen; die Kosten der Ausführung hat die Gesellschaft zu tragen; die Bauausführung hat nach Maßgabe der in Karlsruhe üblichen Normen zu geschehen.

§ 4.

Die Unterhaltung des Kanals liegt der Gesellschaft ob.

§ 5.

Für die Benützung des städtischen Kanalnetzes hat die Gesellschaft an die Stadtgemeinde Karlsruhe jährlich den Betrag von 432 \mathcal{M}

Vierhundert Dreißig Zwei Mark

zu entrichten.

§ 6.

Anderer Grundstücke als die Fabrik-Etablissements der Gesellschaft dürfen ohne Zustimmung des Stadtrats an den zu erstellenden Kanal nicht angeschlossen werden.

§ 7.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe behält sich das Recht vor, den Kanal von der Gesellschaft anzukaufen; ein solcher Ankauf wird nur erfolgen, sofern eine Untersuchung ergibt, daß sich der Kanal in vollständig gutem baulichen Zustande befindet. Als Ankaufspreis wird die Summe von 35 000 \mathcal{M}

Dreißig Fünf Tausend Mark

vergütet.

§ 8.

Wenn der Kanal in das Eigentum der Stadtgemeinde Karlsruhe übergeht, so wird der Gesellschaft von dem nach § 2 oben von ihr zu zahlenden Betrag die Summe von $7300 - 1400 = 5900 \mathcal{M}$

Fünfstausend Neunhundert Mark

zurückersetzt.

Auch kommt sodann die nach § 5 oben zu zahlende jährliche Miete in Wegfall; dagegen hat bei Ankauf des Kanals durch die Stadtgemeinde die Gesellschaft als Kanalkostenbeitrag die Summe von 10 800 \mathcal{M}

Zehn Tausend Achthundert Mark

an die Stadtgemeinde zu entrichten.

§ 9.

Das Vertragsverhältnis bleibt auf die Dauer von zehn Jahren beiderseits unkündbar. Nach Umfluß dieser Zeit steht der Stadtgemeinde das Recht zu, das Vertragsverhältnis mit einjähriger Kündigungsfrist aufzulösen.

§ 10.

Dieser Vertrag, zu welchem sich der Stadtrat die Zustimmung des Bürgerausschusses vorbehält, wird doppelt ausgefertigt; jeder Vertragsteil erhält eine Fertigung.

Von Bedeutung ist hier insbesondere die Bestimmung des § 7 und § 8 des vorstehenden Vertrags, wonach der Stadtgemeinde das Recht vorbehalten ist, den Kanal jederzeit zu dem vereinbarten Preis käuflich zu übernehmen. Dieses Recht glaubte sich der Stadtrat im Hinblick auf die schon damals ins Auge gefaßte Eingemeindung Grünwinkels sichern zu sollen, um die Möglichkeit zu haben, den Kanal für die Zwecke der städtischen Kanalisation nutzbar zu machen.

Da der Kanal gegenüber dem ursprünglichen Projekt eine etwas andere Lage erhielt und infolgedessen um 23 m kürzer wurde, ist der in § 7 des Vertrages vom 23. Mai 1898 für den Fall der Erwerbung des Kanals durch die Stadtgemeinde vereinbarte Kaufpreis durch Nachtragsvertrag vom 17. Oktober 1898 von 35 000 M auf 34 000 M ermäßigt worden.

In der Folgezeit stellte sich heraus, daß die der Alb zugeführten Abwässer der Gesellschaft Verunreinigungen der Kondensations- und Kesselanlage im städtischen Elektrizitätswerk bewirkt hatten und daß zudem durch die im Entwässerungskanal abfließenden Abwässer das städtische Kanalnetz beschädigt worden war. Infolgedessen sah sich die Stadtgemeinde genötigt gegen die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vormals G. Sinner Schadenersatzansprüche geltend zu machen, die dann auch durch den weiteren Nachtragsvertrag vom 3. Mai 1904 anerkannt worden sind. Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich die Miete für die Benutzung des städtischen Kanalnetzes von 432 M auf jährlich 2 000 M erhöht und der ursprüngliche Vertrag vom 23. Mai 1898 auf unbestimmte Zeit mit beiderseitiger dreijähriger Kündigungsfrist verlängert. Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vormals G. Sinner hat von dem ihr hiernach zustehendem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und den ursprünglichen Vertrag mit Schreiben vom 5. November 1908 auf 5. November d. J. gekündigt. Damit war für die Stadtgemeinde die Möglichkeit gegeben, den Kanal gemäß § 7 des Vertrages vom 23. Mai 1898 zu dem vereinbarten Preis käuflich zu übernehmen. Wie bereits angedeutet, bietet die Erwerbung des Kanals die Möglichkeit, die anliegenden Grundstücke in der Durmersheimer Straße sowie etwa noch zu bauende weitere Straßenkanäle an das städtische Kanalnetz anzuschließen. Der Stadtrat entschloß sich daher — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — von seinem Kaufrecht Gebrauch zu machen, nachdem der Kanal zuvor auf Kosten der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhese-Fabrikation vormals G. Sinner unter der Leitung des städtischen Tiefbauamtes ordnungsmäßig in Stand gesetzt worden war.

Der Kaufpreis beträgt nach § 7 des Vertrages vom 23. Mai 1898 sowie § 2 des Nachtragsvertrages vom 17. Oktober 1898 34 000 M. Dazu kommen noch 5 900 M Mehrkosten, die gemäß § 8 Absatz 1 des Vertrages vom 23. Mai 1898 an die Gesellschaft zu ersetzen sind, so daß sich der Kaufpreis insgesamt auf 39 900 M beläuft. Von diesem Preis ist der einmalige Kanalkostenbeitrag mit 10 800 M, den die Gesellschaft nach § 8 Absatz 2 des Vertrages vom 23. Mai 1898 für ihr Fabrikantwesen zu entrichten hat, in Abzug zu bringen, sodaß nur 29 100 M an die Verkäuferin auszubezahlen sind. Die Bestreitung dieses Aufwandes aus Anlehensmitteln dürfte gerechtfertigt sein, da es sich um eine Anlage von dauerndem Nutzen handelt.

Nach dem Gemeindebeschluß vom 21. April 1909 über den Bezug der Grundstückseigentümer zu den Kosten der unterirdischen Abzugskanäle sind die Eigentümer der an die Durmersheimer Straße längs des Kanals anstoßenden Grundstücke zur Entrichtung der üblichen Kanalkostenbeiträge (40 M pro laufenden Frontmeter) verpflichtet, durch die der

jetzige Aufwand der Stadt wieder gedeckt wird. § 23 D.Str.G., auf welchen sich der vorerwähnte Gemeindebeschluß gründet, spricht allerdings von den „von der Gemeinde gebauten“ unterirdischen Abzugskanälen. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß diese Bestimmung und damit der Gemeindebeschluß vom 21. April 1909 sinngemäß auch auf den vorliegenden Fall anzuwenden ist, da es sachlich keinen Unterschied macht, ob die Gemeinde den Kanal selbst baut, oder ob sie ihn nach seiner Fertigstellung durch einen Dritten gegen Bezahlung übernimmt.

Nach dem erwähnten Gemeindebeschluß würden die Kosten sofort nach Übernahme des Kanals fällig werden. Gegen diese Regelung bestehen nach verschiedenen Richtungen Bedenken. Das Gebiet westlich der Straße ist noch nicht in Plan gelegt, es kann dies erst geschehen, wenn das Projekt der Überführung der Hardt- und Vogesenstraße über die Bahnlinie feststeht; es ist daher zur Zeit das Bauen in diesem Gebiete nahezu unmöglich. Ferner hat der Kanal für die Häuser an der Ostseite der Durmersheimer Straße zur Zeit deshalb wenig Interesse, weil die Regen- und Hausabwässer noch in die Straßenrinne, die durch einen Kanal mit der Alb verbunden ist, abgeleitet werden dürfen. Auf welchen Zeitpunkt die für das eigentliche Stadtgebiet geltende Hausentwässerungsordnung, die den unterirdischen Anschluß der Gebäude an die Tiefkanäle vorschreibt, für Grünwinkel in Kraft zu setzen ist, steht noch dahin. Um Unbilligkeiten zu vermeiden, der Stadt aber ihr gesetzliches Vorzugsrecht zu wahren, empfiehlt es sich daher, den Fälligkeitstermin hinauszuschieben, wie dies z. B. auch bezüglich der Albuferstraße (siehe Vorlage an den Bürgerausschuß vom 9. Oktober 1911) geschehen ist. Als Fälligkeitstermin dürfte der Zeitpunkt in Frage kommen, in dem der Anschluß der Gebäude an den Kanal bewerkstelligt wird. Hierauf bezieht sich Ziffer 3 des Antrags.

Dr. Paul.

Karlsruhe, den 29. November 1911.

Herabsetzung der Einäscherungstage
betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben, daß der § 85 des Ortsstatuts über das Bestattungsweisen vom 3. Januar 1910 mit Wirkung vom 1. Januar 1912 an folgende neue Fassung erhält:

Für die Einäscherung einer Leiche im Krematorium wird als Zuschlag zur Bestattungstage (§ 69) die Einäscherungstage erhoben; sie beträgt:

- | | | |
|--------------------------------------|--|------|
| 1. bei Bestattungen nach der | I. Klasse | 50 M |
| 2. " " " " | II. " " | 35 " |
| 3. " " " " | III. " " | 20 " |
| 4. für die Einäscherung eines Kindes | unter 6 Jahren | 20 " |
| 5. " " " " | auswärts Verstorbener im Falle des § 79 Absatz 3 | 50 " |

Für Mitglieder des Feuerbestattungsvereins Karlsruhe und deren minderjährige Kinder wird nur die Hälfte dieser Einäscherungstage erhoben.

Der Stadtrat kann diese Ermäßigung auch den Mitgliedern auswärtiger Feuerbestattungsvereine zugestehen.

Der Stadtrat:

Dr. Horstmann.

Lacher.

Begründung.

Der derzeitige § 85 der Bestattungsordnung lautet wie folgt:

„Die Stadtgemeinde Karlsruhe erhebt für jede im Krematorium daselbst erfolgende Einäscherung einer Leiche eine Tage:

- a. von 25 M, wenn der Verstorbene ein Mitglied des Feuerbestattungsvereins Karlsruhe oder ein minderjähriges Kind eines solchen Mitgliedes war;
- b. von 50 M in allen anderen Fällen.

Auf Verlangen des Feuerbestattungsvereins Karlsruhe findet die unter a erwähnte Taxe auch auf die Mitglieder der Feuerbestattungsvereine Durlach und Baden und deren Kinder Anwendung."

Diese Fassung beruht auf dem Übereinkommen mit dem Feuerbestattungsverein vom 25. Februar 1903 beziehungsweise dem Nachtragsvertrag hierzu vom 6. Juli 1904. Darnach wurde die Einäscherungstaxe für Nichtmitglieder allgemein auf 50 M festgesetzt, während den Mitgliedern des Vereins als Gegenleistung für die vertragsmäßige Verpflichtung des Vereins, das Anlagekapital des Krematoriums in bestimmtem Umfange zu verzinsen, eine Ermäßigung um die Hälfte der Taxe zugestanden worden war. Die Taxe von 50 M für eine Einäscherung wurde so bemessen, daß sie die voraussichtlichen Kosten des Betriebs zuzüglich einer angemessenen Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals ausgiebig decken sollte. Seit Errichtung des Krematoriums hat nun die Zahl der Einäscherungen verhältnismäßig langsam zugenommen. Sie betrug in den Jahren:

1905	94
1906	110
1907	109
1908	141
1909	142
1910	143

Diese auffallend geringe Zunahme der Feuerbestattungen in hiesiger Stadt dürfte wohl kaum etwa auf die Abneigung weiterer Kreise der Bevölkerung gegen die Idee der Feuerbestattung an sich zurückzuführen sein; sie legt vielmehr die Vermutung nahe, daß die Ursache für die geringe Inanspruchnahme jener Bestattungsart in der verhältnismäßig hohen Taxe für eine Einäscherung liegt.

Nach der jetzigen Regelung ist die Einäscherungstaxe bei allen 3 Bestattungsklassen neben der Bestattungstaxe in gleicher Höhe zu entrichten; es kostet darnach die Einäscherung insgesamt nach der

I. Klasse	180 + 50 = 230 M
II. "	90 + 50 = 140 "
III. "	30 + 50 = 80 "

Die Bestattungstaxe erhöht sich also im Fall der Einäscherung in der I. Klasse um rund 30 %, in der II. Klasse um rund 60 % und in der III. Klasse um mehr als 150 %. Wenn auch die Erhöhung um 30 % der Kosten in der I. Bestattungsklasse wohl kaum auf die Wahl der Bestattungsart von Einfluß sein wird, so liegt für die II. Klasse bei einem Unterschied von 60 % und vor allem für die III. Klasse von 150 % ohne weiteres auf der Hand, daß hier die Kostenfrage die entscheidende Rolle spielt. Es ist darnach gerade für die minderbemittelte Bevölkerung nach den jetzigen Bestimmungen die Feuerbestattung besonders erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Es erscheint geboten, dieses Mißverhältnis auszugleichen.

Am nächsten wäre gelegen, von Erhebung einer besonderen Einäscherungstaxe ganz abzusehen und gegen Entrichtung der klassenmäßigen Bestattungstaxe nach Wahl der Beteiligten entweder die Erdbestattung oder die Einäscherung zu vollziehen. Allein dem steht auch jetzt noch entgegen, daß die Einäscherung besondere Kosten verursacht, die bei der Erdbestattung nicht erwachsen, ohne daß bei der Einäscherung Leistungen von entsprechendem Umfange in Wegfall kommen, für die die Bestattungstaxe erhoben wird. Die Kosten einer Einäscherung belaufen sich zur Zeit einschließlich der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals auf circa 45 M. Stellt man die Ersparnis an Gelände, die bei der Feuerbestattung gegenüber der Erdbestattung erzielt wird, nach Lage der Verhältnisse mit circa 10 M für

jeden Sterbfall in Rechnung und bringt man weiterhin die Selbstkosten der Stadtgemeinde für die Anlegung eines Grabes mit circa 5 *M.*, die bei der Einäscherung in Wegfall kommen, in Abzug, so verbleibt noch immer ein Betrag von circa 30 *M.*, um welchen zur Zeit die Selbstkosten einer Einäscherung die der Erdbestattung übersteigen. Da die Bestattungstaxe in ihrer jetzigen Höhe auch lediglich die Selbstkosten der Stadtgemeinde decken, so würde im Falle der Erhebung der gleichen Taxe für die Erdbestattung wie für die Einäscherung die durch die Einäscherung erwachsenden besonderen Kosten auf die allgemeine Umlage übernommen werden müssen, was nach Sachlage kaum der Billigkeit entsprechen dürfte. Immerhin ist aus der vorstehenden Darstellung ersichtlich, daß, wenn der tatsächliche Aufwand der Stadtgemeinde für eine Einäscherung bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände im Durchschnitt nur etwa 30 *M.* beträgt, eine Ermäßigung der zur Zeit auf 50 *M.* festgesetzten Einäscherungstaxe sehr wohl am Platze ist.

Am zweckmäßigsten ist es, diese Ermäßigung in der Weise eintreten zu lassen, daß die Einäscherungstaxe als Zuschlag zur Bestattungstaxe nach 3 Klassen abgestuft wird. Sie kann für die I. Klasse in der bisherigen Höhe mit 50 *M.* beibehalten, aber für die II. Klasse auf 35 *M.* und für die III. Klasse sowie für die Bestattung von Kindern unter 6 Jahren auf 20 *M.* ermäßigt werden. Bei Zugrundelegung des ungefähren Verhältnisses, in welchem die 3 Bestattungsklassen bisher in Anspruch genommen wurden, ergibt sich daraus ein durchschnittlicher Betrag von circa 30 *M.*. Dieser Durchschnittsbetrag wird sich zwar durch die dem Feuerbestattungsverein auch nach der neuen Regelung zu Gunsten seiner Mitglieder einzuräumenden Taxermäßigung noch etwas verringern; andererseits wird durch die Verbilligung der Taxe im Laufe der nächsten Jahre zweifellos eine Vermehrung der Zahl der Einäscherungen eintreten, womit die auf eine einzelne Einäscherung entfallenden Kosten naturgemäß wesentlich herabgemindert werden. Überdies kommen noch die Leistungen des Feuerbestattungsvereins hinzu, der nach neuerlicher Vereinbarung als Gegenleistung für die ihm zugestandene Taxermäßigung anstelle der ihm ursprünglich obliegenden Verpflichtung zur festen Verzinsung des Anlagekapitals mit 4 % nunmehr zur Deckung eines etwaigen Unterschieds zwischen den Einnahmen aus den Einäscherungstaxen und den Selbstkosten der Stadtgemeinde für den Betrieb des Krematoriums bis zum Höchstbetrag von einem Drittel seiner Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, mindestens aber bis zum Betrag von 500 *M.* verpflichtet ist.

Es kann also nach alledem füglich damit gerechnet werden, daß die Stadtgemeinde auch nach Ermäßigung der Einäscherungstaxe in der vorgeschlagenen Weise für die ihr durch die Einäscherungen erwachsenden besonderen Kosten ausreichend Deckung finden wird.

Bei dieser Sachlage beschloß der Stadtrat, beim Bürgerausschuß die Zustimmung zu der eingangs formulierten neuen Fassung des § 85 der Bestattungsordnung einzuholen.

Zu Ziffer 5 des Antrags wäre zu bemerken, daß nach § 79 Absatz 3 der Bestattungsordnung bei Bestattungen von auswärts, wenn die Lieferung und Versendung eines klassenmäßigen Sarges von hier aus unterbleiben soll, ohne klassenmäßige Unterscheidung eine Einheitstaxe für die Bestattung (neben der Einäscherungstaxe) von 50 *M.* erhoben wird. Für diese Fälle muß die Einäscherungstaxe in ihrer bisherigen Höhe von 50 *M.* bestehen bleiben, sodaß also für die Einäscherung insgesamt ein Betrag von 50 + 50 *M.* zur Erhebung gelangt.

Abatz 2 des § 85 der sich in seiner alten Fassung nur auf die Feuerbestattungsvereine Durlach und Baden bezog, soll die aus dem Antrag ersichtliche allgemeinere Fassung erhalten, um zu ermöglichen, daß der Stadtrat nach Bedarf auch mit anderen als den bezeichneten auswärtigen Feuerbestattungsvereinen zwecks besonderer Regelung der Taxen in Verbindung treten kann.

Dr. Horstmann.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Dez. 1911 mit der vom
Stadttrat in der Sitzung mündlich beantragten
Fassung des Absatzes 2 von § 10.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 4. Jan. 1912 No. 58026 bezw.
" 5. März 1912 " 9405.

Karlsruhe, den 27. November 1911.

Änderung der Verbrauchssteuerordnung
betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen,
daß die Verbrauchssteuerordnung für die Stadt Karlsruhe an Stelle der aus der
Anlage ersichtlichen alten Fassung mit Wirkung vom 1. Januar 1912 die nach-
stehende neue Fassung erhält.

Der Stadtrat:
Dr. Horstmann.

Sacher.

Verbrauchssteuerordnung
für die
Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.
(Neue Fassung.)

*Obstwein
Erlaß Einlage*

§ 1.

Der städtischen Verbrauchssteuer unterliegt der Verbrauch von Bier
und Wein im Verbrauchssteuerbezirk der Gemarkung Karlsruhe nach
Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen.

A. Verbrauchssteuerbezirk.

§ 2.

Der Verbrauchssteuerbezirk umfaßt die Gesamtmarkung Karlsruhe.
Die Teile der Vororte Rintheim und Rüppurr, welche mit der Alt-
stadt nicht zusammenhängend bebaut sind, gelten jedoch als zum Verbrauchs-
steuerbezirk gehörig nur hinsichtlich des Weines und des auf der Gesamtmarkung gebrauten
Bieres.

Ant. Beyer

L. J. K. K. K.

Welche Gebiete der beiden Ortsteile als mit der Altstadt zusammenhängend bebaut zu betrachten sind, wird durch Beschluß des Stadtrats Karlsruhe mit Zustimmung des Bürgerausschusses und mit Staatsgenehmigung festgestellt.

B. Verbrauchssteuer von Bier.

§ 3.

Der Verbrauchssteuer unterliegt sowohl das auf der Gemarkung Karlsruhe gebrante wie das in den Verbrauchssteuerbezirk eingeführte Bier. Sie beträgt 65 \mathcal{L} für das Hektoliter.

§ 4.

Die Steuerpflicht tritt ein:

a. für das hier gebrante Bier, sobald es aus der Brauerei verbracht oder zum Verbrauch in der Brauerei selbst ausgegeben wird;

b. für auswärts gebrantes Bier, sobald es in den Verbrauchssteuerbezirk eingeführt wird.

Die Steuer wird nicht erhoben von dem hier gebranten Bier, welches aus dem Verbrauchssteuerbezirk ausgeführt wird.

§ 5.

Für das hier gebrante Bier sind die Brauerei-Unternehmer zur Zahlung der Steuer verpflichtet. Sie haben Bücher zu führen, aus welchen sich ersehen läßt, wieviel Bier innerhalb der Brauerei zum Verbrauch ausgegeben, wieviel Bier zum Verbrauch innerhalb des Verbrauchssteuerbezirks abgegeben und wieviel nach auswärts verbracht worden ist. Diese Bücher sind monatlich abzuschließen und dem städtischen Kontrollbeamten auf Verlangen in dem Brauerei-Kontor zur Einsicht und Prüfung vorzulegen. Von der Führung besonderer Verkaufsbücher für das nach auswärts verbrachte Bier kann abgesehen werden, soweit aus den sonstigen Büchern der Brauerei ersichtlich ist, wieviel Bier an auswärtige Kunden abgegeben worden ist. Innerhalb 14 Tagen nach Monatschluß ist dem Stadtrat eine Zusammenstellung der Gesamtmenge des im abgelaufenen Monat innerhalb des Verbrauchssteuerbezirks abgegebenen Bieres einzureichen und der fällige Steuerbetrag an die Stadthauptkasse zu bezahlen. Durch Einspruch gegen den Ausfall der Steuer wird die Pflicht zur einstweiligen Zahlung nicht berührt.

§ 6.

Den vom Stadtrat mit der Kontrolle beauftragten Beamten steht das Recht zu, jederzeit in den Brauereien sich alle auf den Eigenverbrauch und den Verkauf des Bieres nach hier und auswärts bezüglichen Bücher und Korrespondenzen vorlegen zu lassen. Ferner ist den Kontrollbeamten von allen Personen, welche Bier von hier oder auswärts beziehen, jederzeit der Zutritt zu den Kellern, Wirtschafts- und Lagerräumen zu gestatten; über den Bezug und den Verbrauch des Bieres haben sie genaue ordnungsmäßige Aufzeichnungen zu machen und den Kontrollbeamten vorzulegen.

§ 7.

Die Verbrauchssteuer für das in den Verbrauchssteuerbezirk eingeführte Bier ist bei der Einfuhr von dem Einbringer zu entrichten. Neben dem Einbringer haftet auch der Empfänger sowie der Auftraggeber des Einbringers für die Steuer.

§ 8.

Die Verbrauchssteuer für das aus badischen Orten mittelst der Eisenbahn eingeführte Bier ist bei der Erheberstelle am Mendelssohnplatz, für das auf sonstigem Wege eingeführte Bier bei der Stadthauptkasse zu bezahlen.

Für das aus nicht badischen Orten eingeführte Bier wird die Verbrauchssteuer gleichzeitig mit der staatlichen Übergangssteuer erhoben.

Mit einzelnen Steuerpflichtigen kann zum Zweck der Erleichterung der Zahlung besondere Vereinbarung hierüber getroffen werden.

§ 9.

Rückvergütung der bezahlten Verbrauchssteuer wird auf Verlangen gewährt, wenn hierher eingeführtes Bier im Wege des Handels wieder ausgeführt wird. Der Antrag auf Rückvergütung ist längstens innerhalb 6 Wochen nach der Ausfuhr unter Vortage einer Ausfuhrerklärung — enthaltend: Tag der Ausfuhr, Literzahl und Herkunft des Bieres, Name des Absenders, Wohnort und Unterschrift des Empfängers, beziehungsweise Stempel der Bahnbehörde und der entsprechenden Verbrauchssteuerquittung beim Stadtrat schriftlich einzureichen.

Rückvergütung wird nur geleistet, wenn es sich um einen Steuerbetrag von mindestens 20 fl bei jeder Ausfuhr handelt.

C. Verbrauchssteuer von Wein.

§ 10.

Die städtische Verbrauchssteuer von Wein wird mit der staatlichen Weinaccise unter Anwendung der für diese geltenden Grundsätze erhoben.

In den Fällen des Artikel 28, Ziffer 4 und 13 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882 tritt jedoch eine Befreiung von der städtischen Verbrauchssteuer nur dann ein, wenn es sich um bereits in der Gemarkung Karlsruhe eingefüllte Weine handelt.

Verbrauchssteuerfreiheit tritt ferner ein, wenn der Wein aus dem Ausland eingegangen ist und die zollamtliche Behandlung bestanden hat oder derselben noch unterliegt.

§ 11.

Die Verbrauchssteuer beträgt 1 fl vom Liter. Jede Flasche von geringerem Inhalt als einem Liter ist wie eine Literflasche zu behandeln.

§ 12.

Weinproduzenten (Artikel 28, Ziffer 1 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882) haben die städtische Verbrauchssteuer von allen auf städtischer Gemarkung erfolgenden Einlagen des von ihnen produzierten Weins zu entrichten. Im Falle nachweislicher Wiederausfuhr im Großen wird die bezahlte Verbrauchssteuer zurückvergütet.

D. Folgen der Zuwiderhandlungen.

§ 13.

Wer die Entrichtung von Verbrauchssteuern unterläßt, verfällt — abgesehen von der Pflicht zur Nachzahlung — in eine Geldstrafe, welche dem vierfachen, im Wiederholungsfalle dem achtfachen Betrag der geschuldeten Abgabe gleichkommt.

Weist der Angezeigte nach, daß die Entrichtung der Abgabe nur aus Versehen unterblieb, so kann auf eine geringere Ordnungsstrafe bis zum Betrag von 10 *M* erkannt und je nach Umständen die Ordnungsstrafe gänzlich erlassen werden.

Wer den zur Überwachung und Sicherung der Abgabeentrichtung erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird von einer Geldstrafe bis zu 10 *M* getroffen.

Auch der Versuch, die Beihilfe und die Begünstigung sind strafbar.

§ 14.

Die Vorenthaltung der auf Wein und auf dem in § 8 Absatz 2 bezeichneten Bier ruhenden Verbrauchssteuer wird wie die Vorenthaltung der mit ihr gleichzeitig erhobenen Staatssteuer geahndet.

E. Vollzug.

§ 15.

Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. Januar 1912 in Kraft. Sie tritt an Stelle der bisherigen Steuerordnung vom 26. März 1910, deren Geltung zu gleicher Zeit zu Ende geht.

Begründung.

1. Die jetzige Fassung der Verbrauchssteuerordnung beruht auf dem Beschluß des Bürgerausschusses vom 15. März 1910. Die damalige Umgestaltung war durch das Inkrafttreten des § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 bedingt, wonach vom 1. April 1910 für Rechnung von Gemeinden Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen auf Backwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht mehr erhoben werden dürfen. Schon damals war die Frage erörtert worden, ob die Forterhebung einer Verbrauchssteuer auf Wildbret und Geflügel im Hinblick auf den Wortlaut obiger Bestimmung gesetzlich zulässig sei. Unter Verufung auf den Erlaß des Reichsschatzamts vom 7. September 1909, worin diese Frage in bejahendem Sinn entschieden worden war, beschloß man in Übereinstimmung mit den meisten übrigen Städten, die sich in der gleichen Lage befanden, die Verbrauchssteuer auf Wildbret und Geflügel auch fernerhin beizubehalten.

Inzwischen hat sich die Rechtslage verschoben:

Auf Betreiben eines hiesigen Wildbrethändlers, der sich wegen Hinterziehung der schuldigen Verbrauchssteuer für ein eingeführtes Stück Wildbret bestrafen ließ, um den gerichtlichen Austrag der Streitfrage herbeizuführen, entschied zunächst das Großherzoglich Badische Oberlandesgericht in der Revisionsinstanz unterm 15. November 1910, daß unter Fleisch im Sinne des § 13 des Zolltarifgesetzes auch Wildbret und Geflügel zu verstehen sei und dem-

gemäß die Forterhebung der Verbrauchssteuer auf diese Gegenstände nach dem 1. April 1910 der gesetzlichen Grundlage entbehre. Auf den gleichen Standpunkt hat sich, in Übereinstimmung mit dem Urteil des Königlich Preussischen Verwaltungsgerichts vom 8. Juni 1911, unterm 5. Juli 1911 auch der Großherzoglich Badische Verwaltungsgerichtshof gestellt, der nach § 94² der Städteordnung in letzter Instanz über die Verpflichtung zur Entrichtung von Verbrauchssteuer zu entscheiden hat. Und schließlich hat unterm 6. Oktober d. J. auch das Reichsgericht, dessen Entscheidung auf Betreiben der Stadt Straßburg herbeigeführt wurde, in gleichem Sinne für Recht erkannt.

Schon gleich nach der Entscheidung des Großherzoglichen Oberlandesgerichts hatte der Stadtrat die Erhebung der Verbrauchssteuer von Wildbret und Geflügel eingestellt und sich darauf beschränkt, die schuldigen Beträge für den Fall einer etwaigen Racherhebung festzustellen und vorzumerken. So lange aber mit der Möglichkeit einer gegenteiligen Entscheidung der Verwaltungsgerichte und besonders auch des Reichsgerichts zu rechnen war, schien die Änderung des bestehenden Ortsstatuts nicht angezeigt. Nachdem jedoch nunmehr gleichlautende Urteile aller maßgebenden Instanzen vorliegen, müssen, um das bestehende Ortsstatut in Einklang mit der Rechtsprechung zu bringen, die auf die Erhebung der Verbrauchssteuer von Wildbret und Geflügel bezüglichen Bestimmungen, als der rechtlichen Grundlage entbehrend, daraus ausgeschieden werden. Der der Stadtgemeinde hierdurch allein entstehende Einnahmeausfall beläuft sich unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Betrags der Einkünfte der Jahre 1907, 1908 und 1909 auf circa 24 000 *M* im Jahr, denen circa 4 000 *M* Erhebungskosten, die nunmehr erspart werden, gegenüber stehen.

Nach Ausscheidung von Wildbret und Geflügel bleiben als verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände, abgesehen von Bier und Wein, nur noch Fische, soweit sie nicht bisher schon verbrauchssteuerfrei waren und Brennholz, übrig. Die Verbrauchssteuer von diesen Artikeln ergaben in der Zeit vom 1. April 1910 bis 1. April 1911 rund 6 000 *M* von Fischen, und 800 *M* von Brennholz.

Die Forterhebung dieser Steuern würde verhältnismäßig geringe Kosten verursachen, da der größere Teil der bisherigen Erheberstellen als Verkaufsstellen für Straßenbahnkarten und Marktplatzzeichen, sowie zur Bedienung der vorhandenen Brückenwagen im Interesse des Publikums ohnedies beibehalten werden muß. Gleichwohl würde es sich kaum rechtfertigen lassen, die Verbrauchssteuer auf Fische und Brennholz allein aufrecht zu erhalten. Was insbesondere die Besteuerung der Fische betrifft, so erscheint es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohnedies erwünscht, jede mögliche Ursache der Vertenerung eines Nahrungsmittels tunlichst zu vermeiden. Der Stadtrat beschloß daher, auch auf diese Gegenstände zu verzichten, sodaß künftig der Verbrauchssteuer nur noch Wein und Bier unterliegen, von denen sie in der bisherigen Weise nach einheitlichem, den besonderen Verhältnissen angepaßten und in sich abgeschlossenem System erhoben werden kann.

II. Die Aufhebung der Verbrauchssteuer von allen übrigen Gegenständen außer Bier und Wein ermöglicht eine wesentliche Kürzung und Vereinfachung der bisherigen Verbrauchssteuerordnung. Die vorgeschlagene neue Fassung, zu welcher die Zustimmung des Bürgerausschusses erbeten wird, ist aus dem vorstehenden Antrag ersichtlich, während die alte Fassung dieser Vorlage als Anlage angeheftet ist. Sachlich enthält die neue Fassung gegenüber den bisherigen Bestimmungen, soweit sie aufrecht erhalten bleiben, nur insofern eine Änderung, als die Bestimmung in § 25 b der jetzigen Fassung über die Verbrauchssteuerfreiheit des Hausstrunks (Freibier für Angestellte in den Brauereien) in Wegfall kommt. Die Änderung beruht auf dem Verlangen des Reichsschatzamts, das nach einem Erlaß des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 23. September 1910 den Standpunkt einnimmt,

daß die Befreiung des Haustrunkes eine Begünstigung der einheimischen namentlich vor solchen auswärtigen Brauereien bedeute, welche die Verbrauchsabgabe in Form einer Braumalzabgabe entrichteten, eine Begünstigung, die mit der üblichen Auslegung der Bestimmungen in Artikel 5 Abschnitt II § 7 des Zollvereinungsvertrags vom 8. Juli 1867 nicht vereinbar sei. Die Berechtigung der erhobenen Beanstandung ist wohl nicht zu widerlegen. Die erwähnte Bestimmung ist daher in der neuen Verbrauchssteuerordnung zu streichen, nachdem sie im Hinblick auf den oben bezeichneten Erlaß des Großherzoglichen Ministeriums des Innern schon seit 1. Januar d. J. im Einverständnis mit den Brauereien als gegenstandslos behandelt worden war. Aus gleichem Anlaß wird in § 5 der neuen Fassung der Verbrauchssteuerordnung ausdrücklich festgelegt, daß außer dem Haustrunk auch alles übrige Bier, das in der Brauerei selbst „ausgegeben“ wird, der Verbrauchssteuer unterliegt.

III. Eine weitere Änderung betrifft die Kontrolle bei der Erhebung der Verbrauchssteuer auf Bier.

Nach der bisherigen Fassung des § 26 der Verordnung mußte aus den Büchern der Brauereien ersehen werden können, „wie viel Bier in der Brauerei hergestellt“ ist. Nachdem die Vorschrift schon in Kraft getreten war, wurde von den Brauereien nachträglich geltend gemacht, daß ihnen die Einhaltung derselben praktisch nicht möglich sei; buchmäßig lasse sich der Nachweis über die in der Brauerei hergestellte Menge verkaufsfertigen Bieres auch nur mit annähernder Zuverlässigkeit nicht liefern; denn wenn auch die Sudausbeute ungefähr berechnet werden könne, so sei doch der zutreffende Schwund, d. i. der Gesamtverlust vom Ausschlagen der Würze aus dem Brautessel bis zum Abfüllen des Bieres im Lagerkeller nicht nur in den einzelnen Brauereien sehr verschieden, sondern auch in ein und derselben Brauerei ständigen kaum kontrollierbaren Schwankungen unterworfen. Ebenso wenig könne der bei der Nachprüfung in den Lagerfässern eintretende Kellerverlust mit hinreichender Sicherheit festgestellt werden. Da es für den Zweck der Kontrolle genügt, wenn aus den Büchern der Brauereien ersehen werden kann, wieviel Bier innerhalb der Brauerei zum Verbrauch ausgegeben, wieviel Bier zum Verbrauch innerhalb des Verbrauchssteuerbezirks abgegeben und wieviel nach auswärts ausgeführt worden ist, glaubte der Stadtrat auf die Aufrechterhaltung des beanstandeten Passus verzichten zu können. Ebenso erklärte man sich auf Wunsch der Brauereien im Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse damit einverstanden, daß von der Führung besonderer Verkaufsbücher für das nach auswärts verbrachte Bier abgesehen werden kann, soweit aus den sonstigen Büchern der Brauerei ersichtlich ist, wieviel Bier an auswärtige Kunden abgegeben worden ist. (Vergleiche § 5 Satz 3 der neuen Fassung.)

IV. Im übrigen sind in der neuen Fassung der Verbrauchssteuerordnung Änderungen sachlicher Art nicht enthalten. Die sonstigen Änderungen sind vielmehr rein formaler Natur und ergeben sich, soweit sie nicht durch nachstehende Bemerkungen besonders erläutert sind, aus der Vergleichung des alten mit dem neuen Texte, in welchem die geänderten Stellen durch gesperrten Druck hervorgehoben sind, von selbst.

Bemerkungen.

Zu § 2 der alten Fassung.

Die neue Fassung des Absatz 2 ergibt sich aus dem Umstand, daß bezüglich des Weins und Biers, die nun die einzigen verbrauchssteuerpflichtigen Gegenstände sind, die Bororte Beiertheim und Grümpinkel nach den Eingemeindungsbedingungen von Anfang an in vollem Umfang zum Verbrauchssteuerbezirk gehörten.

Abatz 4 kann als entbehrlich in Wegfall kommen.

Zu § 3 und 4 der alten Fassung: Die Vorschriften sind entbehrlich; § 4 ist durch die §§ 7 und 10 der neuen Fassung ersetzt.

Zu § 5 der alten Fassung:

Ziffer 1 a ist durch § 10 Absatz 3 der neuen Fassung ersetzt.

Ziffer 1 b und c sind gegenstandslos.

Ziffer 2 stellt lediglich eine Wiederholung gesetzlicher Bestimmungen (§ 92 der Städteordnung, §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 16. Mai 1888, die Befreiung der Militärverwaltung von Verbrauchssteuern der Gemeinde betreffend) dar und kann in der neuen Fassung entbehrt werden.

Ziffer 3 ist durch die entsprechenden Bestimmungen in den §§ 9 und 12 der neuen Fassung ersetzt.

§ 6 der alten Fassung kann als Wiederholung der gesetzlichen Vorschrift des § 94 Absatz 2 der Städteordnung gestrichen werden.

§§ 7 bis 15 der alten Fassung (Verfahren bei der Erhebung und Kontrolle) und 16 bis 22 (Rückvergütung) kommen in Wegfall, soweit sie nicht durch die entsprechenden Sonderbestimmungen für Bier und Wein ersetzt sind.

§ 27 der alten Fassung ist durch §§ 7 und 8 der neuen Fassung ersetzt.

§ 32 der alten Fassung (Verbrauchssteuer auf Holz) ist zu streichen.

§§ 36 und 37 der alten Fassung enthalten nur selbstverständliches und können in der neuen Fassung entbehrt werden.

Der Verbrauchssteuertarif kommt in Wegfall; der Betrag der von Wein und Bier zu erhebenden Verbrauchssteuer ist durch die §§ 2 und 11 der neuen Fassung festgesetzt.

Dr. Horstmann.

Verbrauchssteuer-Ordnung

und

Verbrauchssteuer-Tarif

für die

Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe,

in der durch Beschluß des Bürgerausschusses vom 15. März 1910 und durch Erlass Großh. Ministeriums des Innern vom 26. März 1910 Nr. 15688 festgestellten Fassung.



Karlsruhe

Druck von Ferd. Thiergarten (Bad. Presse).
1910.

M. 1911.

Oktober 1911.

Hauptbahnhofs,
betretung städtischen
er Zufahrtsstraßen
id.

g erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden
ng und Bebauung
o unter den Karls-
bestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen
ng des neuen
ir Herstellung
ig von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grund-
stücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen *) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach An-
meldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

22. 1911.

Verbrauchssteuer-Ordnung.

I.

Allgemeines.

§ 1.

Die städtischen Verbrauchssteuern werden nach Maßgabe des angeschlossenen Tarifs und der folgenden Bestimmungen erhoben.

§ 2.

Der Verbrauchssteuerbezirk umfaßt die ganze Stadt-gemarkung.

Diejenigen Teile der am 1. Januar 1907 eingemein-deten Gemarkungen Beiertheim, Rintheim und Rüppurr sowie der am 1. Januar 1909 eingemeindeten Gemarkung Grünwinkel, die mit der Altstadt nicht zusammenhängend bebaut sind, gelten jedoch als zum Verbrauchssteuerbezirk ge-hörig nur hinsichtlich des Weines und des auf der Gesamt-gemarkung gebrauten Bieres, die betreffenden Teile Beiert-heims und Grünwinkels außerdem hinsichtlich des in die Ge-samtgemarkung eingeführten Bieres.

Welche Gebiete der vier Ortsteile als mit der Alt-stadt zusammenhängend bebaut zu betrachten sind, wird durch Beschluß des Stadtrats Karlsruhe mit Zustimmung des Bürgerausschusses und mit Staatsgenehmigung fest-gestellt.

Oktober 1911.

Hauptbahnhofs,
btretung städtischen
er Zufahrtsstraßen
id.

g erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden
ng und Bebauung
unter den Karls-
bestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen
ing des neuen
ir Herstellung
ig von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grund-
stücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen *) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach An-meldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

Die Grenzen sind an geeigneten Orten durch Wähe mit Aufschriften, die auch die nächsten Erheberstellen bezeichnen, kenntlich zu machen.

§ 3.

Die Erheberstellen werden durch den Stadtrat bestimmt.

An den in den Verbrauchssteuerbezirk führenden Straßen, an welchen sich keine Erheberstellen befinden, werden Tafeln angebracht, die auf die nächste Erheberstelle hinweisen.

An sämtlichen Erheberstellen sind der Verbrauchssteuertarif und die Verbrauchssteuerordnung anzuschlagen.

§ 4.

Sofern nicht für einzelne Fälle oder Gegenstände abweichende Bestimmungen getroffen sind, liegt die Zahlung der Verbrauchssteuern demjenigen ob, welcher einen pflichtigen Gegenstand tatsächlich in den Verbrauchssteuerbezirk einbringt; daneben haftet auch der Austragsgeber des Einbringers und der Empfänger. Hinsichtlich der Postsendungen haftet nur der Empfänger.

§ 5.

1. Der Verbrauchssteuer unterliegen nicht:

- a. Wein, Obstwein und Seckreble, sofern diese Gegenstände aus dem Auslande eingingen und die zollamtliche Behandlung bestanden haben oder derselben noch unterliegen.

Haft im Zollamt Auf Wein findet dieser Befreiungsgrund nur bei der erstmaligen Einlage Anwendung*);

*) Art. 5 I des Zollvereinsvertrags vom 8. Juli 1867, Reichsgesetz vom 27. Mai 1885, betreffend die Abänderung des Zollvereinsvertrags vom 8. Juli 1867 und Nr. 25 a, c und g Ziffer 1 und 3 und g Ziffer 2 des deutschen Zolltarifs vom 22. Mai 1885.

- b. Gegenstände, welche nur durch den Verbrauchssteuerbezirk hindurchgeführt werden (siehe § 15);
c. Sendungen und Transporte, für welche die Verbrauchssteuer im Falle der Erhebung unter 5 Pfennig betragen würde.

2. Von der Verbrauchssteuer sind befreit *):

- a. der Großherzog und der Großherzogliche Haushalt;
b. die am Großherzoglichen Hofe beglaubigten Gesandten;
c. die Militärverwaltung bezüglich derjenigen Gegenstände, welche von derselben zum Unterhalte der Truppen, insbesondere auch für die Zwecke der von ihr eingerichteten oder unter ihrer Leitung stehenden Mannschafts-Speise-Einrichtungen, beziehungsweise zum sonstigen dienstlichen Gebrauch eingeführt oder bezogen werden, sofern die Verbrauchssteuer andernfalls unmittelbar bei der Einführung oder dem Bezug zu entrichten wäre.

Beziehen die Militärverwaltung oder einzelne Truppenteile Bier für die von ihnen eingerichteten und auf ihre eigene Rechnung betriebenen Mannschaftskantinen zum ausschließlichen Verbrauch in den letzteren, so bleiben sie von der Verbrauchssteuer gleichfalls frei **):

- d. die Verwaltung der Staatseisenbahnen hinsichtlich der für den Bahn- und Dampfschiffahrtsbetrieb bestimmten Brennstoffe.

3. Eine Rückvergütung der entrichteten Verbrauchssteuer wird auf Verlangen gewährt, wenn verbrauchssteuer-

*) § 78 der Städteordnung in der Fassung des Gesetzes vom 19. Oktober 1906.

**) § 1 und 2 des Gesetzes vom 16. Mai 1888, die Befreiung der Militärverwaltung von den Verbrauchssteuern der Gemeinden betreffend.

1911.

Oktober 1911.

Hauptbahnhof, Erweiterung städtischen Zufahrtsstraßen d.

erteilen, daß die

im neuen Haupt-

zu bestreitenden g und Bebauung unter den Karls- stimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen des neuen Herstellung

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen *) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

pflichtige Gegenstände in ursprünglichem oder verarbeitetem Zustande im Wege des Handels aus dem Verbrauchssteuerbezirk ausgeführt werden *).

§ 6.

Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Zahlung der Verbrauchssteuern, über die Befreiung von denselben und über Ansprüche auf Rückvergütung entscheiden die Verwaltungsgerichte **).

II.

Verfahren bei der Erhebung und Kontrolle.

§ 7.

Wer einen verbrauchssteuerpflichtigen Gegenstand in den Verbrauchssteuerbezirk verbringt, hat ihn bei dem Erheber der Eingangsstelle anzumelden und zu versteuern.

Der Erheber gibt als Empfangsbescheinigung über die entrichtete Verbrauchssteuer dem Einbringer eine entsprechende Anzahl mit Datum versehener Verbrauchssteuerzeichen, deren Wertangaben zusammen der erhobenen Summe gleich sind.

Die Verbrauchssteuerzeichen hat der Einbringer bei sich zu behalten und dem Aufsichtspersonal (Schutzleute, Verbrauchssteueraufsesser, Stadtbliener, Fleischbeschauer) auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 8.

Wer verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände nach einem außerhalb der Erheberstelle gelegenen Teil des Verbrauchs-

*) § 79 der Städteordnung in der Fassung des Gesetzes vom 19. Oktober 1906.

**) § 80 Absatz 2 der Städteordnung; § 2 Ziffer 3 des Gesetzes vom 14. Juni 1884, die Verwaltungspflege betreffend.

steuerbezirks einbringt, hat sie bei der nächsten Erheberstelle vorzuzeigen und gegen Empfangnahme der Verbrauchssteuerzeichen zu versteuern.

§ 9.

Wer verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände durch die Post empfängt, hat die Sendung spätestens am darauffolgenden zweiten Werktag zu den üblichen Geschäftsstunden unter Vorzeigung der betreffenden Postbegleitpapiere bei der nächsten Erheberstelle anzumelden und gegen Empfangnahme der Verbrauchssteuerzeichen zu versteuern. Dabei wird angenommen, daß 5 Prozent des Bruttogewichts der Sendung auf die Verpackung kommen.

§ 10.

Wer verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände auf einer der Lokal- oder Straßenbahnen einführt, hat sie von dem Aussteigeplatz auf kürzestem Wege zur nächsten Erheberstelle zu verbringen und dort zu versteuern.

Verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände, die ohne Führer als Frachtgut auf einer Lokalbahn hier ankommen, sind von demjenigen, welcher sie vom Lokalbahnhof zum Empfänger befördert, auf kürzestem Wege an die nächste Erheberstelle zu verbringen und dort zu versteuern.

§ 11.

Wer Seetreibse einführt und für diese den im § 5 Ziffer 1 a erwähnten Befreiungsgrund geltend machen will, hat die Sendung samt dazu gehörigem Frachtbrief und Zollquittung bei dem Erheber der Eingangsstelle vorzuzeigen.

Ergibt sich aus diesen Papieren die Richtigkeit des Befreiungsgrundes, so sind sie von dem Erheber zum Zeichen der stattgehabten Kontrolle mit dem Datumstempel zu versehen.

22. 1911.

Oktober 1911.

Hauptbahnhof, Erweiterung städtischer Zufahrtsstraßen id.

erteilen, daß die

em neuen Haupt-

2 zu bestreitenden
ng und Bebauung
unter den Karls-
estimmungen (III)

Vacher.

Großherzoglichen
ig des neuen
r Herstellung
ang von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

Die Führer von verpackten Gegenständen sind bei deren Einbringen verpflichtet, auf Verlangen des Aufsichtspersonals jederzeit anzugeben, ob und welche Verbrauchssteuerpflichtigen Gegenstände in der Verpackung enthalten sind. Das Aufsichtspersonal ist berechtigt, sich von der Wahrheit der Angabe durch Augenschein zu überzeugen und zu diesem Behufe die erforderliche Mithilfe der Führer zu beanspruchen.

Werden bei derartigen Untersuchungen durch Schuld des Aufsichtspersonals Beschädigungen verursacht, so haftet hierwegen die Stadtkasse, vorbehaltlich des Rückgriffs auf den Schuldigen.

§ 13.

Ist der Pflichtige nicht willens oder nicht imstande, die vorgeschriebene Verbrauchssteuer zu bezahlen und steht er von dem Einbringen der zu versteuernden Gegenstände nicht ab, so können die letzteren ganz oder teilweise bis zum Austrag der Sache zurückgehalten und, wenn sie dem Verderben ausgelegt sind, vor Eintritt dieses durch öffentliche Versteigerung veräußert werden.

Auch hier haftet die Stadtkasse, vorbehaltlich des Rückgriffs, für etwaigen durch Schuld des Aufsichtspersonals verursachten Schaden.

Im Falle der Versteigerung ist der Mehrerlös nach Abzug der Kosten dem Pflichtigen auszufolgen.

§ 14.

Bei der Einfuhr verpackter Gegenstände, welche mit der Eisenbahn angekommen sind, kann der Erheber nach Einsicht des Frachtbriefs von weiterer Untersuchung der Sendung Umgang nehmen, wenn der Führer bereit ist, die Verbrauchssteuer unter Zugrundelegung des im Frachtbrief

angegebenen Bruttogewichts mit 20 Prozent Abzug zu bezahlen.

§ 15.

Wenn verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände nur durch den Verbrauchssteuerbezirk hindurch geführt werden sollen (§ 5 Ziffer 1b), so hat der Führer die Gegenstände dem Erheber der Eingangsstelle vorzuzeigen und sich dabei über seine Persönlichkeit auszuweisen.

Der Erheber hat dem Führer einen Durchfuhrschein auszustellen, welcher folgende Angaben enthalten muß:

1. Stunde und Minute der Einfuhr.
2. Art und Menge der eingeführten Gegenstände.
3. Namen und Wohnort des Führers.
4. Namen und Wohnort des Empfängers.
5. Die Ausgangsstelle.
6. Die Eingangsstelle.

Die Wiederausfuhr muß spätestens innerhalb 24 Stunden nach der Einfuhr erfolgen.

Der Führer hat bei der Ausgangsstelle den Durchfuhrschein abzugeben und durch Vorzeigung der auszuführenden Gegenstände nachzuweisen, daß diese den Angaben des Durchfuhrscheins entsprechen. Hierüber erhält er von dem Erheber eine Bescheinigung.

Die Ausfuhr darf nur bei den vom Stadtrat zu bezeichnenden Erheberstellen erfolgen:

1. am Linkenheimer Tor,
2. in der früheren Mühlburger Mühle,
3. im früheren Rathaus des Stadtteils Mühlburg,
4. an der Ettlinger Straße,
5. am Durlacher Tor,
6. am Schlachthof,
7. an der Kehler-Straße,

12. 1911.

Oktober 1911.

Hauptbahnhof,
betretung städtischen
er Zufahrtsstraßen
id.

erteilen, daß die

em neuen Haupt-

2 zu bestreitenden
ig und Bebauung
unter den Karls-
bestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen
ig des neuen
r Herstellung
ang von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

8. am Mühlsburger Thor, } wenn die Ausfuhr durch das
 9. am Mendelssohn-Platz, } Wohn erfolgt und der Durch-
 10. am Bahnhof, } fuhrschein von der betr. Bahn-
 behörde abgeimpelt wird.

Wenn der Führer durchzuführender Gegenstände über seine Persönlichkeit sich nicht auszuweisen vermag und dem Erheber der Ausgangsstelle auch nicht bekannt ist, so muß er die Verbrauchssteuer bezahlen und es kann deren Rückvergütung nur unter Beobachtung des in den §§ 16 ff. vorgeschriebenen Verfahrens erwirkt werden.

III.

Rückvergütungen.

§ 16.

Wer die Rückvergütung bezahlter Verbrauchssteuern wegen des in § 5 Ziffer 3 erwähnten Grundes beanspruchen will, hat sich unter Vorzeigung der auszuführenden Gegenstände beim Erheber der Ausgangsstelle einen Ausfuhrschein geben zu lassen. Dieser Schein muß enthalten:

1. eine Vermerkung über Art und Menge der ausgeführten Gegenstände;
2. Namen und Wohnort des Führers und seines Auftraggebers;
3. Namen und Wohnort des Empfängers oder die Vermerkung, daß die betreffenden Gegenstände zum Verkauf an unbestimmte Personen ausgeführt werden;
4. das Datum der Ausfuhr;
5. die Bezeichnung der Erheberstelle mit der Unterschrift des Erhebers.

Der Antrag auf Rückvergütung ist sodann unter Anschluß der betreffenden Verbrauchssteuerquittungen und des Ausfuhrscheines schriftlich beim Stadtrat einzureichen.

§ 17.

Wird Rückvergütung bezüglich solcher Gegenstände beansprucht, welche mit der Eisenbahn ausgeführt werden, so ist der Ausfuhrschein bei der dem betreffenden Bahnhof zunächst gelegenen Erheberstelle ausfertigen zu lassen und dem Antrag auf Rückvergütung auch ein von der Bahnbehörde beglaubigtes Duplikat des Frachtbriefs oder eine sonstige Bescheinigung der Bahnbehörde über die geschehene Absendung beizufügen.

Die Ausstellung der Ausfuhrscheine bezüglich der auf der Station des Stadtteils Mühlburg aufgegebenen Gegenstände erfolgt nach näherer vom Stadtrat zu treffender und öffentlich bekannt zu machender Anordnung durch den dortigen bahndiensttuenden Erheber oder eine andere vom Stadtrat hierzu bestimmte Persönlichkeit.

§ 18.

Ausfuhrscheine, welche von den Erheberstellen am Bahnhof, am Friedrichstor und am Mühlburgertor ausgefertigt werden, geben nur dann ein Anrecht auf Rückvergütung, wenn die Ausfuhr durch die Eisenbahn erfolgt.

§ 19.

Wer Gegenstände, die außerhalb der städtischen Erheberstellen gelagert sind, auf anderem Wege als durch die Eisenbahn ausführt und Verbrauchssteuerrückvergütung beanspruchen will, hat außer dem bei der nächsten Erheberstelle zu lösenden Ausfuhrschein und den betreffenden Verbrauchssteuerquittungen auch eine bürgermeisteramtlich beglaubigte Bescheinigung des auswärtigen Empfängers über Art und Menge der empfangenen Gegenstände, das Datum des Empfangs und die Persönlichkeit des Absenders sowie des Führers vorzulegen.

22. 1911.

Oktober 1911.

Hauptbahnhof,
betretung städtischen
er Zufahrtsstraßen
id.

erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

2 zu bestreitenden
ng und Bebauung
unter den Karls-
estimmungen (III)

Ladher.

Großherzoglichen
ig des neuen
r Herstellung
ang von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

(Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

§ 20.

Eine handelsmäßige und darum zum Anspruch von Verbrauchssteuerrückvergütung berechtigende Ausfuhr wird nur dann angenommen, wenn es sich um einen Verbrauchssteuerbetrag von mindestens 20 Pfennig bei jeder Ausfuhr handelt, und wird nicht angenommen, wenn die Ausfuhr durch die Post erfolgt.

§ 21.

Zur Erlangung von Verbrauchssteuerrückvergütungen wegen des in § 5 Ziffer 3 erwähnten Grundes ist ferner erforderlich:

daß der Antrag auf Rückvergütung spätestens sechs Wochen nach der Ausfuhr beim Stadtrat eingereicht wird und

daß die Zwischenzeit zwischen der Fälligkeit der Verbrauchssteuer und der Ausfuhr nicht mehr als sechs Monate beträgt.

§ 22.

In jedem Falle können die nach den §§ 16, 17, 18, 19 und 21 zu leistenden Rückvergütungen verweigert werden, wenn nachweislich das Erfordernis der Handelsmäßigkeit bei der Ausfuhr nicht zutrifft.

IV.

Besondere Bestimmungen über einzelne verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände.

A. Bier.

§ 23.

Von allem innerhalb des Verbrauchssteuerbezirktes zum Verbrauch kommenden Bier wird eine Abgabe erhoben, die 65 $\frac{1}{2}$ für das Hektoliter beträgt.

§ 24.

Die Steuerpflicht tritt ein:

- a) für das hier gebraute Bier, sobald es aus der Brauerei verbracht wird oder in der Brauerei selbst zum Verbrauch gelangt,
- b) für auswärts gebrautes Bier, sobald es in den Verbrauchssteuerbezirk eingeführt wird.

§ 25.

Die Steuer wird nicht erhoben:

- a) von dem Bier, welches aus dem Verbrauchssteuerbezirk ausgeführt wird,
- b) von dem Hausstrunk (Freibier für Angestellte) in den Brauereien.

§ 26.

Für das hier gebraute und innerhalb des Verbrauchssteuerbezirktes zum Verbrauch gelangende Bier sind die Brauerei-Unternehmer zur Zahlung der Steuer verpflichtet. Dieselben haben Bücher zu führen, aus welchen sich ersehen läßt, wieviel Bier in der Brauerei hergestellt ist, wieviel davon in der Brauerei verbraucht, wieviel Bier an Wirtschaften oder Private innerhalb des Verbrauchssteuerbezirks abgegeben und wieviel nach auswärts verbracht worden ist. Diese Bücher sind monatlich abzuschließen und dem städtischen Kontrollbeamten auf Verlangen in dem Brauereikontor zur Einsicht und Prüfung vorzulegen. Innerhalb 14 Tagen nach Monatschluß ist dem Stadtrat eine Zusammenstellung der Gesamtmenge des im abgelaufenen Monat innerhalb des Verbrauchssteuerbezirks abgegebenen Bieres einzureichen und der fällige Steuerbetrag an die Stadthauptkasse zu bezahlen. Durch Erhebung von Einsprüchen gegen den Ansaß wird die Pflicht zur einstweiligen Zahlung nicht berührt.

22. 1911.

7. Oktober 1911.

Hauptbahnhof, Erweiterung städtischen der Zufahrtsstraßen und.

g erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden
ng und Bebauung
unter den Karls-
bestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen
ng des neuen
r Herstellung
ng von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

§ 27.

Bezüglich des eingeführten Bieres gelten die allgemeinen Bestimmungen über Einfuhr steuerpflichtiger Gegenstände.

§ 28.

Den vom Stadtrat mit der Kontrolle beauftragten Beamten steht das Recht zu, jederzeit in den Brauereien sich alle auf den Verkauf des Bieres bezüglichen Bücher und Korrespondenzen vorlegen zu lassen. Ferner ist den Kontrollbeamten von allen Personen, welche Bier von auswärts beziehen, behufs Vornahme von Revisionen jederzeit der Zutritt zu den Kellern, Wirtschaften und Lagerräumen zu gestatten; über die Einfuhr und den Verbrauch auswärtigen Bieres sind ordnungsmäßige Aufzeichnungen zu machen und den Kontrollbeamten vorzulegen.

B. Wein.

§ 29.

Die städt. Verbrauchssteuer von Wein wird mit der staatlichen Weinaccise unter Anwendung der für diese geltenden Grundsätze erhoben.

In den Fällen des Art. 28, Ziffer 4 und 13 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882*) tritt jedoch eine Befreiung von der städtischen Verbrauchssteuer nur dann ein, wenn es sich um bereits in der Gemarkung Karlsruhe eingefesselte Weine handelt.

§ 30.

Weinproduzenten (Art. 28, Ziffer 1 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882*) haben die städtische Ver-

*) Art. 28. Steuerfrei ist — abgesehen von den Weineinlagen in Keller, für welche der Einleger ein Weinhandlungs- oder Weinlagerpatent besitzt, sowie von den gegen Entrichtung von

Verbrauchssteuer von allen auf städtischer Gemarkung erfolgenden Einlagen des von ihnen produzierten Weins zu entrichten. Im Falle nachweislicher Wiederausfuhr im großen wird die bezahlte Verbrauchssteuer zurückvergütet.

§ 31.

In Form eines Aversums ist die städtische Verbrauchssteuer von Wein zu entrichten:

- a) Bezüglich des Hausverbrauchs der Wein Händler (Art. 21 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882).
- b) Wenn gemäß Art. 10, Absatz 2 des Weinsteuergesetzes vom 19. Mai 1882 die staatliche Weinaccise in Form eines Aversums erhoben wird.

In beiden Fällen ist die dem staatlichen Accisaversum zu Grund gelegte Weinmenge auch für die städtische Verbrauchssteuer maßgebend *).

Aversen (Art. 10, letzter Absatz; Art. 21) steuerfreien Weineinlagen und Bezügen —

1. die erste Einlage von selbsterzeugtem Wein (Art. 29), sofern dieselbe nicht in einen Wirtschaftskeller erfolgt,
 4. die anderweitige Einlage von im Großherzogtum bereits eingelegtem Weine, vorausgesetzt, daß der Wein hierbei weder in das Eigentum, noch in den Gewahrsam eines Andern übergeht, daß derselbe keinem Weinhandlungs- oder Weinlagerkeller entnommen wird und, falls es sich um eine Weineinlage in einen Wirtschaftskeller handelt, unmittelbar zuvor in einem Wirtschaftskeller lagerte,
 13. die Einlage von Wein, welchen Jemand ererbt oder als Miterbe aus einer ungeteilten Erbschaft übernimmt, oder welcher aus der Verlassenschaft eines Ehegatten in das Eigentum des überlebenden Ehegatten übergeht oder von einem Ehegatten in die Ehe eingebracht wird, oder aus einer gerichtlichen Zwangsversteigerung erworben wird.
- *) Art. 21. Der Inhaber eines Weinhandlungspatents hat, falls er weder in der Gemarkung seines Wohnsitzes, noch in

22. 1911.

7. Oktober 1911.

Hauptbahnhof, Streichung städtischer Zufahrtsstraßen und.

g erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden ng und Bebauung) unter den Karlsbestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen ng [des neuen r Herstellung ng von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen *) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

Wenn Holz mittelst Fuhrwerk eingebracht wird und weder das Maß noch das Gewicht desselben dargetan werden kann, so wird für jedes Pferd eine Gewichtsmenge von 40 Zentnern angenommen.

der Gemartung, auf welcher sich der Weinhandlungskeller befindet, einen Wirtschaftskeller besitzt, für seinen Hausverbrauch an Wein ein Absoverzum zu entrichten, darf aber dafür dem Weinverbrauch für sich und seine Tischgenossen steuerfrei dem Weinhandlungskeller entnehmen.

Hat der Patentinhaber seinen Wohnsitz außerhalb der Gemartung, in welcher sich der Weinhandlungskeller befindet, so kann auf sein Ansuchen die vorstehende Berechtigung und Verpflichtung auf einen in der betreffenden Gemartung wohnenden Geschäftsführer übertragen werden, sofern dieser dazselbst keinen Wirtschaftskeller besitzt.

Das Aoverzum besteht für je ein Steuerjahr in dem Betrag der Accise von:

- a) 600 Liter Traubenwein für die eigene Person des Patentinhabers bezw. seines Geschäftsführers;
- b) 120 Liter Traubenwein für jeden ständigen männlichen Tischgenossen im Alter von mehr als 18 Jahren;
- c) 60 Liter Traubenwein für jeden ständigen weiblichen Tischgenossen im Alter von mehr als 18 Jahren.

Landwirtschaftliche Hilfsarbeiter bleiben bei Bemessung des Aoverzums außer Betracht, wenn der Patentinhaber in der Gemartung seines Wohnsitzes durchschnittlich eine der Weinabgabe an die tagelichen Arbeiter entsprechende Menge selbst-erzeugten Weines (Art. 29) einlegt.

Art. 10, Abs. 2. Es kann einzelnen Wirten auf Widerruf gestattet werden, nach besonderer Uebereinkunft mit der Steuerverwaltung ihre Schuldigkeit an Weinaccise und Ohmgeld in einem jährlichen Aoverzum zu entrichten.

Ist das Holz gemischt und kann nur das Maß, nicht aber das Gewicht dargetan werden, so wird die Steuer wie für Hartholz berechnet.

V.

Strafen.

§ 33.

Wer die Entrichtung von Verbrauchssteuern unterläßt, verfällt — abgesehen von der Pflicht zur Nachzahlung — in eine Geldstrafe, welche dem vierfachen, im Wiederholungsfalle dem achtfachen Betrag der geschuldeten Abgabe gleichkommt.

Weist der Angezeigte nach, daß die Entrichtung der Abgabe nur aus Versehen unterblieb, so kann auf eine geringere Ordnungsstrafe bis zum Betrag von 10 Mark erkannt und je nach Umständen die Ordnungsstrafe gänzlich erlassen werden.

Wer den zur Überwachung und Sicherung der Abgabentrachtung erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird von einer Geldstrafe bis zu 10 Mark getroffen.

Auch der Versuch, die Beihilfe und die Begünstigung sind strafbar.

§ 34.

Die absichtliche oder fahrlässige Vorenthaltung der auf Wein und hier gebrautem Bier beruhenden Verbrauchssteuern wird auf gleiche Weise wie die Vorenthaltung der betreffenden Staatssteuern verfolgt und abgewandelt*).

*) Vergl. das Gesetz vom 8. Mai 1867 über die Bestrafung und Vorenthaltung der Gemeindeabgaben in der durch das Bad. Einführungsgezet zu den Reichsjustizgesetzen vom 3. März 1879 festgestellten Fassung.

22. 1911.

7. Oktober 1911.

Hauptbahnhof,
Abtretung städtischen
der Zufahrtsstraßen
und.

g erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden
ng und Bebauung
) unter den Karls-
bestimmungen (III)

Lacher.

Großherzoglichen
ng des neuen
r Herstellung
ng von der Eisen-

bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

VI.

Vollzug.

§ 35.

Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1910 in Kraft. Sie tritt an Stelle der bisherigen Steuerordnung vom 30. November 1896, deren Geltung mit Ablauf des 31. März 1910 endet.

§ 36.

Die zum Vollzug der gegenwärtigen Verbrauchssteuerordnung erforderlichen Anordnungen hat der Stadtrat zu treffen, insbesondere steht demselben zu, die Dienstweisungen für die Erheber und das übrige Aufsichtspersonal zu erlassen.

Auf die Verbrauchssteuern bezügliche Dienstweisung der Schulkleute hat der Stadtrat beim Bezirksamt zu beantragen.

§ 37.

Ferner steht dem Stadtrat zu:

die den Beamten und Bediensteten der Steuerverwaltung und der Eisenbahn für Mitwirkung bei der Kontrolle und Erhebung der städtischen Verbrauchssteuern zu leistenden Vergütungen mit den zuständigen Staatsbehörden zu vereinbaren,

für Anzeigen von Uebertretungen der Verbrauchssteuerordnung Belohnung zu gewähren,

mit einzelnen Verbrauchssteuerpflichtigen Verbrauchssteueraverfen oder eine von der Verbrauchssteuerordnung abweichende Kontrolle zu vereinbaren.

Verbrauchssteuer-Tarif.

Jg. 1911.

Gegenstand	Maßstab der Besteuerung	Ver- brauchs- steuer- sätze	
I. Getränke.			
1. Bier: a) hier gebrantes b) eingeführtes	{ vom Hektoliter { vom Liter { von der Flasche unter 1 Liter	—	65
2. Wein: (Traubenwein, Obstwein und künstlicher Wein)		—	1
		—	1
II. Wildbret.			
1. Hasen	vom Stück	—	20
2. Hirsche und Alttiere	"	2	50
3. Rehe, Gemsen, Schmal- tiere	"	1	—
4. Damwild, Rentiere	"	2	—
5. Wildschweine	"	2	50
6. Zerlegtes Wildbret	von 1 Kilogr.	—	6
III. Geflügel.			
1. Gänse, Schneegänse	vom Stück	—	20
2. Enten	"	—	15
3. Gewöhnliche Hähnen u. Hühner	"	—	10
4. Tauben	"	—	5
5. Poularden, Kapannen	"	—	20
6. Welsher Hähnen, Trut- hahn	"	—	60
7. Auerhahn, Birkwild	"	—	60
8. Wilde Enten aller Art	"	—	20

1. Oktober 1911.

Hauptbahnhofs,
Abtretung städtischen
der Zufahrtsstraßen
und.

ig erteilen, daß die

dem neuen Haupt-

12 zu bestreitenden
ung und Bebauung
b unter den Karls-
Bestimmungen (III)

Lacher.

1 Großherzoglichen
lung des neuen
ur Herstellung
ung von der Eisen-bahnverwaltung herzustellenden Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grund-
stücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach An-
meldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

Gegenstand	Maßstab der Besteuerung	Ver- brauchs- steuer- sätze
9. Fasanen, Haselhühner, Schneepfen	vom Stück	— 30
10. Feldhühner, Schnee- hühner	"	— 15
11. Bekasinen, Wachteln, so- wie sonstiges jagdbares Geflügel	von 1 Kilo	— 5
12. Zerlegtes Geflügel	"	— 6
13. Gänselebern	"	— 20
IV. Frische Fische, Seekrebse, sonstige Seetiere.		
1. Frische Seefische . . . <small>mit Ausnahme der billigen Sorten wie Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Merlan, sowie der im Preise nicht höher stehenden Sorten</small>	von 1 Kilo	— 20
2. Seekrebse	"	— 20
3. Salm, Lachsforellen	"	— 40
4. Forellen, Felchen, Bander	"	— 15
5. Hechte, Schleien, Karpfen, Aale, Aeschen	"	— 10
6. Sonstige frische Fluß- fische, Flußkrebse	"	— 2
V. Brennstoffe.		
1. Hartholz	vom Ster	— 8
	von 500 Kilo	— 8
2. Weichholz	vom Ster	— 6
	von 500 Kilo	— 8
3. Stumpen, Wellen und Späne	vom Karren von jedem Zug- pferde	— 7 — 7

Karlsruhe, den 27. Oktober 1911.

Die Verlegung des Hauptbahnhofs, insbesondere die tauschweise Abtretung städtischen Geländes und die Herstellung der Zufahrtsstraßen zum neuen Bahnhof betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung erteilen, daß die nachstehenden Verträge

1. über die tauschweise Abtretung städtischen Geländes (I),
2. über die Regelung der Rechtsverhältnisse für den Platz vor dem neuen Hauptbahnhof und die Zufahrtsstraßen zu diesem (II)

mit der Großh. Eisenbahnverwaltung abgeschlossen,

sowie ferner, daß mit einem aus Wirtschaftsmitteln des Jahres 1912 zu bestreitenden Aufwand von 11 000 Mk. zur Gewinnung von Entwürfen für die Gestaltung und Bebauung des Bahnhofvorplatzes und der dazu führenden Straßen ein Wettbewerb unter den Karlsruher Architekten und Ingenieuren nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen (III) ausgeschrieben werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Vacher.

I.

Tausch-Vertrag.

§ 1.

Die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe überträgt an den Großherzoglichen Fiskus (Eisenbahnverwaltung) die ihr gehörigen, zur Errichtung des neuen Hauptbahnhofs und dessen Zufahrtslinien sowie zur Herstellung des Bahnhofplatzes und der nach besonderer Vereinbarung von der Eisenbahnverwaltung herzustellen den Zufahrtsstraßen und Wege erforderlichen Grundstücke zu Eigentum.

Es sind dies folgende, in den Plänen*) gelb angelegte Flächen:

*) Die Pläne sind im Nebenzimmer des Sitzungssaals aufgehängt und können dort nach Anmeldung beim Hausmeister von den Herren Stadtverordneten eingesehen werden.

Q.3.	Beschrieb	Lagerbuch Nr.	Übergehende Fläche
			qm
	a. Gemarkung Ettlingen.		
1.	Wiese, Gewann „Weierwiesen“ südlich der Station Beiertheim	5 250	695
2.	Weg, neben Lagerbuch Nr. 5 250 (Ziffer 1) .	7 645	67
	b. Gemarkung Karlsruhe.		
3.	Wiese, Gewann „Borberbrüchle“	9 711	17 024
4.	Petergraben	9 649	690
5.	Weg südlich der Güterbahn nach dem West- bahnhof	9 707	374
6.	Fußweg nördlich der Güterbahn nach dem Westbahnhof	9 713	120
7.	Weg, Fortsetzung von Lagerbuch Nr. 9 713 .	9 706	788
8.	Wiese, Gewann „Borberbrüchle“	9 714	4 313
9.	Wiese, Gewann „Riegel“	9 738	5 172
10.	Weg bei Station Beiertheim	9 765	630
11.	Wiese, Gewann „Borberbrüchle“ südlich der ehemaligen Station Beiertheim	9 768	450
12.	Waid, Gewann „Waid“ südlich des Rangier- bahnhofs neben der Alb (beim Sonnenbad)	9 919	529
13.	Dammerstock-Weg neben Lagerbuch Nr. 9 919 .	9 918	67
14.	Weg, nördlich des Stefanienbades	9 320	107
15.	Wiese, Gewann „Krautwiesen“	9 772	2 364
16.	Ackerland, Gewann „Schifflich“	9 304	8 280
17.	Weg längs der Bahn nach Ettlingen, Ostseite	9 787	410
18.	Wiese, Gewann „Neuwiesen“	9 788	14 346
19.	Dammerstock-Weg, längs der strategischen Bahn	9 789	482
20.	Wiese, Gewann „Neuwiesen“	9 791	6 873
21.	„Neuer Weg“	9 303	2 110
22.	„Neuer Weg“	9 790	8 329
23.	Graben südlich der Güterbahn	9 910	177
24.	Wiese südlich der Güterbahn zwischen dieser und Ettlinger Straße	9 909	1 327
25.	Wiese, Gewann „Neuthenwiesen“ nördlich der Apfelallee, westlich der strategischen Bahn .	6 063	17 920
26.	Beiertheimer Wäldchen, öffentliche Anlage . .	3 371	1 140
	Übertrag . .		94 784

Q. B.	Beschrieb	Lagerbuch Nr.	Übergehende Fläche
	Übertrag . .		qm 94 784
27.	Wiese und Auffüllung, Gewann „Reuthen- wiesen“, zwischen strategischer Bahn und Lautersee	6 081	48 800
28.	Lautersee nebst Anlagen	6 111	52 970
29.	Seepromenade	6 113	7 765
30.	„Neuer Weg“	6 112	876
31.	Rotteck-Straße	6 143	1 257
32.	Mittermaier-Straße, Teil	6 127	140
33.	Ettlinger Straße, Teil	1 300 c	8 215
34.	Güterbahn-Straße	2 405	2 249
35.	Spohn-Straße	2 428	3 575
36.	Rüppurrer-Straße, Teil	2 398	4 494
37.	Alte Wasserwerk-Straße	2 393 b	5 104
38.	Wasserwerk-Straße	2 393	4 462
39.	Fläche beim Übergang an der Wolfartsweierer Straße	2 368	575
40.	a. Fläche längs des Zufahrtsweges zum Müll- hügel		884
	b. Fläche an der südöstlichen Ecke des Müll- hügels	2 367	281
	c. Fläche des neuen Bahnkörpers am Müll- hügel		9 930
	d. Südöstliches Eckstück vom Müllhügel . . .		4 350
41.	Gervig-Straße und Industriebahn, Teile . .	6 289	1 701
	zusammen . .		252 412

§ 2.

Statt des Schadenersatzes, welcher für Abtretung des in § 1 bezeichneten Geländes zu leisten wäre und der aufgrund der im Enteignungsverfahren erlassenen Feststellungsbescheide des Großherzoglichen Landeskommissärs vom 25. Juni und 3. Juli 1907 einschließlich einer Minderwertsentschädigung von 165 000 M wegen Durchschneidung des Gaswerksgeländes, auf 2 376 670 M berechnet ist, gibt der Großherzogliche Fiskus an die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe:

1. von den Grundstücken der Gemarkung Karlsruhe die in den beiliegenden Plänen rot angelegten Flächen, nämlich:

Nr.	Beschrieb	Lagerbuch Nr.	Übergehende Fläche
			qm
1.	Bahngelände der Durmersheimer und Ettlinger Bahn von der Ettlinger Straße bis zum neuen Bahnhof, einschließlich der Übergänge der Ettlinger-, Garten- und Gutsch-Straße, sowie ein Teil von etwa 15 qm von der Rheintalbahn	884 und 2 366	53 847
2.	Bahngelände der Rheintal- und Magaubahn von der Abzweigung der Hauptbahn; ersteres bis Moltkestraße, letzteres bis Hardtstraße einschließlich der Übergänge der Beiertheimer Allee, Karl-, Garten-, Kriegs-, Sofien-Straße, Kaiser-Allee, Hoff-, Moltke-, Stabel-, Blücher- und Hardt-Straße	881 882 884 885 3 436 5 089 5 529	77 303
3.	Bahnübergang der Rüppurrer Straße	2 366	1 540
4.	Gelände des überwölbten Floßgrabens von dem Übergang der Rüppurrer Straße bis zur Nebenius-Straße	2 650	4 777
5.	Wiesengelände zwischen dem städtischen Gaswerk und der neuen Eisenbahn nach Graben an der Durlacher Allee	2 366	15 026
6.	Landgrabenstrecke (b-c-f-g-h des Planes)	2 366	2 140
	zusammen		154 633

2. Die Großherzogliche Generaldirektion wird ferner bewirken, daß die Stadtgemeinde die nachverzeichneten, zur Zeit dem Domänenärar gehörigen, im Plan gleichfalls rot angelegten Grundstücke zu Eigentum erhält und zwar:

- das Gelände des an der Durlacher Allee projektierten Meßplatzes südöstlich der neuen Bahnlinie, Lagerbuch Nr. 2 364 einschließlich des zugehörigen Landgrabengeländes (c-d-e-f-e) mit 68 326 qm;
- das im Plan mit a-b-g-h-a bezeichnete Gelände des Landgrabens, nämlich 800 qm des Grundstücks Lagerbuch Nr. 4 163 b der Gemarkung Durlach;
- das Gelände des jetzigen Festplatzes (Schießwiese) Lagerbuch Nr. 3 382 mit etwa 18 038 qm, zusammen 87 164 qm,

und zwar das unter a und b bezeichnete Gelände alsbald nach Abschluß dieses Vertrags, das unter c bezeichnete alsbald nach seiner Räumung durch die Albtalbahn, spätestens jedoch — und zwar geräumt von der Albtalbahn — Ende 1913.

3. Endlich leistet der Großherzogliche Fiskus an die Stadtgemeinde alsbald nach Abschluß dieses Vertrags ein bares Aufgeld von 75 313 M — Fünfundsiebenzigtausenddreihundertdreizehn Mark —.

Die Entschädigung des Domänenärars für die Überweisung seines Geländes (Ziffer 2a, b und c) an die Stadtgemeinde hat die Großherzogliche Generaldirektion zu leisten. Die Zahlungsbedingungen wird die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung mit dem Domänenärar vereinbaren. Die Großherzogliche Generaldirektion wird dafür sorgen, daß das Gelände lit. c, soweit es von der Albtalbahn nicht berührt wird, alsbald der Stadtgemeinde Karlsruhe zur uneingeschränkten unentgeltlichen Benützung überwiesen wird.

Die Stadtgemeinde Karlsruhe hat als Eigentümerin des Landgrabens der Großherzoglichen Eisenbahnverwaltung ein ungehindertes Zugangsrecht nach dem dahinter gelegenen bahnfiskalischen Eigentum Lagerbuch Nr. 2366 auf alle Zeiten einzuräumen.

§ 3.

Soweit infolge anderer Gestaltung des neuen Bahnhofvorplatzes städtisches Gelände, dessen Abtretung an den Eisenbahnfiskus in diesem Vertrag vorgesehen ist, für die Anlage des Bahnhofplatzes und der zu ihm führenden Ortsstraßen (siehe § 1) nicht mehr benötigt werden sollte, verbleibt es im Eigentum der Stadt; es wird jedoch mit dem diesem Tauschvertrag zugrunde liegenden Wert zu Gunsten des Landesfiskus in Rechnung gestellt, das heißt am Aufgeld in Abzug gebracht.

Andererseits verpflichtet sich der Großherzogliche Fiskus (Eisenbahnverwaltung), Gelände, das er durch diesen Vertrag von der Stadtgemeinde oder sonstwie anlässlich des Bahnhofneubaus erworben hat und das für die endgültige Anlage des Albtalbahnhofs erforderlich wird, für diesen Zweck zum Erwerbspreis an die Stadtgemeinde oder die Eigentümerin der Albtalbahn wieder abzutreten.

§ 4.

Wegen der Abtretung der vom Großherzoglichen Domänenärar zu erwerbenden Grundstücke wird die Stadtgemeinde unter Mitwirkung der Großherzoglichen Eisenbahnverwaltung einen besonderen Vertrag mit der Großherzoglichen Domänendirektion abschließen, in dem bezüglich des Schießwiesengeländes ein nach § 2 von der Großherzoglichen Generaldirektion zu entrichtender Preis von 15 M für einen Quadratmeter mit dem Vorbehalt vereinbart wird, daß das Gelände der Schießwiese nur zu öffentlichen Zwecken (öffentliche Gebäude und Anlagen) verwendet werden darf. Ferner muß sich die Stadtgemeinde Karlsruhe verpflichten, den für die daselbst vorgesehenen staatlichen Bauten (Landesgewerbeamt, Landesgewerbefabrik und Landesmuseum) später nötigen Teil des Geländes zwischen Garten-Straße, Ettlinger Straße und Beierheimer Allee an die Staatsverwaltung zu einem Preise zu überlassen, welcher sich für einen Quadratmeter der beanspruchten Fläche mit dem Durchschnitt des von der Stadt für die Flächen der Schießwiese und der Hauptbahn zwischen Ettlinger- und Garten-Straße bezahlten Preise berechnet.

§ 5.

Die Stadt Karlsruhe wird bis zur Beendigung der Bauzeit für den Personenbahnhof eine Änderung an dem Bestande des Flossgrabens nicht vornehmen. Hinsichtlich der Wasserentnahme aus dem Flossgraben bleibt eine nähere Regelung zwischen den Vertragsparteien vorbehalten. Solange diese nicht getroffen ist, wird an dem bisherigen Wasserbezugsrecht nichts geändert.

§ 6.

Die Großherzogliche Generaldirektion erstellt alsbald auf ihre Kosten die für die spätere Erweiterung des östlichen Gaswerks erforderlichen beiden Unterführungen innerhalb des für die Bahnanlage erforderlichen Dammes und zwar bei Profil $30' + 15$ für ein Schienengleis nebst Fahrweg, sowie bei Profil $28' + 60$ für einen Rohrtanal nach Maßgabe der Berichte des städtischen Gaswerks vom 31. Oktober 1906 und 30. März 1908 Nr. 221.

Die Erstellung von Anschlußgleisen bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.

§ 7.

Die Mietverträge vom 20. Mai 1908 über die Benützung der städtischen Grundstücke Lagerbuch Nr. 3371, 6063, 322 bleiben in Kraft, desgleichen der Vertrag vom 21. Februar 1907 über den Eintritt der Großherzoglichen Generaldirektion in die Pachtverträge bezüglich der Grundstücke in den Gewannen „Schiffstich“ Los 1—17, 33—91, „Neuwiese“ Los 1 und 2, „Vorderbrühl“ 1, 5—24 und „Krautwiesen“ Los 1 und 2 der früheren Gemarkung Beiertheim.

§ 8.

Die Stadt Karlsruhe wird die Auflassung und Eintragung der von ihr abzutretenden Grundstücke im Benehmen mit der Großherzoglichen Generaldirektion der Staatsbahnen vollziehen, sobald genau feststeht, in welchem Umfang diese Grundstücke für den Bahnbetrieb benötigt werden. Die Auflassung und Eintragung der vom Großherzoglichen Fiskus abzutretenden, zur Zeit noch dem Bahnbetrieb dienenden Grundstücke ist vorzunehmen, sobald nach Inbetriebnahme des neuen Personenbahnhofes nebst Zufahrtslinien das Gelände nicht mehr zum Bahnbetrieb erforderlich ist. Die Eisenbahnverwaltung hat das Recht, die Betriebseinrichtungen und den Schotter und die Anschüttungen von dem übergehenden Gelände wegzunehmen, ist aber zur Beseitigung des Schotters und der Anschüttungen nicht verpflichtet. Für die Ausübung des Räumungsrechts hat die Eisenbahnverwaltung von der Auflassung an ein halbes Jahr Zeit. Die Auflassung und Eintragung hat bezüglich des bahneigenen Grundstücks Lagerbuch Nr. 2364 alsbald nach Abschluß dieses Vertrags zu erfolgen.

§ 9.

Eingetragene Lasten sind zu beseitigen; für nicht eingetragene Lasten wird beiderseits keine Gewähr geleistet.

§ 10.

Die Kosten der Auflassung und Eintragung werden von der Eisenbahnverwaltung allein, die Reichsstempelsteuer von beiden Parteien je hälftig getragen. Hinsichtlich der Verkehrssteuer wird für die Stadtgemeinde gemäß § 33² des badischen Verkehrssteuergesetzes Steuerfreiheit beansprucht.

§ 11.

Der Wert des einzelnen Tauschgegenstandes einschließlich des Aufgeldes beträgt rund 2 376 670 M.

§ 12.

Lage, Grenzen und Flächenmaß der auszutauschenden Grundstücke ergeben sich aus den dem Vertrag als wesentlicher Bestandteil angeschlossenen Plänen (Übersichtsplan und Einzelpläne), in denen die von der Stadt abzutretenden Grundstücke gelb, die vom Fiskus abzutretenden Grundstücke rot angelegt sind; bei Unstimmigkeiten sind die Einzelpläne ausschlaggebend. Für jede Eigentumsübertragung werden von der Eisenbahnverwaltung auf ihre Kosten die erforderlichen Meßbriefunterlagen erstellt, die dann der Auflassung und dem Grundbucheintrag zugrunde gelegt werden.

Der Vertrag wird doppelt ausgefertigt.

Die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung behält sich die Genehmigung des Großherzoglichen Staatsministeriums und der Stadtrat Karlsruhe die Zustimmung des Bürgerausschusses und, soweit erforderlich, die Staatsgenehmigung zu vorstehendem Vertrag vor.

Karlsruhe, den 27. Juli 1911.
27. September

II.

Platz- und Straßenvertrag.**Vereinbarung**

zwischen dem Großherzoglichen Fiskus (Eisenbahnverwaltung)
und der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe

über

die Rechtsverhältnisse bezüglich Eigentum, Herstellung, Unterhaltung und Beleuchtung
der beim Neubau des Personenbahnhofes Karlsruhe in Betracht kommenden Straßen,
Plätze und Wasserläufe.

§ 1.

Über die Fluchten und die Höhenlage des Bahnhofplatzes, seine Ausgestaltung und die Art der Bebauung des anstoßenden Geländes wird der Stadtrat im Benehmen mit der Großherzoglichen Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen ein eingehendes Projekt ausarbeiten lassen. Bei dessen Bearbeitung soll davon ausgegangen werden, daß der Platz ungefähr die Ausdehnung und Gestalt erhalten soll, wie sie in dem angeschlossenen Plane des städtischen Tiefbauamts vom 14. Juli 1911 angegeben ist.

Sowohl die Eisenbahnverwaltung als auch die Stadt verpflichten sich, Bauten, die sie an dem Bahnhofplatz errichten werden, so ausführen zu lassen, daß sie dem erwähnten Projekt entsprechen, sowie bei einer etwaigen Veräußerung von Gelände den Rechtsnachfolgern diese Verpflichtung aufzuerlegen.

§ 2.

Das Gelände, das in den Bahnhofplatz und die zu ihm führenden Ortsstraßen AB, CD und EF fällt, wird, mit Ausnahme eines Streifens von 6 m Tiefe,

entlang dem Aufnahmegebäude, von dem Eisenbahnfiskus, soweit es ihm gehört oder nach dem Tauschvertrag zufällt, unentgeltlich der Stadt überwiesen. Das hiernach an die Stadt übergehende Gelände ist in beiliegendem Plan I rot angelegt. Soweit es der Eisenbahnverwaltung nicht gehört (Lagerbuch Nr. 6061 und 6062 in der Straße CD), erwirbt es die Stadtgemeinde. Die Eisenbahnverwaltung ersetzt ihr die Erwerbskosten, jedoch höchstens den Preis, der für das nördlich anstoßende städtische Gelände nach dem Tauschvertrag zu entrichten gewesen wäre.

§ 3.

Die Bahnverwaltung wird den Bahnhofplatz auf die vorzusehende Höhe auffüllen lassen; im übrigen wird die Stadt den im Plan I rot angelegten Teil des Platzes herstellen, und zwar die Fahrbahnen mit Stampfasphalt oder Granitdeckung, die Gehwege und Perrons in Zement oder ähnlichem Material; für die Rinnenabgrenzung sollen Granitbordsteine verwendet werden. Die Kosten sind unter Beachtung der Bestimmungen in § 5 der Stadt von der Bahnverwaltung mit Ausnahme der Hälfte des Betrages zu ersetzen, der erforderlich wäre, um eine chaussierte 14 m breite Fahrbahn und einen 5 m breiten Gehweg entlang den nicht der Bahnverwaltung gehörenden Bauplätzen herzustellen.

Die Unterhaltung und Reinigung des Bahnhofplatzes, soweit er nach § 2 ins Eigentum der Stadt übergeht, übernimmt die Stadtgemeinde.

§ 4.

Die in dem angeschlossenen Plan I des städtischen Tiefbauamts vom 14. Juli 1911 mit A-B, C-D und E-F bezeichneten Straßen, deren endgiltige Festlegung jedoch dem in § 1 erwähnten Projekt vorbehalten bleibt, wird die Bahnverwaltung auf die vorgesehene Höhe auffüllen lassen, im übrigen wird die Stadt diese Straßen, die im beiliegenden Plan I rot angelegt sind, herstellen und zwar die Fahrbahnen mit Stampfasphalt oder Granitdeckung, die Gehwege in Zement oder ähnlichem Material, für die Rinnenabgrenzung sollen Granitbordsteine verwendet werden. Die Kosten sind unter Beachtung der Bestimmungen in § 5 der Stadt von der Bahnverwaltung mit Annahme der Hälfte des Betrages zu ersetzen, der erforderlich wäre, um chaussierte Fahrbahnen und die Gehwege entlang den nicht der Bahnverwaltung gehörenden Bauplätzen herzustellen.

Die Unterhaltung und Reinigung dieser Straßen übernimmt die Stadt.

Die übrigen zum Bahnhofplatz führenden Ortsstraßen wird die Stadt auf ihre Kosten herstellen und unterhalten, vorbehaltlich des Bezuges der Anstößer einschließlich des Eisenbahnfiskus.

§ 5.

Als Höchstbetrag des nach §§ 3 und 4 von der Bahnverwaltung zu leistenden Kostenersatzes wird der Betrag von 475 400 Mk. festgesetzt. Die Zahlung erfolgt auf Abrechnung nach Herstellung der Anlage; die Eisenbahnverwaltung verpflichtet sich indessen, auf Nachweis von Teilleistungen diesen entsprechende Abschlagszahlungen zu bewilligen.

§ 6.

Die nachgenannten, im Bahngelände liegenden, von der Eisenbahnverwaltung herzustellenden Straßen und Wege, die in den Plänen I und II blau angelegt

sind, gehen nach Eröffnung des neuen Hauptbahnhofes unentgeltlich in das Eigentum der Stadt über:

1. Die Ettlinger Straße von dem Punkte F ab südwärts, mit Ausnahme der Strecke, die unter der Überbrückung liegt, und der Brücke, die über die Güterbahn-Straße und dem Rangierbahnhof führt;
2. die Zufahrtsstraße zum alten Bahnhof Beierthelm mit Ausnahme der Strecke, die unter der Überbrückung liegt;
3. der von dieser Straße abzweigende Feldweg entlang der Alb;
4. die Mittelbruch-Straße bis zur Wasserwerk-Straße mit Ausnahme der Strecke, die unter der Überbrückung liegt;
5. die Wasserwerk-Straße mit Ausnahme der Brücke, die über den Rangierbahnhof führt;
6. die beiderseitigen Parallelwege längs der Bahn von der ehemaligen Rintheimer Gemarkungsgrenze bis zur Gerwig-Straße und von der Gerwig-Straße bis zur Durlacher Allee, sowie der Parallelweg südlich der Durlacher Allee bis zur bisherigen Kehrichtablage.

Gleichzeitig geht die Pflicht, diese Straßenstrecken, einschließlich der im Plan I violett angelegten Teile, die unter den Überbrückungen liegen, zu unterhalten und zu reinigen, auf die Stadt über, vorausgesetzt, daß die Straßen (Fahrbahnen, Bordsteine, Gehwege) sowohl, als auch die Kanäle samt Straßensinkkasten sich in gutem Zustande befinden.

Die Fahrdämme in den Unterführungen werden vor der Übergabe mit Granitsteinen gepflastert, die Gehwege mit Asphalt oder Zement gedeckt.

§ 7.

An den Teilen der in § 6 genannten Straßen, die im Eigentum des Eisenbahnfußes verbleiben, an der Mittelbruch-Straße südlich der Wasserwerk-Straße, sowie an der Fautenbruch-Straße, ferner an der Apfelallee-Unterführung und an der Straße, die von dieser bis zur Brücke der Ettlinger Straße über den Rangierbahnhof führt — diese 4 Straßen sind im Plan I durch grüne Farbe gezeichnet — stehen der Stadt, abgesehen von dem Eigentum, dieselben Rechte wie an Gemeindewegen zu. Sie sind vor allem dem freien Verkehr geöffnet, und die Stadt ist, vorbehaltlich der zu vereinbarenden besonderen Bedingungen, berechtigt, sie für die Straßenbahn, Kabel-, Gas- und Wasserleitungen, Kanäle und dergleichen zu benützen, auch an den die Straßenunterführung umfassenden Bauwerken, Beleuchtungseinrichtungen, Stark- und Schwachstromleitungen und dergleichen anzubringen.

§ 8.

Die Beleuchtung des Bahnhofplatzes, soweit nicht der Eisenbahndienst eine besondere Beleuchtung der Bahnhofszugänge erfordert, sowie der neuen Ettlinger- und der Wasserwerk-Straße übernimmt die Stadt vom Tage ihrer Inbetriebnahme an. Die Beleuchtung der übrigen im Bahngelände liegenden Straßen ist Aufgabe der Bahnverwaltung.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Beleuchtung der neuen Ettlinger- und Wasserwerk-Straße ein größerer Betriebsaufwand nötig fällt, als für die alten Straßen gleichen Namens, zahlt die Bahnverwaltung vom Tage der Inbetriebnahme der Beleuchtung an, an die Stadt einen noch näher zu vereinbarenden

jährlichen Zuschuß; ebenso übernimmt die Eisenbahnverwaltung den Aufwand, der erforderlich sein wird, um die Unterführungen nötigenfalls auch während des Tages zu beleuchten.

§ 9.

Die bauliche Unterhaltung des Altbettes innerhalb des Bahnkörpers liegt der Bahnverwaltung, die Reinigung der Stadt ob.

Der Mittelbruchgraben steht, soweit er sich auf fiskalischem Gelände befindet, im Eigentum und in Unterhaltung des Fiskus. Das gleiche gilt von dem Flossgraben, soweit er nicht nach den Bestimmungen des Tauschvertrags Eigentum der Stadt wird.

§ 10.

Soweit besondere Kunstbauten für Straßen- und Wasserzwecke erstellt werden liegt der Eisenbahnverwaltung die Unterhaltung dieser besonderen Anlagen ob.

Karlsruhe, den 27. Juli 1911.
27. September

III.

Wettbewerbsbestimmungen.

Um die Umgebung des neuen Bahnhofs in Karlsruhe möglichst zweckmäßig und schön zu gestalten, sind die Großherzoglich Badische Eisenbahnverwaltung und die Stadt Karlsruhe übereingekommen, gemeinsam ein Projekt für die Gestaltung und Bebauung dieses Geländes aufstellen zu lassen.

Zur Gewinnung geeigneter Entwürfe fordert hiermit der Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe die in Karlsruhe ansässigen Architekten und Ingenieure zur Einreichung von Skizzen auf, denen folgende Aufgabe gestellt ist:

1. Es sind die Bau- und Straßensuchten des Bahnhofsvorplatzes und des anstoßenden Baugebiets, dessen Grenzen in dem am Schlusse erwähnten Lageplan eingetragen sind, anzugeben; dabei ist davon auszugehen, daß der Platz ungefähr die Ausdehnung und Gestalt erhalten soll, wie sie in dem Lageplan angegeben sind; Änderungen, die verkehrstechnisch einwandfrei und in wirtschaftlicher Hinsicht nicht wesentlich ungünstiger wirken, sind zulässig. Die Lage des Altbahnhofs ist als ein unverbindlicher Vorschlag anzusehen.
2. Es sind Fassaden-Entwürfe für sämtliche an dem Platz und an den in dem Lageplan mit A-B und C-D bezeichneten Straßenstrecken zu errichtenden Bauten aufzustellen. Es ist ein Eingang in den Stadtgarten von der Bahnhofseite aus vorzusehen. Auf eine harmonische Gesamtwirkung des Platz- und Straßenbildes mit Berücksichtigung des bereits erstellten Aufnahmegebäudes und des in Ausführung begriffenen Postgebäudes, sowie auf einen günstigen Abschluß der Südseite des Stadtgartens wird ausschlaggebender Wert gelegt.

Der Bausuchtenplan ist 1:100, die Fassadenentwürfe 1:200 zu zeichnen.

In dem Bausuchtenplan sind auch die Fahrbahnen, Gehwege, die Linien, Haltestellen und eventuell Warteräume der elektrischen Straßenbahn, Droschkenhalteplätze und die sonstige Ausstattung des Platzes einzutragen.

Ferner werden zwei Schaubilder verlangt von den in Augenhöhe gelegenen Punkten x und y des Lageplans nach einem Maßstab 1:100. Die entsprechenden Bildebenen sind durch die Kanten Kx und Ky zu legen. Die Darstellungen sollen nur in schwarz-weiß ausgeführt werden; farbige Bilder sind von der Beurteilung ausgeschlossen.

Die Zeichnungen sind, mit einem Kennwort oder Zeichen versehen, bis zum 31. März 1912 nachmittags 6 Uhr beim Sekretariat des städtischen Hochbauamts abzuliefern. In einem versiegelten Umschlag mit demselben Kennwort oder Zeichen hat der Bewerber seinen Namen anzugeben. Skizzen, die nach dem genannten Zeitpunkt abgeliefert werden, sind von dem Wettbewerb ausgeschlossen.

Die preisgekrönten Zeichnungen werden Eigentum der Stadt; diese ist berechtigt, sie nach Belieben für die Ausführung zu benützen. Das Recht der Veröffentlichung verbleibt dem Verfasser.

Eine Zusicherung, daß die Bewerber bei der weiteren Ausarbeitung von Plänen oder der Ausführung beigezogen werden, wird nicht gegeben.

Das Preisrichteramts haben die nachstehenden Herren übernommen:

1. Minister der Finanzen, Rheinbold, Exzellenz,
2. Oberbürgermeister Siegrist,
3. Professor Dr. Theodor Fischer, München,
4. Professor Th. Goede, Landesbaurat, Berlin,
5. Hermann Janßen, Architekt, Berlin.

Sollte der eine oder andere dieser Herren verhindert sein, das Preisrichteramts auszuüben, so treten an Stelle der unter 1 und 2 genannten Herren die von ihnen zu ernennenden Stellvertreter, an Stelle eines der unter 3 bis 5 genannten wird Herr Geh. Regierungsrat, Professor Dr. ing. Karl Henrici, Aachen, treten.

Die Preisrichter haben das Preisanschreiben vor der Veröffentlichung geprüft und gebilligt.

Das Preisgericht wird bald möglichst nach dem Einlieferungstermin zusammentreten und sein Urteil in einem Gutachten niederlegen, von dem jeder Bewerber auf Verlangen eine Ausfertigung erhält.

Für die besten, den gestellten Bedingungen entsprechenden Arbeiten sind folgende Preise ausgesetzt:

I.	=	4 000 Mark
II.	=	3 000 "
III.	=	2 000 "
IV.	=	1 000 "

Es bleibt dem Preisgericht überlassen, erforderlichenfalls eine andere Verteilung der Preise vorzunehmen, doch soll die Gesamtsumme von 10 000 Mk auf höchstens 4 Preise verteilt werden.

Im übrigen sollen die Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben im Gebiete der Architektur und des Bauingenieurwesens, aufgestellt vom Verbands der deutschen Architekten- und Ingenieur-Vereine (33. Versammlung in Düsseldorf 1904), maßgebend sein.

Der mehrfach erwähnte Lageplan, sowie die Fassadenansicht des Postgebäudes können von dem Sekretariat des städtischen Hochbauamts bezogen werden. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß die in dem Lageplan angedeuteten Baufluchten, Straßenbahnlinien und die Lage des Albtalbahnhoofs nur als ein unverbindlicher Vorschlag anzusehen sind.

Begründung.

I. Vorbemerkungen.

In seiner Sitzung vom 26. Februar 1900 hat der Bürgerausschuß einstimmig eine Erklärung des Stadtrats gutgeheißen, wonach der Verlegung des Hauptbahnhofes in das Gebiet südlich des Lauterbergs und östlich der Beierthheimer Allee „als dem geringeren Übel“ die Zustimmung erteilt werden sollte, nachdem die bis dahin von den städtischen Kollegien geforderten Hochlegung des Bahnhofes an seiner bisherigen Stelle als zu kostspielig unbedingt abgelehnt worden war.*) Diese Zustimmung wurde indessen an folgende „durch die Lebensinteressen der Stadt gebotenen Bedingungen“ geknüpft:

1. Regelung der Gemarkungsfrage,
2. Regelung der Verhältnisse der Magauer Bahn,
3. Entschädigung der Stadt für das von ihr für den Bahnhofsbau abzutretende Gelände durch Überlassung von staatlichem Gelände (die dem Staat gehörigen Teile des Sallenwäldchens, des Stadtgartens und des Festplatzes),
4. Verwertung des freiwerdenden Bahnhofsgeländes „nicht nur nach fiskalischen Rücksichten, sondern unter eingehender Berücksichtigung der öffentlichen Interessen nach Vereinbarung mit der Stadtgemeinde“.

Eine förmliche Antwort des Großherzoglichen Ministeriums ist dem Stadtrat auf diese Erklärung erst unterm 14. November 1901 zugegangen. Sie sprach sich in Bezug auf die städtischen Bedingungen folgendermaßen aus:

„Hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen der Stadtrat seine Zustimmung zur Verlegung des Personenbahnhofes an den Lautersee s. Zt. erteilt hat, bemerken wir, daß die Frage der Erweiterung der städtischen Gemarkung in der Richtung nach Süden in Erwägung steht, aber noch nicht zum Abschluß gebracht ist. Übrigens kann eine Vereinigung der Gemeinde Beiertheim mit Karlsruhe nur im Wege der Gesetzgebung unter Mitwirkung der Stände erfolgen.“

Von Seiten der Regierung begegnet es keinem Bedenken, den dem Fiskus gehörenden Teil der ehemaligen Schießwiese, sowie diejenige Parzelle des Sallenwäldchens, die in den Stadtgarten eingezogen ist, der Stadt zu Eigentum zu überlassen; dagegen muß sich der Staat das Eigentum an dem nicht eingefriedeten Teil des Sallenwäldchens vorbehalten. Die Regierung ist aber bereit, dieses Grundstück unter den gleichen Bedingungen wie bisher auf weitere 30 Jahre an die Stadt zu verpachten und überhaupt das Versprechen abzugeben, das Terrain ohne Zustimmung der Stadt nicht veräußern zu wollen.

Ein Ankauf der Magaubahn für den Staat ist für den Zeitpunkt der Fertigstellung des neuen Bahnhofes in Aussicht genommen. Da aber bis dahin noch eine Reihe von Jahren verstreichen wird, können die Verhandlungen hierüber vorerst vertagt werden.“

Inzwischen hatte die Großherzogliche Regierung dem Landtag unterm 7. April 1900 einen Budget-Nachtrag unterbreitet, wodurch als 1. Rate für die Verlegung des Karlsruher Hauptbahnhofes 1 Million angefordert wurde. In dem Bericht der Budget-Kommission der

*) In einem Vortrag der Generaldirektion an den Herrn Eisenbahnminister vom 9. Mai 1900 sind die Kosten für den hochliegenden Durchgangsbahnhof südlich vom Lautenberg auf 14 980 000 M., für die Hochlegung des alten Bahnhofes dagegen auf 18 408 000 M. berechnet worden. Tatsächlich kostet der neue Bahnhof über 35 Millionen.

II. Kammer, welcher die Bewilligung des Kredits empfahl, ist „die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß bei den endgültigen Verhandlungen der Eisenbahnverwaltung mit der Stadt über die, die letztere berührenden Fragen deren Interessen eine für beide Teile befriedigende Lösung finden werden“, wenn auch die Durchführung einer im allgemeinen Landesinteresse gelegenen Unternehmung, wie des Karlsruher Bahnhofbaues, nicht von der Zustimmung der Stadtverwaltung abhängig gemacht werden könne.

Überblickt man nunmehr, da der neue Bahnhof allmählich seiner Vollendung entgegengeht und die Verhandlungen mit den zuständigen Staatsbehörden über die damit verbundenen Umgestaltungen wenigstens teilweise zum Abschluß gelangt sind, deren Ergebnisse mit Bezug auf die oben erwähnten Bedingungen, so zeigt sich folgendes Bild:

1. Die Gemarkungsfrage hat durch die Eingemeindung von Beiertheim, Rüppurr und Grünwinkel wenigstens teilweise die erstrebte Regelung gefunden, die allerdings im wesentlichen von der Stadtverwaltung selbst herbeigeführt und mit großen Opfern erkaufte werden mußte. Immerhin liegen auch jetzt noch nicht unbeträchtliche Teile der neuen Karlsruher Bahnhofsanlagen auf fremden Gemarkungen (Bulach und Ettlingen).

2. Die Magauer Bahn ist durch den Kaufvertrag vom Jahre 1906 in das Eigentum des Staats übergegangen. Die Verlegung des Hauptbahnhofs erfordert natürlich auch die Verlegung der bestehenden Strecke der Magaubahn östlich von Knielingen zum Zwecke ihrer Einführung in den neuen Hauptbahnhof. Das gleiche gilt von der Linie nach Graben, die südlich von Eggenstein zum gleichen Zweck verlegt werden muß. Eine Verständigung über die Gestaltung dieser neuen Linien und die damit zusammenhängende Verlegung des Mühlburger Personenbahnhofs ist noch nicht erzielt worden, da die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung die Verhandlungen darüber von Ende 1906 bis zum Sommer d. J. völlig hat ruhen lassen. Eine wesentliche Differenz besteht hinsichtlich dieser Linien insofern, als die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung die neue Linie im Niveau der Straßen anlegen will und die Anlage von Unter- oder Überführungen der sie kreuzenden verkehrsreichen Straßen (Hardt-Straße, Durmersheimer Straße, Daglander Straße, Honsell-Straße, Knielinger Landstraße, Zeppelein-Straße), wie sie der Stadtrat beantragt hat, von der Leistung eines Kostenbeitrags von 1200000 M durch die Stadtgemeinde abhängig macht. Der Stadtrat steht aber auf dem Standpunkt, daß es Sache der Eisenbahnverwaltung sei, wie im Süden und Osten, so auch im Westen der Stadt die neuen Bahnlinien auf ihre Kosten unter Vermeidung schienengleicher Übergänge anzulegen, wie denn auch im ganzen Lande all diese Übergänge nach und nach auf Kosten der Staatsbahn beseitigt werden. Lediglich an den Kosten der neu anzulegenden Straßen wird sich die Stadtgemeinde in ähnlicher Weise wie beim Hauptbahnhof zu beteiligen haben. Hierwegen wird dem Bürgerausschuß nach Abschluß der Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung eine weitere Vorlage unterbreitet werden.

3. Dem Verlangen, die Stadtgemeinde für das zum Bahnhofbau erforderliche städtische Gelände durch Überlassung staatlichen Geländes zu entschädigen, trägt der vorliegende Tauschvertrag Rechnung, wenn auch der oben erwähnte Wunsch der Stadtgemeinde nach Erlangung des Eigentums am Sallenwäldchen nicht erfüllt wurde. Näheres hierüber wird unten bei der Besprechung des Tauschvertrags noch angeführt werden.

4. Über die Bewertung des freiwerdenden Bahnhofsgeländes sind Verhandlungen im Gange. Ihr bisheriger Verlauf läßt erwarten, daß die Interessen der Stadtgemeinde, insbesondere das Verlangen nach Berücksichtigung auch der heutigen hygienischen und ästhetischen Forderungen des Städtebaues, die erwünschte Beachtung finden. Auf Antrag des Stadtrats hat die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung durch den hochbautechnischen

Referenten der Eisenbahn-Abteilung des Großherzoglichen Finanzministeriums, Herrn Professor Moser, ein Projekt für die Bebauung des Bahnhofgeländes und die Anlage des Festplatzes ausarbeiten lassen, das die Lösung dieser wichtigen Aufgabe nach künstlerisch, technisch und hygienisch richtigen Gesichtspunkten gewährleisten dürfte, wenn es auch in Einzelheiten noch Änderungen erfahren dürfte. Das Projekt steht zur Einsichtnahme durch die Herren Mitglieder des Bürgerrats im Nebenzimmer des Sitzungssaales bereit. Für die gegenwärtige Vorlage ist es von mehrfacher Bedeutung:

Einmal enthält der Tauschvertrag (I) in seinem § 4 die Bestimmung, daß die Stadtgemeinde von dem Gelände des Festplatzes und der anstoßenden Bahnanlagen, welches sie nach § 2 des Tauschvertrags erhält, die zur Errichtung der vom Staate in Aussicht genommenen Monumentalbauten für das Landesgewerbeamt und ein Landesmuseum erforderlichen Teile zum durchschnittlichen Selbstkostenpreise (rund 25 Mk für das qm) wieder abzutreten hat. Und sodann wünscht die Eisenbahnverwaltung tunlichst gleichzeitig mit dem Abschluß des Tausch- und des Straßenvertrags auch Klarheit darüber zu erhalten, ob ihr von der Stadtverwaltung die gewünschten Konzessionen für die Bebauung des Geländes des alten Bahnhofes bewilligt werden. Dieses Gelände ist nämlich nach der geltenden Bauordnung der IV. Bauzone zugeteilt, es ist also dafür die offene Bauweise vorgeschrieben, die Häuser dürfen nur 3 Stockwerke erhalten und es muß mindestens die Hälfte jedes Bauplatzes als Hof unbebaut bleiben. Die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung wünscht nun Zulassung der geschlossenen und vierstöckigen Bauweise unter teilweiser Beibehaltung der jetzigen Vorschrift über die Hofgröße durch Unterstellung des Geländes unter die Vorschriften der 4. und 5. Bauklasse der neuen Bauordnung. Der Stadtrat hat sich im Hinblick auf die weit dichtere Bebauung der südlich und nördlich anstoßenden Bauquartiere grundsätzlich zu diesen Zugeständnissen bereit erklärt, vorausgesetzt, daß Straßen und Plätze von der entsprechenden Breite und Geräumigkeit geschaffen werden und daß für die Herstellung der Straßen und Plätze der allgemeine Grundsatz Anwendung findet, wonach die Eigentümer des Baugeländes das Straßengelände unentgeltlich abzutreten, die Straßen- und Gehwegkosten zu ersetzen und die statutarischen Kanalisationsbeiträge zu leisten haben. Im übrigen wird die Herstellung dieser Straßen und die Bebauung des Bahnhof-Geländes selbstverständlich erst in Frage kommen nach dem Jahre 1915, da nach Inbetriebnahme des neuen Hauptbahnhofs, die hoffentlich gegen Ende 1913 stattfindet, auf dem Areal des alten Bahnhofes und dem anstoßenden Festplatz zunächst noch die für das 200. Jubeljahr der Stadt Karlsruhe geplante „Badische Ausstellung für Industrie, Handwerk und Kunst“ errichtet werden soll.

Dagegen müssen bis zur Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs nicht nur die im Straßenvertrag (II) vorgesehenen Zufahrtsstraßen nebst dem Bahnhofsvorplatz fertiggestellt sein, sondern auch deren Verbindung mit dem Stadttinnern und die dazu erforderlichen Straßenbahnlinien. Hierauf wird unter III zurückzukommen sein. (Siehe Seite 19.)

II. Tauschvertrag.

Die Anlage des neuen Hauptbahnhofs und seiner Zufahrtslinien erfordert die Abtretung einer bedeutenden Menge städtischen Geländes an den Großherzoglichen Eisenbahnfiskus. Die Verhandlungen darüber erstreckten sich bisher nur auf die Anlagen östlich der Bulacher Gemarkungsgrenze, da, wie oben erwähnt, die Gestaltung der Neuanlagen der Maxauer und Grabener Linie noch nicht feststeht. Auch über die auf der ehemaligen Gemarkung Rintheim abzutretenden kleinen Geländeflächen sind die Verhandlungen noch nicht zum förmlichen Abschluß gelangt, obgleich längst eine Einigung über den Preis erzielt ist.

Bezüglich des Geländeerwerbs für den Hauptbahnhof und seine Umgebung hat die Großherzogliche Generaldirektion der Staatseisenbahnen unterm 14. März 1904 dem Stadtrat ein Verzeichnis der städtischen Geländeflächen mitgeteilt, welche die Eisenbahnverwaltung zur Verlegung des Hauptbahnhofs und der Zufahrtslinien bedürfe — es handelte sich danach im ganzen um 173 754 qm — und angefragt, ob die Stadtgemeinde zur Abtretung bereit sei und welchen Preis sie beanspruche. Der Stadtrat erklärte sich zur Abtretung alsbald bereit, sprach aber wie schon früher den Wunsch aus, die Entschädigung im Wege eines Tausches zu regeln und wollte vor allem die künftige Gestaltung des Verkehrs nach Maxau und Graben geklärt wissen. Nachdem die Generaldirektion mit Schreiben vom 13. April 1904 sich bereit erklärt hatte, auf diese Frage zurückzukommen, sobald darüber eine Entscheidung des Ministeriums getroffen sei, erhielt der Stadtrat am 6. Oktober 1906 eine Verfügung des Großherzoglichen Landeskommissärs, durch die auf Antrag der Großherzoglichen Eisenbahnverwaltung das Enteignungsverfahren gegen die Stadtgemeinde angeordnet wurde. Verlangt wurden nun 176 171 qm. Der Stadtrat kam demgegenüber abermals auf seinen Wunsch zurück, die Geländeabtretung auf gutlichem Wege durch Tausch zu erledigen und beantragte, in die Verhandlungen auch das auf den Gemarkungen Beiertheim und Rintheim abzutretende Gelände einzubeziehen, da diese Gemeinden auf 1. Januar 1907 mit der Stadtgemeinde vereinigt wurden. Die Generaldirektion erklärte darauf, sie sei den gewünschten Tauschverhandlungen nicht abgeneigt, müsse aber im Interesse des Fortgangs der Sache und zur Gewinnung fester Anhaltspunkte für die Wertbemessung an dem Enteignungsverfahren festhalten. Dieses wurde nun auch auf die von Beiertheim abzutretenden Grundstücke im Flächenmaß von 77 707 qm ausgedehnt.

Die Entschädigungskommission erließ unterm 25. und 27. Juni und 3. Juli 1907 Feststellungsbescheide, die aber einzelne Fragen, so die Entscheidung über den Anspruch der Stadt auf Minderwertentschädigung für die Durchschneidung des für die Erweiterung des Gaswerks II bestimmten Geländes, offen ließ. Abgesehen hiervon und zuzüglich der Ergänzung durch Feststellungsbescheid vom 6. November 1907 wurde dadurch die der Stadtgemeinde zukommende Entschädigung auf im ganzen 2273 490 Mk 70 Pf festgesetzt. Der Stadtrat beanstandete einzelne Preissätze als zu niedrig und erhob vor Eintritt der Rechtskraft die Klage bei den bürgerlichen Gerichten, — das Gleiche tat die Großherzogliche Generaldirektion, — regte aber gleichzeitig die Aufnahme der Tauschverhandlungen und das einstweilige Verhüten des Gerichtsverfahrens an, indem er in der Hauptsache die Abtretung folgender Flächen an die Stadtgemeinde beantragte:

1. die frei werdenden Bahnkörper westlich der Ettlinger Straße südlich bis zum neuen Bahnhof, westlich bis zur Neureuter Straße und nördlich bis zur Moltke-Straße, also die Linien der Ettlinger und Durmersheimer Hauptbahn, der Maxau- und Rheintalbahn,
2. das domänenärarische Gelände des jetzigen Festplatzes (ehemalige „Schiefwiese“) zwischen Ettlinger und Moltke-Straße,
3. das domänenärarische Sallenwäldchen,
4. das für einen neuen Meßplatz und die Gaswerkserweiterung bestimmte domänenärarische Gelände an der Durlacher Allee östlich des Schlachthof- und Gaswerks-Geländes, einschließlich des Landgrabens,
5. ein Stück Gelände zur Arrondierung des Stadtgartens an der Ecke der Ettlinger Straße und des neuen Bahnhofvorplatzes,
6. das Gelände des Floßgrabens in der Rüppurrer Straße.

Endlich wurde verlangt, daß die Generaldirektion der Stadtgemeinde die Kosten für die Verlegung der städtischen Straßenbahn nach Durlach auf die neue Straßenstrecke (die Überführung über die neue Bahnlinie zum neuen Durlacher Bahnhof) mit 129 390 *M* ersetzen und die Entschädigungssumme für das von ihr abgetretene Gelände bis zu dem Zeitpunkte verzinzen solle, in dem die Stadtgemeinde in den Besitz des eingetauschten Geländes komme.

Anderseits verlangte die Generaldirektion, daß gleichzeitig auch über die Herstellung des Bahnhofsvorplatzes und der Zufahrtsstraßen zum neuen Bahnhof, wie auch über den Bauungsplan und die baupolizeilichen Vorschriften für das frei werdende Gelände des alten Bahnhofs eine Vereinbarung getroffen werde.

Die sehr komplizierten und schwierigen Verhandlungen über diese Gegenstände zogen sich ungeachtet des beiderseitigen Bestrebens möglicher Beschleunigung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hin und führten schließlich zum Abschluß der hiermit dem Bürgerausschuß zugehenden Verträge. Während des Ganges der Verhandlungen traten übrigens eine Reihe von Änderungen bezüglich des Umfangs der abzutretenden Grundstücke ein.

Durch den Tauschvertrag tritt nunmehr die Stadtgemeinde an den Eisenbahnfiskus im ganzen 252 412 qm ab (siehe § 1). Davon liegen 762 qm auf Gemarkung Ettlingen, 74 962 qm auf der früheren Gemarkung Beiertheim. Die Hauptkomplexe sind natürlich die abzutretenden Teile der südlich des Stadtgartens gelegenen „Neuthenwiesen“, der „Lauter-See“ nebst anstoßenden Straßen und von dem ehemaligen Beiertheimer Gelände die Wiesen- und Feld-Grundstücke „Vorderbrüchle“, „Riegel“, „Krautwiesen“, „Schiffstich“ und „Neuwiesen“, sodann in der Oststadt ein Teil des bisher als Kerichtlagerplatz (Müllhügel) benutzten Geländes. Die Generaldirektion erwirbt nicht nur das in die Bahnanlagen einschließlich des Aufnahmegebäudes fallende Gelände, sondern auch die zur Herstellung der neuen Straßen, insbesondere des Bahnhofplatzes benötigten Flächen, soweit deren Herstellung nach dem Straßenvertrag (II) Sache der Eisenbahnverwaltung ist.

Der Wert des abzutretenden Geländes wurde auf 2 163 302 *M* berechnet. Dazu kommt eine durch Sachverständigen-Gutachten festgestellte Minderwertentschädigung von 165 000 *M*, welche für die Erschwerung einer späteren Erweiterung des Gaswerks II durch die Anlage der neuen Eisenbahnlinie östlich desselben zu entrichten sind, und ferner eine Summe von 2 030 *M* für die von der Bauinspektion beseitigten Bäume an dem in die Bahnanlage fallenden Teile der Rüppurrer Straße. Die gesamte Entschädigungsforderung der Stadtgemeinde beträgt somit nunmehr 2 330 332 *M*. Die Bewertung des abzutretenden Geländes beruht fast durchweg auf den Feststellungsbescheiden der Enteignungskommission. Nur der Geländewert der an die Bahnverwaltung übergehenden Straßenflächen, der dort auf 10 *M* bemessen wurde, ist auf etwa 6 *M* ermäßigt worden im Hinblick darauf, daß die Eisenbahnverwaltung der Stadtgemeinde alle wegfallenden Straßenübergänge unentgeltlich und die zu künftigen Straßenanlagen bestimmten Flächen der Maxaubahn ebenfalls zu 6 *M* überläßt.

Der „Lautersee“ ist mit 10 *M*, die zugehörigen Anlagen und der größte Teil der anstoßenden „Neuthenwiesen“ sind mit 12 *M*, der kleinere Teil mit 8 *M* und 8,5 *M*, das südliche Stückchen des „Beiertheimer Wäldchens“ mit 16 *M* bewertet. Maßgebend waren natürlich die Wertverhältnisse z. Bt. der Einleitung des Enteignungsverfahrens (1906) unter Ausschluß einer von der Bahnhofsanlage zu erwartenden Wertserhöhung.

Schwieriger war die Einigung über die der Stadtgemeinde als Entschädigung abzutretenden Grundstücke, insbesondere die Verständigung über deren Bewertung, da hier eine Preisfestsetzung durch die sachverständige und unbeteiligte Enteignungskommission nicht stattgefunden hatte. Zunächst ist, wie oben schon erwähnt, die Erwerbung des Sallenwäldchens,

die der Stadtrat von Anfang an erstrebt hatte, nicht erreicht worden, da die zuständigen Staatsbehörden die darauf gerichteten Gesuche immer wieder ablehnten, nachdem das Großherzogliche Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten in seinem Erlaß vom 14. November 1901 Nr. B 3 656 die oben abgedruckte, im wesentlichen ablehnende Erklärung abgegeben hatte. Nach jener Erklärung wird übrigens die Stadtgemeinde in der Lage sein, den bestehenden Pachtvertrag nach seinem Ablauf (1923) auf weitere 30 Jahre zu verlängern, und sie wird sich infolge der gegebenen Zusage überhaupt darauf verlassen dürfen, daß das Sallenwäldchen der ihm von mehreren Regenten ausdrücklich zugeordneten Zweckbestimmung, der Stadt Karlsruhe als Lustanlage zu dienen, dauernd erhalten wird, auch wenn es im Eigentum des Großherzoglichen Domänen-Fiskus verbleibt.

Dagegen sollen der Stadtgemeinde die übrigen von ihr begehrten Flächen im Wege des Tausches überlassen werden, soweit der Stadtrat nicht im Laufe der Verhandlungen darauf verzichtet hat. Letzteres trifft zu bezüglich des oben unter Ziffer 5 bezeichneten Geländestücks an der Ettlinger Straße, dessen die Stadtgemeinde nach der neuerdings in Aussicht genommenen Gestaltung des Bahnhofplatzes und der Zufahrtsstraßen nicht mehr bedarf, und bezüglich des Bahnkörpers der Maxaubahn westlich des Mühlburger Bahnhofs, da diese Bahnstrecke als Zufahrt zu den Anschlussgleisen der Fabriken beim Mühlburger Bahnhof erhalten bleiben soll.

Mit diesen Einschränkungen erhält also die Stadtgemeinde die oben unter 1, 2, 4 und 6 bezeichneten Flächen. Dazu ist im Einzelnen, insbesondere hinsichtlich der Bewertung, zu bemerken:

Die Erwerbung der frei werdenden Bahnkörper durch die Stadtgemeinde scheint geboten, weil diese teils städtisches Eigentum durchschneiden und zu seiner Arrondierung und zweckmäßigen Verwertung notwendig sind, teils infolge ihrer Lage und Gestalt sich am besten zu städtischen Straßenanlagen eignen oder anders als zu deren Ergänzung und Verschönerung zweckmäßig überhaupt nicht verwertet werden können. Das ersterwähnte trifft auf die Strecken der Ettlinger und Durmersheimer Linien zwischen dem alten und dem neuen Hauptbahnhof, ferner für einen Teil der Maxau- und Rheintalbahn (Strecke von Krieg-Straße bis Stabel- und Hoff-Straße, sowie für den Mühlburger Bahnhof), das letzterwähnte für die restlichen Teile der Maxau- und Rheintalbahn zu. Wie oben schon angeführt ist, wurde der Preis des voraussichtlich in Straßenanlagen fallenden Geländes auf 6 *M* festgesetzt, wobei alle Straßenübergänge (9 347 qm) mientgeltlich an die Stadt übergehen. Zu 6 *M* sind danach zu erwerben 13 781 + 22 313 = 36 094 qm. Für die übrigen Strecken schwanken die Preise zwischen 8 *M* und 37 *M* für das qm. Es sind nämlich bewertet:

die Strecke Hoff-Straße – Moltke-Straße (4 274 qm)	mit 8 <i>M</i> ,
„ „ Kaiser-Allee – Hoff-Straße (3 300 qm) und Kaiser-Allee – Stabel-Straße (3 693 qm)	„ 10 <i>M</i> ,
„ „ Garten-Straße bis neuer Bahnhof (36 250 qm)	„ 12 <i>M</i> ,
„ „ Krieg-Straße – Sofien-Straße (2 917 qm)	„ 14 <i>M</i> ,
„ „ des Mühlburger Bahnhofs (13 914 qm)	„ 15 <i>M</i> ,
„ „ Sofien-Straße – Kaiser-Allee (8 168 qm) mit Mühlburger Tor-Bahnhof	„ 18 <i>M</i> ,
und „ „ Ettlinger Straße bis Garten-Straße (14 733 qm)	„ 37 <i>M</i> .

Das domänenararische Gelände des jetzigen Festplatzes (ehemalige Schießwiese) zwischen Ettlinger Straße, Klose-Straße und dem städtischen Besitz nördlich der Garten-Straße, das 18 038 qm umfaßt, soll der Stadtgemeinde um 15 *M* für das qm mit Rücksicht darauf überlassen werden, daß es schon bisher als öffentlicher Platz benutzt wurde, also dem Domänen-Arar keinen Ertrag abwarf und daß die Stadtgemeinde sich verpflichtet, es, soweit es nicht zu öffentlichen Gebäuden Verwendung findet, auch in Zukunft als freien

Platz anzulegen und zu unterhalten. Bekanntlich hat der Bürgerschaft schon im Jahre 1906 die Summe von 38 000 M aus Anlehensmitteln bewilligt für die Projektierung eines neuen städtischen Sommertheaters mit Konzertsaal an Stelle der jetzigen Ausstellungshalle sowie einer neuen Ausstellungshalle gegenüber der Festhalle. Dieser Beschluß hatte zur Voraussetzung, daß das ärarische Schießwiesengelände, welches die geplante Ausstellungshalle und die sie umgebenden Anlagen in Anspruch nehmen, der Stadtgemeinde zu einem niedrigen Preis überlassen werde. Die bisherigen Verhandlungen hiewegen vermochten aber ein günstigeres Ergebnis als den dem Bauplatzwert gegenüber immerhin beträchtlich ermäßigten Preis von 15 M für das qm nicht zu erzielen. Der Kaufpreis für dieses Gelände wird hienach betragen 270 570 M . Rechnet man dazu den Preis des anstoßenden Bahngeländes zwischen Ettlinger und Garten-Straße mit $14733 \times 37 \text{ M} = 545 121 \text{ M}$, so kostet die Erwerbung des Komplexes staatlichen Geländes zwischen Ettlinger Straße, Beierthheimer Allee und Garten-Straße mit 32 771 qm die Stadtgemeinde zusammen 815 691 M . Nun sollen, wie oben schon erwähnt, auf diesem Gelände zwei staatliche Monumentalbauten (Landesgewerbeamt und Landesmuseum) errichtet werden und der Staat will der Stadtgemeinde die dazu erforderlichen Flächen zum Durchschnittspreis wieder ablaufen. Nimmt man an, daß für diese beiden Anstalten $2 \times 6000 = 12 000 \text{ qm}$ erforderlich sind, so würde der Stadtgemeinde dafür wieder annähernd 300 000 M einnehmen. Immerhin ist der Aufwand, den die Durchführung des Projekts der Ausgestaltung des jetzigen Festplatzes zu einer monumentalen Bau- und Platzanlage erfordert, ein so beträchtlicher, daß er nur durch den Hinweis auf den hohen Wert einer solchen Schöpfung für den künstlerischen Ruf und das Ansehen der Stadt einerseits und auf die niedrigen Preise, zu denen sie das nun in die Bahnhofsanlagen fallende Gelände f. Bt. erworben hat, anderseits erträglich wird. Erst wenn aber die Erwerbung des Geländes des Festplatzes und der anstoßenden Bahnfläche durch den rechtskräftigen Abschluß des Tauschvertrags gesichert sein wird, kann auch das oben erwähnte Projekt für das neue Stadtgarten-theater mit Konzertsaal und die Ausstellungshalle, das freilich von den damit betrauten Architekten Curjel und Moser längst fertiggestellt ist, in weitere Behandlung genommen werden.

Bei Ausführung der eben erwähnten Projekte auf dem bisherigen Festplatz kann dieser Platz für festliche Veranstaltungen nicht mehr benutzt werden. Ebenso kann der Meßplatz nach Fertigstellung des Bahnhofs seinem jetzigen Zweck nicht mehr erhalten werden. Zum Ersatz für den Fest- und den Meßplatz, wie auch zur Sicherung der künftigen Erweiterung des Gaswerks II, hat daher der Stadtrat schon längst die Erwerbung der an den Schlachthof und das Gaswerk II östlich anstoßenden domänenärarischen Wiesen angestrebt. Diese sollen nunmehr mit einem Flächengehalt von $68 326 + 15 026 = 83 352 \text{ qm}$ durch den vorliegenden Tauschvertrag zum Preise von 4 M gleichfalls in das Eigentum der Stadtgemeinde gelangen. Ein großer Teil dieses Geländes, das tiefer liegt als die Durlacher Allee, ist in den letzten Wintern durch Kostandsarbeiten mit Material des Rehrichthügels bereits aufgefüllt worden; der Rest wird in gleicher Weise behandelt werden. Im übrigen wird erforderlichenfalls dem Bürgerschaft wegen Herrichtung dieses Geländes für die Aufnahme der Messe eine besondere Vorlage zugehen.

Die anstoßenden Landgrabenflächen und ebenso das Gelände des in der Rüppurrer Straße liegenden Floßgrabens erhält die Stadtgemeinde unentgeltlich.

Im ganzen tauscht diese danach ein: 241 797 qm im Wertanschlag von 2 301 357 M . Gegenüber der Forderung der Stadt mit 2 330 332 M hätte somit die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung ein Aufgeld von 28 975 M an die Stadt zu zahlen. Die Generaldirektion hat sich aber bereit erklärt, dieses Aufgeld um 46 338 M auf 75 313 M zu erhöhen, nachdem der Stadtrat wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß die Stadtgemeinde ihr in

die Bahnanlagen fallendes Gelände schon seit 1906 und 1907 abgetreten hat, den Ersatz aber zum großen Teil erst nach Räumung der alten Bahngleise, zum kleinern nach endgültigem Abschluß des Vertrags erlange und daß sie deshalb nach Recht und Billigkeit für die Zwischenzeit eine Verzinsung der Entschädigungssumme verlangen könne. Die Generaldirektion hat aber diese Forderung wiederholt abgelehnt, indem sie geltend machte, sie begnüge sich bei der Bemessung der Preise für das an die Stadt abzutretende Gelände mit seinem gegenwärtigen Wert, der alsbald nach Fertigstellung des neuen Bahnhofs bei den meisten Flächen beträchtlich höher sein werde; hierin liege das Äquivalent für die der Stadt entgehenden Zwischenzinsen. Lediglich zu der oben erwähnten Erhöhung des Aufgelds ließ sie sich schließlich bewegen.

Die von der Stadtgemeinde weiter verlangte Übernahme der Kosten für die Verlegung der Straßenbahn auf die neue Strecke der Durlacher Allee wurde ebenfalls aus grundsätzlichen Rücksichten unbedingt abgelehnt.

III. Straßenvertrag.

Zur Herstellung des neuen Bahnhofs gehört auch die Ermöglichung geordneter, dem Verkehrsbedürfnis entsprechender Zufahrten und Zugänge, also die Anlage des Bahnhofsvorplatzes und dessen Verbindung mit dem Straßennetz der Stadt und ferner die Ersetzung von bestehenden, in die Bahnanlagen fallenden Straßen durch dem Bedürfnis entsprechende neue Straßen. Selbstverständlich hat die Stadtgemeinde ein weitgehendes Interesse daran, daß diese an und für sich der Eisenbahnverwaltung obliegenden Maßnahmen in ausreichendem Maße und in zweckentsprechender Form ausgeführt werden. Eingehende Verhandlungen zwischen Eisenbahn- und Stadtverwaltung haben nun zu einer Verständigung über diese Fragen geführt, die in dem oben abgedruckten Vertrag II enthalten ist. Sie bezieht sich

1. auf die Form des Bahnhofsvorplatzes und der zu ihr führenden Straßen,
2. auf die Herstellung, die Unterhaltung und die Beleuchtung dieses Platzes und dieser Straßen,
3. auf die Rechtsverhältnisse (Eigentum, Unterhaltungs- und Beleuchtungspflicht) sonstiger im Zusammenhang mit der Erbauung des neuen Bahnhofs von der Eisenbahnverwaltung erstellter Straßenstrecken insbesondere der Straßen-Tunnels unter dem Bahnhof.

Dabei ist festgesetzt, daß die Großherzogliche Eisenbahnverwaltung für den Bahnhofplatz und dessen Straßenverbindung mit der Ettlinger Straße, Weihertheim und der Weiherheimer Allee nicht nur das Gelände unentgeltlich zu stellen, sondern auch deren Herstellungskosten einschließlich der Pflasterung zu tragen hat, wogegen die Stadtgemeinde sowohl den Platz, — mit Ausnahme eines Streifens von 6 m, — als die Straßen nach Fertigstellung des neuen Bahnhofs in ihr Eigentum übernimmt und sie als Ortsstraßen unterhält. Nur soweit an den Platz und an diese Straßen Bauplätze grenzen, die nicht im Eigentum der Eisenbahnverwaltung stehen, werden die hälftigen Kosten einer Schotterfahrbahn und die Gehwegkosten von der Stadt übernommen, weil diese sie auf dritte Angrenzer abwälzen kann. Als Höchstbetrag, den die Eisenbahnverwaltung der Stadtgemeinde für die an sich der Bahn obliegende Straßenherstellung zu ersetzen hat, ist die Summe von 475 400 M berechnet — ohne die Kosten der Auffüllung, die von der Eisenbahnverwaltung selbst besorgt wird.

In § 6 sind sodann die sonstigen Straßen bezeichnet, die von der Eisenbahn hergestellt sind, aber nach Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs als Ortsstraßen ins Eigentum der Stadtgemeinde übergehen, die sie dann auch zu unterhalten hat. Es sind dies durchweg sogenannte Ersatzstraßen, die an die Stelle weggefallener Wegverbindungen getreten sind. Allerdings verbleiben die in den Tunnels und auf den Brücken liegenden Straßenteile formell

im Eigentum der Eisenbahnverwaltung. Die Stadtgemeinde erlangt aber im Übrigen daran die gleichen Rechte wie an Gemeindewegen.

Außer diesen Straßen hat die Eisenbahnverwaltung noch weitere Straßen hergestellt, die vorerst in ihrem Eigentum verbleiben und von ihr unterhalten, der Stadtgemeinde aber als öffentliche Straßen zur Verfügung gestellt werden. Diese sind in § 7 aufgezählt. Dazu gehört insbesondere auch die von dem westlichen Tunnel (Durchfahrt der Albtalbahn) zu der neuen Güterhalle und der Ettlinger Straße (bei der Brücke über den Rangierbahnhof) führende Straße.

Selbstverständlich ist nun aber mit den von der Eisenbahnverwaltung herzustellenden Straßen dem Bedürfnis nach ausreichender Verbindung des Bahnhofs mit dem städtischen Straßennetz nicht Genüge geleistet. Es bedarf dazu außerdem noch einer umfangreichen und kostspieligen Tätigkeit der Stadtgemeinde, insbesondere auch der Herstellung der nötigen Straßenbahnlinien zur Verbindung der verschiedenen Stadtteile mit dem Bahnhof. Bereits sind Projekte für die Umgestaltung der Ettlinger, der Rüppurrer und der Karl-Straße zu diesem Zweck und zu deren direkter Verbindung mit dem Bahnhof ausgearbeitet, ebenso die Ortsbaupläne für das Gelände zwischen Bahnhof, Stadtgarten und Beiertheimer Wäldchen, zwischen Ettlinger, Rüppurrer und Rottel-Straße und zwischen Beiertheimer Wäldchen und Karl-Straße. Diese Pläne sind, ebenso wie die zu dem Tausch- und Straßenvertrag gehörenden Pläne, zur Einsichtnahme durch die Herren Stadtverordneten im Nebenzimmer des Sitzungssaales aufgehängt, da sie ihrer Menge und ihres großen Umfangs halber nicht wohl vervielfältigt werden können. Weiterhin werden nun aber auch Projekte über die Verwendung des freierwerdenden und durch den Tauschvertrag ins Eigentum der Stadt übergehenden Geländes der Maxabahn westlich der Beiertheimer Allee und der Rheintalbahn nördlich der Kaiser-Allee aufzustellen sein. Mit der Ausführung der wichtigsten neuen Straßen muß im nächsten Jahr begonnen werden, damit bis zur Eröffnung des Bahnhofs Ende 1913 die Zufahrtsstraßen und Straßenbahnlinien fertiggestellt sind. Hiewegen werden dem Bürgerausschuß demnächst weitere Vorlagen zugehen.

IV. Wettbewerb für den Bahnhofplatz.

Die Gestaltung der Umgebung des neuen Bahnhofs ist für den ästhetischen Eindruck der Stadt, wie für die praktischen Bedürfnisse des Verkehrs und der Bautätigkeit von so großer Bedeutung, daß es dem Stadtrat angezeigt erschien, zur Mitarbeit an dieser ebenso wichtigen wie schwierigen Aufgabe möglichst viele geeignete Kräfte heranzuziehen. Er hat deshalb in Übereinstimmung mit der Großherzoglichen Eisenbahnverwaltung beschlossen, hiewegen einen Wettbewerb unter den hier ansässigen Architekten und Ingenieuren zu veranstalten. Maßgebend dafür sind die oben unter III abgedruckten Bestimmungen. Für Preise ist die Summe von 10 000 M. bestimmt. Dazu kommen noch die Kosten des Preisgerichts. Im ganzen sollen daher 11 000 M. in den Voranschlag des Jahres 1912 für diesen Zweck eingestellt werden.

Siegriß.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Aug. 1911.

Staatsgenehmigung mit Erlass Grossh. Minist. des Innern
vom 22. Dezember 1911 No. 56634.

Karlsruhe, den 26. Oktober 1911.

Legung der Gas- und Wasserleitung in der
Ettlinger Straße von der Fautenbruch-Straße
bis zur Brücke über den Rangierbahnhof und
Errichtung von Beleuchtungsanlagen betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle nachträglich seine Zustimmung dazu
geben, daß

1. die Ettlinger Straße von der Fautenbruchstraße bis zur Brücke über den
Rangierbahnhof mit Gas- und Wasserleitung und der Teil der Ettlinger Straße,
der durch das künftige Bahnhofgebiet führt, mit Beleuchtungsanlagen versehen und
2. der hierdurch entstehende Aufwand im Betrage von 4260 M 01 $\frac{1}{2}$, zum Teil,
nämlich 3643 M 49 $\frac{1}{2}$ aus Anlehensmitteln, zum Teil, nämlich 616 M 52 $\frac{1}{2}$
aus laufenden Mitteln bestritten werde.

Der Stadtrat:

Dr. Paul.

Vacher.

Begründung.

Wie bekannt, ist die Ettlinger Straße, soweit sie durch das künftige Bahnhofgebiet führt, verlegt worden, sie führt nunmehr zunächst nach Süden unter den Schienen hindurch (diese Strecke ist künftig mit AB bezeichnet) und wendet sich dann nach Westen zu der Brücke über den Rangierbahnhof (diese Strecke ist künftig mit BC bezeichnet). In der Strecke AB ist in Vollzug der Bürgerausschußbeschlüsse vom 21. Juni und 14. Juli 1909 die zur Versorgung von Rüppurr dienende Gas- und Wasserleitung verlegt worden. Ehe die alte Ettlinger Straße im Sommer 1910 eingezogen wurde, war es nötig, auch die Strecke BC mit Gas- und Wasserleitung und die beiden Strecken mit Beleuchtungsanlagen zu versehen. Soweit die Strecke AB in der Unterführung liegt, ist die Beleuchtungsanlage zunächst provisorisch eingerichtet worden, da über die Art der Beleuchtung und wegen der Tragung eines Teils der Betriebskosten noch Vereinbarungen mit der Eisenbahnverwaltung zu treffen sind.

Die Kosten für diese Anlagen betragen:

1. für die Beleuchtungsanlage in der Strecke AB:	
a. in der Unterführung (provisorisch)	616 M 52 S.
b. außerhalb der Unterführung	390 " 60 "
2. für die Gasleitung und Beleuchtungsanlage in der Strecke BC . .	1650 " 57 "
3. für die Wasserleitung in der Strecke BC	1602 " 32 "
	4260 M 01 S.

Da die alte, nun eingegangene Strecke der Ettlinger Straße ebenfalls mit Wasser und Gasbeleuchtung versehen war, hat nach den Grundsätzen des Enteignungsgesetzes die Eisenbahnverwaltung die Kosten dieser Änderung zu übernehmen. Das ist auch in der Form geschehen, daß der Eisenbahnverwaltung die Kosten der Gas- und Wasserleitung in der alten Ettlinger Straße im Betrage von rund 12 600 M bei den Verhandlungen über den dem Bürgerausschuß vorliegenden Tauschvertrag in Rechnung gestellt wurden. Wenn dieser Betrag erheblich höher ist, als die oben erwähnten Auslagen, so hängt dies damit zusammen, daß, wie bereits erwähnt, die Kosten der Gas- und Wasserleitung in der Strecke AB auf den für die Rüppurrer Gas- und Wasserleitung bewilligten Kredit verrechnet wurden, hier also nicht mehr angefordert sind.

Soweit die Beleuchtungsanlage provisorischen Charakter trägt, sind die Kosten (616 M 52 S.) aus laufenden Mitteln, die übrigen aus Anlehensmitteln zu bestreiten.

Wegen den laufenden Kosten der Beleuchtung wird auf § 8 des Vertrags zwischen dem Großherzoglichen Fiskus (Eisenbahnverwaltung) und der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe über die Rechtsverhältnisse bezüglich Eigentum, Herstellung, Unterhaltung und Beleuchtung der beim Neubau des Personenbahnhofes Karlsruhe in Betracht kommenden Straßen, Plätze und Wasserläufe verwiesen, der dem Bürgerausschuß gleichzeitig zugeht.

Da im Sommer 1910 die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung über Geländetausch und Tragung der Kosten für Straßen, Beleuchtung usw. noch nicht soweit gediehen waren, daß sich das Ergebnis hätte übersehen lassen, andererseits die Herstellung der Wasserleitung und Beleuchtung nicht verschoben werden konnte, wurde seiner Zeit davon abgesehen, vor der Ausführung der Arbeiten die Genehmigung des Bürgerausschusses einzuholen. Nach dem nunmehr der Vertrag mit der Eisenbahnverwaltung dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vorgelegt wird, wird gleichzeitig um nachträgliche Genehmigung im Sinne des obigen Antrags ersucht.

Dr. Paul.

Bürgerausschusszustimmung am 8. Aug. 1911.

Staatsebene mit Erlass Grossh. Ministerium des Innern
vom 17. I. 1912 No. 6305.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1911.

Erweiterung der Betriebseinrichtungen im
Hafengebiet betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu geben,
daß für die Erweiterung von Betriebseinrichtungen im Hafengebiet, insbesondere
des Kabelnetzes, der Beleuchtungsanlagen, der Kohlenhochbahn und sonstiger maschi-
neller Anlagen, ferner der Gleise und Straßen, der Wasserleitung und andere ähn-
liche Herstellungen außer dem am 4. Mai 1908 bewilligten Betrag von 60 000 M ein
weiterer, aus Anlehensmitteln zu schöpfender Kredit von 60 000 M für die nächsten
drei Jahre zur Verfügung gestellt werde.

Der Stadtrat:

Siegrist.

Lacher.

Begründung.

Unterm 4. Mai 1908 hat der Bürgerausschuß der Eröffnung eines Kredits von 60 000 M
zur Erweiterung der Einrichtungen im Hafengebiet mit einer Verwendungsfrist von 3 Jahren
zugestimmt. Er sollte dazu dienen, dringende Bedürfnisse, die infolge der Ansiedelung neuer
Privatunternehmungen oder der Erweiterung bestehender während dieser Zeit hervortreten,
möglichst rasch zu befriedigen, da die jedesmalige Einholung der Zustimmung des Bürger-
ausschusses und der Staatsebene zur Verwendung von Anlehensmitteln die Aus-
führung der nötigen Anlagen verzögern und damit die Entwicklung des Hafenverkehrs
unter Umständen hemmen könnte. Aus dem nachstehenden Verzeichnis ist zu ersehen, für
welche einzelnen Zwecke der Kredit Verwendung fand und welche Beträge bis jetzt dafür ver-
ausgabt worden sind. Zwei der dort aufgeführten Anlagen (lit. v und z 1) befinden sich
z. Bt. noch im Bau, so daß Erübrigungen nicht zu erwarten, vielmehr weitere Mittel er-
forderlich sind.

Um nun auch fernerhin die erfreuliche Entwicklung des Hafenverkehrs, der in den ersten
9 Monaten dieses Jahres bereits auf 833 242 t angewachsen ist und damit das Ergebnis
des gleichen Zeitraumes im Vorjahre um 207 088 t übertrifft, tunlichst zu fördern, beantragt
der Stadtrat, ihm für die nächsten 3 Jahre weitere Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung
zu stellen, über deren Verwendung er j. Bt. wieder Rechenschaft ablegen wird.

Siegrist.

Darstellung

über

die auf den Blankokredit von 60 000 M für Erweiterung der Betriebseinrichtungen u. f. w. im Rheinhafengebiet bis 1. Oktober 1911 verausgabten Beträge.

Lit.	Bezeichnung der genehmigten Herstellungen.	Betrag des Kredits		Verwendet						Bemer- kungen.
				1. bis Januar 1911		im Jahre 1911		Summe		
				M.	S.	M.	S.	M.	S.	
a	Verlängerung und Höherlegung des Gleises 15	5 000	—	4 555	61	—	—	4 555	61	
b	Einbauung einer Anschlußweiche in Gleis 16	2 000	—	1 917	35	—	—	1 917	35	
c	Erweiterung der elektrischen An- lagen (Anschlüsse für Privatfir- men etc.)	3 000	—	2 527	27	—	—	2 527	27	
d	Beschaffung von Roheisentransport- einrichtungen	2 000	—	1 960	71	—	—	1 960	71	
e	Verlegung eines elektrischen Hoch- spannungskabels zwischen der Transformatorstation I und der Tantanlage der Ölfabrik Holtz & Willemsen	6 000	—	5 254	98	—	—	5 254	98	
f	Auswechselung des 50 Kilowatt- transformators der Firma Schä- rer & Cie. gegen einen solchen von 75 Kilowatt und Aufstellung des ersteren bei Holtz & Willemsen .	2 500	—	2 022	—	—	—	2 022	—	
g	Elektrische Zuleitung für die Firma Roury & van der Lande . . .	2 000	—	1 561	60	—	—	1 561	60	
h	Anschlußgleis an die Werkzeug- maschinenfabrik Schärer & Cie. .	6 000	—	3 994	18	—	—	3 994	18	
i	Beschaffung eines Eisbrechers . .	2 000	—	1 860	26	—	—	1 860	26	
k	Elektrische Zuleitung zum Bureau- gebäude der Firma A. & C. Nieten	1 200	—	984	90	—	—	984	90	
l	Anschluß der Firma Drück an das elektrische Beleuchtungsnetz . .	1 192	65	1 162	65	—	—	1 162	65	
m	Beschaffung einer Drehbank und zweier Elektromotore	432	50	432	50	—	—	432	50	
n	Elektrische Zuleitung zu den Grund- stücken von Pfannkuch & Cie. . .	3 500	—	2 319	17	—	—	2 319	17	
	Übertrag . .	36 825	15	30 553	18	—	—	30 553	18	

Lit.	Bezeichnung der genehmigten Herstellungen.	Betrag des Kredits		Verwendet						Bemer- kungen.
				bis 1. Januar 1911		im Jahre 1911		Summe		
				M	S	M	S	M	S	
	Übertrag . .	36 825	15	30 553	18	—	—	30 553	18	
o	Beleuchtung der Gleise in der Süd- becken-Straße	2 850	—	—	—	248	43	248	43	Minder- aufwand infolge nachträg- licher Ein- schränkung des Projekts.
p	Elektrischer Anschluß für die Eier- teigwarenfabrik Schulze & Cie. .	600	—	412	45	—	—	412	45	
q	Verlängerung der Wasserleitung an der südlichen Ufer-Straße . . .	2 550	—	2 328	83	—	—	2 328	83	
r	Verlegung der Weichenverbindung 38/39	2 200	—	2 021	37	—	—	2 021	37	
s	Erweiterung der Transformatoren- Anlage	4 000	—	—	—	2 309	34	2 309	34	
t	Versetzung von 3 Transformatoren	2 000	—	—	—	1 861	01	1 861	01	Im Bau
u	Ausführung von Gleisanlagen . .	4 240	21	—	—	4 240	21	4 240	21	
v	Beschaffung von 3 Transformatoren	3 303	—	—	—	—	—	—	—	
w	Lieferung von Kabeln	4 600	—	—	—	4 492	80	4 492	80	
x	Erweiterung der Kohlenhochbahn .	5 000	—	—	—	3 300	50	3 300	50	
y	Anmährvorrichtung für den Schwimmkran	450	—	—	—	303	90	303	90	Im Bau.
z	Verlängerung des Gleises 21a . .	1 450	—	—	—	367	08	367	08	
z ¹	Errichtung einer Transformatoren- station an der Nordbecken-Straße	8 700	—	—	—	—	—	—	—	
	Gesamt-Summe . .	78 768	36	35 315	83	17 123	27	52 439	10	

Bürgerausschusszustimmung am 8. Nov. 1911.

Staatseingetragung mit Erlass Grossh. Minist. d. d. Jura
vom 22. Dezember 1911 No. 56 689.

Karlsruhe, den 27. November 1911.

Geländeerwerb im Stadtteil Daglanden
von Konrad Schwall I Erben betreffend.

Hierdurch wird beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß

1. die nachverzeichneten Grundstücke der früheren Gemarkung Daglanden*)

Lagerbuch Nr.	Größe	Kulturart	Gewinn	Preis pro qm
18 409	{ 12 ar 63 qm	Ackerland	Buckeläcker	1 Mk
15 051	{ 5 ar 49 qm	"	Mühlteiler	2 "

zu dem angegebenen Preis erworben und

2. der entstehende Gesamtaufwand von
- $1263 + 1098 = 2361$
- Mk sowie die Kosten im Betrag von 112 Mk 20 Pf aus Anlehensmitteln bestritten werden.

Der Stadtrat:

Siegriß.

Dr. Bierau.

Begründung.

Die obengenannten Grundstücke wurden der Stadtgemeinde von den Erben des Schmiedemeisters Konrad Schwall I in Daglanden zum Kauf angeboten. Beide liegen in dem für die Bebauung in Aussicht genommenen Gebiet zwischen Federbach und Alb südöstlich des

*) Der Übersichtsplan über die Grundstücke kann auf dem Rathaus Zimmer 74 (Registatur) eingesehen werden.

Stadtheils Darlanden. Im Gewann Buckeläcker sind die Baufluchten bereits festgestellt, während der Bebauungsplan für das Gelände zwischen der Kreisstraße von Grünwinkel nach Darlanden und der Abniederung sich in Bearbeitung befindet. Das Grundstück Lagerbuch Nr. 18 409 grenzt überdies an das kürzlich erworbene Anwesen des Landwirts Schäfer (vergleiche die Bürgerausschussvorlage vom 13. Oktober d. J.) an.

Da die vom Verkäufer verlangten Preise mit 1 M für Lagerbuch Nr. 18 409 und 2 M für Lagerbuch Nr. 15 051 angemessen erschienen, glaubte der Stadtrat die Grundstücke im Einverständnis mit der Baukommission für die Stadtgemeinde erwerben zu sollen. Nach dem Vertrag sind die Grundstücke lastenfrei zu übereignen, die Kaufkosten trägt die Stadtgemeinde.

Siegriß.

Grundstück	Fläche	Art	Wert	Verkaufspreis
1	12.27 qm	Wald	12.27	12.27
2	7.27 qm	Wald	7.27	7.27

